

2. III. 1917

Der Geburtenrückgang.

Geheimer Rat Dr. Mataja über Bevölkerungspolitik.

Geheimer Rat Dr. Viktor Mataja, Präsident der Statistischen Zentralkommission, schloß seinen Vortragszyklus über die Bevölkerungspolitik, den er mit der Erörterung der Ueberbevölkerungsfrage begonnen hatte, mit einer Besprechung des Problems des Geburtenrückganges, der sich gleichwie in Frankreich nunmehr auch in Deutschland einstellte und Beunruhigung hervorrief, weil man Analogien zum Untergang der antiken Kultur darin erblickte. Der Geburtenrückgang ist nach allgemeiner Ansicht ein gewollter und nicht durch körperliche Entartung bedingt. Seine Ursachen liegen in der Veränderung der Lebensanschauungen und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sein Gegengewicht findet er allerdings in dem Rückgang der Kindersterblichkeit.

Oesterreich nimmt, führte der Vortragende aus, in der Bevölkerungsbewegung eine mittlere Stellung ein. Die Geburtenziffer ist höher als im Westen Europas, geringer als im Osten und Südosten. Unsere Länder und Volksstämme verhalten sich sehr verschieden, bei den Deutschen bleibt Geburtenziffer und Sterblichkeit hinter dem Durchschnitt der Gesamtheit zurück, die Tschechen hatten früher eine große und haben jetzt eine herabgesetzte natürliche Vermehrung. In Galizien bestand hohe Geburtenziffer und hohe Sterblichkeit. Der Bevölkerungszuwachs wird geschwächt durch die große Auswanderung.

In Frankreich und Deutschland werden Maßnahmen zur Erhöhung der natürlichen Volksvermehrung empfohlen, so zum Beispiel Staatsbeihilfen für Kindererziehung. Ob hierfür jetzt die Mittel zu Gebote stehen, ist zweifelhaft. In Oesterreich könnte viel bewirkt werden durch die Hintanhaltung von Schädigungen des Volksstandes infolge von Auswanderung und mangelhafter hygienischer Verhältnisse.

Manchmal hob man hervor, daß es mehr auf die Beschaffenheit der Bewohner als auf die Zahl ankomme. Die Gegenüberstellung ist aber nicht gut aufrechtzuerhalten, weil die Bevölkerungsvermehrung auf den Wettbewerb und den Unternehmungsgeist fördernd wirkt, während der Geburtenrückgang sich zunächst in höheren Gesellschaftsschichten, dem Kreise der intellektuellen Berufe, geltend macht und so eine Verschiebung zu ungunsten des Durchschnittes der Bevölkerung herbeiführt. Bei geringer Volksvermehrung erhöht sich die Zahl der Ehen mit einem Kind oder zwei Kindern, und erstgeborene Kinder weisen oft Mängel der Konstitution auf und wecken auch Bedenken vom pädagogischen Standpunkt. Ungenügende Volkszunahme ruft in reicheren Ländern Einwanderer herbei, häufig aus Ländern mit geringerer Kultur, und bringt so die Gefahr einer Herabdrückung der Lebenshaltung und einer Störung der nationalen Einheitlichkeit. Umgekehrt mindert die Auswanderung nicht bloß die Zahl, sondern auch den Wert der Einwohnerschaft, da sie viele arbeitskräftige und unternehmungslustige Elemente betrifft.

Geheimer Rat Mataja erörterte die Erscheinungen der Vererbung, die Frage der Vererblichkeit erworbenener Eigenschaften, den Einfluß der Kultur auf die Hebung der Rasse, die Besserung der Ausbildung, der Lage der unteren Klassen in ihrem Verhältnis zur Rasse und schließlich auch die ungünstigen Einwirkungen der Kultur, die auch die Fortpflanzung schwächerer Elemente ermöglicht und so den durchschnittlichen Wert der Rasse mindert. Eine eugeneitische Bevölkerungspolitik, welche die Gewähr einer Abhilfe zu bieten vermöchte, ist jedoch noch ganz unentwickelt. Am meisten Ansätze finden sich in den Vereinigten Staaten, und von dem Durchdringen eugenischen Geistes, vor allem in Fragen der Eheschließung, von der Erweiterung des Pflichtbewußtseins gegenüber den kommenden Geschlechtern, darf man sich viel versprechen.

Der Vortragende schloß mit dem Hinweis, daß das natürliche Ziel der Bevölkerungspolitik eine genügend zahlreiche und leistungsfähige Bevölkerung ist, weshalb alle einschlägigen Fragen genau studiert und die einzelnen Maßnahmen des Staates auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet auf ihre Rückwirkung auf das Bevölkerungswesen hin geprüft werden müssen. — Die Teilnehmer der volkstümlichen Universitätskurse dankten dem Vortragenden mit anhaltendem Beifall für seine zeitgemäßen und aufschlußreichen Ausführungen.

470000

53

1917-1919

2. III. - 19. VIII.

Familienangelegenh.

H.

Bevölkerungs

wesen

3.

Kirchennot und Seelennot in Wien.

Starker Rückgang der Kindertausen.

Das Palais Harrach auf der Freyung öffnete seine glanzvollen Säle heute nachmittag einer Versammlung aus den ersten Kreisen der Wiener Gesellschaft, welche Gräfin Harrach-Dettingen als Hausfrau in liebensvoller Weise empfing. Man sah Prinzessin Fanny Lichtenstein, die Gräfinnen Gondrecourt, Elisabeth Schönborn, Sternberg-Larisch, Elisabeth Rinsky-Wilczel, Buquoy-Cernin, Theresie Palffy, Thun-Buquoy, Harrach-Hardegg, Thun-Chotel, Leopoldine Thun, Kessleguier-Rinsky, Theresie Sailer, Dubsky-Palffy, Prinzessin Klementine Metternich, die Baroninnen Scherpon, Wittinhoff-Schell, Slatin, Mitgräfin August Salm, Fräulein Marie v. Glaser, Fürstin Alexandrine Windischgrätz u. a.

Die Versammlung galt der Förderung der Notgottesdienste, welche in den Bezirken mit völlig unzulänglichen Kirchen als ein Werk geistlicher sozialer Fürsorge zu veranstalten die Aufgabe eines Damenkomitees bildet, über dessen verdienstvolle Wirksamkeit

als Vorsitzende desselben Gräfin Gondrecourt berichtete. Prälat Schöpfleuthner brachte zahlenmäßige Nachweise über die Größe der Kirchennot, zu deren teilweisen Milderung die Notgottesdienste abgehalten werden.

Hofrat Prälat Dr. Swoboda besprach in tief-schürfender Weise das Problem der Kirchennot, der Veranstaltung der Notgottesdienste, in Verbindung der religiös-sittlichen Verelendung der Massen, welche einem geistigen Erfrieren und Verhungern gleichkomme. Zum Beweis dessen führte er auf Grund der Ausweise Wiener Pfarrämter die geradezu erschütternden Tatsachen der Abnahme der Volksvermehrung an, welche nach dem reichsdeutschen Statistiker Becker (siehe „Reichspost“ vom 9. Jänner l. J.) sich noch mehr nach religiösen als nach wirtschaftlichen Faktoren richte. Zwei der vornehmsten Wiener Pfarren, St. Stefan und Schotten im 1. Bezirk mit 12.000 und 5800 Seelen weisen in den zwei ersten Monaten dieses Jahres erst eine Taufe auf. Hofrat Swoboda greift dann aufs Geratewohl Wiener Pfarren, hauptsächlich mit sozial besser situiertem Publikum, heraus und bringt die Zahl der Tausen in den ersten zwei Monaten 1917, von 1916, von 1906 und 1896 und stellt diese Zahlen nebeneinander. Die Pfarre Währing mit 44.000 Seelen zeigt die Zahlen: heuer 21, 201 im Jahre 1916, 700 im Jahre 1906, 2000 im Jahre 1896, wo diese allerdings um 10.000 Seelen mehr zählte; Pfarre Mariahilf mit 11.000 Seelen heuer 1, in 1916 25, in 1906 124, in 1896 190; die Pfarre Neudorf weist 1916 329, 1906 dagegen 1134, 1896 sogar 1246 Tausen auf, die Pfarre Fünfhaus hatte 1916 131, 1906 500, 1896 1100 Tausen, die Pfarre Meidling mit 70.000 Seelen hatte 1896 2300, 1906 640, 1916 nur mehr 564 Tausen. Diese moralische Verelendung schreitet derart unaufhaltsam vor, daß die Zahl der Leichen trotz der gleich bleibenden Anzahl der Trauungen bald die Anzahl der Geburten schlagen werde. Man könne da von einem geistig-sittlichen Infektionsherd sprechen, wie einen solchen der Statistiker Becker in Deutschland für Berlin und Wiesbaden feststellt und auf religiös-sittliche Ursachen zurückführt. Dies ist die innere Verbindung der Frage der Volksvermehrung mit jener der Kirchennot, zu deren Abhilfe in Wien schon außerordentlich viel durch die Opferwilligkeit der maßgebenden Kreise und der einzelnen geschehen sei. Die heutige Versammlung wolle aber, wie dies der Krieg in allen Dingen gelehrt, die einzelnen in Kontakt mit der Not der Mitmenschen bringen, und in diesem Sinne schloß Professor Swoboda seine begeisterten Ausführungen mit dem Aufruf zur praktischen Arbeit, welcher sofort nach Schluß der Rede mit den Anmeldungen der Damen zum Hilfsdienst, mit verschiedenen von Prinzessin Klementine Metternich, Fräulein v. Glaser und anderen Damen gemachten Anregungen einsetzte, so daß diese Besprechung im Palais Harrach zweifellos sichtbare Erfolge zeitigen wird.

Vater von elf Kindern.

Im letzten Jahrzehnt ist in Deutschland ein immer stärker werdender Geburtenrückgang festgestellt worden. Allein in der Zeit von 1908 bis 1913 ist die Zahl der auf tausend Einwohner entfallenden Geburten von 33 auf 29,3 gesunken. Während nun die einen die angeblich zunehmende Sittenverderbnis großer Volksmassen, die wachsende Sucht nach Bequemlichkeit und nach einem ungebundenen, von den Sorgen der Kindererziehung befreiten Leben dafür verantwortlich machen, sehen andere den Grund für diese Erscheinung ausschließlich in der sozialen Not und in der ungesicherten Existenz der Arbeitermassen. Dem aufmerksamen Beobachter kann

nicht entgehen, daß der Geburtenrückgang nicht auf eine einzelne, sondern auf die verschiedensten Ursachen zurückzuführen ist. Wer wollte behaupten, daß die bei den Wohlhabenden seit Jahrzehnten geübte Einschränkung der Kinderzahl auf materielle Sorgen zurückzuführen sei? Nein, hier ist in der Tat die Bequemlichkeit, die Scheu vor der Arbeit und Verantwortung, die die Kindererziehung mit sich bringt, in vielen Fällen die Ursache der Einschränkung. Sie und da wohl auch das Bestreben, das vorhandene Vermögen nicht zu zersplittern, sondern es möglichst ungeteilt zu lassen. Aber wer wollte andererseits auch bestreiten, daß einem großen Teile der heutigen Arbeiterschaft die Aufzucht einer großen Kinderzahl nicht oder doch nur unter ganz ungeheuren persönlichen Opfern und dem Verzicht auf alle Annehmlichkeiten des Lebens möglich ist?

Wer das bezweifelt, dem empfehlen wir, die Selbstbiographie eines Arbeiters zu lesen, die im Dezemberheft der „Sozialen Kultur“ über die Frage des Geburtenrückganges veröffentlicht worden ist. Dort schildert ein Vater von elf Kindern die Qualen, die ihm sein Kinderreichtum bereitet. Seine Schrift ist eine fürchterliche Anklage gegen die heutige Gesellschaft, die zwar eine wachsende Bevölkerung notwendig braucht, aber trotzdem nichts tut, um dem armen kinderreichen Familienvater seinen Kampf mit dem Leben zu erleichtern. Es handelt sich um einen früheren Uhrmacher aus Schloß, jetzigen Munitionsarbeiter in Charlottenburg. Er mußte nach Kriegsausbruch wegen Arbeitslosigkeit die Heimat verlassen, siedelte zunächst nach Jena über und ging dann nach Berlin, um für seine Familie zu Hause mehr zu verdienen. Eine Zeitungsnotiz über die Besprechung des Geburtenrückganges im preussischen Abgeordnetenhaus gab ihm den Anlaß, einen Beitrag zu dieser Frage zu schreiben.

Der junge Uhrmacher und seine Frau gehörten nicht zu den Menschen, denen Kinder ein Grauel sind. Sie sehnten im Gegenteil Kinder herbei und nahmen sich vor, etwas Tüchtiges aus ihnen zu machen. Zuerst ging auch alles gut. Der junge Uhrmacher kann sich selbstständig machen und seine ganze Kraft für seine Familie aufbieten. Als das vierte Kind stirbt, sieht er die Geburt des fünften immer noch als „Segen Gottes“ an, obwohl ihn Freunde und Verwandte bereits vor der weiteren Vermehrung der Kinderzahl warnen. Mit der wachsenden Kinderzahl wachsen die Sorgen des Uhrmachers. Das sieht ihn zunächst wenig an, er arbeitet Tag und Nacht, um die Sorgen zu bannen. Die Folge ist die Schädigung seiner Gesundheit und seines Augenlichts. Um den Konkurs kommt er trotzdem nicht herum. Aus dem selbständigen Uhrmacher wird ein Fabrikarbeiter, der, um seine Familie ernähren zu können, nach Feierabend bis in die Nacht hinein noch für seine eigene Handarbeit arbeitet. Die Kinderzahl wächst auf sieben und acht, die Sorgen wachsen mit. Eine Erkrankung der Frau hat die Erkrankung aller kleinen Kinder zur Folge, denen es an der nötigen Pflege fehlt. Der Uhrmacher bleibt nun von der Arbeit zu Hause, um das Hauswesen selbst zu leiten. Schulden und Verzweiflung sind die Folge. Als seine Frau wieder hergestellt ist, muß er sie bitten, mit ihm in die Fabrik zu gehen, damit der Verdienst etwas größer ist. Er sagt ihr das nachts in der Dunkelheit, weil er sich schämt, ihr dabei ins Gesicht zu sehen. „Das war nun das Ende!“ heißt es in seiner Schrift, „eine Mutter von neun Kindern, hatte die nicht genug geleistet, genug für Staat und Allgemeinheit? Nun sollte sie mit in die Fabrik gehen, um arbeiten zu helfen, damit wir nicht verhungerten.“

Aber die Sorgen um die Ernährung der Familie sind nicht die einzigen, die Sorgen um die Beherrschung kommen hinzu. Wer will an eine Familie mit sieben, acht, zehn und schließlich elf Kindern eine Wohnung vermieten? Der Uhrmacher muß sich mit elenden, ungesunden Löchern begnügen, die eben nur jemand nahm, der keine andere Wohnung finden konnte. Und er muß sich dabei mit Rücksicht auf seine große Kinderzahl jedesmal noch eine Mietersteigerung gefallen lassen. Was will er weiter tun? Die Vermieter nehmen ihn ohnehin nur aus Gnade und Barmherzigkeit! Hat er schließlich nach langem Suchen eine Wohnung gefunden, so dauert die Freude meist nicht lange. Die Hauswirte suchen sich die große Familie so bald als möglich wieder vom Hals zu schaffen. Vor einer Wohnung mit nassen Wänden und verfaulten Dielen heißt es in der Schrift: „Zweihundertsiebzig Mark zahlen wir für diesen Stall und müssen blutenden Herzens zusehen, wie unsere Kinder an Blutarmut und Skrofulose abwelken, aber wir haben eine Wohnung. Mein Gott, als Familienvater kann man eben keine großen Ansprüche machen.“

Aber auch die Wohnungsfragen sind nicht das Schlimmste. Viel mehr greift dem Uhrmacher an die Seele, daß er wegen seiner vielen Kinder zum Ortsarmen wird. Als er ein schweres krankes Kind ins Krankenhaus bringen will, lehnt man die Aufnahme ab, wenn er nicht die Kosten vorausbezahlt. Da er mittellos ist, verweist man ihn ans Armenamt. Dieses schickt ihn zum Armenpfleger seines Bezirkes, einem Geschäftskollegen und ehemaligen Konkurrenten, der nun berufen ist, seine Bettelarmut nachzuprüfen. Seines Kindes wegen geht er hin. „Für mich,“ so sagt er, „hätte ich lieber zum Strick gegriffen.“ Als er ein andermal ein Kind ins Krankenhaus bringen muß und sich im Armenamt einen Armenschein mit der Begründung erbittet: „Wir haben kein Geld, wir haben zehn Kinder, was wir verdienen, langt kaum zum Leben,“ da antwortet ihm der Beamte: „Ja, dafür können wir doch nichts, daß Sie zehn Kinder haben, das ist doch Ihre Schuld!“ In dieser Stunde dümmert dem zehnfachen Familienvater und gläubigen Christen über das Wesen der christlichen Gesellschaftsordnung auf. Ja, es ist seine eigene Schuld, daß er zehn Kinder hat, auf Verständnis für seine Lage und auf Hilfe hat er keinen Anspruch. „Wie kann ein Mensch überhaupt zehn Kinder haben, wenn er keine Mittel hat, sie zu ernähren? Das wurde mir in dieser Stunde klar.“

Und so wenig dem Sekretär des Armenamtes zum Bewußtsein kommt, was für einen Arbeiter und für das Vaterland zehn Kinder bedeuten, so wenig ist dies beim Steuerfiskus, beim Vater Staat der Fall. Der Uhrmacher bebaut neben seiner Arbeit in der Fabrik und zu Hause

auch noch ein Stück Gartenland. Man schickt ihm den Steuerzettel und lehnt seine Beschwerde mit der Begründung ab, daß ja auch seine Frau in der Fabrik arbeite und daß er aus seiner Arbeit nach „Feierabend“ ausserdem noch ein Nebeneinkommen von 150 Mark beziehe. Das ist nun dem loyalen Bürger und gläubigen Christen doch zu viel. Hilf dir selbst, so hilf dir Gott, sagt er sich. Und da obendrein seine Frau noch kränklich wird, so entschließt er sich, aufs Land zu ziehen und mit dem Kade zur Arbeit in die Stadt zu fahren. Auf dem Lande können sie billiger wohnen und billiger leben und wenn sie sich recht einschränken, so braucht seine kranke Frau nicht mehr in die Fabrik zu gehen. Es gelingt dem Uhrmacher auch, auf dem Lande eine Wohnung zu mieten, aber einige Tage später kommt der Vermieter zu ihm und tritt von dem Mietvertrag zurück. Der Gemeindevorsteher hatte davon Kenntnis erhalten, daß eine Familie mit elf Kindern zuziehen wollte. Er hatte ihn dringend ersucht, den Mietvertrag rückgängig zu machen, damit nicht eine Familie mit so vielen Kindern ins Dorf käme. Denn wie leicht stelen die einmal der Gemeinde zur Last! Der Vater dürfe nur einmal krank werden und sterben.“

So geht es kinderreichen Familien! Ist es da nicht verfründlich, wenn der Arme heute eine große Kinderzahl nicht mehr als Segen, sondern als Fluch empfindet? Wer den Geburtenrückgang bekämpfen will, der muß zunächst dafür sorgen, daß die Arbeiter eine größere Kinderzahl ernähren, heileiben, behausen und erziehen können, ohne sich dabei selbst ganz und gar zum Arbeitstier zu machen. Wenn das nicht gelingt, dann wird auch die Einschränkung des Geburtenrückganges nicht gelingen. Und diese Einschränkung ist doch für unsere Volkswirtschaft nach dem Kriege so nötig!

23. III. 191723
4**Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene.**

Von Prof. Dr. phil. u. med. E. Baur.

Zu dem vielen Guten, das uns dieser größte aller Kriege neben allem seinen Furchtbaren gebracht hat, gehört auch, daß er uns aus der Gleichgültigkeit ausgerüttelt hat, mit der wir bisher bevölkerungspolitischen und rassenhygienischen Fragen gegenüberstanden sind. Geburtenabnahme und zu geringe Kinderzahl in weiten Kreisen unseres Volkes sind Fragen, von denen man vor dem Kriege in der Tagespresse kaum etwas las und die heute erfreulicherweise rückhaltlos besprochen werden.

Merkwürdigerweise wird aber über die größte Gefahr am wenigsten geschrieben und, was viel schlimmer ist, es wird am wenigsten gegen sie getan. Das muß einmal offen ausgesprochen werden.

Nicht daß bei uns wie bei allen Kulturvölkern die Häufigkeit der Geburten und damit die Volksvermehrung abnimmt, daß die zahlenmäßige Ueberlegenheit unserer östlichen Nachbarn dadurch größer wird, ist das schlimmste Uebel, viel schlimmer ist, daß in unserem Volke gerade die körperlich und geistig tüchtigsten Menschen sich im Durchschnitt viel weniger stark fortpflanzen als die minderwertigeren.

Wenn ein Landwirt ein Weizenfeld — ein „Weizenvolk“ — mit einem im Durchschnitt guten Weizenbestand hat, und er scheidt immer die Körner der besten Pflanzen zum Müller und nimmt die Körner der schlechten Pflanzen zum Aus säen, dann wird sein Weizen von Jahr zu Jahr schlechter werden, entarten. Ganz ähnlich geht es auch einem Menschenvolke, in dem die Besten sich nur unterdurchschnittlich stark fortpflanzen. Das trifft aber für unser Volk, von Jahr zu Jahr mehr, in bedrohlichem Umfange zu. Unterdurchschnittlich ist heute in Deutschland die Kinderzahl in allen „studierten“ Berufsklassen, ferner bei den Lehrern und bei den mittleren und unteren Beamten. Besonders gilt das für diejenigen Unterbeamten im weitesten Sinn, die sich aus dem, doch mindestens seiner körperlichen Beschaffenheit nach überdurchschnittlichen Stand der Militärämter ergänzen. Unter dem Durchschnitt gering ist aber auch die Kinderzahl, und hier liegt vielleicht die größte Gefahr, in den freien Berufen in allen sozialen Schichten immer gerade bei den vorwärtsstrebenden, vorbedachten Familien.

Freilich sind auch sehr viele Volksgenossen stark unterfrüchtig, an deren besonderer Vermehrung uns nicht viel gelegen sein kann, aber im großen und ganzen geht — das ist ganz einwandfrei festgestellt — die Entwicklung doch dahin, daß gerade die körperlich und geistig am besten ausgestattete, erblich am besten veranlagte Hälfte des Volkes sich weniger stark fortpflanzt, als auch nur zur Erhaltung ihrer Zahl nötig wäre, und daß die ganze Volksvermehrung der anderen Hälfte überlassen bleibt.

Wohin eine solche dauernde Selbstvernichtung des besten Erbgutes eines Volkes führen muß, kann für jeden auch nur einigermaßen biologisch Geschulten nicht zweifelhaft sein. Ein Volk, in dem diese langsame Ausrottung der ihrer erblichen Anlage nach besten Bestandteile eine längere Reihe von Generationen andauert, wird zwar seine Volkszahl erhalten, ja sogar vermehren können, es wird auch seine Sprache und seine äußerliche Kultur beibehalten, aber es wird doch allmählig ein völlig anderes Volk werden, mit schlechteren Eigenschaften, es wird zu der überlieferten Kultur schließlich passen wie der Esel in die Löwenhaut, es wird mit einem Wort verfallen und entarten, wie schon so viele Kulturvölker verfallen und entartet sind.

Man hat häufig diese langsame Ausrottung der Tüchtigsten deshalb nicht für bedrohlich gehalten, weil man, ausgehend von unklaren biologischen Vorstellungen, der Ansicht war, daß die sich selbst nicht genügend fortpflanzenden führenden „kulturtragenden“ Volksschichten aus anderen Schichten dauernd neu erzeugt würden. Diese Vorstellung ist aber völlig falsch. Es können zwar in einem Mischvolke, wie wir es sind, eine lange Reihe von Generationen hindurch gerade die ganz außergewöhnlich tüchtigen Familien sich ungenügend fortpflanzen und aussterben, und es werden trotzdem immer wieder andere ebenso hervorragend tüchtige Menschen und Familien neu entstehen und hochkommen, aber wenn nicht bloß die wenigen ganz außergewöhnlich hervorragenden Menschen und Familien sich zu schwach fortpflanzen, sondern wenn etwa das seiner erblichen Anlage nach bessere Drittel eines Volkes sich nicht genügend vermehrt, dann wird dadurch dem Gesamtvolke in rasch zunehmenden Graden die Fähigkeit genommen, weiterhin tüchtige Menschen und tüchtige Familien in genügender Zahl hervorzubringen. Warum das so ist, das im Einzelnen darzulegen, würde hier zu weit führen, es ist aber theoretisch und experimentell einwandfrei nachgewiesen.

Das langsame Aussterben der tüchtigsten Volksbestandteile in allen unseren sozialen Schichten ist die größte Gefahr für die Zukunft unseres Volkes. Daß die gleiche Gefahr für Nordamerika und England und Frankreich noch viel größer

ist als für uns, ist ein schwacher Trost, Rußland ist vorläufig nur wenig, China und Japan sind fast gar nicht von ihr bedroht.

Gelingt es uns nicht, die Fortpflanzung unserer besseren Volkshälfte wesentlich zu fördern, dann ist unser Schicksal besiegelt, zumal nach diesem größten aller Kriege, der doch auch gerade die Besten verschlingt. Vergrößert würde die Gefahr durch eine starke Einwanderung osteuropäischer Landarbeiter, die eben doch größtenteils nicht bloß kulturell sondern auch der Rasse nach schlechter sind als unser Volksdurchschnitt.

Um gegen diese Gefahr anzukämpfen, genügen die kleinen Mitteln, die man bisher angewendet hat, nicht annähernd. Verhinderung des Handels mit Vorbeugemitteln, zaghafte, kaum fühlbare Rücksichtnahme auf die Kinderzahl in der Steuerbemessung werden da nicht viel helfen. Wenn ein Volk erst einmal dazu übergegangen ist, seine Kinderzahl willkürlich zu regeln, so ist diese Entwicklungsstufe nicht wieder rückgängig zu machen. Man muß dann mit diesem Gebrauch rechnen und muß mit allen Mitteln dafür sorgen, daß es für vorwärtsstrebende Familien nicht mehr unvorteilhaft und unzweckmäßig, ja sogar wirtschaftlich einfach unmöglich ist, mehr als 1—2 Kinder zu haben, sondern daß die Zahl von 3—4 Kindern wirtschaftlich möglichst begünstigt wird. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Zu diesen Mitteln gehört in erster Linie eine Herabsetzung des Heiratsalters. Wegen der unnötig langen Dauer des Studiums und wegen der sinnlos geringen Anfangsbefoldung der Beamten und Offiziere schreiten in allen studierten Berufen die Männer meist erst in ihrem dritten Jahrzehnt zur Ehe, nachdem mindestens ein Drittel von ihnen sich eine Geschlechtskrankheit mit allen ihren Folgen zugezogen hat. Zu diesen Mitteln gehört weiterhin eine tiefgreifende Aenderung unserer Erbschafts-gesetzgebung — etwa nach den Vorschlägen des hochverdienten Münchener Hygienikers M. v. Gruber —, ferner eine ausgiebige Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Gehaltsbemessung und bei der Einkommen- und Besitzbesteuerung.

Es ist bedauerlich, daß in unseren bundesstaatlichen Ministerien und im Reichsamt des Innern diese Fragen bisher so wenig Beachtung gefunden haben. Vielleicht liegt das daran, daß alle diejenigen, welche sich beruflich mit diesen Dingen abzugeben haben, Nationalökonomien oder Juristen sind, denen jede biologische oder medizinische Erkenntnis abgeht.

Es ist hohe Zeit, daß das anders wird.

23. III. 1917

Bevölkerungspolitik und Steuerfragen.

Von
Julius Eiban.

Bei allen Erörterungen über die Zukunft müssen wir davon ausgehen, daß zwischen 1914 und 1917 ein Abgrund liegt, dessen Tiefe nur deshalb uns nicht zum Bewußtsein kommt, weil der Erdrutsch nicht mit einem katastrophalen Schlag erfolgte, sondern weil Scholle um Scholle rutschte. Es kann sein, daß die seelischen Erschütterungen, die auf unsere Generation einströmten, dauernd nachwirken und zusammen mit den weitgehenden Einschränkungen, die durch die Zerstörung unermeßlicher Werte erzwungen werden, zu einer Renaissance der genügsamen, kargen und doch nicht untrösten Sitten der Biedermeierzeit führen. Aber auch mit dem Gegenteil muß man rechnen: mit einem Aufbäumen des durch die lange Friedensperiode verwöhnten Individuums gegen die in der Kriegszeit widerwillig ertragenen Lasten und Schranken, mit dem Wunsch, sich möglichst schnell schadlos zu halten durch ein noch rücksichtsloseres und unbedrückteres „Ausleben“ der Persönlichkeit. Die tiefsten Zusammenhänge auf diesem Gebiet, die über Auf- und Abstieg der Völker nach geheimnisvollen Gesetzen und Triebkräften entscheiden, bleiben meist sogar dem ungetrübten Auge des späteren Geschichtsforschers verborgen, der zu kurze Fristen gebundene Politiker, der praktische Staatsmann, muß sich darauf beschränken, dem guten Genius seines Volkes zu vertrauen und — in aller Bescheidenheit und Vorsicht — ein wenig nachzuhelfen.

Von all den großen und kleinen Mitteln, die erörtert und angewandt werden, um die nationale Zukunft vor der größten Gefahr, dem Verbleiben der Volkskraft, zu bewahren, liegt das wichtigste auf dem Gebiet der Steuerpolitik. Die schweren Lasten der Zukunft, die den Steuerdruck im härtesten Grad verschärfen müssen, erhöhen die Bedeutung und den Einfluß der Steuerhöhe des Staates und geben damit ganz neue Möglichkeiten, den Teufel der Kinderstreu durch den Beelzebub der Steuerscheu auszutreiben.

Georg Bernhard hat in der „Vossischen Zeitung“ schon früher den Gedanken vertreten, daß man für die direkte Besteuerung mit einer einzigen zweckmäßig abgestuften Steuerform auskomme, die den individuellen Verhältnissen des Steuerträgers durch ein vielseitig ausgebautes System von Zuschlägen oder auch Abschlägen gerecht würde. Die Steuerpolitik der Einzelstaaten berücksichtigt bisher die persönliche Leistungsfähigkeit durch die Progression, das Kinderprivileg und die Ergänzungssteuer. Damit kommt man nicht weit, da die Individualisierung zur Ausnahme, die Schablonisierung zur Regel gemacht wird. Dagegen ließe sich der Bernhardsche Vorschlag der Einheitssteuer sehr wohl bevölkerungspolitischen Zwecken dienstbar machen. Ich möchte dabei ausgehen von dem steuerfreien Existenzminimum, das jetzt in den verschiedenen Einzelstaaten ganz verschieden festgesetzt ist, was teilweise auf die Höhe des Steuerbedarfs, teilweise auch auf gewisse Unterschiede der Lebensverhältnisse zurückzuführen ist. Hier könnte der Hebel angelegt werden, dessen Kraft durch die zukünftige Steuerhöhe gewaltig verstärkt werden muß.

Meines Erachtens sollte man ganz davon absehen, eine einheitliche Grenze der Steuerfreiheit zu ziehen, sondern das Existenzminimum für alle Steuerzahler möglichst individuell zu ermitteln und nur den Restbetrag des Einkommens derart heranziehen, daß Reich, Staat und Gemeinde nicht zu kurz kommen. Dabei könnte man auch den verschiedenen Lebensverhältnissen der einzelnen Landesteile, sowie dem Unterschied in den Kosten der Lebenshaltung zwischen Stadt und Land gerecht werden, was von nicht geringer Bedeutung angesichts der im Kriege eingetretenen Verschiebungen wäre.

Wir gehen beispielsweise von dem sogenannten „ortsüblichen Tagelohn“ aus und bestimmen darnach das Existenzminimum eines ledigen Mannes mit dreißig v. H., das eines kinderlosen Ehepaares mit vierzig v. H. und legen für jedes Kind zwanzig v. H. zu. Dieses steuerfreie Existenzminimum wird bei jedem Steuerzahler vom Einkommen abgezogen. Gewiß wäre der so geschaffene steuerliche Anreiz zur Ehe und zur Kindervermehrung in den Kreisen der Millionenbesitzer nicht sehr stark, aber diese Kreise fallen — bei dauerlicherweise für den Fiskus — ziffernmäßig überhaupt nicht ins Gewicht und könnten übrigens durch einen entsprechenden Ausbau der Erbschaftbesteuerung — der Vorschlag eines Pflichtteils des Reiches ist sehr erwägenswert — indirekt beeinflusst werden. Für die große Masse der Bevölkerung würde aber durch die gleichende Skala der Steuerfreiheit ein gewisser Ausgleich für die Lasten der Kindererziehung geschaffen, der sicher gerecht und wahrscheinlich auch nützlich wäre.

Nehmen wir an, der ortsübliche Tagelohn betrage 1/3 der Großstadt A. 5,00 M. = 1500 M. jährlich, im Landkreis B. 3 M. = 900 M. jährlich, so ergäbe sich folgende Skala des abzugsfähigen Einkommens (Existenzminimums):

| | Großstadt A. | Landkreis B. |
|--------------------------|-----------------|--------------|
| ledig | 450 M. jährlich | 270 M. |
| kinderlose Ehe | 600 „ „ | 360 „ |
| ein Kind | 900 „ „ | 540 „ |
| zwei Kinder | 1200 „ „ | 720 „ |
| drei Kinder | 1500 „ „ | 900 „ |
| vier Kinder | 1800 „ „ | 1080 „ |
| fünf Kinder | 2100 „ „ | 1260 „ |
| sechs Kinder | 2400 „ „ | 1440 „ |
| usw. | | |

Wenn wir annehmen, daß der Steuerfuß für Reich, Staat und Gemeinde in Zukunft im Durchschnitt kaum unter zwanzig v. H. leiden kann — in besonders belasteten Gemeinden wohl noch wesentlich mehr — so ergibt sich ohne weiteres, daß eine solche oder ähnliche Skala einen sehr fühlbaren Einfluß ausüben könnte. Jedenfalls wäre es eine reizvolle, wenn auch schwierige Aufgabe, solche Skalen — unter Berücksichtigung der allgemeinen Lebensverhältnisse der verschiedenen Landesteile — zu berechnen und der öffentlichen Erörterung zu unterbreiten.

28. III. 1917

Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik.

N Berlin, 27. März. (Priv.-Tel.) Der Reichstagsauschuß für Bevölkerungspolitik beprach am Dienstag einen vom Unterausschuß vorberatenen Teilbericht über Maßnahmen zum Schutze von Mutter und Kind. Dieser Teilbericht bezieht sich: 1) auf Beschränkungen der Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter, die seit Kriegsbeginn durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 gestattet worden ist und behandelt die Arbeitsdauer, die Ruhezeiten am Sonntag, einen auf 10 Wochen verlängerten Wöchnerinnenschutz und die Schutzvorschriften für Beschäftigung mit giftigen und explosiven Stoffen; 2) auf die Durchführung des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 und 3) auf die Wiederherstellung einer ausreichenden Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Unfallaufsicht. Die Verhandlungen beschränken sich lediglich auf Kriegsmassnahmen, um während der Kriegszeit ein gewisses Mindestmaß von Arbeiterschutz zu bewirken, bei voller Anerkennung des Umstandes, daß die Kriegsaufgaben auch an die arbeitende Bevölkerung erhöhte Anforderungen stellen. Abstimmungen fanden noch nicht statt.

Der Unterausschuß trat am Dienstag abermals zur Formulierung des Teilberichts zusammen, die dann auch erfolgte. Der Ausschuß selbst wird sich am Mittwoch endgültig über diesen Teilbericht schlüssig werden.

8. IV 1917.

Ueber Krieg und Knabengeburt.

Vom Universitätsdozenten Dr. Rudolf Temesváry.
Budapest, 7. April.

Mit dieser interessanten Frage haben sich schon in früheren Zeiten, zumeist nach Kriegen, Frauen- und Kinderärzte, sowie Soziologen viel beschäftigt und sie bildet auch jetzt wieder ein beliebtes Thema vieler ausländischen Fachkreise. Ich erlaube mir nun zu dieser Frage einen kleinen Beitrag zu liefern, der sich zwar nur auf 4554 Geburten bezieht, was zur Beurteilung der Frage sicherlich keine genügend große Zahl ist, jedoch wegen des Umstandes, daß in jedem Falle verzeichnet wurde, ob der Ehemann, beziehungsweise der Vater des Kindes militärischen Dienst leistet oder nicht, einiges Interesse beanspruchen dürfte. Die Daten beziehen sich auf die in dem unter meiner Leitung stehenden Alice-v.-Weiß-Wöchnerinnenheim des Bester Bfr. Frauenvereins in den Jahren 1910—1917 stattgefundenen Geburten.

| Im Jahre | waren von | Neu geborenen | | | also |
|----------------------|-----------|---------------|---------|-----------|------|
| | | Knaben | Mädchen | | |
| 1910 | 807 | 161 | 146 | 110:2:100 | |
| 1911 | 503 | 250 | 253 | 98:3:100 | |
| 1912 | 598 | 291 | 307 | 94:8:100 | |
| 1913 | 585 | 317 | 268 | 118:3:100 | |
| 1914 | 642 | 424 | 418 | 101:4:100 | |
| 1915 | 689 | 422 | 417 | 101:2:100 | |
| 1916 | 688 | 361 | 305 | 118:3:100 | |
| 1917 (bis Ende März) | 214 | 110 | 104 | 105:8:100 | |

Die Zahlen variieren also sowohl in den Friedensjahren wie in den Kriegsjahren bedeutend; man wäre aber geneigt, die Zahlen des Kriegsjahres 1916 in Hinsicht eines beträchtlichen Ueberschusses an Knabengeburt (118:3:100) als für die angeschnittene Frage beweiskräftig anzusehen, wenn nicht im Friedensjahr 1913 zufällig ganz derselbe große Knabenüberschuß (118:3:100) zu konstatieren gewesen wäre.

Unsere Daten sprechen also keinesfalls für die alte Erfahrung, noch für die persönlichen Impressionen „einiger Budapest-Frauenärzte“ oder die wissenschaftlichen Untersuchungen Dr. Siegel's und wir finden in ihnen auch selbstverständlich für die jedenfalls originelle, wissenschaftlich jedoch schon a priori absolut nicht haltbare Ansicht „eines streng wissenschaftlich denkenden Arztes“ keinen Anhaltspunkt, wonach „eine Zunahme der männlichen Geburten bereits in den allerersten Kriegsmonaten unverkennbar war“, was übrigens selbstverständlich ist, da ja bekanntlich das Geschlecht schon in den ersten Schwangerschaftsmonaten, also das der in den ersten Kriegsmonaten geborenen Kinder noch in den Friedenszeiten längst differenziert war.

Die Kriegsjahre 1915—1917 ergeben wohl durchschnittlich einen etwas bedeutenderen Knabenüberschuß (108:1) gegen die Friedensjahre 1910—1914 (108:7), jedoch möchte ich auch dies in Berücksichtigung der übrigen erwähnten Daten nur als zufällig hinstellen.

Sehr interessant wären die Zahlen der in unserer Anstalt geborenen Soldatenkinder, verglichen mit denen der Nichtsoldatenkinder des Kriegsjahres 1915, wo die ersteren auf einen ganz beträchtlichen Knabenüberschuß (130:3:100!), während die letzteren auf einen Mädchenüberschuß (81:5 Knaben zu 100 Mädchen) hinweisen, wenn nicht das folgende (ebenfalls Kriegs-) Jahr 1916 dies wieder umstieße; in diesem Jahr nämlich war die Zahl der Soldatenknaben geringer (115:5:100) als die der Nichtsoldatenknaben (122:9:100).

Bekannt ist der alte Witz, nach dem über die Ursache viel gestritten wurde, weshalb ein toter Hase schwerer sei als ein gleich großer lebendiger, bis man schließlich auf die Idee kam, einen Hasen im lebenden und später im toten Zustand auf die Waage zu legen, wobei sich natürlich herausstellte, daß das Gewicht das gleiche sei. Ich glaube, daß es sich mit den überzähligen Kriegsknabengeburt, „Urlaubskindern“, ebenso verhält. Ueber die Ursachen des infolge des Krieges größeren Knabenüberschusses wird viel gestritten (Scheussche Theorie, Kontinuität und Intensität des Ehelebens, unzureichende Ernährung, teleologische Gründe usw.), bis schließlich die Statistik beweisen dürfte, daß die Kriegsjahre überhaupt keinen größeren Knabenüberschuß liefern als die Friedensjahre.

Bevölkerungspolitik nach dem Kriege.

Von Rudolf v. Theuerkauf,
Ministerialrat.

Budapest, 26. April.

Der Krieg, der nun schon bald drei Jahre währet, hat nicht nur Tausende unserer braven Krieger dahingerafft, sondern auch im Hinterlande reiche Ernte gehalten. Ärztemangel, Unterernährung und andere Folgeerscheinungen des Krieges haben das Ihrige dazu beigetragen.

Die sich hieraus ergebende Verminderung der Bevölkerungszahl kann natürlich eine aufstrebende Nation nicht unberührt lassen, und es wird eine der wichtigsten Sorgen und Aufgaben des Staates sein, durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß ein möglichst kräftiger Zuwachs der Bevölkerung die Nation wieder stärke und hiedurch einer blühenderen Zukunft entgegenführe.

Zu Erwägung der Mittel und Wege, die zu dem erwünschten Ziele führen können, und der Maßnahmen, die dazu die geeignetsten wären, müssen zwei voneinander getrennt zu behandelnde Aktionen vor Augen gehalten werden.

Die eine Aktion wird sich mit der Erhaltung des schon vorhandenen Menschennaterials zu befassen haben, und in dieser Hinsicht wird sowohl der Staat durch materielle Unterstützung, sowie durch Vorkehrungen, die ausreichende ärztliche Hilfe und das Eindämmen der für die gesunde Fortpflanzung so gefährlichen Krankheiten gewährleisten, wie auch die Gesellschaft durch möglichste Unterstützung der wohlthätigen Vereinigungen, die sich den Schutz der Mütter und Säuglinge zur Aufgabe gestellt haben, sehr Ersprießliches zu leisten vermögen. In dieser Beziehung dürfte wohl schon manches eingeleitet worden sein.

Aber mit dem Erhalten des Vorhandenen ist noch nicht geholfen, wenn wir große Lücken ausfüllen, Verluste ersetzen und noch darüber hinaus unsere Bevölkerung vermehren wollen, und da sehen wir uns vor den schwierigeren Teil der großen Aufgabe gestellt, vor die zweite Aktion, die uns das, was noch nicht vorhanden ist, in gewünschter Fülle erst bringen soll.

Diese Aktion ist nun die unbestreitbar wichtigere, denn die erstangeführte hat doch nur das zu ergänzen und zu fördern, was nach Eintritt des Friedens in sanitärer und humanitärer Beziehung ohnehin wird geleistet werden, aber um die größtmögliche Geburtenzahl zu erzielen, muß eine neue Grundlage geschaffen, für diese Ernte erst der Boden vorbereitet und fruchtbar gemacht werden.

Schon im Frieden haben die fortwährend sich schwieriger gestaltenden Existenzbedingungen die Zahl der Ehen verringert, den Zeitpunkt des Eintrittes in die Ehe in ein immer späteres Alter verschoben und zu dem für den Staat so gefährlichen Zweikinder-, ja man könnte schon fast sagen Einkindsthem geführt. Um wieviele ungünstiger müssen sich nun die Verhältnisse in dieser Hinsicht erst nach dem Kriege gestalten!

Hier muß also Abhilfe geschafft und müssen legislatorische und gubernetamentale energische Maßnahmen getroffen werden, die die Existenzbedingungen zu erleichtern und das Gründen eines Haushaltes zu ermöglichen und zu fördern geeignet sind.

Hierbei mußte vor allem die Ausschaltung des spekulativen Zwischenhandels, die Verhinderung der während des Krieges zur Volkskrankheit gewordenen Preistreiberei und des Zurückhaltens notwendiger Lebensmittel sowie die Regelung der Preisbildung ins Auge gefaßt werden.

Ein weiterer Schritt zur Vermehrung der Zahl der Ehen wäre die endliche Einführung der Junggesellensteuer, und zwar müßte diese empfindlich genug sein und dem zunehmenden Alter entsprechend immer höher bemessen werden, um dem Egoismus der Hagestolze entsprechendes Gegengewicht zu bieten. Es geht doch wirklich nicht mehr an, daß ein Familienvater einer mehrköpfigen Familie mit demselben Einkommen die gleichen Lasten dem Staate gegenüber tragen soll, wie ein einzelsiehender Mann. Ferner müßten den Verheirateten und in erhöhtem Maße den Eltern besondere Begünstigungen eingeräumt werden, zum Beispiel höheres Quartiergeld bei den Staatsanstellungen und ähnliches andere.

Die besonderen Begünstigungen der Familienerhalter müßten auch auf anderem Gebiete in möglichst großem Umfange, und zwar im Verhältnisse zur Zahl der Kinder progressiv zugestanden werden und sich nicht nur auf die Erziehung (Schule), sondern auch auf die Beschaffung billigerer Lebensmittel, Kleidung usw. erstrecken, natürlich immer mit Bedachtnahme auf die Vermögensverhältnisse des betreffenden.

Uebrigens wären die Regelung der gesellschaftlichen Stellung der ledigen Mütter und der unehelichen Kinder sowie ihre staatlicher Schutz, ferner die Uebernahme solcher Kinder unbemittelter Mütter in staatliche Erziehung, dann die Verpflichtung der Väter unehelicher Kinder zur ausreichenden Fürsorge für diese in Erziehung zu ziehen und wäre insbesondere unbedingt Beistand jenen bedauerenswerten verlassenen Geschöpfen schon im vorhinein zu sichern, die sich aus Angst vor dem, was sie nach unseren bisherigen Einrichtungen zu erwarten haben, der kommenden Mutterchaft zu entziehen trachten.

Diese Zeilen umfassen gewiß nicht alles, was im Interesse der Vermehrung der Bevölkerung getan werden könnte, und bezwecken daher nur die Anregung zur weiteren Erörterung dieser wichtigen Frage, die von möglichst vielen Seiten beleuchtet zu werden verdient.

27. IV. 1917

Bevölkerungspolitisch nutzbringende Stiftungen.

Die „Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik“ schreibt uns: Obwohl der Krieg alle verfügbaren Kräfte in den Dienst der militärischen und wirtschaftlichen Organisationen gestellt hat und man glauben sollte, daß das Denken und Wollen der Menschen und die zur Verfügung stehenden Mittel gänzlich durch diese Maßnahmen in Anspruch genommen seien, zeigt sich doch die erfreuliche Tatsache, daß in größerem Umfange und mit viel größerer Häufigkeit Mittel für wohltätige Zwecke aufgewendet werden. Naturgemäß sind diese Stiftungen fast ausnahmslos der Linderung der aus dem Kriege und seinen Folgen entspringenden Not gewidmet und sollen entweder der Kriegswaisen- und Witwen-Fürsorge oder der Fürsorge für die in ihrem Erwerbe behinderten oder beschränkten Kriegsverletzten dienen. Es hat den Anschein, als wenn die Art der Stiftungen auch eine andere wäre als in Friedenszeiten. Viel mehr als sonst scheinen auch Personen, die nicht zu den ganz begüterten gehören, die Urheber solcher Stiftungen zu sein. Daraus darf man schließen, wie sehr es dem einzelnen Stifter Herzenssache ist, zur Linderung der Folgen des Krieges beizutragen. Dabei bleibt nun eines verwunderlich, daß gar nicht oder nur in verschwindendem Maße Stiftungen gemacht sind für einen Zweck, der eigentlich seit Monaten den Geist unseres Volkes beschäftigt, und der wieder und immer wieder in der Tagespresse behandelt wird, wir meinen, daß bisher verschwindend wenig Stiftungen sich in den Dienst der Bevölkerungspolitik stellen. Es fehlt an Stiftungen, welche den Kriegswaisen, die heranwachsen, die Gründung eines eigenen Haushaltes ermöglichen, es fehlt an Stiftungen, welche die Begründung eines selbständigen Erwerbes unter der Voraussetzung der Gründung einer Familie erleichtern, und es fehlt vor allen Dingen in fast allen Kriegsstiftungen, die gemacht wurden — und es sind nicht wenige, die dafür in Betracht kommen —, die Bestimmung, daß aus ihren Mitteln in erster Linie kinderreiche Familien oder die Abkömmlinge aus kinderreichen Familien bedacht werden sollen.

Dies ist um so erstaunlicher, als wir seit Monaten fast täglich in den Zeitungen von Beratungen und Verhandlungen darüber lesen, wie dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken und wie der Verringerung der Bevölkerung durch den Krieg entgegenzutreten sei. Nicht laut genug kann daher die Stimme erhoben werden: Ihr alle, die ihr jetzt aus warmem Herzen von eurem Hab' und Gut hergebt, um Stiftungen zu machen, die die harten Folgen des Krieges lindern wollen, ihr alle denkt daran, wie ihr durch von euch zu treffende Bestimmungen eure Gaben in den Dienst dessen stellt, was vor allem dem deutschen Volke nützt: in den Dienst der Erhaltung und Mehrung seiner Voltskraft!

Z. IV. 1917

Nochmals Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene.

Unter dem Titel „Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene“ hat in der Nr. 70 der „Täglichen Rundschau“ vom 23. März 1917 Herr Prof. Dr. phil. et med. E. Baur einen beachtenswerten Aufsatz über diese Frage veröffentlicht, das so ernst ist, daß Aufklärung auch über diese bisher vernachlässigte Seite der Bevölkerungsfrage endlich ohne Verzug nötig ist.

Zweifellos ist es richtig, daß die geistig und körperlich tüchtigsten Elemente sich gerade in Deutschland besonders auffällig gering fortpflanzen. An sich findet sich die gleiche grundsätzliche Erscheinung abgeschwächt auch in anderen Ländern. Woran liegt ihre scharfe Ausprägung in Deutschland? Die Untersuchung der Ursachen dafür ist für die Möglichkeit der Abhilfe die Voraussetzung.

Diese Ursachen sind vor allem zwei. Einmal ist bei uns der Anteil der einseitig intellektuellen Personen, und zwar gerade auch in den nicht wesentlich begüterten Schichten, sehr groß, größer jedenfalls als anderswo. Zum andern herrscht anderswo nicht die gleiche Uebererschätzung amtlicher Titel und sonstiger Neußerlichkeiten bewerteter Stellungen. Gerade dieser Umstand hat aber, worauf auch schon in der staatswissenschaftlichen Literatur z. B. von Conrad wiederholt hingewiesen worden ist, ein großes Ueberangebot von qualifizierten jungen Leuten zu allen Beamtenlaufbahnen zur Folge. Und zwar auch von körperlich gut gearteten Bewerbern in größter Zahl in Folge der nur erfreulichen, besonders in Deutschland ausgebildeten, Vorrechte der Militärämter auf Beamtenstellungen. Die Folge ist wiederum, daß dieses große Angebot von Arbeitskräften mit Besoldungen vorlieb nehmen muß, die wenigstens in zahlreichen, ja den meisten Berufszweigen, die in Betracht kommen, und vor allem in den Jahren der körperlichen Vollkraft die Begründung einer Familie mit drei, vier, fünf Kindern mangels besonderen Vermögens einfach verbieten. Wenn im Staatsdienste ein noch so tüchtiger Jurist von 28—30 Jahren jährlich 1200 M. erhält, so erscheint dies uns ganz natürlich, während der Engländer oder Amerikaner etwa derartige ungesunde Zustände einfach nicht versteht.

Aus diesen Gründen ist in Deutschland für große Kreise rassistisch und völkisch besonders wertvoller Elemente eine sehr kleine Kinderzahl unbarmerziger Zwang, der von den Betroffenen, zumal in jüngeren Jahren, oft viel schwerer getragen wird als Außenstehende glauben.

Die biologische Folge davon ist, wie Dr. Baur mit Recht betont, auf die Dauer die Beeinträchtigung vielleicht nicht der seltenen, für die allgemeine Betrachtung weniger wesentlichen allerhöchsten Leistungen, aber zweifellos der guten und recht guten, jedenfalls fühlbar über den Durchschnitt

sich erhebenden Leistungen geistiger wie körperlicher Art. Von anderen unerwünschten Begleiterscheinungen verwandter Art ganz abgesehen, wie z. B. der Verlangsamung der Generationenfolge durch zu späte Heiratsmöglichkeit, der unnötig starken Schwächung erprobter, durch Ueberlieferung in ihrem Verantwortlichkeitsgefühl gestärkter besonderer Kreise staatlicher Funktionäre (Offiziere usw.) und der Rückwirkung auf zahlenmäßig viel größere, an sich zur Beschränkung in bezug auf Heirat und Kinderzahl keineswegs veranlagte niedrigere Kreise, die, oft unbewußt, die Lebensgewohnheiten des Beamten sich noch jetzt und nicht nur in kleinen Städten zum Vorbilde nehmen.

Alle ungünstigen Folgen dieser Erscheinung hat der Krieg mit seiner Vernichtung zahlloser wertvollster Kräfte verschärft. Gegenmaßregeln sind also noch dringlicher als schon vordem zu fordern.

Die Wichtigsten, die auch Baur z. T. anführt, sind: Berücksichtigung des Familienstandes und der Kinderzahl bei der Steuergesetzgebung, insbesondere bei den künftigen großen Finanzreformen, bei der Festsetzung der Gehälter (etwa vom 26. Lebensjahre, bei Akademikern vom 32. Jahre an) und eine Aenderung der Erbschaftsteuergesetzgebung (volles oder anteiliges Pflichtteilsrecht des Staates bei kinderarmen Erblassern) und in der Versicherungsgesetzgebung (Staffelung!).

neben die finanzpolitischen Maßnahmen, die die Grundlage praktischer Besserungsmaßnahmen darstellen und so wirksam sein müssen, daß sie die Ehelosigkeit und geringe Kinderzahl privatwirtschaftlich nicht mehr irgendwie vorteilhaft erscheinen lassen, treten Maßnahmen anderer Art, besonders ethische, religiöse Werbearbeit — zu der der Protestantismus, wenn er nur ein wahres religiöses Gemeindeleben zu erhalten versteht, ebenfogut wie der Katholizismus befähigt ist — und gesundheitliche Maßnahmen, zumal Säuglingsfürsorge, die schon viel in den letzten zehn Jahren von den Folgen der erwähnten Erscheinungen durch Verminderung der Sterblichkeit ausgeglichen hat, aber naturgemäß jene Erscheinungen selbst nicht in der Wurzel trifft.

Ueberhaupt ist von theoretischen, noch so geistvollen und unwiderleglichen Mahnwörtern an Staatsgefühl usw. nicht zu viel zu erwarten. Entweder ist die Ehe- oder Kinderlosigkeit die Folge nüchternen Hanges zur Bequemlichkeit und zum Wohlleben, was wohl nicht die Regel ist. Dann sind sie von vornherein aussichtslos. Oder sie ist bitter empfundenen wirtschaftlicher Zwang, unter dem gerade wertvolle Menschen schwer leiden. Dann veranlassen solche Anrufe überhaupt keine Erwägungen, die die Beteiligten nicht schon selbst mit Bitterkeit angestellt hätten. Das Hauptgewicht bei aller Bevölkerungspolitik, die praktisch Erfolg haben soll, muß, so ernüchternd es klingen mag, wie gesagt, auf die feste, vollkommene Ueberbrückung des Gegenatzes zwischen dem persönlichen und dem öffentlichen Interesse in dieser Richtung gehen. Wenn erst alle Junggesellen und alle weiblichen Erwerbstätigen wissen, daß sie unverheiratet oder ohne Kinderschar wirtschaftlich nicht mehr besser gestellt sind, dann wird die weitaus stärkste der trieben Quellen des Geburtenrückganges, zumal in den höheren Kreisen, versiegen.

Freilich wird staatliche Regelung nicht einmal die finanzielle Seite ausreichend in absehbarer Zeit zu regeln vermögen. Die Erkenntnis der Ursachen der vorhandenen ungesunden Verhältnisse muß daher auch die Beteiligten selbst zu entsprechendem Handeln veranlassen. Vor allem hätte die Uebererschätzung nicht der gelehrten, aber der unproduktiven Berufe, die lebenslang ungenügende Einkommen bescherten, wie sie einseitig, in akademischen Kreisen zumal, noch jetzt oft auffallend stark herrscht, zu fallen. Möchte das

„Freie Bahn jedem Tüchtigen“ um Himmelswillen nicht, wie es bisweilen scheint, als Forderung nur oder auch nur in erster Linie des unbeschränkten Zuganges zu diesen Laufbahnen ausgelegt werden. Der Staat wäre gleichermaßen wegen der Hypertrophie durch unzufriedene Akademiker zu bedauern, wie diese wegen lebenslanger grausamer Enttäuschungen. Eröffnung vielmehr der praktischen Berufe, die höherer Bildung noch und gerade auch nach dem Kriege lohnende, für eine Familie auch mit sechs oder acht Köpfen ausreichende Einkünfte versprechen, an tüchtige junge Leute aller Kreise sei die Losung: Chemiker, Landwirte zu leitender Tätigkeit, besonders aber Ingenieure und qualifizierte Kaufleute und Meister aller Art sind nötig und werden gutes Auskommen finden. Da der Krieg vielfach entsprechende praktische Neigungen erweckt und gefördert hat, besteht gerade jetzt Hoffnung, daß auch umgekehrt die Söhne der Familien sich diesen Aufgaben mehr zuwenden werden, die bisher zu 60 oder 70 v. H. Juristen wurden.

Die Folge wäre nicht nur noch größere Leistungsfähigkeit auf diesen so überaus wichtigen Gebieten und Einfluß der Vertreter dieser Wirtschaftszweige in wünschenswert gesteigerter Form auf unser öffentliches, insbesondere auf unser diplomatisches (Handelsattachés) und publizistisches Leben, sondern auch vermehrter Nachwuchs dieser tüchtigen Familien.
Dr. R. B.

In der Säuglingsfürsorgestelle.

Der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit bedurfte schärferer Mittel als die private Fürsorge anwenden konnte. Zwar hatten der verstorbene Kinderarzt Dr. Hugo Neumann bereits im Anfang dieses Jahrhunderts in seiner Kinderklinik in der Blumenstraße und Geheimrat Kassel in der Elssasser Straße Fürsorgestellen eingerichtet, aber erst die Verstädtlichung dieser Fürsorge im Jahre 1906 gewährleistete die Mittel, Berlin mit einem Netz solcher Fürsorgestellen zu überspannen und die bedürftigen Kreise zu erfassen. Wie sich dieses System seitdem entwickelt hat, erzählen folgende Zahlen. Aus vier Fürsorgestellen im Jahre 1906 sind neun Fürsorgestellen allein in Berlin geworden. Hinzu kommen die Charlottenburger, Neuköllner, Pankower Stellen usw. Ihr Haushalt ist auf 5000 M. jährlich für Berlin gestiegen, und $\frac{1}{4}$ aller Säuglinge besuchen einmal oder fortlaufend die regelmäßigen Sprechstunden.

Gründlich geschulte Schwestern besuchen die Wöchnerin, wenn sie von der Geburt eines Kindes und der Bedürftigkeit der Mutter — meist durch die Hebammen — Kenntnis erhalten haben, ermitteln die sozialen Verhältnisse der Eltern bez. der unehelichen Mutter, begutachten die Wohnung, klären die Frau über die Notwendigkeit frischer Luft und sauberer Räume auf und sorgen dafür, daß der Säugling richtig gebettet ist und ordentlich gepflegt wird. Die Schwester veranlaßt auch die Mutter, das Kind in die Säuglingsfürsorgestelle zur Untersuchung zu bringen; hier wird das Kind untersucht und die Mutter auf die Wichtigkeit des Stillens hingewiesen. Bereits bevor der Staat den stillenden Müttern Prämien gewährte, zahlten die Fürsorgestellen ihnen tägliche Beihilfen von 20 bis 80 Pfennig. Mütter, die nicht stillen können, erhalten Belehrung über die künstliche Ernährung und gute Kindermilch von städtischen Güttern für einen Preis, der den Selbstkostenpreis bei weitem nicht erreicht. Von Wichtigkeit ist weiter die Ausgabe von Krankenloft für erkrankte Kinder. Die Nahrung wird nach ärztlicher Vorschrift für jeden Einzelfall in den Mischküchen der Fürsorgestellen zusammengestellt. Die Sterblichkeit an Darmkrankheiten im Sommer ist durch diese Maßnahmen erfreulich gesunken.

In den Fürsorgestellen herrscht zur Sprechstundenzeit reges Leben. Die Kinder werden gewogen, dann ärztlich untersucht. Jedes Kind hat seine Karteikarte, auf der der Gesundheitsbefund genau verzeichnet wird. Die Fürsorgestellen beginnen jetzt auch den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, denn man hofft, dieses Uebel dadurch, daß man es im möglichst zarten Alter behandelt, von Grund aus beseitigen zu können.

Die Säuglingssterblichkeit in den deutschen Großstädten.

Über die Zahl der Lebendgeborenen und Sterbefälle im ersten Lebensjahre liegen nunmehr dem Kaiserlichen Gesundheitsamte die monatlichen Ausweise deutscher Orte mit 15 000 und mehr Einwohnern für das Jahr 1916 vor.

Da die auf Grund der Monatsausweise gewonnenen Angaben über die Zahl der Lebendgeborenen und der Sterbefälle im ersten Lebensjahre während der Kriegszeit nur vorläufige Angaben darstellen, so können sie nur mit den auf gleiche Weise gewonnenen Angaben der Vorjahre in Vergleich gesetzt werden. Wie ein Vergleich dieser Angaben für das Jahr 1916 mit denen der beiden Vorjahre in bezug auf die deutschen Großstädte mit 200 000 und mehr Einwohnern zeigt, ist aus beigefügten Gründen die Zahl der Lebendgeborenen, die sich im Jahre 1915 bereits um 49 470 gegenüber dem Jahre 1914 vermindert hat, im Jahre 1915 weiterhin gesunken, nämlich um 48 623. Insgesamt betrug daher die Abnahme der Zahl der Lebendgeborenen seit dem Jahre 1914 bis zum Jahre 1916 98 093, d. i. 38,3 Prozent der Zahl der Lebendgeborenen im Jahre 1914.

Aus dem Vergleich der monatlichen und vierteljährlichen Angaben für die einzelnen Jahre ist jedoch zu ersehen, daß die Abnahme der Zahl der Lebendgeborenen im Verlaufe des Jahres 1916 weniger sprunghaft vor sich ging als im Vorjahre, in dem im Mai ein plötzlicher Absturz der Geburtenzahl eingetreten ist. Im August und September 1916 machte sich sogar eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Zahl der Lebendgeborenen gegenüber dem Monat Juli bemerkbar, und zwar sowohl in den 26 größten deutschen Städten, wie auch in der Gesamtheit deutscher Orte mit 15 000 und mehr Einwohnern.

Nach den vorläufigen Angaben über die Zahl der Lebendgeborenen in deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern, die sich seit dem Jahre 1914 auf die gleiche Bevölkerung beziehen, ist diese Zahl im Jahre 1915 um 131 068 gegenüber der d. Vorjahres und im Jahre 1916 weiterhin um 114 557 gesunken, so daß die Abnahme dieser Zahl seit dem Jahre 1914 bis zum Jahre 1916 insgesamt 245 625 oder 39,5 Prozent der Geburtenzahl des Jahres 1914 betrug. Wie man sieht, stimmt dieser Prozentsatz mit dem oben angegebenen Prozentsatz der Abnahme der absoluten Zahl der Lebendgeborenen in den 26 größten deutschen Städten nahezu überein.

Es ist klar, daß diese, durch außerordentliche Verhältnisse bedingte Abnahme der Geburtenzahl durch die gleichzeitige Abnahme der Zahl der Sterbefälle im 1. Lebensjahre nicht weitgemacht werden konnte, doch war die Abnahme der Zahl dieser Sterbefälle immerhin relativ etwas stärker als das Absinken der Zahl der Lebendgeborenen. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, daß das Verhältnis der Zahl der Sterbefälle im 1. Lebensjahre zu der der Lebendgeborenen sich sowohl in den 26

größten deutschen Städten als auch in der Gesamtheit deutscher Orte mit 15 000 und mehr Einwohnern seit dem Jahre 1914 fortgesetzt vermindert hat, und zwar verminderte sich dieses, auf je 100 Lebendgeborene des gleichen Jahres gerechnete Verhältnis nach den vorläufigen Angaben in den ersten Orten von 15,3 im Jahre 1914 bis auf 13,0 im Jahre 1916, in den letzteren während der gleichen Zeit von 15,5 auf 13,3. Demnach war die Säuglingssterblichkeit in diesen Orten in dem Kriegsjahr 1916 sogar geringer als ihr im Jahre 1912 mit 14,1 erreichtes bisheriges Minimum.

Ein Anstieg der Zahl der Sterbefälle im 1. Lebensjahre sowohl in der Gesamtheit der 26 größten deutschen Städte als auch in der Gesamtheit der deutschen Orte mit 15 000 und mehr Einwohnern machte sich jedoch in dem dritten Vierteljahr des Jahres 1916 bemerkbar. Da die Temperaturverhältnisse in den Sommermonaten des Jahres 1916 gleichwie im Vorjahre unternormal gewesen sind, kann dieser Anstieg nur teilweise auf die Gestaltung der Temperaturverhältnisse während dieser Zeit zurückgeführt werden. Man muß vielmehr zugleich vermuten, daß er mit der gleichzeitigen Zunahme der Zahl der Lebendgeborenen im August und September 1916 zusammenhängt. Jedoch könnte der Beweis hierfür nur dann gebracht werden, wenn sich während dieser Zeit auch ein Anstieg der Zahl der im 1. Lebensmonat gestorbenen Säuglinge nachweisen ließe, wozu jedoch dem Kaiserlichen Gesundheitsamte kein Material zur Verfügung steht. Inwieweit neben diesem biologischen Faktor noch andere Umstände für die Mehrung der Sterbefälle bestimmend waren, läßt sich nur durch besondere Untersuchungen in den einzelnen größeren deutschen Städten feststellen.

Geburtenrückgang und Sterblichkeit.

Wegenüber den Besorgnissen über den sehr starken Geburtenrückgang ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, es käme nicht so sehr auf die Zahl der Geborenen, als vielmehr darauf an, wie viele von den Geborenen die gefährlichsten ersten Lebensjahre überstehen; nicht die Geburtenziffer, sondern die „Aufwuchsziffer“ sei das Entscheidende. Nachdem durch statistische Arbeiten festgestellt worden war, daß in Sachsen und Bayern die verminderte Geburtenzahl durch eine verbesserte Säuglingspflege einigermaßen ausgeglichen wird, hat eine Erhebung für Preußen stattgefunden, die folgendes ergeben hat: Die 1000 Personen berechnete Geburtenziffer ist von 1875 bis 1914 allmählich von 42,5 auf 28,5 zurückgegangen. Die Verhältniszahl der Personen, die das siebente Jahr überlebt haben, ist in der gleichen Zeit nur von 26,9 auf 21,6 gesunken. Die so gefundene Aufwuchsziffer ist also in dem 39jährigen Zeitraum nur um 19,7 v. H. zurückgegangen, während die Geburtenziffer sich um 32,9 v. H. vermindert hat. Der Rückgang der Aufwuchsziffer fällt hauptsächlich in die letzten Jahre.

In der ganzen Zeit von 1885 bis 1908 sank die Aufwuchsziffer niemals unter 25 und erst seit 1909 ist sie in schnellerer Abnahme.

Man kann feststellen, daß der Geburtenrückgang bis 1908 zwar nicht ganz, aber doch annähernd bis auf 3 bis 4 v. H. durch den Rückgang der Kindersterblichkeit ausgeglichen war, daß seitdem aber ein Niedergang eingetreten ist. Die Zahlen der das 7. Jahr Überlebenden zeigen von 1875 bis 1908 sogar eine Zunahme von 690 000 auf 983 000; dann sinkt die Ziffer allerdings, beträgt aber im Jahre 1904 immer noch 807 000.

27. IV. 1917

Deutscher Kongress für Säuglingschutz. (Eigener Bericht)

Karlsruhe, 25. Mai.

Der 5. Deutsche Kongress für Säuglingschutz tagte unter Anwesenheit der Großherzogin Luise und zahlreicher Vertreter des Reiches, der Bundesstaaten, der badischen Landesregierung und Vereine am Donnerstag in Karlsruhe. Rabinetsrat Dr. v. Behr-Pinnow eröffnete die Tagung und überbrachte die Grüße der Kaiserin. Nach einem kurzen Hinweis auf die Bedeutung der Verhandlungsgegenstände, deren Inhalt die Mutterschaftsversicherung und die Ausbildung der Kreisfürsorgerin bildet, ergriff der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Wirtl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Bumm, das Wort zur Begrüßung namens der Reichsverwaltung und des Ministeriums des Innern.

Ueber die Mutterschaftsversicherung sprach zunächst Dr. med. Alfons Fischer, Karlsruhe, und kam zu folgendem Schluss über die sozialhygienischen Wirkungen der Reichswochenhilfe: Es zeigte sich, daß unter dem Einfluß der Reichswochenhilfe die Stillziffern verhältnismäßig sehr groß, die Stilldauer sehr lang und die Säuglingssterblichkeit sehr niedrig war. Dieser Erfolg kann nur zu einem geringen Teil der Tätigkeit der Säuglingsfürsorgerinnen, er muß vor allem dem überaus segensreichen Einfluß der Reichswochenhilfe zugeschrieben werden. Die Reichswochenhilfe müsse auch für die Friedenszeit beibehalten werden.

Oberarzt Dr. Rott-Berlin behandelte „die Gestaltung der Mutterschaftsversicherung nach dem Kriege“. Die Notwendigkeit, die Kriegswochenhilfe auch im Frieden weiterzuführen, ist nicht nur von Wohlfahrtsvereinen, sondern auch von Krankenkassen und wirtschaftlichen Verbänden anerkannt worden. Reichstag und Abgeordnetenhaus haben sich bereits mit der Frage befaßt, ihre endgültige Regelung ist jedoch von der Finanzlage des Reiches abhängig. In den Kreis der Wochenhilfebedürftigen seien zu ziehen die bisher schon Zwangsversicherten, die Ehefrauen der Zwangsversicherten, die nicht selbst

versichert sind, und die, deren Familieneinkommen nicht mehr als 4000 M. beträgt. Die Kosten müßten schon den Krankenkassen zu einem Teil durch das Reich gedeckt werden.

Der zweite Verhandlungsgegenstand, die Ausbildung der Kreisfürsorgerin, hatte einen großen Kreis besonders weibliche Interessierte angezogen. Ueber den Lehrplan und den Ausbildungsgang der Kreisfürsorgerinnen stellte Privatdozent Dr. Groth-München folgende Forderungen auf: Als Vorbildung wird der erfolgreiche Besuch einer höheren Mädchenschule oder gleichwertigen Amialt verlangt. Unerlässlich ist weiter eine gründliche Ausbildung in allgemeiner Krankenpflege und die Ablegung der staatlichen Krankenpflegerinnenprüfung. Entsprechend der überragenden Wichtigkeit der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge bei der Tätigkeit der Kreisfürsorgerin hat ihre eingehende Ausbildung in mindestens halbjähriger Tätigkeit an geschlossenen Säuglingsheimen und Krankenanstalten zu erfolgen, sowie eine mehrmonatige theoretische und praktische Unterweisung in der offenen sozialhygienischen Jugendfürsorge. Tuberkulosefürsorge, Wohnungspflege und Hauswirtschaftsleben hat sich anzugliedern, wobei stets die praktische Ausbildung in den Vordergrund zu treten hat. Den Abschluß des Lehrgangs hat eine mehrwöchige praktische Tätigkeit unter Leitung einer Kreisfürsorgerin und die Ablegung einer Prüfung zu bilden.

Fräulein Wilhelmine Schubert-München behandelte die Anforderungen der Praxis an die Kreisfürsorgerin. In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte sie die Forderung, die Kreisfürsorgerin müsse eine in moralischer, sozialethischer und körperlicher Beziehung geeignete Persönlichkeit sein, die, zwar mit umfangreichem Wissen ausgestattet, vor allem mit offenem Blick und warmem verständnisvollen Herzen die Nöte der ihr Anvertrauten erkennt und sie zu lindern bestrebt ist. Nur eine solche Persönlichkeit wird imstande sein, die ihr anvertraute Tätigkeit als Kreisfürsorgerin mit vollem Erfolge zu Auh und Frommen der ihr Anvertrauten auszuüben.

Der glänzende Verlauf der Tagung ist ein Beweis, daß, während draußen der Krieg noch täglich die fürchterlichsten Opfer fordert, im Innern die Kräfte am Werk sind, die den Wiederaufbau unseres Volkes vorbereiten, denn nach dem siegreichsten Frieden brauchen wir Menschen, gesunde, kräftige Menschen, die instand wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Dr. Sz.

Krieg und Bevölkerungstatistik.

Vortrag von Dr. Hans Guradze in der Psychologischen Gesellschaft.

In der Physik unterscheidet man Ruhe und Bewegung oder auch Statik und Dynamik, in der Statistik Stand (Bestand) und Bewegung. Der Stand (Bestand) wird meistens zu gewissen Terminen aufgenommen, so der Stand der Bevölkerung anlässlich der Volkszählungen. Die Statistik hat es aber nicht nur mit Menschen zu tun, sondern auch mit Gütern. Ja, letztere sind in neuerer Zeit zu beinahe ungeahnter Bedeutung gelangt; erinnert sei nur an die Lebensmittel und Rohstoffe. Bisher, bis zum Kriege, galt der Mensch als kostbarstes Gut. Ob das heute noch zurecht besteht? — Mensch und Gut sind voneinander schwer zu trennen. Der Mensch erzeugt und verarbeitet die Güter; diese wiederum dienen zum Aufbau und zur Beschäftigung sowie zur Versorgung der Menschheit. „Seid fruchtbar und mehret Euch sowie die Güter“, könnte man erweiternd sagen. Hierbei seien unter Gütern auch ideale verstanden, wie Kenntnisse, Moral, Bildung usw., kurz: Kultur. Gerade diese Statistik der immateriellen Güter bedarf noch sehr der Ausbildung. Die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sollten dieser Verwaltungsaufgabe mehr Aufmerksamkeit, als bisher, schenken. — Dasselbe gilt von der Familienstatistik. Die Bevölkerungsbewegung zerfällt in die natürlichen: Geburten und Sterbefälle, sowie in die künstliche: Zu- und Abzug. Zur ersteren gehören auch die Eheschließungen und Ehescheidungen. Bei der Güterbewegung spricht man von Produktion, Konsumption einer, von Ein- und Ausfuhr andererseits. Das Wort „Erzeugung“ kann von Mensch und Gut gesagt werden.

Der Redner behandelte nun eingehend die angeführten Bezüge der Bevölkerungsbewegung. In allen Kulturstaaten ist die Geburtenzahl bereits vor dem Kriege stark gesunken. Im Kriege hat dieser Rückgang natürlich noch zugenommen. Der status nascendi läßt sich durch Urlaub wenigstens etwas heben; so zeigt in deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern das Jahr 1916 im September eine sonst ungewöhnliche Geburtensteigerung, mit einer Folge des Weihnachtsurlaubes 1915 der Soldaten. Die Gesamtsterblichkeit der Zivilbevölkerung überragt leider bereits jetzt in den größeren Orten aller kriegsführenden Staaten weitaus die Geburten. Es sterben namentlich viel ältere Leute, auch wohlhabende, sicher mit infolge der Lebensmittelknappheit. — Nachgelassen hat die Säuglingssterblichkeit, wobei allerdings die Verschiedenheit der Sommertemperaturen, namentlich von 1914 (warm) und 1916 (kühl) sowie eben der Geburtenrückgang mitspielt. Da die Eheschließungen im Kriege und auch später erschwert sind (Wirtschaftssteigerungen!), gewinnt die Fürsorge der unehelichen Kinder erhöhte Bedeutung. — Der Redner beklammert zur Verhinderung des drohenden sozialen Abstieges des bisherigen Mittelstandes, namentlich der Beamten, die straffe Einführung von Kinder- und Erziehungsbeiträgen, wie dies in Bayern unmittelbar bevorsteht; ferner den Aufstieg der Begabten. Letzterer kann durch sachgemäße Feststellung der Berufseignung (Tests) wesentlich gefördert werden. Die bezüglichen Personalbogen, die die Schüler während der Schulzeit und weiterhin begleiten sollen, müssen unbedingt auch die Körpermaße (somatischen Merkmale) enthalten.

Die Bekämpfung des Geburtenrückganges.

Von Professor Heinrich Raabberg (Prag).

Wir entnehmen diesen Artikel des geschätzten sozialpolitischen Forschers der „Oesterreichischen Rundschau“ und legen ihn, ohne uns zu jeder Einzelheit zu verpflichten, einer allgemeinen Erwägung vor.

Schon vor dem Kriege hatte die rasch abfallende Kurve der Geburtenzahl die Bevölkerungspolitik besorgt gemacht. Der Krieg hat die Sorge um die Entwicklung der Bevölkerung verschärft und die Bekämpfung des Geburtenrückganges zu einer Lebensfrage für uns gemacht. Die Lücken, die dieser Krieg in die Bevölkerung reißt, werden nicht so bald verwachsen wie nach früheren Kriegen. Denn der Altersaufbau der männlichen Bevölkerung ist durchlöcherig; gerade die für die Fortpflanzung wertvollsten Jahrgänge sind am stärksten gelichtet und die körperlichen

und seelischen Nachwirkungen des Krieges werden die Geburtenzahl noch weiter herabdrücken. Was können wir dagegen tun?

Die mannigfachen Mittel, die da angewendet werden können, zerfallen in zwei Gruppen; die einen wirken mittelbar, die anderen unmittelbar. Mittelbar begünstigt alles die Vermehrung der Bevölkerung, was den Druck auf die Lebenshaltung der breiten Schichten erleichtert; das sind Maßnahmen der Preis-, Ansiedlungs-, Wohnungs- und Steuerpolitik, auf die ich hier nicht des näheren eingehen will. Von den unmittelbar wirksamen Mitteln hebe ich die drei wichtigsten hervor: die Mutterschaftsversicherung, die Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Abstufung der Beamtenegehälter und den neuen Zukunftsgedanken der Elternschaftsversicherung.

Die Mutterschaftsversicherung hat man vor dem Kriege jahrelang hin und her erwogen, aber nirgends von Staats wegen durchgeführt. Das ist nun mit einem Schlage durch die deutsche Reichswochenhilfe geschehen. Sie ist durch die Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914 eingeführt und durch die Verordnung vom 23. April 1915 erweitert worden. Teilhaftig sind alle Wöchnerinnen, deren Ehemänner Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten und vor dem Dienstantritt eine gewisse Zeit krankenversichert waren, die selbstversicherten verheirateten Wöchnerinnen, endlich auch die unverheirateten Wöchnerinnen, wenn das Kind Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag hat. Geleistet werden: eine Entbindungshilfe von 25 Mark, 10 Mark zu ärztlicher oder Hebammenhilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden, Schwangeren- und Wochenlohn von 1 Mark täglich für acht Wochen, wovon mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen, endlich ein Stillschuld von einer halben Mark täglich bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Entbindung. Die Durchführung liegt in den Händen der Krankenkassen; für die Kosten kommt das Reich auf. Viele Kommunalverbände und gemeinnützige Vereinigungen leisten weitergehende Zuschüsse. Die Wirkung ist zunächst die, daß viel weniger Neugeborene sterben und viel mehr Mütter vor Siedlung bewahrt werden. In der Folge wird aber die fühlbare Erleichterung der Schwangerschaft, des Wochenbettes und der Säuglingspflege die Geburtenzahl günstig beeinflussen. Ich zweifle nicht daran, daß die Wochenhilfe nach dem Kriege zu einer ständigen Maßnahme der deutschen Sozialpolitik werden, in das System der Sozialversicherung eingegliedert und weiterhin ausgestaltet werden wird. Das deutsche Beispiel ist auch für Oesterreich vorbildlich. Führt die wirtschaftliche Annäherung zu einem engeren sozialpolitischen Anschluß, so muß die Einführung der Wochenhilfe einer der ersten Schritte auf diesem Wege sein.

Ein halber Schritt in dieser Richtung ist bereits durch die beiden Verordnungen vom 4. Jänner 1917 gemacht worden. Die erste paßt beinahe die Krankenkassenversicherung der Arbeiter den durch den Krieg geänderten Verhältnissen an; die zweite dehnt das Verbot, Wöchnerinnen zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen zu verwenden, auf sechs Wochen nach der Niederkunft aus. Einen halben Schritt zu einer zweckentsprechenden Wochenhilfe nenne ich diese Maßnahmen deswegen, weil sie, wie der Vergleich mit dem deutschen Vorbild ergibt, nach Inhalt und Umfang des Personenkreises unzulänglich sind. Nach dem Inhalt, weil die besondere Beihilfe zur Entbindung und zur ärztlichen Behandlung entfällt, das Wochenlohn nicht für acht, sondern nur für sechs Wochen und nicht vor der Entbindung gewährt wird und die Stillprämie in den unteren Lohnklassen hinter dem reichsdeutschen Satz zurückbleibt. Noch viel einschneidender ist aber die Einschränkung des Personenkreises. Während im Deutschen Reich so ziemlich alle unbemittelten Wöchnerinnen unterstützt werden, bleibt die Wochenhilfe in Oesterreich auf die Mitglieder von Krankenkassen beschränkt. Nun stehen in Oesterreich 6-7 Millionen Frauen im gebärfähigen Alter (von 14 bis 44 Jahren); aber nicht einmal eine Million, also nur etwa der siebente Teil der Gebärfähigen, ist gegen Krankheit versichert; die letzte Krankenkassenstatistik, die vorliegt, die Statistik für 1911, weist nur 801.759 weibliche Krankenkassenmitglieder aus. Man sieht, daß in Oesterreich die ganz überwiegende Mehrzahl der Wöchnerinnen ohne Unterstützung bleibt und daß die ganze Einrichtung schon deswegen ihren bevölkerungspolitischen Zweck nicht erreichen kann. Möge man ganz tun, was man tun will und was zur Bewahrung der Volkskraft und zur Auffüllung der durch den Krieg verursachten Bevölkerungsverluste unbedingt geschehen muß!

Die zweite bevölkerungspolitische Maßnahme ist die Abstufung der Beamtenegehälter nach dem Familienstand und der Kinderzahl. Der Tatsache, daß die Lasten des Hausstandes mit der Zeit wachsen, trägt das gegenwärtige Gehaltssystem allerdings Rechnung durch die Zeitvorrückung; aber nicht so, daß dadurch ein genügender Anreiz zu rechtzeitiger Eheschließung und zur Vermehrung der Kinderzahl gegeben wäre. Denn der Ledige rückt ebenso rasch oder langsam vor wie der Verheiratete, der Kinderlose ebensogut wie das Haupt einer zahlreichen Familie. Und so sehen wir denn, daß die Beamten in der Tat erheblich später heiraten und viel weniger Kinder haben, als es dem Durchschnitt entspricht. Bei der großen Zahl der öffentlichen Beamten bedeutet das einen gewaltigen Ausfall an Geburten gerade in der Schicht, die für den Staat, auch unter dem Gesichtspunkt der Auslese, besonders wichtig ist. Aufbesserung der Gehälter würde da nicht helfen. Lehrt doch die Statistik, daß die höheren und besser besoldeten Beamtenstände noch weniger Kinder haben als die minderen. Kein Wunder! In der Konkurrenz der Bedürfnisse tritt die „Repräsentation“ immer stärker hervor; im Verein mit anderen Kulturbedürfnissen drückt sie auf die Regeneration und hemmt die Familienentfaltung.

Wie kann dem begegnet werden? Ganz einfach: man lasse die Gehaltszulagen nicht erhöhen, sondern man gebe sie nur den Verheirateten und erhöhe sie nach der Kinderzahl. Keine automatische Vorrückung, sondern Aufbesserung nach dem Familienbedarf! Ob nur bis zu einer gewissen Anzahl von Kindern, sagen wir bis zum vierten, oder ohne Obergrenze, das ist eine Frage zweiten Ranges. Die Abstufung der Gehälter nach dem Familienstand und der Kinderzahl entspricht vollkommen dem

Organisation der Volksgesundheit

Die Medizin als „Politik im großen“.

In der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“ hat der Charlottenburger Stadtmedizinalrat Dr. Gottstein eine Abhandlung über „die Mitwirkung des Arztes an der öffentlichen Gesundheitspflege“ veröffentlicht. — Unter den Männern unserer Zeit, die in echt Virchow'schem Geiste die Medizin als eine „soziale Wissenschaft“ und die Politik als „Medizin im großen“ betrachten, steht Gottstein in erster Reihe und soweit es darauf ankommt, Grundsätze auf die Gestaltung der tatsächlichen Verhältnisse anzuwenden, auch an der rechten Stelle, denn in Charlottenburg bestehen keine ernstesten Hindernisse, das als richtig Erkannte durchzuführen. Freilich gehen diese Grundsätze vielfach über den engen Rahmen der städtischen Aufgaben hinaus und der in seinem Bereiche praktische Medizinalpolitiker Gottstein wird alsdann Propagandist, indem er weiteren Kreisen es klar zu machen sucht, was für die öffentliche Gesundheitspflege zu tun ist. Eine einzelne Stadt kann sich inmitten eines hygienisch nachlässigen oder minder sorgfältigen Bezirkes kein isoliertes hygienisches Wohlbefinden sichern; es gibt allgemeine Erfordernisse, die überall erfüllt werden müssen, wenn der Erfolg hygienischer Arbeit an einer bestimmten Stelle gesichert werden soll.

Gottstein wendet sich, auch hierin der Tradition Virchows getreu, in erster Linie an die Ärzte und nicht an den Staat. Biewohl der Ärztevereinsbund unter Dippe seit dem Kriege ein ungemein lebhaftes Interesse an den hygienischen und sanitären Aufgaben der Zeit genommen hat und wiewohl zu erwarten ist, daß dieses Interesse sich in Zukunft sehr lebhaft betätigen wird, verkennt Gottstein doch die Schwierigkeiten nicht, die sich aus der auf das rein Therapeutische gerichteten Vorbildung der Ärzte ergeben. Das Publikum schätzt den Arzt — und er sich selbst auch —, zunächst stets nach seiner Geschicklichkeit, bei bestehenden Leibesbeschwerden Hilfe zu schaffen. Daß es noch eine allgemeine Medizinalpolitik gibt, die es ermöglicht, die Gefährdungen des Leibes abzuwehren, ehe ein Schaden entstanden ist, das wird ja heutigen Tages allgemein anerkannt. „Vorbeugen ist besser als heilen.“ Aber diese Anerkennung ist zumeist eine recht laue. Wenn ein Arzt in einer vom Typhus heimgesuchten Ackerstadt sich um die Sanierung des Armenhauses oder um Ausmauerung der Senkgruben auf den Gehöften kümmert, dann kann ihm heutigen Tages noch ernste Feindschaft widerfahren und die Wohlwollendsten geben ihm den Rat, er solle sich lieber um seine Patienten kümmern; das bringe ihm etwas ein, während die „Politik“ ihm nur Schaden mache. Die Sache braucht nicht immer so tragisch abzulaufen wie in Ibsens „Vollerskind“, aber man darf sich auch nicht wundern, wenn die Ärzte oft wenig geneigt sind, ihr Interesse über das Gebiet der Krankenbehandlung hinaus zu betätigen.

Trotzdem hat es seit Virchow stets einige eifrige Ministerer gegeben, die nicht müde wurden, das innere Verhältnis zwischen der allgemeinen Lage und der Gesundheit des Volkes zu erforschen und aufzudecken. Ist doch dieses Verhältnis so zwingend, daß es in den Jahren der preußischen Reaktion eine bewährte Taktik war, das unterdrückte politische Vereinswesen unter dem Deckmantel von „Sanitätsvereinen“ am Leben zu halten! Ausgehend vom Sanitätswesen kann man tatsächlich jede politische Frage behandeln. Unmühsallich drang auch in die oberen Regionen der Regierungsbürokratie ein Verständnis für die Wechselbeziehungen von Politik und Volksgesundheit. Heute, zumal seit dem Kriege, schließen die Organisationen, die mit behördlicher Hilfe sich der Hygiene annehmen, wie Pilze in die Höhe.

Gottstein prüft nun die Frage, wie sich die Ärzte zu dieser neubelebten Bewegung zu stellen haben und zugleich auch, wie die amtlichen Wohlfahrtsleiter sich zu den Ärzten verhalten sollen. Für die Ärzte wünscht er ein eingehendes Studium des Gedanken- und Tatsacheninhaltes der öffentlichen Gesundheitspflege, wobei er ausdrücklich darauf hinweist, daß ein Abweichen von der festen Unterlage rein biologischer Auffassung nicht erfolgen darf, ein Hinweis, der angesichts der bestehenden Neigung zum Mystizismus keineswegs überflüssig erscheint. Freilich soll der Arzt auch nicht mit sozialpolitischen Schlagworten aus dritter Hand „arbeiten“, sondern sich an die Erfahrungstatsachen halten, die heute schon einige feste Leitsätze ergeben.

Der erste Leitsatz besagt, daß diejenigen Volksschichten, die am ärgsten von Volkskrankheiten heimgesucht werden, sich der Regel nach am gleichgültigsten gegen die Abwehrbestrebungen der Allgemeinheit verhalten. Der zweite Leitsatz scheidet die „Charitas“ als leitendes Gefühlsmoment von der Gesundheitsfürsorge aus. Das muß so verstanden werden, daß Mitleid und Wohlwollensgefühl als ideologische Triebkräfte zum Handeln durchaus wertvoll bleiben, aber grundsätzlich muß die Gesundheitsfürsorge als eine Angelegenheit des allgemeinen Interesses behandelt werden. — Die Tuberkulose in der Portierloge gefährdet auch die Beletage.

Daß drittens Vorbeugen kräftiger als Heilen ist, erscheint wie eine Trivialität, muß aber immer wieder betont werden angesichts des in seiner Unbegrenztheit unberechtigten Vertrauens auf gewisse sehr wirksame Heilmittel und Heilmethoden. Behrings Diphtherieserum ist gut für den, der Diphtherie hat, aber es besteht keine Garantie, daß der Erkrankte sich auch wirklich behandeln läßt, ehe er viele andere in sein Verderben hineingezogen hat.

Viertens sollen die in die Gesundheitsfürsorge einzubeziehenden Kreise niemals durch Zwang gewonnen werden, sondern durch die Einsicht, daß ihnen etwas geboten wird, was sich für sie lohnt. — Das ist vielleicht der für den Erfolg der öffentlichen Gesundheitspflege bedeutendste Leitsatz, denn das Publikum widerstrebt auf keinem Gebiete dem Zwange so sehr und ist in keiner Angelegenheit so mißtrauisch, wie bei den allerpersönlichsten Fragen des körperlichen Wohlbefindens. Hier wird man nun freilich noch lange Jahre in der Wüste umherziehen und kämpfen müssen, von der Virchow vor beinahe 70 Jahren in der Schlussnummer seiner „Medizinischen Reform“ resigniert sprach. Aber die Wüstenwanderung wird um eben diese 70 Jahre kürzer sein, denn der Virchow'sche Geist hat in diesen Jahren stärker nachgewirkt und im öffentlichen Bewußtsein — bei Ärzten und Laien — festere Wurzeln geschlagen als Virchow selbst ahnte. Es haben sich sowohl die „pädagogisch strahlbaren Männer gefunden, die die Schlachten des Humanismus kämpfen“, als auch die unerschrockenen Praktiker, die Stein bei Stein des Fundaments eines aus Wissenschaft und Naturerkenntnis bestehenden Gesellschaftsbaues errichtet haben. Man braucht nicht mehr allgemeine Grundsätze zu proklamieren, sondern kann jetzt schon unter dem Beifall von Volk und Staat neue lebenskräftige Wirklichkeiten schaffen. Die Frage des „Ob“ ist entschieden. Heute dreht sich alles darum, wie man zum Ziele gelangt. Weit mag der Weg wohl noch sein, aber Arbeiten wie die von Gottstein lassen doch deutlich erkennen, daß man sich eines festen Ziels bewußt ist und die Schwierigkeiten, die am Wege liegen, zwar nicht unterschätzt, aber auch nicht mehr zu fürchten braucht.

A. B.

Der Mutter- und Säuglingschutz. Jahresversammlung des Stephaniebundes.

Der Stephaniebund für Mutter- und Säuglingschutz hielt heute unter Vorsitz des Präsidenten Unterrichtsministers Grafen Albert Apponyi in Anwesenheit eines vornehmen Publikums seine Jahresversammlung.

In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende, Graf Albert Apponyi, darauf hin, daß der Stephaniebund vor zwei Jahren aus der Erkenntnis gegründet wurde, daß der kostbarste Schatz unseres Vaterlandes, die Schöpfung, wenn auch nicht von einer Abnahme,

so doch von einer äußerst langsam fortschreitenden Vermehrung bedroht sei. Um diese Gefahr zu bannen, müßte alles Menschenmögliche aufgeboten werden, denn es ist eine sehr traurige Thatsache, daß zwanzig Prozent der Neugeborenen in Ungarn vor dem vollendeten ersten Lebensjahre sterben, also etwa 100,000 bis 120,000 von 650,000. Es sterben so viele Säuglinge bei uns, weil Staat und Gesellschaft es verabsäumen oder nicht im Stande sind, die gebärenden Mütter in die entsprechende materielle Lage zu versetzen. Mit verdoppelter Macht pocht diese Frage an unsere Thore, und wenn ich auch hoffe, daß uns, unser Land, der Weltkrieg von dem verdammenswerthen Einlindersystem heilen wird, so bleibt dennoch die Frage offen, warum die hervorragendsten Frauen- und Kinderärzte nicht schon früher sich zusammengeschlossen haben, um Abhilfe gegen das Uebel zu schaffen. Eine Vereinbarung zwischen Staat und Gesellschaft hinsichtlich der Arbeitsteilung und des Zusammenwirkens ist untermwegs. Wir wollen das Uebel bezwingen und austrotten, und wir sehen, daß eine gründliche Lösung gelingen wird, wenn auch nicht von heute auf morgen oder übers Jahr, so doch innerhalb einer absehbaren Zeit. (Lebhafte Zustimmung.)

Eine Besserung der allgemeinen Verhältnisse kann nur durch eine zielbewußte sozialpolitische Wirksamkeit des Staates erzielt werden. Die Sozialversicherung muß sich auch auf die Mutterschaftsversicherung erstrecken. Wir haben uns auch mit anderen einschlägigen Fragen befaßt, mit der Wohnungs-, der Ärzte-, der Hebammenfrage usw. Wir befaßten uns ferner mit der empörenden Armenfrage, mit der Errichtung von Mutterheimen und Crechen.

Was unser eigenster Beruf, unsere eigentliche Aufgabe ist, das ist anzukämpfen gegen die trasse Unwissenheit und Apathie unserer Volksschichten. Das Volk muß auf jede mögliche Weise aufgeklärt werden. Wir wollen eine große Centralinstitution schaffen nach dem Muster des Berliner Augusta-Victoria-Hauses und der Wiener Reichsanstalt für Säuglingschutz in Pöchlendorfer. Es ist uns auch bereits gelungen, das Zustandekommen dieser großartigen Einrichtung zu sichern. (Beifall.) Solange mir Gott die Kraft verleiht, werde ich, im Parlament oder außerhalb des Parlaments, stets ein Schützer der Mütter und Säuglinge bleiben. (Großer Beifall.)

Graf Apponyi verliest sodann ein Telegramm der Fürstin Sósya Prinzessin Stephanie, der Oberprotectorin des Bundes, die wegen Unpäßlichkeit der Generalversammlung nicht betheiligen kann, die aber die äußerst erfreuliche Mittheilung macht, daß die Königin das Oberprotectorat über den Stephaniebund anzunehmen und die Prinzessin Stephanie mit ihrer Stellvertretung zu betrauen geruht hat. (Lebhafte Ovationen.) Der Minister bittet um die Ermächtigung, hierfür an die Königin ein Danktelegramm zu richten.

Nach Begrüßung des in Vertretung der Regierung erschienenen Ministers des Innern Gabriel von Agron und Verlesung eines telegraphischen Grußes des Fürstprimas an die Generalversammlung, ergreift Minister des Innern v. Agron das Wort; er verspricht, daß er nach Möglichkeit Alles aufbieten werde, um eine Verwirklichung der hohen Ziele und edlen Aufgaben des Bundes zu ermöglichen. Der Minister hofft, bald mit epochalen Projekten und Entwürfen in diesem Belange vor das Land treten zu können.

Präsident Graf Albert Apponyi theilt nun mit, daß der Bund seinem größten Wohlthäter, dem Magnatenhausmitglied Manfred v. Weiß, der zur Errichtung der centralen Institution zwei Millionen Kronen gespendet habe, nicht anders seinen tiefgefühlten Dank auszudrücken vermöge, als daß er Herrn von Weiß zum lebenslänglichen Ehrenmitgliede des Bundes wählte.

Hierauf nahm der Minister Abschied und Geheimrath Joseph Szterényi übernahm als Mitpräsident die Leitung der Generalversammlung. Der geschäftsführende Direktor Dr. Joseph Madzjar erstattete Bericht über die laufenden Angelegenheiten, worauf nach Bischof Ottokar Prohászka, Direktor Hofrath Dr. Alexander Szana, Dr. Adolf Kiss und Dr. Joseph Szalay (aus Szeged) sprachen. Dann schloß Vizepräsident Szterényi die Generalversammlung.

**Oesterreichische Gesellschaft für Bevölkerungs-
politik.**

Am 26. Juni fand im großen Sitzungssaal der niederösterreichischen Handels- und Gewerbechamber die gründende Versammlung eines neuen Vereins statt, der, aus den Zeitumständen geboren, einen neuen Boden für die wissenschaftliche Behandlung einer der wichtigsten, nach dem Kriege herandrängenden Fragen bieten soll. Universitätsprofessor Dr. Julius Tandler begrüßte die Erschienenen und wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die neue Gesellschaft eine Zusammenkunft von Männern darstellt, die das Bestreben haben, der Bevölkerungspolitik eine wissenschaftliche Grundlage zu verschaffen und die Vertreter der verschiedenen Fächer miteinander in Fühlung zu bringen. Die Frage, ob es notwendig sei, gerade jetzt mit der Gründung einer Gesellschaft zu diesem Zwecke hervorzutreten, beantwortete er mit der Notwendigkeit, den Weg zu zeigen, wie dem Raubbau mit dem im Menschen vorhandenen organischen Kapital in Zukunft entgegengetreten werden könnte. Die Gesellschaft beabsichtigt, im Herbst ihre Tätigkeit zunächst durch eine Reihe von Vorträgen aufzunehmen. In den Vorstand der neuen Gesellschaft wurden sodann gewählt als Vorsitzender Geheimrat Dr. Viktor Mataja, zu seinem Stellvertreter Universitätsprofessor Dr. Julius Tandler, zum Schriftführer Regierungsrat Dr. Wilhelm Seck, zum Schatzmeister Privatdozent Dr. Leopold Moll, außerdem die Herren Hofrat Franz Fieger, Dr. Michael Gajniš, Hofrat Prof. Alexander Kolisko, Hofrat Prof. Heinrich Ranyáberg in Prag, Oberjanitätsrat Prof. Artur Schattensroh und Privatdozent Dr. Ludwig Telesky. Zu Rechnungsprüfern wurden gewählt die Herren Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Lajko und Magistratssekretär i. N. Dr. Wilhelm Löwy, in das Schiedsgericht die Herren Hofrat Dr. Ernst Blaschke, Universitätsprofessor Wenzel Graf Gleispach, Universitätsprofessor Wladimir Haberda, Universitätsprofessor Viktor Hammeršlag und Ministerialrat Universitätsprofessor Walter Schiff. In der an die Versammlung anschließenden Vorstandssitzung wurden die Herren Hofrat Universitätsprofessor Ernst Fjinger, Rudolf Goldscheid, Ministerialrat Julius Raan und Prof. Dr. Rudolf Robjáček in den Vorstand zugewählt.

Die wirtschaftliche Not der kinderreichen Familien.

Von Magistratsrat Dr. Alois Sagmeister.

Eigenlich geht der Titel, welchen ich für meine Ausführungen gewählt habe, etwas über den Gegenstand der Erörterung hinaus, denn ich wollte ursprünglich nur die Aufmerksamkeit auf ein Buch*) lenken, dessen Verfasser durch den Leitartikel von Samstag den 9. Juni 1917 („Das Wohnungs- und Bevölkerungsproblem nach dem Kriege“) sicher allen Lesern der „Reichspost“ Neues und Bemerkenswertes gebracht hat. Wenn dies schon von dem knappen Zeitungsartikel gesagt werden kann, so gilt dies um so mehr von dem zu besprechenden Buche, welchem vor allem eine der besten Eigenschaften vortrefflicher Bücher eigen ist, nämlich, beim Leser eine Gedankenreihe anzuregen, welche über das unmittelbar besprochene Thema weit hinausgreift. Ausgehend vom Wohnungsproblem wird jeder Leser der Schrift zu einer ganz neuen Auffassung über die Lage der kinderreichen Familien geführt. Schon im ersten Teile der Schrift hat der Verfasser, auf ein reiches Zahlenmaterial gestützt, die zwei wichtigsten Punkte des ganzen Problems richtig erfaßt und klar ausgesprochen. Er legt dar, daß das Wohnungsproblem für den Kinderreichen ganz anders gestaltet ist, als für den Minderbemittelten im allgemeinen, daß also selbst ein genügender Bestand an preiswerten und gesunden Wohnungen noch immer die Not der Kinderreichen nicht entfernen kann und er hat aus dieser Erkenntnis heraus auch die zwei maßgebenden Punkte richtig ausgeführt: 1. einmal die Bevorzugung der Kinderlosen oder Kinderarmen im Wettbewerb um die Wohnungen und 2. die Unmöglichkeit, gerade für den Vater einer größeren Kinderzahl auch einen mäßigen Wohnungszins aufzubringen.

Alle wirksamen Maßregeln zur Abhilfe müssen daher ein Ziel verfolgen, das ich schon vor mehr als einem Jahre, anknüpfend an die Forderungen Dr. May v. Grubers in meiner Broschüre „Kriegerheimstätten“ dahin formuliert habe, den Unterschied der wirtschaftlichen Lage bei Kinderarmut und Kinderreichtum auszugleichen. Ueber die Mittel, zu diesem Zwecke zu gelangen, ist viel gesagt und geschrieben worden. Ich verweise hinsichtlich österreichischer Verhältnisse insbesondere auf das denkwürdige Buch von Breuer, die Arbeiten Dr. Puzfers, der Zentralstelle für Wohnungsreform. Die Wiener Gemeindeverwaltung kann sogar das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, in einem sehr frühen Zeitpunkt sich mit dieser Frage, und zwar in einer Richtung beschäftigt zu haben, welche seither allgemein als die allein erfolgversprechende anerkannt worden ist. Noch vor dem Kriegsausbruch hat der Gemeinderat Josef Müller als Vertreter einer Mieterorganisation im städtischen Wohnungsfürsorgeausschuß diese Frage in Anregung gebracht, es ist ein Magistratsbericht vorgelegt worden, und der Obmann des Ausschusses Gemeinderat Dr. Stöck hat bemerkenswerte konkrete Vorschläge erstattet, deren weitere Verfolgung der Krieg vorerst unterbrochen hat. Bgm. Dr. Weiskirchner hat anlässlich einer Anfrage des Gemeinderates Msgr. Wolny die weitere Verfolgung der Angelegenheit angeordnet, welche bei den ungeheuren, durch den Krieg eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen die auch jüngst in der Thronrede anerkannte Notwendigkeit des staatlichen Eingreifens klarstellt. Die ursprünglich und auch seither in der Literatur vielfach in Betracht gezogenen Mittel

werden ihm besonderer Dank dafür gebühren, die Sache aus dem Stande der allgemeinen und wenig fruchtbaren Erörterung zum bestimmten Vorschlage gefördert zu haben. Das größte Verdienst des Buches aber ist, und hier kehre ich zu meinen einleitenden Zeilen zurück, die weit über das Wohnungsproblem hinausgreifende Anregung, die es dem Leser gibt. Die Frage der kinderreichen Familien ist, und wir müssen daher dem vorerwähnten Satze der Thronrede besonders danken, lange Zeit nicht in ihrer vollen Bedeutung erfaßt worden, sie ist aber im vollsten Sinne des Wortes die Zukunftsfrage an sich. Diese Erkenntnis muß sich nicht nur im Wohnungsproblem, sondern in allen wirtschaftlichen Fragen Bahn brechen, alle Besoldungen, Vergütungen usw. müssen aus dem Gesichtspunkt „Ausgleich der wirtschaftlichen Lage bei Kinderarmut und Kinderreichtum“ gestaltet werden. Es fehlt nicht an Ansätzen zu dieser Entwicklung. Der Unterhaltsbeitrag ist auf diesem Gebiete aufgebaut und die verschiedenen Kriegszulagen bewegen sich, wenn auch vorerst nur zögernd, in gleicher Richtung.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß das Problem in den Großstädten — „leider“, muß man beinahe sagen — finanziell keineswegs so unlösbar ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen dürfte. Wir zählen in Wien bei über 400.000 Haushaltungen nur 40.000 Familien mit vier und mehr Kindern und diese Ziffer des Jahres 1910 hat sich sicher seither noch verringert. Nicht nur der starke Geburtenrückgang, sondern der besondere Rückgang einer größeren Kinderzahl in der einzelnen Familie wird voransichtlich in wenigen Jahren die Zahl der wirklich kinderreichen Familien so sehr vermindern, daß eine besondere Begünstigung oder richtiger gesagt: eine gerechtere Verteilung der Belastung leichter möglich ist als man annimmt. Andererseits hat aber die wirtschaftliche Not das Los des Kindes in einer zahlreichen Familie so sehr verschlechtert, daß es heute nicht mehr eine Frage der Wohnungs- oder Bevölkerungspolitik, auch keine der öffentlichen Verwaltung, sondern einfach eine Frage der Menschlichkeit selbst ist, daß bald und durchgreifend auf diesem Gebiete geholfen werde.

*) Reichswohnversicherung. Kinderrenten durch Ausbau der Sozialversicherung, von Dr. jur. V. Schmittmann, Professor der Sozialpolitik an der Hochschule in Köln, vordem Landesrat bei der Rhein. Provinzialverwaltung. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart, 1917, in den Schriften der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht, 1. Heft.

13. VII. 1917

Ein Merkblatt über die Ernährung der Kleinkinder. Das kaiserliche Gesundheitsamt hat über die Ernährung gesunder und kranker Kinder bis zum zweiten Lebensjahre in der Kriegszeit ein Merkblatt herausgegeben, das unter Mitwirkung namhafter Kinderärzte und im Einverständnis mit dem Kriegsernährungsamt aufgestellt worden ist. Es wird damit bezweckt, die Ernährung der Kleinkinder trotz der Knappheit an Mehlen für Präparate und Nahrungsmittel sicherzustellen und die Ärzte über den Wert der Kindernahrungsmittel einerseits und die Entbehrlichkeit mancher, bald nicht mehr erhältlicher oder bereits ausverkaufter Nahrungsmittel für erwachsene Kranke aufzuklären.

Das Merkblatt mit seinen Richtlinien gibt den Kinderärzten Fingerzeige, wie sie in der jetzigen schwierigen Zeit mit den wenigen noch zur Verfügung stehenden Präparaten bei der Kinderernährung und -behandlung zur Not auskommen können. Für gesunde Säuglinge sind vorgesehen: Vollmilch täglich $\frac{1}{2}$ bis 1 Liter, Zucker, nicht unter 30 Gramm, möglichst bis zu 50 Gramm für den Tag, Weizenmehl, zu 94% ausgemahlen, mindestens 200 Gramm für die Woche, Haferflocken oder Weizengrieß in der Mindestmenge von 500 Gramm für den Monat. Diese Nahrungsmittel reichen in der angegebenen Beschaffenheit und Menge zur sachgemäßen Ernährung eines gesunden Säuglings aus. Für kranke Säuglinge werden Rohstoffe bereitgestellt für folgende Zubereitungen: 1) Milchpräparate: Eiweißmilch (nach Finkelstein und Meyer), Buttermilch (in Form der holländischen Säuglingsnahrung und als Bisko), Ramogen. Eiweißpräparate: Plasmen, Darosan, Malzpräparate: Nährzucker nach Sorghlet, Liebigsuppe verbessert nach Sorghlet, Nährmaltose nach Böslund, Malzsuppenauszug nach Böslund. Die Mengen von Nährzucker und Nährmaltose dürfen für den Kopf und die Woche 200—350 Gr., die Mengen von Malzsuppenauszug 500—700 Gr. nicht übersteigen. An Feinmehl steht zu 75 v. H. ausgemahlene Weizenmehl zur Verfügung. Nach Anordnung des Kriegsernährungsamts soll die Verschreibung dieser Zubereitungen durch einen Arzt nur auf den Bedarf innerhalb höchstens eines Monats sich erstrecken.

18. VII. 1917

Die Kranken- und Kinderkost in Wien.

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund stellte Hr. Dr. Stowasser folgenden Antrag: Es ist in Wien die betäubende Tatsache in Erscheinung getreten, daß für die Ernährung von in Hauspflege befindlichen kranken Personen seitens der Verwaltung gar keine und für vom Stillen entwöhnte kleine Kinder nur sehr ungenügende Fürsorge getroffen worden ist. Was die Beschaffung von Krankenkost für in Hauspflege stehende Personen anlangt, so ist es bei den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen bei Magen- und Darmkrankungen geradezu ausgeschlossen, auf regulärem privaten Wege, die von den Ärzten in solchen Fällen angeordneten Nahrungsmittel, wie Reis und Grieß, Kakao usw., zu beschaffen. In Deutschland hat die öffentliche Verwaltung in der Errichtung von Krankenfürsorgestationen für die Ernährungserfordernisse von in Hauspflege befindlichen Kranken Vorsorge getroffen, die erforderlichen Nahrungsmitteln sichergestellt und deren unter amtsärztlicher Kontrolle erfolgende Zuweisung geregelt. Bei uns wurde es bis heute verjäumt, den bezüglichen dringenden sanitären Forderungen Genüge zu leisten, obwohl dies den Behörden ebenso möglich sein muß, wie es den Restaurationen Krautstößl in der Universitätsstraße und Deierl in der Babenbergerstraße möglich war, Reis zu Konsumzwecken zu beschaffen, der dort allerdings zu ganz außerordentlich hohen Preisen verabsolgt wird. Ein absolutes Gebot der Erhaltung der künftigen Generation ist weiters, genügend Grieß für kleine Kinder, die vom Stillen entwöhnt werden, sicherzustellen und unter Kontrolle zuzuwiesen. Außer Zweifel ist es, daß es Grieß innerhalb der Grenzen der Monarchie gibt. Die Bezirksvertretung wolle daher beschließen: Se. Excellenz der Herr Bürgermeister wird ersucht, sowohl im eigenen Wirkungskreise als auch bei allen Betracht kommenden staatlichen Behörden unverzüglich dahin zu wirken, daß die Nahrungserfordernisse für kranke, in Hauspflege befindliche Personen sowie für vom Stillen entwöhnte kleine Kinder sichergestellt und deren unter amtsärztlicher Kontrolle zu erfolgende Zuweisung raschest geregelt werden. — Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Friedens- und Kriegsfänglingsfürsorge in Wien.

Unter den Wiener Fürsorgeeinrichtungen erwecken die rüchrichtungsgebenden Leistungen der weit über ein Jahrzehnt bestehenden Organisation des Vereines „Säuglingsfürsorge“ (Zentrale: 1. Bezirk, Maximilianstraße 5) neuerliche Aufmerksamkeit. Aus dem für das Jahr 1916 erschienenen Tätigkeitsbericht ist zu ersehen, daß die Zahl der unter seine Obhut aufgenommenen Kinder bereits auf 8 Prozent der Lebendgeburten von Wien gestiegen ist. Gegenüber 300 Säuglingen in Frieden sind es im dritten Kriegsjahre 1754 in den ersten zwei Lebensjahren stehende Kinder, deren Mütter teils Stillunterstützung in Bargeld, teils in Lebensmitteln und Bekleidungsstücken neben ärztlichem Rat und pflegerischer Belehrung erhalten. Außerdem werden sie mit Milch als Nahrung für unzulänglich ernährte Brustkinder oder mit voller Nahrung für die des Segens der mütterlichen Ernährung nicht teilhaftigen Kinder unterstützt. Die Ueberwachung der Säuglinge wurde nicht kalendermäßig mit dem Ende des ersten Lebensjahres abgeschlossen, sondern nachher in der Kleinkinderfürsorge in größtem Stile weitergeführt. Schrittweise hat sich so im Laufe der drei Kriegsjahre die Zahl der Schützlinge auf den fünffachen Stand des Friedens erhöht. Diese Leistung ist ein vollkommener neuer Zweig in der Wiener Säuglingsfürsorge und war nur dadurch möglich, daß Herr Ludwig Wittgenstein durch eine hochherzige und die gegenwärtige harte Zeit berücksichtigende Tat eine tägliche Milchbestellung von 200 Kindern seit Mai 1916 ermöglichte. Der mit einem tiefen Empfinden und hohem sozialen Verständnis für das Massenelend begabte Menschenfreund hat aus seinen Milchgütern eine Spende von 100.000 Liter einwandfreier Milch diesem Zwecke gewidmet. Nur so kann die Säuglingsfürsorge ihren übrigen 300 Milchkindern und durch eine noch hinzutommende tägliche Milchspende einer edlen Förderin des Säuglingsfürsorgezweckes, der Frau Bella Weißweiler, insgesamt über 500 Kinder mit Milch betreiben.

Auch andere edelgesinnte Persönlichkeiten mit eigener umfassender Erfahrung in der öffentlichen Wohlfahrtspflege, haben die Tätigkeit der Säuglingsfürsorge gewürdigt. Frau Sophie Löw-Unger hat jährlich 12.000 K. und Frau Hofrat Helene Salzer 10.000 K. gestiftet und stellt vierjährig wiederkehrend den genannten Betrag zur Verfügung.

Außerdem wurden die finanziellen Einnahmen zu einem Drittel aus den Hellerbeiträgen der von der Fürsorge betreuten Mütter in der ganz staunenswerten Höhe von 24.785 K. 41 H. beschafft, wodurch von vornherein allen Gaben der Leistungen der Säuglingsfürsorge der Charakter des Almosen genommen ist. Durch die Schaffung des sanitären Säuglingszentralatasters hat sich die Säuglingsfürsorge in den Mittelpunkt sämtlicher in dem Kriege entstandenen gleichsinnigen Schöpfungen gestellt und leiht ihre Hilfe dem städtischen Jugendamt, der Kriegspatenschaft, dem Landeszentralkinderheim und der öffentlichen Flüchtlingsfürsorge.

Der Jahresbericht gewährt in schlichter Darstellung einen tiefen Einblick in das weitverzweigte Wirkungsgebiet, in die Arbeit der inneren Organisation der nach zeitlichen Grundzügen betriebenen Bevölkerungspflege. Er wird so zu einer

Studie von volksgesundheitlicher hervorragender Bedeutung und zur wirksamen Propaganda für die Gewinnung neuer Anhänger. Beitrittserklärungen übernimmt die Vereinszentrale, Barspenden auch die Administration unseres Blattes.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.]
 In der letzten Sitzung der städtischen Amtsärzte wurde vom Oberstadthauptmann Dr. Böhm der Sanitätshauptbericht für den Monat Juni erstattet. Der Krankenstand und die Sterblichkeit sind im Berichtsmonat ziemlich stark zurückgegangen, waren aber immer noch viel höher als in den Vorjahren. In die armenärztliche Behandlung sind 9721 Fälle gegen 11.358 im Vormonate und 9857 im Juni des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 1704, auf jene der Verdauungsorgane 2108, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 845 Fälle. Die Infektionskrankheiten weisen seit dem Herbst des Vorjahres einen ganz ungewöhnlich niedrigen Stand auf. Aus der Zivilbevölkerung liefen 558, bezüglich Militärpersonen 64 Anzeigen ein. Im Berichtsmonate starben 3345 Zivil- und 537 Militärpersonen, zusammen 3882 gegen 4474 im Vormonate. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose mit 923 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 5507 Prozent, das weibliche mit 4493 Prozent beteiligt. Im Monate Juni wurden 24 gerichtliche und 98 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen.

Oesterreichische Berufsstatistik.**Bemerkenswerte Daten aus der letzten Volkszählung.**

Vor kurzem ist das erste Heft des dritten Bandes der von der Statistischen Zentralkommission herausgegebenen „Oesterreichischen Statistik“ (Neue Folge) erschienen, das die „Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in Oesterreich“ bietet. Diese Veröffentlichung schließt den dritten Band der Darstellung der Ergebnisse der letzten Volkszählung ab. Es ist einer der umfangreichsten und zugleich wichtigsten Bände, denn er gibt Aufschluß über die wirtschaftliche Betätigung unserer Bevölkerung. Nach Darstellung des Wertes teilt sich die 28,570.800 zählende Gesamtbevölkerung in die vier Berufsgruppen Land- und Forstwirtschaft mit 8,506.466, Industrie und Gewerbe mit 3,627.816, Handel und Verkehr mit 1,576.623 und öffentlicher Dienst, freie Berufe und andere mit 2,309,500 Personen. Innerhalb dieser Berufsgruppen ist die Stellung der einzelnen die von Selbständigen (5,333.564), Pächtern und Kolonen (76.707), Beamten und höheren Angestellten (620.493), Arbeitern (4,643.674), Lehrlingen (335.260), Tagelöhnern (854.918), mithelfenden Familienmitgliedern

(4,155.789), Angehörigen ohne eigenen Hauptberuf (12,080.323) und Hausdienerschaft, Dienstboten (470.072). Bemerkenswert ist die hohe Zahl der Arbeiter, die die zweitstärkste soziale Schicht bilden. Die meisten von ihnen (2,301.233) sind in der Industrie und im Gewerbe tätig, 1,332.148 in der Land- und Forstwirtschaft.

Zunahme der gewerblichen und städtischen Berufe.

In der Zusammensetzung der Berufsgruppen ist in dem Zeitraume zwischen den letzten zwei Volkszählungen eine wesentliche Veränderung eingetreten, infolge deren die Mehrheit der Bevölkerung Oesterreichs nicht mehr der Land- und Forstwirtschaft angehört. Die Verschiebung zu gewerblichen und städtischen Berufen hin hat sich vornehmlich in der Arbeiterschaft abgepielt. Daher ist auch die Zahl der Arbeiter und sonstigen wirtschaftlich Unselbständigen der Land- und Forstwirtschaft im steten Sinken. Die Zahl der selbständig Berufstätigen dieser Berufsgruppe hat hingegen verhältnismäßig zugenommen. Anders war die Entwicklung bei der Industrie und im Gewerbe sowie im Handel und Verkehr; zwar nahmen hier die selbständig Berufstätigen an sich nicht ab, jedoch vermehrten sich die unselbständigen wirtschaftlichen Einheiten (Arbeiter, Lehrlinge, Tagelöhner u. dgl.)

Frauenarbeit — interessante Zahlen.

Die in der Kriegswirtschaft so wichtig gewordene Frauenarbeit hat im Zählungsjahre in hohem Maße den Charakter einer Heimarbeit gehabt, was sich aus der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes erklärt, der die meisten berufstätigen Frauen beschäftigt. Von 6,769.763 berufstätigen Frauen sind in der Berufsart Landwirtschaft allein 2,746.956 Frauen als mithelfende Familienangehörige tätig, in dem naheverwandten Weinbau, ferner in Gärtnereien und Baumschulen 12.208. Sehr stark sind die Frauen auch unter den häuslichen Dienstboten vertreten. Vom Hundert sind 96 weiblich; viel geringer ist ihre Zahl unter den Beamten oder höheren Angestellten, unter je 100 nur 21.

Eine besondere Beleuchtung erfährt die Stellung im Berufe in ihrem Verhältnisse zum Familienstand, zum Alter, zur Religion und Umgangssprache. Von den 1,602,040 5 Berufstätigen, die sich in 9,250.642 Männer und 6,769.763 Frauen scheiden, sind 3,954.927 Männer ledig, 4,882.373 verheiratet und 413.342 verwitwet, geschieden oder getrennt. Die Zahl der berufstätigen ledigen Frauen beträgt 2,821.433, verheiratet waren 2,905.494, verheiratet gewesen 1,042.836. Die in unselbständiger Stellung berufstätigen Personen sind nach der Art des Betriebes aufgeteilt, insbesondere auch die im Hof-, Staats- und anderem öffentlichen Dienste Angestellten. Von deren Gesamtzahl 705.144 gehören 274.372 teils dem eigentlichen öffentlichen Dienste oder dem Gendarmerie- und Wachdienste, teils dem Sanitäts- oder Veterinär-dienste, dem Kirchen- oder Kultusdienste, der Advokatur oder dem Notariat an. Der Rest von 430.772 verteilt sich auf Betriebe anderer Art, darunter mit der höchsten Zahl 173.205 Personen auf das Eisenbahnwesen.

Übersichtliche Tabellen bringen Vergleiche zwischen den Berufsverhältnissen der Länder, Bezirke und wichtigsten Städte. Auch der Berufswechsel seit dem Jahre 1907 wird statistisch dargestellt. Aus den Ergebnissen ist hervorzuheben, daß sich der größte Teil des Berufswechsels im Alter über 16 bis einschließlich zum vollendeten 20. Jahre vollzieht. Den Schluß des Heftes bilden vier Karten, die den Anteil der Berufe an der Gesamtbevölkerung Oesterreichs nach politischen Bezirken zeigen.

Stillstuben in Fabriken und gewerblichen Betrieben.

Zur Freimachung weiblicher Arbeitskräfte für Fabriken, Verkehrsbetriebe, Landwirtschaft usw. sind Maßnahmen zum Schutz der Kinder der weiblichen Arbeiterbevölkerung notwendig, nicht nur im Interesse der Erhaltung und der Erstarlung der Kinder selbst, weil die fehlende mütterliche Pflege von anderer Seite ausgeübt werden muß, sondern auch auf eine ruhige Entfaltung der weiblichen Arbeitskraft, auf die Stetigkeit der Arbeitsausübung wirkt die seelische Sicherheit und Ruhe der arbeitenden Mutter. Weiß eine Frau in jedem Augenblick das Kind in sachgemäßer, zuverlässiger Pflege, so arbeitet sie ohne nervöse Erregung und mütterliche Sorge. Hat sie außerdem die Möglichkeit, ihr junges Kind während der Arbeit in regelmäßigen Pausen zu stillen, so führt sie in der Zeit der großen Ernährungsschwierigkeiten dem Kinde die billigste und natürlichste Nahrung zu.

Durch den ungeheuren Zuwachs weiblicher Arbeiter genügen die Pflegestätten privater oder öffentlicher Fürsorge für die Kinder, insbesondere für die Säuglinge und Kleinkinder außerhalb erwerbstätiger Mütter, nicht, obwohl die Friedenseinrichtungen erheblich vermehrt worden sind. Die Unterbringung von Kindern in Einzelpflege begegnet heute ungeheuren Hindernissen; Frauen, die bisher ohne Beruf sich der Pflege von Kostkindern widmeten, gehen in Fabriken, übernehmen Heimarbeit, — die Gefahr der nicht sachgemäßen und auskömmlichen Ernährung des Pflegekindees ist gewachsen, die sorgfältige Überwachung der Pflegestellen erschwert. Dringend notwendig erscheint daher die Errichtung von Anstalten zur Unterbringung von Säuglingen und Kleinkindern, zuzeiten auch von Schulkindern überall dort, wo eine größere Anzahl weiblicher Arbeitskräfte tätig ist, d. h. die Errichtung von Stillstuben, Krippen, Kindergärten und Horten.

Die Erfahrung von großen Betrieben Deutschlands und Frankreichs, die seit Jahrzehnten Fabrikrippen und sonstige Einrichtungen der Kinderfürsorge enthalten, sprechen durchaus für die Vorteile, die dem Betrieb aus diesen Wohlfahrtsinstitutionen erwachsen. Der Rufstrom der Arbeiterinnen zu diesen Fabriken ist stark, unter den Arbeitssuchenden herrscht das koste, zuverlässige Element vor. Ein Wechsel der Arbeitsstelle wird nach Möglichkeit vertrieben, so daß ein Stamm gut geschulter, eingearbeiteter weiblicher Kräfte verfügbar wird. Auch in den Fällen, in denen sich zuerst die Arbeiterbevölkerung den Kinderfürsorgeeinrichtungen gegenüber ablehnend verhielt, weil sie fürchtete, die Arbeiterinnen würden dadurch in ein zu starkes Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber kommen, hat unmittelbar nach Eröffnung der Einrichtungen jeder Widerstand aufgehört.

Selbstverständlich muß der Betrieb der einrichtenden Krippen, Kindergärten und Horten in jedem Punkt dem Fabrikbetriebe angepasst werden. Die Frauen, die in der Nachtschicht arbeiten, müssen auch des Nachts ihre Kinder unterbringen können, — es muß Rück-

sicht auf den Schichtwechsel, den Beginn und das Ende der Arbeitszeit in jedem einzelnen Falle genommen werden. Ein sachgemäß ausgebildetes Pflegepersonal wird die Forderungen des Fabrikbetriebes mit den hygienischen Forderungen für die Pflege des Kindes zu vereinen wissen.

Das Kriegsamt (Gruppe A. J. S. C.), Frauenarbeitszentrale ist bereit, in jedem Teile des Reiches erfahrene und geeignete Persönlichkeiten zur Beratung bei Neueinrichtung, zur Leitung und zur Überwachung des Betriebes namhaft zu machen, auch geeignetes Pflegepersonal nachzuweisen. In Fällen, in denen eine Fabrik oder ein Betrieb die Einrichtung einer Kinderanstalt für sich allein nicht für wünschenswert oder durchführbar hält, sei auf die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mehrerer räumlich nahegelegener Arbeitsstätten zur Begründung einer gemeinsamen Anstalt hingewiesen, in der die Kosten vereint getragen werden und jedem Betrieb eine Anzahl Plätze zur Verfügung steht.

22. VII. 1917.

37

Gesundheits-Ministerium.

Dem Arzt die Hauptentscheidung.

Im Anschluß an den Erlass des Kaisers von Oesterreich, wonach für Oesterreich und Ungarn die Schaffung eines Gesundheits-Ministeriums beabsichtigt ist, macht sich in den ärztlichen Kreisen unseres Vaterlandes eine Bewegung geltend, die darauf hinczielt, eine ähnliche Zentralstelle in Deutschland und in Preußen zu schaffen.

Bisher war der Arzt nur der Berater des Verwaltungsbeamten und viele von medizinischer Seite für unbedingt erforderlich erachtete Maßnahmen unterblieben, oder wurden sehr erheblich verzögert, weil die Entscheidung über die Ausführung ärztlicher Dinge nicht in der Hand des Arztes, sondern in der des Verwaltungsbeamten lag. Alle wichtigen Fragen der Seuchengefährdung, des ärztlichen Prüfungswesens, des Hebammenwesens, des Apothekenwesens usw. unterstehen dem Reichsamt des Innern, in dem sich — man glaubt es kaum — kein einziger Mediziner befindet. Als beratende Behörde steht ihm zur Seite das Kaiserliche Gesundheitsamt, das aber im Wesentlichen einen wissenschaftlichen Charakter trägt und an dessen Spitze ebenfalls kein Mediziner, sondern ein Verwaltungsbeamter steht. Die gleiche Abteilung, die das Medizinal- und Veterinärwesen im Reichsamt versorgt, hat weiterhin folgende Aufgaben: die See- und Binnenschifffahrt einschließlich der Postdampfer-Verbindung und der Verwaltung des Kaiser-Wilhelms-Kanals, das Auswanderungswesen, die See- und Binnenfischerei, die Angelegenheiten des geistigen Eigentums und des gewerblichen Rechtsschutzes, das Maß- und Gewichtswesen, die land- und forstwirtschaftliche Biologie. Es ist also leicht verständlich, daß das Medizinalwesen bei einer so überlasteten Behörde nur im Nebenamt besorgt werden kann. Die ärztlichen Kreise fordern, daß hier ein Wandel geschaffen werde. Gerade jetzt, wo eine Teilung des Reichsamtes vorgenommen wird und damit ein ins Auge springender Beweis von dessen Ueberlastung geliefert wird, wäre es an der Zeit, daß eine besondere Abteilung für Wohlfahrtspflege und Medizinalwesen mit einem Mediziner an der Spitze geschaffen würde. Aufgaben würde das Amt in Hülle und Fülle vorfinden. Man denke nur an die Fragen der Bevölkerungspolitik, an den Kampf gegen die Seuchen, an die Invalidenfürsorge usw.

Auch in Preußen müßte in einer Zeit, wo das Wort „Neu-Orientierung“ zum Schlagwort geworden ist, eine Aenderung eintreten. Zwar besitzen wir eine Medizinalabteilung mit einem Mediziner an der Spitze, aber zwischen der entscheidenden Stelle, nämlich dem Minister des Innern und dem Leiter der Medizinalabteilung steht noch eine Verwaltungsinstanz, der Unterstaatssekretär, der natürlich alle Vorschläge der Medizinalabteilung zunächst vom Standpunkt des Verwaltungsbeamten betrachtet. Die Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege sind wichtig genug, daß sie einem eigenen Ministerium übertragen werden, so, wie es jetzt in Oesterreich und Ungarn beschlossen ist. Andere Länder sind uns in diesem Punkte vorausgegangen. So hatte Rußland kurz vor Beginn des Krieges die Absicht, ein eigenes Gesundheits-Ministerium zu schaffen, ebenso ist die Türkei daran gegangen und auch in England wurden Verhandlungen in dieser Hinsicht gepflogen. Sollte Deutschland und Preußen, dessen Ärzteschaft an der Spitze marschiert, nicht auch ein Recht darauf haben?

Neuorientierungswünsche für das Gesundheitswesen.

N. Persin, 25. Aug. (Priv.-Tel.) Die „Medizinal-Korrespondenz“ schreibt:

Im Anschluß an den Erlaß des Kaisers von Oesterreich, demzufolge für Oesterreich und Ungarn die Schaffung eines Gesundheits-Ministeriums beabsichtigt ist, macht sich in den medizinischen Kreisen Deutschlands eine Bewegung geltend, die darauf hingingt, eine ähnliche Zentralfstelle in Deutschland und in Preußen zu schaffen. Bisher war der Arzt nur der Berater des Verwaltungsbeamten, und viele von medizinischer Seite für unbedingt erforderliche Maßnahmen unterblieben, oder wurden sehr erheblich verzögert, weil die Entscheidung über die Ausführung medizinischer Dinge nicht in der Hand des Arztes, sondern in der des Verwaltungsbeamten lag. Alle wichtigen Fragen der Seuchengefährdung, des ärztlichen Prüfungswesens, des Hebammenwesens, des Apothekenwesens usw. unterstehen dem Reichsamt des Innern, in dem sich — man glaubt es kaum — kein einziger Mediziner befindet. Als beratende Behörde steht ihm zur Seite das kaiserliche Gesundheitsamt, das aber im wesentlichen einen wissenschaftlichen Charakter trägt und an dessen Spitze ebenfalls kein Mediziner, sondern ein Verwaltungsbeamter steht. Die gleiche Abteilung, die das Medizinal- und Veterinärwesen im Reichsamt versorgt, hat weiterhin folgende Aufgaben: die See- und Binnenschifffahrt einschließlich der Postdampferverbindung und der Verwaltung des Kaiser-Wilhelms-Kanals, das Auswanderungswesen, die See- und Binnenfischerei, die Angelegenheiten des geistigen Eigentums und des gewerblichen Rechtsschutzes, das Maß- und Gewichtswesen, die land- und forstwirtschaftliche Biologie. Es ist also leicht verständlich, daß das Medizinalwesen bei einer so überlasteten Behörde nur im Nebenamt sozusagen erledigt werden kann. Die ärztlichen Kreise fordern, daß hier ein Wandel geschaffen werde. Gerade jetzt, wo eine Teilung des Reichsamtes vorgenommen wird, und damit ein ins Auge springender Beweis der Überlastung desselben geliefert wird, wäre es an der Zeit, daß eine besondere Abteilung für Wohlfahrts-, Pflege- und Medizinalwesen mit einem Mediziner an der Spitze geschaffen würde. Aufgaben würde das Amt in Hülle und Fülle vorfinden. Man denke nur an die Fragen der Bevölkerungspolitik, an den Kampf gegen die Seuchen, an die Invalidenfürsorge usw. Auch in Preußen müßte in einer Zeit, wo das Wort „Neu-Orientierung“ zum Schlagwort geworden ist, eine Aenderung eintreten. Zwar besitzen wir eine Medizinalabteilung, mit einem Mediziner an der Spitze, aber zwischen der entscheidenden Instanz, nämlich dem Minister des Innern und dem Leiter der Medizinalabteilung steht noch eine Verwaltungsinstanz der Unterstaatssekretär, der natürlich alle Vorschläge der Medizinalabteilung zunächst vom Standpunkt des Verwaltungsbeamten betrachtet. Die Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege sind wichtig genug, daß sie einem eigenen Ministerium übertragen werden, so wie es jetzt in Oesterreich und Ungarn beschlossen ist. Andere Länder sind uns in diesem Punkte vorausgegangen. So hatte Rußland kurz vor Beginn des Krieges die Absicht, ein eigenes Gesundheits-Ministerium zu schaffen; ebenso ist die Türkei daran gegangen und auch in England wurden Verhandlungen in dieser Hinsicht gepflogen. Sollte Deutschland und Preußen, dessen Ärzteschaft an der Spitze marschiert, nicht auch ein Recht darauf haben?

Gefährdete Volkskraft.

von

Magistratsrat Dr. Schoenberner,

Leiter des Vormundschaftsamts der Stadt Berlin.

Angesichts der gewaltigen Menschenverluste im Kriege und des Sturzes der Geburtenziffern gewinnt jedes Menschenleben an Wert. Fast jedes zehnte im Deutschen Reiche geborene Kind ist unehelich; von ihnen sterben im Säuglingsalter nach der amtlichen preussischen Statistik 78 v. H. mehr als von der gleichen Anzahl ehelicher Kinder, auch nicht minder bedroht ist ihre weitere körperliche und sittliche Entwicklung. Es ist daher dankbar anzuerkennen, daß heute lauter als je die Stimmen derer ertönen, die diesem Raubbau am Volksgut für alle Zeiten ein Ende machen wollen. Im preussischen Abgeordnetenhaus traten am 17. Februar d. J. die Redner aller Parteien einmütig für eine Verbesserung der Rechtslage der unehelichen Kinder ein, die Ministerialdirektor Kirchner namens der Regierung in Aussicht stellte.

Bei allen derartigen Erörterungen richtet sich die Kritik gegen einzelne der heute gültigen Rechtsätze, z. B. die Verhinderung der Wehrverehrereinrede. Gewiß hat diese Rechtsregelung ihre gewaltigen Schattenseiten, da sie dazu führt, daß auch der jeder Unterhaltspflicht ledig wird, der wirklich das Kind gezeugt hat. Trotzdem möchte ich, gestützt auf die Erfahrungen der mehr als 20 000 Vormundschaften umfassenden Berliner städtischen Berufsvormundschaft, die Behauptung aufstellen, daß die Lage der unehelichen Kinder in ihrer Gesamtheit kaum merkbar dadurch berührt werden würde, wenn künftig etwa an Stelle eines Zahlungspflichtigen deren mehrere treten würden; denn die Verpflichtung zur Zahlung nützt wenig, wenn es nicht gelingt, die Zahlung selbst zu erreichen. Auf dem Gebiete des Nichtzahlens bieten aber die Väter unehelicher Kinder Bemerkenswertes. Außerdem darf man auch die Zahl der Unterhaltsprozesse, die wegen der Wehrvereinrede verloren werden, nicht überschätzen.

Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist schon heute jedes uneheliche Kind aufs beste versorgt; in erster Linie hat der Vater die Unterhaltspflicht, nach ihm die Mutter und deren Eltern, und im Falle der Hilfsbedürftigkeit des Kindes der zuständige Orts- oder Landarmenverband. Und doch bleibt alles graue Theorie, denn von allen Unterhaltspflichtigen wartet immer der eine darauf, daß der andere zahlen möge.

Hier muß mit stärkerer Hand eingegriffen werden: der Staat muß zunächst ihnen Unterhalt gewähren; zu diesem Zwecke muß er eine allgemeine Berufsvormundschaft auf gesetzlicher Grundlage einführen, als deren Träger in Preußen die großen Provinzial-Gemeindeverbände besonders geeignet erscheinen. Sehr nahe liegt der Vergleich mit der staatlichen Fürsorgeerziehung, die in Preußen von den gleichen Verbänden ausgeführt wird, und zu deren Kosten der Staat zwei Drittel beisteuert. Der Berufsvormundschaft des Gemeindeverbandes würde es dann obliegen, die Kosten von dem Erzeuger des Kindes, der Mutter, ihren Eltern oder dem verpflichteten Armenverband wieder einzuziehen.

Gerade auf diesem Wege können auch die Mütter mit aller Schärfe zu den Unterhaltskosten ihrer Kinder herangezogen werden.

Der für das Recht des unehelichen Kindes eingesetzte Unterausschuß des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik, dem auch ich als Sachverständiger meine Ansicht vorlegen durfte, hat sich erfreulicherweise einmütig zu dem Grundsatz bekannt, daß nicht einzelne Neuerungen, sondern nur die staatliche Fürsorge eine durchgreifende Besserung in dem Schicksal der unehelichen Kinder bringen und sie zu gesunden starken Gliedern unseres Volkes machen kann.

Das neue Ministerium für Volks- gesundheit.

Aus einer Unterredung mit dem Minister Doktor
Gorbatschewskij.

Der neue Minister für Volksgesundheit Dr. Gorbatschewskij hatte die Güte, einem Vertreter der „Reichspost“ über die Aufgaben und Ziele des neuerrichteten Ministeriums nachstehende Mitteilungen zu machen:

Anfänglich bestand der Plan, die Agenden des Ministeriums für öffentliche Fürsorge und die des Ministeriums für Volksgesundheit in einem Ressort zu vereinigen. Durch die Schaffung von zwei besonderen Ministerien wird ihnen ermöglicht, im Einbernehmen mit einander sich selbständig zu betätigen.

Schon jetzt ein fertiges Programm zu entwerfen, ist unter den derzeitigen Verhältnissen begreiflicherweise überaus schwer, da der Aufgabenkreis des im Entstehen begriffenen Ministeriums für Volksgesundheit mit den durch den Krieg bedingten Erfordernissen einen immer größeren Umfang annimmt. Bisher hatten die Ministerien (des Innern, Eisenbahn-, Handels- und das Arbeitsministerium) ihre besonderen Sanitätsdepartements. Diese Zersplitterung hatte oft genug zur Folge, daß großzügige, auf die Förderung der Volksgesundheit hinstrebende Aktionen nicht zur Reife gelangen konnten. Die nächste Aufgabe des neuen Ministeriums ist daher, eine einheitliche Leitung herzustellen, die Agenden der in den einzelnen Ministerien zerstreuten Sanitätsdepartements in ein einheitliches System zu bringen. Die Konzentrierung hat natürlich zur Voraussetzung, daß auch die in den einzelnen Kronländern bestehenden Sanitätsdepartements der nunmehrigen Zentralfstelle untergeordnet werden. Auch das Seesanitaetsdepartement in Triest wird dem neuen Ministerium unterstellt werden.

Was die Zusammensetzung des ins Leben gerufenen Ministeriums anbelangt, muß die Feststellung vorausgeschickt werden, daß bisher die Verwaltung des Sanitätswesens größtenteils in den Händen von Juristen lag. Die Fülle der mit dem Krieg in Zusammenhang stehenden Fragen macht es zur Notwendigkeit, im Sanitätswesen den Fachmann, nämlich den Mediziner, mehr, wie es bisher der Fall war, zu Worte kommen zu lassen. Dies bedeutet natürlich noch nicht, daß auf die wertvolle Mitarbeit der juristischen Fachkreise verzichtet werden solle. Auf diesem Wege gelangen die Ärzte zu dem ihnen gebührenden Einfluß, gleichzeitig aber wird eine reinliche Scheidung in dem Aufgabenkreis der Ärzte einerseits und der Juristen anderseits vorgenommen.

Um auf die einzelnen Agenden des neuen Ministeriums näher einzugehen, so liegt es auf der Hand, daß heute die Bekämpfung der Kriegseuchen (Sphätkis, Ruhr, Tuberkulose und andere), namentlich in den durch den Krieg berührten Gebieten zur dringlichsten Aufgabe geworden ist; das gleiche gilt von der Lösung der Ernährungsprobleme. Durch die Errichtung eines besonderen Ministeriums für Volksgesundheit wird auch in dieser Hinsicht eine einheitliche Arbeit ermöglicht.

Der neue Minister will bei der Organisierung seines Ressorts die Erfahrungen verwerten, die im Deutschen Reich zur Errichtung des sogenannten Reichsgesundheitsamtes geführt haben. Als oberstes Sanitätsinstitut wird das neue Ministerium in einige Departements zerfallen, und zwar in ein bakteriologisches, chemisches, serumtherapeutisches und ein der Erforschung auf dem Gebiete des Ernährungswesens dienendes Departement.

Minister Dr. Gorbatschewskij ist sich seiner schwierigen Aufgabe bewußt. Handelt es sich doch um ein neues Institut, das erst geschaffen und organisiert werden muß. Er hofft aber, daß seine Bestrebungen Verständnis und Unterstützung bei allen in Frage kommenden Faktoren finden werden, dies um so mehr, als sich heute niemand mehr der ungeheuren Bedeutung der Volksgesundheit verschließen kann. Jede gegenständliche Anregung, von welcher Seite sie immer kommen möge, werde dem Minister überaus willkommen sein.

Das neue Ministerium wird in dem Ministerium des Innern untergebracht werden. Minister Dr. Gorbatschewskij begibt sich für einige Tage nach Prag und kehrt dann wieder nach Wien zurück. In kürzester Zeit wird das neuerrichtete Ministerium für Volksgesundheit seine Tätigkeit aufnehmen können.

87A. 1917

42

Kolonisation.

Wir erhalten die folgende Zuschrift:

In der Nr. 218 Ihres sehr geschätzten Blattes bespricht unter der Ueberschrift „Kolonisation“ Herr Dr. Carl Wolff in höchst interessanter Weise die Notwendigkeit der Wiederbevölkerung durch Heranziehung von deutschrussischen Ansiedlern in gewissen Teilen Ungarns, die durch die riesigen Blutopfer im Weltkrieg große Verminderung der Bevölkerungszahl erlitten haben.

Nachdem ich bisher die Erfahrung machte, daß die geehrte Schriftleitung gemeinnützigen Zuschriften die Spalten des Blattes gern zur Verfügung stellt, erlaube ich mir, diesbezüglich meine bescheidene Meinung gleichfalls der Öffentlichkeit zur Begutachtung zu übergeben.

Der illustre Verfasser des Artikels hat den Nagel auf den Kopf getroffen mit seiner Bemerkung, daß wir auf die Rückwanderung aus Amerika trotz des Heimwehs unserer dortigen Brüder keine allzu großen Hoffnungen setzen dürfen. Der zuchtgewöhnte Europäer, nicht zuletzt auch der Ungar, gerät bei der ersten Verlostung der leider übergerühmten amerikanischen Freiheit in eine Art Freudenrausch, der ihr sein Heimatland bald vergessen läßt. Der geflüchtlich nach starken Arbeitskräften ausliegende Yankee läßt es sich angelegen sein, dem unerfahrenen Einwanderer Amerika von der schönen Seite zu zeigen. Freiheit, Freiheit, und nichts als Freiheit hört der erstante Europäer im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten und des grenzenlosen Heuchlertums rühmen, und wird er einmal die recht scheußliche Rehrseite des trügerischen Bildes gewahrt, dann ist es bereits zu spät. Ohne es zu ahnen, ist aus dem Europäer ein Amerikaner geworden. Keine Regel ohne Ausnahme, aber man sehe sich ein wenig unter den Auswanderern um und wird finden, daß es ihrer nicht übermäßig viel sind, die auch wirklich bereit wären, in die Heimat zurückzukehren. Der aus Mangel an Grund und Boden auswandernde Ungar hat sich allerdings in Amerika ansässig gemacht und dürfte sich von seinem mit harter Mühe erworbenen Heim kaum trennen wollen. Blieben also noch zwei Kategorien übrig: die der Handwerker und die Tagelöhner. Indem jedoch in Amerika der Wert der manuellen Arbeitsleistung über den der geistigen Arbeit gestellt ist, der Meister Franz und Johann oder Pista daher eine weit größere Achtung genießt als in Ungarn, ist auf eine größere Rückwanderung aus diesem Kreise gleichfalls nicht zu rechnen. Käme also nur noch die Rückwanderung der ausgewanderten Tagelöhner in Betracht. Der Brennpunkt der Frage der Kolonisation ist somit nicht die Art und Weise der Rückwanderung, worüber ungezählte Reden gehalten und noch mehr Artikel geschrieben wurden, sondern die Verhinderung der Rückwanderung nach dem Kriege.

„Anstellen“ und Bevölkerungspolitik.

Aus christlichsozialen Arbeiterkreisen wird uns geschrieben: Von berufenen und unberufenen Kreisen, insbesondere auch von vornehmen Frauen, wird seit langem viel von „Bevölkerungspolitik“, vom „weißen Tod“ und so weiter geschrieben und gesprochen. Wer sich ernstlich für das hochernste Problem interessiert, der möge sich einmal der Mühe unterziehen, in den täglichen langen Reihen der „Angestellten“ vor den einzelnen Geschäften, die werdenden oder stillenden Mütter, letztere häufig mit den Säuglingen am Arme, zu betrachten. Welch unersägliches Leid spricht aus ihren Zügen. Welche physische und seelische Marter für die Mütter, die einem „freudigen Ereignis“ entgegensehen oder es hinter sich haben und einen Säugling zu betreten haben, bedeutet doch dieser Zwang des Anstellens! Des stundenlangen Anstellens bei jedem Wetter! Ist dies nicht ein Verbrechen an Mutter und Kind, ein Verbrechen gleich dem „weißen Tod“? Will man wirkliche Bevölkerungspolitik betreiben, so mögen sich die maßgebenden Faktoren dahin aufraffen, den werdenden und stillenden Müttern beim Lebensmitteleinkauf jene Erleichterung zuteil werden zu lassen, die heute schon einige menschenfreundliche Wachleute diesen Frauen — durch Ueberlassung des Vortrittes vor den anderen Angestellten — einräumen! Der Winter steht vor der Tür, die rauhe Jahreszeit wird mehr denn je auf die Kindersterblichkeit ihren unheilvollen Einfluß ausüben, um so mehr, je länger man solche Frauen zwingt, in den Reihen der „Angestellten“ stundenlang in jeder Bitterung auf die zum Leben notwendigen, heute bereits auf ein bescheidenes Quantum und noch bescheidenere Qualität herabgesunkenen Lebensmittel zu warten.

Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Zur Frankfurter Sammlung und Wanderausstellung.

Von Dr. med. P. Voelkm (Frankfurt).

Unter der Fülle von Problemen, die der Krieg mit seinen noch unübersehbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen uns zu lösen gibt, nimmt die Sorge für Deutschlands Kinder auch eine überragende Stelle ein. Was läge auch näher als der Gedanke, daß alles geschehen muß, was für die schweren Verluste an blühenden Menschenleben möglichst baldigen und vollkommenen Ausgleich zu schaffen?

Alle deutschen Stämme haben Kämpfer entsandt, das Vaterland zu verteidigen und den künftigen Geschlechtern zu erblassen — so wird auch ein gemeinames Pflicht- und Vaterlandsgeschick die in der Heimat Verblichener antreiben, die unter der Schutzherrschaft der deutschen Kaiserin erwiderte Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge mit allen Mitteln zu fördern.

Die Zeiten, da man das alljährliche große Sterben der Säuglinge als eine Art natürlicher Auslese ansah, sind vorüber. Wir wissen, daß von den 3-400 000 jährlich zu Grunde gehenden die weitaus größte Zahl gesund geboren wird und bei vernünftiger Pflege und Ernährung gerettet werden kann. Aus der Sterblichkeitsziffer werden durch zahlreiche Statistiken als Hauptursache des Todes, neben sonstigen ungünstigen hygienischen Einflüssen, die fehlerhafte Ernährung, insbesondere die mangelnde Brusternährung, kennen gelernt und unsere Hilfsmittel darauf eingestellt. Den günstigen Einfluß unserer Maßnahmen können wir zahlenmäßig durch die Herabsetzung der Sterblichkeitsziffer beweisen, wir müssen uns nur bewußt bleiben, daß damit die Frage nicht gelöst ist. Denn gerade im ersten Lebensjahr ist die Wachstumsintensität am größten, jede Störung infolge dessen am empfindlichsten, und eine sehr große Zahl von Säuglingen erliegt nicht sofort, sondern erst im zweiten Lebensjahre, sondern überschreitet das erste Lebensjahr in krankem und stehendem Zustand, und gehen dann doch — falls geeignete Fürsorge fehlt — früher oder später zu Grunde.

Beim Geburtenrückgang, dessen jährliche Steigerung im Zusammenhang mit der hohen Säuglingssterblichkeit schon seit geraumer Zeit alle schmerzlichen Proteste mit Sorge erfüllt, handelt es sich nicht nur um die gewollte Einschränkung der Kinderzahl, sondern auch um die durch Schwächwerden aller Art herbeigeführte vorzeitige Unterbrechung der Schwangerschaft, hauptsächlich bei den Schwerarbeiterinnen. Die gesteigerte Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts vollzieht sich häufig unter den ungünstigsten hygienischen Verhältnissen und führt zu allgemeinen Schwächebeständen, Unterleidsleiden, Zuber-

lulose, Verkrümmung des Knochengewebes u. a. m., infolgedessen zu Fehl- und Frühgeburten, besonders unter der Einwirkung giftiger Stoffe in Mehl, Zuckerfäulen, Phosphor-, Tabak- und ähnlichen Beriechen. Zweifellos werden wir, je mehr infolge des Krieges weibliche Arbeit die des Mannes ersetzen muß, noch dazu unter den schwierigen Ernährungsverhältnissen, mit einer wesentlichen Zunahme des Geburtenausfalls zu rechnen haben.

Mit der Sorge für Mütter und Säuglinge allein ist es aber nicht getan. Auch das Kleinkind, d. h. das Kind bis zum schulpflichtigen Alter, bedarf besonderer Schutzmaßnahmen. Freilich ist die Sterblichkeitsziffer im Kleinkindesalter nicht geringer, so groß wie bei den Säuglingen, dagegen zeigen die Kleinkinder eine besondere Empfindlichkeit für konstitutionelle und Infektionskrankheiten, denen sie häufig erliegen. Sie brauchen nicht, Licht und Bewegungsfreiheit, richtige Ernährung; sie bedürfen einer stetigen Aufsicht und gleichzeitig hygienischer und pädagogischer Fürsorge, deren Umfang und Bedeutung die in den nächsten Tagen in Frankfurt beginnende Wanderausstellung „Das Kleinkind“ in vollendeter Weise zum Ausdruck bringen wird.

Obgleichsoweit die Fürsorge-Vestrebungen nicht unvorbereitet getroffen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit eines besonderen Schutzes für das frühe Kindesalter, der logisch begründeten engen Zusammenhangs einer Mutter, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, mit besonderer Berücksichtigung der gesteigerten weiblichen Erwerbstätigkeit, hat neben staatlichen und kommunalen Maßnahmen der freien Stehertätigkeit privater Vereine und Gesellschaften ein fruchtbares Arbeitsfeld geschaffen.

Schon geraume Zeit vor der Niederkunft findet die Schwangere in Äypten eine Zuflucht, wohin sie bald nach der Geburt mit ihrem Kinde zurückkehren kann, um sich selbst zu kräftigen und ihrem Kind dort für eine ausreichende Zeit die Vorteile einer Brusternährung zu gewähren. In den ärztlich geleiteten Säuglingsfürsorgestellen erkennen die stillende Mutter die Lieberlegenheit der Brusternährung und wird veranlaßt, das Stillen möglichst lange fortzusetzen. Sie erhält außerdem für den Fall, daß sie schon ganz oder teilweise abgestillt hat, die für die Herstellung der künstlichen Nahrung erforderlichen Ratsschlüsse. Für die außerhäuslich erwerbstätige Frau bietet sich in Krippen, Tag- und Nachtbetimen eine Möglichkeit, während der Arbeitszeit ihr Kind einwandfrei zu versorgen. Der bleibenden Unterbrechung besonders bedürftiger Kinder dienen neben den schon erwähnten Wagnern die eigentlichen Säuglings- und Kinderbetime für gesunde, die Kinderkrankenhäuser für erkrankte Säuglinge. Die Fürsorge für Kleinkinder, deren Ausbau erst in den letzten Jahren eine richtige Förderung erfahren, vollzieht sich in ähnlicher Weise wie die Säuglingsfürsorge. In Kleinkinderfürsorgestellen zur öffentlichen Betreuung der Mütter in hygienischen und pädagogischen Fragen, in Krippen zur Aufnahme

von Kindern bis zu 3 Jahren, und Kinderbeobachtungsstellen, Kinderschulen und Kindergärten für das Alter von 3 bis 6 Jahren, dazu treten geschlossene Anstalten, die Kinderbetime und -Krankenhäuser.

Unser Frankfurt, dessen Sinn und Betätigung für Wohlfahrtspflege weltbekannt sind, darf sich mit Stolz rühmen, auch auf dem Gebiet des Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in erster Reihe zu stehen. Unsere Einrichtungen können zum größten Teil als musterhaft bezeichnet werden. Eine Anzahl von Vereinen ist unermüdet dafür tätig, sie alle verbindet ein Ziel, sie alle leiden aber auch unter einem Mangel, dem Mangel an den nötigen Mitteln zur Durchführung ihrer Bestrebungen. Wurde dies schon in Friedenszeiten als schmerz empfinden, so haben seit Beginn des Krieges die schweren wirtschaftlichen Zustände und die größere Nachfrage der Einrichtungen deren Weiterbestehen und -arbeiten auf eine harte Probe gestellt. Darum wenden wir uns heute an unsere Mitbürger: Gebt, ein jeder so viel er kann, zur Sammlung für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, der sich alle Frankfurter Vereine in einem Ausschuss vereinigt haben. Folgt eurem Herzen, wenn es Mitleid fühlt mit den Armen der Armen, wenn es Dankbarkeit empfindet für alle, die im Notleid und in der Heimat für Deutschlands Zukunft ihr Bestes einsetzen! Folgt eurem Verstande, wenn er euch heißt, unser aller geistigen und materiellen Besitz für alle Zeiten sicherzustellen durch Erhaltung und Erfrischung des heranwachsenden Geschlechts!

16. IX. 1917

Sterbende Mütter.

Budapest, 18. September.

Der Tod hält Ernte. Und er erntet mit Maschinen, — seit nahezu 1200 Tagen ununterbrochen, an grauen Werktagen ebenso wie an rotbezeichneten Kalenderfesten, und nie hat seine Sense so gewaltig gemäht. Doch der Tod, mag er noch so fleißig bei der Arbeit sein, findet noch Zeit, einer besonderen Jagd zu huldigen. Seine Spürhunde erforschen jeden Winkel des Hinterlandes, und treiben Hunderttausende der friedlichen Bevölkerung ihrem großen Herrn zu, damit er sie jage und martere, wie seine Laune es will. Die Gelehrten registrieren dann die also Zusammengebrochenen unter allerlei Titeln. „Vor Kummer gestorben“, — „Hungers gestorben“, — „An einer ansteckenden Krankheit gestorben“... Es ist alles gleich. Gestorben. Wichtig ist die Tatsache, daß sie gestorben sind. Man kann darüber reden, welche Krankheit sie dahingerafft habe, eines aber ist gewiß: daß der Krieg sie getötet hat.

Und heute, da die Ernte des Krieges in vielen Millionen Garben steht, — erhebe ich jagend meine Stimme zugunsten einiger tausend Frauen, denn ich frage mich, ob nicht alle diese Rettungsversuche überflüssig seien, jetzt, da der Mensch in so ungeheuren Mengen zermalmt wird und in jenem großen gemeinsamen Saß verschwindet?

Lohnt es sich? Darf man überhaupt? Nun ja: trotz allem.

Diese Erde ist noch nicht erkaltet, also gehört diese Erde noch nicht der Vergangenheit, nicht der Vermesung, nicht dem Tode. Es steht geschrieben, daß es eine Sintflut gab. Wir wissen, daß es eine Eiszeit gab. Auch früher haben schon furchtbare Katastrophen die Menschheit dezimiert. Und dennoch sind wir da.

So hat die Zukunft also doch die Gegenwart besiegt. Vielleicht nur von vernunftlosen Instinkten geleitet, aber sie hat sie besiegt; und so können wir ganz sicher wissen, daß sie auch heute siegen wird, obgleich wir täglich Zeugen dessen sind, daß jene, die der Hauch des jetzt wütenden Sturmes berührt, zugrunde gehen müssen.

Doch es gibt Tote, die nicht der große Sturm aus der Reihe der Lebenden reißt, sondern die durch die Gleichgültigkeit, die Gedankenlosigkeit der Lebenden ins Grab gestoßen werden. Tausende solcher gibt es, und doch zählt deren Tod doppelt, denn es sind die werdenden Mütter, von denen jede einen kostbaren Zukunftswert mit sich nimmt, — das Kind.

Ich rede hier von jenen schwangeren Frauen, die an einer alten oder chronischen Krankheit leiden. An Herz- oder Nierenleiden usw., und vor allem: an Tuberkulose! Aber — und hier komme ich zu dem Punkte, dem zuliebe diese Zeilen geschrieben wurden: diese werdenden Mütter leiden zwar an lebensgefährlichen Krankheiten, doch wären sie zu retten, wenn die Gesellschaft erklären würde: ich will's! Sie wären zu retten, — aber sie werden doch Jahr für Jahr zu Hunderten und Tausenden zugrunde gehen, solange wir nicht ernstlich sagen: Genug! Sie werden sterben, im Elend, unter tausend Qualen, solange wir nicht durch Organisation, durch Spenden, durch Arbeit die zu ihrer Rettung notwendigen Institutionen ins Leben rufen.

Für diese erhebe ich meine Stimme. Für diese wende ich mich an die ungarische Gesellschaft; an die ungarische Regierung; an die ungarische Kriegspatronage; an das Volkswohlfahrtsministerium! An alle, alle, die handeln, schaffen, schenken können! Ose mögen die Bitte hören und erhören! Aus unserer

Mitte reißt der Tod alljährlich schleichend und unter langen Qualen Tausende und Tausende von Müttern samt ihren Kindern, — die wir retten könnten, wenn wir nur wollten!

Eine Fierde unserer Gelehrtenwelt, ein Arzt, sagte mir, daß allein bei ihm, während der Ordinationsstunde, sich täglich fünf bis sechs solche Unglückliche heranschleppen und um Hilfe flehen, — doch vergeblich! Heute gibt es für sie noch keine Rettung, denn wir haben kein Spital, wo sie die ganze Zeit ihrer Schwangerschaft verbringen könnten! Und doch wäre dies die einzige Möglichkeit, die sicheren Erfolg verspricht.

Was geschieht demgegenüber heute? Sie kehren heim und arbeiten, radern sich. Sie „ziehen den Karren“ weiter. Natürlich vermag ihr ermüdetes, abgemartertes Organismus bald, und es ist noch ein Glück, wenn sie bloß ein totes Kind zur Welt bringen. Wahrscheinlicher ist es, daß auch sie selbst zugrunde gehen, und zwar auf qualvolle Art!

In tausend und abertausend Fällen...

Baron Dr. Alexander Koranyi schreibt im Märzheft 1916 der Tuberkulosis über die lungenkranken schwangeren Frauen: „Bei der bemittelten lungenkranken Schwangeren können wir meistens zwei Leben retten, oftmals eines, — und verlieren bloß ausnahmsweise zwei. Ganz anders liegt die Sache bei der armen lungenkranken Schwangeren. Ihre Armut gestaltet den Verlauf ihrer Tuberkulose ohnehin schon ungünstiger. Sie arbeitet, so lange sie kann. Wenn sie sich an den Arzt um Hilfe wendet, ist die Krankheit gewöhnlich schon so weit fortgeschritten, daß wir, während wir ihre Tuberkulose zu heilen versuchen (vorausgesetzt, daß Ort und Gelegenheit dazu vorhanden sind), oft die Zeit versäumen, in der die Unterbrechung der Schwangerschaft ihr noch hätte helfen können. Wenn wir uns aber zu diesem Eingriff entschließen wollen, hält uns oftmals der Gedanke zurück, daß, selbst wenn wir das Leben des Kindes opfern, unser Ziel dennoch nicht erreicht werden kann, weil nach dem Eingriff die Heilung der Tuberkulose ausbleibt und dann das Opfer vergeblich war. Die an schwerer Tuberkulose leidende schwangere Frau stirbt — wenn sie arm ist — oft vor der Geburt des Kindes. Bei der armen lungenkranken Schwangeren also gehen meist zwei Leben zugrunde...“

Was für die Lungenkranken gilt, gilt ebenso für die an anderen organischen Uebeln Leidenden. Und das wird so bleiben, bis wir ein Spital errichten, in dem solche schwangeren Frauen bis zum Tage ihrer Entbindung (und gegebenenfalls auch später noch) Hilfe, Heilung, Nahrung und Ruhe erhalten. Jetzt, da ja viele Millionen rollen, glänzen, klingen, jetzt fordere ich vielleicht nicht Unmögliches, wenn ich meine Bitte an die ungarische Gesellschaft richte und sage:

Tausend und abertausend Mütter sterben heute samt ihrem Kinde, und es werden weiter Zehntausende und Zehntausende sterben, solange jene, die es können, nicht das mächtige Zauberwort aussprechen: Genug!

Von den Plänen des Spitals für schwangere Frauen will ich diesmal nicht reden, aber sie liegen auf meinem Schreibtisch, so wie mir sie mit Fachleuten ausgearbeitet haben. Gebe Gott, daß die zur Verwirklichung nötigen Mittel sich ehestens finden, daß wir je eher die heute noch hilflos stehenden Mütter mit ihren Kindern dem Leben, der Zukunft wiedergeben können!

Gräfin Alexander Teleki.

Die Redaktion des Poster Lloyd ist gern bereit, Spenden für das zu errichtende „Spital für schwangere Frauen“ entgegenzunehmen und sie in ihrem Spendenausweis zu verzeichnen.

Die Folgen des Anstellens.

Bedenkliche Krankheitserscheinungen unter den Vorstadtjugend.

Um der Anstellqual wenigstens einigermaßen Einhalt zu tun, hat der Gemeinderat, wie gestern gemeldet wurde, die Fettversorgung der Mindestbemittelten einer Neuregelung unterzogen. Die Fettabgabe wird rationiert und jeder Verkaufstand soll in Zukunft nur eine knappe bemessene Anzahl bestimmter Abnehmer zu versorgen haben. Auf diese Weise hofft man das Anstellen, wenigstens soweit es sich um den Fetteinkauf handelt, einigermaßen einzuschränken.

Mag sein, daß beim Fetteinkauf jetzt erträglichere Verhältnisse eintreten. Der Anstellja immer in seiner brutalsten Form tritt aber noch immer beim Einkauf von Kohle und ebenso auch bei einzelnen Lebensmitteln, wie Zucker, Kaffeeerbsen und häufig noch immer beim Kartoffeleinkauf, in Erscheinung. Man braucht nur die städtischen Kohlenlagerplätze, wo Kohle in kleinen Quantitäten abgegeben wird, in den frühen Morgenstunden zu besuchen, und man wird überall das gleiche trostlose Bild finden: Endlos lange Reihen von Frauen und Kindern, die sich in ganzen Trupps schon um 3 Uhr morgens, manchmal auch bereits kurz nach Mitternacht, eingefunden haben und die auf offener Straße die Nacht verbringen, weil sie ohne rechtzeitiges Anstellen nicht das bischen Kohle erhalten würden!

Diesen skandalösen Zuständen muß ein Ende gemacht werden! Die Erfahrungen des letzten Winters, aber auch Beobachtungen, die während des Sommers gemacht wurden, lehren uns, daß das Anstellen auf die Gesundheit der Frauen und Jugend geradezu zerstörend einwirkt. Ganz abgesehen von allen sozialen und moralischen Bedenken muß schon im Interesse der Volksgesundheit, die auf das schwerste bedroht erscheint, dem Anstellen ein Ende gemacht werden. Man höre, was Ärzte und Lehrer aus ihrer Praxis zu berichten wissen! Ihre Mitteilungen klingen ungemein ernst.

Aus den uns vorliegenden Äußerungen geben wir heute die Warnungen eines Vertreters der medizinischen Wissenschaft und eines Pädagogen wieder. Was sie sagen, bedarf keines weiteren Kommentars.

Jugendliche Opfer des Anstellens.

Äußerungen eines Arztes.

Univeritätsdozent Dr. Karl Hochsinger erklärte einem unserer Mitarbeiter:

„Es wäre sehr zu begrüßen, wenn es dem Magistrat endlich gelingen wollte, das Anstellen einzuschränken. Der Dase macht sich kaum eine Vorstellung, welchen schweren Gefahren ein Kind beim Anstellen ausgesetzt ist. Von der sittlichen Verrohung, die sich hieraus ergibt, soll gar nicht gesprochen werden.ieht man die sanitäre Seite in Betracht, dann muß konstatiert werden, daß fast alle Kinder, die sich bei Nachtzeit anstellen, fortwährenden Erkrankungen unterworfen sind, aus denen sich nur allzu oft weitere Komplikationen ergeben. Aus diesen häufigen gesundheitlichen Erschütterungen ergibt sich aber auch ein Rückschlag auf das schwache Nervensystem der Kinder, für die es nicht ohne Folgen bleibt, daß sie der Nachtruhe beraubt werden. Das lange Stehen beeinflusst überdies bei jugendlichen Organismen äußerst ungünstig den Verdauungswechsel. Bei Kindern, die sich häufig anstellen müssen, treten gewöhnlich schon nach kurzer Zeit Verstopfungen oder böartige Darmkatarre auf. Endlich ist bei den dichten Ansammlungen die erhöhte Gefahr von Krankheitsübertragungen nicht zu übersehen. Nachgewiesenermaßen haben Krätze und Verlausung besonders in den Reihen der Vorstadtkinder, den Opfern des Anstelljammers, seit dem letzten Jahr eine unheimliche Ausbreitung gefunden.“

Sittliche Jugendverwilderung.

Beobachtungen eines Lehrers.

Ein Lehrer, der in leitender Stellung an einer Vorstadtschule wirkt, äußerte sich uns gegenüber in folgender Weise:

„Unser Ernährungsweisen müßte eigentlich Ernährungs-Umwesen genannt werden! Nicht nur, daß die Jugend unter der fast allgemein zu beobachtenden Unterernährung schwer leidet, ist sie nun auch noch immer dem Zwange des Anstellens unterworfen. Der Magistrat glaubt, daß die Fettabgabe nun kein weiteres Anstellen erfordert wird. Aber um Kohle müssen sich die Kinder doch noch anstellen, ebenso um Kartoffeln. Die Mitwirkungen auf den Schulunterricht haben sich im letzten Schuljahr äußerst empfindlich bemerkbar gemacht; nicht nur in einer erschreckend hohen Krankheitsziffer sprechen sie sich aus, sondern auch in einer ungläublichen Verrohung der Schuljugend. Diese durch das unüberwachte Leben der Schuljugend auf der Gasse verursachte Verrohung geht häufig so weit, daß sich die weiblichen Lehrkräfte, mit denen man sich in der Mehrzahl in allen Knabenvolkschulen befehlen muß, in den oberen Klassen nicht selten sogar tätlichen Bedrohungen ausgesetzt sehen. Im heurigen, für eine verlässliche Feststellung noch zu kurzen Schuljahr kann die Einwirkung des Anstellens auf die Gesundheitsverhältnisse der Schuljugend noch nicht abgeschätzt werden. Die Erfahrungen des Vorjahres aber haben gezeigt, daß übertragbare Krankheiten häufiger als früher unter der Schuljugend auftreten und eine Anzahl von Schulen gezwungen war, wiederholt ganze Klassen auf einige Wochen zu schließen. Waren es im Vorjahr Fälle von Scharlach, Masern und Diphtheritis, so kommt als neue Gefahr heuer die Ruhr hinzu.“

zu. Die Übertragungsgefahr für alle diese Krankheiten dürfte sich wegen der fortschreitenden Unterernährung des größten Teiles unserer Schuljugend gesteigert haben. Unter der ermüdenden und abschwächenden Einwirkung des Anstellens, das die Schuljugend oft mit leidenden Personen in Berührung bringt, ist der jugendliche Körper gegen Krankheitsübertragungen auch weniger widerstandsfähig.“

Tagung der Berufsvormünder.

Der Schutz des unehelichen Kindes.

Gestern wurde im Anwaltshaus die 11. Sitzung Deutschen Berufsvormünder eröffnet. Prof. Klumker-Frankfurt a. M. erstattete den ersten Bericht über den Schutz des unehelichen Kindes. Er wies darauf hin, daß diese Frage der Kernpunkt der ganzen Kinderfürsorge sei. Die unehelichen Kinder haben doppelt so hohe Sterblichkeit wie die ehelichen: 40 000 sterben von ihnen; wir könnten jetzt zwei Armeekorps mehr aufstellen, wären die Verhältnisse besser. Ihrem Schutz vorzuziehen wäre die Kenntnis im Säuglingsstich überhaupt. Die Zahl der unehelichen Kinder, die der Fürsorge anheimfallen, ist vier- bis fünfmal so groß wie die gleiche unter den ehelichen. Die Kriminalität der unehelichen ist viel größer als die der ehelichen. Es ist eine Pflicht der Gesellschaft, des Staats, hier einzugreifen. — Der zweite Berichtsteller, Stadtrat Rosenfeld-Königsberg, beschäftigte sich mit den Beschlüssen des Reichstagesausschusses für Bevölkerungspolitik, die auf einen schnelleren und wirksameren Schutz der unehelichen Kinder abzielen. Er forderte eine gesetzliche Berufsvormundschaft. Eine solche Einrichtung werde sogar eine Förderung der Ehe bringen, da sie den unehelichen Vater stärker zu seinen Pflichten heranziehen könne, während er heute geradezu eine Vorzugstellung vor dem ehelichen innehat.

Zu der heutigen Hauptversammlung hatten das preussische und sächsische Kriegsministerium, das Ministerium des Innern, das Justizministerium sowie eine Reihe anderer Behörden und Vereinigungen Vertreter entsandt; auch aus Oesterreich-Ungarn und dem neutralen Ausland waren trotz der Pachtwierigkeiten Teilnehmer erschienen. Prof. Dr. Klumker-Frankfurt a. M. hieß sie als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Archivs Deutscher Berufsvormünder willkommen. Die Größe der Stadt Berlin überbrachte Stadtrat Sassenbach, der darauf hinwies, daß die Reichshauptstadt plane, die seit 1912 bestehende Berufsvormundschaft weiter auszuweiten, vielleicht sogar bis zur Erreichung der Volljährigkeit. Neben der Einrichtung eines Jugendamts wolle der Magistrat eine Schwangeren-Fürsorge (ärztliche, pflegerische und rechtliche Beratung der ledigen Mütter schon vor der Niederkunft) einrichten. Geh. Oberregierungsrat Schloffer, der im Namen des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums sprach, betonte die Beziehungen zwischen Jugendamt und Berufsvormundschaft. Darauf schilderte Prof. Dr. Klumker die Tätigkeit des Archivs, zeigte, wie durch die Arbeit der Vereinigung deutscher Berufsvormünder die Rechtslage des unehelichen Kindes sich wesentlich gebessert habe; diese Arbeit mache auch nicht an den Grenzen Deutschlands Halt. Sei doch Holland nicht mehr die Zufluchtsstätte für Väter, die sich den Verpflichtungen gegen ihr uneheliches Kind entziehen wollen. Die Rechte eines unehelichen deutschen Kindes können in Holland vollaus wahrgenommen werden. Zum Schluß gedachte der Redner des dahingegangenen Amtsgerichtsrats Koehne, des warmherzigen Anwalts der ver-

lassenen Kinder. Darauf beschäftigte man sich mit Organisationsfragen. Direktor Dr. Blau-Strasbourg i. G. und Assessor Riese-Frankfurt a. M. behandelten die Organisation von Jugendamt und Berufsvormundschaft.

Die Säuglingssterblichkeit und ihre Bekämpfung. Der Vorstand der Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge Primararzt Doktor L. Moll sprach in der Urania über die Frage der Säuglingssterblichkeit. Unter den Säuglingen herrscht nämlich die größte Sterblichkeit, mehr als unter den Siebzigjährigen. Einige Jahre vor dem Kriege war infolge der Abnahme der Geburten beinahe kein Geburtenüberschuß mehr zu verzeichnen. Während des Krieges ist die Geburtenziffer sogar um mehr als die Hälfte zurückgegangen, ohne daß die Sterblichkeit nachgelassen hätte. Die Ursache dieser Erscheinung ist allgemein in der künstlichen Ernährung gelegen, denn die frühere Meinung, daß nur schwächliche oder krank veranlagte Säuglinge erliegen, hat sich als falsch herausgestellt; da auch kräftige, gesunde Säuglinge dieser Gefahr zum Opfer fallen. Den besten Beweis hierfür bietet ein Vergleich zwischen Brustkindern und künstlich genährten Kindern. Während des Krieges hat sich nämlich bei uns eine Kriegspatenschaft gebildet, in deren Dienst sich Frauen und Ärzte in uneigennütziger Weise stellten, um durch Tat und Tat diesem Uebelstand abzuhelfen. Die Folge war, daß nahezu 90 Prozent der Kinder an der Brust genährt werden und dementsprechend

die Zahl der Sterblichkeit zurückgegangen ist. Es wird dieses Unternehmen als eine der dankenswertheiten Leistungen der Wienerinnen in der Geschichte dieses Krieges glänzen, bemerkte der Vortragende. Aber die so dringende Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit kann nur durch mehrere solcher Einrichtungen sicher erzielt werden; zunächst gründliche Ausbildung von Fürsorgepersonen, welche im ganzen Lande die erforderliche Aufklärung zu verbreiten haben werden. Einige solcher Sendboten sind bereits in ihrer Aufgabe tätig und haben befriedigende Erfolge aufzuweisen. Allen jenen Müttern, die durch den Erwerb außer Hause sich dem Säugling nicht widmen können, muß durch eine Versicherung die Möglichkeit geboten werden, möglichst längere Zeit ihren Mutterpflichten nachkommen zu können, wie dies im Ausland immer mehr und mehr zur Geltung kommt. Auch das Kostkindertwesen muß dadurch gefördert werden, daß sowohl das Pflegegeld wie auch die Aufsicht verbessert wird. Schließlich sollte in den Mädchenschulen eine Belehrung über Säuglingspflege eingeführt werden. Denn dasjenige Land, welche die Verluste an Menschenleben am ehesten und sichersten herbeibringen wird, wird als Sieger in Zukunft dastehen.

Frauenwürde — Männer- schande.

Ein Vortrag des Universitätsprofessors
Ude.

Der Verein zur Bekämpfung der öffentlichen Un-
sittlichkeit „Oesterreichs Völkermacht“ hielt gestern, am
9. d., im großen Konzerthausaale eine von mehr als
2000 Frauen und Mädchen besuchte Versammlung ab,
bei welcher Universitätsprofessor Dr. Ude einen Vortrag
über „Männer schande — Frauenwürde“
hielt. Der Redner sagte unter anderem: „Die Männer
stehen im Felde, an der Front, schon bald drei Jahre
lang. Vielleicht ist ihre Freude am Singen erloschen, aber
sie tun draußen ihr Pflicht. Sie schweigen und wachen
und trosten dem Feind im Norden und Süden und Osten
und Westen, heute wie vor drei Jahren. Doch
während draußen Europas Völker verbluten,
geht ein großes noch viel schrecklicheres Sterben
durch unsere Reihen, bei uns, wie bei unseren Feinden.
Das große sittliche Sterben, die unheimliche Massen-
ansteckung, eine Art geistig-sittliche Paralyse: die Pro-
stitution, der freiwillig gewollte weiße Völkert-
od, die weiße Pest und im Zusammenhang damit die
schreckliche Vererbung der Völker mit venerischen
Krankheiten sind die äußeren Zeichen dieser europäischen
Masseninfection. Wollen die katholischen Frauen und
Mädchen ruhig zusehen, wie Europas Völker im Schlamm
der Unsittlichkeit versinken? Wollt ihr nicht helfen? In
Wien allein gibt es 70.000 feile Dirnen, eine Unzahl
Schandhäuser und mehr als 225 Millionen Kronen wüßt
die Wiener Männerwelt jährlich in die Kloake der Pro-
stitution. Am 800.000 Soldaten der österreich-ungarischen
Armee sind mit venerischen Krankheiten angesteckt.
Bon Jahr zu Jahr sinkt die Geburtenziffer
in Oesterreich in einer Weise, daß der Ausfall an
Geburten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn wäh-
rend der Jahre 1910 bis 1920 auf 4.590.000 Kinder
geschätzt wird. Diese Zahlen müssen mit ihrer fürchter-
lichen Klarheit und Deutlichkeit die Notwendigkeit der
Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit vor Augen
führen. Ueberall und überall finden wir, wie die Unsit-
tlichkeit öffentlich zur Schau getragen wird, wie die
Würde der Frauen und die Ehre der Mädchen in den
Kot gezerzt wird, sei es in den Bildern, die uns in allen
Auslagen entgegenrinsen, oder in den Operetten,
Balletts, in den Films und in den Kabaretten, in
den Varietés und in den Romanen. Ueberall wird die
Frau zum Gegenstand der Lüsternheit des Mannes
herabgewürdigt. Wir dürfen nicht mit schamhaften
Worten an diesen Tatsachen vorübergehen, wir müssen
den Mut dazu aufbringen, dagegen offen anzukämpfen.
Wir müssen Wissende werden. Die keusche reine Frau,
das keusche reine Mädchen müssen es wissen, wie weit
es schon gekommen ist, sie müssen es wissen, damit sie
nicht selbst von diesem Geist der öffentlichen Unsitte
ergriffen werden und damit sie zielbewußt zur Abhilfe
schreiten.“ Der Redner besprach sodann die Ziele des
Vereines „Oesterreichs Völkermacht“, der es sich zur
Aufgabe gemacht hat, der öffentlichen Unsittlichkeit Ein-
halt zu gebieten und forderte zum Beitritte zu dieser
Vereinigung auf. Eine Entschliebung folgenden Inhaltes
wurde einstimmig genehmigt:

Die von „Oesterreichs Völkermacht“ einberufene
und massenhaft besuchte Frauenversammlung erklärt sich
mit dem Ziele, das sich „Oesterreichs Völkermacht“
satzungsgemäß gestellt hat und mit den Mitteln, mit
denen „Oesterreichs Völkermacht“ dieses Ziel erreichen
will, völlig einverstanden. Die Versammlung fordert
sämtliche katholische Frauen und Mädchen Oesterreichs
dringend auf, sich dem Vereine „Oesterreichs Völk-
ermacht“ als Mitglieder anzuschließen und ersucht auch
die Frauen und Mädchen anderer christlicher Kon-
fessionen um ihre Mitarbeit und erwartet auf
das bestimmteste, daß auch sämtliche katholische
Männer Oesterreichs als Mitglieder von „Oesterreichs
Völkermacht“ sich an dem dringend notwendigen Kampfe
gegen die öffentliche Unsittlichkeit beteiligen werden. Vor-
 allem fordert die Versammlung im Hinblick auf das gött-
liche Sittengesetz, das allein für die maßgebenden Be-
hörden in Betracht kommen kann, im Interesse der Be-
kämpfung der venerischen Krankheiten und des Geburten-
rückganges:

1. Die Abschaffung der Reglementierung und Vor-
bellagerung der Prostitution.

2. Das Verbot der Herstellung und des Vertriebes
und der Ankündigung der empfängnisverhindernden so-
genannten „Schutzmittel“ und strengste Strafe für
die Zuwiderhandelnden.

3. Die Umbildung unserer Gesetzgebung im
Sinne der beiden ersten Forderungen zum Schutze der
durch die bestehenden gesetzlichen Maßnahmen so tief ge-
schädigten Frauenwürde und Mädchenehre.

Die Versammlung erwartet auf das bestimmteste,
daß die zuständigen Behörden ganze Maßnahmen im
Sinne des unbeugbaren, göttlichen Sittengesetzes treffen

werden, und verspricht, ihrerseits die Behörden in ihrem
Kampfe gegen die öffentliche Unsittlichkeit tatkräftig und
freudigst zu unterstützen.“

Mit der Absendung von Suldigungsdepeschen an
das Kaiserpaar wurde die Versammlung, die sehr würde-
voll verlief, geschlossen.

Hofrat Weichselbaum

gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Ministerpräsident so warme Worte für die Pflege des öffentlichen Gesundheitswesens gefunden habe sowie, daß der Finanzminister alle Maßnahmen, die der Förderung der Volksgesundheit und Volksbildung dienen, als eminent produktive Ausgaben bezeichnet, zu deren Durchführung auch staatliche Mittel verwendet werden sollen. So dankenswert und erfreulich diese Worte auch sind, werden sie ihren vollen Wert erst dann haben, wenn sie durch zweckmäßige Gesetze und Maßnahmen in Taten umgesetzt sein werden.

Was das Ministerium für Volksgesundheit betreffe, so wolle Redner über die Feststellung seines Wirkungskreises alle jene Forderungen präzisieren, die nach Ansicht der Ärzteschaft erfüllt werden müssen, wenn die hochherzigen Intentionen des kaiserlichen Handschreibens durchgeführt werden sollen. In dieser Beziehung ist als Kardinalforderung aufzustellen, daß das Ministerium für Volksgesundheit das gesamte Sanitätswesen zu umfassen habe. Es muß auch verlangt werden, daß diejenigen Angelegenheiten der Volksernährung, welche mit der Gesundheitspflege innig zusammenhängen, dem neugeschaffenen Ministerium für Volksgesundheit zugewiesen werden, dem namentlich auch die staatlichen Anstalten für Lebensmitteluntersuchung unterstellt werden müssen. Das Ministerium für Volksgesundheit muß aber weiter auch an eine gründliche Reform des Sanitätswesens schreiten, dem verschiedene Gebrechen anhaften. Das Hauptgebrechen unsrer Sanitätsverwaltung besteht in der viel zu geringen Selbständigkeit der öffentlichen Sanitätsorgane, weiter in dem unklaren Verhältnis zwischen den staatlichen und autonomen Behörden in bezug auf das Sanitätswesen und in dem mangelhaften Kontakt der Sanitätsbehörden mit der breiten Öffentlichkeit. Wir Ärzte müssen verlangen, daß sowohl beim Ministerium als auch bei den politischen Behörden erster und zweiter Instanz alle rein oder vorwiegend sanitären Angelegenheiten von ärztlichen Fachleuten vorbereitet und erledigt werden sollen. Weiter müssen die bestehenden sehr unklaren Bestimmungen über das Verhältnis zwischen der staatlichen und autonomen sanitären Verwaltung durch präzise Vorschriften ersetzt werden. Endlich müssen die politischen Behörden erster und zweiter Instanz veranlaßt werden, mit den schon bestehenden Privatorganisationen, welche der Gesundheitspflege und der sozialen Fürsorge dienen, in innige Verbindung zu treten. In die Reform des Sanitätswesens muß aber auch die Reform der Sanitätsräte, des Obersten Sanitätsrates und der Landes-sanitätsräte einbezogen werden. Auch der Sanitätsdienst bei den Gemeinden bedarf dringendst einer Reform. Das alles erfordert natürlich eine größere Mitwirkung der gesamten, nicht nur der öffentlichen, sondern auch der privaten Ärzteschaft, die sich gewiß mit der größten Bereitwilligkeit in den Dienst der Öffentlichkeit stellen werde, wofür sie aber auch verlangen könne, daß die Regierung den Arztstand und seine Interessen in wirksamer Weise schützt.

Wir müssen möglichst bald nach dem Beispiel Deutschlands ein Gesetz über die obligatorische Schutzimpfung schaffen. Redner weist sodann auf die bedrohliche Ausdehnung hin, welche die Erkrankungen an Tuberkulose erreicht haben, bringt einige Ziffern über die Todesfälle an Tuberkulose zur Kenntnis und gibt der Meinung Ausdruck, daß diese Ziffern nach dem Krieg eine noch weitere Steigerung erfahren werden. Redner weist sodann auf die große Ausdehnung der Geschlechtskrankheiten hin und bittet die Regierung, mit aller Energie den Kampf gegen diese Krankheiten aufzunehmen und die vom Obersten Sanitätsrat in dieser Beziehung erstatteten Vorschläge zu berücksichtigen. Ebenso bitte er das Ministerium für öffentliche Gesundheit, den vom Obersten Sanitätsrat ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Bekämpfung des Alkoholismus einer umgehenden Prüfung zu unterziehen. Die Schilderungen über die Ausbreitung des sogenannten Hungerödems im Erzgebirge bezeichnet Redner als durchaus zutreffend und drückt sein Bedauern darüber aus, daß das Volksnährungsamt mit seiner Aktion erst bis zum Augenblick der höchsten Not gewartet habe, obzwar von Seiten der Ärzteschaft schon lange auf die Verhältnisse im Erzgebirge hingewiesen worden sei. (Beifall.)

6. XI. 1917

* (Eine staatliche Ehevermittlungsanstalt.)

Zur Budapester „Verband für den Schutz der Nation“ entwickelte kürzlich Universitätsdozent Dr. Desider Buday einen Plan der staatlichen Ehevermittlung, und das ungarische Handelsministerium soll auch schon die Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit eingeleitet haben. Dr. Buday ging davon aus, daß der Krieg die Erneuerung der Bevölkerung in sehr bedeutendem Maße beeinflusst. Die Geburtenhäufigkeit sinkt, die Sterblichkeit nimmt zu, den Menschenverlusten im Felde reiht sich die große Zahl der — Angeborenen an. Dieses Problem hat die preussische Regierung sehr eingehend beschäftigt und auch im Königreich Sachsen zu dem Plan einer amtlichen Ehevermittlung geführt. Die Parteien, die eine Ehe schließen wollen, sollen nun nach dem Plan Dr. Budays rasch, diskret und ohne jeden Bureaukratismus einander nähergebracht werden. Die ehelustige Partei meldet sich beim staatlichen Matrikelanführer, der auch der Leiter des staatlichen Ehevermittlungsbureaus ist und übergibt ihm mit der eigenen Photographie den genauen Standesnachweis. Der Mann, der sich in entsprechender Weise über seine Person ausgewiesen hat, kann nun unter den Nachweisen und Photographien seine Auswahl treffen, wobei ihm der Name der Dame natürlich nicht mitgeteilt wird. Er kann nur einer Dame einen Antrag stellen. Das Heiratsbureau übersendet nämlich im amtlichen Wege die Photographie des Bräutigams der betreffenden Dame, ohne den Namen des Herrn mitzuteilen. Wenn die Dame das Bild innerhalb acht Tagen dem Amt zurücksendet, bedeutet dies ihre Ablehnung. Behält sie es, dann erfährt jeder Teil den Namen des andern. Zur Leitung des staatlichen Heiratsvermittlungsamtes sollen nur ernste, erfahrene und verlässliche Personen bestellt werden. Die meisten Leute, die das Amt in Anspruch nehmen, wissen, wie sie sich den zukünftigen Lebensgenossen zu wünschen haben, und die Aufgabe des Amtes dürfte sich daher darauf beschränken, den Parteien den richtigen Weg zu weisen. Wenn mehrere Bewerber eine und dieselbe Dame wählen, dann hat die Dame innerhalb acht Tagen eine Entscheidung zu treffen, worauf die persönliche Vorstellung des Bewerbers erfolgt. In erster Linie soll die staatliche Vermittlung den im Kriege invalid gewordenen Kriegern und den Hütawanderern dienen. Die wohl nach Kriegsende in staatlicher Zahl zurückkehren und in der Heimat vielleicht nur wenige Bekannte finden dürften. Auch an Post- und Eisenbahnbeamte, die beruflich an kleine Orte gebunden sind, wo sie keine Gelegenheit zu passenden „Bekanntschäften“ haben, hat Dr. Buday bei Konzipierung seiner Idee gedacht. Ferner sollen Mädchen der Mittelklasse, die einen Erwerb haben und heiraten wollen, den Weg der amtlichen Ehevermittlung betreten.

[Die Gründung des jungen Hausstandes.]
 Kriegsstraumung ist uns allen ein vertrauter, landläufiger und sympathischer Begriff geworden. Welcher Wagemut dazu gehört, in einer so kohlenarmen Zeit einen häuslichen Herd zu begründen, ist ein öffentliches Geheimnis; aber die eiserne Gegenwart begünstigt eben auf allen Gebieten wahres Heldentum. Nicht nur Feigheit, sondern auch Kühnheit wirken ansteckend. Die Eheandidaten, die Ernst machen, sind erfreulicherweise durchaus nicht dünn gesät, und sie lassen sich auch dadurch nicht abschrecken, daß die Prüfungstaren für das entscheidende Lebensritorium sehr bedeutend gestiegen sind. Es ist ganz merkwürdig, mit welcher herzlicher Anteilnahme die Passanten jetzt einem Wagen nachschauen, aus dessen Fenster der Maritenkanz einer Braut herauszugrünen scheint, und natürlich ist die Aufmerksamkeit und die Herzlichkeit noch stärker, wenn der Bräutigam die Felduniform trägt. Die Wagenreihe einer Kriegshochzeit ist viel kleiner, als sie es in der Friedenszeit war, die Fiakerkutscher und die Fiakerpferde sehen weit weniger wohlgenährt und wohlgelaunt aus; aber während früher nur Frauen und Mädchen stehen blieben, um das Brautpaar zu mustern und zu kritisieren, glätten sich heute wenigstens für einen Augenblick die griesgrämigen, sorgenbeschwerten Mienen eines jeden, der so einer Fahrt zum Kriegsalter ansichtig wird. Man begegnet viel zu viel Trauerkäseibern, wehenden Kreppschleiern, eingefallenen Wangen und tränengeröteten Augen, als daß man bei dem Gedanken nicht aufatmen würde, einmal statt zu bemitleiden, sich mitzufreuen. Allzu leicht und allzu billig ist natürlich heute die Gründung des neuen Hausstandes keineswegs. Einige Ziffern, die wir uns durch eine kleine Rundfrage verschafft haben, sind überaus lehrreich. Wir erkundigten uns zuerst nach der Brautausstattung. Um wie viel teurer? Ein lächelndes Achselzucken war die Antwort. Das kommt erst in zweiter Linie. Leinwand, Chiffon, fertige Wäsche, alles gesperrt. Gewiß, man ist hierwärts überaus ehrefreundlich. Der Staat braucht, unbeschadet der kommenden Abrüstung, vorderhand noch Rekruten. Darum gibt es für Ehelustige Bezugsscheine für sechs Stück jeder Gattung von Leinwäsche. Ganze sechs Stück. So viel bekommt natürlich kein eingeleiteter Junggeselle, keine prinzipielle Ehefeindin, wenn anders es auch solche gibt. Aber die angehende Schwiegermutter schüttelt das sorgenvolle Haupt. Wenn dieses halbe Dutzend das Um und Auf bilden soll, wenn es im Laufe eines Jahres, sagen wir, zehnmal mit den heutigen Reinigungsmitteln gewaschen werden wird, dann dürfte es am ersten Hochzeitstag im Wäscheschrank der Jungvermählten so ziemlich aussehen, wie in einem Fegenwinkel. Aber angenommen, es war eine besonders vorsichtige Schwiegermutter, die schon vor Kriegsausbruch für den kritischen Glücksfall vorgesorgt hat, oder die Braut ist eine junge Dame, die schon einmal verlobt war. Auch das kommt in den besten Familien vor. Mit einem Wort, die Wäscheausstattung liegt bereit. Nun heißt es, das junge Heim finden und ausstaffieren. Wohllichere Zeiten sprachen vom „Nest bauen“. Ach, einigermaßen passende Nester sind sehr selten geworden! Man läuft straßauf, straßab. Sogar der Onkel Hausherr versagt. Er möchte gern, aber die neue Mieterschutzverordnung verbietet ihm, für das junge Paar Platz zu machen. Endlich ist die Wohnung gefunden. Drei Zimmer mit Nebenräumen. Das Speisezimmer soll Eiche sein. Kostete früher beim Möbelhändler 900 bis 1000 K., heute das Vierfache. Natürlich ohne Vorhänge und Tischdecken, ohne Luster und sonstiges Zubehör. Schlafzimmer lichte Eiche. Früher 600 bis 700 K., heute ohne Betten 3000 K., mit Betten einen Tausender mehr. Die Messingbetten sind ohnehin wie die Wisente, das heißt, sie sterben aus. Heute gibt es nur Messingfergbetten, Blechstäbe mit dünnem Messingüberzug. Der Möbelhändler, der früher auch die Matratzen besorgte, erklärt sich für inkompetent. Also auf ins Bettwarengeschäft! Rechnung 300 bis 400 K. Das Kilogramm Bettfedern ist von 30 bis 40 K. auf 200 K. im Preise gestiegen. Rechnet man für zwei Betten vier Kilogramm Federn, so stellen sich Polster und Plumeau allein auf 800 K. Ueberlassen wir den beiderseitigen Schwiegermüttern die Sorge für Bettdecken und Vorhänge, für Beleuchtungskörper, für Stores und Vitragen. Ob sie diese schönen Dinge finden und zu welchem Preise, ist eine andere Sache. Am leichtesten ist noch das Herrenzimmer zu beschaffen. Die tiefen Sessel und die dazugehörigen Kanapees sollen, wie uns gesagt wird, fast bei allen größeren Tischlern noch vorrätig sein. Klubfauteuil 500 K., das dazugehörige Kanapee 800 K., Bücherkasten 1500 bis 3000 K., die kleinen Spieltische 500 bis 600 K. So kommt das Herrenzimmer, was die Möbel anlangt, auf 5000 K. zu stehen. Nun könnte man allerdings leichter auf das Bridgespielen, als auf das Essen verzichten. Und das Essen muß gekocht werden. Die Kücheneinrichtung, die früher sehr wenig Kopfzerbrechen verursachte, ist auf das Doppelte gestiegen, von 300 auf 600 K., und ihre Beschaffung macht ebensoviel Schwierigkeiten wie die Einrichtung des Badezimmers, in dem die Badewanne 600 bis 700 K. kostet und vom Warmwasserzuluß längst keine Rede mehr ist. Die Schwierigkeiten mit den Arbeitern und Gewerksleuten, mit Installateur und Tapezierer, mit Tischler und Schlosser gehören auf ein anderes Blatt. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn die Fälle nicht allzu selten sind, in denen die Kriegsstraumung durchaus nicht zur Gründung des

eigenen Hausstandes führt. Gewiß, aufgeschoben ist auch hier nicht aufgehoben; aber vorderhand dauert die große Flucht in die Pensionen und Hotels an. Es soll nicht wenig junge Ehepaare geben, die das eigene Heim kurzerhand den vielen, vielen Dingen zugesellen, die wir alle uns aufheben, „bis einmal Frieden kommt“.

Probleme der Bevölkerungspolitik nach dem Kriege.

Von Prof. Dr. Paul Samassa.

Daß an den maßgebenden Stellen bei uns die Bedeutung des Bevölkerungsproblems, das der Krieg dem Frieden als eine der wichtigsten Staatsaufgaben hinterlassen wird, erkannt wird, beweisen die beiden neuen Ministerien für Sozialpolitik und Sanitätswesen, die ja beide im wesentlichen dieser Aufgabe zu dienen haben und dies hoffentlich in Eintracht tun werden. Aber mit der Schaffung von 1000 Stellen ist es allein wohl nicht getan, auch damit nicht, daß man den Schaden erkennt und das Ziel sieht; das Wichtigste bleibt der Weg zu diesem Ziele und der scheint zurzeit durch arges Gestrüpp zu führen. Wir haben hundertaufende von Männern im kräftigsten, erwerbstätigen Alter verloren, bei einer großen Zahl ist die Erwerbsfähigkeit vermindert, für viele muß die Allgemeinheit sorgen; die dringendste Forderung wird aber nach dem Kriege verstärkte Produktivität sein, um die Schäden des Krieges gutzumachen, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen. Das wird die brennende Sorge des Tages sein, drohend wird aber noch eine andere Sorge vor uns stehen, die sich in ihren Folgen erst in zwei bis drei Jahrzehnten voll auswirken wird: die Folgen des Geburtenrückganges, der schon vor dem Kriege bedenklich war, im Kriege aber eine weitere Steigerung erfahren hat. Gewiß gibt es auch hier Wege zur Bekämpfung, die der Staat beschreiten kann; entscheidend werden aber doch die allgemeinen Lebensverhältnisse sein. Daß wir uns aber in der Lebenshaltung noch viele Jahre nach dem Kriege Einschränkungen werden auferlegen müssen, steht wohl außer Zweifel. Bei allen Maßregeln zur Stärkung der Volkskraft werden wir uns in dem bedenklichen Kreise bewegen, daß sie Geld kosten, dieses Geld durch Steuern aufgebracht werden muß und die Steuerlast wiederum die Lebenshaltung herunterdrückt.

Ein einziger Weg steht nicht unter diesem Drucke: es ist die **Zuwanderung von außen**. Wenn es uns gelingt, Männer im erwerbsfähigen Alter aus dem Auslande zur Einwanderung nach unserem Vaterlande zu gewinnen, so ist das ein reiner Gewinn, der uns in keiner Weise belastet, doppelt groß, wenn die Einwanderer auch über Kapital verfügen. In Deutschland rechnet man stark mit dieser Rückwanderung nach dem Kriege zur Ausfüllung der durch den Krieg gerissenen Lücken. In der ganzen Welt bangen kräftige deutsche Männer dem Tage entgegen, der sie aus den Konzentrationslagern befreit. Vielfach haben Söhne und Enkel deutscher Auswanderer, die in ihrer neuen Heimat schon eingebürgert waren, harte Unbilden erfahren; scheint sich ihnen in Deutschland oder den deutschen Kolonien die Möglichkeit wirtschaftlichen Fortkommens zu bieten, so werden sie leicht geneigt sein, die ungasliche Wahlheimat zu verlassen. Natürlich kommen aber auch die Deutschland verbündeten Länder für eine derartige Zuwanderung in Betracht. Es wird behauptet, daß allein in den Vereinigten Staaten schon 800.000 Ueberfahrtskarten von dortigen Deutschen bei den deutschen Schiffahrtsgesellschaften vorgemerkt sind. Trotzdem wird es sich hierbei doch nicht um eine Massenwanderung, sondern es wird sich um Menschen gehobener Gesellschafts- und Besitzschicht handeln. Als Proletariat dürfte ein großer Teil der Deutschen Rußlands zu betrachten sein, die nach der Behandlung, die sie während des Krieges erfahren haben, gewiß den Wunsch haben werden, dem Bande den Rücken zu kehren. Insbesondere die sogenannten Wolgadeutschen lebten teilweise in recht kümmerlichen Verhältnissen, aber auch die reichen Deutschen Südrußlands dürften durch den Krieg vielfach an den Bettelstab gekommen sein. Vielleicht kommt ein Teil dieser Deutschrussen auch für uns als willkommene Zuwanderung in Betracht.

In Oesterreich bekommt naturgemäß auch diese Frage der Zuwanderung eine nationale Färbung. Die Verluste an Menschen sind nicht bei allen Völkern der Monarchie gleich. In Böhmen z. B. haben die Deutschen mehr an Toten, die Tschechen mehr an Gefangenen verloren; auch die Schwächung der Bevölkerung des Hinterlandes infolge der Unterernährung war im deutschen Teil des Landes erheblich größer als im tschechischen. Es würde natürlich bei allen Deutschen eine außerordentliche Erbitterung hervorrufen, wenn die Deutschen Böhmens nun für ihr Verhalten im

Kriege noch dadurch büßen müßten, daß sie durch verstärkte tschechische Einwanderung von ihrer Heimatscholle verdrängt würden. Vielleicht werden ja freilich gewisse Momente den tschechischen Vorkämpfern doch bis zu einem gewissen Grade ausgleichen. Tschechische Gefangene haben in Rußland meist keine Vorzugsbehandlung genossen, es war ihnen gewiß nicht schwer, sich die russische Sprache rasch anzueignen und in ihrem großen Fleiß bieten sich ihnen dort gewiß gute Aussichten, sie könnten in Zukunft in Rußland die Rolle spielen, die in der Vergangenheit die Deutschen dort gespielt haben. Tschechen, die in den 60er Jahren in Böhmen eingewandert sind, um dort die Hopfenkultur einzuführen, sind wahrgenommen zu großem Wohlstand gekommen, sollen heute aber von vollkommen russifiziert sein, umsomehr, als sie auch von längst den orthodoxen Glauben angenommen haben. Ist eine Rückwanderung von Tschechen aus Amerika ist auch zu rechnen, wenn sich die Phantasien des Tschechentums vom souveränen tschechoslowakischen Staat verwirklichen sollten — ein recht unwahrscheinlicher Fall — da die amerikanischen Tschechen ganz im radikalsten Fahrwasser schwimmen. Oesterreich-Ungarn hatte vor dem Kriege sowohl absolut wie relativ eine außerordentlich hohe Auswandererziffer. Soweit die überseeische Auswanderung in Frage kommt, waren die österreichischen Deutschen daran am eifrigsten beteiligt; bedenklich groß war aber ihr Anteil an der statistisch nur mangelhaft erfaßten Auswanderung nach dem Deutschen Reich. Es handelt sich hier um eine Gefahr, die auch nach dem Kriege droht, besonders wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau in Deutschland rascher vor sich geht als bei uns; wir haben darum das größte Interesse daran, daß das Deutsche Reich seinen Menschenhunger nach dem Kriege aus anderen Quellen befriedigt, die unter Umständen auch uns noch etwas abgeben können.

In den Alpenländern, die ja auch durch den Krieg schwere Einbuße an Bevölkerungszahl erlitten haben, käme die Zuwanderung von Schweizern in Betracht, die uns nur außerordentlich willkommen sein könnte. Sie haben sich schon vor dem Kriege vereinzelt in Obersteiermark festhaft gemacht, sie einer etwas stärkeren Einwanderung von Bessarabiern gefolgt sind. Schweizer wie Bessaraber sind in jeder Wirtschaftsweise den Steirern überlegen und zeigen sich in den materiellen Erfolgen die Früchte einer besseren gemeinen und landwirtschaftlichen Bildung. Sie wären also für den Staat und Volk ein großer Gewinn. Für den Schweizer könnten nun schon vor dem Kriege unsere Alpen eine Anziehungskraft ausüben, da die Preise von Land und Boden hier sehr erheblich niedriger sind als in der landwirtschaftlich überbevölkerten Schweiz. Nun sind ja während des Krieges die Preise landwirtschaftlicher Güter bei uns infolge der Geldentwertung stark in die Höhe gegangen, aber nicht in dem gleichen Maße wie der Kronenwert gegenüber dem Schweizer Frank gesunken ist, was ja nach Friedensschluß nicht sofort wieder auszuräumen dürfte. Eine Einwanderung von Schweizer Landwirten wäre also auch vom Standpunkte der Wiederherstellung unserer Valuta sehr zu begrüßen.

Unter den österreichischen Völkern hatten vor dem Kriege die Ruthenen die stärkste Auswanderung, vor allem nach Kanada. Ob die dort ansässigen Ruthenen die Neigung haben werden, nach dem Kriege wieder in ihre alte Heimat zurückzukehren, wird ihrerseits davon abhängen, welche Behandlung sie jetzt drüben erfahren, andererseits wie sich nicht die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Verhältnisse in ihrer alten Heimat gestalten. Letzteres nicht etwa deshalb, weil der ausgewanderte ruthenische Bauer auf ein bestimmtes politisches Programm eingeschworen wäre, sondern weil die Rückkehr abhängig machen würde, sondern weil nicht irgend eine Amtsperson, die wir nicht übersehen, sein Vertrauen haben wird, sondern der ihm bekannte Geistliche oder Lehrer, kurzum jener Kreis von intellektuellen, mit denen er in Berührung kommt, der andererseits wohl im Grunde bestimmter politischer Programme ist. So werden sich aber bei allem, was in dieser Sache nach dem Kriege unternommen wird, die Rollen verteilen müssen. Die Regierung kann die Frage studieren und geeignete Vorbedingungen schaffen, die Wanderung selbst in die Wege zu bringen und leiten; das werden nur unabhängige tschechische Organisationen tun können, die das Vertrauen der Massen des betreffenden Volkes genießen.

24./XI. 1917

4. Preussische Landeskonferenz für Säuglingschutz.

Die Kriegsverhältnisse haben die Aufzucht und Pflege des deutschen Nachwuchses vor dermaßen große Schwierigkeiten gestellt, daß von amtlichen und nichtamtlichen Stellen eine ganze Reihe von Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet worden sind, um hier Wandel zu schaffen. Es ist in ganz Deutschland auf diesem Gebiete mit großem Fleiß und Eifer gearbeitet worden. Soweit alle diese Bestrebungen in Preußen tätig sind, kamen sie zum Ausdruck in der 4. Preussischen Landeskonferenz für Säuglingschutz, die heute, Sonnabend, bei sehr starkem Besuche im großen Sitzungssaale des Herrenhauses tagte. Die Kaiserin hatte dazu ihre Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff entsandt, der Reichskanzler den Ministerialdirektor Prof. Dr. Kirchner. Auch sonst waren Behörden (Ministerien, Bundesräten) zahlreich vertreten.

Der Leiter der Verhandlungen, Rabinetsrat Dr. v. Behr-Pinnow, stellte mit Genugtuung fest, daß im vergangenen Jahre sehr viel Gutes auf dem Gebiete des Säuglings- und Kleinkinderschutzes geschehen ist und daß sich besonders auch das Reich in erfreulichster Weise daran beteiligt hat. Dank sagte Dr. v. Behr nicht bloß für diese staatliche Hilfe, sondern auch der Kaiserin, die sich über alle diese Fragen auf dem Lausenden erhalten läßt und persönlich an Angelegenheiten der Organisation und Ausbildung regsten Anteil nimmt. Die Versammlung beschloß, eine Deputation an die Kaiserin zu senden.

Ueber die Staatstätigkeit für Säuglingschutz verbreitete sich in einer Begrüßungsansprache namens des Reichskanzlers und des Ministers des Innern Ministerialdirektor Prof. Dr. Kirchner. Das Ministerium des Innern befaßte sich auf das angelegentlichste mit den Fragen der Bevölkerungspolitik. Es sei ein Ausschuß aus Vertretern von Reichs- und Staatsbehörden eingesetzt worden, der feststellen soll, was geschehen kann, um die Schäden des Weltkrieges, auch des Geburtenrückganges wieder gutzumachen und unsere Volkskraft für den Frieden wieder zu stärken. Erhebungen haben ergeben, daß weite Schichten der Bevölkerung allerdings in gewissem Maße gelitten haben, namentlich die höheren Altersklassen, aber nicht — und das muß gesagt werden — die Kinder, vor allem nicht die Säuglinge. Im Gegenteil, die Säuglingssterblichkeit ist zurückgegangen. Es hat sich auch gezeigt, daß die Neugeborenen ebenso kräftig zur Welt kommen, wie im Frieden, und daß sie wachsen und blühen, weil noch niemals so viele Mütter ihre Kinder selbst gestillt haben, wie gerade jetzt. Freilich, wir dürfen nicht erlahmen. Die Staatsregierung hat daher beschlossen, in nächster Zeit erhebliche Mittel zur Verfügung zu stellen zur Durchführung systematischer Säuglingspflege. Es sollen besonders die Säuglingsfürsorgestellten unterstützt werden. Weiter sollen die Frauen, die im Dienste der Säuglingspflege stehen, unterstützt werden. Es sollen die Fürsorgerinnen zu einem Stande erhoben werden, der leistungsfähig und freudig sich in den Dienst des Vaterlandes stellt. In Wohlfahrtsämtern sollen alle diese Bestrebungen zusammengefaßt werden. Es folgte dann eine Reihe von Vorträgen, zunächst über die Bereitstellung der Heilbehandlung für die Säuglinge und Kleinkinder als Krankenversicherten durch die Krankenkassen. Alle Redner waren für die Uebernahme der Reichswochenhilfe in die Friedenszeit.

Das Kriegskind.

Wenn auch alles, was der kleine neue Erdenbürger zur Bedeckung seiner Blöße braucht, bezugscheinfrei ist, und er auch die ersten drei Lebensjahre sich ohne jegliche behördliche Kontrolle kleiden kann, so macht seine Pflege und Wartung viel mehr Schwierigkeiten als im Frieden. Zunächst bekommt man Wäsche nur sehr schwer. Schon die Wochenbettausstattung, die früher ohne weiteres vollständig geliefert wurde, ist jetzt nicht mehr so einfach zu beschaffen. Bett-einlagen aus Gummi sind natürlich nicht zu haben. Als Ersatz hierfür dient grauer, wasser-dichter Stoff, mit dem man seinerzeit Verbandstoffe verpackte, oder Billroth-Batist. Die Ein-lagen für den Säugling müssen vom gleichen Material genommen werden. Die wichtige Kinder-seife ist überhaupt nicht zu haben. Die Preise für alles, was noch zu haben ist, sind mindestens auf das Doppelte gestiegen. Natürlich ist das Hauptkleidungsstück des Säuglings, die Windel, auch kaum erhältlich. In einzelnen Geschäften bekommt man englischen Verbandstoff, pro Stück um zwei Kronen, der als Windel verwendbar ist. Sonst müssen eben aus den Beständen der Hauswäsche Leintücher, Tischtücher usw. herhalten. In den Kreisen der Armen und Minder-bemittelten herrscht an Windeln größte Not. Es gibt Kinder, die buchstäblich in Lumpen gehüllt sind. Was die sogenannte Erstlingswäsche an-langt, so kann man nach mühevollen Wanderun-gen nach und nach eine kleine, dürftige Aus-stattung zusammenbringen. Die Preise sind natürlich fabelhaft hohe. Ein Erstlingshemdchen stellt sich auf mindestens 8 Kronen 50 Heller. Um einen Betrag von 500 bis 600 Kronen kann man eine halbwegs ausreichende Ausstattung für den Kleinen anschaffen. In der guten Friedenszeit bekam man schon um 50 Kronen eine einfache Erstlingsausstattung. Gummisauger in feiner Qualität stellen sich auf 3 Kronen 60 Heller. Mit der Milch, dem Zucker, dem Zwiebad und dem Nährmehl hapert es auch gewaltig. Trotz aller möglichen Verordnungen kommt es häufig vor, daß die Säuglinge keine Milch bekommen können oder den Zucker entbehren müssen. Bei der Wichtigkeit des Nachwuchses müßte mit viel größerer Energie für die ersten Bedürfnisse des Kindes gesorgt werden.

(Rassenhygiene und Bevölkerungs-
politik.) Heute nachmittag hielt die Gesellschaft ihre gründende
Generalversammlung ab. In seiner Eröffnungsrede erörterte
Vorsitzender Graf Paul Teleki die riesige Bedeutung der
Rassenhygiene und der zielbewußten Bevölkerungspolitik an-
gefaßt der Menschenverluste im Kriege, die unser Volk quan-
titativ und qualitativ sehr herabgemindert haben und weitaus
schwerer wettzumachen sind als die wirtschaftlichen Verluste.
Universitätsprofessor Dr. Ludwig Nékám legte die drin-
gendsten Obliegenheiten auf rassenhygienischem Gebiete dar.
Es muß die Zahl der Geburten erhöht, die Kindersterblichkeit
verringert, die durchschnittliche Lebensdauer verlängert und
die Beschaffenheit der neuen Generation verbessert werden.
An die Stelle der humanitären Versuche, mit denen man
bisher diese Ziele zu erreichen trachtete, muß künftig die
Menschenökonomie treten. Die Aktion gegen die Unbeweißt-
heit muß so angelegt werden, daß der Ehefeindliche sich vor
den Jura gefällt sehe, zwischen den materialen Lasten des
Familienlebens, ohne dessen Freuden, und dessen Lasten in i
den Freuden zu wählen. Mit der Ansiedlung fremder Ele-
mente wäre Ungarn nicht gedient, da wir auf die Stärkung
der magyarischen Rasse in erster Reihe bedacht sein müssen.
Ministerial-Hilfssekretär Dr. Desider Lakó schilderte das
Programm der neuen Gesellschaft, die die Rassenhygiene und
die Bevölkerungspolitik des ungarischen Volkes auf wissen-
schaftlicher Grundlage pflegen, die diesfälligen Kenntnisse
popularisieren und die gewonnenen Lehren in die Wirklich-
keit umsetzen will. Die Vorträge wedten starken Beifall. Die
Leitung der Gesellschaft konstituierte sich folgendermaßen:
Präsident: Reichstagsabgeordneter Graf Paul Teleki, Prä-
sident des Landes-Kriegsfürsorgeamtes; Mitpräsidenten:
Universitätsprofessor Dr. Ludwig Nékám, Geheimer Rat
Georg v. Lukács, Geheimer Rat Josef Szterényi; geschäfts-
führende Direktor: L. u. L. Konsul Géza Hoffmann; General-
sekretär: Dr. Desider Lakó. Der gründenden Generalver-
sammlung wohnten für das Ministerium des Innern Mini-
sterialrat Edmund Frank, für das Volkswohlfahrtsministe-
rium Ministerialrat Desider Bah, für das Handelsministerium
Ministerialrat Ladislaus Buday und Sektionsrat Melchior
Szánthó an.

Das Ministerium für Volksgesundheit.

Wien, 28. November.

Das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heute die Vorankündigung für das Gesetz, betreffend die Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit. Es wird derselbe Vorgang eingehalten wie bei der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge. Das kaiserliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten lautet:

„Lieber Dr. Ritter v. Seidler!

Ich genehmige die Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit mit dem in der Anlage festgesetzten Wirkungskreise und ermächtige Sie, den hierauf bezüglichen Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Behandlung im Reichsrate einzubringen.

Standort, am 24. November 1917.

Karl m. p.

Seidler m. p.“

Dem Handschreiben sind die Verfügungen über den Wirkungskreis des neuen Ministeriums angeschlossen. Dieser Wirkungskreis umfaßt:

1. Die Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten des Menschen.
2. Die Mitwirkung in Veterinärangelegenheiten, welche die Wahrung der Gesundheit des Menschen berühren.
3. Die Hygiene der Städte.
4. Die Verkehrshygiene.
5. Die Ernährungshygiene.
6. Gesundheitliche Jugendfürsorge.
7. Berufs-, Gewerbe- und Unfallhygiene.
8. Behandlung und Pflege der Kranken.
9. Gefängnishygiene.
10. Apothekenwesen.
11. Leichenwesen.
12. Gesundheitliche Fürsorge für Kriegsbeschädigte.
13. Ausübung ärztlicher und einschlägiger Hilfsstätigkeit.
14. Strafsachen mit Ausnahme gerichtlich strafbarer Handlungen.
15. Statistik des Volksgesundheitswesens.
16. Organisation und Förderung der freien Selbsttätigkeit auf allen Gebieten des Volksgesundheitswesens der Vereine, Anstalten, Fonds und Stiftungen.

Die Angelegenheiten des Sanitätswesens und der Hygiene gehörten bisher zum größten Teile in den Wirkungskreis des Ministeriums des Innern. Der dem Eisenbahnministerium, der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen und sonstigen Eisenbahndienststellen beim Baue und Betriebe der Eisenbahnen und ihrer Anstalten in gesundheitlicher Beziehung zustehende Wirkungskreis wird durch die vorstehenden Bestimmungen soweit berührt, als dem Ministerium für Volksgesundheit die Aufstellung der Grundsätze der öffentlichen Gesundheitspflege im Einvernehmen mit dem Eisenbahnministerium und — unbeschadet des Verfügungsrechtes der genannten Eisenbahndienststellen — die Mitwirkung bei der Erlassung und Durchführung der bezüglichen Vorschriften zusteht.

10. / VIII. 1917

67

Erweiterung der Sektion für Gesundheitswesen im Ministerium des Innern.

Magyar Tudósító meldet: Die Absicht, ein besonderes Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen aufzustellen, war bekanntlich derzeit nicht durchführbar, und so ist die Führung und Leitung des Gesundheitswesens im Lande im Kompetenzkreis des Ministers des Innern verblieben. Ma-

riszte des Innern Gabriel v. Ugron hat insofern ver-
fügt, daß die Sektion für öffentliches Gesundheitswesen in
seinem Ministerium sofort mit der Durchführung aller jener
Reformen und Verfügungen auf dem Gebiete des Gesundheits-
wesens begiñne, die vom Gesichtspunkte der modernen Ent-
wicklung der Volkshygiene wünschenswert sind. Dieser Arbeits-
kreis hat sich infolge des Krieges noch erweitert und deshalb
erschien es notwendig, die Leitung der Sektion unter zwei
Funktionäre zu verteilen, und zwar nach dem Gesichtspunkt,
daß der eine Sektionsleiter außer den seiner Kompetenz zu-
gewiesenen Verwaltungsagenden in erster Reihe sich mit der
Vorbereitung der Reformen auf dem Gebiete des öffentlichen
Gesundheitswesens beschäftigen könne. Die Hauptsektion für
öffentliches Gesundheitswesen wurde dem Ministerialrat Dr.
Edmund Franke, die andere Hauptsektion — für Verwaltung
und legislative Vorbereitung — dem Ministerialrat Dr.
Johann Kamps zugewiesen.

Die Organisation des Landes-Kriegsfürsorgetates.

Im Sinne der Ministerialverordnung Nr. 900/M. E.,
§ 16, Absatz 3 betreffend die Versorgung der Kriegsinvaliden
und deren Familien, sowie der Kriegswaisen und -witwen hat
der königlich ungarische Ministerpräsident die Organisation
des Landes-Kriegsfürsorgetates im Verordnungswege folgen-
dermaßen festgesetzt:

§ 1. Präsidenten des Landes-Kriegsfürsorgetates sind der
königlich ungarische Ministerpräsident und andere durch den
Fürsorgetat zu wählende Präsidenten.

§ 2. Der geschäftsführende Vizepräsident des Landes-
Kriegsfürsorgetates ist der Präsident des Landes-Kriegs-
fürsorgetates; wenn indes dieses Amt aufgehoben oder dessen
Geschäftskreis von einer anderen Amtsstelle übernommen
würde, wählt der Landes-Kriegsfürsorgetat seinen Vizepräsi-
denten selber.

§ 3. Der Landes-Kriegsfürsorgetat befaßt sich mit den
mit der Kriegsfürsorge zusammenhängenden Angelegenheiten,
besonders aber mit denjenigen, die das Landes-Kriegsfürsorge-
amt ihm unterbreitet.

§ 4. Der Landes-Kriegsfürsorgetat verhandelt die Ange-
legenheiten, die er zu erledigen hat, entweder in plenarer
Sitzung, oder im Wege seines Zentralausschusses, oder aber
im Wege der Sektionen dieses Zentralausschusses. Der Präsi-
dent (Vizepräsident) des Landes-Kriegsfürsorgetates hat zu
beschließen, wo die einzelnen Angelegenheiten zu verhandeln
sind. Dem Zentralausschuß und den Sektionen steht aber das
Recht zu, gewisse ihnen überwiesene Angelegenheiten der Ple-
narsitzung des Landes-Kriegsfürsorgetates vorzulegen.

§ 5. Der Landes-Kriegsfürsorgetat besteht aus zumindest
hundert Mitgliedern. Diese Mitglieder bestehen aus Ver-
tretern der interessierten Ministerien, Behörden und öffent-
lichen Ämter, ferner aus Fachleuten auf dem Gebiete des Sa-
nitätswesens, der Gemeinwohlfahrt, des Kinder- und Frauen-
schutzes und aus Personen, die der Landes-Kriegsfürsorgetat
aus dem Kreise gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Organisa-
tionen betraut hat; ferner aus Personen, die der Landes-
Kriegsfürsorgetat in seiner konstituierenden Versammlung ge-
wählt hat, schließlich aus den Präsidenten der kommunipalen
Kriegsfürsorgeteilkommissionen und den Ministerialkommissären
der Kriegsfürsorge-Institutionen.

§ 6. Der Zentralausschuß des Landes-Kriegsfürsorgetates
besteht mindestens aus dreißig Mitgliedern; sein
Vorsitzender ist der Ministerpräsident; sein Vizepräsident der
Vorsitzende des Landes-Kriegsfürsorgetates; seine Mitglieder
werden vom Landes-Kriegsfürsorgetat aus dem Kreise seiner
Mitglieder gewählt, ferner nehmen in dem Ausschuß Platz
die im § 5 angeführten Vertreter der Behörden und öffent-
lichen Ämter, schließlich alle jene, die der Ausschuß nach Maß-
gabe der Notwendigkeit aus seinem eigenen Kreise wählt.

§ 7. Der Zentralausschuß des Landes-Kriegsfürsorgetates
kann Sektionen konstituieren, deren Mitglieder, sowie
deren Präsident durch den Zentralausschuß entsendet,
respektive gewählt werden. Der Präsident und der Vize-
präsident des Landes-Kriegsfürsorgetates sind Mitglieder
sämtlicher Sektionen.

§ 8. Die Sekretariats- und Bureauagenden des Präsi-
denten, des Landes-Kriegsfürsorgetates, des Zentral-
ausschusses und der einzelnen Sektionen versehen die Beamten
des Landes-Kriegsfürsorgetates, beziehungsweise der Nach-
folgerin dieser Amtsstelle, während die Referenten des
Landes-Kriegsfürsorgetates, des Zentralausschusses und der
Sektionen die Sektionsleiter des Landes-Kriegsfürsorgetates,
beziehungsweise die Stellvertreter dieser Sektionsleiter
sind.

§ 9. Die Sitzungen des Landes-Kriegsfürsorgetates
beruht dessen Präsident, beziehungsweise Vizepräsident ein;
diese führen entweder persönlich den Vorsitz oder lassen sich
durch ein Mitglied des Präsidiums vertreten.

§ 10. Zur Beschlußfähigkeit einer Sitzung des Landes-
Kriegsfürsorgetates ist die Anwesenheit von mindestens
zwanzig Mitgliedern notwendig.

§ 11. Der Zentralausschuß wird einberufen durch den
Präsidenten oder den Vizepräsidenten dieses Ausschusses. Zur
Beschlußfassung ist die Anwesenheit von zumindest zehn
Mitgliedern notwendig.

§ 12. Der Landes-Kriegsfürsorgetat, der Zentralaus-
schuß und die einzelnen Sektionen erbringen ihre Beschlüsse
mit einfacher Stimmenmehrheit und endgültig. Es bleibt der
Einsicht des Präsidenten anheimgestellt, zu beurteilen, ob das
Substrat der Debatte erschöpft ist, in welchem Falle er die
Verhandlung schließen und die Abstimmung anordnen kann.

§ 13. Ueber die Sitzungen des Landes-Kriegsfürsorgetates,
des Zentralausschusses und der Sektionen werden Proto-
kolle aufgenommen, die ein durch das Landes-Kriegsfürsorge-
amt, beziehungsweise durch die Nachfolgerin dieser Amtsstelle
zu entsendender Beamter führt.

§ 14. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Promul-
gierung in Kraft; ihre Wirksamkeit erstreckt sich nicht auf
Kroatien und Slavonien.

Budapest, im August 1917.

Graf Moriz Esterházy m. p.,
kön. ung. Ministerpräsident.

Die Frau in Haus, Beruf und Staat.

[Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung.] Die gewaltigen Opfer an kostbarem Blut, an gesunden Männern im kräftigsten Alter, die der Krieg uns auferlegt, läßt die Frage nach wirksamen hygienischen und sozialpolitischen Maßnahmen zu einer schnelleren Vermehrung der Bevölkerung besonders dringlich erscheinen. Immer wieder von neuem wird in diesem Zusammenhang namentlich die Frage erörtert, mit welchen Mitteln dem in neuester Zeit überall in unserm Vaterlande zu verzeichnenden Geburtenrückgang zu steuern sei. An dieser Stelle ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, daß hier zweierlei Ursachen streng auseinanderzuhalten sind: die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl und der Geburtenrückgang aus andern Gründen, unter denen in erster Linie die Geschlechtskrankheiten zu nennen sind. Was die erstgenannte Ursache anbelangt, so wird der Erfolg der von den meisten Autoren gegen diese Erscheinung empfohlenen Maßnahmen — Unterdrückung des Handels mit antikonzeptionellen Mitteln, bessere Wohnungsfürsorge, Gewährung von Erziehungsbeihilfen usw. — nicht gerade überwältigend sein; denn die Verbreitung moralischer Grundsätze im Volk hängt eng zusammen mit der ganzen Kulturentwicklung des Landes. Um so aussichtsreicher ist die zu demselben Ziele führende Bekämpfung solcher Krankheiten, die erfahrungsgemäß häufig Kinderlosigkeit im Gefolge haben, und der Säuglingssterblichkeit, die im Vergleich zu manchen andern Staaten, namentlich den skandinavischen, in unserm Vaterlande noch immer eine beklagenswerte Höhe erreicht. In bemerkenswerter Weise hat jüngst unter Führung der Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene eine Anzahl von Gesellschaften, deren Ziel die Förderung der Eugenik ist, in einer Eingabe an die Bundesregierungen auf die dringende Notwendigkeit des Austausches von Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung hingewiesen und beantragt, den Brautpaaren auf den Standesämtern bei der Anmeldung ihres Aufgebots von dem Standesbeamten ein Merkblatt auszuhändigen zu lassen, in dem sie über die Notwendigkeit, sich gegenseitig über ihre Gesundheitsverhältnisse aufzuklären, in der richtigen Weise belehrt werden. In der von Prof. Schwalbe verfaßten Eingabe wird mit Recht betont, daß nicht die Steigerung der Geburtenzahl an sich, sondern nur die Vermehrung gesunder Nachkommen den vielfach bevölkerungspolitischen Ansprüchen zu genügen vermag, daß aber eine solche Gewähr nur gegeben ist, wenn die eine Ehe eingehenden jungen Leute gesund sind. Bei der Unwissenheit, die in dieser Hinsicht noch in weiten Kreisen herrscht, kann in der Tat nicht eindringlich genug daran erinnert werden, daß die Fürsorge der Ehegatten für ihre eigene Gesundheit zugleich die beste Grundlage für das Gedeihen der Kinder schafft, und daß, wer mit einer Krankheit behaftet in die Ehe tritt, in vielen Fällen den Ehegatten ernstlich gefährdet, von demselben Leiden befallen zu werden. Nur die Ärzte wissen, welches umfängliche Unheil in dieser Hinsicht namentlich von solchen angerichtet wird, die mit einer ungeheilten Geschlechtskrankheit eine Ehe eingehen, und wie manches Eheglück durch die Übertragung einer solchen Infektion für immer zerstört wird. So wird man der Eingabe zustimmen müssen, wenn in ihr die Ansicht vertreten wird, daß bei der Eheschließung eine ärztliche Begutachtung mindestens ebenso am Platze wäre, wie etwa bei der Einschulung der Kinder und der Beaufsichtigung der Schulen. Dann natürlich dann im Einzelfalle nur der sachverständige Arzt entscheiden, ob bei einem der Ehegatten ein Leiden besteht, das die Gefahr einer Übertragung auf den andern Gatten oder der Vererbung auf die Kinder nahebringt; er allein kann auch grundlose Sorgen in dieser Hinsicht und so gegebenenfalls Bedenken gegen die Eheschließung, wie sie namentlich Neurasenikern nicht selten vorschweben, zerstreuen. Daß das — ohne Frage geschickt abgefaßte — Merkblatt die von den perfektionierenden Vereinen gewünschte günstige Wirkung haben wird, ist eine Frage, die man vom theoretischen Standpunkt aus ohne weiteres zu bejahen geneigt sein wird. Praktisch ist allerdings nicht zu übersehen, daß eine erst unmittelbar vor dem Eheschluß eingehende Be-

lehrung in vielen Fällen zu spät kommen wird. Ein durchschlagender Erfolg ist wohl nur zu erwarten, wenn man, wie dies die Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene fordert, die Beibringung von Gesundheitszeugnissen bei der Eheschließung zwangsweise durchführt — eine Forderung, der freilich einstweilen noch mancherlei Bedenken entgegenstehen. Aussichtsreicher erscheint der bereits angerogte Plan, auch bei andern Gelegenheiten, z. B. bei Rekrutenentlassungen und bestimmten Anlässen der Krankenversicherung, das Merkblatt zu verteilen. Und endlich wäre es angesichts der Tatsache, daß doch in der größeren Zahl der Fälle in einer vom gesundheitlichen Standpunkt zu widerrathenden Ehe das Weib der leidende Teil ist, von hohem Wert, Mahnungen solcher Art insbesondere an die Frauenwelt zu richten, wozu sich in Haushaltungsschulen und andern zur Ausbildung des herangewachsenen Mädchens bestimmten Kursen ohne Zweifel manche Gelegenheit fände. Denn wenn die moderne Zeit mit ihrem harten Kampf ums Dasein auf so vielen andern Gebieten unsrer weiblichen Jugend den zarten Schmetterlingsstaub von der Seele zu streifen genötigt ist — warum sollte sie aus falschen Rücksichten hier davor zurückschrecken, wo so oft das ganze Lebensglück auf dem Spiele steht? Die richtige Form für eine solche Aufklärung zu finden, dürfte kaum ernstliche Schwierigkeiten bereiten.

Der Abend
17. XII. 1918

70

17

Gemeindekinder.

Wir erhalten die folgende Anregung, der wir als beachtenswert gerne Raum geben.

Es werden gewöhnlich jene Kinder genannt, die sich auf Kosten der Gemeinde Wien in Pflege befinden. In wohlbedachten Paragraphen hat die städtische Jugendfürsorge allernachst festgelegt, unter welchen Bedingungen ein in Pflege zu bringendes Kind an eine „geprüfte Pflegetelle“ abgegeben werden darf. Wer sich der Mühe unterzieht, diese Vorschriften genau zu studieren, muß aufrichtig betennen, daß tatsächlich alles geschehen ist, was vernünftigerweise geschehen konnte. Eine Ergänzung der geübten Vorsicht erfährt dieser Zweig der Jugendfürsorge durch eine regelmäßige Beaufsichtigung der Pfleglinge und Pflegeeltern. Wie notwendig eine fortgesetzte Überwachung erscheint, haben die jüngst aufgedeckten, durch die mangelhafte Überwachung der letzten Zeit hervorgerufenen Schäden hinlänglich bewiesen. Bedingt ist dieser beklagenswerte Umstand durch die Kriegsverhältnisse, die so arge Lücken in die Beamten- und Dienerschaft gerissen haben, daß es zur Unmöglichkeit wird, die so wichtige Aufgabe entsprechend ausüben zu lassen.

Allein auf diesem ureigensten Gebiete des Weibes, der Fürsorge für Kindheit und Jugend, sollte von einem Mangel an Überwachenden gar nicht gesprochen werden dürfen. Um so mehr, als die Gegenwart gebieterisch fordert, daß keine Arbeitskraft brach liege, auch die des Alters nicht. Sicherlich gibt es eine große Anzahl älterer Frauen, von entsprechendem Bildungsgrade, die zur Spitalspflege und ähnlichen Diensten nicht geeignet sind, sich aber mit Eifer und redlichem Willen, in den meisten Fällen auch mit dem nötigen Takt und Verständnis dieser Sache widmen würden. Gar viele von den hart Betroffenen, deren Herzen unter einem herben Verlust leidet, könnten Beruhigung und neue Hoffnung aus dem Bewußtsein schöpfen, ein zartes Leben schützend zu behüten. Der Pflegling aber würde einer Frau weit mehr Vertrauen entgegen bringen als dem gutmütigsten Beamten; die seelische Berührung zwischen der Frau und dem Kinde wäre leicht herzustellen. Im Freundeskreise aber würde die Aufseherin, der ihr Pflegling allmählich nähergerückt ist, zweifellos Vorteile mancherlei Art für denselben zu erringen wissen. Es handelt sich um eine unbesoldete Ehrenstelle. Damen, die gerne mit ihrer Teilnahme an allerlei Wohltätigkeitsunternehmungen prunken, aber eigentlich nichts leisten, sind im voraus abzulehnen. Diese Angelegenheit erfordert gewissenhafte Arbeit. Denn eine einzige Unterlassungsjünde kann die schwersten Folgen zeitigen. Ältere allein stehende Frauen sind auch deshalb empfehlenswert, weil sie der Sorge überhoben wären, durch den Besuch des erkrankten Schützlings die eigenen Kinder zu schädigen. Natürlich ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine gewissenhaft geübte Überwachung nicht all zu große Anstrengungen erfordert. Die zugewiesenen Pfleglinge, deren Zahl drei bis fünf nicht übersteigen sollte, auf Wunsch aber geringer sein könnte, wären in der Art zuzuteilen, daß sie möglichst nahe dem Wohnhause der Aufsichtsdame untergebracht sind. Das wäre ein guter Schwachzug auch den Pflegeeltern gegenüber, die damit zu rechnen hätten, daß ihr Pflegling zufällig seiner Schützerin über den Weg liefe.

Es gibt bermalen beinahe gar keinen Arbeitszweig, in dem Frauen sich nicht versucht und bestens bewährt haben. Die Gemeindekinderaufseherin, wie sie hier genannt wurde, die „städtische Waisenträtkin“, wie der amtliche Titel lautet, ist keine ganz neue Erscheinung. Es sind bereits Frauen auf diesem so erspriechlichen Felde der Fürsorge tätig, allein weitaus nicht in der für die gegenwärtigen Verhältnisse zureichenden Anzahl.

Diese Zeilen verfolgen nun den Zweck, in Frauentreffen auf die Wichtigkeit dieser Art von sozialer Fürsorge hinzuweisen. Denn wir hegen die feste Zuversicht, daß viele, die keine Ahnung davon haben, wie notwendig sie hier gebraucht werden, und die der Pfleglingsfürsorge als einer ihnen völlig unbekanntem Erscheinung gegenüberstehen, sich im innersten Herzen nach einem ihre Kräfte nicht übersteigenden Arbeitsfelde sehnen. § 5 der betreffenden Vorschriften besagt ausdrücklich: „Das Amt eines Mitgliedes des städtischen Bezirks-waisentrates ist ein unbesoldetes öffentliches Ehrenamt. Zu diesem Amte können männliche und weibliche unbescholtene und eigenberechtigte Gemeindeglieder berufen werden, welche weder für sich noch für jene Verwandten, deren Unterhalt sie nach dem Gesetze zu bestreiten verpflichtet sind, eine Armenunterstützung der Gemeinde in Anspruch genommen haben.“

Einseitige Frauen, die sich dieser Aufgabe gewachsen fühlten und sich beim Obmann des Armeninstitutes ihres Bezirkes melden, würden die beste Aufnahme und sachgemäße Einführung in diese so erspriechliche Tätigkeit finden. Heute, wo jedes Menschenleben von vielfachem Wert ist, kann eine derartige, der Allgemeinheit segensvolle Arbeitsleistung nicht hoch genug eingeschätzt werden.

J. —r—

25/XI. 1917

72

Wien, 24. Dezember. (Ministerium für Volksgesundheit.) Die Vorarbeiten zur Schaffung des neuen Ministeriums für Volksgesundheit sind so weit gediehen, daß am 29. November 1917 die gegenständliche Regierungsvorlage dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde. Sie ist dem Verfassungsausschusse zugewiesen worden, und es ist zu erwarten, daß unmittelbar nach den Weihnachtsferien die parlamentarische Erledigung der Regierungsvorlage erfolgen, die neue Zentralstelle sodann etwa zu Beginn des Frühjahres ins Leben treten wird.

Mit der Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit, für dessen Unterbringung ein im Zentrum der

Stadt gelegenes Gebäude bereits sichergestellt ist, wird der öffentlichen Gesundheitspflege im Sinne langjähriger, in der Öffentlichkeit laut gewordener Wünsche — zumal der gesamten Ärzteschaft — jene selbständige Stellung und Verantwortlichkeit eingeräumt, die ihrer Bedeutung für den einzelnen Menschen und für die Gesamtheit entspricht.

In dem neuen Ministerium werden alle Betätigungen, die der Volksgesundheit dienen, zusammengefaßt und zentralisiert. In erster Linie übernimmt das Ministerium für Volksgesundheit die Besorgung aller Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheitspflege, für die bisher das Ministerium des Innern zuständig war. Auch von den anderen Zentralstellen gehen eine Reihe von Obliegenheiten an das Ministerium für Volksgesundheit über.

Der Wirkungskreis des Ministeriums für Volksgesundheit, der am 24. November 1917 die kaiserliche Genehmigung gefunden hat, wird insbesondere folgende Teilgebiete umfassen: Bekämpfung der Infektionskrankheiten und Volkskrankheiten (namentlich Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Trunksucht), Zusammenwirken des Gesundheitsdienstes mit dem Veterinärwesen in allen Angelegenheiten, welche die Wahrung der menschlichen Gesundheit berühren, Hygiene der Städte und Gemeinden, Bau- und Wohnungshygiene, Kurorte, Bade- und Heilquellenwesen, Verkehrshygiene und Seef sanität, gesundheitliche Ernährungsfürsorge, ferner gesundheitliche Jugendfürsorge, Berufs-, Gewerbe- und Unfallhygiene, Behandlung und Pflege der Kranken (Spitals- und Pflegewesen, Irrenwesen, Rettungswesen), Gefängnishygiene, Apotheken- und Heilmittelwesen, Leichenwesen, gesundheitliche Fürsorge für Kriegsbeschädigte, schließlich Ausübung der ärztlichen Tätigkeit und einschlägigen Hüfstätigkeit sowie Sanitätsstatistik.

Die fruchtbringende Entfaltung der Volksgesundheitspflege hat zur Voraussetzung, daß zum staatlichen Gesundheitsdienste und zur Wirksamkeit der Selbstverwaltung die freie gesellschaftliche Betätigung hinzutritt. In steter Fühlung mit der Wissenschaft wird das Ministerium für Volksgesundheit vor allem die Fühlung mit der Bevölkerung nicht verlieren dürfen, für die es die Ergebnisse der Wissenschaft in die praktischen Werte der öffentlichen Gesundheitspflege umsetzen soll.

Von größter Bedeutung für die erfolgreiche Verwirklichung der Ziele auf allen Gebieten des Volksgesundheitswesens ist die Belehrung und Aufklärung der Bevölkerung, deren Gewinnung zur verständnisvollen bereitwilligen Mitwirkung. Diesem Zwecke sollen die Verbreitung gemeinverständlicher Kenntnisse im Wege der Presse, die Herausgabe von Flugschriften, Merkblättern u. dgl., vor allem aber zur engen unmittelbaren Verbindung mit dem wirkenden Leben selbst die Ausgestaltung der Inspektions-tätigkeit und hauptsächlich der Tätigkeit der Fürsorgeschwestern (Gemeindeschwestern) dienen.

8./I. 1918.

auf der Höhe des Verantwortungsbewußtums und des Könnens erhalten wird. Deshalb ist in der Anstalt — und das gilt n. r. v. mutatis auch für das Privathaus — eine erprobte Pflege des Neugeborenen nur im Zusammenhang mit der Geburtshilfe und Kinderarzt möglich. Die Pflege des Neugeborenen ohne ärztliche Lieberwachung der Pflegerin zu überlassen, ihr die Entscheidung über das Erlauben oder gar die Verweigerung der Ernährung anheimzustellen, muß nach dem jetzigen Stand der Erforschung geradezu als ein Kunstfehler bezeichnet werden.

Sobald das Kind in die Säuglingsfürsorge gestellt werden kann, wo seine Entwicklung überwacht, seine Pflege und Ernährung geregelt wird, hat das in den Bevölkerungsteilen zu geschehen, für die solche Einrichtungen bestehen. Eine gut organisierte Säuglingsfürsorge wird dafür zu sorgen haben, daß zwischen der Zeit der Entlassung der Wöchnerin aus der Entbindungsanstalt oder aus der Pflege durch die Hebammen kein leerer Zeitraum klafft, in dem Mutter und Kind der Überwachung und ärztlichen Beratung entbehren. Der Säuglingsfürsorge schließt sich die Mutter an, auf die die Geburtshilfe der Hebammen vorbereitet ist. Der Neugeborenen rechtzeitig aufsucht und sie auf die verschiedenen arbeitsfähigen Mütter, falls diese Aufgabe zu übernehmen haben, zur Aufnahme von Wöchnerinnen nach der Entlassung aus der Entbindungsanstalt bereit zu stellen, wenn die noch nicht erwerbsfähige Mutter kein Heim für sich nennen kann. Muß aus wirtschaftlichen Gründen für die Mutter von ihrem Kinde trennen, was zunächst zu vermeiden und auch oft vermeidbar ist, so hat eine gut organisierte und schnell arbeitende Pflegeeinrichtung für die Mutter die Empfehlung einer zuverlässigen Pflegemutter zu fordern, die entweder durch gesetzliche Anordnung oder durch vertragliche Verpflichtung zu sorgen ist, das Kind in der Säuglingsfürsorge regelmäßig vorzuführen. Ist eine Trennung von Mutter und Kind nach dem üblichen zehntägigen Wöchnerinnen-aufenthalt in der Entbindungsanstalt im Interesse des Kindes nicht ratsam und steht keine andere geeignete Anstalt zur Verfügung, so muß den Anstalten aus öffentlichen Mitteln die Möglichkeit gegeben werden, Mutter und Kind auch über die Zeit hinaus zu verpflegen; das gilt insbesondere für die frühgeborenen Kinder.

In einer Reihe von Großstädten sind die hier angebeuteten Forderungen einer rationalen Neugeborenenfürsorge in der Hauptsache erfüllt. In manchen Orten fehlt nur der Zusammenhang zwischen den Einrichtungen der Geburtshilfe und den Veranstellungen der Säuglingsfürsorge. Es wird nötig sein, ihn herzustellen. In den meisten Orten aber wird zu prüfen sein, was alles noch zu tun ist, um nur einigermaßen hier aufgestellten Forderungen zu genügen. Die Mittel können und müssen beschafft werden. Im Jahre 1910 hatten wir in Deutschland eine Geburtenzahl von 1 800 000. Im Jahre 1916 von nur 1 103 000. Das sind Zahlen, die den Wert jedes Kindeslebens eindringlich predigen und jedem zeigen, daß eine ausgedehnte und in die Tiefe gehende Kinderfürsorge eine Zukunfts- und Lebensfrage des deutschen Volkes ist. Die Neugeborenenfürsorge aber muß für viele die Grundbedingung bilden.

ters der Geburtshilfe, der als Sachverständiger im Prozesse Zweifel auftrat, nicht zu verlegen. Er meinte, daß die Pflegemaßnahmen ziemlich gleichgültig seien, was bezüglich der Einwirkung hygienischer Maßnahmen dem Neugeborenen gegenüber katastrophal und der Säuglingsfürsorge gegenüber fatal sei.

Es mag richtig sein, daß noch vor einem Jahrzehnt auf vielen geburtsärztlichen Kliniken der Neugeborene mehr oder minder als „Nebenprodukt“ der klinischen Tätigkeit galt und seine pflegerische Versorgung fast ausschließlich dem höheren oder niederen Personal überlassen war. Die wissenschaftliche Säuglingsfürsorge hat aber meist Wandel geschaffen, besonders da, wo es zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen dem Geburtshelfer und einem neugeborenen vorgebildeten Kinderarzt kam. Vergleichlich man heute die Ergebnisse des früheren Regimes mit denen modernen und kinderärztlich geleiteter Betriebe, so ist der Unterschied ganz gemaltig. Am deutlichsten zeigt es sich bei den Frühgeborenen, die wegen ihrer geringeren Lebensenergie und ihrer größeren Anfälligkeit die feinsten Gradmesser abgeben. Früher starben von ihnen 80 bis 98 Prozent in den ersten Lebensmonaten, noch dem Durchschnitt der letzten drei Jahre gelang es, auf der Frühgeborenenabteilung des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses in Charlottenburg die Sterblichkeit dieser Kinder (mit höchstens 20 000 Geburtsgewicht) auf 31,5 Prozent herabzubringen.

Derartige Erfolge sind volle Erfolge im bevölkerungspolitischen Sinn, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß es möglich ist, die schwächlichen Frühgeborenen so weit vorwärts zu bringen, daß sie nach Ablauf des ersten Lebensjahres den Vorprung eingeholt haben, die ihrer bei der Geburt vollentwichenen Altersgenossen vor ihnen voraus hatten. Sie sind nicht nur am Leben erhalten worden, sondern auch vollwertig geworden. Solche Erfolge sind aber nur dort möglich, wo die Anstalten einer sorgfältigen Pflege von größter Bedeutung für die Erhaltung des jungen Lebens sind. Man vergißt gar zu oft, daß besonders im Anikalisbetrieb, wenn nicht sonst, die tägliche Zeitung immer wieder für die Durchführung und Weiterentwicklung der Pflege sorgt. allseitig ein starkes System sich entwickelt und aus der pflegerischen Ausbildung des Personals eine handwerkliche Dressur wird. Gerade das mangelhaft ausgebildete und schlecht unterrichtete Pflegepersonal neigt dazu, die Grenzen seiner Befähigungen zu überschreiten, einen falschen Stolz darin zu suchen, Entschuldigungen zu treffen, die nur dem Arzt zuteil werden, und im Pflegerischen die Grundtatsachen außer Acht zu lassen, auf denen sich eine wirkliche Säuglingspflege aufbauen muß. Es sind dies beinahe genaue Durchführungen der ärztlich angeordneten Ernährung — das gilt auch für die Brusternährung — die sorgfältigste Körperpflege des Kindes nach den Regeln der Hygiene; die eingehende und nur bei einer gründlichen Ausbildung mögliche Beobachtung aller Lebensäußerungen der Pflegekinder. Das ist nur dann möglich, wenn die Pflege der Neugeborenen durch gründlich von Kinderärzten ausgebildetes Personal erfolgt und wenn dieses Personal durch entsprechende Heberziehung und dauernde Fortbildung

Neugeborenen - Fürsorge.

Von Dr. Petrich Rosenkranz.

Die Verluste an Menschen, die der Weltkrieg verursacht, und der durch die Abwesenheit der Männer erklärte sehr bedeutende Mangel an Nachwuchs, machen die Erhaltung jedes Neugeborenen und seine Aufzucht zu einem gelunden und kostbaren Menschen zu einer besonders wichtigen und dringlichen Aufgabe.

Wenn hier im besonderen von Neugeborenen, dem Kinde der ersten Lebensmonate, die Rede sein soll, so geschieht es, weil es innerhalb des an und für sich sehr gefährdeten Säuglingsalters, ganz besonders gefährdet ist und weil es nicht, oder besser noch nicht, der Gegenstand der sich mehr und mehr ausbreitenden öffentlichen Säuglingsfürsorge ist und sein kann. An der Sterblichkeit des ersten Lebensjahres sind die ersten drei Lebensmonate mit nahezu 50 Prozent beteiligt.

Ein nicht unerheblicher Teil der Kinder und besonders in den Großstädten erkrankt das Kind in einer öffentlichen Entbindungsanstalt. Die Ergebnisse der modernen Kinderheilkunde scheinen in ihrer praktischen Anwendung als Säuglingspflege in diesen Anstalten noch nicht allenthalben zur Anerkennung gelangt zu sein. Somit wären die aufstrebenden Neugeborenen eines deutschen akademischen Lebens

Brauchen wir ein Sanitätsministerium und wie soll es eingerichtet sein?

Von Hofrat Universitätsprofessor R. v. Jaksch,
Vizepräsident des Obersten Sanitätsrates.
Wien, 11. Januar.

Diese Frage scheint müßig, denn durch die Allerhöchste Entschliessung vom 24. November 1917 wurde die Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit vom Kaiser beschlossen. Kaiser Karl hat sich durch diesen Akt ein unvergängliches Verdienst um die Förderung des Wohles seiner Völker erworben und die Ärzteschaft erkennt dankbar das Vertrauen an, welches der Kaiser mit diesem Akt als Belohnung für ihr vorbildliches Wirken an der Front und im Hinterlande damit zum Ausdruck gebracht hat.

Wenn ich nach dieser Vorbemerkung die anscheinend müßige Frage zu beantworten mich genötigt sehe, so liegt dies in folgender Resolution, welche das Herrenhaus angenommen hat: „Die Regierung wird aufgefordert, durch die Beseitigung der parallelen Kompetenzen, insbesondere durch Vereinigung der Agenden des Ministeriums für soziale Fürsorge mit den Agenden des Ministeriums für Volksgesundheit in einer Zentralstelle die Verwaltung einheitlicher, einfacher, billiger und rascher zu gestalten und nach dem Kriege auch die Angliederung der Lebensmittelfürsorge an diese Zentralstelle ins Auge zu fassen.“ Den ausgezeichneten „Erläuterungen“ Dr. Baernreithers, welche von tiefster fachmännischer Kenntnis des Gegenstandes zeugen, habe ich nichts hinzuzufügen, nur zu opponieren habe ich gegen die Resolution.

Ich lasse es dahingestellt sein, und man kann darüber verschiedener Ansicht sein, ob nicht die Agenden des Ministeriums für soziale Fürsorge mit den Agenden des Ministeriums für Volksgesundheit vereinigt werden können. Dann müßte aber ein Ministerium für Volksgesundheit geschaffen werden, dem die Agenden des Ministeriums für soziale Fürsorge inkorporiert werden. Wofür hat der Staat zunächst zu sorgen? Für die Volksgesundheit! Und nur in einem gesunden Volkskörper kann die soziale Fürsorge in allen ihren Belangen ihre segensreichen Wirkungen entfalten. Ich will das an einem Beispiele erläutern: Was nützt es, wenn einem tuberkulösen Kind auch die beste soziale Fürsorge zuteil wird. Der Staat muß eben dafür sorgen, daß das Kind vor einer tuberkulösen Infektion bewahrt wird. Um dies, nämlich die Erkrankung des Kindes, zu vermeiden,

dazu ist der beste Jurist, ist der beste soziale Politiker, ist der beste Nationalökonom unfähig, sondern nur der Arzt mit seinen wissenschaftlichen fachmännischen Kenntnissen, und wenn deshalb die Frage auftaucht, daß diese beiden Ministerien vereinigt werden sollen, so wird und muß, in dem Sinne, wie es auch mein Kollege Weichselbaum im Herrenhause vorgebracht hat, stets ein Arzt an der Spitze eines solchen Ministeriums stehen und ich kann nicht unbemerkt lassen, daß die oben zitierte Resolution in richtiger Konsequenz hätte besagen sollen, daß die Zentralstelle für soziale Fürsorge der Zentralstelle für Volksgesundheit zu inkorporieren wäre. Ich aber bin der Meinung, daß es, da wir durch den hochherzigen Entschluß Kaiser Karls ein Sanitätsministerium bekommen haben, und wegen der enormen Agenden, welche das Ministerium für soziale Fürsorge und das Ministerium für Volksgesundheit umfaßt, dringend notwendig ist, zwei derartige Zentralen zu schaffen, weil es weder in Oesterreich noch irgendwo anders einen Mann gibt, der in den komplizierten Fragen der sozialen Fürsorge und in den noch komplizierteren Fragen der Volksgesundheit so versiert wäre, daß er wirklich imstande wäre, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Und ich erblicke in der Teilung dieser zwei großen Agenden und zwei Ministerien einen ganz wesentlichen Fortschritt in der sozialen Fürsorge und in der Fürsorge für die Gesundheit der Völker Oesterreichs. Ich hoffe und wünsche deshalb, daß im allgemeinen Interesse die Regierung dem Wunsche des Herrenhauses in diesem Punkte nicht Rechnung tragen wird und daß es bei dem bleibt, was durch die Allerhöchsten Entschliessungen festgelegt wurde: eine eigene Zentralstelle für Volksgesundheit zu errichten!

Ich möchte noch hinzufügen, daß es uns Ärzten schmerzhaft ganz gleichgültig ist, ob diese Zentralstelle Ministerium oder anders heißt. Das, was wir nicht im Standesinteresse, sondern im Interesse des öffentlichen Wohles anstreben müssen, ist die Zentralisierung aller sanitären Angelegenheiten in einer sicheren fachmännischen Hand und in diesem Falle kann natürlich eine sichere fachmännische Hand nur ein Arzt sein. Das neue Sanitätsministerium aber — und diese Bemerkung sei mir hier noch anzufügen gestattet, — wird seine Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sämtliche medizinischen Agenden in ihm vereinigt werden. Und in dieser Beziehung haben mich die „Erläuterungen“ der Regierungsvorlage zu der Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit sehr enttäuscht. So möchte ich hervorheben, daß meiner Erinnerung nach bis zum Jahre 1901 oder 1902 oder noch länger die Veterinärangelegenheiten im Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern bearbeitet wurden, dann wurden sie abgetrennt und dem Ackerbauministerium zugewiesen. Das war im höchsten Grade bedauerlich und es ist in noch höherem Grade bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, diese wichtigen Agenden dem neuen Sanitätsministerium anzugliedern. Denn mit der bloßen „Mitwirkung“, welche in den Erläuterungen ausgesprochen wird, ist der Sache nicht gedient. Auch hier mögen einige Beispiele das klarstellen: Wie sollen wir den Erkrankungen an Hundswut bei Menschen vorbeugen, wenn wir über die Ausbreitung dieser Erkrankung beim Tiere nicht entsprechend orientiert sind, wenn dem Sanitätsministerium nicht die Macht gegeben ist, die ihm zweckmäßig erscheinenden Maßregeln zu treffen, um der Verbreitung dieser Krankheit beim Tiere vorzubeugen? Dasselbe gilt für die Trichinose, dasselbe gilt für den Milzbrand, ja so ziemlich für alle Tierkrankheiten. Dem Einwand, daß durch die Abtrennung des Veterinärwesens die Tierzucht geschädigt würde, kann ich absolut nicht beipflichten. Denn um die Tierzucht auf ihrer Höhe zu erhalten, müssen die Tierseuchen bekämpft werden. Menschenseuchen und Tierseuchen lassen sich aber nur bekämpfen, wenn die Bekämpfung systematisch von einer Zentralstelle aus geleitet wird, und das ist und muß das Sanitätsministerium sein. Ebenso ist es zu bedauern, daß, wie die Erläuterungen zeigen, dem Sanitätsministerium für die Verkehrshygiene nur die Mitwirkung bei der Erlassung und Handhabung der diesbezüglichen Vorschriften zukommt. Eine systematische Seuchenbekämpfung, insbesondere auch der Volksseuchen, wie Tuberkulose und Syphilis, der so gefährlichen sogenannten ägyptischen Augenkrankheit, des Trachoms, ist nur möglich, wenn dem Sanitätsministerium auch auf dem Boden des Verkehrsministeriums in sanitären Angelegenheiten vollständig freie Wirksamkeit zugestanden wird. Nicht ein Zug wird entgleisen, nicht ein Zug wird verspätet dadurch ankommen, daß die vom Sanitätsministerium bestellten Organe verpflichtet sind, den ärarischen Boden des Eisenbahnkörpers zu betreten, um dort ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Ich möchte zum Schluß noch bemerken, daß wir uns von dem jetzt in Entstehung begriffenen Ministerium für Volksgesundheit nur dann eine Sanierung der nach dem Kriege gewiß im verstärkten Maße auftretenden sanitären Uebelstände aller Art erhoffen können, wenn ihm in allen sanitären Beziehungen, nicht, wie es in den Erläuterungen heißt, die „Mitwirkung“, sondern die Mitarbeit, die Mitbestimmung in vollen Umfang und in jeder Beziehung zugestanden wird. Von der Zentralstelle, vom Minister bis zum Arzte des kleinsten Distrikts muß eine fortlaufende Kette gebildet werden, welche die sanitären Einrichtungen zur Verhütung der Seuchen und zur Bekämpfung der Volkskrankheiten zu besorgen hat, wobei natürlich Rücksicht zu nehmen ist auf die Eigenart der in dem österreichischen Staate vereinigten Königreiche und Länder, und es sind, wie es die ausgezeichneten Erläuterungen Dr. Baernreithers ausführen, unter Berücksichtigung der Autonomie, die in vielen Kronländern schon unter den jetzigen Verhältnissen Hervorragendes in der Sanitätspflege geleistet hat, Organe zu bestellen, welche diese Funktionen durchzuführen haben.

Ich schließe mit dem Appell an die verantwortlichen parlamentarischen Körperschaften, dafür zu sorgen, daß der hochherzige Entschluß Kaiser Karls, ein Sanitätsministerium zu schaffen, nicht von ihnen bekämpft wird, sondern dafür zu sorgen, daß diese Zentralstelle nach Form und Inhalt tadellos ausgestaltet, mit den nötigen Befugnissen und den nötigen materiellen Mitteln versehen werde, damit sie gleichmäßig, vollständig, unpolitisch allen Nationen Oesterreichs zum Segen gereiche.

Das Ministerium für Volksgeundheit.

Nützlich wird mitgeteilt:

Zu den Beratungsgegenständen der bevorstehenden Tagung des Reichsrates gehört unter anderem die bereits vor längerer Zeit eingebrachte Regierungsvorlage betreffend die Schaffung des Ministeriums für Volksgeundheit. Zum Berichterstatter für diese Vorlage ist vom Verfassungsausschusse des Abgeordnetenhauses Abgeordneter Dr. Viktor Adler gewählt worden.

Der Wirkungskreis des Ministeriums für Volksgeundheit soll alle Fragen der Krankheitsverhütung und Krankheitsbekämpfung sowie der Gesundheitspflege überhaupt umfassen.

Zu besonderen führt die Regierungsvorlage unter anderem folgende Programmpunkte an: Bekämpfung der Infektionskrankheiten (Blattern, Scharlach, Diphtherie usw.) und der Volkskrankheiten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus, Malaria, Pellagra usw.), Hygiene der Städte und Gemeinden (Wasserversorgung, Kanalisation, Müllbeseitigung, Straßenreinigung, Bau- und Wohnungshygiene usw.), Kurorte- und Badewesen, Ernährungshygiene (Volksernährung, Approvisionnement, Ueberwachung des Lebensmittelverkehrs, Obfsorge gegen Nahrungsmittelverfälschung), Gesundheitliche Jugendfürsorge (Säuglings-, Kleinkinder-, Schwangeren- und Mutterfürsorge, Säuglingsfürsorgestellen, Kinderkrippen und Kinderbewahranstalten, Waisen- und Findlingsfürsorge, Schulgesundheitspflege, Fürsorge für die Blinden, taubstummen, Krüppelhaften, zurückgebliebenen, verwahrlosten, mißhandelten und abnormen Kinder usw.), Berufs-, Gewerbe- und Unfallhygiene, Bergbauhygiene, Behandlung und Pflege der Kranken (Spitals- und Pfliegewesen, Kranken-, Gebär-, Findel- und Irrenanstalten, Rettungswesen, Krankentransport), gesundheitliche Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Apotheken- und Heilmittelwesen, Leichenwesen, Gefängnisshygiene, alle Angelegenheiten des Sanitätspersonals, namentlich seine Aus- und Fortbildung (Ärzte, Apotheker, Hebammen, Krankenpflegerinnen, Fürsorge- und Gemeinbeschwestern, Zahntechniker,

Desinfektoren usw.), Statistik des Volksgesundheitswesens (der Morbidität und Mortalität u. dgl.).

Ferner soll dem neuen Ministerium die Mitwirkung bei allen die Gesundheit betreffenden Fragen obliegen, die in den Wirkungskreis anderer Ministerien fallen, so beispielsweise bei Fragen des Veterinärwesens, der Verkehrshygiene, des Auswandererwesens, der Sozialversicherung usw.

Das Ministerium wird auch die Propaganda der Gesundheitspflege des einzelnen und der Familien durch ärztliche Inspektoren, Fürsorgeärzte und Fürsorgegeschwestern einzuleiten haben.

Die Arbeiten des Ministeriums sollen vorwiegend Ärzte leisten und andre Sachverständige, die in engem Kontakt mit der Wissenschaft stehen und dabei ihr Augenmerk auf die sanitären Bedürfnisse des Lebens zu richten haben werden.

23./I. 1918.

Tagung des Deutschen Vereins für Volkshygiene.

Zahlreiche Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden hatten sich heute zu der Tagung des Vereins für Volkshygiene im Landeshause eingefunden, zu der auch die Abgesandten auswärtiger Ortsvereine sowie Herren des österreichischen Sanitätskorps gekommen waren.

Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Staatsminister Dr. v. Müller wurde auf Vorschlag des Generaloberarztes Dr. Funke eine Drähtung an die Kaiserin, die unermüdlige Förderin aller Volksgesundheits-Bestrebungen, gesandt. Der Verein konnte dann eine ganze Reihe von dankenden und anerkennenden Ansprachen im Namen von Behörden für die Arbeit des Vereins entgegennehmen. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Bum sprach für die Reichsverwaltung und maß der künftigen Arbeit noch eine ganz besondere Bedeutung bei. Die kommende Zeit, sagte er, wird an das deutsche Volk Aufgaben von riesenhafter Größe stellen, für die wir Menschen kerngesund und Geist und Körper brauchen. Die Volksgesundheitspflege wird daher ein weites Feld der Betätigung haben. Ähnliche Begrüßungen ließen aussprechen das Kriegsministerium, das Reichsmarineamt und das Marine-Sanitätskorps, die Stadt Berlin, das Zentralkomitee der Vereine vom Roten Kreuz usw., alle durch entsandte Vertreter.

Generaloberarzt Dr. Funke, der Schriftführer, erstattete einen ausführlichen Arbeitsbericht, aus dem hervorging, daß auch in den Kreisen der Kommunalverwaltungen die Bestrebungen des Vereins immer mehr Anklang finden. Die Ortsgruppen haben teilweise auch im Kriege recht eifrig an der Verbreitung gesunder Kenntnisse in Stadt und Land gearbeitet.

Geh. Mediz.-Rat Professor Dr. Kubner hielt darauf einen Vortrag über geistige und körperliche Arbeit und ihre Beziehung zur Ernährung. In seinen ausführlichen Untersuchungen zunächst über die körperliche Arbeit kam er zu dem Ergebnisse, daß diese Arbeit zwar gewisse Einflüsse auf die Ernährungsansforderungen hat, aber doch nicht in der weitgehenden Weise bezüglich des Eiweißes, wie es Liebig in seiner Theorie annahm. Bei der Gehirnarbeit liegen die Verhältnisse viel schwieriger. Sie übt einen sehr starken Einfluß auf den Ernährungszustand aus. Sie schädigt z. B. nach starken Anstrengungen die Nahrungsaufnahme. Nicht umsonst spricht man von verdochneten Gelehrten, das sind Leute, die schließlich alle Essensfreude verloren haben. Die geistige Arbeit mit Affekt, also in fortwährender Spannung, Erwartung, Verantwortlichkeit, ist ganz anderer Art, wirkt aber doch auf die Ernährung ganz ähnlich. Die geistigen Arbeiter sollten viel mehr das Wort beherzigen, daß eine gesunde Seele in einem gesunden Körper wohnt. Sie sollten mehr den Einseitigkeiten der geistigen Arbeit entgegenwirken. Eine leichte und gut verdauliche und nicht einseitige, sondern vernünftig gemischte Kost empfiehlt Geh. Rat Kubner als die geeignetste für geistige Arbeiter. In Zukunft wird sich in unserer Arbeitsweise manches ändern. Auch in Kleinbetrieben wird man mehr mit Maschinen arbeiten müssen. Im Hinblick darauf wird es um so nötiger sein, jegliche Einseitigkeiten auszugleichen im Interesse der Erhaltung der Volkskraft. (Beifall.) — Sodann sprach in längerem Vortrage Ministerialdirektor Wirtl, Geh. Ob. Med. Rat Prof. Kirchner über die Aufgaben und Ziele des deutschen Vereins für Volkshygiene. Außerdem war noch eine Aussprache vorge-

Bevölkerungspolitik der Zukunft

Die Tagung der ärztlichen Wassenbrüder.

Die Nachmittagsitzung begann mit einer Erörterung über bevölkerungspolitische Fragen und Ziele. Geheimrat Obermedizinalrat Dr. Krohne-Berlin behandelte den Geburtenrückgang und die Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit und erwähnte, daß eine Reihe notwendiger Maßnahmen im nächsten preussischen Staatshaushalt angefordert wird. Prof. Dr. Tandler-Wien besprach die Zusammenhänge der Bevölkerungspolitik mit der Wirtschaftspolitik. Seit den biblischen Zeiten hatte die Bevölkerungspolitik hauptsächlich dem Wachstums des Staates zu dienen. Daneben gab es eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Bevölkerungspolitik, um den Fabriken Arbeitskräfte zuzuführen. Die Bevölkerungspolitik der Zukunft müsse aber eine soziale sein.

Der Krieg hat neue Aufgaben geschaffen. Das Steigerungsbedürfnis des menschlichen Kapitals ist dringender geworden; aber die Ursachen des Geburtenrückganges — geringere Fruchtbarkeit der Kinder und höhere Erziehungskosten — haben sich durch den Krieg vermehrt. Der Mittelstand, der nicht die erhöhten Lebensunterkosten auf andere Schultern abwälzen kann, ist durch den Krieg proletarisiert worden. Und die Arbeiterschaft wird jetzt noch weniger geneigt sein, auf die Qualitätszuchtung zu verzichten. Abhilfe ist nur durch eine Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erzielen. Eine gute Bevölkerungspolitik muß auch eine gute Steuerpolitik sein. Neben der Wohnungsreform muß auch die Landwirtschaftspolitik in irgendeiner Weise einen Ausgleich zwischen der Zahl der aufziehenden Menschen und dem Grund und Boden herbeiführen. Der Satz: „Die Latifundien haben Rom zerstört“ gilt heute noch.

Es folgten Vorträge über die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Ueber die Verhältnisse in Ungarn berichtete Prof. Dr. Lauffer-Budapest, über die in Deutschland Prof. Dr. Nöggerath, Freiburg i. Br. — Sanitätsrat Dr. Dippe-Leipzig besprach die Mitwirkung der Ärzte für den Säuglingsschutz, und Prof. Dr. v. Pirquet-Wien die Ergebnisse der Kinderernährung nach seinem neuen Vorschlag.

Abends fand im Marmorsaal des Zoologischen Garten ein Empfang des Kongresses durch die Berliner Ärzteschaft statt, der durch ein Konzert der Chorvereinigung der Berliner Ärzte eingeleitet wurde, an dem auch namhafte ärztliche Solisten teilnahmen.

31. I. 1918

* **Bevölkerungsbewegung im ersten Kriegsjahre.** Nach dem kürzlich erschienenen Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich ist die Todesziffer 1914 für die männliche Bevölkerung von 550 045 auf 794 110 gestiegen. Das Jahr 1913 wies allerdings eine besonders niedrige Sterbeziffer sowohl für die männliche als auch weibliche Bevölkerung auf. Der Einfluß des Krieges auf die Todesziffern des ersten Kriegsjahres ist also deutlich erkennbar. So beklagenswert die Kriegsverluste auch sind, an der Bevölkerungszu-
meh-
r-
ung haben sie — wenigstens im ersten Kriegsjahre — nicht allzu großen Schaden angerichtet. Die Zahl der Geborenen des Jahres 1914 übersteigt um 546 312 die der Gestorbenen, während in den drei Vorjahren diese Ziffer 833 800 (1913) bzw. 839 887 und 739 945 betrug. Und die Zahl der Eheschließungen belief sich noch auf 460 608 gegen 513 183 im Jahre 1913, 523 491 im Jahre 1912 und 512 819 im Jahre 1911. Allerdings werden die Heiraten, die im ersten Kriegsjahre noch viele Kriegstraunungen umfaßt, seitdem voraussichtlich erheblich zurückgegangen sein. Einseitig aber schöpft unser Kriegsheer noch aus den glücklicherweise reichen Beständen an jungem Nachwuchs. Notwendig ist dennoch für die Zukunft eine erhebliche Vermehrung der Eheschließungen und Geburten nach dem Kriege, um Deutschlands Volkskraft wieder auf die frühere Höhe zu bringen. Außer einer sittlichen Wiedergeburt des Volkes, das in seinen weitesten Kreisen die Kinderzahl willkürlich beschränkt, ist dazu eine richtige Siedlungs- und Wohnungspolitik notwendig. Das Volk muß naturgemäßer leben, mehr Land- und Gartenbau treiben und vor allen Dingen auch mehr Vieh- und Kleinviehzucht. Hoffen wir, daß ein vorteilhafter Friede unserem Lande wieder die Beschaffung der zur Viehzucht nötigen Futtermittel ermöglicht, deren Mangel unsere Lebenshaltung jetzt so empfindlich beeinträchtigt.

1. II. 1918

* (Ein Musterunternehmen für Volksgesundheit und soziale Fürsorge.) Im großen Speisesaale der Hof- und Staatsdruckerei auf dem Rennweg versammelten sich dieser Tage in großer Zahl die Arbeiter, Beamten und Funktionäre der Anstalt zu einem Vortrage des Chefarztes Doktor J. Starica, welcher in eindrucksvoller Weise über die Errichtung des mit großen Schwierigkeiten ins Leben gerufenen Rekonvaleszentenheimes sprach. Der Chefarzt schilderte den Werdegang und den Wert dieser Wohlfahrtsanstalt und zeigte an gelungenen Lichtbildern die Schönheit und sanitäre Bedeutung des Heimes, welches durch Angliederung eines Kinder- und Ferienheimes vergrößert werden soll und schon jetzt mit einer Landwirtschaft in Verbindung gebracht wurde, die in naher Zukunft nicht nur das Rekonvaleszentenheim, das zwischen Laab und Breitenfurt an einem herrlich gelegenen Punkte des Wiener Waldes angelegt wurde, sondern auch die Personalküche der Hof- und Staatsdruckerei mit den Erzeugnissen des täglichen Nahrungsbedarfes zu versorgen bestimmt ist. Redner hob hervor, daß auch der Kaiser, das Finanz- und Ackerbauministerium sowie die Direktion der Staatsdruckerei das Unternehmen in hochherziger Weise unterstützt haben, und sprach die Hoffnung und den Wunsch aus, daß das Wert in andern Betrieben bald Nachahmung finden möge zum Heile der erholungsbedürftigen, arbeitenden Menschheit. Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Mitteilungen, berichtet Herr Dzischka als Mitglied des Vorstandes über die Entstehung des Rekonvaleszentenheimes, worauf Kontrolleur Petriczel, welcher die Grundlagen des großen Werkes mit Rat und Tat geschaffen, den Vortragsabend mit Dankesworten an die Förderer und Mitarbeiter schloß.

2./II. 1918

Die Kindersammelstelle.

Sie besteht noch nicht, aber sie sollte geschaffen werden, und die Zeitschrift Das Forum hat sich das Verdienst erworben, in einem lesenswerten Aufsatz überzeugend darzulegen warum sie ins Leben gerufen werden muß und wie leicht sie ihren ethisch und sozialpolitisch bedeutsamen Zielen dienstbar gemacht werden kann. Der Autor verweist einleitend auf den erschreckenden Geburtenrückgang, auf die immer häufigeren Fälle der Fruchtabtreibung, auf das trostlose Schicksal tausender Kinder, die unter den Händen liebloser Pflegemütter zugrunde gehen, und auf die Pflicht des Staates, dieser Vergeudung an Menschenmaterial Einhalt zu gebieten. Aber der Autor warnt von vornherein davor, wieder in einen traditionellen Fehler zu verfallen: Ja keine Verordnungen, ja keine Erlässe! Keine verstärkte Polizei-aufsicht! Der Staat muß präventiv auftreten, und zwar durch Errichtung von Kindersammelstellen! Diese Idee wurde durch die Sensation des Falles Magda Besselh von Ballinghof angeregt. Konnte man sich, so fragt der Verfasser des Aufsatzes, im Angesicht dieser zweifachen Kindesmörderin neben dem Gefühl, daß das Verbrechen gesühnt werden müsse, der Empfindung erwehren: Schönm die zwei Kinder, die von einem so gesunden robusten ererbischen Weibe und von jungen Offizieren stammen? Und dürfen wir nicht ohne irgendeine mit Irrendem Kinder in die Heiligkeit der Ehe hineinuntreiben, mit der Verheiratung kommen, daß bei sehr vielen unehelichen Kindern die Kreuzung, der Schlag, oft ein besserer ist als bei ehelichen? Das gilt nicht nur von Großstadtkindern, sondern auch von vielen Bauern- und Landkindern, die das Licht der Welt gar nicht oder nicht lange erblicken. Aber nicht nur um uneheliche Kinder handelt es sich, die der Staat sich erhalten müßte, auch um die vielen Kinder, die als unermüßlicher Ehesegens vorzeichen verschwinden, oder von armen, notleidenden Frauen weggeliebt werden oder langsam absterben. Darum also: So wie der Staat für den Krieg Metalle sammelt, wie er andere für die Arieaufführung notwendige Materialien beschlagnahmt, muß er die größte

und wichtigste Lebensaktion mit zielbewusster Hand durchführen, um das kostbarste Baumaterial eines Reiches, die Menschen, zu vermehren. Der Autor regt schließlich an, daß im Anschluß an das bestehende Landes-Zentral-Kindenheim, das sich aus der alten Findelanstalt entwickelt hat, oder durch Schaffung einer staatlichen, großangelegten Kindersammlungsstelle noch ein Institut geschaffen wird, wo Frauen kostenlos gebären können, wo Säuglinge aufgenommen und aufgezogen werden. Das ist die Zentrale. Ihr fließen aber die Kinder zu aus den Sammelstellen. In zweiundzwanzig Punkten der Stadt, in allen Bezirken, in einer Nebenstraße, durch das Haustor, das jedem zugänglich ist, erreichbar: ein Bureau mit einem freundlichen Beamten, der Auskunft der Frau erteilt, die ein Kind erwartet oder einen Säugling bringt. Er füllt einen Fragebogen aus. Nicht: Wie heißen Sie? Wo wohnen Sie? Was sind Sie? Nein. Er wird fragen: Wie soll das Kind mit dem Vornamen heißen? In welcher Religion soll es erzogen werden? Hat es ein besonderes Erkennungszeichen? Wollen Sie über das weitere Schicksal des Kindes unterrichtet werden oder nicht? Und er wird Veranlassung treffen, daß das Kind sofort in das Säuglingsheim gebracht wird, oder er wird die Frau zum Arzt schicken, damit sie weiß, wann sie das staatliche Gebärhäus aufsuchen soll. Die Organisation, der Ausbau dieser Anstalt, die Errichtung von Sammelstellen in den Landeshauptstädten und von Zweiganstalten wäre Sache des neuen Ministeriums für soziale Fürsorge.

Der Schutz der Außerehelichen.

Ein norwegisches Gesetz als Vorbild.

Der Krieg hat uns gezeigt, daß die bevölkerungspolitischen Aufgaben an erster Stelle stehen und von weit größerer Wichtigkeit sind, als wir vorher glaubten. Während für die ehelich geborenen Kinder der natürliche Schutz des Elternhauses vorhanden ist, auch wenn die Eltern noch so arm sind, so ist das außerehelich geborene Kind in der Regel der Fürsorge fremder Menschen preisgegeben, und zwar nicht nur in den Fällen, da die Mutter aus Armut nicht selbst für das Kind sorgen kann, sondern erst recht in bemittelteren Kreisen, bei denen das uneheliche Kind noch immer als „mit dem Matel der Geburt“ belastet angesehen wird.

Wenn auch die neue freiere Lebensauffassung in der sozialen Fürsorge und vor allem die Frauenbewegung immer wieder für die gleichen Rechte des unehelich geborenen Kindes einzutreten versucht, so kann doch ohne gesetzliche Aenderung ein wesentlicher Fortschritt nicht erreicht werden, denn noch immer baut ja unser Gesetz auf dem Grundgedanken auf, daß das uneheliche Kind nur mit der Mutter, nicht aber mit dem Vater verwandt sei. Es erlegt dem Vater die Pflicht auf, 16 Jahre lang einen bestimmten Unterhalt für das Kind zu zahlen. Es stellt aber dieser einzigen Pflicht keine Rechte gegenüber. Es stempelt damit das Kind von vornherein nur zu einer Last für den Vater und macht ihm jede Freude an dem Kind unmöglich, da es ihn jeder weiteren Einwirkung, der Sorge für die Person des Kindes, seines natürlichen Rechtes, es mit zu erziehen, vollständig beraubt.

Die Reformbedürftigkeit des Rechtes des unehelichen Kindes scheint erfreulicherweise jetzt auch im Reichstage erkannt worden zu sein, denn der Ausschuß für Bevölkerungspolitik hat kürzlich dem Reichstag das norwegische Gesetz „über Kinder, deren Eltern nicht die Ehe miteinander geschlossen hatten“ vom 10. April 1915 zur Kenntnis gebracht. Dieses Gesetz baut in vorbildlicher Weise auf dem Grundsatz auf: das uneheliche Kind hat dieselbe Rechtsstellung im Verhältnis zum Vater wie zur Mutter, natürlich mit den geringen Einschränkungen, die durch die Tatsache, daß die Eltern nicht zusammenleben, bedingt sind. Es hat Anspruch auf den Familiennamen des Vaters wie der Mutter und auf Unterhalt, Erziehung und Ausbildung, sowohl gegen den Vater, wie gegen die Mutter. In folgerichtiger Durchführung des Grundgedankens gibt das Gesetz dem Vater auch das Recht, das Kind zu sich zu nehmen, wenn die Mutter gestorben ist, oder nicht selbst für das Kind sorgen kann, es schlecht behandelt oder sonst zustimmt, daß das Kind zum Vater kommt, und schafft damit den moralisch so bedeutsamen Ausgleich von Rechten und Pflichten auch für den Vater. Es regelt weiter nicht mehr wie unser Recht die Höhe des Erziehungsbeitrages einseitig nach dem Stande der Mutter, sondern nach der wirtschaftlichen Lage beider Eltern und verteilt die Beitragspflicht so, daß sie der wirtschaftlichen Lage jeden Elternteils entspricht.

Bevölkerungspolitisch von größter Bedeutung ist die Bestimmung, daß jede Frau, die ein außereheliches Kind erwartet, sich mindestens 3 Monate vor der Niederkunft an einen Arzt oder eine Hebamme zu wenden und anzugeben hat, wer ihrer Ansicht nach der Vater sei, so daß die Nachforschungen nach dem Vater schon vor der Geburt eintreten können. Er hat der Mutter schon 3 Monate vor der Geburt einen Beitrag zu entrichten, so daß sie nicht gezwungen ist, bis kurz vor der Geburt zum Schaden des Kindes schwere Arbeit zu leisten.

Daß das norwegische Gesetz dem Kinde ein Erbrecht entsprechend dem der ehelichen Kinder einräumt, ist, nach der Anerkennung der Verwandtschaft zwischen Vater und Kind selbstverständlich. Besonders hervorzuheben aber ist die Bestimmung, durch die das Kind für den Fall der Auswanderung des Beitragspflichtigen geschützt wird, daß der Beitragspflichtige, bevor er auswandert, für alles, was fällig ist und später fällig wird, Sicherheit stellen muß, and, wenn er es unterläßt, ihm die Ausreise verboten und auf seine Güter Beschlagnahme gelegt werden kann. Auch bei uns sollte eine solche Bestimmung schleunigst ins Auge gefaßt werden, damit die Drohung so vieler unehelicher Väter, daß sie sich nach dem Kriege durch Auswanderung den ihnen lästigen Verpflichtungen entziehen wollen, nicht wahr werde zum Schaden vieler tausender Frauen, die während des Krieges tapfer durchgehalten haben, um ihre Kinder zum Nutzen des Volkes durchs Leben zu bringen.

Dr. M. M.-z.

7. IV. 1918

[Der Geburtenrückgang in Wien.] Dozent Professor Dr. Rauchberg hat in seinem vielbemerkten Artikel auf eine bedrohliche Verschärfung des Geburtenrückganges durch den Krieg hingewiesen. Seine Darlegungen werden durch die neuesten Ziffern über die Bewegung der Wiener Bevölkerung in erschreckender Weise bestätigt. Noch 1905 waren in Wien 55.716 Geburten = 29,4 auf tausend verzeichnet worden. Schon im ersten Kriegsjahre war die Geburtenziffer Wiens auf 40.149 oder 12,7 Promille gefallen. Im Jahre 1916 wurden 26.034, bis Ende November 1917 nur noch 21.561 Geburten verzeichnet; das sind 11,7 Promille und 10 Promille der Bevölkerung. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in den gleichen Jahren 23.491 und 19.475. Da in Wien 1916 37.631 und (bis Ende November) 1917 43.184 Personen gestorben sind, übertreffen die Sterbefälle die Lebendgeborenen 1916 um 14.140 oder 6,4 Promille, 1917 um 23.709 oder 6,4 Promille der Bevölkerung. Der Geburtenausfall hängt zusammen mit der Abnahme der Eheschließungen, die während des Krieges auf die Hälfte der normalen Zahl gesunken sind. Dagegen wächst die Kindersterblichkeit; von je 1000 Lebendgeborenen starben in Wien vor Vollendung des ersten Lebensjahres: 1914 13,9, 1915 15,2, 1916 17,6 und 1917 17,1. Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung werden sich in sechs Jahren darin zeigen, daß die Schulen Wiens zur Hälfte leer stehen werden. Wien wird in den nächsten Jahren seinen Bevölkerungsstand und seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nur noch durch den Zuzug behaupten können. hinter den die

Eigenvermehrung seiner Bevölkerung immer mehr zurücktritt. Für die Bewahrung der bodenständigen Kulturüberlieferung ist das keineswegs gleichgültig.

7. II. 1918

Wien, 6. Februar. (Die Ärztekammern und das Ministerium für Volksgeundheit.) Die am 2. d. in Wien versammelten Präsidenten der österreichischen Ärztekammern haben nachfolgende Kundgebung einstimmig beschlossen:

Die in Wien zu einer außerordentlichen Sitzung versammelten Präsidenten der Ärztekammern Oesterreichs halten an der Errichtung eines selbständigen Sanitätsministeriums (Ministerium für Volksgeundheit) unter ärztlicher Oberleitung fest und protestieren energisch und feierlich im Namen aller in diesen Ärztekammern vertretenen Ärzte Oesterreichs gegen die vom Herrenhause angeregte Vereinigung der Agenden des Ministeriums für soziale Fürsorge mit den Agenden des zu errichtenden Ministeriums für Volksgeundheit in eine Zentralfstelle. An das Abgeordnetenhaus ergeht gleichzeitig im Namen der Ärztekammern Oesterreichs das dringende Ansuchen, die Errichtung eines Sanitätsministeriums im Hinblick auf die enorme Wichtigkeit einer sachmännisch geleiteten Zentralfstelle für die Volksgeundheit im Sinne der a. h. Entschliessung vom 24. November 1917 zu beschließen, und nicht zuzugeben, daß das so wichtige Sanitätsministerium mit den ohnedies schon umfangreichen Agenden des Ministeriums für soziale Fürsorge in ein Ministerium zum Schaden der Volksgeundheit vereinigt werde. An die Regierung ergeht seitens der Ärzteschaft obiger Ärztekammern das dringende Ansuchen, einer möglichst Zentralisierung aller Sanitätsangelegenheiten in dem neuen Ministerium für Volksgeundheit dadurch entgegenzukommen, daß durch energisches Eingreifen der Regierung die in den verschiedenen Ministerien verteilten und eifersüchtig gehüteten Sanitätsabteilungen dem neuen Sanitätsministerium zugewiesen werden, wodurch die so wichtige Sanitätsverwaltung sich, wie allgemein gewünscht wird, einfacher, schneller, einheitlicher und sachmännlicher gestalten möge. Um die so erspriechliche Wirksamkeit des wichtigen

Ministeriums für Volksgeundheit nicht durch den aus politischen Gründen bedingten Wechsel des jedesmaligen Ministers, in diesem Falle eines Arztes, zu hemmen, wäre für dieses Ministerium für Volksgeundheit eine unpolitische Stellung, etwa wie die des Landesverteidigungsministeriums, zu schaffen. Da eine tadellose moderne Behütung der Volksgeundheit in den jetzigen und den den Kriegsjahren nachfolgenden Jahren von eminenter Wichtigkeit für das ganze Volkswohl ist, wird die Regierung dringend angegangen, eifrige Sorge zu tragen, daß das Ministerium für Volksgeundheit mit dem veröffentlichen Wirkungsbereich ehebaldest errichtet und an seine Spitze ein Arzt gestellt werde."

* (Die Sprache der Geburts- und Sterblichkeitsziffern.) In der am 5. d. unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Mataja stattgefundenen Versammlung der Bevölkerungspolitischen Gesellschaft hielt der Vizesekretär des statistischen Landesbureaus von Böhmen Dr. Wilhelm Winkler den angekündigten Vortrag über das aktuelle Thema: „Die Bewegung der Bevölkerung in und nach Kriegen.“ Der Vortragende ging von der ungünstigen Geburtenentwicklung in Oesterreich vor dem Kriege aus, bei deren Fortdauer die Geburtenzahl bereits im Jahre 1927 derjenigen der Sterbefälle gleich gewesen und von da an ein rasider Rückgang der Bevölkerung überhaupt zu erwarten gewesen wäre. Das Dazwischentreten des Weltkrieges mit seinen riesigen Verlusten an Erwachsenen und dem ungeheuren Ausfall an Geburten kann diese Entwicklung noch beschleunigen. Die Lehre von der Ausgleichung der Kriegsverluste durch einen Geburtenaufschwung nach dem Kriege ist, wie schon die Beispiele des Deutsch-französischen und des Russisch-japanischen Krieges ergaben, zum größten Teil unzutreffend und wegen der besonderen Verhältnisse auf den Weltkrieg nicht anzuwenden. Wir brauchen daher, so schloß der Vortragende seine tiefsten Ausführungen, die kräftigste Bevölkerungspolitik, um diese drohenden Schäden an unserer Bevölkerung herabzumindern. Das Auditorium, in dem man sehr viele Angehörige der höchsten Beamten- und Verwaltungskreise sowie Vertreter der Politik und Wissenschaft bemerkte, folgte dem Redner mit gespanntem Interesse, das auch in der dem Vortrage gefolgt, besonders regen und ernstest Diskussion seinen Ausdruck fand.

87 II. 1918

* Die Heiraten der Kriegsbeschädigten. Der „Ausschuß Groß-Berlin für die Kriegsbeschädigten-Ansiedlung“, an dessen Spitze Oberbürgermeister Wermuth steht und dem die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten im Verbandsgebiet Groß-Berlin obliegt, hat die immerhin nicht uninteressante Beobachtung gemacht, daß etwa 49 v. H. der Kriegsbeschädigten, die sich ansiedeln wollen, ältere Frauen geheiratet haben. Die Befürchtung, daß viele ältere Mädchen durch den Krieg an der Erzielung des ersehnten Eheglücks gehindert werden, scheint sich nach dem vorliegenden statistischen Material kaum zu bewahrheiten. Noch wesentlichere Altersunterschiede haben sich bei den 20- bis 30jährigen gezeigt. Hier überragt die Frau ihren Mann oft um 15 Jahre am Alter. Auch die älteren, schon länger verheirateten Kriegsbeschädigten, haben nach der Statistik zum großen Teil das reifere Weib bevorzugt. Im übrigen wird die Eheschließung durch die Ansiedlungstätigkeit stark gefördert.

12. II. 1918

* [Ein Findelhaus für namenlose Kriegs-
Kinder.] Die gemeinsame Kriegsausgabe der
Gzernowitzer Illu. Zig. und das Tagblatt ver-
öffentlicht folgende originelle Anregung: Seit
der Befreiung der Bukowina wird nach den
Akten der Staatsanwaltschaft eine erschreckend
große Anzahl neugeborener Kinder, die
offenbar russische Soldaten zu Vä-
tern haben, beseitigt. Die unglücklichen
Mütter, die von der Angst vor dem heimkehren-
den Ehegatten oder vor der Schande zu dem
unmenschlichen Schritt des Kindesmordes oder
der Kindesweglegung gedrängt wurden, werden
von den Gerichten zumeist nicht weiter verfolgt,
da ihnen unüberstehlicher Zwang zugebilligt
wird. Darf sich aber die Gesellschaft oder die
Staatsverwaltung bei diesem Ausgang der
Untersuchung beruhigen? Das Interesse der Ge-
sellschaft, die zum Wiederaufbau keines jungen
Menschenkindes entbehren kann, verlangt ebenso
den Schutz dieser gefährdeten Neugeborenen wie
das menschliche Mitgefühl mit den unglück-
lichen Frauen, die fremde rohe Gewalt oder
eigener Verichtsinn in die ärgste Seelennot ge-
bracht hat. Es wird daher der Vorschlag gemacht,
ein öffentliches Findelhaus zu errichten, in das
unglückliche Mütter solche Kriegskinder
n a m e n l o s zur Obhut der öffentlichen Ver-
waltung übergeben. Daß die Frage technisch
lösbar ist, beweist das Beispiel Frankreichs und
Preußens, wo für das Schicksal solcher Kriegskinder
läuft durch Gesetz gesorgt ist.

Die Säuglingsernährung.

Zu den wichtigsten Fragen der Bevölkerungspolitik gehört die Sicherung und Erhaltung des zurzeit beschränkten Nachwuchses an Säuglingen und Kindern. Zweifellos herrscht für die Erkenntnis dieser Notwendigkeit volles Verständnis auf allen Seiten. Aber im Gegensatz dazu steht die tatsächliche Versorgung der Säuglinge und die Sicherstellung einer genügenden Nahrungsvorsorgung. In Berlin z. B. wird den Säuglingen monatlich 1 Pfund Haferstodden und zurzeit täglich Säuglingen bis zu einem Jahre 1 Liter Milch und Kindern von 1—2 Jahren $\frac{1}{2}$ Liter Milch zugewiesen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Milch viel geringwertiger als früher ist. Ferner fehlt jede Zufuhr von Gemüße, das für die Säuglingsernährung in Frage kommen kann, so daß es unzureichend mit den Ernährungsmöglichkeiten für die Säuglinge bestellt ist. Andererseits ist die Frage von einer solchen nationalen Bedeutung, daß hier Abhilfe unter allen Umständen geschaffen werden sollte. Bewährte Nährpräparate, wie sie in Friedenszeiten für die Kinder vorhanden waren, fehlen vollkommen. Auf diesem Gebiete muß und kann allein der Ausgleich gesucht werden. Es sollte deshalb unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Kindermehlfabrikate, wie sie früher im Handel waren, in ausreichendem Umfange wieder hergestellt würden, um die Säuglingsernährung zu gewährleisten. Fehlt es aber dazu an dem nötigen Weizenmehl, so wäre gegebenenfalls zu erwägen, ob man nicht auf die Brotarten, die auch schon den Säuglingen zur Verfügung gestellt werden, aber wesentlich zur Ernährung der Mütter dienen, die Kindermehle verarbeiten könnte.

So, wie der augenblickliche Zustand ist, sind die Dinge unhaltbar. Es gilt das aber nicht nur von der Ernährungsfrage allein, sondern auch für fast alle Bedarfsartikel für die Säuglingsversorgung. So herrscht ein großer Mangel an Gummisaugern. Die Ersatzfabrikate sind knapp, teuer und so schlecht, daß sie nur einige Tage halten. Wäre es denn nicht möglich, für die Herstellung brauchbarer Gummisauger das erforderliche Rohmaterial zur Verfügung zu stellen, um Fabrikate zu erhalten, die wenigstens den geringsten Anforderungen genügen und so ihren Zweck erfüllen würden? Es dürfte an der Zeit sein, daß endlich für die Säuglinge Sorge getragen wird, wie es dem nationalen Interesse in dieser schweren Zeit entspricht. Mancher Mutter würde damit eine schwere Sorge vom Herzen genommen. Dr. H.

16. / II. 1918

89

16

Geburtenrückgang und Krieg.

Eine neue Kommission des Abgeordnetenhauses.

Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für Bevölkerungspolitik verhandelte in seiner ersten Sitzung am 14. Februar über die Frage:

- a. wie der Geburtenrückgang einzudämmen und die Kopfszahl unseres Volkes zu heben ist,
- b. welche Maßnahmen über die bereits bestehenden hinaus mit möglichster Beschleunigung getroffen werden könnten, um kinderreichen Familien ihre Wirtschaftsforgen zu erleichtern.

Von Seiten der Regierung wurde u. a. erwähnt, daß schon in nächster Zeit dem Reichstage eine Vorlage zugehen werde zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Im übrigen erwarte die Regierung praktische Anregungen von der Kommission.

Ein weiterer Regierungsvertreter gab Auskunft über die Geburtenbewegung im Kriege; der Ausfall an Geburten sei weit höher als die Zahl der Gefallenen. Auch nach dem Kriege würden wir voraussichtlich verhältnismäßig weniger Geburten haben als vor dem Kriege.

Aus der Mitte der Kommission wurde angeregt, daß in ihr besonders solche Fragen erörtert werden sollen, die zunächst zu fruchtbaren Gesetzesvorlagen führen. Dahin gehöre u. a. die Wohnungsfrage und die Besoldungsreform.

Als sehr naheliegende Frage regte ein Mitglied an, über die Beschaffung des Hausrats, die in einigen Gemeinden in Angriff genommen sei, vorweg zu beraten.

Der Referent war dafür, daß zunächst kinderreichen Familien „Ehrengebühren“ zur Verfügung gestellt werden gemäß 1 b des Antrages.

Hierauf wurde beschlossen, einen Unterausschuß einzusetzen „zur Beschaffung von Möbeln“.

16./II. 1918.

Handwerker erniedrigt werden. Wo sind die Elternpaare, die um diesen Preis überhaupt noch Kinder haben möchten?

Auch die Frauen und Männer der Arbeiterklasse sind jetzt „aufgefressen“. Sie kennen alle Vorbereitungsarbeit und wissen sie zu tun, und sie werden in ihrer Anwendung noch weiser sein, wenn nach dem „Verzichtsfrieden“ die festhalten Löhne auf das Normale oder noch darunter gesunken, die Lebensmittel aber einfließen noch ihre volle Höhe behalten haben. Verfaßt aber der Mittelsstand und die breite Schicht des Volkes, so ist's um unseren Nachwuchs schlimm bestellt. Die wenigen Kriegsgewinnler, die sich kann noch ein Kind leisten können, helfen uns nicht viel.

Nach komme doch jetzt nicht mehr mit Schlägen vorzuwiegen. „Pflichten gegen den Staat“, oder: „Wir gebrauchten Soldaten!“ Bei glatte nicht, daß auch nur ein einziges Paar aus diesem Pflichtgefühl oder dieser Erwägung heraus das Volk um einen Kopf vermehrt hat! Sagen wir es ein sehr bemerkenswertes Beispiel, daß selbst jenen Anhängern, die aus der bringenden Not, den unehelichen Mütterchen und Kindern eine Zukunftssicht zu bieten, ins Leben gerufen wurden, es jetzt an Glücken fehlt!

Wang abgesehen von der furchtbaren Wirkung auf unsere Zukunft kann ich mir nichts Schlimmeres denken, als ein Land, das aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein soll, das Wesen der Liebe und Ehe bis zu dem schmerzlichen Verzicht zu verurteilen; dem Verzicht auf das Kind. Es wäre die logische Krönung des Verzichtsfriedens! Möchten wir vor diesem Schicksal gnädig beschützt bleiben!

Nachdem uns der 1870er Krieg aus Frankreich die „Aufklärung“ gebracht hat, war es wie eine große Offenbarung: Nicht mehr der liebe Gott war es, der die Kinder „schenkte“, nicht mehr der gefällige Eros, der sie „brachte“ — nein, das Kind war ein Produkt des freien Willens geworden, man brachte seine zu haben, wenn man nicht wollte, und man erwarb sich hier die nötigen „Pflichten“ mehr wie fern. Wir meinten in den sogenannten „oberen Schichten“, die reichlich Geld für eine mühselose Erziehung zur Verfügung gehabt hätten. Wie oft konnte man es, noch kurz vor dem Krüge, hören: „Günstigstenfalls wird noch kein Kind, Meine Frau soll erst noch ihr Leben gründlich genießen und küßliche Meisen mit mir machen.“ Oder: „Nest können wir uns den Luxus eines Kindes noch nicht leisten, aber ich denke in drei oder vier Jahren, wenn meines Mannes Gehalt genügend zureichend ist.“

Wie sollten wir, bei einer solchen rechnenden Geschäftsmäßigkeit der Kindererzeugung darauf hoffen können, daß, wenn nach einem Verzichtsfrieden die Verhältnisse eines ganzen Landes sich so dramatisch verschärfen haben, wenn der Mitleidsstand verarmt, die in fernem Schicksal bedürftig geworden sind, überhaupt noch Ehepaare der Welt nicht erndären und erziehen können? Rasenentlich jene Ehepaare, die noch bessere Seiten gekannt, werden dem künftigen Kinde gegenüber den Stolz ihrer Klasse fühlen, der es nicht aufgibt, daß dieses Kind in Dürftigkeit und ohne Bildungsmöglichkeiten aufwächst. Eltern haben den begreiflichen Wunsch, daß es ihre Kinder besser haben, daß sie im Leben höherer Dastehen sollen als sie selbst. Der Seminarlehrer will seinen Sohn als Studenten sehen; der Subalternbeamte seinen in der höheren Karriere; der Handwerker seinen einmal Fabrikant werden — alles Ersehnte und Unverfüllte des eigenen Lebens soll sich in dem Kinde erfüllen. Und nun soll plötzlich die Welt auf den Kopf gestellt werden: weil es an Mitteln fehlt, soll der Sohn des Kuratisten Exkretär werden, der des Gymnasialprofessors Werkstatthalter, der Fabrikantensohn soll zum

gesunden Nachwuchses, der sich stetig steigert anstatt zu sinken, Wälder, in denen die Geburtenziffer sinkt, gehören zu den Niedergehenden. Das „Zweifelhafte“ Frankreich hat dessen Ruin eingeschleht.

Wenn wir nun nach einem „Verzichtsfrieden“ ohne Annexionen und Entschädigungen vor der Deckung unserer Militäranschulden stehen, wenn wir weiter mit der Entwertung des Geldes, mit der Zuerkung und den unerwartungswidrigen Steuern zu rechnen haben, so wird sich natürlich immer wieder die banale Frage aufdrängen: Woher sollen wir eigentlich sparen, um alles wieder ins Lot zu bringen? Leben ist jetzt eine teure Sache, selbst bei bestmöglicher Lebensführung sind unsere Ausgaben unvermeidlich — also müssen wir uns an die unangenehmen Folgen der Armut und wir, zu Ungünstigen unserer Armen und Kranken, unserer Kriegswitwen und Waisen die freiwillige Wohltätigkeit auf ein Minimum herabschrauben, wir werden aus Vereinen ausschließen und nie wieder ein Buch kaufen — und wir werden vor allem unseren Hausstand auf das unbedingt nötige einschränken — wir werden haben absehen, Kinder zu haben.

„Wir brauchen Kinder!“ Wie oft ist diese Mahnung in der Form eines Notrufs in die Welt hinausgegangen, selbst mit der indirekten Aufforderung, von der Legitimität dieser Kinder abzusehen. „Wir brauchen Kinder!“ Eheleute und uneheliche, nur Kinder, um die gewaltigen Lücken in unsern Kaiserkörper gefüllt zu werden. Wir brauchen Kinder, die später als erwachsene Menschen unsere Weider bestehen, die Werkstätten unserer Industrie lebendig erhalten und gerettet sind, unsere Schöße zu schützen, wenn in späterer Zeit Erborungsgebiete von außen sie wieder gefährden sollten. Kaufleute und aber Kaufend Ansprache stellen diese jungen Erbenbürger. In den wohlhabenderen Haushaltungen verlangen sie eine weitere Hilfskraft, in den bescheidenen eine steher sie die Frau der Berufstätigkeit, die nach dem Siege noch viel mehr als jetzt eiserne Notwendigkeit werden wird.

Wir brauchen Kinder!

Von

Clara Winkler.

Die Lebensbedingungen für Bevölkerungsgewinnung, die von den Besitztümern aufgenommen hat, ist von dem Kriegswirtschaftswesen mitgeteilt worden, das die ersten Anzeichen im Kriege mit sich brachte, als die Angst der Besitztümern war, daß auch die im Kriege der letzten Geburtenjahre zu erstehen werden dürften. Diese Besitztümern zu erstehen, die nach dem Kriege die notwendigen Ausstattungen des nachfolgenden Geschlechtes als ganz besonders notwendig erachten. Die Frau.

Verzichtsfrieden — Hungerkriege — und der mit dem Krieg der Kultur, Aufgeben, müssen erzwungenen ethischer Werte. Wenn Kultur laut sich auf Geld auf, stützt sich auf das Kapital, das hinaus über das zum Leben bringende Notwendige zum dem Überflüssigen, dem Genuß und Erhebenden Raum in unserm Leben können darf. Wer sich einfach für das täglich Brot abdrücken muß, wird dumm und stumpf werden, wird weder Ziel noch Schwungkraft besitzen zu einem Aufschwung in die Höhe, der den Mitleid erst lebenswert macht. Aus Mitleid ernährten, schlecht erzogenen, vernachlässigten Kindern werden keine tüchtigen Menschen werden. Ein Heer unversorgter Kinder wird als ewiger Dreck auf dem Lande liegen und die Volkskraft lähmen. Es ist eine sehr ungeschickliche Weisheit, daß der Rest ein starkes Weiser schreift, und was es mit der Vererbung durch bestimmte Tage auf sich hat, hat einere Zeit mit ihrem rücksichtslosen Eigenruhm, ihrer Habgier und, als letzte Strömung, mit dem Kriegswunder bemieten!

Wir alle wissen, was mit einer, durch einen Verzichtsfrieden verbundenen Verarmung unseres Volkes die Welt ausbleiben würde. Mit Entsetzen denken wir an den dann ungewordenen Abstieg von der Höhe. Diese Gefahren sind oft von berufener Seite befeuchtet worden, nur die eine und größte ist meines Erachtens nach viel zu wenig behandelt worden, die die Kraft eines Landes, in der Sicherheit eines der starken Bevölkerung, in der Sicherheit eines

Gegen die Verhinderung von Geburten.

♣ Berlin, 18. Febr. (Telegr.) Der Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhinderung von Geburten lautet:

§ 1. Das gewerbsmäßige Herstellen oder Vorrätighalten, die Einfuhr, das Verkaufen, Feilhalten oder sonstige Inverkehrbringen von Mitteln oder Gegenständen, die geeignet sind, die Empfängnis zu verhüten, oder die Schwangerschaft zu beseitigen, ferner das Auffuchen von Bestellungen auf solche Mittel oder Gegenstände kann durch Verordnung des Bundesrats verboten oder beschränkt werden. Soweit solche Mittel oder Gegenstände auch geeignet sind, die Entstehung von Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten, zu verhüten, soll die Verordnung des Bundesrats auf die Bedürfnisse des Gesundheitsschutzes Rücksicht nehmen. Die Verordnung des Bundesrats ist dem Reichstag, wenn er versammelt ist sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt, zur Kenntnis zu bringen.

§ 2. Wer der Verordnung des Bundesrats (§ 1) vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar. Ist die Zuwiderhandlung fahrlässig begangen, so tritt Geldstrafe bis zu 600 M oder Haft ein.

§ 3. Wer Mittel, Gegenstände oder Verfahren zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, wenn auch in verschleierte Form, ankündigt oder anpreist oder solche Mittel oder Gegenstände an Orten, die allgemein zugänglich sind, ausstellt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft. Straflos ist das Ankündigen oder Anpreisen dieser Mittel oder Gegenstände soweit nicht ihre gewerbsmäßige Herstellung vom Bundesrat überhaupt verboten ist (§ 1), an Ärzte oder Apotheker oder an Personen die mit solchen Mitteln oder Gegenständen erlaubterweise Handeltreiben, oder in ärztlichen Fachzeitschriften.

§ 4. Wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, wenn auch in verschleierte Form, seine eignen oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung der Beseitigung der Schwangerschaft anbietet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ebenso wird bestraft, wer gewerbsmäßig Mittel, Gegenstände oder Verfahren zur Verhütung der Empfängnis bei andern Personen anwendet oder seine eignen oder fremde Dienste zu ihrer Anwendung anbietet.

§ 5. In den Fällen der §§ 2 bis 4 kann neben der Strafe auf Einziehung der Mittel oder Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehört oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

♣ Berlin, 18. Febr. (Telegr.) Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik beschloß heute in Gegenwart des Staatssekretärs des Innern, Wallraf, möglichst dahin zu wirken, daß die von der Regierung nunmehr fertiggestellten und dem Reichstag zugegangenen beiden Gesetzentwürfe über Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Verhinderung von Geburten möglichst bald im Plenum zur ersten Lesung gelangen. Sollte sich diese Beratung im Plenum noch in dieser Woche ermöglichen lassen, so wird der Ausschuß seinerseits sofort in die Beratung dieser Gesetzentwürfe eintreten, andernfalls soll zunächst das Gebiet der Wohnungs- und Siedlungsfragen unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten besprochen werden. Besonders von fortschrittlicher Seite wurde die Notwendigkeit einer schnellen Erörterung der Wohnungs- und Siedlungsfragen nachdrücklich betont, da ohne eine gesunde Wohnungs- und Siedlungspolitik alle bevölkerungspolitischen Maßnahmen von vornherein fruchtlos sein müßten.

Wertlose Ausweisarten.**Keine Berücksichtigung werdender und stillender Mütter.**

Die Wiener Polizeikommissariate haben kürzlich wie berichtet wurde, Ausweisarten an werdende und stillende Mütter ausgegeben, die diese Frauen der Mühe des Anstellens entheben sollten. Diese Einführung — in Deutschland besteht sie schon seit mehr als zwei Jahren — wurde von den Kriegsmüttern auf das freudigste begrüßt. Leider wurden sie bald aus ihrem schönen Traum, des für sie so mühevollen und gefährlichen Stehens und Drängens enthoben zu sein, gerissen, denn die Wiener Wache anerkennt, wie die Mütter übereinstimmend klagen, den von ihrer vorgesetzten Behörde ausgestellten Schein nicht. Es heißt immer wieder: „Hier stehen Leute seit fünf Uhr früh“ (das Anstellen vor 6 Uhr morgens ist bekanntlich polizeilich verboten), „ich kann Sie nicht mehr vorlassen!“

Oft ereignet es sich, daß Besitzerinnen solcher Ausweisarten sich separat anstellen müssen, um nach Verlauf einer viertel oder halben Stunde, wenn ihre Zahl zu groß geworden ist, hören zu müssen, daß es unmöglich ist, sie partienweise in die Reihen der schon früher gekommenen einzufügen. Durch eine derartige Behandlung sind die Frauen, welchen die Bevorzugung zugebacht war, oft noch schlechter daran als alle übrigen Käuferinnen. Leider muß auch gesagt werden, daß diese „bevorzugten Frauen“ von ihren Geschlechtsgenossinnen und Konkurrentinnen beim Einkauf sehr schlecht behandelt, ja oft beschimpft werden, und dem diensttuenden Wachmanne die Ausübung seiner Pflicht durch die Weigerung, diese Frauen vorzulassen, erschweren.

Die Mütter von Kindern im zartesten Säuglingsalter müssen sich also nach wie vor im vierten Kriegsjahre mehr denn je anstellen, um das Notdürftigste für sich und ihren Haushalt zu erwerben. Sie haben hierbei nur die Wahl, den Säugling entweder bei jeder Bitterung in den ersten Frühstunden mit zum Einkauf zu nehmen und auf offenen Märkten und in Markthallen zu nähren (es ist dies durchaus kein seltenes Bild), oder das Kind ohne Wartung und Nahrung stundenlang daheim zu lassen. Die Aufklärungsarbeit über die Wichtigkeit des Stillens durch die Mutter und über die Säuglingspflege im allgemeinen, die zu Beginn des Krieges so schöne Erfolge gezeitigt hat, wird durch solche Zustände illusorisch. In vielen Fällen

bereitet sie der Mutter Schmerz statt Segen, da sie wohl erkennen lernt, daß Reinlichkeit und Pünktlichkeit unendlich viel für das Gedeihen ihres Kindes bedeuten, daß es ihr aber, da sie sich stundenlang anstellen muß, unmöglich ist, diese Pflichten zu erfüllen, abgesehen davon, daß sich eine Frau, die diese Art des Einkaufes mitmachen muß, bei der Kriegskost wohl kaum zu einer Amme eignen wird.

Der Marktamtsdirektor der Stadt Wien hat kürzlich in einer Unterredung den schwangeren Frauen und stillenden Müttern seine besondere Fürsorge zugesagt. Vielleicht gelingt es seiner Intervention, im Wege der Organe der Marktämter wenigstens auf den Märkten diesen Ausweisarten Geltung zuzubilligen. Sicherlich wird aber auch der Polizeipräsident die nötigen Anordnungen treffen, um den Ausweisarten für werdende und stillende Mütter auch bei der Sicherheitswache Geltung zu verschaffen. Anderenfalls wäre um das Papier für diese Karten schade. **Ausweisarten**, die dort, wo man sie braucht, nicht gelten, sind — keine Ausweisarten.

* (Anstellen und Mutterpflicht.) Von einer Dame erhalten wir folgende Zuschrift: „Vor kurzer Zeit gelangten in Wien durch die Polizeibezirkskommissariate an werdende und stillende Mütter Ausweisarten zur Verteilung, die diese Frauen der Mühe des Anstellens entheben sollten. Diese gewiß gutgemeinte Einführung — in Deutschland besteht sie mehr als zwei Jahre — wurde von den tapferen Kriegsmüttern auf das freudigste begrüßt. Leider wurden sie bald aus ihrem schönen Traum, das für sie so nützlich und gefährlichen Stehens und Drängens enthoben zu sein, gerissen, denn — die Wiener Wache anerkennt nicht den von ihrer vorgesetzten Behörde ausgestellten Schein! Es heißt immer wieder: „Hier stehen Leute seit 5 Uhr früh (das Anstellen vor 6 Uhr morgens ist bekanntlich polizeilich verboten), ich kann Sie nicht mehr vorlassen!“ Oft ereignet es sich, daß Besitzerinnen solcher Ausweisarten sich separat anstellen müssen, um, wenn ihre Zahl zu groß geworden ist, nach einer Viertel- oder halben Stunde hören zu müssen, daß es unmöglich sei, sie partienweise in die Reihen der schon früher genommenen einzufügen. Durch eine bepartige Behandlung sind die Frauen, welchen eine Bevorzugung zugebracht war, oft noch schlechter daran als alle übrigen Käuferinnen. Leider muß auch gesagt werden, daß diese „bevorzugten Frauen“ von ihren Geschlechtsgenossinnen und Konkurrentinnen beim Einlauf sehr schlecht behandelt, ja oft auf das gräßlichste beschimpft werden, die durch die Weigerung, diese Frauen vorzulassen, dem dienftunenden Wachmann die Ausübung seiner Pflicht erschweren. Die Mütter von Kindern im zartesten Säuglingsalter müssen sich also jetzt im vierten Kriegsjahr mehr denn je anstellen, um das Notdürftigste für sich und ihren Haushalt zu erwerben, und haben hierbei nur die Wahl, den Säugling entweder bei jeder Bitterung in den ersten Frühstunden zum Einlauf mitzunehmen und auf offenen Märkten und in Markthallen zu nähren (es ist dies durchaus kein festenes Bild!), oder das Kind ohne Warnung und Nahrung stundenlang allein daheim zu lassen. Die Aufklärungsarbeit über die Wichtigkeit des Stillens durch die Mutter und über die Säuglingspflege im allgemeinen, die zu Beginn des Krieges so schöne Erfolge zeitigte, wird durch solche Zustände illusorisch, und in vielen Fällen herbeißt sie der Mutter Schmerz statt Segen. Der Marktaufsichtsdirektor der Stadt Wien hat kürzlich in einer Unterpebung den schwangeren Frauen und stillenden Müttern seine besondere Fürsorge zugesagt. Vielleicht gelingt es seiner Intervention, im Wege der Organe der Marktmütter wenigstens auf den

Märkten diesen Ausweisarten auch Geltung zu verschaffen.“

Deutschland.

Der Wiederaufbau unsrer Volkskraft.

Vor dem Kriege war unsre Volkskraft, unser Bestand an gesunden, arbeitsfreudigen und gut geschulten Menschen, schon der wertvollste Teil unsers nationalen Besitzes. Je mehr der Weltkrieg zu einem an der Front und in der Heimat von den ganzen Völkern und ihren natürlichen, geistigen und sittlichen Kräften durchgeführten Widerstreit wurde, desto eindringlicher empfanden wir die Vorzüge unsrer Volkskraft. Starke, durch Krankheiten und Tod nur verhältnismäßig schwach gelichtete Jahrgänge Soldaten konnten aufgestellt werden. Als die Männer in möglichst großer Zahl vor dem Feinde standen, da konnten bei uns die überaus zahlreichen Jugendlichen aus den größten Geburts-generationen unsers Volkes in die nationale Arbeit eingeschoben werden. Dann konnten endlich die Frauen, kraft ihrer gesunden Lebensweise ohne weiteres als Arbeitskräfte Verwendung finden. Diese Volkskraft hat nun durch den Krieg zweifellos empfindliche Einbußen erlitten, während sie uns gerade in der kommenden Friedenszeit, als ein Mittel, um unsre weltwirtschaftliche Machtstellung zurückzugewinnen, mehr als unerrettbar ist. Im Sinne dieser Erkenntnis befassen sich jetzt Staat und Volksvertretung, Gelehrte und Ärzte, Geistliche und Lehrer mit bevölkerungspolitischen Fragen. Ausschüsse werden eingesetzt, Vereine tagen, neue Vereine werden gegründet, um zu einem Wiederaufbau unsrer Volkskraft zu gelangen. So lebhaft dieses allgemeine Interesse auch zu begrüßen ist, so bleibt ein wesentliches Bedenken gegen alle diese Bewegungen und Arbeiten der einzelnen bestehen: sie stehen oft vereinzelt nebeneinander, und es fehlt ihnen die Möglichkeit, aus den theoretischen Erörterungen heraus zur Tat zu schreiten. Soweit sind nämlich die geistigen Gegensätze schon ausgeglichen, daß allerseits als wirksamste Maßnahmen zur Hebung unsrer Volkskraft u. a. angesehen werden: Einnahmeabstufungen beim Ernährer, die sich nach der Kinderzahl richten, Wohnungsfürsorge, einschließlich An siedlungsmöglichkeiten für beschränkt Erwerbsfähige, Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit, umfassende Jugendpflege, die vor allem die Jahre von der Schulentlassung bis zur Einstellung in das Heer umspannt, und endlich Ehehygiene zur Bekämpfung der Zeugung durch nachweislich Kranke. Diese Gesichtspunkte erfordern aber zu ihrer Verwirklichung große Mittel, die nur vom Staate und von den Kommunen aufgebracht werden können, während derzeit die tüchtigsten Praktiker und Theoretiker der Bevölkerungspolitik höchstens über die beschränkten Mittel eines Vereins verfügen. Um aus dieser Halbheit herauszukommen, und um endlich die wertvollen Ergebnisse der selbstlosen Forchtung zum Segen unsers Volkes nutzbar zu machen, ist zu fordern, daß das Reich als Trägerin der Sozialpolitik erhebliche Mittel — Sachverständige beziffern die Bedürfnisse auf mindestens 500 Millionen für die Dauer der Übergangswirtschaft — für diese Zwecke bereitstellt. Wenn man bedenkt, daß diese Summe nur 2½ Prozent des Anlagekapitals der deutschen Eisenbahnen darstellt, wird man nicht über die Höhe stöhnen, sondern die Mäßigkeit dieser Forderung für so wichtige Zwecke anerkennen müssen. Die Grundlagen der Kraft unsers Volkes können gar nicht fest genug gelegt werden, dafür darf uns, wenn wir an eine große Zukunft glauben, kein Opfer zu groß sein.

Eine Heil- und Pflegeanstalt für tuberkulöse Kinder.

Wien, 16. März.

Im Kampfe gegen die „Wiener Krankheit“, die Tuberkulose, wendet man gegenwärtig besondere Aufmerksamkeit der Ausschaltung des Infektionsherdes zu, um derart die Gefahr der Weiterverbreitung zu beseitigen oder wenigstens nach Möglichkeit zu beschränken. Man macht die größten Anstrengungen, die Zahl der Tuberkulosenbetten in den Wiener Spitalern zu erhöhen, um die Tuberkulösen aus ihren Wohnungen entfernen zu können, in denen sie sich durch ihre bloße Anwesenheit immer neue unglückliche Schicksalsgenossen gesellen. Für tuberkulöse Kinder aber sind in den Wiener Krankenanstalten nur sehr wenig Betten reserviert. Darum haben sich hervorragende Gelehrte und andere Menschenfreunde zusammengetan und erlassen einen Aufruf zugunsten einer zu schaffenden Heil- und Pflegeanstalt für tuberkulöse Wiener Kinder. Der Aufruf, den wir im nachstehenden folgen lassen, wird sicherlich seine Wirkung nicht verfehlen und die Reihe segensreicher sozialer Werke, die in Kriegszeit geschaffen wurden, um ein neues, wahrlich nicht das unwichtigste, vermehren.

Aufruf!

Wenn der wilde Kampfeslärm verhallt sein wird und unter dem Horten eines sicheren Friedens die Völker zu segensreicher Kulturarbeit schreiten können, dann werden alle Nationen sich zusammenschließen müssen, um gegen einen gemeinsamen Feind vorzugehen, der, während die Völker sich zerfleischen, groß und mächtig geworden ist, gegen einen Feind, der nicht im offenen Kampfe sich stellt, sondern hinterläßt und tödlich aus Volksmark greift: die Tuberkulose! Keine Ruhr, noch Blattern, nicht Cholera, noch die gefürchtete Pest konnten sich während des Krieges schrankenlos ausbreiten; die furchtbarste Kriegspest ist die „Tuberkulose“ geworden. Tausende von Menschen sind im Hinterlande an Tuberkulose erkrankt, und nie hat der Tod so reichliche Ernte unter den Tuberkulösen gehalten wie seit dem Beginn des dritten Kriegsjahres.

Das Volk ist in Not und rasch gilt es, Taten zu setzen! Dem Senate fällt die Hauptaufgabe zu und den Ländern und

Gemeinden ein großer Anteil an dem gemeinsamen Werk. Aber so muß auch jeder Bürger mithelfen, und mit derselben opferwilligen Bereitwilligkeit, mit der jeder Angehörige unseres geliebten Vaterlandes zur Bekämpfung des äußeren Feindes sich in die Bresche stellte, soll er auch beitragen zur Niederbringung des inneren Feindes. Vergeblich war das Ringen und nutzlos war der Kampf, wenn ein durch Sichthum entkräftetes Volk die durch den Sieg mühsam errungenen Früchte nicht genießen kann. Denn wirkliche Lebenskraft und festes Selbstvertrauen, die Grundbedingungen für ein neues Aufblühen der Kultur, sind nur bei einem gesunden Volke zu finden.

Unter all den Kampfswegen, die bisher gegen die Tuberkulose verwendet wurden, verspricht den größten Erfolg die Familienfürsorge in den Wohnungen. Zwei Gesichtspunkte sind es, nach welchen diese Tätigkeit vor sich gehen soll, und zwar die Sorge für den in der Wohnung befindlichen Kranken selbst und dann der Schutz der durch ihn gefährdeten Umgebung. Der natürlichste und am meisten Erfolg versprechende Vorgang, die Ausbreitung einer infektiösen Krankheit zu verhindern, ist die Vernichtung des Infektionsstockes und die Unschädlichmachung, beziehungsweise Ausschaltung des Infektionsherdes. Wo sind nun die meisten Infektionsherde und Brutstätten der Tuberkulose? Dort, wo schwer Tuberkulöse in engen Wohnungen verweilen und durch Ansteckung ihrer Mitbewohner zur Verbreitung der schrecklichen Seuche beitragen. Die Isolierung der Schwerverkranken ist gleichbedeutend mit der Ausschaltung des Infektionsherdes, womit auch die Gefahr der Weiterverbreitung beseitigt ist. Um die Absonderung eines solchen, an „offener Tuberkulose“ Erkrankten, dessen Auswurf Unmengen von Tuberkelbazillen enthält, durchzuführen zu können, wurde die Zahl der Tuberkulosenbetten für Erwachsene in den Wiener Spitalern in letzter Zeit in erheblichem, aber immer noch unzureichendem Maße erhöht. Für die armen, an „offener Tuberkulose“ erkrankten Kinder ist aber gar nicht gesorgt. Da solche Kinder wegen der Infektionsgefahr für ihre Umgebung weder in Erholungsstätten, noch Waldschulen, noch Ferienheimen, ja nicht einmal in den bestehenden Kinderheilstätten Aufnahme finden können, so müssen sie daheim oft ohne die geringste Pflege dahinsiechen und übertragen, noch bevor sie der Tod von ihrem schweren Leiden befreit, den Keim ihrer Krankheit auf ihre Geschwister und die anderen Wohnungsgenossen. Die Zahl der in einzelnen Wiener Krankenanstalten für tuberkulöse Kinder reservierten Betten ist verschwindend klein gegenüber der enormen Zahl schwer tuberkulöser Kinder in Wien. Damit die in Wien bereits in großem Umfange begonnene Fürsorgetätigkeit für Tuberkulöse einen durchgreifenden Erfolg hat, so muß sie sich auch auf jene unglücklichen Kinder erstrecken, die an „offener Tuberkulose“ erkrankt sind. Aus diesem Grunde hat es sich der unterzeichnete vorbereitende Ausschuss zur Aufgabe gestellt, eine Heil- und Pflegeanstalt für zukaufshundert, an „offener Tuberkulose“ erkrankte Wiener Kinder zu errichten.

Durch die Aufnahme der schwerkranken Kinder in diese Pflegestätte ist den unglücklichen Eltern eine drückende Sorge abgenommen, die Geschwister und Wohnungsinassen bleiben vor der Ansteckung mit Tuberkulose bewahrt und die kleinen Kranken, denen vielleicht nur mehr eine kurze Lebensdauer beschieden ist, werden sich ihres Daseins in warmer Sonne und frischer Luft erfreuen können.

Die Tuberkulose macht vor niemandes Tür halt; daher möge jeder nach seinen Kräften mithelfen, damit, was neue Werk so rasch als möglich erfolge, zum Heile der Wiener Bevölkerung!

Ependen nimmt die Administration und der vorbereitende Ausschuss entgegen.

Für den Verein Heilanstalt Alland:

Hofrat Professor Dr. Anton Reichelsbaum.

Hofrat Professor Dr. Robert Ritter v. Ortner.

Hofrat Dr. Karl Hoser.

Medizinalrat Dr. Wilh. Ull.

Dr. Karl Rupelwieser.

* Neue Geburtscheine hat der Minister des Innern, wiederholten Wünschen Folge gebend, bei den preussischen Standesämtern eingeführt. Diese Geburtscheine enthalten lediglich Namen, Geburtsdatum und Geburtsort der betreffenden Person, nicht die Namen der Eltern und daher keine Angaben über die Abstammung, während bekanntlich die standesamtlichen Geburtsurkunden, selbst wo sie in abgekürzter Form erteilt werden, diese Angaben dem Geburtsregister gemäß enthalten müssen. Der Geburtschein wird nur auf Antrag erteilt und im Gebrauche für Behörden nur, soweit seine Verwendung von der zuständigen Behörde zugelassen oder angeordnet ist. Da der Geschäftsverkehr der Privaten und Behörden beim Ausweis über eine Person vielfach kein Interesse an den Namen ihrer Eltern und an ihrer Abstammung nimmt, andererseits es unerwünscht ist, die uneheliche Geburt einer Person ohne Not im Verkehr hervortreten zu lassen, so darf erwartet werden, daß von diesem Geburtschein, der auch eine Verminderung des Schreibwerts in sich schließt, möglichst vielseitig Gebrauch gemacht werden wird. Inwieweit dies in den einzelnen staatlichen Verwaltungsgebieten auch seitens der Behörden geschehen kann, unterliegt zurzeit der Prüfung der einzelnen Zentralbehörden; entsprechende Anweisungen derselben an die ihnen unterstellten Behörden dürften in Kürze ergehen; sie werden jedenfalls der Verwendung des Geburtscheines tunlichst weitgehend entgegenkommen. Daß dabei nicht zwischen ehelich und unehelich Geborenen unterschieden werden wird, ist selbstverständlich, da andernfalls der Zweck der neuen Einrichtung verfehlt werden würde. An dem Rechte jedes Beteiligten, wie bisher eine vollständige oder abgekürzte Geburtsurkunde aus dem Geburtsregister zu verlangen, wird durch Einführung des Geburtscheines nichts geändert.

9./4. 1918.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Eine auch im Blick auf die Reichstagsverhandlungen über den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beachtenswerte Rundgebung erlassen auf Anregung der Konferenz Deutscher Evangelischer Arbeitsorganisationen 688 große, zumeist ganz Deutschland umfassende sozialpolitische, kirchlich-religiöse und Wohlfahrtseinrichtungen der verschiedensten Richtungen und Bekenntnisse. In dem Aufruf heißt es:

In den Stürmen des Krieges erlebt unser deutsches Volk von neuem den hohen Wert jener heiligen Güter, die zu allen Zeiten die Quellen der Volkskraft gewesen sind und sein werden. Dazu gehört neben dem Widerwillen gegen Lüge und Heuchelei, gegen Bosheit und Gemeinheit insbesondere das sittlich reine Empfinden auf geschlechtlichem Gebiet, das eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung des Volkslebens ist. Wir rufen auf zum Kampf gegen die doppelte Moral, gegen die öffentliche und persönliche Leichtfertigkeit im geschlechtlichen Leben, vor allem gegen die Ansicht, als ob es sich bei sittlichen Verfehlungen oder geschlechtlichen Erkrankungen nur um eine Privatsache handle. Wir werben um das Gewissen unseres Volkes in allen seinen Schichten. Wenn es auf irgend einem Gebiete leichter ist, vorzubeugen, als zu heilen, so hier. Die Möglichkeit rechtzeitiger Eheschließung für alle Berufsstände muß gefördert werden. Umfassende Wohnungsreform und nachdrückliche Bekämpfung des Alkoholismus gehören zu den unerläßlichen Grundlagen

9./4. 1918.

Ein Aufruf zur Bevölkerungspolitik.

Eine auch im Blick auf die Reichstagsverhandlungen über den Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beachtenswerte Kundgebung an unsere Volksgenossen erlassen auf Anregung der Konferenz Deutscher Evangelischer Arbeitsorganisationen 688 große, zumeist ganz Deutschland umfassende sozialpolitische, kirchlich-religiöse und Wohlfahrtsvereinigungen der verschiedensten Richtungen und Konfessionen. In dem Aufruf heißt es:

Wir haben uns daher aus den verschiedensten politischen, religiösen und gesellschaftlichen Gruppen zusammengesunden und rufen auf zum Kampf gegen die doppelte Moral, gegen die öffentliche und persönliche Leichtfertigkeit im geschlechtlichen Leben, vor allem gegen die Ansicht, als ob es sich bei sittlichen Verstößen oder geschlechtlichen Erkrankungen nur um eine Privatsache handle. Unsere Absicht geht weniger dahin, uns an dieser Stelle auf gesetzgeberische Maßnahmen festzulegen. Wir werden um das Gewissen unseres Volkes in allen seinen Schichten. Wenn es auf irgendeinem Gebiete leichter ist, vorzubeugen, als zu heilen, so hier. Die Möglichkeit rechtzeitiger Eheschließung für alle Berufsstände muß gefördert werden. Umfassende Wohnungsreform und nachdrückliche Bekämpfung des Alkoholismus gehören zu den unerlässlichen Grundlagen unserer Volksgesundheit. Gehalt und Lohn sollen der Pflege junger Ehen und dem Schutze kinderreicher Familien Rechnung tragen.

Daneben hat die unmittelbare Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einzusehen. Jede Behandlung der Geschlechtskranken durch Kurpfuscher ist zu verhindern. Beratungsstellen sind diesen Leidenden zugänglich zu machen. Bordelle und bordellartige Betriebe müssen aufhören. Der polizeiliche Zwang der Eintragung in Dirnenlisten soll verschwinden. Jugend und Familie sind gegen die Prostitution zu schützen.

Unterschieden ist der Aufruf von den Sittlichkeitsvereinigungen, den Frauenvereinigungen, den Antialkoholvereinigungen, den Lehrer- und Lehrerinnenvereinigungen, den sozialen und Wohlfahrtsvereinigungen, den Vereinigungen für Heidenmissionen, den kirchlichen und inneren Missionsvereinigungen.

Der Hebammenberuf.

Entwurf zu einem neuen Landesgesetz.

Von der Begründung ausgehend, daß im Jahr 1913 noch 3244 Wöchnerinnen, und zwar 750 bei der Entbindung und 2494 im Wochenbett bei 1 082 520 von Hebammen vorgenommenen Entbindungen gestorben sind, hat der preussische Minister des Innern dem Abgeordnetenhaus ein Gesetz betreffend eine Neuordnung des Hebammenwesens vorgelegt.

Der Entwurf macht gegenüber dem bisherigen Landesgesetz vom 6. August 1883 als wesentliche Neuerung die Zulassung zur Hebammenstätigkeit abhängig von einer Genehmigung, die auf Grund der Hebammenprüfung entsprechend dem Bedürfnis für jeden örtlichen Bezirk besonders zu erteilen ist. Durch diese Genehmigungsurkunde wird das Niederlassungsgebiet bestimmt, ohne daß aber die Hebamme in der Ausübung ihres Berufes auf dieses Niederlassungsgebiet beschränkt wäre. Diese Maßregel soll dazu dienen, eine Ueberfüllung des Berufes zu verhindern, denn die Genehmigung ist zu versagen, wenn das Bedürfnis nach geburts-hilflicher Versorgung bereits in einwandfreier Weise gedeckt ist, soll aber andererseits die Frauen nicht in der Wahl-freiheit bezüglich der Hebammen beschränken und sie nicht verpflichten, sich nur an die Hebamme zu wenden, die in ihrem Bezirk wohnt. Von größter Wichtigkeit ist die Bestimmung, daß die Landkreise verpflichtet werden Bezirkshebammen in einer der Bevölkerungsdichtigkeit und den Entfernungsverhältnissen entsprechenden Zahl anzunehmen und im Bedarfsfalle geeignete Personen in einer Hebammenlehr-anstalt auf ihre Kosten ausbilden zu lassen. Gewährleistet wird die Durchführung dieser Vorschrift dadurch, daß dem Bezirks-ausschuß auf Antrag des Regierungspräsidenten das Recht ge-gewährt wird, die zur Erfüllung der Pflichten des Kreises erforder-lichen Beschlüsse zu fassen. Damit die Hebamme von den neuesten Anforderungen und Fortschritten der Heilkunde unterrichtet ist muß sie die vorgeschriebenen Wiederholungslehrgänge besuchen und Nachprüfungen ablegen; sie verliert die Genehmigung, wenn sie die Nachprüfungen zweimal hinter einander nicht besteht oder den Wiederholungslehrgang ohne besonderen Grund verläßt. Als neue Pflicht für die Hebamme kommt zu ihrer sonstigen Tätigkeit die Mitwirkung bei Säuglingsfürsorge nach Maßgabe des öffentlichen Bedürfnisses hinzu.

Der Nebenberuf der Hebamme soll fortan auch von der Erlaub-nis der Genehmigungsbehörde abhängen, damit verhindert wird, daß sie eine Tätigkeit ausübt, die für ihre Pflinglinge gesundheits-schädlich sein könnte.

Den vielfachen Beschränkungen, die das Gesetz den Hebammen auferlegt, steht als Mindesteinkommen, das er Kreis der Bezirks-hebamme zuzusichern hat, das sehr niedrige Entgelt von 720 M. für die Haupttätigkeit der Hebammen, also die Beratung von Schwangeren und Ausübung der Geburtshilfe sowie die Ver-sorgung der Wöchnerinnen und neugeborenen Kindern gegenüber. Dazu kommt noch die unentgeltliche Ueberweisung der zur Be-rufstätigkeit erforderlichen Instrumente, Geräte und Bücher sowie der Desinfektionsmittel, soweit sie für den persönlichen Gebrauch der Bezirkshebamme und für die Verwendung bei Unbemittelten

erforderlich sind, und eine angemessene Entschädigung für die Teilnahme an Nachprüfungen und Wiederholungslehrgängen, so-fern sie nicht durch Verschulden der Bezirkshebamme not-wendig sind.

Dagegen ist die Gewährung eines jährlichen Ruhegehalts von 240 M. für den Fall der Verunsfähigkeit infolge körperlichen oder geistigen Gebrechens oder der Vollendung des 65. Lebens-jahres nach zehnjähriger Tätigkeit als Bezirkshebamme oder, falls die Verunsfähigkeit die Folge einer Beschädigung ist, die sie sich bei Ausübung ihres Berufs ohne eigenes Verschulden zugezogen hat, bereits nach fünfjähriger Tätigkeit, eine erfreuliche Neuerung.

Während bei den früheren Gesetzen die Bestimmungen über die Altersgrenzen der Hebammen festgesetzt waren, sieht der neue Ent-wurf solche nicht vor. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Heb-ammen-Schulen die Zulassung der Bewerberinnen weiterhin von gewissen Altersgrenzen abhängig machen werden. Schließlich sei noch auf einen Gesichtspunkt hingewiesen, der vielleicht in den Entwurf noch aufgenommen werden sollte, daß nämlich die Zu-lassung zu den Hebammenschulen auf eine gewisse, dem Bedürfnis voraussichtlich entsprechende Zahl beschränkt werde, damit nicht so und so viele Frauen in Erwartung der Genehmigung diese Ausbildung durchmachen, ohne nachher wegen Ueberfüllung des Berufes die Genehmigung erhalten zu können, nachdem sie Zeit, Kraft und Geld dafür geopfert haben.

Dr. M. M.-z.

Wie vereinigt sich Bevölkerungs- und Finanzpolitik?

Zählung der Kinder bei einer Vermögensabgabe. — Gebäudesteuernachlässe und Mieterleichterung für kinderreiche Familien. — Neue Grundsätze im Besoldungswesen.

Man beginnt jetzt, wo wir doch schon langsam an eine Wiedertehr des Friedens zu glauben wagen, das Programm für den Aufbau eines neuen Oesterreich aufzustellen. Erfreulicherweise scheint in dieses Programm auch eine gesunde Bevölkerungs politik mit aufgenommen zu werden. Einer der verdienstvollsten Apostel dieser Lehre, Regierungsrat Dr. Wilhelm Heide hat in der „Oesterreichischen Rundschau“ (Heft 6 vom 15. März 1918) die Aufgaben entworfen, welche sich die neugegründete österreichische Gesellschaft für Bevölkerungs politik gestellt hat. Mit meisterhaft wenigen Worten hat er alle Bestrebungen erschöpfend zusammengefaßt, welche harmonisch vereint diesem edlen Zwecke dienlich erschienen. Das Hauptgewicht legt er auf die Hebung der idealen Voraussetzungen einer Geburtenvermehrung und ruft „alle, die eines guten Willens sind und über das Mittelzeug der Geistes- und Herzensbildung verfügen“, zur Mitarbeit an dieser Aktion auf.

Obwohl nun wirtschaftlichen Begünstigungen und Steuererleichterungen zweifellos nur eine mehr untergeordnete Bedeutung für die Aufgaben der Bevölkerungs politik beizumessen ist, so kann auf diese aber auch ebenso gewiß nicht verzichtet werden. Denn zumindest sind derartige staatliche Maßnahmen dazu geeignet, den bevölkerungspolitischen Bestrebungen den Weg zu ebnen. Vor allem hat der Staat dadurch sein Interesse an einer Vermehrung seiner Bevölkerung zu bekunden, er hat dadurch einzubekennen, daß seine Macht auf seinem Menschenreichtum beruht, er hat dadurch die Glieder seines Volkes, welche ihm zu dieser Macht besonders verhelfen, auszuzeichnen und schließlich anderen Faktoren im Staate beispielgebend voranzugehen.

In einigen deutschen Industriebezirken Böhmens hat man im Frühjahr vorigen Jahres die für die von der Regierung eingeleitete Hilfsaktion in Betracht kommenden Minderbemittelten in der Weise ermittelt, daß man die wöchentlichen Verdienst-, bezw. Einkommensbeträge jedes Familienmitgliedes sicherstellte, die Summe dieser Beträge durch die Anzahl der Familienmitglieder dividierte und nach dem so sich ergebenden Betrage die Bedürftigkeit der Familie beurteilte. Das Ergebnis dieser Erhebungen war ein ebenso interessantes wie überraschendes. Festangestellte in leitender Stellung während ihnen untergeordneten Hilfsarbeitern die gleichen Begünstigungen nicht zuerkennen waren, obwohl für alleinstehende Personen mit Rücksicht auf die größeren Kosten ihrer Lebenshaltung eine höhere Kopfquote angelegt war.

Dieses Prinzip auf die Steuerleistung angewendet, würde eine segensreiche Bevölkerungs politik bedeuten, welcher sich der Staat nicht verschließen sollte. Dem Zwecke, welche diese Maßnahme zu dienen hätte, würde es entsprechen, wenn hierbei nur die Ehefrauen und Kinder, der Stief- und der in uneigennütziger Weise übernommenen Pflegekinder, Berücksichtigung fänden, u. zw. bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres oder bis zur früheren Versorgung derselben. Es wären demnach Existenzminima für die Ehefrau und die Kinder festzusetzen, diese von dem Gesamteinkommen der Familie abzuziehen und erst auf Grund des Restbetrages die Einkommensteuer für den Familienerhalter zu bemessen. Damit würde der Staat ein viel wirksameres Bekenntnis zur Bevölkerungs politik ablegen als in seiner Personalsteuernovelle vom Jahre 1914 mit ihren bescheidenen Ansätzen zu einer Steuer für Junggesellen und kinderlose Ehepaare. Technisch schwieriger wäre die Ausdehnung dieses Prinzips auf die übrigen direkten Steuern, wegen der drückenden Zuschläge wäre sie aber nur schwer zu vermessen, von ganz hervorragender Bedeutung wäre jedoch dieses Prinzip für die drohende Vermögensabgabe. Um der Abneigung mancher Hausbesitzer gegen kinderreiche Familien wenigstens etwas zu begegnen, wären Gebäudesteuernachlässe für solche Hausbesitzer in Erwägung zu ziehen, welche kinderreiche Familien in Miete nehmen. Abgaben, die wie die Elterntaxi nur für Eltern geschaffen würden und mit welchen die Eltern um so sicherer belastet werden, je mehr Söhne sie großgezogen haben, sind in einem Staatswesen, in welchem Bevölkerungs politik betrieben wird, natürlich unmöglich. Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, daß die erwähnten Steuerbegünstigungen die politischen Rechte der Begünstigten nicht beeinträchtigen dürften.

Neben einem Steuerwesen, welches die Opfer derjenigen würdigt, die dem Staate neue wirtschaftliche Kräfte und neue Soldaten zuführen, hätte der Staat mit einem von den gleichen Beweggründen besetzten Besoldungswesen für seine Angestellten den anderen dienstgebenden Faktoren im Staate tonangebend voranzugehen. Hier sind in den Kriegsteuerzulagen Ansätze zu verzeichnen, welche nutzbringend weiter auszubauen und insbesondere auch auf die Aktivitätszulagen auszudehnen wären.

Die Urbahnung einer gesunden Bevölkerungs politik unter Heranziehung aller zu erschließenden Hilfsquellen und aller als geeignet erkannten Hilfsmittel ist nach den schweren Katastrophen dieses furchtbarsten aller Kriege eine hohe und ernste Pflicht aller staatsbehaltenden Elemente. Es ist daher zu hoffen, daß alle Maßnahmen, welche die Geburtenvermehrung begünstigen könnten, durch die Regierung und das Parlament rechtzeitig in

Gesetzesform gebracht werden, so daß dieselben dann, wenn das staatliche Leben wieder in die Geleise der Friedenswirtschaft zurückkehren wird, gleich in das öffentliche Leben übertragen werden können.

Schorle.

Kommunalzeitung.

[Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.] In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte legte Oberstadthauptmann Dr. Böhm den Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im März 1918 vor. Der Krankenstand war wie immer im Frühjahrsanfang nicht günstig, immerhin aber viel günstiger als im Vorjahr. In die armenärztliche Behandlung sind 10.980 Fälle gegen 10.451 im Vormonat und 11.882 im März des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Erkrankungen der Atmungsorgane entfielen 2888 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1528, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 937 Fälle. Die Infektionskrankheiten zeigten eine normale Verbreitung, nur die Masern, die nicht mehr der Anzeigepflicht unterliegen, dürften besonders stark verbreitet gewesen sein; die Ruhr hat mit 84 Fällen gegen 68 im Vormonat eine weitere Steigerung gezeigt. Aus der Zivilbevölkerung liefen 966 Anzeigen ein, hievon entfielen 345 auf Scharlach, 305 auf Diphtherie, 50 auf Bauchtyphus, 84 auf Ruhr, 1 auf Blattern und 153 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 73 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit hat eine mäßige Höhe erreicht, war viel niedriger als im Vorjahre und soweit die Wiener Bevölkerung in Betracht kommt, nur um 2 Promille höher als im März 1914. Im Hinblick auf die ziemlich stark verbreitet gewesenen unsinnigen Gerüchte, daß im März täglich 1000 Personen in Wien gestorben seien, sei hervorzuheben, daß der Tagesdurchschnitt der Sterblichkeit mit Ausschluß der Militärpersonen 113.9 gegen 106.4 im Vormonat und 130.5 im März 1917 betrug. Insgesamt starben 3531 Zivil- und 511 Militärpersonen, zusammen 4042 Personen gegen 3439 im Vormonat und 4572 im März des Vorjahres. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose und Skrophulose mit 833 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 53.44 Prozent, das weibliche mit 46.56 Prozent beteiligt.

Ministerium — und Volks- gesundheit.

Aus Bürgerkreisen von Hiezing erhalten wir folgende Zeilen:

Ganz Wien — denn fast jeder Mensch ist Wohnpartei und einmal ausziehen ist heute ärger als dreimal abbrennen! — erwartet voll Spannung den Ausgang eines Rechtsstreites, der gegenwärtig zwischen den gekündigten Parteien eines Wohnhauses in Unter-
St. Veit und dessen Erwerber, der in diesem ein angebliches „Mittelstands-sanatorium“ errichten will, über die Berechtigung der Kündigung geführt wird. Das Hiezinger Bezirksgericht hat die Kündigung als *rechtsunwirksam* erklärt und ausdrücklich festgestellt, daß die Mieterschutzverordnung das „öffentliche Interesse“, das vom Hausherrn behauptet wurde, nicht schütze. In dem Streite war ein *aussführliches Gutachten* von Wichtigkeit, das sich der neue Hausherr, ein Arzt, namens Dr. Moskowitz, vom Sanitätsdepartement des k. k. Ministeriums des Innern d. i. dem künftigen Ministerium für Volksgesundheit zu verschaffen gewußt hatte. In diesem wurde die Errichtung von Mittelstands-sanatorien als eine dringende Notwendigkeit dargetan und ausgeführt, daß gegenwärtig wegen der ungünstigen Verhältnisse in den inneren Bezirken an die Errichtung solcher Sanatorien nur schwer geschritten werden kann. In Anbetracht der dringenden Notlage und des Bedürfnisses nach Errichtung von solchen Mittelstands-sanatorien würde auch die Errichtung eines Sanatoriums mit 30 Betten (!) schon im öffentlichen Interesse zu begrüßen sein.

In dem Amtsgutachten, das eine Verteidigungsschrift für den geklagten Hausherrn und Arzt war, stand aber nicht, daß in diesem Hause bei dem überaus hohen Kaufpreise natürlich kein Mittelstands-sanatorium, sondern höchstens eine Pension für jüdische Kriegsgewinner errichtet werden könnte, wie es der Vertreter der klagenden Parteien auch dartat. Die Errichtung einer solchen Anstalt, die allerdings für den jüdischen Hausherrn und Unternehmer recht einträglich sein könnte, liegt aber gewiß nicht im öffentlichen Interesse, zumal sie zum Nutzen einzelner, sicherlich am wenigsten zu schützenden Leute, der Allgemeinheit Lebensmittel entzieht. Trotzdem trat das Ministerium für Volksgesundheit für das angebliche „Mittelstands“-Sanatorium ein. Die gekündigten Parteien mögen sehen, wie sie ein Unterkommen finden, können auch auf der Straße umkommen! Daß das Amt in diesem Falle, wo es sechs bürgerliche Wohnparteien mit zahlreichen Kindern auf die Straße werfen will, um Kriegsgewinner aufzunehmen, seinem Namen und Zweck geradezu ins Gesicht schlägt, scheint dem neuen Ministerium nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Hoffentlich veranlaßt diese öffentliche Feststellung das künftige Ministerium, Einkehr zu halten. Das Stadtphysikat, das doch auch von einem Arzte geleitet wird, war gerade zum entgegengesetzten Schlusse, wie das Ministerium für Volksgesundheit, gekommen, und auch der Magistrat hatte sich warm der zahlreichen Mieter gegen den Herrn Dr. Moskowitz angenommen.

Der Mietstreit, der wegen seiner grundsätzlichen Wichtigkeit von allen Wiener Blättern ausführlich gebracht wurde, wird demnächst das Landesgericht beschäftigen. Die gekündigten obdachlosen Mietparteien hoffen, daß er auch trotz der unständlichen Verteidigungsschrift des Ministeriums für Volksgesundheit zu ihren Gunsten entschieden wird.

Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

München, 27. Mai.

In der großen Aula der Universität wurde heute vormittag die „Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft“ in Anwesenheit König Ludwigs und einer großen Anzahl Zuhörer aller Kreise unter dem Vorsitz des Geheimrats Döderlein mit einer Begrüßungsrede des Ministers des Innern v. Brettreich eröffnet.

Geheimrat Döderlein sprach über Zweck und Ziele der Tagung, Geheimrat Professor Dr. Zahn über „Deutsche Volkswirtschaft und Bevölkerungspolitik“, Geheimrat Professor Dr. v. Gruber über „Beweggrund und Geburtenverhütung und wirtschaftlicher Ausgleich zugunsten kinderreicher Familien“. Aus den Ausführungen der ersten Redner geht hervor, daß im Jahre 1877 auf 1000 Einwohner 41 Neugeborene, im Jahre 1913 nur noch 27 fielen. Auf Grund der neueren Statistiken werden statt über zwei Millionen — entsprechend der heutigen Einwohnerzahl — nur 1 100 000 Kinder jährlich geboren, also ein Minus von etwa 900 000 Kindern jährlich. Schuld hieran seien die verschiedensten Umstände, vor allem das von vielen Bevölkerungsschichten erstrebte Zweikinder- oder Keinkindersystem. Die Zahl der Abtreibungen und der Maßnahmen zur Verhütung der Schwangerschaft sei ungeheuerlich gestiegen; erstere allein wird jährlich auf mehrere Hunderttausend geschätzt.

Die Sterblichkeit der Kinder ist außerdem eine erschreckend große geworden. Sie beträgt unter den Kindern bis Ende des ersten Lebensjahres ein Drittel, unter den Kindern bis zum Ablauf des fünfzehnten Lebensjahres die Hälfte der Gesamtsterblichkeit überhaupt. Von tausend lebengeborenen unehelichen Kindern erreichen nur 233 das Ende des ersten, nur 136 das Ende des fünfzehnten Lebensjahres; also sieben Achtel aller lebengeborenen unehelichen Kinder werden nutzlos geboren, belasten unnötigerweise den Staat und erreichen nie das erwerbsfähige Alter. Die Redner wiesen auf die dringend notwendige Hebung der gesundheitlichen und moralischen Kräfte der Kinder hin, die zu tüchtigen Staatsbürgern erzogen werden und damit die furchtbaren Lücken ausfüllen müßten, welche der Weltkrieg erzeugt hat. Weitere Vorträge halten im Laufe des heutigen Tages noch Landtagsabg. Timm über die „wirtschaftlich-kulturelle Bedeutung des Arbeiterschutzes“, Professor Dr. v. Zumbusch über die „Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, Professor Dr. Ruebin über „Alkohollismus, Vererbungskräfte und Ehelosens“, M. d. R. Professor v. Callier über „Reichstag und Bevölkerungspolitik“.

Staatshilfe für uneheliche Kinder.

Eine Kundgebung Berliner Vereine.

Vereine, Magistrate und Krankenkassenverbände veranstalteten gestern abend im Meisteraal eine Kundgebung für die Besserstellung der außerehelichen Kinder, um die Öffentlichkeit und Regierung für diese wichtige Frage der Bevölkerungspolitik zu interessieren und ihre Anteilnahme für die Beschlußfassung im Reichstag und Bundesrat zu erwecken. In der Versammlung hatten u. a. das Justizministerium, das Ministerium des Innern, das Reichsversicherungsamt und die Städte Berlin und Charlottenburg Vertreter entsandt. Nach einer kurzen Ansprache durch Dr. Helene Stöcker sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Quare über die Beschlüsse der Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik, die sich auf die Erkenntnis stützen, daß das uneheliche Kind ein Wertfaktor für die Kultur ist, dessen Stellung im Leben nicht von der Beurteilung des Verhältnisses zwischen den Eltern berührt werden darf. Es ging dann im einzelnen auf die Vorschläge der Kommission ein, die sich auf die Ausdehnung der Unterhaltspflicht bis zum 18. Jahre, auf die Berücksichtigung des Standes des Vaters und ähnliche gesetzliche Bestimmungen beziehen, und verlangte schließlich die Uebernahme der Unterhaltspflicht für alle Unehelichen durch den Staat selbst oder die großen Kommunalverbände.

Stadttrat Rosenstock, Königsberg, schilderte die freiwillige soziale Fürsorge für das außereheliche Kind. Er ging davon aus, daß die freie Fürsorge und Liebestätigkeit bereits mit der Tat den Worten des Gesetzgebers vorangegangen sei, begründete aber dann, weshalb diese freie Fürsorge nicht ausreiche, sondern von der öffentlichen Fürsorge übernommen und durch das Gesetz erzwungen werden müsse. Ueber die Rechtsstellung des außerehelichen Kindes sprach weiter Universitätsprofessor Dr. Neubeder, Berlin, und Magistratsrat Dr. Schönberner, Berlin, brachte Beispiele aus der Berliner Berufsvormundschaft. Nachdem weiter Vertreter des Bundes für Mutterschutz, der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, des Vereins „Mutter und Kind“ und andere private und öffentliche Verbände, die zum Wohle für Mutter und Kind arbeiten, kurze Ansprachen gehalten hatten, nahm die Versammlung einen Beschluß an, der Staatshilfe für das uneheliche Kind und eine erhebliche Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens für die Geltendmachung der Rechte des unehelichen Kindes fordert.

Die Kleinkinderfürsorge in Groß-Berlin.

In der gestrigen Sitzung des vom Bürgerausschuß Groß-Berlin für die öffentliche Gesundheitspflege eingesetzten Fachausschusses referierte Prof. Dr. Langstein über die Säuglings- und Kinderfürsorge in Groß-Berlin. Er forderte ein einheitliches System für Groß-Berlin, das sich zu erstrecken hätte auf die in den verschiedenen Anstalten zu erhebenden Pflegefälle, die Bedingungen für die Zulassung zu den Fürsorgeeinrichtungen, Gewährung von Stillprämien, Ausbildung in den Pflegeschulen, Formularwesen u. a. m. Er wünschte weiter die einheitliche Einführung eines Gesundheitscheines, der das einzelne Kind vom Säuglingsalter bis zum militärpflichtigen Alter begleitet. Er betonte, daß er diese Forderungen auch als Vorsitzender der „Hauptstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Groß-Berlin“ vertrete. Der Fachausschuß beschloß, diese Forderungen den einzelnen Groß-Berliner Gemeinden alsbald mitzuteilen und die Stadt Berlin zu bitten, eine Kommission der Groß-Berliner Gemeindevertreter einzuberufen. Gleichzeitig wird der Vorstand des Bürgerausschusses die Forderungen dem Ministerialdirektor Kirchner unterbreiten und diesen um seine Unterstützung der Bestrebungen bitten.

Ueber Schulhygiene referierten Prof. Dr. Grotjahn und Prof. Dr. Wolff. Auch auf diesem Gebiete bestehen große Mängel als Folge der kommunalen Zerrissenheit Groß-Berlins. Der Fachausschuß beendete sein Einverständnis mit den Darlegungen der Referenten, indem er ihre Vorschläge annahm. Der Vortrag von Prof. Dr. Blaschko über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten betonte besonders die Dringlichkeit einer einheitlichen gesundheitlichen Ueberwachung der Groß-Berliner Prostitution, da die jetzt infolge der Zerspaltung der Zuständigkeit der Polizeiverwaltungen unzulängliche Ueberwachung das öffentliche gesundheitliche Interesse gefährdet. Es wurde beschlossen, nach der in wenigen Wochen zu erwartenden gesetzlichen Regelung der Materie eine entsprechende Eingabe an die zuständigen Stellen fertigzustellen. Im Anschluß an den Vortrag des Direktors der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, Albert Kohn, über „Soziales Versicherungswesen“ wurde beschlossen, eine von dem Referenten und Prof. Grotjahn ausgearbeitete Eingabe wegen einheitlichen Durchführung der Familienversicherung im Anschluß an die während des Krieges geschaffenen Ansätze hierzu durch den Vorstand des Bürgerausschusses an das Oberversicherungsamt zu leiten. Die von Direktor Kohn vorgelegten Vorschläge wurden ebenfalls vom Fachausschuß angenommen.

Medizin und Bevölkerungspolitik.

Die Verhütung des Geburtenrückgangs.

Die Frage des Geburtenrückganges in Deutschland, die schon vor dem Kriege die maßgebenden Kreise in immer stärkerem Maße beschäftigt hat, ist durch den Krieg nur noch wichtiger geworden. Bisher nur eine geringe Rolle spielen die durch Ärzte herbeigeführten Schwangerschaftsunterbrechungen, wie Summ vor kurzem in der Berliner Medizinischen Gesellschaft hervorgehoben hat. Und doch sind sie von großer Bedeutung. Sie beeinflussen die Mentalität der Frauenwelt ungünstig, wenn diese sieht, daß ein Teil der Ärzte allzu leicht bereit ist, ihren dringenden, oft aber underechtigten Wünschen nachzugeben, ohne daß ein wichtiger Grund im Sinne der strengen medizinischen Wissenschaft zu diesem ärztlichen Eingriff vorliegt. Zum Teil ist das Verhalten der Ärzte dadurch begründet, daß strenge Regeln durch die Wissenschaft nicht gegeben werden können, daß vieles dem Ermessen des Arztes überlassen bleiben muß. Um so freudiger ist daher zu begrüßen, daß jetzt im Verlage von Georg Thieme ein Handbuch von Dr. E. Placzek herausgegeben ist, „Künstliche Fehlgeburt und künstliche Unfruchtbarkeit, ihre Indikationen, Technik und Rechtslage“. Zwölf Mitarbeiter von anerkanntem Rufe haben an diesem Werke mitgearbeitet. Sie behandeln den Gegenstand nicht nur vom Standpunkte der Medizin und der Biologie, sondern auch der Statistik, des Rechtes und des Staatsinteresses. Auch die Erfahrungen des Auslandes, besonders die der Vereinigten Staaten von Amerika, werden berücksichtigt. Ein Vorzug des Werkes ist, daß die Verfasser nicht auf einen Standpunkt eingeschwenkt sind, so daß der Leser in der Lage ist, sich selbst ein Urteil zu bilden. Es handelt sich dabei besonders um die Frage, ob aus sozialen oder eugenischen (rassenhygienischen) Gründen die Weibesfrucht getötet werden oder die Frau unfruchtbar gemacht werden darf.

Von allgemeinem Interesse ist das einleitende Kapitel von Schallmeyer über die Vererbungslehre und namentlich die Ausführungen von Martius in Rostock, der in fesselnder Weise von hoher Warte aus den Geburtenrückgang und seine Gründe bespricht. Den klinischen Teil behandelt Martius (innere Medizin), Bettmann (Haut- und Geschlechtskrankheiten), Haile (Ohrenheilkunde), Weinberg (Statistik), Strohmeyer (Irrerheilkunde), Placzek (Nervenkrankheiten), Adam (Augenheilkunde) und Henkel (Frauenleiden). Krohne von der Medizinabteilung des Ministeriums des Innern bespricht das Interesse des Staates an diesen Fragen, v. Bilienthal die Rechtslage und Geza v. Hoffmann die Erfahrungen in Amerika. Gerade zur rechten Zeit ist dieses Buch erschienen, in der der Reichstag sich auf Grund eines Beschlusses des Bundesrats mit dieser Frage beschäftigen wird. Die Abgeordneten werden über diesen Gegenstand aus dem Werke viel Belehrung schöpfen können, ehe sie die Gesetzgebungsmaschinerie in Gang setzen.

Li.

9. VII. 1918

Eine sozialhygienische Abteilung im Ministerium des Innern. Wie wir erfahren, wurde soeben im Ministerium des Innern zur Durchführung der dringlichen sozialhygienischen Maßnahmen eine eigene Abteilung für Sozialhygiene errichtet, die von Ministerialrat Professor Dr. P a u p geleitet wird und im Gebäude des Volksgesundheitsministeriums (Gladgasse 1) untergebracht ist. Die neue Abteilung hat schon jetzt einen großen Teil der Agenden des Gesundheitsministeriums aufgenommen, dessen Errichtung angesichts des in der Mitte dieses Monats zu erwartenden Abchlusses der bezüglichen parlamentarischen Verhandlungen unmittelbar bevorsteht. Namentlich die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten sowie die gesundheitliche Jugendfürsorge und die Kriegsgeschädigtenfürsorge gehören zu den wichtigen Obliegenheiten der neuen sozialhygienischen Abteilung.

(Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.) In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte erstattete Oberstadtphysikus Dr. Böhm folgenden Bericht über die Gesundheitsverhältnisse Wiens: Der Krankenstand ist infolge der kühlen und abnorm regnerischen Witterung des Juni nicht in dem Maße vermindert gewesen, wie es sonst beim Uebergang vom Frühjahr zum Sommer der Fall war. In die armenärztliche Behandlung sind 3935 Fälle gegen 10,213 im Vormonat und 9821 im Juni des Vorjahres zugezählt. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2117 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1907, auf Lungentuberkulose und Strophulose 907 Fälle. Die Infektionskrankheiten weisen andauernd einen sehr günstigen Stand auf, nur die Dysenterie hat sowohl beim Zivil als auch beim Militär einen starken Zuwachs erfahren. Aus der Zivilbevölkerung liefen 652 Anzeigen ein, hiedon entfielen 220 auf Scharlach, 159 auf Diphtherie, 51 auf Bauchtyphus, 120 auf Ruhr und 78 auf Varizellen. Ueber In-

fectionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 141 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war mit Rücksicht auf die Jahreszeit verhältnismäßig hoch, trotzdem die Tuberkulosen sowohl gegen den Vormonat als auch gegen das Vorjahr stark zurückgegangen sind. Insgesamt starben 3072 Zivil- und 546 Militärpersonen, zusammen 3618 Personen gegen 3803 im Vormonat und 3888 im Juni des Vorjahres. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose und Strophulose mit 770 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 53-57 Prozent, das weibliche mit 46-43 Prozent beteiligt. Im Berichtsmonat wurden 22 gerichtliche und 88 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 3639 Transporte, darunter 535 Beichentransporte durchgeführt.

• **Öffentliche Heiratsämter.** Vor kurzem ist in der Provinz Sachsen ein öffentliches Heiratsamt errichtet worden, das sich allerdings darauf beschränkt, den Kriegswitwen, die zur Weiterführung des Geschäftes ihres gefallenen Mannes eine Wiederverehelichung wünschen, und Kriegbeschädigten eine Heirat zu vermitteln. Es nimmt zu diesem Zwecke Anmeldungen von beiden Seiten entgegen und bringt Personen, die sich als gegenseitig passend erachten, in persönliche Beziehungen. Nach einem Vorschlag in der „Deutschen Gemeinde-Zeitung“ wäre die Errichtung allgemeiner Heiratsämter ins Auge zu fassen.

31. VIII. 1918

(Die Gesundheitsverhältnisse in Wien.) In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte legte Stadtphysikus Dr. Jahn den Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate Juli vor. Der Krankenstand war trotz des Auftretens zahlreicher Influenzafälle gegen Mitte des Berichtsmonates keineswegs hoch und im Vergleiche zum Vorjahre sogar wesentlich niedriger, da die Erkrankungen der Verdauungsorgane nicht so stark verbreitet waren, wie im heißen Juli 1917. In die armenärztliche Behandlung sind 9017 Fälle gegen 9935 im Vormonat und 10.308 im Juli des Vorjahres angewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 1785 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 2099, auf Lungenuberkulose und Strophulose 761 Fälle. Die Infektionskrankheiten zeigten mit Ausnahme der Ruhr eine nur geringe Ausbreitung. Aus der Zivilbevölkerung liefen 690 Anzeigen ein, hievon entfielen auf Scharlach 156, auf Diphtherie 136, auf Abdominal-Typhus 60, 244 auf Ruhr, 2 auf Blattern, 47 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 171 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war nur um ein Geringes höher als im Vormonat, aber niedriger als im Juli des Vorjahres. Insgesamt starben 3189 Zivil- und 681 Militärpersonen, zusammen 3870 Personen gegen 3618 im Vormonat und 3675 im Juli des Vorjahres. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose und Strophulose mit 751 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 55,32 Prozent, das weibliche mit 44,68 Prozent beteiligt. Im Berichtsmonate wurden 83 gerichtliche und 108 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 8806 Transporte, darunter 589 Leichen Transporte durchgeführt.

Der 1. I. Heiratsvermittler.

Das Ende der privaten Heiratsvermittlung. — Ein Gesundheitszeugnis als Heiratsbedingung. — Der Plan eines Wiener Univeritätsprofessors. Die Errichtung staatlicher Heiratsvermittlungsinstitutionen.

In wissenschaftlichen Kreisen tritt man jetzt einem sehr ersten Problem näher. Es handelt sich darum, die vielen unbestrittenen Mängel, die der bisherigen Eheschließung den Charakter eines oft sehr böse endenden Zufallsspiels verleihen haben, durch eine Reform in Zukunft wenigstens teilweise zu beseitigen. Dies soll durch eine staatliche Stelle geschehen, die auf Grund von Gesundheitszeugnissen die ehevermittelnde Aufgabe zu übernehmen hätte.

In einer Dankschrift, die der Wiener Physiolog Univeritätsprofessor Dr. Robert Stigler verfaßt hat, behandelt er die wichtige Frage. Man erfährt hierbei, daß bereits darüber intime ärztliche Beratungen abgehalten wurden, die bedeutungsvolle Ergebnisse hatten. Professor Stigler teilt darüber mit:

„Seit zweieinhalb Jahren datieren schon die Bemühungen um die Gründung einer staatlichen Heiratsvermittlung. Zur Ausführung aber kam diese noch nicht, und zwar hinderte das Haupthindernis die Meinung, daß die Ehe bloß eine Privatangelegenheit des einzelnen darstelle, obwohl ihr doch eine grundlegende sozialhygienische Bedeutung für Volk und Staat innewohnt. Deutschland besitzt bereits Heiratsvermittlungsdämmerung für Kriegsstrümpfer, auch im ungarischen Parlament ist schon ein Antrag auf Errichtung einer staatlichen Heiratsvermittlung eingebracht. Nur hier begegnet die Sache noch abgeschmackten Wiken. Trotzdem haben bereits auch hier ärztliche Beratungen stattgefunden, die folgende Vorschläge ergaben:

1. Sollen nur gesunde Leute heiraten, die Gesundheitszeugnisse beibringen;
2. Begünstigung des Kinderzuges durch Erleichterungen, Kinderbeihilfen, Auszeichnungen und Vorkosten für Kinderreicher Frauen;
3. Förderung des Kinderzuges körperlich, geistig und moralisch tüchtiger Eltern;
4. Förderung frühzeitiger Ehen, um der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten zu fluchen. Es handelt sich also um die Herbeiführung von Verhältnissen, die es gestattet, daß viele möglichst gesunde und tüchtige Menschen möglichst frühzeitig heiraten können.

Für die Gesundheit möglichst reicher Auswahl unter den Eheandidaten müßte natürlich geordert werden. In Kriegszeit gab es da allerdings Mittelchen, welche zur Eattenwahl dienen sollten. Aber diese Mittelchen, wie „Jours“, Feste und so weiter standen den Töchtern des Mittelstandes nur in sehr beschränktem Maße zur Verfügung, teils weil die Eltern zu dem Lande und in kleinen Orten ansässig waren, teils weil diese „Mittelständ.“ nicht über hinreichende — Mittel verfügten, um ihre Töchter auf Feste und Reisen zu senden, um so mehr, als die sehr oft Haus und Wirtschaft zu führen, vielleicht frange Eltern zu pflegen hatten, daher auch gar keine Zeit zu Vergnügungen und Reisen besaßen. Und doch wären gerade solche Mädchen ganz besonders für die Ehe geeignet, jedenfalls viel mehr als Lededamen, die man in allen Salons und bekannten Kurorten immer wieder finden kann.

So begünstigt unsere Gesellschaftsordnung heute noch entschieden die Eattenwahl der Minderwertigen und erschwert die der Tüchtigeren, Fleißigeren und Ernstzunehmenden. Mit der Verteuerung der Lebensführung wird die Eattenwahl überhaupt immer erschwerter, während die meisten Leute vor den berückichtigten gewerbmäßigen Heiratsvermittlungen und ihren Auskunftsmittein zurückgehen. Die Gesellschaftslüge zwingt das Mädchen, darüber „erhaben“ zu sein, sich einen Mann suchen zu müssen, ja sie macht es geradezu zur — „Sünde“, wenn ein Mädchen heiraten will. Fast jedes gesunde Mädchen will aber heiraten, jede Mutter möchte die Tochter unter die Haube bringen, aber — niemand da es wissen...

Zur der amtlichen zukünftigen Heiratsvermittlung würden alle diese Bedenken wegfallen. In den „Heiratsvermittlungsinstitutionen“ würden Listen der ehejüngenden Mädchen aufliegen, die enthalten würden: Nummerierte Lichtbilder, während die Namen so lange als dies verlangt wird, geheim blieben; die wichtigsten Personalnoten, wie zum Beispiel Alter, Herkunft, Bildungsgrad, Beruf, Stand der Familienangehörigen und Vermögensverhältnisse; möglichst genaue Angabe der Ansprüche bezüglich Charakter und Gesinnung des Gatten; endlich ein ärztliches Zeugnis, das aber nicht obligatorisch sein müßte. Der ehejüngende Mann trägt sich gleichfalls unter Ansprüchen der Personalnoten, eines Lichtbildes und seiner Ansprüche in die Liste ein. Sache des Amtsleiters wäre es dann, eine Bekanntschaft zunächst mit der Vorweisung der gegenseitigen Lichtbilder einzuleiten. Ein Zusammentreffen wäre nur dann zu vermitteln, wenn es auf beiden Seiten erwünscht ist. In keinem Falle würde dieser diskrete Vorgang, selbst wenn er zur Ablehnung führt, mit dem bitteren Risiko für das verschmähte Mädchen verbunden sein, wie sonst im täglichen Leben unter den alten Verhältnissen. Eine Verantwortung für richtige Angaben kann die Amtsstelle nicht übernehmen. Wer aber falsche Angaben macht, könnte aus allen Heiratsvermittlungsinstitutionen ausgeschlossen und sein Name warnend bekanntgegeben werden. Mehrere Herren von Bildung und Takt hätten die Heiratsvermittlungsinstitutionen zu leiten, die vor allem in großen Städten, aber auch in kleineren Orten zu errichten wären.“

Professor Dr. Stigler hebt hervor, es handle sich nur um ein Beispiel des Entwurfes einer Organisation, das natürlich nach Bedarf geändert werden könnte. Wenn aber jemals, so sei ein solches Unternehmen jetzt zeitgemäß und volksgesundheitlich wichtig. Denn die nach dem Kriege heimkehrenden jungen, ledigen, aber ernster gewordenen Männer werden wohl ein geordnetes Leben und ein eigenes Heim verlangen. Zum Schluß führt Professor Stigler ein Wort des Berliner Konsuls G. v. Hoffmann über die rassenhygienische Verbesserung der Eheschließung an: „Was ihre baldige Umsetzung in die Tat betrifft, so hängt alles davon ab, wann zielbewusste, schöpfungsfreudige Tatmenschen über müde Zweifler die Oberhand gewinnen. Tatsächlich wäre es, wie Professor Stigler fordert, Sache des neuen Gesundheitsministeriums, der Gründung einer staatlichen Heiratsvermittlung näherzutreten.“

Der Verein „Volkshberatung“, der zu Beginn dieses Jahres in Wien gegründet wurde, wird im Herbst eine öffentliche Aussprache über die Einführung einer staatlichen Heiratsvermittlung abhalten. Man mag nun dem Gedanken der staatlichen Heiratsvermittlung mit mehr oder minder Vorbehalt gegenüberstehen. Immerhin wird man aber der Meinung Professor Stiglers, daß eine so ernste Sache nicht mit abgeschmackten Scherzen erledigt werden kann, entschieden beipflichten müssen.

22./XII. 1918

[Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.]
In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstalts-
ärzte wurde vom Oberstadtphysikus Dr. Böhm der Bericht
über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monat
September erstattet. Auf die entzündlichen Krankheiten der
Atemungsorgane entfielen 3293 Fälle, auf die entzündlichen
Krankheiten der Verdauungsorgane 1880, auf Lungentuber-
kulose und Strophulose 884 Fälle. Ueber Infektionskrankheiten
liefen aus der Zivilbevölkerung 1046 Anzeigen ein, hievon
entfielen 154 auf Scharlach, 152 auf Diphtherie, 83 auf Bauch-
typhus, 601 auf Ruhr, 2 auf Blattern und 17 auf Varizellen.
Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 195
Anzeigen erstattet. Insgesamt starben 3246 Zivil- und 480
Militärpersonen, zusammen 3726 Personen gegen 3329 im
Vormonat und 3443 im September des Vorjahres. Die
größte Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und
Strophulose mit 582 Fällen. An der Sterblichkeit war das
männliche Geschlecht mit 52.15 Prozent, das weibliche mit
47.85 Prozent beteiligt.

Gesundheitschutz und Volkswirtschaft.

Im Ministerium des Innern trat unter Vorsitz des Ministerialdirektors Prof. Dr. Kirchner eine aus Sanitätsbeamten, Hygienikern und Vergleichen bestehende Kommission zusammen, die bereits vor einigen Tagen zu wichtigen Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege Erklärung genommen hatte. Auf der Tagesordnung standen zwei wichtige Fragen: Ausbau der Seuchenbekämpfung mit besonderer Berücksichtigung der Tuberkulose und Ausbau der Verwaltung auf dem Gebiete des Gesundheitswesens.

Ueber das erste Thema berichtete Ministerialdirektor Kirchner. Um die Sterblichkeit wirksam herabzusetzen, ist nach seiner Ansicht vor allem die Herabsetzung der Sterblichkeit an übertragbaren Krankheiten anzustreben. Die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen genügen nicht; weitere Maßnahmen sind erforderlich und müssen unter allen Umständen auf die Natur der Krankheitskeime Bedacht nehmen. Dazu ist eingehendes Studium über Art und Verbreitungsweise der Krankheitserreger notwendig, so z. B. bei Fleck- und Mückstichfieber, bei der Malaria, beim Ausjaß und ganz besonders bei der Tuberkulose. Diese hat unter dem unbedenklichen Einfluß des Krieges in Stadt und Land um 50 Prozent zugenommen. Kirchner fordert über die bisherigen Maßnahmen hinaus mehr Fürsorge für den Mittelstand und für die vorgezeichneten Krankheitsfälle, Anzeigepflicht für alle Fälle, Desinfektion während der ganzen Krankheitsdauer. Die beiden letzten Forderungen wünscht Kirchner durch einen Noterlaß der jetzigen Regierung festgelegt zu sehen; es ist anzunehmen, daß diese Notverordnung demnächst verhängt werden wird. Der Nationalversammlung soll ein sorgfältig ausgearbeitetes Tuberkulosegesetz vorgelegt werden. Auch der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten muß noch um vieles energischer geführt werden; selber ist das so lebhaft bekämpfte Gesetz zur Bekämpfung dieser durch den Krieg noch stärker verbreiteten Krankheiten noch nicht verabschiedet worden.

An den Bericht schloß sich eine lebhafte Aussprache, an der sich die Generalärzte Schäfer und Uthemann, die Geheimräte Goldscheider, v. Gonsmann, Mugdan, Samel und v. Wassermann, Prof. Brudl, Stadtrat Kohnau, Dr. Jabol u. a. beteiligten.

An zweiter Stelle berichtete Geheimrat Dietrich über Reformen in der Medizinalverwaltung. Er fordert u. a. stärkere Heranziehung des Laienelements zu den Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege, bessere Befoldung der Medizinalbeamten, Vermehrung der Untersuchungsanstalten und nicht zuletzt die Einrichtung eines eigenen Landesgesundheitsrates und -amtes. In der Debatte empfahl Geheimrat Mugdan energisch die Schaffung eines Reichsministeriums für das Medizinalwesen. Prof. B.

Schafft Mutterräte!

Donnerstag fand in den Reichshallen eine ganz eigenartige Versammlung statt. 500 Mütter, darunter viele mit den Säuglingen auf dem Arm waren erschienen; sie waren einer Einladung des Dozenten Primarius Dr. Moll gefolgt, der ihnen in großen Umrissen den Plan einer ganz neuen Organisation, der Mutterräte auseinandersetzte. Einer unserer Mitarbeiter erhielt vom Dozenten Dr. Moll nähere Aufschlüsse über die Gesichtspunkte und Ziele dieses neuen Planes, der nicht warm genug begrüßt werden kann. Dr. Moll behandelt seinen Plan folgendermaßen: Alle bisherigen Jugendfürsorgewerke waren mehr oder weniger auf Wohltätigkeit aufgebaut; im allgemeinen aber kann man sagen, daß die Wohltätigkeit auf diesem Gebiete vielfach überschätzt wird. Da hört und liest man, wie viel gesammelt und geleistet wurde und auf der anderen Seite ist der tatsächliche Erfolg — ein Nichts, ein Tropfen auf einem heißen Stein. Schließlich muß sich einem doch die Frage aufdrängen, warum es trotz der gelegentlichen Millionenpenden noch immer so viel Kinderelend gibt. Und ein für allemal muß festgestellt werden: die private Wohltätigkeit darf den Staat keinesfalls seiner Pflicht entheben! Die gedankenlose Öffentlichkeit geht über die Tatsache hinweg, daß, während 100 Kinder in irgendeinem Heim ausgespeist werden, Millionen andere Kinder hungrig draußen geblieben sind. Die Regierungen haben sich immer hinter diese unzulängliche Wohltätigkeit gesteckt; und das war bequem und billig. Heute aber, in dieser Zeit allgemeiner Wandlung und erhöhten sozialpolitischen Empfindens, muß auch hier von Grund auf eine Änderung platzgreifen; durch Selbsthilfe. Nur so kann der Frau das erste und letzte Recht gewährt werden, das Recht und Mutterglück.

Der Plan geht nun dahin, daß in allen Bezirken Wiens und Deutschösterreichs die Frauen sich zu Mutterräten vereinigen; etwa nach dem Muster der Arbeiter- und Soldatenräte. Sie haben in freiwilliger Arbeit das Wohl des Kindes und das der Mutter zu schützen. Auch die Arbeit der Mutter bedarf endlich einer organisatorischen Grundlage. Die Mutter, die so viel leistet, bekommt für die Aufzucht und Erziehung der Kinder nichts vom Staate! So soll sie wenigstens in ihrer Mutterarbeit geschützt sein. Der Gedanke einer Mutterschaftsversicherung ist nicht neu, aber sie konnte nie so recht ins Volk dringen und hat sich bisher nur in kleinen privaten Vereinigungen erhalten. Heute oder nie ist die Zeit gekommen, wo der Reiche für das Kind des Armen sorgen muß. Auch dort, wo die Entwicklung des Kindes gefährdet ist, muß eingegriffen werden. Der Mutterrat muß der Behörde, die diese Aufgabe zu erfüllen hat — und wir sehen leider täglich, daß sie dieser Aufgabe nicht nachkommt — an die Hand geben. Der Mutterrat muß zunächst erforschen, wo die Not ist und muß helfen, z. B. dort, wo die Mutter verhindert ist, ihren Mutterpflichten nachzukommen. Er muß den Frauen in allen jenen Fällen beistehen, daß sich die Mutter von ihren Kindern trennt. Man denke an die Folgen von Ehescheidungen, an das im „Abend“ gebührend gekennzeichnete Posthinderwesen, an die Kindertragödien, die daraus erwachsen. Der Mutterrat hat auch die Aufgabe eine allgemeine Schulung der Frauen für den Mutterberuf anzubahnen und ferner das wichtige Ziel, daß die Familie so weit nur möglich erhalten bleibt. Wie oft ist es ganz

unzweckmäßig, auch vom Geldstandpunkte, Kinder in „Heime“ unterzubringen, fern vom Mutterherzen, das doch am besten sorgt. (Nach Entfall des Unterhaltsbeitrages wird es da noch schlimmer werden!) Vernachlässigung des Kindes, sei es durch den Vater oder Mutter werden aber vor ein Muttergericht kommen müssen, das nicht nur rechtend und richtend, sondern schlichtend eingreift. Wird dies einem von der „Majestät des Volkes“ gestülhten derartigen Gericht nicht leichter möglich sein, als einem mit Paragraphen ausgerüsteten Beamten?

Zu all dem aber braucht man Geld; da tun es nicht die Bettelkreuzer der Wohltätigkeitsvereine. Zu diesem Zweck müßte nun eine allgemeine Kinderversicherung von der Geburt des Kindes an bis zu seinem 14. Lebensjahre eingeführt werden. Das reiche Kind muß hoch versichert werden, arme Eltern werden sich mit Wenigen oder gar nichts beteiligen **und aus den Zinsen, welche die Allgemeinheit schuf, müssen alle die erwähnten Aufgaben bestritten werden.** Wie wichtig ist dies namentlich für die Mittelsstandskinder, die aus falschem „Standesbewußtsein“ die Wohltätigkeit bisher nicht beanspruchen und nicht einmal die ärglichen Brosamen der Mindestbemittelten erhielten. Die Zinsen also den Fürsorgediensten, das Kapital am Ende des 14. Lebensjahres zur Verfügung des versicherten Kindes. Einmal wird der Staat ja doch die allgemeine Kindersteuer und zwangswise Kinderversicherung gebieten, — aber bis dahin muß etwas geschehen. Denn, wahrlich, wir haben keine Zeit. Wer von den Wohlhabenden, wer von den im Kriege reichgewordenen würde sich weigern, heute auf diese Art wenigstens den Kindern der entrechteten Armen die Schuldzinsen abzutragen? Soweit Dr. Moll. Wir können nur zur Ausführung dieses Gedankens mit **allem Nachdruck raten und der Erfolg wird und kann**

nicht ausbleiben! Aber Einzelheiten wird noch zu beraten, falsches Urteil zu zerstreuen sein. Eines ist freilich notwendig: daß nicht auch das Kind zum Politikum werde, daß die Bildung der Mutterräte politisch in keiner Weise gefährdet oder beeinflusst werde. Nun aber wird es Sache der Mütter sein, sich diesen schönen Gedanken zu eigen zu machen und ebensowenig in jedem Bezirk einen Mutterrat zu bilden. Es gilt den Nachwuchs, die Zukunft des Volkes und nicht zuletzt das Elternglück der heutigen Generation. Gibt es etwas Wichtigeres? Man säume nicht und gebe auch nicht zu, daß die politischen Parteien diesen schönen Gedanken verballhornen. Die Mütter selbst müssen ihre und ihrer Kinder Sache betreiben.

7./XII. 1918

121

Mütterräte.

Eine bedeutsame Aktion.

Ein festes, vielleicht noch nie dagewesenes Versammlungsbild bot gestern der Reichshallenkael in der Dorotheergasse. Versammlungsteilnehmer waren Mütter mit ihren Kindern, Schutzbefohlene der Kriegspatenschaft, die anlässlich einer Lebensmittelabgabe für die Kleinen sich zu einer Beratung versammelten. Mitten im Lärm der Kleinen betrat ein Redner das Podium, der all den Frauen da durchaus nicht unbekannt ist, der von ihnen verehrt und als ihr guter Geist angesehen wird: der Anreger der Kriegspatenschaft, Oberarzt Primarius Dr. Leopold Moll, der auch Direktor der musikerhalt geleiteten Reichsanstalt für Säuglingsfürsorge in Rößleinsdorf ist. Dr. Moll hielt in der Versammlung ein Referat, das bedeutsamste Vorschläge für eine Aktion enthält, die nun zur Durchführung gelangt und deren Gelingen einen gewaltigen Schritt vorwärts in der allgemeinen sozialen Fürsorge bedeutet. Denn sie beinhaltet nicht weniger als die Rettung des Nachwuchses, den Schutz der Mütter und die Wertung der Mütterarbeit.

Die Kriegspatenschaft hat, wie Dr. Moll ausführte, in den vier Jahren ihrer Tätigkeit 80.000 Mütter mit ihren Säuglingen in den ärztlichen Beratungsstellen aufgenommen. Die Säuglinge gedeihen prächtig, deshalb, weil bis zu 90 Prozent der Mütter dazu angehalten wurden, ihre Kinder zu stillen. Die Sterblichkeit der Kinder wurde auf ein Minimum herabgedrückt, und die ganze Institution erbrachte mit ihrem Wirken den Beweis, daß es möglich ist, die Mütter für ihre Aufgabe als Ernährerinnen und Erzieherinnen ihrer Kinder zu erziehen. Die Kriegspatenschaft steht nun vor ihrem Ende, denn die reichlichen Spenden, die für ihre Erhaltung von seiten der Bevölkerung erflossen, haben aufgehört. Wie die Kriegspatenschaft, schwebt das gesamte im Kriege aufgebaute Jugendfürsorgewerk in Gefahr, denn infolge der hohen Steuern und der Vermögensabgabe wird sich die Lust an freiwilligem Geben wohl vermindern. Die Kinderkatastrophe, die gleichzeitig eine Mütterkatastrophe wäre, steht bevor. Sie zu verhindern, ist Zweck der Aktion, die Dr. Moll in der Mütterversammlung in Vorschlag gebracht hat.

Dieser Vorschlag geht dahin, in Einkunft das Fürsorgewerk nach dem Grundsatz reiner Selbsthilfe aufzubauen. Seiner Verwirklichung ist die Schaffung von Mütterräten. Die Leistungen der Mutter als Hausfrau, als Erzieherin der Kinder, müssen als Arbeit gewertet werden. Sie wurden bisher von der Gesellschaft weder gebührend geschätzt, noch geschützt. Der Schutz der Arbeit der Mutter obliegt in erster Linie den Mütterräten. In den einzelnen Bezirken und Gemeinden sollen sich Mütterräte organisieren. Die aus ihrer Mitte Vollzugsausschüsse wählen. Der Vollzugsausschuss wird den Exekutivorganen der bestehenden Fürsorgestellen an die Seite gestellt. Alle Fragen des Kinderschutzes, Unterstützung der Schwangeren, der Säuglinge, Kleinkinder, schwachsinnigen und verwahrlosten Kinder usw., werden Sache des Mütterrates sein. Die Mittel für die große Aktion der Mütterräte sollen durch eine freiwillige Kinderversicherung aufgebracht werden. Die Risiken der Versicherungskapitalien der Kinder wohlhabender Eltern sollen zum Teil einem Fonds einer allgemeinen

Kinderversicherung ausgeführt werden, während eine eigene Kinderversicherung der armen Mütter mit ganz geringen Monatsbeiträgen geschaffen werden soll, die den Kindern nach dem erreichten vierzehnten Lebensjahre eine gewisse Summe sichert. Die Idee der Selbsthilfe und der Kinder- und Mütterversicherung ist nicht neu und schon in Deutschland sowie bei uns durch eine „Stilkasse“ verwirklicht worden. Die großzügige Art, wie sie jedoch jetzt durchgeführt werden soll, ist an sich neu, und nur sie ver bürgt den entsprechenden Erfolg.

Die Mütterräte werden neue Mutterberatungsstellen schaffen und die Aufrufe für die Versicherungsaktion erlassen. Die Mütterräte werden aber auch einen Muttergerichts- Hof bilden, der die Väter, für ihre Familien nicht sorgen wollen, zu ihrer Pflicht verhalten und Zwistigkeiten zwischen Eheleuten, die Kinder haben, schlichten wird. Es soll nicht mehr nötig sein, in dergleichen Fällen die Staatsgerichte anzurufen. Nach der Errichtung der Mutterschafts- und Kinderversicherungskassen soll sodann die Einführung einer allgemeinen Kindersteuer angestrebt werden.

Die Schaffung der Mütterräte, die in der Versammlung lebhaftest Zustimmung fand, bedeutet zweifellos das Ergebnis einer der wichtigsten Aktionen dieser Zeit, denn sie bezweckt den Schutz des Nachwuchses. Dr. Moll, der unentwegte Kämpfer auf dem Gebiet des Kinderschutzes und der sozialen Fürsorge, hat sich als Initiator der Aktion zweifellos ein großes Verdienst erworben. Die Konstituierung der Mütterräte wird bereits dieser Tage beginnen. Anmeldungen sind schon jetzt an das Bureau des Mütterrates, 1. Bezirk, Dorotheergasse Nr. 8, zu richten.

Das Ehegesetz.

Ein Wort für die Wiederverhehlung der
katholisch Geschiedenen.

Von Sophie v. Ahnenberg.

Wien, 7. Dezember.

Schon vor Jahren, als noch tiefer Friede die Welt umjing, erklang von Zeit zu Zeit in Oesterreich ein Schrei erbitterter Unzufriedenheit, der flehend und ungestüm die Abänderung des bestehenden Ehegesetzes forderte. Nicht mit Unrecht. Denn dieses, in seiner Kurzsichtigkeit so grausame Gesetz, verbietet allen katholisch Geschiedenen die Wiederverheirathung und verdammt sie dadurch zu glückloser Einsamkeit oder zwingt sie geradezu, das ersehnte Glück außerhalb der gesetzlichen Ehe zu suchen. Und dieser Fluch, den eine veraltete Gesetzgebung geschaffen hat, trifft nicht etwa einzelne Unglückliche, sondern einen großen Prozentsatz

der Bevölkerung, denn es ward nachgewiesen, daß es in Oesterreich über 200.000 katholisch Geschiedene gibt.

Längst wurde in allen Reichen Europas die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt und die obligatorische Zivilehe geschaffen, die ja eine weisevolle Sentenz der Kirche durchaus nicht ausschließt, wenn sie von den sich Vermählenden gewünscht wird, was ja fast immer der Fall sein dürfte. In Frankreich, in Italien, ja selbst in dem überfrommen Spanien können katholisch Geschiedene ruhigen Herzens eine neue Ehe schließen, nur in Oesterreich, diesem an Schönheit und Talent so reichen, an modern erfassendem Geiste und festen Entschliessungen immer etwas schwerfällig nachhumpelnden Staate, ist jenen, welche aus irgendeinem Grunde in ihrer ersten Ehe unglücklich waren und sich in eine zweite, bessere hinüberretten wollen, ein eiserner Niegel vorgeschoben.

Ungarn, das uns durch Jahrhunderte nachbarlich verbrüderet war, ist uns in alledem längst voraus, und so kommt es auch, daß viele jener Unglücklichen, welche in Oesterreich nicht mehr heiraten dürfen, die ungarische Staatsbürgerschaft zu erlangen trachten, um in Ungarn eine neue Ehe schließen zu können. Aber nur relativ wenigen ist diese Rettung gegönnt, denn sie kostet viel Geld und Mühe und der weitaus größere Teil katholisch Geschiedener besteht aus einfachen, armen Leuten, denen alle Mittel fehlen, sich mit einem Advokaten in Verbindung zu setzen und durch ihn den recht beschwerlichen und langen Weg bis zum ungarischen Standesamt zurückzulegen.

Auch der neue czecho-slowakische Staat hat in richtiger Erkenntnis von der Wichtigkeit befriedigender sozialer Zustände (und dazu gehört wohl in erster Linie die Möglichkeit der Gründung glücklicher Familien!) die Wiederverheirathung katholisch Geschiedener gesetzlich gestattet — so wäre es hoch an der Zeit, daß auch Deutschösterreich sein erlösendes Machtwort spräche in dieser so viele seines Volkes innig berührenden Angelegenheit!

Der Klerus von Oesterreich, der sich bislang immer so kräftig dagegen gewehrt hat, ist weiser und einsichtsvoller geworden in dieser schweren Zeit — so einsichtsvoll, daß da und dort sogar die Verhehlung der Priester (wie sie ja einstmals und nicht zum Schaden der Welt bestanden hat) in Erwägung gezogen ward; denn manch ein Träger der Tonsur, der nun den Ernst des ringenden Lebens kennen gelernt, scheut sich, das still hinschleichende Dasein hinter Mauern wieder aufzunehmen, und die männerarme Welt brauchte Ersatz. So ist zu hoffen, daß der Klerus von heute auch erkannt haben wird, daß es weitaus moralischer ist, den katholisch Geschiedenen den Eintritt in eine neue, gesetzliche Ehe zu gestatten, anstatt sie verweisend einem freizügigen Glück zuzuführen, aus welchem Kinder entspringen, die nicht ihres Vaters Namen tragen dürfen.

Sollte aber Oesterreichs Klerus wider Erwarten dennoch auf seiner bisherigen irrigen Meinung beharren wollen, dann müßte man eben über ihn hinweg zu Gerechtigkeit und Freiheit schreiten und jetzt, wo alles am Werke ist, das Morische durch Frischgrünendes zu verdrängen, auch diesen veralteten Paragraphen über Bord werfen und den katholisch Geschiedenen in Deutschösterreich ihr heiliges Menschenrecht gönnen!

„Verstaatlichung der Ehe“.

Die liberalen Nationalräte Dr. Dfner, Hoch, Kuranda und Neumann-Walter haben, mit Unterstützung von 21 sozialdemokratischen Nationalräten, in der provisorischen Nationalversammlung einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Verstaatlichung der Ehe und damit zugleich die Übertragung der Führung der Geburts-, Ehe- und Sterberegister von den Pfarrämtern auf die politischen Behörden bezweckt. Wie der bereits kürzlich erwähnte Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten Sever und Genossen, beginnt der Gesetzentwurf mit der Aufhebung wesentlicher Bestimmungen des bisher geltenden *Eherechts*, also der §§ 63, 64, 111, 116, 123 bis 136 des allg. bürgerl. *Gesetzb.* sowie der *Hofdekrete* vom 26. August 1814 und vom 17. Juli 1835, und bestimmt daß für die Trennbarkeit der Ehe allgemein ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses die Bestimmungen des § 115 *ABGB.* zu gelten haben sollen. Der § 8 des Entwurfes läßt es „den Eheleuten, welche ihre Ehe vor der weltlichen Behörde abgeschlossen haben, unbenommen, nachträglich auch die kirchliche Einsegnung von einem der Seelsorger jener Konfession, welcher ein Teil der Eheleute angehört, zu erwirken.“ Im übrigen verlegt sich der Entwurf im allgemeinen darauf, einfach alle bisher von den Seelsorgern, bzw. Pfarrämtern geleisteten Amtshandlungen (Aufgebot, Abgabe der Eheerklärungen, Führung der Ehe-, Geburts- und Sterberegister) den politischen Behörden zuzuweisen. Der § 3 bestimmt, daß „das Aufgebot von der politischen Behörde durch öffentlichen Anschlag sowohl an der eigenen Rundmachungstafel als auch im Requisitionsweg bei dem Gemeindeamte des Wohnortes eines jeden der Brautleute vorzunehmen ist.“ So viel ist ersichtlich, daß das Heiraten künftig den Eheleuten, wenn der Entwurf Gesetz würde, nicht wenige Lausereien zu den politischen Behörden (Bezirkshauptmannschaften bzw. in Orten mit eigenem Statut Gemeindebehörden) verursachen wird, was insbesondere am Lande wegen der weiten Wege und wegen des langwierigen Verfahrens, das dort vielfach von den Ämtern im Verkehre mit der Bevölkerung in Übung ist, ein fragliches Vergnügen werden dürfte.

Die Antragsteller begründen schließlich ihren Entwurf, der dem Gesetz über die Ehen und Matrizen der Konfessionslosen entnommen ist, mit folgenden Sätzen:

Die Idee des modernen Staates verlangt die Verstaatlichung des *Institutes* der Ehe unter Abschaffung aller konfessionellen Verschiedenheiten. Die Ehe ist vom Staat nur als soziales Institut zu behandeln. Die Anforderungen der allgemeinen Sittlichkeit sind von allen zu bewahren; konfessionelle Anforderungen dagegen unterliegen nur einer konfessionellen, keiner staatlichen Sanktion. Die Idee des modernen Staates verlangt ferner staatliche Behörden zur Führung der Matrizen. Auch von kirchlicher Seite wurde wiederholt, lehn wieder bei Begründung des Antrages auf erhöhte Kongruenz, hervorgehoben, daß der Staat den Pfarrämtern, welche die Matrizen führen, staatliche Obliegenheiten zugewiesen hat. Der Vorwurf ist gerechtfertigt und nur durch Übernahme des Matrizenwesens vom Staate zu erledigen.

„Moderner Staat“, „allgemeine Sittlichkeit“ — die Begriffe sind schwankend. Von theologischer Seite wurde kürzlich in der „*R. B.*“ bezüglich der grundsätzlichen Stellungnahme der Kirche zum konfessionslosen Staat, bzw. zur Frage der Trennung der Kirche vom Staat festgestellt, daß die Kirche grundsätzlich diese Trennung vermißt. So sagte Leo XIII. in der *Enzyklika Immortale Dei* vom 1. November 1885 ausdrücklich:

„Die Staaten können sich nicht ohne schwere Schuld so verhalten, als ob Gott nicht existiere oder die Sorge für die Religion als etwas, das sie nicht angehe, von sich weisen. Was die Kirche angeht, die Gott selbst gegründet hat, so ist es ein großer und verderblicher Irrtum, sie vom öffentlichen Leben, von den Gesetzen, der Jugendzuehrung, der häuslichen Gesellschaft auszuschließen.“

Und in der *Enzyklika Vehementer nos*, die Pius X. am 11. Februar 1906 bei Gelegenheit des Trennungsgesetzes an die französischen Bischöfe richtete, heißt es:

„Es ist eine durchaus falsche und höchst verderbliche Ansicht, die Angelegenheiten des Staates seien von denen der Kirche zu trennen.“ ... „Deshalb haben die römischen Päpste nie unterlassen, je nach Zeit und Gelegenheit die Meinungen,

welche die Losrennung von Kirche und Staat befürworteten, zu widerlegen und zu mißbilligen.“

Auch die Beurteilung der 55. These des *Syllabus* („Die Kirche muß vom Staat und der Staat von der Kirche getrennt werden“) durch Pius IX. ist in diesem Sinne zu verstehen. Doch hat die Kirche in einigen Fällen die Trennung der Kirche vom Staate als das kleinere Uebel geduldet und den Katholiken die Mitwirkung an der Durchführung der Trennung gestattet. So wenn die Verbindung von Staat und Kirche vom Staate zur Knebelung der Kirche und zur vollständigen Unterdrückung der kirchlichen Freiheit mißbraucht wird oder wenn (wie in Genf) eine einseitige Verbindung des Staates mit anderen Kirchengemeinschaften unter Benachteiligung der Katholiken besteht.

Eröffnung des Gottfried v. Preherschén Kinderspitals. Am kommenden Montag den 16. Dezember wird das Gottfried v. Prehersché Kinderspital, 10. Bezirk, Säkrantenberggasse, eröffnet und damit die ersten kranken Kinder dort aufgenommen werden. Belanntlich hat der am 9. Mai 1901 in Wien verstorbene Kaiserliche Rat und Domkapellmeister von St. Stefan Gottfried von Preher sein ganzes Vermögen zur Errichtung einer Kinderspitalstiftung bestimmt. Schon für Oktober 1914 war die Eröffnung des Kinderspitals festgesetzt, da kam der Krieg, der das Kinderspital zu einem Verwundetenospital umgestaltete, in dem unsere verwundeten und kranken Soldaten durch volle vier Jahre Aufnahme und liebevolle Pflege fanden. Im Laufe des Monats Oktober 1918 wurde das Spital wieder frei und aufs neue instand gesetzt. So wird es jetzt erst seiner eigentlichen Bestimmung für kranke Kinder zugeführt werden.

18. III. 1918

a. 18

Ein neues Kinderambulatorium in Ottakring.

In dem fürsorgebedürftigen Ottakring hat die Wiener Bezirkskrankenkasse gestern ihr erstes Kinderambulatorium eröffnet. Solche Einrichtungen sind wahre Schutzstätten der Menschheit: sie verhüten die Ausbreitung von Krankheitserregern, die dem Volkskörper gefährlich werden können. Ist doch jedes solche Ambulatorium auch eine Beratungsstelle für die Mütter und eine Fürsorgeanstalt, die der ganzen Familie zugute kommt. Auf Grund des Gesetzes über die Familienversicherung ist auch die Wiener Bezirkskrankenkasse an die Errichtung von sechs solchen Kinderambulatorien geschritten, die alle in diesen Tagen ihre vollpflegerische Arbeit beginnen werden.

Das erste Kinderambulatorium der Bezirkskrankenkasse befindet sich in der Neulerchenfelderstraße, nahe dem Ottakringer Brauhaus. Mit freigebiger Hand ist die Kasse an die Errichtung dieses Ambulatoriums geschritten, das nun auch trotz der schwierigen Materialbeschaffung einen sehr ansprechenden Eindruck macht. Die von Häusermauern nicht gedrückte Front — die eben-erdigen Räumlichkeiten liegen an einer Straßengabelung — empfängt freies Licht von außen, das hier so wichtig ist, und der weiße Ladaustrich an allen Einrichtungsstücken erhöht noch das Vertrauen, das der Besucher gleich beim Eintritt in die Fürsorgestelle empfängt. In dem langen Wartezimmer läuft ein bunter Fries, ein holländischer Kinderreigen, entlang der Wände. In dem anstoßenden Arztzimmer werden die Säuglinge und kleinen Kinder von Spezialärzten untersucht, gewogen und die Mütter beraten, wie sie Fehler in der Wartung vermeiden und ihre Kleinen gesundheitslich kräftigen können. Und dann kommt die Fürsorgeschwester

nach einer Zeit im Hause nachsehen, ob sich die Mutter auch an die Mahnungen des Arztes gehalten hat.

Präsident Paschinger hat gestern das neue Ambulatorium im 16. Bezirk dem ärztlichen Leiter Dozenten Dr. v. Neuf übergeben. Es ist, wie es die Absicht des Vorstandes der Bezirkskrankenkasse war, eine wertvolle Ergänzung der Familienversicherung, die die Kasse so rasch in Angriff genommen hat. Dozent Dr. v. Neuf wies auf den volkshauenden Wert dieser Fürsorgestellen hin, deren wir nach diesem furchtbaren Verdrüßungsstriege so sehr bedürfen.

Erstreckender Geburtenrückgang in Wien.

Die Zahl der Geburten in Wien geht immer mehr zurück. Die neueste Statistik der Stadt Wien, in die Einblick zu nehmen wir Gelegenheit hatten, zeigt ein erschreckendes Bild des Geburtenrückganges. Während im Jahre 1914 noch 36.378 Lebendgeburten zu verzeichnen waren, sank 1915 die Zahl auf 29.257 herab, im Jahre 1916 gar auf 23.491, während sich im vergangenen Jahre der Tiefstand mit nur 20.688 Lebendgeburten ausdrückte. Im gleichen Verhältnis sanken auch die Totgeburten: 3771 im Jahre 1914, 3195 im zweiten Kriegsjahre, 2608 im dritten und 2203 im vierten Kriegsjahre. Um die drohende Entvölkerung sinnfällig zutage treten zu lassen: Im Jahre 1914 gab es insgesamt in Wien 40.149 Geburten, im vorigen Jahre nur mehr 22.891.

Also ein Geburtenrückgang fast um die Hälfte seit Kriegsbeginn! Und weiter die Sterbefälle. Rapid sind sie gestiegen. 33.268 Todesfälle zählte man im Jahre 1914, 37.018 noch im Jahre 1915, 37.631 im Jahre 1916 und 46.131 — das sind zehntausend mehr als im ersten Kriegsjahre — wurden im vergangenen Jahre registriert. Geradezu unheimlich niedrig ist die Zahl der Eheschließungen, wenn man sie mit der im Jahre 1914 ermittelten Anzahl vergleicht. Damals 22.886 Verheiratungen, heute nach vier Jahren Krieg nur mehr 12.406. Auch hier ist wieder ein Rückgang von fast 50 Prozent festzustellen.

Mitteilungen von ärztlicher Seite.

Einer unserer Redakteure hatte Gelegenheit, mit einer ärztlichen Kapazität auf diesem Gebiet über die Frage des Geburtenrückganges zu sprechen.

„Die Ursachen des in der letzten Zeit besonders enormen Geburtenrückganges,“ so wurde uns erklärt, „sind verschiedenster Art. Die gebildeten und in ihrer Lebenshaltung besser gestellten Klassen haben eine große Schuld an dem Rückgang der Geburten, indem sie mit bewusster Absicht die Zahl ihrer Nachkommen möglichst niedrig halten. Das Ein- und Zweifindersystem ist von der oberen, besser situierten, und nicht, wie es erklärlicher erscheinen könnte, von der ärmeren Bevölkerung eingeführt worden. Neben diesem Rationalisierungssystem hat an dem Geburtenrückgang wohl auch der Krieg besonderen Anteil, indem er einerseits so viele Väter dem Familienleben entzog und andererseits zahlreiche Kriegsverletzte schuf, die durch den Kriegsdienst nicht nur in ihrem Erwerb, sondern vielfach auch in ihren Lebensfunktionen, beeinträchtigt wurden. Groß ist auch die Zahl der infolge konstitutioneller Krankheiten Zeugungsunfähigen.“

Sehr hoch muß auch das Sündkonto des Alkohols und der Geschlechtskrankheiten belastet werden. Der übermäßige Alkoholgenuß und die jetzt besonders stark grassierenden Geschlechtskrankheiten, unter ihnen besonders Dues und Gonorrhöe, schädigen die Keimdrüsen auf das empfindlichste und führen in nicht wenigen Fällen zu dauernder Zeugungsunfähigkeit des Mannes. Selbstverständlich trägt auch die Tuberkulose zu der Bevölkerungsverminderung insofern sehr bei, als tuberkulös veranlagte neugeborene Kinder vielfach kaum über die ersten Lebensjahre hinauskommen. Die in weiteren Kreisen verbreitete Meinung, daß die Unterernährung der Mutter die Geburt schwächlicher, dem Tode geweihter Kinder zur Folge habe, ist nach Erfahrungen, die man in hiesigen großen Krankenanstalten machte, ganz unrichtig. Auch unterernährte Mütter gebären lebensfähige Kinder, doch wird deren Aufzucht insofern gefährdet, als eine unterernährte Mutter meist nicht fähig ist, ihr Kind selbst zu stillen. Der Mangel an Milch ist ebenfalls ein gewichtiges Moment, das hierbei nicht außer acht gelassen werden darf. Einen bedenklich großen Umfang haben während der Kriegszeit auch die durch das Strafgesetz verpönten Eingriffe angenommen. Es werden nur die wenigsten derartigen Fälle dem Gericht bekannt, da selbst der Arzt oft nicht feststellen kann, ob es sich um einen natürlichen Abortus oder um ein Ver-

gehen gegen das keimende Leben handelt. Es wird jetzt amtlicherseits die Herausgabe einer Verfügung geplant, derzufolge alle Fälle vorgekommener Fehlgeburten von den behandelnden Ärzten zur Kontrolle der Behörde gemeldet werden müssen.“

Die Bekämpfung der Entvölkerung.

Auf die Frage, wie dem großen Geburtenrückgang gesteuert werden könnte, erklärte der Gelehrte:

„Mit Gesetzen, die die Verhinderung der Schwangerschaft verbieten und mit Strafe bedrohen, richtet man allein nichts aus.“

Die wirksamste Bekämpfung der drohenden Entvölkerung wäre eine wirklich durchgreifende und vielseitige Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, durch die erreicht werden würde, daß die Kindersterblichkeit, die in unserem Staate eine besonders große ist, eine weitere wesentliche Einschränkung erfährt. Sehr wirkungsvoll wäre weiter die Gewährung von Begünstigungen an kinderreiche Familien durch Staat, Gemeinde, Unternehmer, allenfalls auch teilweise auf Kosten kinderloser oder kinderarmer Familien. Die soziale Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten, die dahin gehen müßte, sie in die Lage zu versetzen, einen Hausstand zu gründen, und so Vermehrer und nicht Zehrer des Volksganges zu sein, wäre ebenfalls eine Forderung, deren Erfüllung im Interesse einer Volksvermehrung liegen würde. Schließlich verlangt der Arzt die ununterbrochene Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten und des Alkohols.“

An den kompetenten amtlichen Stellen liegt es nun, durch geeignete, sofort zu ergreifende Maßnahmen dahin zu wirken, daß uns die nächste Statistik nicht mehr so traurige Daten vor Augen führen kann.

Wien in Not.

Die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Bevölkerung — 20 bis 30 % der Todesfälle infolge Unterernährung.

Die andauernde Lebensmittelnot hat in gesundheitlicher Beziehung schreckliche Folgen gezeitigt. Die große Mehrheit der Bevölkerung Wiens ist unterernährt. Ein Bericht des Vorstandes des städtischen Gesundheitsamtes, Oberstadtphysikus Dr. Böhm, der im Wege der neutralen Diplomaten den Regierungen der Entente übermittelte wurde und in der nächsten Gemeinderatssitzung zur Sprache kommt, gestattet einen traurigen Einblick in die mit der Lebensmittelnot zusammenhängenden Gesundheitsverhältnisse. Es heißt in diesem Berichte: Die Unterernährung der Bevölkerung, welche durch die Knappheit der Lebensmittel während der Kriegsjahre hervorgerufen worden ist, hat in der letzten Zeit infolge der Abiperrung der Lebensmittelzufahren aus Böhmen, Mähren, Ungarn einen Umfang angenommen, welcher zu einer Katastrophe zu führen droht, falls nicht bald und in ausgiebiger Weise Abhilfe geschaffen werden kann. Ein großer Teil der Bevölkerung ist in ganz unzureichender Weise ernährt. Einer unserer bedeutendsten Physiologen, Prof. Dr. Durig, hat berechnet, daß die Anzahl der Kalorien, welche nach den Lebensmittelformen, deren tatsächliche Einlösung nicht immer stattfindet, der Bevölkerung Wiens zur Verfügung stand, 746 pro Kopf und Tag betrug. Es steht aber heute wissenschaftlich fest, daß für Menschen von mittlerem Körpergewichte 2500 bis 5500 Kalorien pro Tag je nach der Arbeitsleistung erforderlich sind. Durch die ungenügende Ernährung haben viele Leute während der Kriegsjahre bis zu 40 Kilogramm von ihrem Körpergewicht eingebüßt. Nunmehr sind aber auch bei jenen Schichten der Bevölkerung, welche zu Kriegsbeginn über einen guten Ernährungszustand verfügten, alle Reserven verausgabt. Der herabgekommene Körper ist nicht mehr in der Lage, aus sich selbst Kalorien zu verwerten. Es ist beaurteillich, daß diese Verhältnisse einen unheilvollen Einfluß auf die Gesundheit der Bevölkerung nehmen müssen. Die Sterblichkeit ist infolgedessen fürchterlich gestiegen. Während in den letzten Jahren vor dem Kriege auf 1000 Einwohner Wiens und das Jahr berechnet durchschnittlich 155 Todesfälle kamen, betrug die Zahl im Jahre 1917 204%. Die absolute Zahl der Todesfälle stieg von 33.268 im Jahre 1914 auf 46.131 im Jahre 1917. Diese Zunahme der allgemeinen Sterblichkeit wurde wesentlich von der auf die Unterernährung zurückzuführende Zunahme der Tuberkulose beeinflusst. Die Tuberkulosenfälle haben sich im Kriege verdoppelt. Die Zahl der wegen Nahrungsmangel zugrunde gegangenen Personen läßt sich wohl mit Bestimmtheit nicht angeben. Soweit die Todesursache von den behandelnden Ärzten selbst auf Erschöpfung durch Hunger zurückgeführt wird, schwankt die Zahl im Jahre 1918 zwischen 7 und 11 Prozent der Todesfälle. Nach den bei den behördlichen Obduktionen gewonnenen Erfahrungen stellt sich jedoch die Zahl der durch die Unterernährung verursachten und wesentlich beeinflussten Todesfälle viel höher, schätzungsweise auf 20 bis 30 Prozent.

Die Unterernährung macht sich insbesondere erschreckender Weise bei den Kindern fühlbar. Die Säuglinge konnten noch halbwegs am Leben erhalten werden, da die Zahl der Geburten während der Kriegsjahre rapid gesunken ist und diese wenigen Kinder im ersten Lebensjahre von ihren Müttern gestillt wurden. Nun ist aber auch die Stillfähigkeit infolge des Nahrungsmangels wesentlich gesunken. Die Kinder im vorschulpflichtigen Alter zeigen massenhaft Erscheinungen von Rachitis, Barlowischer Krankheit und Storbut.

Zu den größten Besorgnissen gibt der Zustand der Kinder im 10. bis 16. Lebensjahre Anlaß. Sie befanden sich während der Kriegszeit in dem Alter der körperlichen Entwicklung und diese Entwicklung ist stehen geblieben. Von 58.849 zum Zwecke einer Erholungsaktion im Sommer 1918 untersuchten Kindern aus den Wiener Schulen befanden sich nur 4637 in einem befriedigenden Gesundheitszustand. Die Not unserer Kinder ist nicht nur im jetzigen Augenblick besorgniserregend, sie bildet eine eminente Gefahr für ihr späteres Leben.

Es ist wissenschaftlich festgestellt, daß die Tuberkulose im Kindesalter sich festsetzt, latent bleibt und im späteren Alter namentlich bei unterernährten, herabgekommenen Personen zum Ausbruche kommt.

Diese Tragödie dürfte bei den Regierungen und Völkern der Entente kaum ohne Eindruck bleiben. Es ist zu erwarten, daß die Entente rasch und ausgiebige Hilfe bringt.

Soziale Erziehung.

Von Dr. Jenny Adler-Perzmark.

Wir leben wirklich in einer neuen Zeit. Ideale und Hoffnungen, deren Erfüllung uns in rosiger Schimmernder Ferne vorschwebte, beginnen sich zu verwirklichen und nur die alles andere als rosigen materiellen Verhältnisse, unter denen die neue Zeit geboren wird, trüben uns den Blick für das Große und Gewaltige, was sich zu vollziehen beginnt.

Seit langem schon sehnt man sich nach einer Reform der gegenwärtigen Erziehung. Es handelt sich nicht nur um die proletarische Jugend, wo von einer eigentlichen planmäßigen Erziehung ja gar nicht die Rede sein kann, sondern auch die mehr gewollte, in bestimmten Bahnen gehaltene Erziehung der bürgerlichen Jugend entspricht zu einem großen Teile nicht nur nicht den Anschauungen und Forderungen der modernen pädagogischen Wissenschaft, sondern auch nicht dem Leben der intellektuellen, noch weniger der proletarischen Frau.

Die Erziehung, wie sie war und noch ist, geht nicht nur die kommende Generation an mit allem, was sie für die Gesellschaft bedeutet, sondern auch die Mütter, sofern sie im besten Falle den Hauptinhalt ihres Lebens in der Erziehung ihrer Kinder erblicken. Abgesehen davon, daß die Frauen nicht nur im wirtschaftlichen Leben drinstehen wie die Männer, sind sie ja nunmehr auch ins politische Leben eingetreten, als Staatsbürgerinnen mit gleichen Rechten, daher auch mit gleichen Pflichten wie die Männer. Es wäre deshalb eine physisch unmögliche Leistung, wollte man wie in alten Zeiten ihnen allein die Erziehung der Kinder zumuten. So wie sich der Einzelhaushalt jetzt nicht mehr wird halten lassen, so wird auch die Einzelerziehung nicht länger mehr durchführbar sein. Es wird das eine wie das andere zur ökonomischen Unmöglichkeit. Die Klassenbewußte, ihrer Rechte sich bewußte Proletarierin, die nunmehr die Möglichkeit hat, die Dinge zu beeinflussen, ihre Interessen geltend zu machen, wird es nicht länger mehr dulden, daß sich ihre bürgerliche, gut situierte Mitschwester hilft, indem sie gelehrte Kräfte für die Erziehung ihrer zwei oder drei Kinder mieter, womöglich auch schon für ein einziges Kind, während sie, die Proletarierin, zusehen muß, wie ihre Kinder unbeaufsichtigt, ungepflegt, den Einwirkungen der Straße überlassen, aufwachsen. Darum wird es die Proletarierfrau sein, welche die Erziehung von Grund aus reformieren, das heißt überhaupt erst organisieren müssen wird.

Nun sagte ich, daß die gegenwärtige Art der Erziehung auch den Forderungen der bürgerlichen intellektuellen Frau nicht entspricht. Denn abgesehen davon, daß schon heute nur noch sehr wenige intellektuelle ökonomisch in der Lage sind, geschulte Kräfte in ihrem Einzelhaushalt zu erhalten, ist die pädagogische Wissenschaft schon seit längerer Zeit zu dem Schlusse gekommen, daß die besten erzieherischen Erfolge bei der Entwicklung der Sinne, des Arbeitstriebes, des sozialen Gefühls, des Kunstsinnes, nur auf dem Wege der Jugenderziehung zu erreichen, das heißt des gemeinsamen freien Miteinanderlebens der Kinder zu erzielen sind. Statt der Lehrer — freigewählte Führer, statt der Autorität — ältere Kameraden, deren geistiger Ueberlegenheit die Kinder instinktiv folgen; statt des einzutrichternden Pensums — aufmerksames, bald willig folgendes, bald unmerklich wechendes Eingehen auf die Interessen der Zöglinge; statt des planlosen Spielens — wissenschaftlich erprobte Methoden zur Entwicklung der Sinne, wie sie zum Beispiel Frau Dr. Montessori vor mehreren Jahren in planmäßiger Gruppenerziehung in Italien einführte.

Das Spiel, das Spaziergehen, das Lernen, endlich das Wichtigste, das Arbeiten — die Jugendgemeinden sollen sich durch sachmännisch geleitete, dem Alter angepaßte Herstellung von Gebrauchsgegenständen, durch Gartendau, Einrichtung von Wohnräumen u. zum Teil oder vollständig selbst erhalten —, kurz alles, was die Kinder und Jugendlichen den ganzen Tag über tun, soll von den psychologisch und pädagogisch vorgebildeten älteren Kameraden und Kameradinnen unmerklich, oft wohl auch instinktiv geleitet werden. Die ungewöhnlich begabten Jugendlichen werden rechtzeitig geistigen Berufen zugeführt, nur zu Nutz und Frommen der Gesellschaft, nicht aber zur Befriedigung der eigenen oder der Elterneitelkeit! Aufgewachsen in einer solchen freien, klassenlosen, arbeitssamen Gemeinschaft, müssen aus dieser Jugendgemeinde Menschen hervorgehen, die sich die menschliche Gesellschaft nur aus freien, gleichen, arbeitenden, und zwar für die Gemeinschaft arbeitenden Menschen bestehend vorstellen können, denen der Begriff des Privateigentums und der Klassenscheidung fehlt, deren Ehrgeiz nur durch die öffentliche Meinung angefachelt und befriedigt wird, Menschen, deren Leistungen nur als für die Gemeinschaft geltend in Betracht kommen können. Es können das also nur Sozialisten sein, die nur die sozialistische Gemeinschaft als die natürliche und lebensmäßige empfinden und verstehen.

Und dieses Ideal der Erziehung schwebt nun nicht mehr in weiter Ferne. Schon haben sich eine Reihe von jungen Männern und Frauen zusammengesunden, um in der allernächsten Zeit eine Jugendgemeinde im geschützten Sinne in unserer Stadt zu gründen. Ausgestattet mit dem modernsten pädagogischen Wissen, teilweise auch schon mit in anderen Ländern an entsprechenden Anstalten gesammelten Erfahrungen psychologisch vorgebildet, stehen sie alle auf dem Boden der Sozialdemokratie, und das Ziel, das sie erreichen wollen, ist, mit Hilfe der modernen pädagogischen und psychologischen Wissenschaft und Erfahrung Bürger zu erziehen für den kommenden Staat, für den Staat des Sozialismus. Wir hoffen, über den Fortgang dieses Werkes der Öffentlichkeit bald mehr berichten zu können.

M./I. 1919

Die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 3. bis 7. Jänner 1919.

Bericht des Gesundheitsamtes.

Mit der Abnahme der Grippe haben sich die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien wesentlich gebessert, wenn auch nicht in dem Grade, daß man von der Rückkehr normaler Verhältnisse sprechen könnte. In der 52. Jahreswoche stellte sich die Sterbeziffer für 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes auf 16.9, gegen 19.0 in der Vorwoche und 16.0 im Vorjahre. An Grippe und Lungenentzündung sind 155 Personen gestorben, gegen 181 in der Vorwoche, an Lungentuberkulose 165 gegen 161, an organischen Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße 94 gegen 88.

Während die Infektionskrankheiten im allgemeinen einen sehr günstigen Stand aufweisen, zeigt der Flecktyphus keine Neigung zur Abnahme. In der Berichtswoche wurden 3 Fälle aus dem Zivil und 8 aus dem Militär gemeldet. Von den Zivilfällen betrafen 2 Erkrankungen Geschäftsleute, welche zur Beschaffung von Nahrungsmitteln Mitte Dezember nach Budapest fuhren, sich nur zwei Tage aufhielten und anfangs Jänner in Wien an Flecktyphus erkrankten. Ein Fall betrifft eine städtische Lehrerin im 10. Bezirke, bei der die Infektionsquelle noch nicht gefunden wurde. Alle 3 sind der Krankheit in kürzester Zeit erlegen. Von den Militärfällen waren 4 Heimkehrer; 3 Erkrankungen, darunter 1 Regimentsarzt, sind als Infektionen des Kriegspitales 4 anzusehen; ein Fall betrifft einen Schneidermeister, bei dem der Weg der Infektion ebenfalls noch nicht festgestellt wurde. Im vergangenen Jahre sind im ganzen 197 Flecktyphusfälle vorgekommen, davon 93 bei Zivil und 104 beim Militär. Von der Gesamttheit entfallen jedoch 110 Fälle auf die Monate November und Dezember. Fast sämtlich sind sie auf die mangelhaften sanitären Vorkehrungen bei der Demobilisierung zurückzuführen.

K. k. Bezirksschulrat Wien.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien.

Eine bemerkenswerte Statistik aus den Kriegsjahren.

Die von der Statistischen Zentralkommission herausgegebenen „Statistischen Mitteilungen“ veröffentlichen in ihrer letzten (Dezember-) Nummer längere Ausführungen über die Bevölkerungsbewegung in Wien während der Kriegszeit (bis Mitte 1918), denen folgendes entnommen ist:

Die Zahl der Eheschließungen ist von ihrer im dritten Vierteljahre 1914 durch die Kriegstranungen erreichten außerordentlichen Höhe (7962) schnell wieder unter das frühere Maß von 4000 bis 5000 gesunken und hat nach einigen Schwankungen zwischen 3000 und 4000 im ersten Vierteljahre 1917 die besonders niedrige Zahl 2831 erreicht, um sich dann wieder nach und nach zu heben, und zwar im zweiten Vierteljahr 1918 sogar bis 4382, also nahezu auf den Stand des gleichen Zeitraumes 1913. Die Heiratslust ist somit wieder im Steigen, der Tiefstand von Anfang 1917 anscheinend überwunden. Die Zahl der Lebendgeburten hatte den tiefsten Stand im vierten Vierteljahr 1917 mit 4234 erreicht, seitdem ist wieder eine leichte Aufbesserung eingetreten bis auf 4549 im ersten und 4402 im zweiten Vierteljahr 1918; das ist aber immer noch im ersten Vierteljahr um 1072, im zweiten um 1153 weniger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Im großen und ganzen sinkt also die Geburtenzahl seit 1913 weiter. Die Totgeburten hatten bis Ende 1917 in ähnlichem Verhältnisse abgenommen, durchschnittlich in der Höhe von einem Behtel der Lebendgeburten. Das im Jahre 1917 beobachtete Steigen der Sterblichkeit hat nicht weiter angehalten. Obgleich das zweite Halbjahr 1917 eine erhebliche Besserung gebracht hatte, die im ersten Halbjahr 1918 wieder verloren ging, reicht doch der Neuaufstieg nicht mehr so hoch wie die ungewöhnliche Todesernte des ersten Halbjahres 1917. Im ganzen hat das Jahr 1917 bisher die höchste Zahl von Todesfällen in Wien gebracht: 46.131 gegen 37.631 im Jahre 1916. Naturgemäß bilden die eigentlichen Kriegsverluste, nämlich die Todesfälle von Militärpersonen, die Hauptursache der Vermehrung. 1916 waren unter der Gesamtzahl 4137 Militärpersonen, 1917

deren 5871. Das reicht jedoch zur Erklärung der vermehrten Todesopfer nicht hin, denn die Zivilbevölkerung wurde noch mehr als im Vorjahre dahingerafft: 19.444 gegen 16.465 des Jahres 1916, also um 2979 mehr gegen eine Vermehrung der Militärtodesfälle um nur 1734.

Wenn nun die Zahlen der Lebendgeborenen und der Gestorbenen gegenübergestellt werden, so ergibt sich wieder, wie schon seit Ende 1914, kein Geburtenüberschuß, sondern ein Geburtenabgang, der 1918 zwar geringer als im ersten Halbjahr 1917, aber doch höher als im zweiten Halbjahr 1917, ausgefallen ist. Im ganzen Jahre 1917 stehen den 38.574 Verstorbenen aus der Wiener Wohnbevölkerung nur 20.688 Lebendgeborene oder nach Abrechnung von zwei Dritteln der im Wiener Gebärhause Geborenen (rund 3800) nur 16.888 gegenüber. Das ergibt einen Geburtenabgang von 21.686 im Jahre 1917 allein, das ist beinahe der 100. Teil der gesamten Wiener Bevölkerung. Es müßten also um ebensoviele Personen mehr jährlich zuwandern, um nur die Einwohnerzahl der Stadt Wien ohne Zuwachs auf ihrem Stande zu erhalten. Wenn damit nicht zu rechnen ist, worüber die unmittelbaren Erhebungen fehlen, so dürfte die Annahme einer stetig wachsenden Bevölkerungszahl nicht mehr zutreffen.

17.11.1919

Das Land Niederösterreich für das Kind.

Aus dem Berichte des Landesauschusses
über die Fürsorgeeinrichtungen der nie-
derösterreichischen Landesverwaltung zum
Schutze des Kindes.

In sehr vornehmer, mit zahlreichen Photographien der verschiedenen Bauten, Plänen, sowie anschaulichen Tabellen bereicherter Ausstattung liegt der Bericht über die Fürsorgeeinrichtungen der n.-ö. Landesverwaltung für das Verwaltungsjahr 1917 in der ansehnlichen Stärke von 260 Seiten Großformat vor.

Zunächst finden wir in diesem Berichte das Landes-Zentralkinderheim in Gersthof in Wort und Bild dargestellt, das an Stelle der alten Wiener Findelanstalt für die Heim- und Waiskinder geschaffen, mit seinen fachgemäßen Einrichtungen für Säuglings- und Armenpflege und Rechtsfürsorge der Mütter und Kinder, seinen Zweiganstalten und Pflegekolonien die Hauptstelle des Kinderschutzes für das ganze Land Niederösterreich und die modernste wie leistungsfähigste Anstalt dieser Art geworden ist. Die Landeskindergärten haben die Zahl von 100 bereits überschritten und im letzten Betriebsjahre gegen 6000 vorichulpflichtigen Kindern Aufnahme gewährt. Zu einem außerordentlich wichtigen und wertvollen Hilfsmittel bei Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter sind die vom Lande Niederösterreich in Pöchlinsdorf und Sitteldorf errichteten Lageserholungsstätten geworden, die seit ihrem nun zwölfjährigem Bestande nicht weniger als 28.500 erholungsbedürftigen Kindern den notwendigen Aufenthalt in gesunder Waldluft ermöglichten. Ein eigener Abschnitt über die in der Kriegszeit ins Leben gerufene niederösterreichische Landes-Berufsvormundschaft, die der zunehmenden Säuglingssterblichkeit und der Verwahrlosung der Jugend wirksam entgegentritt und sich auch der Kriegserwaisen annimmt. Die Zusammenstellung aller angeführten Einrichtungen und statistischen Angaben besorgte der Oberverwalter des Landes-Zentralkinderheimes in Gersthof, Rudolf Becher.

Ein sehr interessantes Kapitel von allgemeinem Interesse bildet in dem Berichte die Geschichte der Wiener Findelanstalt von ihrer Gründung im Jahre 1784 bis zur Uebernahme in die Landesregierung im Jahre 1868. 1806 erfolgte die Direktionsvereinigung der Findelanstalt mit jener des Allgemeinen Krankenhauses in Wien. 1850 erhielt die Wiener Gebär- und Findelanstalt eine eigene Direktion. Durch 126 Jahre hat die Wiener Findelanstalt ihrer Bestimmung gedient, 726.957 Kinder aufgenommen, davon 416.752 unter der Verwaltung des Staates und 310.205 seit der Uebernahme in die Landesverwaltung. Das neue niederösterreichische Zentral-Kinderheim in Wien, 18. Bezirk, Bastiengasse 36 bis 38 verfügt über 184 Betten für Mütter (Wöchnerinnen), 98 Betten für Ammen und 520 Betten für Säuglinge und größere Kinder.

Der interessante, mit vielem Fleiße zusammengestellte Bericht bildet eine wahre Fundgrube für Eltern, Erzieher, Jugendfreunde, Vereine, Gemeinden und sollte in keiner Volks- wie in keiner Lehrerbibliothek fehlen. Die niederösterreichische Landesverwaltung, welche zum Zwecke des Kinderschutzes jährlich mehr als fünf Millionen Kronen aufwendet (die Ausgaben der Gemeindeverwaltung der Stadt Wien auf dem Gebiete des Kinderschutzes sind in diesem Betrage nicht mit inbegriffen), hat dermalen 37.000 Kinder in ihrer Obhut. e. l.-r.

Wien während des Krieges.

Start sinkende Zahlen der Eheschließungen und der Geburten.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien während des Krieges war bis Mai 1918 nach den Mitteilungen der Statistischen Zentralkommission folgende: Im dritten Vierteljahr 1914 waren die Eheschließungen durch die Kriegstroungen bis auf nahezu 8000 hinaufgeschwollen, sanken aber dann bald unter das gewöhnliche Maß von 4000 bis 5000, um im ersten Vierteljahr 1917 die besonders niedrige Zahl von 2881 zu erreichen. Im Jahre 1918 war dann etwa derselbe Stand zu verzeichnen wie im Jahre vor dem Kriege. Die Zahl der Geburten sank seit 1913 ständig und beträgt jetzt schon nicht einmal die Hälfte der Ziffern aus der Friedenszeit, wobei man bedenken muß, daß es schon 1913 nach dieser Richtung hin schlecht genug war. Auf 1000 Einwohner stellten sich im Jahre 1909 noch über 23 Geburten, 1913 kaum 18, 1918 aber nicht einmal 8. Die Ziffern über die Todesfälle sind noch nicht zu verwenden, da ja in der zweiten Hälfte 1918 durch die Grippeepidemie die Sterblichkeit wesentlich zugenommen hat. Auf 1000 Einwohner entfielen 1913 in Wien über 15 Verstorbene, 1917 über 20. Für das Jahr 1917 ergibt sich aus den erwähnten Ziffern ein Geburtenabgang von 21,686, was einem Prozent der gesamten Bevölkerung entspricht.

29./I. 1919

135

**Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens
in der Zeit vom 21. Oktober bis 2. November 1918.**

Die seit Anfang September in Wien herrschende Grippe-Epidemie hat die Gesundheitsverhältnisse der Stadt sehr ungünstig beeinflusst und insbesondere eine Sterblichkeit gebracht, wie sie in Wien seit einem halben Jahrhundert nicht beobachtet wurde. In der Berichtszeit dürfte jedoch der Höhepunkt bereits überschritten sein, da sowohl die Sterblichkeit, noch mehr aber die Zahl der Erkrankungen wesentlich abgenommen haben. In der 42. und 43. Jahreswoche sind insgesamt 2607 und 2152 Personen gestorben, gegen 1753 in der Vorwoche und 807 und 709 im Vorjahre. Die Sterblichkeitsziffern auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden betragen 51·2, 40 gegen 34·2 in der Vorwoche, 15·2 und 13·2 im Vorjahre. An Grippe und Lungenentzündungen sind in den zwei Wochen 1468 und 1243 Personen gestorben gegen 814 in der Vorwoche; es ist somit ein Abfallen der Sterblichkeit nach Grippe auch ziffernmäßig festzustellen. Noch stärker ist der Abfall der der Erkrankungen. Der Vorstand der Krankenkassen Wiens hat am 18. Oktober einen Stand von 6085 Grippekranken, am 25. Oktober nur mehr 3220, die städtischen Straßenbahnen am 17. Oktober 1495, am 23. nur mehr 885. Die übrigen Infektionskrankheiten wiesen einen sehr geringen Stand auf. An Flecktyphus ist eine Frau aus Galizien und ein polnischer Arbeiter am Rontumazmarke erkrankt.

31. I. 1919

Ein Mütterheim ohne Kohlen.

Wir sind es längst gewöhnt, daß gerade jene bei der Verteilung mit den dringendsten Bedarfsgegenständen übergegangen werden, die sie am meisten benötigen. Das Mütterheim des Österreichischen Bundes für Mutterchutz im 16. Bezirke, Maderspergerstraße 2, kann die für seinen Betrieb notwendige Kohle nicht mehr erhalten. Es ist nicht der erste Fall, daß eine Anstalt für Kranke und Schutzbedürftige aus den ärmsten Kreisen wegen Kohlenmangel in ihrem Betriebe bedroht ist. Nie haben wir davon gehört, daß eines der bekannten Kurusanatorien oder eine der vornehmen Pensionen für Kriegsgewinner hätte sperren müssen, da es ihnen an Kohle gemangelt hätte. Das Mütterheim kann 35 Frauen und Säuglinge aufnehmen; heute zählt es 24 Säuglinge und 28 Frauen zu seinen Schülern. Sein Kohlenbedarf ist lächerlich gering, so gering, daß man eigentlich gar nicht über ihn reden dürfte. Es wäre mit sage und schreibe vier Fuhrn monatlich gedeckt, und diese vier Fuhrn sind in der Großstadt Wien für das Heim nicht vorhanden. Mit Mühe und Not treibt es eine Fuhr monatlich auf, die gerade ausreicht, um die Zimmer für die Säuglinge und die Küche notdürftig zu heizen. Die schwangeren Frauen und Mütter, die dort Aufnahme fanden, müssen in kalten Räumen schlafen. Viele von ihnen sind erkältet und leiden ernstlich Schaden an ihrer Gesundheit und mit ihnen ihre Kinder. Die Verwaltung sieht sich zu ihrem Leidwesen gezwungen, Neuaufnahmen derzeit nicht zu bewilligen. Und doch wäre es gerade unter den jetzigen schweren Verhältnissen dringend nötig, daß Anstalten wie das Mütterheim voll ausgerüstet werden könnten. Gibt es genug Kohle für die Kurusanatorien, muß es auch die vier Fuhrn monatlich für das Mütterheim geben; sie werden den Monatsbedarf der Stadt Wien sicherlich nicht allzu sehr belasten. Es darf nicht dazu kommen, daß das Heim vielleicht eines Tages seinen Betrieb ganz sperren muß. Schon der jetzige Zustand ist eine Schande und wieder ein Zeichen, daß die Wirtschaft in der Bürgerkriegs-Operetten-Republik genau so schmierig und ungerecht ist wie des Militarabsolutismus.

5. J. 1919

137

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens
in der Zeit vom 3. bis 11. November 1918.

Die Berichtswoche hat einen bedeutenden Abfall des Krankenstandes und der Sterblichkeit in dem Maße gebracht, daß wohl noch nicht normale, aber immerhin ganz beträchtlich gebesserte Gesundheitsverhältnisse der Stadt festgestellt werden können. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntem Wohnortes sank von 40.0 auf 23.5, die Gesamsterblichkeit von 2152 Todesfällen auf 1302. An Influenza und Lungentzündungen sind 527 Personen gestorben gegen 1243 in der Vorwoche, auch die meisten übrigen Todesursachen haben weitgehende Rückgänge

aufgewiesen. Während die übri-gen Infektionskrankheiten ganz ungewöhnlich zurückgegangen sind, hat die Berichtswoche zehn Erkrankungen an Flecktyphus gebracht, darunter fünf aus dem Zivil. Bei mehreren Erkrankungen wurde festgestellt, daß die Infektion durch heimkehrende Soldaten erfolgt ist, so daß dem sanitären Dienste auf den Bahnhöfen eine höhere Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Es ist tatsächlich eine neue Organisation in Bildung begriffen, an der sich zahlreiche Mediziner aus den höheren Jahrgängen beteiligen und welche die Durchführung der prophylaktischen Maßregeln hinsichtlich der Kriegsepidemien bei den Heimkehrern zur Aufgabe hat. An Blattern ist ein ungeimpftes Kind im 10. Bezirke in einem Hause erkrankt, in welchem in der Vorwoche ein Blatternfall festgestellt wurde.

6. II. 1919

Organisation der Auswanderung.

Ein Projekt für Intellektuelle.

Im großen Saal des Militärkasinos am Schwarzenbergplatz sprach gestern nachmittags Rittmeister Otnar Samilischeg vom Verband der Berufsmilitärgagisten über die von ihm geplante Organisation der Auswanderung Intellektueller nach Südamerika. Der ungeheizte riesige Saal war von Offizieren aller Waffengattungen überfüllt. Inmitten der vielen hundert Subalternoffiziere sah man auch so manche Stabsoffiziere und Generalstäbler; ferner wohnten Vertreter der argentinischen und der brasilianischen Gesandtschaft dem Vortrag bei. Das großzügige und anscheinend seriöse Projekt, das auf eingehenden Besprechungen mit ehemaligen Kolonisten aus Südamerika und versierten Fachleuten, wie auf einer gründlichen Kenntnis der einschlägigen Literatur fußt, sei hier nach den Grundlinien des Vortrages wiedergegeben. Rittmeister Samilischeg führte unter anderem ungefähr aus: „Die Anfragen der fast tausend Briefe, die in den letzten Tagen an mich gelangten, zeigen, wie wenige

sich der Anstrengungen, der ungeheuren Entbehrungen eines Kolonisten bewußt sind. Wer irgendeine Aussicht hat, sein Brot in der Heimat zu finden, der bleibe unserem Unternehmen fern; es ist keine Vereinigung von Desperados, die da zusammentreten sollen, aber doch von solchen, die der Verzweiflung ausgesetzt sein könnten, wenn sie hier bleiben. Für Kolonisten mit geringem Anfangskapital sind die ersten zwei Jahre im Ausland harte Lehrjahre. Wer sich gefaßt macht und bereit ist, die vielen Unbilden des Farmerlebens, die Sandflöhe, die Mücken- und Insektenplage, die harte Arbeit, das frühe Aufstehen, die unangenehmen Seiten der Disziplin innerhalb einer Kolonie ertragen zu können, der wird all dies auch wirklich überwinden und vor Enttäuschungen geschützt sein; alle anderen aber warne ich, sich zu einer Sache hinreißer zu lassen, die sie später reuen könnte.

Die zu gründende Genossenschaft, die angesichts der Notlage und der ungünstigen Zukunftsaussichten unserer Intelligenz eine rechtzeitige Auswanderung ermöglichen will, soll die Bezeichnung tragen: „Zentralverband der Auswanderung Intellektueller“. Mitglied kann vorläufig jeder aktive Offizier und Reserveoffizier und zur Entlassung kommende Staatsbeamte werden, in beschränktem Maße auch Gewerbetreibende, Handwerker und namentlich Unteroffiziere, unter der Verpflichtung, sich mit einer Mindesteinlage von 5000 Kronen an dem Unternehmen zu beteiligen. Offiziere, die nur über ein Kapital von 3000 bis 5000 Kronen verfügen, können sich indes ebenfalls vormerken lassen. Es wird getrachtet werden, für sie die Aufnahme aus einlaufenden Unterstützungssummen möglich zu machen. Unter diesem Mindestkapital können Anmeldungen vorläufig nicht angenommen werden. Als vorbereitenden Ausschuß stellte der Vortragende der Versammlung folgende Herren vor: Grafen Wickenburg, Regierungsrat Dr. Sah, Oberleutnant Dr. Janowski, Gutbesitzer George Smalibones, Oberleutnant Zira, Oberleutnant Stöckel, Oberleutnant i. R. Salner.

Rittmeister Samilischeg legte nun an der Hand reichhaltiger Literaturbelege die Bodenverhältnisse in Südamerika dar. Hierauf befaßte er sich mit den Vorteilen und Schattenseiten seines Projekts für den Staat wie für den einzelnen Auswanderer. Nach diesen Ausführungen brachte er folgende konkrete Vorschläge vor: Um alle Garantien für die Reellität des Unternehmens zu gewährleisten, wird sich sobald als möglich eine Kommission nach Brasilien und dann nach Argentinien einschiffen. Was die Ausbildung der Reflektanten zum künftigen Beruf anlangt, so wurde vom Präsidenten der landwirtschaftlichen Gesellschaft bereits die Unterbringung wenigstens eines kleineren Teiles in praktischen landwirtschaftlichen Betrieben in Aussicht gestellt.

Für größere Kapitalisten, die eine Sonderwirtschaft im Rahmen des Verbandes anstreben, könnten auch schon fertige Haciendas angekauft werden, was aber noch vor Abgehen der Kommission bekanntgegeben werden müßte. Daß es bei entsprechender Einlaage möglich sein wird, auch Frau und Kinder mitzunehmen, ist klar. Mit Rücksicht darauf, daß in den ersten Monaten aber mit den arduen Strapazen gerechnet werden muß, kann für Verheiratete die Auswanderung nicht empfohlen werden, es sei denn, daß die Frau ganz außergewöhnlich abgehärtet wäre. Ueber den Termin der Reise der Kolonisten können derzeit noch keine Bestimmungen getroffen werden. Der erste Turnus von solchen, die ein Leben im Urwald führen wollen, dürfte sich Mitte Juni, die Ansiedler in baumlosen oder bereits kultivierten Gegenden Ende September einschiffen.

Im Anschluß an den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag sprachen noch einige Aus-

schußmitglieder, unter ihnen Oberleutnant Zira, der über die Existenzmodalitäten in Kanada referierte. Der anwesende Abt von Sedau schilderte die Lage auf den transatlantischen Besitzklümmern seines Ordens. Die lebhafteste Diskussion, die sich schließlich entspann, betraf von dem außerordentlichen Interesse, den das Projekt des Rittmeisters Samilischeg bei den Offizieren fand.

7. II. 1919

Die Auswanderung nach Südamerika.

In dem Festsaal des Offizierskasinos fand am 5. d. eine aus Offizierskreisen sehr stark besuchte Versammlung statt, in der sich Rittmeister Oskar Samillisch über das Problem der Auswanderung verbreitete, das leider eine ganz neue Gestalt angenommen hat und unbezwinglich zu werden droht. Der Vortragende verties zunächst auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen die Offiziere in besonderem Maße betroffen würden. Ueberall bestesse Ueberfluß an Intellektuellen und die Zahl derer, für die in Deutschösterreich ein weiteres Fortkommen unmöglich werde, mehre sich von Tag zu Tag. Es sei daher kein Wunder, wenn die Zahl der Briefe, die Redner in den letzten Tagen von auswanderungslustigen Offizieren erhalten habe, die Zahl Tausend beträchtlich übersteige. In diesen Briefen zeige sich aber zumeist eine solche Unkenntnis hinsichtlich der schweren Arbeit, die der Kolonist in den ersten Jahren zu verrichten hat, daß er es für unbedingt notwendig erachte, vor einer unüberlegten Auswanderung nachdrücklich zu warnen. Für die Auswanderung kämen nur ganz gesunde Leute mit großer Willenskraft und mit Ausdauer in Frage. Wer über diese Eigenschaften nicht in hinreichendem Maße verfüge, solle lieber zu Hause bleiben. Redner erörtert sodann die Vorarbeiten, die bisher für die Regelung der Auswanderung geleistet worden sind. Geplant ist eine Genossenschaft, die alle mit der Auswanderung zusammenhängenden Angelegenheiten zu erledigen hätte. Mitglied dieser Genossenschaft können vorläufig nur jene Offiziere werden, die über ein Kapital von 3000 bis 5000 Kronen verfügen. Für die spätere Zeit hofft man, dieses Minimum ganz wesentlich herabdrücken zu können. Der Genossenschaft wird ein Ausschuss beigegeben, in den nur solche Herren hineingewählt werden, welche die Verhältnisse in Südamerika aus eigener Anschauung kennen. Daneben soll auch eine eigene Wirtschaftskommission eingesetzt werden, die bereits in ein paar Monaten nach Südamerika abgehen wird, um sich über die dortige Lage persönlich zu unterrichten. Von der Entscheidung dieser Kommission wird es abhängen, ob die Einwanderung nach Argentinien oder nach Südbrasilien gelenkt werden soll. Dieses letztere hat den Vorzug der billigen Bodenpreise für sich; doch gibt es dort viel Urwald zu roden und auch das Eisenbahnwesen steht noch nicht auf der vollen Höhe. In Argentinien, wo fast das ganze Land flach wie ein Ozean ist, sind dagegen die Transportwege weit besser als in Brasilien entwickelt und auch der Boden ist dem brasilianischen an Güte womöglich noch über. Dafür sind aber in Argentinien die Bodenpreise wesentlich höher als in Südbrasilien, wo sich übrigens die deutschen Hausier-Kolonien in überraschend günstiger Weise entwickelt haben. Ob sich nun die Auswanderung nach dem einen oder anderen Lande richten wird, eine straffe Organisation des Auswanderungsverkehrs ist unter allen Umständen notwendig, schon um eine Ausbeutung zu verhindern. Dieser Gefahr ist der einzelne Auswanderer immer ausgesetzt und deshalb schlägt Rittmeister Samillisch die Gründung der erwähnten Genossen-

schaft, die den Landankauf im großen besorgen und auch in der Fremde ein Zusammenarbeiten der auswandernden Genossenschaftsmitglieder verbürgen soll, vor. Redner macht im Laufe seiner Ausführungen mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer, wenn auch schwachen, landwirtschaftlichen Vorbildung aufmerksam, die sich jeder zur Auswanderung bereite Offizier durch die Vermittlung der Genossenschaft werde aneignen können. Zu gleicher Zeit warnte er nochmals vor unüberlegten Schritten sowie vor den gewissen Agenten, die jetzt allenthalben auftauchen und den ahnungslosen Auswanderer nur der wirtschaftlichen Verklabung überliefern wollen. Als zweiter Redner sprach sodann der Abt von Seckau, der die Missionen in Südbrasilien schon öfter inspiziert hat und von dort erst im Jahre 1915 nach Oesterreich zurückgekehrt ist. Nach seiner Anschauung sind die beiden Staaten Rio Grande do Sul und Santa Catharina er geeignete Ort, um eine großzügige Ansiedlung mit Aussicht auf Erfolg in die Wege zu leiten. Die Deutschösterreicher, die sich dort ansiedeln, sollten aber, schloß der Vortragende, niemals ihre alte Heimat vergessen und ihr Stammesbewußtsein nicht über Bord zu werfen.

9. II. 1919

**Die Gesundheitsverhältnisse in der Zeit vom
22. bis 29. Jänner 1919.**

Seit Mitte Oktober ist die Sterblichkeit in Wien in einem fast ununterbrochenen Abfall begriffen; in der Berichtswoche ist sogar die Sterbeziffer günstiger gewesen als im Vorjahre. In der dritten Jahreswoche sind insgesamt 676 Personen gestorben, gegen 844 in der Vorwoche und 890 im Vorjahre. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntem Wohnortes betrug 15.7 gegen 17.2 in der Vorwoche und ebensoviel im Vorjahre. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß bei der Verminderung der Todesfälle die fortschreitende Entlastung der Militärspitäler eine Rolle spielt. An Lungentuberkulose sind 170 Personen gestorben gegen 172 in der Vorwoche, an Influenza 44 gegen 35, an Lungenentzündung 78 gegen 73 gestorben, so daß die Grippe eine leichte Zunahme aufzuweisen scheint.

Der Stand der Infektionskrankheiten ist andauernd günstig, selbst der Flecktyphus hat in der Berichtswoche insofern eine Abnahme erfahren, als nur 18 Fälle gegen 37 in der Vorwoche gemeldet wurden. Die Erkrankungen betrafen 6 Zivilisten, davon 3 Ortsfremde und 12 Militärpersonen. Der Infektionsquelle nach standen 13 Fälle mit Heimkehrern, 2 mit Militärpersonen im Zusammenhange und 3 waren, wie erwähnt, zugereist. An Blattern erkrankte ein ungeimpftes Kind eines Arbeiters der Elektrizitätswerke, der vor einigen Wochen heimgekehrt ist und möglicherweise infektiöse Materiale heimgebracht hat.

(Die Gesundheitsverhältnisse Wiens in der letzten Jännerwoche.) Seit Mitte Oktober ist die Sterblichkeit in Wien in einem fast ununterbrochenen Abstieg begriffen, und in der letzten Woche des abgelaufenen Monats ist sogar die Sterbeziffer günstiger gewesen als im Vorjahr. Vom 22. bis 29. Jänner sind insgesamt 676 Personen gestorben gegen 844 in der Vorwoche und 890 im Vorjahr. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Einschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntem Wohnorte betrug 15.7 gegen 17.2 in der Vorwoche und ebensoviel im Vorjahr. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß bei der Verminderung der Todesfälle die fortschreitende Entlastung der Militärspitäler eine Rolle spielt. An Lungentuberkulose sind 170 Personen gestorben gegen 172 in der Vorwoche, an Influenza 44 gegen 35, an Lungenentzündung 78 gegen 73, so daß die Grippe leichte Zunahme aufzuweisen scheint. In der Infektionskrankheiten ist andauernd selbst der Flecktyphus hat in der Vor-

wochen eine Abnahme erfahren, als nur 18 Fälle gegen 37 in der Vorwoche gemeldet wurden. Der Infektionsquelle nach standen 13 Fälle mit Heimkehrern, 2 mit Militärpersonen im Zusammenhang und 3 betrafen Zugereiste. An Blattern erkrankte ein ungeimpftes Kind eines Arbeiters der Elektrizitätswerke, der vor einigen Wochen heimgekehrt ist und möglicherweise infektiöse Keime hergebracht hat.

21. II. 1919

Stiefkinder der Gesellschaft. Von einem Geseh, über das wenig ge- sprochen wurde.

In einer der vielen Verammlungen, die diesem bedeutungsvollen sechsunden Februar voranziehen, hörten wir auch einen Bürger- schullehrer, der in seinem Vorkabibezirk viel Geseh gesehen haben muß. Er schilderte die Not, die so vielen Kindern aus der Armut ihrer Eltern erwächst, die den Kleinen weder genü- gend Nahrung, noch auch Bekleidung geben können. Derlei hatte wohl jeder Arbeiter schon mit eigenen Augen beobachtet, und die Schilderung ließ ihn beinahe kalt. Garte weigern, harte Gersten! Wohl aber stieg eine Be- stürzung, als der Lehrer von seinen Kindern zu erzählen begann, die unter der Lieblosigkeit, unter dem Geiz, unter der Habgier derjenigen zu leiden haben, die ihnen die Gesellschaft, der Staat an wirklicher Eltern Stelle vorgesetzt hat. Die ohnmächtige Verweisung von Stief- kindern aller Art, von unehelichen Kin- dern, von losgeronnenen Kindern, von Kin- dertoten, die ihr Elend unter Tränen essen, weil der Mangel der Kost- gabe daran steht, die Erinnerung an das tiefe Leid, das Menschen im jüngsten Alter er- leiden müssen, bloß weil sie leben — diese An- klage gegen uns alle rüttelte die Gemüter merklich auf. Und als der Redner schloß, es müsse ein Staat kommen — gleichgültig, ob bürgerlich oder gar sozialdemokratisch —, der "diese Tränen der Kinder abwische", gab es wärmsten Beifall.

Wir erinnern uns, das Bild bei Nean Paul suert kenne gelernt zu haben: er führt es mit dem Busch weiter aus, langer Regen, der in die Blüten schüttet, sei ihnen so schädlich.

Mit Befriedigung verließen wir diese Wähler- versammlung. Denn man hatte Zeit und Herz, sich zu beschäftigen mit kleinen, verbrügelten, verhängerten Menschenwesen, die keiner politischen Partei sich dankbar erweisen können, weil sie nicht einmal Wähler sind. Nun, der Schock, der die Tränen der Kinder abschafft, ist noch nicht da, wird nie kommen, weil auch seine höchste Güte ohnmächtig wäre gegen den Unfug der Natur. Kindern die liebenden Eltern zu rauben oder sie als Schrotten lieblos, un- mündiger Menschen ans Licht kommen zu lassen. Wohl aber kann die Gesellschaft darauf bedacht sein, daß die elterliche Fürsorge jolch unglück- lichen Kindern auf andere Art geboten werde, durch gute Menschen, würdigen, schuldlosen Weisen zu hegen, an ihnen Elternpflicht zu erfüllen.

Dieses edle Ziel verfolgt ein Geseh, das die profitorische Rationalisierungs in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen hat. Rasch und ohne Debatte; mit Interesse hörte man die warme, von praktischem Idealismus er- füllte Verantwortung des Staatssekretärs Danzig an, der mit dieser Vorlage des Staatssamtes für soziale Fürsorge an alle Par- teien sich wenden konnte — und einige Minuten später war sie glücklich erledigt. Eine gute Tat! Die Zeitungen berichteten nächsten Tages mit wenigen Zeilen von der erfolgten Annahme. Und so kam es, daß man von diesem schönen Werk, das den nächsten Titel "Geseh von So- zialer und unehelichen Kindern" führt, so wenig gebrochen und getrübt werden. Denn hiermit ein wenig autgemacht werden. Denn die Öffentlichkeit soll und muß mehr wissen, als daß es ein solches Geseh in Deutschland gibt.

Die Seele des Ganzen lebt in folgenden Bestimmungen:

Die Hebernahme von fremden Kindern unter vierzehn Jahren in Pflege (Stiefkinder) wird fortan von einer behördlichen Bewilligung abhängig gemacht; die Aufsicht über solche sowie über die bei ihren Eltern in Pflege befindlichen unehelichen Kinder ist von Staats wegen zu regeln. Die Befugnis zur Erteilung, zur Ver- weigerung und zum Widerruf der Bewilligung sowie zur Aufsichtsführung ist geeigneten Or- ganen der öffentlichen und privaten Jugend- fürsorge unter staatlicher Heberwachung in- solange zu übertragen, als noch nicht Vormund- schaftskräfte bestehen.

Da aber solche Vormundskräfte bisher noch nicht ins Leben treten, beabsichtigt unter Staatsamt für soziale Fürsorge nach den ver- öffentlichten Mitteilungen, für die Durchführung des Gesehes besondere Stiefkinder- rüststellen unter staatlicher Heberwachung zu schaffen. Als solche sollen bestehende Jugend- kinderheim- oder Gesundheitsämter der Landes- oder Gemeindeverwaltungen, Landesberufs- oder Gemeindegewerkschaften, Landesberufs- vormundskräfte, Bezirks-, und andere Heber- stellungen der Landesorganismen für Kinder- sorge- und Jugendfürsorge und schließlich andere geeignete Jugendfürsorgeorganisationen be- stimmt werden. Die Stiefkinderstellen werden die vom Geseh verlangte Bewilligung erteilen; sie haben die Pflegeverhältnisse durch besondere Heber- sorge- oder ehrenamtliche Heberinnen in ge'undheitslicher Hinsicht unter Leitung eines Arztes zu überwachen; sie haben auch ein Ver- zeichnis der Personen anzulegen, deren Pflege- stellung an dem Kasten von Stiefkindern fest- gestellt worden ist. Diesen ge'undheitsloser Frauenpersonen in Stadt und Land, die bis- nun durch Zeitungsannoncen Kinder veräußert oder unglücklich oder hartherziger Mütter in Kost bekamen, um an diesen armen Wärmern

ihre Habgier zu nähren und sie selbst verhungern zu lassen, diesem ganzen mörderischen Gewerbe ist damit der Garau gemacht. Die "schwarze Liste" der Aufsichtsstellen ist kein Tod. Ein "Erfolgs- mal der Schande, die der Volksmund "Engel- macherei" getauft hat, wird von uns genommen.

Selbstverständlich sind die mit der Aufsicht über die Pflege von Stief- und unehelichen Kindern betrauten Personen mit den nötigen Rechten zur Befichtigung der Kinder und ihrer Wohnungen usw. ausgestattet. Es braucht auch nicht herbeigehoben zu werden, daß bei Heber- tretungen der erlassenen Vorschriften Straf- bestimmungen vorgehen sind. Die politischen Behörden verhängen die Strafen (bis zu 1000 Kronen oder Arrest bis zu einem Monat, auch Verbindung beider Strafarten). Natürlich, soferne nicht eine nach dem Strafgesetzbuch schwebende Straftat vorliegt.

Man berechne die Kosten, die dem Staate aus der Durchführung des Gesehes erwachsen, auf ungefähr 800.000 Kronen jährlich, wobei man die Zahl der in Deutschland lebenden, von den Stiefkinderaufsichtsstellen zu über- wachenden Stief- und unehelichen Kinder mit rund 40.000 annahm. Besser ist Staatsgeld wohl nie verwendet worden — man braucht gar nicht an den Massenmörder Krieg zu denken, an den schrecklichen Geburtenrückgang, an das insolge der Ernährungsnot fürchterlich angewach- sene Säuglingssterben. Leider fehlen uns die Mittel, dieses Elend auszurufen. Aber wo wir vor- beugen können, müssen wir es tun.

Deutsche Dichter und Pädagogen (man denke nur an Goethe, Hebel und Dittes) sind einzig in der Beobachtung, daß die Kinder in Haus und Familie unsere strengsten Richter seien. Sie sind es auch im Staat. Güten wir uns, daß sie, groß geworden, zu unirenen Stiefkindern sich erheben.

12. III. 1919

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.

Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt haben sich in der letzten Zeit im Vergleich zur Zeit der Grippeepidemie des vorigen Jahres gebessert, sind aber trotz der ungewöhnlich milden Witterung ungünstiger als im Vorjahre. In der Woche vom 27. Februar bis 8. März betrug die Sterbeziffer der Einheimischen auf 1000 Einwohner 18.1 gegen 16.7 im Vorjahre. Es starben wöchentlich fast 100 Personen der Zivilbevölkerung im heurigen Jahre mehr als im Vorjahre. Die Säuglingssterblichkeit ist im Vergleich zu den Friedensjahren fast unverändert geblieben. Die Sterblichkeit des Greisenalters ist nur um wenig höher als im Vorjahre. Der Stand der Infektions-

krankheiten ist im allgemeinen niedrig. Es kamen nur zahlreichere Erkrankungen an Flecktyphus vor; mit einer weiteren Ausbreitung der Blattern ist zu rechnen, da der Impfschutz der Bevölkerung Wiens wegen des leider noch immer nicht gesetzlich geregelten Impfwesens und infolge der unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl begreiflichen Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung gegen die Impfung ein vielfach mangelhafter ist.

In den letzten Wochen ist im Bezirksteile Zwischenbrücken des 20. Bezirkes, sowie im angrenzenden Teile des 2. Bezirkes eine Reihe von Blatternerkrankungen vorgekommen. Trotz aller durchgeführten Vorbeugungsmaßnahmen kommen einzelne Nacherkrankungen immer wieder vor, was darauf zurückzuführen ist, daß unter den Bewohnern dieser Bezirksteile sich noch immer viele ungeimpfte, sowie seit langer Zeit nicht wieder geimpfte erwachsene Personen befinden. Das städtische Gesundheitsamt fordert daher abermals die Bevölkerung eindringlichst auf, alle ungeimpften Kinder sogleich impfen zu lassen und macht darauf aufmerksam, daß die weitverbreitete Ansicht, als ob die Vorname der Impfung während der kalten Jahreszeit weniger erfolgreich wäre wie im Sommer, eine vollkommen irrthümliche ist. Ebenso sollen alle jene Personen, welche nicht ohnehin während der Kriegsjahre mit deutlich sichtbarem Erfolge geimpft oder wiedergeimpft wurden, sich sogleich der Wiederimpfung unterziehen. Die unentgeltlichen Impfungen finden an allen Wochentagen um 3 Uhr nachmittags, an Sonn- und Feiertagen um 9 Uhr vormittags in den Amtsräumen der städtischen Bezirksärzte statt. Außerdem werden zur Bequemlichkeit der Bevölkerung in den hauptsächlich betroffenen Bezirksteilen des 2. und 20. Bezirkes während der Abendstunden Impfärzte unentgeltliche Impfungen in den Häusern vornehmen. Die Zeit der Impfungen wird den Hausparteien rechtzeitig bekanntgegeben werden.

14. III. 1919

(Die Schaffung von Mütterräten in Wien.)

In führenden ärztlichen Kreisen beschäftigt man sich, wie bereits seinerzeit gemeldet, seit einiger Zeit mit dem Plan, die als Kriegshilfswerk im Jahre 1914 von einem Damenausschuß geschaffene Einrichtung der „Kriegspatenschaft“ auf breiter, alle Bevölkerungsschichten erfassenden Grundlage in die Friedenswirtschaft zu übernehmen. Wie der verdienstvolle ärztliche Leiter der „Kriegspatenschaft“, Primararzt Direktor Dr. Moll von der Reichsanstalt für Mütter- und Kinderschutz, in einer gestern im Festsaale der Leopoldstädter Bezirksvertretung abgehaltenen Werbeversammlung ausführte, besteht der Plan, in allen Bezirken auf dem Grundsatz der Selbsthilfe ständige Mütterberatungsstellen einzurichten, die, von Frauen geleitet, nicht nur den Zweck haben, den Müttern aller Gesellschaftskreise Rat und Belehrung in allen die Kindererziehung und -Ernährung betreffenden Angelegenheiten zu erteilen, sondern auch durch Errichtung einer

entsprechend gegliederten Kinderversicherung den zügellosen Zuständen auf dem Gebiete des Findelkinder- und Waisenwesens Einhalt zu tun und dadurch die derzeit erschreckend hohe Kindersterblichkeit herabzumindern. Die von den Müttern zu zahlenden Versicherungsbeiträge, die, dem Einkommen nach abgestuft, mit 2 Kronen monatlich beginnen und bis zur Vollendung des vierzehnten Lebensjahres fortgesetzt würden, würden nach den angestellten Berechnungen hinreichen, um nicht nur Entbindungskosten und Stillbrämien zu bezahlen, sondern auch Ferienkolonien für bedürftige und schwache Kinder zu erhalten, und schließlich jedem versicherten Kinde nach Vollendung des vierzehnten Lebensjahres einen Barbetrag von mindestens 300 Kronen als Aussteuer einhändigen zu können.

Kinderaufzucht.**Eine interessante Tagung.**

Unter den Lebensfragen für Deutschösterreich, die gerade jetzt infolge der Wirkungen des langen, verheerenden Krieges zum allgemeinen Bewußtsein kommen, ist nicht an letzter Stelle die Heranziehung eines genügenden und

entsprechend kräftigen Nachwuchses zu nennen. In der Erkenntnis, daß die außerordentlich niedrige Geburtenzahl wenigstens die Sorge für die Erhaltung der Geborenen zur Pflicht macht, hat die Deutschösterreichische Gesellschaft für Bevölkerungspolitik einen Kreis von Fachmännern zusammengerufen, um die Fragen der Kinderaufzucht von dem Gesichtspunkt verschiedener Wissenschaften zu erörtern. Die deutschösterreichische Tagung über die Fragen der Kinderaufzucht soll, nachdem sie während des Krieges nicht abgehalten werden konnte, am 7. und 8. April in Wien im Anschluß an den für den 6. April einberufenen Tuberkulosekongress stattfinden.

Gegenstände der Beratung sind:

Statistik der Säuglingssterblichkeit. Berichterstatter: Regierungsrat Dr. Wilhelm Sedek (Wien). Für die Besprechung hat sich bereits zum Worte gemeldet: Med. Dr. Siegfried Rosenfeld (Wien). — **Mutter- und Schwangerenfürsorge.** Berichterstatter: Prof. Dr. Mathes (Zamsbruck). Für die Besprechung haben sich bereits zum Worte gemeldet: Med. Dr. Siegfried Weisk (Wien), Theol. Dr. Max Josef Meßner (Graz). — **Säuglingssterblichkeit und Bevölkerungspolitik.** Berichterstatter: Staatssekretär Dr. Ignaz Raub (Wien). Für die Besprechung ist zum Worte gemeldet: Prof. Dr. Johann Uebe (Graz). — **Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.** Berichterstatter: Dozent Primararzt Dr. Leopold Moll (Wien). Für die Besprechung haben sich bisher zum Worte gemeldet: Prof. Dr. Clemens Freiherr v. Pirquet (Wien), Med. Dr. Siegfried Weisk (Wien), Prof. Dr. Wilhelm Knöpfelmacher (Wien), Stadtarzt Dr. Otto Trinks (Mussia), Prof. Dr. Franz Hamburger (Graz), Dr. Max Josef Meßner (Graz), Dr. Alois Pontoni (Graz), Dozent Dr. Karl Hochlinger (Wien). — **Hebammenwesen.** Berichterstatter: Regierungsrat Prof. Dr. Ludwig Bischoff (Wien). Für die Besprechung haben sich bereits zum Worte gemeldet: Anna Friedl-Eichenthal (Wien), Hofrat Dr. Karl Ritter v. Selby (Wien). — **Säuglingsnahrung und Berufshormundschaft.** Berichterstatter: Landessekretär Dr. Richard Donin (Wien). Für die Besprechung sind zum Worte gemeldet: Prof. Dr. Oskar Spann (Wien), Margarete Koller (Brünn), Ministerialrat Prof. Robert Partsch (Wien), Direktor Josef Gold (Wien), Dr. Alois Pontoni (Graz), Landesgerichtsrat Dr. Bebel (Troppau), Dr. Karl Reinold (Vicenza). — **Sozialversicherung.** Berichterstatter: Sektionschef Dr. Julius Raab (Wien). Für die Besprechung hat sich zum Worte gemeldet: Dr. Leo Bertau (Wien).

29. III. 1919

Einige amtliche Ziffern über den Einfluß der Kriegsernährung auf den Gesundheitszustand.

Allgemeines:

Sterblichkeitsverhältnisse:

Es starben von je 1000 gleichen Alters

| in den Jahren | im 1. Lebensjahre | im Alter von 1-5 | im Alter von 70 und mehr Jahren |
|---------------|-------------------|------------------|---------------------------------|
| 1910 | 185.2 | 18.8 | 110.8 |
| 1917 | 147.6 | 15.9 | 147.1 |

Zunahme in % 9.7% 19.6% 33.4%

Verhältnis der Lebendgeborenen zu den Gestorbenen (ohne Totgeborene) in den Jahren 1913/1917 in der Stadt Berlin:

| | Lebendgeborene | Gestorbene |
|------|----------------|------------|
| 1913 | 40 833 | 28 067 |
| 1914 | 37 493 | 29 664 |
| 1915 | 30 993 | 24 572 |
| 1916 | 22 707 | 27 147 |
| 1917 | 18 725 | 34 122 |

Nach den Ziffern des Preussischen Statistischen Landesamts war in 22 Stadtkreisen die Sterblichkeit höher als in dem gleichen Zeitraum der letzten vier Friedensjahre:

| 4. Vierteljahr 1918 für die | 15-30jährigen | um | 16 | d. Hundert |
|-----------------------------|---------------|----|----|------------|
| 1. " 1916 " " | 31-60 | " | " | 17-18 |
| 1. " 1917 " " | 15-30 | " | " | 43 |
| 1. " 1917 " " | 31-60 | " | " | 62 |

Tuberkulose:

Es starben an Tuberkulose in 380 deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern von je 10 000 Einwohnern:

| | | | |
|------|------|------|------|
| 1913 | 15.7 | 1916 | 18.0 |
| 1914 | 26.0 | 1917 | 25.3 |
| 1915 | 16.8 | 1918 | 31.7 |

Nimmt man das Jahr 1913 hinsichtlich der Tuberkulosesterblichkeit als Normaljahr an, so hat sich in den obengenannten Orten diese Sterblichkeit vermehrt:

| | | | |
|------|----------|------|-----------|
| 1914 | um 1 456 | 1917 | um 27 824 |
| 1915 | " 4 431 | 1918 | " 43 320 |
| 1916 | " 8 405 | | |

In der Stadt Berlin war die Tuberkulosesterblichkeit für Männer im 3. Quartal 1917 um 40.1 Prozent größer als im 3. Quartal 1915 für Frauen zur gleichen Zeit um 91.7 Prozent größer.

Von den klinisch auf Tuberkulose untersuchten Kindern erwiesen sich als tuberkulose-infiziert:

| | vor dem Kriege | während des Krieges |
|----------------------------------|----------------|---------------------|
| Säuglinge im 1.-3. Monat | 0.0% | 2.4% |
| Kinder " 3.-12. " 2. Lebensjahre | 5.0 | 7.8 |
| " " 3. u. 4. " " | 12.0 | 23.0 |
| " " 5. u. 6. " " | 32.0 | 25.0 |
| " " 7.-10. " " | 33.0 | 50.0 |
| " " 11.-14. " " | 47.5 | 56.0 |
| | 50.0 | 66.0 |

Von allen unter 14 Jahre alt sezletten Kindern litten an Tuberkulose:

| | |
|-------------------------------|-------------------|
| in den Friedensjahren 1910-14 | = 5-8 vom Hundert |
| 1916 | = 44 " " |

29. III. 1919

147

Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens.

Der Krankenstand und die Sterblichkeit sind in der Zeit vom 16. bis 27. März noch hoch gewesen; es hat den Anschein, daß die Grippe wieder in Zunahme begriffen ist, da die Todesfälle nach Influenza und Lungenentzündung zahlreicher geworden sind. In der ersten Jahreswoche bezifferte sich die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes mit 18·5 gegen 18·3 in der Vorwoche und 16·1 im Vorjahre. An Lungentuberkulose sind 192 Personen gestorben gegen 190 in der Vorwoche, an Influenza 27 gegen 14, an Lungenentzündung 80 gegen 61.

An Flecktyphus sind 9 Zivil- und 25 Militärpersonen, sämtlich Heimlehrer, erkrankt; von den Zivilpersonen waren 5 ortsfremd, 3 Heimlehrer, beziehungsweise deren Angehörige, ein Fall war bezüglich der Infektionsquelle unbekannt. An Blattern waren 5 Personen im Anschlusse an die Blatternfälle in der Borgartenstraße—Engerthstraße erkrankt. Die übrigen Infektionskrankheiten wiesen normale Verhältnisse auf.

31./II. 1919

Die Quarzlampe als Retterin armer Kinder.

Bestrahlung und Ernährung.

Im alten „Caritas“-Hause, 7. Bezirk, Kaiserstraße Nr. 32, ist im Oktober des vorigen Jahres in aller Stille eine Neueinrichtung geschaffen worden, die sich in der kurzen Zeit ihres Bestandes als sehr erfolgreich erwies. Das dort errichtete Ambulatorium für Röntgenbestrahlung tuberkulöser armer Kinder, das erste seiner Art in Wien, da es Bestrahlung und Ernährung verbindet, dankt seine Anregung, Gründung, Ausgestaltung und Führung Frau Serena Leberer, die zwei ähnliche Anstalten schon vorher in Ungarn in die Wege geleitet hatte, die eine in Budapest im Weißen-Kreuz-Spital unter Leitung des Professors Dr. Berend, die andre in Raasd im Allgemeinen Krankenhaus unter der Leitung des Herrn Direktors Dr. v. Böh.

Im Wiener Ambulatorium, dessen ärztliche Einrichtung Dozent Dr. Wolf, Primarius der Lungenheilstätte, leitet, sind eine Arztin, Frau Dr. Wolf-Friedland, und geschulte Schwestern tätig, und es werden in den ersten Monaten bereits 181 Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren erfolgreich behandelt. Es sind zwei Bestrahlungsräume vorhanden, in denen von mittags bis abends ununterbrochen mittels Quarzlampe bestrahlt wird. Ärztliche Sprech- und Untersuchungsstunde ist täglich von 3 bis 4 Uhr.

Zur Behandlung gelangen Kinder, die an Lungenemphysem, Bronchitis, Drüsenentzündung, Nephritis, Blutarmerie und Unterernährung leiden. — Die bisher erzielten Erfolge sind ausgezeichnet, indem Kinder Gewichtszunahmen von einem bis vier Kilogramm nach dreimonatiger Behandlung aufweisen. Die Katarakte hatten sich wesentlich gebessert, und somit war der Tuberkulosegefahr wirksam entgegengearbeitet.

Dem Ambulatorium ist ein Kinderhort angegliedert, der unter der Leitung einer zuverlässigen Pädagogin steht und der von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends geöffnet ist; die Kinder bekommen hier nahrhafte, ausreichende Krankenkost, was sich ja in der Gewichtszunahme ausdrückt, schlafen nach dem Essen eine Stunde auf den Ruhebetten, lesen und spielen dann, machen Handarbeiten, genießen Handfertigkeitsunterricht und werden regelmäßig gereinigt und gebadet.

Zu Beginn der warmen Jahreszeit werden Freiluftkuren auf einer Dachterrasse und in einer Siegehalle im Garten des Hauses begonnen werden. Eine besonders innige Verbindung der Anstalt besteht mit der Lungenheilstätte, indem von dort Kinder zur Allgemeinbehandlung dem Ambulatorium zugewiesen werden, während andre, wenn nötig, an die Lungenheilstätte abgegeben werden.

Die Anstalt arbeitet in musterbildender Weise schon seit einem halben Jahre, und es wäre zu wünschen, daß ähnliche Anstalten allmählich in allen Bezirken Wiens zur Aufstellung gelangen zum Wohle der vielen leidenden Kinder, die sonst viel-
fach einer tödlichen Krankheit zum Opfer fielen.

8.7.1919

Mutterschutz und Kindererziehung.

Im Sitzungssaal der Gesellschaft der Ärzte begann gestern die für zwei Tage in Aussicht genommene Tagung über die Fragen der Kindererziehung.

Dr. Wilhelm Heide verwies darauf, daß in Deutschösterreich beinahe der fünfte Teil aller Geborenen im ersten Lebensjahr dahingerafft werde. Dies habe sich auch während des Krieges nicht geändert, obgleich die Säuglingssterblichkeit Hand in Hand mit der Geburtenzahl bis unter die Hälfte herabgesunken sei. Dr. Siegmund Rosenfeld sagte, daß die Zahl der verstorbenen Säuglinge besonders durch die in den Flüchtlingslagern verstorbenen Säuglinge eine große Erhöhung erfahren habe. Professor Dr. P. Rathes (Zunsbrunn) sprach über Mutterschutz und Schwangerschaftspflege, wobei er als Ursache der Schutzbedürftigkeit die steigende Teilnahme der Frauen an der Erwerbstätigkeit und die Rationalisierung des heutigen Kulturlebens bezeichnete. Wichtig sei ein allgemeiner Mutterschaftsunterricht, ferner, gleichfalls in prophylaktischer Hinsicht, die Bekämpfung des präventiven Geschlechtsverkehrs und die Bekämpfung der absichtlichen Schwangerschaftsunterbrechung. Ferner als Schutz der Mutterschaft die Pflege der Schwangeren, der Gebärenden und der Wöchnerin. Die gesetzlichen Forderungen von heute seien unzureichend, die Kosten des Mutterschutzes habe der Staat zu tragen und sie seien am besten durch eine eigene Bevölkerungsteuer aufzubringen.

Sektionschef Dr. J. Raup legte dar, daß die Totenverluste Deutschösterreichs infolge des Weltkrieges und der Wirkungen der Hungerblockade 291 von Tausend der Bevölkerung oder 121 von Tausend der wehrpflichtigen Jahrgänge höher als die Mittelzahlen von 153 oder 93,4 für Österreich überhaupt betragen. Der Geburtenverlust infolge Kriegseinwirkungen betrage 400.000 bis 500.000. Bis Ende 1917 sind mehr als 1.000.000 Personen in Deutschösterreich an Unterernährung gestorben. Im Jahre 1913 betragen die Geschlechtsungen für die jetzigen deutschösterreichischen Gebiete 53.169, im Jahre 1917 31.419. Lebendgeborene waren im Jahre 1913 184.685, im Jahre 1915 103.402. Im Jahre 1913 starben 143.233, im Jahre 1917 162.429. Eine Volkserneuerung und Schadensgutmachung kann nur erfolgen durch Vermehrung der Zahl der auf eine Ehe entfallenden Kinder auf Grund einer zielbewußten Familien- und Geburtenpolitik; durch Sicherstellung einer Zuwanderung bei Vermeidung jeder weiteren Bevölkerungsverluste infolge Auswanderung und durch Besserung der Aufzuchtbedingungen für unsere Jugend aller Altersgruppen.

Dr. med. Weich habe die Notwendigkeit der Errichtung von Sterbehäusern zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit namentlich in den ärmeren Bezirken hervor. Dr. Wartsch verwies auf das Mißverhältnis in der Sterblichkeit der unehelichen Kinder gegenüber den ehelichen, weshalb sich die Säuglingsfürsorge in erster Linie auf die unehelichen Kinder erstrecken müsse.

Damit waren die Beratungen des ersten Tages beendet.

Kriegspatenschaft und Säuglingsfürsorge.

Im Saale der Gesellschaft für Ärzte tagte gestern die Kriegspatenschaft. Sie verfügt, wie der Vorsitzende Dr. Baerreichler mitteilte, heute über einen Fonds von 1 1/2 Millionen Kronen. Würde sie in der bisherigen Weise fortgeführt, so bedeutete das einen Abbau der Einrichtung. Mehr als je bestche aber heute eine große Kindernot; es müsse also die Kinderfürsorge in anderer Weise fortgesetzt werden. Frau Bertha Fränkl-Scheiber berichtete, daß mehr als 6.900.000 Kronen für die Säuglingspflege ausgegeben wurden und 80.000 Kinder daran teilnahmen. — Primarius Dr. Leopold Wolf konnte mitteilen, daß sich die Fürsorge auf die Hälfte der in Wien geborenen Kinder erstreckte und daß sich 69 Prozent dieser Säuglinge gesund entwickelten. Seit dem Ende des Krieges werde die Einrichtung weniger benötigt. Die Zahl der Aufnahmen ist von 4000 auf 2340 im letzten Jahre gesunken. — Dr. Raup besprach die Kindersterblichkeit im allgemeinen und konstatierte, daß die Todesfälle im frühesten Kindesalter in den Jahren 1913 bis 1915 von 2000 auf 4000 gestiegen. Im letzten Jahre ist keine Steigerung eingetreten, doch das ist leider nur auf den Rückgang der Geburten zurückzuführen, der 40 Prozent betrage. Die ausländischen Missionen haben ja diese Verhältnisse studiert und so sei wohl zu hoffen, daß sie hier einen Ernährungszuschuß für die Kleinkinderfürsorge erwirken werden.

8.7.1919

Tagung der Kriegspatenschaft.

Im Saale der Gesellschaft für Nerzie fand gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Baernreither die Tagung der Kriegspatenschaft statt, auf welcher auch Fragen für die künftige Organisation der Säuglingsfürsorge und des Kinderschutzes zur Erörterung gelangten. Dr. Baernreither führte in der Eröffnungsansprache aus, daß die Kriegspatenschaft auf einem Scheidewege angelangt sei. Sie verfüge über einen Reservefonds von 1 1/2 Millionen Kronen. Sie auf dem jetzigen Wege weiterzuführen, würde ihren Abbau bedeuten. Mehr als je könne man heute von einer großen Kindermot reden. Die heutigen Zustände bedeuten eine große Gefahr für die Kinder und nur durch das Zusammenwirken des Staates und der beruflichen Organisationen könne dieser Gefahr entgegengetreten werden. Angefaßt dieser Lage

werde nun der Plan erwogen, die Kriegspatenschaft zu einer großen Säuglingsfürsorge-Institution zusammenzufassen, die unter Einflunahme des Staates lückenlos das System der Säuglingsfürsorge übernimmt und deren Ausbau — von unten hinauf — dem Geiste der neuen Zeit entsprechen muß. Es handelt sich um eine Teilnahme aller aktiv und passiv Beteiligten an dieser Organisation, um ihre Demokratisierung im weitestgehenden Sinne des Wortes. Im Vollzugsausschusse müssen alle Klassen der Bevölkerung vertreten sein, denen der Beitritt durch möglichst kleine Beiträge ermöglicht werden solle, dann wird auch eine bleibende Säuglingsfürsorge-Institution geschaffen werden. (Beifall.)

Hofrat Professor Eifelsberg anerkannte in seiner Begrüßungsansprache den charitativen Zweck der Kriegspatenschaft. Ueber die Tätigkeit des Damenkomitees in den letzten vier Jahren erstattete Vizepräsidentin Frau Berta Fränkel-Schreiber einen eingehenden, mit lebhaftem Beifalle aufgenommenen Bericht.

Primarius Dr. Leopold Woll hob in seinem Berichte über die ärztliche Fürsorgetätigkeit mit Genugtuung hervor, daß die Säuglingssterblichkeit in Wien dank der erprießlichen Tätigkeit der Kriegspatenschaft auf ein Minimum gesunken sei. Ihre Fürsorge erstreckte sich auf die Hälfte der in Wien geborenen Kinder. Dr. Woll trat für einen weiteren Ausbau der Säuglingsfürsorge, für eine Aufklärung der Mütter, für Schaffung einer Kinderversicherung ein, die es ermögliche, dem Kinde mit dem 14. Lebensjahre einen Betrag von mehreren hundert Kronen zu übergeben und aus deren Extragnüssen ein Fonds für Kinderfürsorge geschaffen werden soll. Er sprach sich für die Institution der Mütterräte, für die Betreuung der kleinen Kinder bis zu drei Jahren, für Gemeinschaftsküchen aus, die unter Fürsorge der Entenmissionen vom Ausland mit Lebensmitteln versorgt werden sollen.

Nach Entgegennahme der Berichte der Herren Doktor Hamny und des Kassaverwalters Dr. G. Zirn staltete Sektionschef Dr. Nany namens des Amtes für Volksgesundheit der Leitung der Kriegspatenschaft und allen Nerzten den Dank für ihre verdienstvolle Tätigkeit ab. Er besfürwortete die Errichtung von Schwangerenheimen in Verbindung mit Mütterheimen, von kleinen Entbindungsstationen außerhalb Wiens und kam auf die Ergebnisse der Forschungen der ausländischen Missionen, betreffend den Ernährungszustand der Kinder in Wien, zu sprechen. Die Kleinkindersterblichkeit, namentlich in den Bezirken Dörfing und Favoriten, weist erschreckende Ziffern auf. Die Zahl der Todesfälle von Kindern im frühesten Alter sei in den Jahren 1913 bis 1915 von 2000 auf 4000 gestiegen, betrug im Jahre 1917 2800. Im letzten Jahre sei keine Zunahme eingetreten, dies sei zurückzuführen auf den Geburtenrückgang, der 40 Prozent betrage. Diese Ziffern werden die Missionen wohl veranlassen, helfend einzugreifen, und vielleicht werde es gelingen, Ernährungsabusen für Kleinkinder zu erwirken. Redner betraucht die Notwendigkeit der Errichtung von Kleinkinderpielplätzen, namentlich Sandspielplätzen, und trat in warmen Worten für eine Fürsorgeaktion für kinderreiche Familien ein. Die Kriegspatenschaft soll in eine Volkspatenschaft umgewandelt werden, die im Volkstum immer festere Wurzeln fassen soll.

8. IV. 1919

Deutschösterreichische Tagung für Kinder- aufzucht.

Heute vormittag begann im Sitzungs-
saale der Gesellschaft der Ärzte die für zwei Tage anberaumte Tagung der
Deutschösterreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik über
Kinderaufzucht, der mit Rücksicht auf die hohen
Menschenverluste Deutschösterreichs im Weltkriege besondere
Bedeutung zukommt. Eröffnet wurde die Tagung durch
Begrüßungsworte des Vorsitzenden der Gesellschaft, Professors
Dr. Viktor Mataja, der darauf hinwies, daß die Tagung
zuerst für Oktober 1918 als österreichisch-ungarische in Aussicht
genommen war, bemerkte aber, daß die Restriktion des
Geltungsbereiches der Tagung keineswegs die Bedeutung der
zur Beratung gelangenden Fragen gemindert hat. Im Namen
der Gesellschaft der Ärzte begrüßte in Vertretung des erkrankten
Präsidenten Professors Dr. Eissler Professor Dr. Falkauf
die Versammlung.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Statistik der
Säuglingssterblichkeit, sprach als Berichterstatter
Regierungsrat Dr. Wilhelm Heide. Die Sterblichkeit der
Kinder unter einem Jahre war schon im alten Oesterreich außer-
ordentlich hoch und wurde nur von Rußland, Ungarn und
Bayern übertroffen. Auch in Deutschösterreich wird immer noch
beinahe der fünfte Teil aller Geborenen im ersten
Lebensjahre dahingerafft. Besonders ungünstig liegen die Ver-
hältnisse in Nieder- und Oberösterreich, in Deutschböhmen und
im Sudetenland. Dagegen zeichnet sich insbesondere Böhmen durch
geringe Säuglingssterblichkeit aus. Die Statistik kann
über die Ursachen der Säuglingssterblichkeit keinen erschöpfenden
Aufschluß geben, da die Schwankungen innerhalb der Länder
in den einzelnen Bezirken sehr stark sind, sie muß vielmehr
durch örtliche Beobachtung ergänzt werden.

In der Wechselrede wies Dr. Rosenfeld darauf hin,
daß eine der Ursachen der Zunahme der Säuglingssterblichkeit
in der Zuwanderung von Flüchtlingen aus dem Osten, aus
Gegenden mit erhöhter Säuglingssterblichkeit liege. Ministerial-
rat Bartsch erhofft von der kürzlich eingeführten Zieh-
kinderordnung günstigen Einfluß auf die Kinderaufzucht.

Zum Punkt Mutterchutz und Schwangeren-
fürsorge erstattete Professor Dr. Mathes (Innsbruck)
das Referat. Mutterchutz sei eine soziale Pflicht. Die Fürsorge
habe sich auf Verheiratete und Ledige, auf letztere vielleicht
noch in besonderem Maße, zu erstrecken. Die gesetzlichen Vor-
kehrungen von heute sind unzureichend. Die Kosten des Mutter-
schutzes habe der Staat zu tragen und die Mittel dazu können
am besten durch eine eigene Bevölkerungssteuer nach
bestimmten Grundsätzen aufgebracht werden. Mit der Durch-
führung der Fürsorgebestrebungen sind private Organisationen
zu betrauen, die, einheitlich ausgebaut, unter staatlicher Aufsicht
wirken.

Bis Ende 1917 100.000 Personen an Unter- ernährung gestorben.

Das Referat über Säuglingssterblichkeit und
Bevölkerungspolitik erstattete Sektionschef Doktor
Raup. Die Totenverluste Deutschösterreichs sind mit 291 auf
Tausend der Bevölkerung oder mit 121 auf Tausend der wehr-
pflichtigen Jahrgänge höher als die Mittelzahlen für Oesterreich
überhaupt. Auch die Zahl der Invaliden ist relativ höher als bei
den anderen Nationalstaaten auf österreichischem Boden. Hierzu
kommt noch der sturzähnliche Rückgang der Geburtenzahlen in
Deutschösterreich um 43 Prozent gegenüber den Friedenszahlen,
in Wien sogar bis zum Jahre 1918 um 52,5 Prozent. Der
Geburtenverlust infolge Kriegseinwirkungen beträgt 400.000 bis
500.000. Ueberdies hat während der Kriegszeit die Sterblichkeit
der mehr als fünfjährigen um 23,6 Prozent zugenommen. Allein
bis Ende 1917 sind mehr als 100.000 Personen
in Deutschösterreich an Unterernährung ge-
storben, und die Entwicklung der Jugend ist durch Hungere-
inwirkung schwer geschädigt. Als Mittel für eine Volksver-
mehrung führte der Berichterstatter an: Vermehrung der Zahl der auf eine
Ehe entfallenden Kinder auf Grund einer zielbewußten Familien-
und Geburtenpolitik, Sicherstellung einer Zuwanderung bei Ver-
meidung jeder weiteren Volksverluste durch
Auswanderung und Besserung der Aufzuchtbedingungen
für die Jugend aller Altersgruppen. Sektionschef Dr. Raup schlug
in seinen weiteren Ausführungen vor: Ausgleich der
wirtschaftlichen Lage zwischen Ledigen, den kinderlosen
und kinderarmen Ehepaaren einerseits und den kinderreichen
Familien andererseits. Zu diesem Zwecke sollen eine großzügige
Mutterchafts- und Kinderfürsorge im Rahmen einer erweiterten
Familienversicherung nach dem Mutter der Invalidenversicherung
oder einer Elternschaftsversicherung und in Ergänzung eine
Kinderzulagenversicherung für Beamte geschaffen werden. Wieder-
ansiedlung des alten Einwandererstromes von Süd-
deutschland her und Unterbringung des überschüssigen Volks-
tums von den deutschen Siedlungsgebieten des früheren Ungarn
und aus den Sprachinseln der anderen Nationalstaaten. Diese
Zuwanderung könnte im Zusammenhange mit der Belegung
unserer Industrie durch Ausnützung unserer reichen Wasser-
kräfte und des Gewerbes (Kunstgewerbes) und der Intensivierung
des Ackerbaues erfolgen. Verminderung der Säug-
lingssterblichkeit. Zur Erreichung dieses Zieles ist die
Schwangerenfürsorge auszubauen, der Wöchnerinnenchutz und die
Mutterchaftsfürsorge auszugestalten, die Säuglingsfürsorge auf
das Kleinkindesalter bis zur Schulspflicht zu erweitern. Redner
empfahl schließlich die Anlage eines Schwangeren- und Säuglings-
katasters und die Fortführung der Gesundheitsblätter durch das
vorschul-, schul- und nachschulpflichtige Alter bis zum Eintritt
in eine Krankenkasse und bemerkte, daß nur Volksvermehrung
und Volksökonomie allein die Zukunft Deutschösterreichs sichern
können.

9. / IV. 1919

Die Tagung für Kinderpflege.

In Fortsetzung der Beratungen über die Fragen der Kindererziehung sprach heute Direktor Dr. Richter über das Kostkindergesetz. Der Vortragende betonte, daß ein außerordentlich wichtiger Punkt, nämlich die Erlaubnis der Pflanzschaftsbehörde zur Abgabe von Säuglingen in fremde Pflege, in dem neuen Gesetze nicht berücksichtigt worden sei. Ueber die Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit berichtete Primarius Dr. Moll, der für eine allgemeine Einführung der Mutterschaftversicherung, der Stillkassen und Mutterräte, Schaffung von Entbindungs- und Säuglingsheimen und Fabrikstillkrippen eintrat und die Regelung der Ammenfrage befürwortete. Medner besprach auch das Zusammenwirken von Fürsorgerin und Fürsorgearzt bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Schließlich gab er seinen Bedauern darüber Ausdruck, daß die medizinische Fakultät der Tagung nicht mehr Interesse entgegenbringe und empfiehlt die Errichtung von Fortbildungskursen für erwachsene Mädchen über die Aufgabe der Frau als Mutter. Professor Dr. Bisfacel berichtete über das Hebammenwesen und forderte die soziale Hebung dieses Standes.

Die Frage „Säuglingsschutz und Berufsvormundschaft“ behandelte der n.ö. Landesverwaltungssekretär Dr. Richard R. Dorn, der bekannte Organisator und Begründer der Generalvormundschaften, in einem ausführlichen Bericht. Er besprach zunächst die geschichtliche Entwicklung der Berufsvormundschaft und ihre Verbindung mit der Säuglingsfürsorge und bemerkte, daß Träger der Berufsvormundschaft keine Einzelperson, sondern eine Organisation sein muß. Nur eine gut organisierte Berufsvormundschaft, zu der neben dem Berufsvormunde auch der Arzt, die Fürsorgerin und womöglich auch ehrenamtliche Kräfte gehören, ist in der Lage, die Säuglingssterblichkeit wirksam zu bekämpfen. Medner schilderte sodann die Aufgaben der Berufsvormundschaft und deren gesetzliche Grundlage und legte als Beispiel die Einrichtungen der niederösterreichischen Landes-Berufsvormundschaft dar, die auf amtlicher Grundlage die Unterhalts- und pflegerische Fürsorge der Säuglinge in den Städten und auf dem flachen Lande verbinden. Als Fürsorgeeinrichtungen der Berufsvormundschaft erwähnte Dr. Dorn: Mutterberatungsstellen, Milchverteilungsstellen, Beifloßverteilung, Säuglingspflegerkurse für Erwachsene und Bürger-schülerinnen, Wäschebeschaffung, Stillbelohnungen, Pflegestellenvermittlung, Sicherung des Unterhaltes, namentlich der unehe-lichen Säuglinge und Rechtsfürsorge. Am Schlusse seiner Ausführungen besprach der Berichterstatter die bezüglichen beson-deren Einrichtungen in den einzelnen Städten und Ländern Deutschösterreichs. In der Debatte beleuchtete Sektionschef Dr. Raup die großen Gefahren der Milchnot in Wien und teilte mit, daß schon in nächster Zeit durch Vermittlung der Schwäbisch-Kinderwäshe zur Verfügung gestellt werden wird.

In seinem Bericht über Sozialversicherung und Kinder-schutz stellte Dr. Hillmahr folgende Forderungen auf: Mutterschutz und Kinderfürsorge durch die Krankenkassen, Einbeziehung der Familienangehörigen in die Versicherung, Still-prämien und Errichtung von Kinderambulatorien durch die Krankenkassen, sowie Begünstigung kinderreicher Familien bei Bemessung der Versicherungsleistungen.

Damit war die meritorische Tagesordnung, die sicher viele Anregungen für die Kinderpflege gebracht habe, erschöpft und der Vorsitzende Professor Dr. Matzka konnte in seinem Schlußwort mit voller Befriedigung auf den Verlauf der Tagung hinweisen, durch die hoffentlich die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit auf die besprochenen Fragen gelenkt worden sei.

9. IV. 1919

Mutterschutz und Kinderaufzucht.

Die Verhandlungen über Mutterschutz und Kinderaufzucht, die Montag im Sitzungssaal der Gesellschaft der Ärzte begannen, wurden gestern zu Ende geführt.

Direktor Dr. Nieher besprach das *Kostkindergesetz*, das kürzlich erlassen wurde, und bedauerte, daß die Erlaubnis der Pflégelichsbehörde zur Abgabe von Säuglingen in fremde Pflege in dem neuen Gesetz nicht berücksichtigt worden ist. Als eine wichtige Bestimmung des zu schaffenden *Amnengesetzes* bezeichnete er, daß keiner Frau gestattet werden darf, sich als Amme zu einem fremden Kinde zu verpflichten, wenn sie nicht das eigene Kind mindestens drei Monate selbst gestillt hat.

Ueber die Maßnahmen zur

Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit

Berichtete der Direktor der Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge Primarius Dr. Leopold Moll.

Professor Dr. Bistacek empfahl zum Zwecke der Mitarbeit der Hebammen in der Verdüsterungspolitik die wirtschaftliche Sicherstellung und soziale Hebung des Hebammenstandes und im Zusammenhang damit eine Ausgestaltung des Hebammenunterrichts.

Dr. Richard Kurt Donin sprach über Berufsvormundschaft und ihre Verbindung mit der Säuglingsfürsorge. Träger der Berufsvormundschaft könne keine Einzelperson, sondern müsse eine Organisation sein. Nur eine gut organisierte Berufsvormundschaft, zu der neben dem Berufsvormund auch der Arzt, die Fürsorgerin und womöglich auch ehrenamtliche Kräfte gehören, ist in der Lage, die Säuglingssterblichkeit wirksam zu bekämpfen.

Dr. Roswald erklärte, daß man die Säuglinge von den Müttern nicht trennen solle, wenn es nicht notwendig erscheint. Die Beibehaltung der Milchabgabestellen entspricht einem dringenden Bedürfnis und ein guter Erfolg in der Säuglingsfürsorge sei nur dann zu erwarten, wenn alle Fürsorgeaktionen von einer einheitlichen Organisation unternommen werden. Vor allem müsse aber das Vertrauen der Mütter erworben werden. Denn gerade diejenigen Mütter, die der Fürsorge am meisten bedürfen, haben eine gewisse Abneigung gegen Wohltaten. Diese müssen belehrt werden, daß, wenn sie das Fürsorgeamt in Anspruch nehmen, ihnen keine Wohltat erwiesen wird, sondern daß sie eine Pflicht erfüllen.

Sektionschef Kaup verweist auf die dringende Notwendigkeit, die Säuglingsfürsorge auch auf eheleiche Kinder auszudehnen, denn nur so werde der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit erfolgreich geführt werden können. Auch müssen Nahrungsmittele-reserven angelegt werden, damit nicht, wenn, wie dies jetzt der Fall ist, die Milchzufuhren rapid sinken oder ganz ausbleiben, eine große Säuglingssterblichkeit eintritt. Ebenso dringend sei die Beschaffung von Wäsche. Durch Vermittlung der Schweizer Fürsorgestellen haben die englischen und amerikanischen Frauen eine Wäsche-sammlung eingeleitet, bald werde eine solche Wäsche-sendung eintreffen, wodurch es möglich sein wird, wieder Wäsche ausgeben zu können.

Sozialversicherung und Mutterschutz.

Sektionsrat Hillmayer vom Sozialversicherungsamt sprach über Sozialversicherung und Kinderaufzucht. Die Arbeiterkranken-kassen waren die ersten Institutionen, die der Säuglingsfürsorge ihr Augenmerk zuwendeten. Die Einrichtungen der

Sozialversicherung sind in hervorragendem Maße geeignet, die Maßnahmen zur Aufzucht eines gesunden und kräftigen Nachwuchses zu fördern. Beim Ausbau der Sozialversicherung wird auf dieses Ziel besonders Bedacht zu nehmen sein. In erster Linie fällt den Krankenkassen und ihren Verbänden die Aufgabe zu, im Zusammenwirken mit allen anderen beruflichen Stellen den Mutterschutz und die Kinderfürsorge zu pflegen. Deshalb ist auch die weiteste Ausdehnung des Kreises der Versicherten und die Einbeziehung der Familienangehörigen in die Versicherung dringend geboten. Weiter sollen die Krankenkassen ihre Aufmerksamkeit auf die Förderung des Selbststehens der Mütter und die Errichtung von Kinderambulatorien lenken. Die Renteninstitute der Sozialversicherung können durch Gewährung billigen Realcredits insbesondere bei Errichtung kostspieligerer Heilanstalten und auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge die Bestrebungen zur Kinderaufzucht wirksam fördern. Besonders wichtig ist auch die Forderung, daß kinderreichen Familien bei der Bemessung der Versicherungsleistungen Begünstigungen gewährt werden.

9./IV. 1919

(Enquete über die Kindererziehung.) Während der gestrigen Tagung über die Fragen der Kindererziehung sprach Primarius Dr. Leopold Moll, Direktor der Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge, über die Ursachen und die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Diese sei überall dort sehr häufig, wo den Müttern die Möglichkeit und die Fähigkeit fehlen, ihren Still- und Pflegepflichten nachkommen zu können. Um den arbeitenden Müttern diese Möglichkeit zu verschaffen, sei eine Erweiterung der in der Sozialversicherung gegebenen Mutter- und Säuglingsfürsorge notwendig. Prof. Dr. L. Biskaczel sprach über das Hebammenwesen, Dr. Donin referierte über Säuglingsfürsorge und Berufsvormundschaft. Ministerialrat Dr. Bartsch kennzeichnete das Wesen und die Vorteile der Berufsvormundschaft. Sektionschef Dr. Paup führte aus, daß die Fürsorge für die ehelichen Kinder noch im Rückstand sei. Doch halte er einen Eingriff der Berufsvormundschaft in die Familie nicht für zweckdienlich. Schließlich besuchte er die große Gefahr der Milchnot in Wien. Dr. Kolisek trat für eine Organisation sämtlicher Fürsorgeorganisationen unter Vermittlung des Jugendamtes ein. Ueber den letzten Verhandlungspunkt, „Sozialversicherung und Kindererziehung“, erstattete der Rat des Sozialversicherungsamtes Dr. Sillmayer das Referat. Mit einem Schlusswort des Vorsitzenden Prof. Dr. Wataja fanden die Beratungen ihren Abschluß. Der Tagung wohnten unter anderen als Vertreter des Unterrichtsamtes Ministerialrat Mayer des Staatsamtes für Volksernährung Ministerialrat Dr. Degischer, des Landesrates von Steiermark Oberamtsrat Dr. Neuner bei.

9./IV. 1919

Die Zukunft unserer Kinder.

Die Deutschösterreichische Tagung für Kinder-
aufzucht wurde gestern fortgesetzt.

Direktor Dr. Riether besprach das Kost-
kinder-gesetz, das kürzlich erlassen wurde. Er
bedauerte, daß ein außerordentlich wichtiger Punkt,
nämlich die Erlaubnis der Pflugschäftsbehörde zur
Abgabe von Säuglingen in fremde Pflege, in dem
Gesetze nicht berücksichtigt worden ist. Als eine wichtige
Bestimmung des zu schaffenden Ammengesetzes be-
zeichnete Redner, daß keiner Frau gestattet werden
darf, sich als Amme zu einem fremden Kinde zu ver-
binden, wenn sie nicht das eigene Kind mindestens
drei Monate selbst gestillt hat.

Ueber die Maßnahmen zur Bekämpfung
der Säuglingssterblichkeit berichtete der
Direktor der Reichsanstalt für Mutter- und Säug-
lingsfürsorge Dr. Moil. Er forderte Klarlegung
der Ursachen der Säuglingssterblichkeit und trat für
eine allgemeine Einführung der Mutterschafts-
versicherung, der Stillkassen und der Mutterräte ein.
Er besprach dann die hervorragende Rolle, die der
Fürsorgerin und dem Fürsorgearzt bei der Be-
kämpfung der Säuglingssterblichkeit zukommt. Es
müsse aber auch den Ärzten Gelegenheit gegeben
werden, sich in der Säuglingsheilkunde entsprechend
auszubilden.

Professor Dr. Knöpfelmacher schlug zur
Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vor: gesetz-
liche Festlegung des Schwangeren-, Säuglings- und
Kleinkinderschutzes für Stadt und Land; die Dotie-
rung der Einrichtungen und der notwendigen Geld-
mittel seitens des Staates, beziehungsweise der Ge-
meinden zur Förderung des Stillens und der Pflege
der Säuglinge; die Zusammenschaffung aller auf
diesem Gebiete tätigen Vereinigungen und Anstalten
in eine Organisation; Vorsorge für den Unter-
richt in der Säuglingskrankenbehandlung und in
der Pflege; Errichtung von Säuglingspitälern und
die Beistellung von Kuhmilch zur Ernährung von
Säuglingen seitens der Gemeinden.

Zum Verhandlungspunkte Hebammen-
wesen empfahl der Berichterstatter Professor Doktor
Bislatzel zum Zwecke der Mitarbeit der
Hebammen in der Bevölkerungspolitik die wirtschaft-
liche Sicherstellung und soziale Hebung des
Hebammenstandes und im Zusammenhange damit
eine Umgestaltung des Hebammenunterrichtes.

Hofrat Dr. Sellh erklärte die Bereitwilligkeit
der in Betracht kommenden Ämter, eine durch-
greifende Reform des Hebammenwesens im Sinne
des Referenten durchzuführen. Dr. Heinrich Grün
trat für die Verstaatlichung des Hebammenwesens ein.

Ueber Säuglingschutz und Berufs-
vormundschaft referierte Dr. Donin. Nur eine
gut organisierte Berufsvormundschaft, zu der neben
dem Berufsvormunde auch der Arzt, die Fürsorgerin

und womöglich auch ehrenamtliche Kräfte gehören, ist
in der Lage, die Säuglingssterblichkeit wirksam zu
bekämpfen. Redner schilderte sodann die Aufgaben
der Berufsvormundschaft und deren gesetzliche
Grundlage und legte als Beispiel die Einrichtungen
der niederösterreichischen Landesberufsvormundschaft
dar, welche auf amtlicher Grundlage die Unter-
halts- und pflegerische Fürsorge der Säuglinge in
den Städten und auf dem flachen Lande verbindet.

Sektionschef Dr. Raup führte aus, daß die
Fürsorge für die ehelichen Kinder noch im Rückstande
ist, weshalb die Sterblichkeit der ehelichen Säuglinge
auch größer ist als die der unehelichen. Redner hält
aber einen Eingriff der Berufsvormundschaft in die
Familie nicht für zweckdienlich, beleuchtete schließlich
auch die große Gefahr der Milchnot in Wien
und teilte mit, daß schon in nächster Zeit durch Ver-
mittlung der Schweiz Kinderwäsche zur Ver-
fügung gestellt werden wird.

Ueber den letzten Verhandlungspunkt Sozial-
versicherung und Kinderschutz erstattete in
Vertretung des verhinderten Sektionschefs Doktor
Kaan der Rat des Sozialversicherungsamtes Doktor
Sillmayer das Referat. In erster Linie sollen
Krankentassen und ihre Verbände Mutterschutz und
Kinderfürsorge pflegen. Zunächst ist die Ein-
beziehung der Familienangehörigen in die Ver-
sicherung eine dringende Notwendigkeit, ferner
sollen die Krankentassen Stillprämien gewähren und
Kinderambulatorien errichten. Die Renteninstitute
der Sozialversicherung können billigen Realcredit
zur Errichtung von Heilanstalten und auf dem
Gebiete der Wohnungsfürsorge die Bestrebungen
der Kinderaufzucht wirksam fördern, und bei der
Bemessung der Versicherungsleistungen sollen kinder-
reiche Familien besondere Begünstigungen erfahren.

Ueberfüllung des niederösterreichischen Landes-Zentralkinderheims.

Das Landes-Zentralkinderheim in Wien, welches bekanntlich die in der Gebäranstalt neugeborenen außerheftlichen Kinder armer Mütter versorgt, wird in einigen Tagen voll belegt sein. Obwohl es Raum für 460 Säuglinge, 50 größere Kinder und 250 Wöchnerinnen hat, reicht der Platz nicht mehr aus. Der Platzmangel ist dadurch entstanden, daß die gesunden Säuglinge nicht mehr in Außenpflege abgegeben werden können, weil es an Pflegefrauen fehlt. Die Ursache liegt teils in den Verkehrs- und Ernährungsschwierigkeiten, teils darin, daß sich auch die wenig bemittelten Bauernfamilien nicht mehr der Mühe unterziehen wollen, Kostkinder aufzuziehen. Zu alledem werden jetzt auch noch viel größere Kinder von den Pflegefrauen wieder in die Anstalt zurückgestellt und müssen daher gleichfalls im Zentralkinderheim untergebracht werden.

Um diesen unhaltbaren Zuständen abzuhelfen, mußte der niederösterreichische Landesrat vorübergehend Maßregeln treffen. Die Direktion des Zentralkinderheimes wird während der Dauer der besonders schwierigen Verhältnisse in erster Linie nur solche in der Gebäranstalt geborene Kinder mit ihren Müttern in das Heim aufnehmen, deren Mütter durchaus nicht in der Lage sind, die Kinder bei sich oder bei den Eltern oder bei sonstigen Verwandten (Eltern des Kindesvaters) zu verpflegen. Wenn aber beispielsweise die Mutter schon früher im Hause ihrer Eltern wohnte, dann wird sie unmittelbar aus der Gebäranstalt entlassen, das Kind jedoch auf ihren Wunsch trotzdem als Heimkind betrachtet, so daß die Anstalt im Falle der Bedürftigkeit die sachungsgemäßen Kostgelder oder Unterstützung an die Mütter oder andere Verwandte zur Auszahlung zu bringen hat.

Der Landesrat wendet sich gleichzeitig an die Gemeinde- und Pfarrämter, ihm bei Ermittlung von Pflegefrauen behilflich zu sein, damit das Los der unehelichen Kinder möglichst von der Ungunst der Verhältnisse bewahrt bleibe. Das erschütternde Bild, das Landesrat Kunich in der gestrigen Sitzung der Landesversammlung über das Kinderelend gezeichnet hat, kann nicht ohne Eindruck bleiben. Die Schrecken dieses Kammeres werden nicht ungehört bleiben. Das Interesse der Allgemeinheit an der zukünftigen Generation muß alles aufbieten, um noch größeres Elend zu verhüten.

19. IV. 1919

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.

Auch die Woche vom 10. bis 15. April 1919 hat eine Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien nicht gebracht; der Krankenstand und die Sterblichkeit sind andauernd hoch, wobei die Grippe wiederum ein gehäufteres Auftreten aufzuweisen scheint. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes betrug in der 14. Jahreswoche 20·8 gegen 21·3 in der Vorwoche und 19·0 im Vorjahre. An Flecktyphus sind 10 Zivil- und 10 Militärpersonen erkrankt, hievon waren 17 Heimkehrer oder ihre Wohnungsgenossen, zwei waren ortsfremd, ein Fall unbekannter Provenienz. Von Blattern ist in der Berichtswoche kein Fall zur Anzeige gelangt.

Kinder und Großstadt.

Heinrich Tessenow ist der Prophet einer neuen Handwerks- und Kleinstadtkultur. Die nachfolgende Betrachtung ist seinem bei Bruno Cassirer in Berlin erschienenen Buch „Handwerker und Kleinstadt“ entnommen, auf das wir durch Max Ermer's Wiener Wochenschrift „Neue Erde“ aufmerksam gemacht wurden.

Es ist anzunehmen, daß in der späteren Geschichte das Kapitel über die heutige Kinderbehandlung ebenso traurig, wenn nicht trauriger sein wird als das Kapitel über den verfloffenen Krieg; man wird wohl einmal einfach nicht die Tatsachen glauben, die davon erzählen, daß wir den weitaus größten Lebensteil unserer Kinder den Schulen opfert, die, großstädtisch geführt, mit ausgesprochen großstädtischem Wollen, alles Kindliche zu töten suchen. Wir beachten es kaum noch, daß im alltäglichen Großstadtleben, etwa in der Großstadtstraße, fast überhaupt keine Kinder mehr zu sehen sind, außer — mit Büchern beladen — auf dem Wege in die Schule oder auf dem Wege von der Schule nach Hause; im übrigen sind die Kinder so ungefähr von morgens bis abends, jahraus, jahrein, durch Buchstaben und Bohlen und Dazugehöriges festgehalten oder in der Großstadt — Schafherden gleich — in umzäunten Bläßen.

Ist in der uns führenden Großstadt noch irgendwo ernstlich die Rede davon, daß den Kindern Zeit und Gelegenheit gegeben werde, kindermäßig selbständig herumzutoben oder — wenn sie anders wollen — still verträumt zu sitzen und in die Welt hineinzusehen und zu „Lügen“?

Unsere Schule, die mit ihren reichen Mitteln den Kindern ein Himmel sein könnte, indem sie ihnen ihre tausend Fragen unterhaltsam beantwortet würde, ist den Kindern fast eine Hölle. Sie gehen nervös schlafen, in der Furcht, nicht alles richtig gelernt zu haben, und erwachen gequält in der Sorge, sie könnten das Gelernte wieder vergessen, und träumen beinahe nur noch von guten Zeitsuren und von glücklicher Versetzung. Die Kinder wollen fragen, aber („wohin sollte das wohl führen!“) sie dürfen nur antworten, nein, sie dürfen möglichst nur in einer genau festgesetzten Form antworten.

Aber das alles ist uns beinahe schon wie selbstverständlich, wir denken kaum noch daran, daß es anders sein könnte, halten es schon für selbstverständlich, daß unsere Kinder in erster Linie für die Schule sind, die nun, ganz natürlich, ihrer Eigenliebe wegen, immer dreister wird dem Kindlichen gegenüber und ohne nennenswerte Rücksicht auf kindliche Freiheit — den Lehrplan erweitert wie die Großstadt ihren Umfang.

Wir schulen unsere Kinder nicht mehr, um ihnen, da sie Kinder sind, kindlich zu helfen, wir rufen sie nicht mehr, damit wir sie ansehen oder damit sie uns von ihrer eigenen schönen Welt — uns befreiend — erzählen, sondern damit sie lernen, jeden kindlichen Eigenwillen abzuliegen, um es dann, so schnell wie irgend möglich, uns Erwachsenen gleichzutun.

Und so haben wir mehr und mehr eine Kindererziehung bekommen, die in ihrer Härte und Trostlosigkeit eigentlich jeder Beschreibung spottet.

Natürlich, die einzelne Schule kann das große Ganze nur wenig ändern, sie steht im Dienste eines übermächtigen Großstadtwollens und ist damit verpflichtet, zu suchen, daß jedes Kind ein möglichst tüchtiger Großstädter werde. Je größer das Kindes Gebächtnis, je exakter das Kindes Wissen und Antworten, je verstandlich nüchtern und je herzloser das Kind ist, umso höher muß die Schule, dienstmäßig, es bewerten, denn umso besser ist es für die Großstadt zu gebrauchen.

Und so sehr auch unsere Schalmänner als Menschen diese Zustände bedauern und zu bessern suchen: Alle Reformen werden hier nichts Wesentliches bessern, solange hier immer wieder die Großstadt den Ton angibt.

Es wird hier ganz zuerst nötig sein, zu erkennen, daß alles Großstädtische das denkbar Unkindlichste ist und also nie dem Kinde und seiner Entwicklung gerecht werden kann, sondern notwendig immer wieder dahin zu kommen sucht, alles Kindliche zu unterdrücken, genau ebenso wie die Großstadt, ganz einfach materiell genommen, am wenigsten die Kinder will.

In wirklicher Kinderliebe oder in betont kindlich Interessen müssen wir folgerichtig schließlich fordern, daß kein Kind in der Großstadt sein oder erzogen werden darf.

Heinrich Tessenow.

26./IV. 1919

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.

Wenn auch seit Ende März ein leichter Abfall der Sterblichkeit festzustellen ist, so ist sie noch immer so hoch, daß von günstigen Gesundheitsverhältnissen noch lange nicht gesprochen werden kann. In der 15. Jahreswoche (16. bis 23. April)

betrug die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes 19·9 gegen 20·8 in der Vorwoche und 18·8 im Vorjahre. An Lungentuberkulose sind 242 Personen (224 im Vorjahre), an organischen Krankheiten des Herzes und der Blutgefäße 119 (114 im Vorjahre), an Influenza 25 Personen gestorben. An Flecktyphus sind 6 Zivil- und 11 Militärpersonen erkrankt; sämtliche Erkrankungen betrafen Heimkehrer oder ihre Angehörigen. An Flecktyphus sind drei Personen gestorben. Von Blattern sind 8 Erkrankungen zum Teil als Nacherkrankungen der Vorwochen vorgekommen. Die übrigen Infektionskrankheiten weisen einen sehr geringen Stand auf.

Gesundheitswesen.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.

In den Gesundheitsverhältnissen der Stadt ist auch in der Zeit vom 24. April bis 1. Mai keine Besserung eingetreten, da der Krankenstand und die Sterblichkeit hoch geblieben sind. Die Sterbeziffern auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes stellen sich in der 16. Jahreswoche auf 19·8 gegen 19·9 in der Vorwoche und 18·2 im Vorjahre. An Lungentuberkulose sind 225 Personen gestorben gegen 242 in der Vorwoche, an organischen Krankheiten

des Herzens 113 gegen 119, an Influenza 56 gegen 25. Bezüglich letzterer Krankheit ist zu bemerken, daß schon seit Wochen zwar verhältnismäßig sehr wenige, aber oft schwere und tödlich endigende Erkrankungen vorgekommen sind.

Die Infektionskrankheiten weisen andauernd einen niedrigen Stand auf. Dagegen wurden 14 Erkrankungen an Flecktyphus aus dem Zivil und 37 aus dem Militär, zusammen 51 Fälle, gemeldet. Von diesen waren jedoch 42 Heimkehrer oder deren Wohnungsgenossen, vier Zivilfälle waren ortsfremd und nur drei Wiener Fälle, bei denen die Infektionsquelle nicht gefunden werden konnte; zwei Zivilerkrankungen betrafen Bedienstete des Rainerspitales.

Jedenfalls ist es bis jetzt gelungen, jegliche Ausbreitung des Flecktyphus in der Stadt trotz der ständigen und nicht geringen Einschleppungen zu verhindern und ist es zu irgendeiner Herdbildung nicht gekommen. Von Blattern wurden vier Fälle gemeldet, davon sind drei im 10. Bezirke aus der Nähe des Kaiser Franz Josefspitales.

10./V. 1919

Gesundheitswesen.**Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.**

In der Zeit vom 2. bis 7. Mai ist eine leichte Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Stadt zu verzeichnen, indem der Krankenstand und die Sterblichkeit ein wenig gesunken sind. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes stellte sich in der 17. Jahreswoche auf 18.6 gegen 19.8 in der Vorwoche und 17.1 im Vorjahre. An Flecktyphus sind drei Zivil- und acht

Militärpersonen erkrankt, sämtlich Heimkehrer oder deren Angehörige; an Blattern erkrankte eine achtzehnjährige, als Kind geimpfte Hausbesorgertochter im 10. Bezirke. Die übrigen Infektionskrankheiten weisen einen niedrigen Stand auf.

21.7. 1919

Kinderfürsorge und Gebäude- beschlagnahme.

„Die Kinderfürsorge ist das Wichtigste!“
Wenn man diese höflichstgemeinen Worte und
wird froh: ein Staat ist vollkommen gesichert,
ein Westpfeife in West und Skandinavien bezaubert
zu sein; wir sind Paktier, die von der Hand in
den Mund leben, aber die Natur der Kinder
soll gerecht werden, ihnen soll auch kommen,
was dem Zivilisationsstand entspricht und müssen
sind durch den Krieg vergrößert und müssen
erzogen werden; sie sind durch die Hunger-
beschade tuberkulös und unterentwickelt und be-
dürfen guter Luft und geistiger Umgebung!

Es ist bereits einige Monate her, seit diese
und andere Vorwürfe, die sich mit dem Wohl-
erwachen der Kinder verknüpfen, im Gemeinderat,
bei wahrnehmender Stellen und in den Zeitungen
laut wurden. Auch die gewaltige Beschlagnahme
von Schlössern und Versorgungsgebäuden soll in
bevorzugter Weise im Interesse der Kinder
erfolgen. Immerhin scheint es, als dächte man,
die Kinder hätten Zeit. Mein Gott, sie sind
ja nun genug und können ein wenig warten.
Man las jedoch mit einem Erstaunen, daß
in der Zwischenzeit die Denkschriften sowohl in
besonderer als auch auf dem Wilsberg
und in Schönbühl eingereicht seien, daß
eine Traktat-Schreiberei ausgedehnt worden
einmaligen Bürgerweiser und andere absonder-
kräftige Parteien vermischt worden sind,
während die Kinder sich vorläufig noch in der
gewöhnlichen Schulpflicht befinden. Wenigstens
sind noch nirgends ein bestimmtes Wort über
die tatsächliche Ausübung eines personellen
Komplexes für die Pöbel der Kinderfürsorge
bezeichnet.

Man meint und berät, will nichts überlegen
und alles so auf wie möglich einrichten —

zurück, man bekennt sich so, wie die Kassiere
eines schiffbrüchigen Dampfers, die den Frauen
und Kindern den Vorrat lassen wollen und
solange über die beste Einteilung nicht einig
werden können, bis die Matrosen mit dem
Rettungsboot davonfahren sind. Denn selbst-
verständlich haben auch die Soldaten — in
unseren Tagen die Soldaten — ein Recht zu
leben und außerdem noch den Vorrat für sich,
daß sie mit tauglichem Futter wohlvertraut
sind, daß sie wissen, wie man ein Rettungsboot
steuert und wie man für Wohnungsuchende
Quartiere schafft. Der Krieg hat sie das in
praktischer Ausbildung gelehrt, und man
darf es ihnen nicht einmal überlassen.

Bedenken ist die überlange Schulprobe,
die von den verantwortlichen Stellen zwischen
Plan und Ausführung ihrer Wohlfahrtsprojekte
gelegentlich wurde, schuld daran, daß die Subsidien
insichtlich zur Selbsthilfe gegriffen haben.
Menschen, die es unmittelbar dazu drängt,
wirklich Hilfe zu leisten, wo sie reich und
jedem Entscheidung verständiglos gegenüber.
Man scheint irgendeines der bisher beschlag-
nahmen Schlösser oder staatlichen Bauten für
einen bestimmten Zweck besonders geeignet, so
kaucht über Nacht ein neuer Plan auf, der sehr
Wenig steht es zum Beispiel mit dem Argarten-
palast, von dem es nachher hieß, daß es
zu einem Kindererholungsheim, einer Volks-
universität und einem Subsidienhospiz gemacht
werden soll? Wie ist's mit dem Theaterhaus,
den überflüssigen Ministerien und so fort? Das
nämlich der Palast und Versorgungsgebäude mit
leichterem Herzen entgegesehen, wenn man die
bisher in den Besitz von Stadt und Staat über-
gegangenen Komplexe schon einer nützlichen
Verwendung ausweihen hätte oder diese wenig-
stens in ihren Richtlinien unverrückbar festgelegt
wäre. Es ist kaum genug für Spitäler und

Nachfürsorgeanstalten und Volkshilfs-
stätten vorhanden, und auch der Probus der
Verteilung scheint ja im Grunde genommen
sehr einfach, wenn man bloß die Prinzipien der
Mitschuldigen übersehen läßt.

Die Kinder müssen vorangehen! Man ihnen,
den wahrhaft Schuldlosen, ist am meisten in
diesem Kriege schuldig worden. In der Nähe
Wiens befindet sich eine ganze Anzahl bereits
beisatzfähiger Luftschiffe aus österreichischen
Bau, die reichlich Raum bieten und mit ihren
Anker, gepflegten Gärten und Parks allen
Anforderungen der Gesundheitspflege ent-
sprechen. Auf die Nähe Wiens muß unbedingt
Bedacht genommen werden, denn es wäre Ver-
schwendung, die Kinderfürsorgeanstalten nicht
den — angemessen ausgestatteten — Schulen
anzugliedern, die bereits vorhanden sind. Auch
sollen ja die Kinder nicht gänzlich von ihren
Eltern getrennt werden.

Siehe diese Grundlinien einmal unter-
brechtlich seit so kommen für die Tuberkulose-
heilstätten alle jene Komplexe in Betracht, die
sich weit außerhalb des Stadtbereichs in absolut
reiner Luft befinden. Endlich muß auch für
die Landende und Landende von Subsidien,
die das kranke Erbeil des ankommen-
gebrochenen Staates bilden, entsprechende Ob-
sorge selbst werden. Indes die sichere Heimstatt
und Pflege, die wir ihnen schuldig sind, wird
sich auch im Stadtbereich finden lassen. Selbst
die feste Luft kann ihnen leichter die verlorenen
Erholungsstätten nicht wiedergeben, und ihre An-
kunft in Schlössern ist daher ebenso sehr eine
Landsforderung wie der Genuss, den die bis-
herigen Besitzer von ihren Landgütern zogen.
Man kann dies konstatieren, ohne zu vergessen,
wie viel Mühsal mir diesen bedauernden
Dauern des Krieges schuld. Aber höhere Ein-
sicht gebietet, daß der Fall, den wir der Ver-
gangenheit abzusagen haben, nicht auf Kosten
der Zukunft der moralischen und körperlichen
Gesundheit der Kinder gehen darf.

Hier ist vielleicht das Gebiet, wo die
Frauen, die sich endlich das Recht in Stadt,
Land und Gemeinde erworben haben, ihre
Stimme geltend machen könnten. Wir kämpfen
an einem Mangel an Sachlichkeit — einem öster-
reichischen Erbteil — das, wie es scheint, nicht
gleichgültig mit dem alten Regime dahin-
gegangen ist. Wann endlich wird nicht mehr ein
bestimmter Parteipunkt, sondern einzig
und allein das Prinzip der allgemeinen Mitschul-
digkeit auslagend sein? Vielleicht sind die
Frauen dazu berufen, hier Wandel zu schaffen.
Die Frau ist ihrer Natur nach unvollständig und
hochföhr, ist vom Haushalt her gewöhnt, die
Dinge nach ihrer wirklichen Beschaffenheit ein-
zuschätzen und nicht nach dem Papier, in das
sie gewickelt sind.

Der Nutzen der Masseneinheit! Er ist
heute ein so ungeheurer Komplex der viel-
fältigsten Aufgaben, daß man an ihrer der-
zeitigen vollkommenen Lösung betraue bezwei-
feln müßte. Da nun nicht alles zugleich geordnet
kann, so beginnt man damit, wenigstens einer
Wichtigsten ledig zu werden: der unaussprechlichen!
Die Kinder können nicht warten. Die über-
füllten und verendeten Säuglingsheime sprechen
eine deutliche Sprache: nicht minder die zurück-
gebliebenen Kinder, deren alle verarmte Ge-
sellschaft auf überhaucht verarmten Körperchen
sitzt; nicht minder die stetig anwachsende Zahl
früher Fälle bei den Säuglingsheimen. Unauf-
hörlich wird über die Verwahrlosung und Ver-
sorgung über die mehr als mangelhafte Körper-
liche Entwicklung der Jugend gesprochen und
geschrieben — aber ist leichter auch nur ein
einziges prägnantes, klares, kindliches Kinderheim
der öffentlichen Benutzung übergeben worden?
Wäre es für den Anfang primitiv sein, so wird
es doch die erste Stufe bilden, auf der wir
wieder zu einer höheren Erziehung emporsteigen:
die erste Tat, mit der uns das eigene Gewissen
vor uns selber freibringt. G. S.W.

Ostdeutsche - Rundschau ¹⁶⁹
22. H. 1919

Die Errichtung eines Erholungsheimes im Faniteum. Der polnische Graf Dandorowski-Verzejie hat seinen auf dem Gemeindeberg in Ober-St. Veit gelegenen Besitz, das Faniteum, der Gemeinde für Zwecke eines Kindererholungsheimes zur Verfügung gestellt, das ein hübsches einstöckiges Schloßchen ist. Das Faniteum steht schon seit dem Jahre 1898 den Wiener Kindern als Erholungsstätte zur Verfügung. Es ist für diesen Zweck vollkommen eingerichtet und es sind keine weiteren Adaptierungen notwendig. Im Faniteum können 80 bis 85 Kinder untergebracht werden und das städtische Jugendamt beabsichtigt, dort insbesondere Kinder mit leichteren Haltungsanomalien und Wirbelsäulenverkrümmungen, unterernährte und muskelschwache Kinder unterzubringen und sie im Zusammenarbeiten mit Professor Spizy der Heilbehandlung zu unterziehen. Ueber diese Angelegenheit berichtete Stadtrat Dr. Haas in der gestrigen Stadtratsitzung und wurden seine Anträge, das Faniteum auf die Dauer von zwei Jahren gegen Bezahlung eines Anerkennungsziues von 1 Krone pro Jahr zu mieten und die Bewilligung der Betriebskosten von 20.000 K. für das Verwaltungsjahr 1919—19 genehmigt.

24. IV. 1919

Gesundheitswesen.

Die Gesundheitsverhältnisse in der Zeit vom 15. bis 21. Mai 1919.

Die andauernd rauhe Witterung läßt den Krankenstand und die Sterblichkeit noch immer nicht auf die normale Höhe bringen. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes stellte sich in der 19. Jahreswoche auf 18·5 gegen 20·7 in der Vorwoche und 16·1 in der gleichen Woche des Vorjahres. An Flecktyphus sind 5 Militär- und 13 Zivilpersonen erkrankt; hievon standen insgesamt 8 im Zusammenhange mit Heimkehrern, 6 waren ortsfremd, 4 betrafen eine Flüchtlingsfamilie, die seit langer Zeit in Wien ist und durch Verkehr mit Galizien der Infektion ausgesetzt gewesen sein dürfte, ohne daß es gelungen wäre, die Ersterkrankung sicherzustellen. An Blattern ist ein ungeimpftes Kind im 21. Bezirke erkrankt. Die übrigen Infektionskrankheiten weisen einen niedrigen Stand auf.

23. IV. 1919

Kinderelend im Kriege.**Vortrag der Frau Anitta Müller.**

Im mittleren Konzerthausaal sprach gestern Frau Anitta Müller über Wiener Kinderelend im Kriege. Frau Müller hat leider reiche Gelegenheit gehabt, Erfahrungen über das Flüchtlings- und Kinderelend in Wien zu sammeln, die sie nun der Öffentlichkeit auch im Bilde vorführte. Diese Bilder sind als sozialer Anschauungsunterricht gedacht, der die Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit aufrütteln, und zu opferbereiter Hilfeleistung anspornen soll.

Frau Müller begann mit einer Anzahl von statistischen Zusammenstellungen, die gerade in ihrer Nüchternheit erschreckend wirkten. Diese im Wachstum zurückgebliebenen, rachitischen oder tuberkulösen Jammergehalten, die Kinder, die mit vier, sechs und neun Jahren nicht gehen können, die Kleinen, die keinen höheren Wunsch haben, als sich einmal ordentlich sattzuessen, sie alle sind eine schwere Anklage. Müssen wir es nicht als Schuld empfinden, an der wir alle tragen, wenn die Zahl der Todesfälle der Fünf- bis Fünfzehnjährigen von 1913 bis 1917 um 50 Prozent, wenn die Tuberkulose der Kinder um 160 Prozent zugenommen hat und wenn mehr als achtzig von hundert der stillenden Mütter an Körpergewicht abgenommen haben? Was sonst die Segnungen des Familienlebens ausgemacht hat und was ja auch schon im Frieden für die Armen so stark beeinträchtigt war, ist während des Krieges noch derart zurückgedrängt worden, daß für einen großen Teil des jetzt heranwachsenden Geschlechtes das schöne Wort „Familie“ seine Bedeutung fast ganz eingebüßt hat. Die Familie sollte eine Ernährungsgemeinschaft, eine Wohnungs- und Lebens- und Erziehungsgemeinschaft sein, aber während des Krieges ist die Wohnungsgemeinschaft durch das Einrücken des Vaters sofort aufgehoben und durch die Abschiebung so vieler Kinder in Heime und Horte eingeschränkt worden. Die Mütter, die dem Erwerb nachgehen mußten, konnten sich ihrer Erziehungsaufgabe nicht widmen und mußten noch froh sein, wenn ihnen die Kriegshorte diese wenigstens zum Teil abnahmen, ebenso wie es Tausende als Glück empfanden, daß sie ein wenig auch noch so notdürftiges Essen aus den Kriegsküchen beziehen konnten, obwohl damit der letzte Rest des Familienlebens, die Ernährungsgemeinschaft, preisgegeben war.

Bei der heranwachsenden Generation hat sich das Fehlen des Familienlebens aber in der traurigsten Weise bemerkbar gemacht, denn der Mangel des sittlichen Haltens, den die Familie sonst gab, führte zu einem erschreckenden Anwachsen der Kriminalität. Vom Jahre 1913 bis 1917 ist die Kriminalität der Personen unter 14 Jahren um 220 vom Hundert gestiegen, und der leichte Verdienst, den junge Leute in der Munitionsindustrie fanden, hat ihre Neigung zum Verbrechen durch Vermehrung der Versuchungen eher

noch erhöht. Die ganze geschilderte Not ist so groß, daß alle sozialen Arbeiter recht wohl wissen, wie klein der Teil ist, der durch ihre Bemühungen gehoben wird. Täglich und stündlich sterben Menschen an den Mängeln unsrer Einrichtungen, und alle, die ein Herz haben, können im Augenblick nicht müßig zusehen, sondern wollen helfen, soweit ihre Kraft reicht. Aus diesem Empfinden heraus sagte eine Delegierte vor einigen Tagen beim Züricher Frauentag: „Wir Frauen aller Länder wollen Hand in Hand eine neue Welt für das Glück unsrer Kinder schaffen.“

Die erschütternden Darlegungen der Vortragenden machte tiefen Eindruck auf die Zuhörer. Hierauf hielt Herr Bruno Frei einen Vortrag über Wohnungselend.

25. IV. 1919

Die Eröffnung der Viktor Adler-Erholungsstätte.

Trotz der ungünstigen Witterung hatten sich zur Eröffnung der Viktor Adler-Erholungsstätte eine große Anzahl von Eltern und Kinder eingefunden und außerdem waren die Vertreter einer großen Anzahl von Partei-Institutionen und staatlichen Beamten anwesend. Das Staatsamt für soziale Verwaltung war durch den Sektionsrat Zefarowitsch, das Staatsamt für Unterricht durch Professor Gerstinger, das städtische Jugendamt durch den Jugendanwalt Jinkl, das Fraueneichscomité durch die Genossin Pölzer, die Landesregierung durch den Genossen Pölzer, die niederösterreichische Landespartei durch den Genossen Hummel vertreten. Auch hatten alle unsere Wiener Ortsgruppen Vertreter entsendet; aber eine besondere Freude bereitete es allen, als der Geschäftsführer Genosse Stuppäck in seinen einleitenden Worten den Reichsobmann Genossen Max Winter nach seiner schweren Erkrankung zum erstenmal wieder im Kreise der von ihm so geliebten Proletariatskinder begrüßen konnte. Die Festrede des Genossen Winter gipfelte in dem Satz unseres verstorbenen Führers Viktor Adler: „... ich bin den Kinderfreunden für jedes Kind, das sie in eine Erholungsstätte bringen, im Namen des Kindes sowie im Namen der gesamten Partei dankbar.“ Seine Worte fanden die Herzen aller Zuhörer und als er zum Schlusse allen Mitarbeitern, der Parteileitung, besonders aber den Krankenkassen dankte, erscholl lauter Jubel. Nach Uebergabe der Viktor Adler Erholungsstätte in die Verwaltung des Heideganges hielten die rhythmischen, Reigen- und Gesangsaufführungen der Kinder trotz des schlechten Wetters alt und jung noch lange beisammen. Möge diese Erholungsstätte dem Proletariatskind neue Gesundheit und neue Kraft bringen, das war der Wunsch aller, die dieser Eröffnungsfeier beigewohnt haben. Dem Beispiel der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse ist im Laufe dieser Woche auch der Verband der Krankenkassen beigetreten und hat durch eine Subvention im Betrag von 25.000 Kronen den Bestrebungen des Arbeitervereines „Kinderfreunde“ im weitestgehenden Maße Hilfe gebracht.

(Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.)
Bürgermeister Reumann erstattete in der letzten Gemeinderatssitzung einen Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien in der letzten Maiwoche. In dieser Zeit war der sonst eingetretene Abfall der Sterblichkeit noch nicht zu verzeichnen, was wohl auf die kalte Witterung und den schlechten Ernährungszustand der Bevölkerung zurückzuführen ist. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden betrug 20.1 gegen 16.3 im Vorjahre. An Lungentuberkulose starben in der letzten Maiwoche 274 Personen, an organischen Krankheiten des Herzens 124 und an Influenza 11. Der hohe Krankenstand machte sich in verstärktem Maße durch die Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Kranken in die Spitäler fühlbar, besonders bei Tuberkulösen. In einer in der Berichtswoche stattgefundenen Sitzung im Komite für Volksgesundheit wurde verfügt, daß sofort eine Baracke mit 150 Betten im Kriegsspital VI für erwachsene Tuberkulöse und ein Pavillon im Kriegsspital IV (Meisling) für tuberkulöse Kinder zur Verfügung gestellt werden. Eine dauernde Besserung der Spitalabgabe kann erst dann erfolgen, bis die in Vorlage befindliche Regelung der Frage des Defizits des Krankenanstaltenfonds im Gesetzweg durchgeföhrt sein wird. Der Stand der Infektionskrankheiten ist andauernd gering. Von Mattern ist die Stadt frei geblieben.

18. /VI. 1919

Gesundheitswesen.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.

In der 22. Jahreswoche (8. bis 12. Juni) war ein ganz geringer Rückgang der Sterblichkeit festzustellen. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes stellte sich auf 19.9 gegen 20.1 in der Vorwoche und 15.1 in der gleichen Woche des Vorjahres. Der Stand der Infektionskrankheiten war andauernd gering und auch die Ruhr hat mit 14 Fällen gegen 23 in der Vorwoche eine leichte, wohl auch nur vorübergehende Verminderung erfahren. An Flecktyphus sind in der Berichtswoche 5 Zivil- und 5 Militärpersonen erkrankt. Unter den Zivilpersonen befanden sich 3 Ortsfremde, 2 Fälle waren Nachinfektionen von Fällen aus der Vorwoche, darunter ein Aushilfs-sanitätsdiener der Sanitätsstation X, der sich offenbar bei einer Wohnungsdesinfektion die Krankheit zugezogen hat, derzeit in Genesung begriffen ist. An

Blattern erkrankte eine 40jährige, seit der Kindheit nicht geimpfte Hilfsarbeiterin in der Nachbarschaft des Franz Josefsplatzes.

21. VI. 1919

Der Säugling der Zukunft.

Zum 10jährigen Bestehen des Kaiserin
Auguste-Viktoria-Hauses.

Von

Dr. med. Arnold Benfey.

Viele Probleme, die im Kriege entstanden oder in den Vordergrund gerückt sind, hat die Umwälzung der letzten Monate auf den Kopf gestellt. Wer hätte es gewagt, während des Krieges die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl zu predigen, in der abnehmenden Bevölkerungszunahme ein Heil für das Land zu erblicken? Heute hört man es schon anders, und es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß wir bei der trostlosen wirtschaftlichen Lage eines großen Teiles der Bevölkerung, bei der Schwierigkeit der Ernährung mit einer gewissen Beschränkung der Kinderzahl rechnen müssen. Schon im Frieden haben wir besonders in den großen Städten, in denen die wirtschaftlichen Bedingungen immer am schlechtesten waren, die Beobachtung gemacht, daß einer hohen Geburtenzahl eine hohe Kindersterblichkeit entspricht. Das bedingt sich gegenseitig: Wo Kinder sterben, haben die Eltern oft den Wunsch, die Lücken zu ersetzen. Auf der andern Seite verschlechtern sich naturgemäß, wenn die äußeren Verhältnisse und Ansprüche der Eltern die gleichen bleiben, mit zunehmender Kinderzahl die Lebensbedingungen des einzelnen Kindes.

Mit der Tatsache eines Rückganges der Geburtenzahl werden wir also rechnen müssen. Aber die Gefahr, die darin liegt, dürfen wir keinen Augenblick verkennen. Kein Volk kann — vom Krieg führen einmal ganz abgesehen — im wirtschaftlichen Kampf bestehen, wenn es nicht über eine genügende Zahl kräftiger, leistungsfähiger Bewohner verfügt. Nehmen wir einmal an, daß ein Land, will es nicht im Wettbewerb mit den anderen Ländern unterliegen, einen so starken Nachwuchs haben muß, daß auf jede Familie im Durchschnitt fünf zu arbeitsfähigen Individuen sich entwickelnde Nachkommen entfallen, so ist dieses Ziel auf zwei Wegen zu erreichen: Die eine Familie bringt zehn Kinder zur Welt, von denen fünf noch im Kindesalter sterben. In der andern Familie werden fünf Kinder geboren, die sämtlich am Leben bleiben und sich kräftig entwickeln. Welcher von beiden Wegen der rationellere ist, braucht nicht gesagt zu werden. Welche Unsumme von materiellem und psychischem Aufwand haben die fünf Kinder gekostet, die, ehe sie selbst wieder dem Lande nützbringende Arbeit leisten konnten, hinweggerafft wurden. Geburten von Kindern, denen ein vorzeitiges Ende beschieden ist, bedeuten aber nicht nur einen enormen Verlust an Nationalvermögen, sie führen auch zur Schwächung der Mutter und damit zur Schwächung des Nachwuchses. Damit ist der Weg gewiesen, den wir zu gehen haben: wir müssen dafür sorgen, daß die Kinder, die geboren werden, am Leben bleiben und sich kräftig entwickeln.

Aber noch ein anderer wichtiger Einwand muß, will man den Nutzen und die Notwendigkeit eines verstärkten Säuglings- und Kinderschutzes beweisen, widerlegt werden: der Einwand der natürlichen Auslese. Was nützt all die Mühe und Sorge, wenn sie doch nur dazu dient, lebensschwachen Geschöpfen zu einem Scheinleben zu verhelfen? Spart die Kosten und läßt die natürliche Auslese walten, die die Schwachen zum Kampf ums Dasein schlecht gerüsteten Wesen untergehen läßt, während die kräftigen sich ganz von selbst behaupten?! — Dieser Gedankengang hätte einen Schein von Berechtigung, wenn es sich bei den Kindern, die durch ihren elenden, schwächlichen Zustand unserer Fürsorge bedürfen, wirklich um Individuen handelte, die schon bei der Geburt den Keim der Minderwertigkeit und des Siechtums in sich tragen. Das ist aber nicht der Fall, und das kann nicht scharf genug betont werden. Gewiß werden auch solche Kinder geboren, um so mehr, je stärker Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten unter den Erwachsenen zunehmen. Aber sie bilden doch nur eine verschwindende Minderheit gegen die große Zahl derer, die erst durch falsche Er-

Der Neue Tag
28. VII. 1919

176

Die erste Volkszählung in Deutschösterreich.

Anforderungen der Bevölkerungspolitik.

Die Gesellschaft für Bevölkerungspolitik hielt vorgestern abends unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Viktor Mataja eine Versammlung, die sich im Hinblick auf die Vorbereitungen, die zur nächsten Volkszählung schon seit längerer Zeit im Gange sind, mit den Anforderungen beschäftigte, die unter den heutigen Verhältnissen vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik an die Zählung der Einwohnerschaft im neuen Oesterreich gestellt werden müssen. Die Besprechung wurde eingeleitet von dem neuen Inhaber der volkswirtschaftlichen Lehrkanzel an der Universität Professor Dr. Othmar Spann, der nachdrücklich auf den Unterschied zwischen dieser Volkszählung und den vorhergegangenen hinwies, da sie die Aufgabe hat, zum Wiederaufbau des Staates beizutragen. Professor Spann führte dann im einzelnen aus, daß die an die Bevölkerung zu stellenden Fragen, die das ziffermäßige Material für die Bevölkerungspolitik bilden sollen, insbesondere die Verhältnisse der Ehen klarlegen sollen, daß die Erforschung der Fruchtbarkeit und der Sterblichkeit durch sie ermöglicht werden soll. Der Referent besprach dann im Anschluß an auswärtige Volkszählungen, namentlich die vorzügliche Züricher Familienstatistik, dann insbesondere die Statistiken von Budapest und Stockholm, die im einzelnen zu stellenden Fragen. Der Stadt Wien könnten dabei besondere Aufgaben bei der Erforschung der Struktur der Bevölkerung und ihrer sozialen Lage zukommen.

Dr. Leo Verkauf verlangt, daß die Volkszählung mehr als bisher in den Dienst der Sozialpolitik gestellt werde und zeige, welche Gruppen der Bevölkerung eines staatlichen Schutzes bedürfen.

Regierungsrat Dr. Heide weist darauf hin, daß in Deutschösterreich mit Rücksicht auf die geringe Volksvermehrung und den Rückgang der Geburten im Kriege die Familienstatistik eine besondere Aufgabe zu erfüllen hat. Er bespricht dann die verschiedenen Möglichkeiten der Fragestellung, durch welche die näheren Umstände der Eheschließungen, der Ehedauer, der Ehelichkeit, der Kindersterblichkeit erfaßt werden können. Er weist dann darauf hin, daß die neue Volkszählung nach den bisherigen Grundsätzen erfolgen wird, nach denen jeder Haushalt auf einem Zählungsbogen erscheint. Das hat manchen Vorteil, setzt aber auch Grenzen für die Fragestellung. Dr. Heide bespricht dann die Wichtigkeit der Berufszählung, die Licht werfen werde auf die Frage des Berufswechsels, der Frauenberufe usw.

Präsident Dr. Mataja hob hervor, daß an die Statistik, welche der sozialen Verwaltung praktische Hilfe leisten solle, immer größere Anforderungen gestellt werden. Sie werde sich bemühen, diesen Anforderungen zu entsprechen, doch seien hierzu erhebliche finanzielle Mittel zur Verarbeitung der Zählungsergebnisse nötig.

29. VII. 1919

Der Antisemitenbund.

Was ist der „Antisemitenbund“?

Der „Antisemitenbund“ ist ein deutscher Schutzverein. So wie der „Deutsche Schulverein“ gegründet wurde, um deutsche Schulen im bedrohten Gebiete zu errichten und zu erhalten, wie der „Bund der Deutschen in Böhmen“ Schutzarbeit in den von den Tschechen bedrängten Gebietsteilen Böhmens leistet, wie der Verein „Südmark“ erfolgreich Wache hält an den Südgrenzen unseres Volkstums, wie andere Schutzvereine wirtschaftliche Bestrebungen der Deutschen gegen die Angriffe der Slawen unterstützen und fördern, so will der „Antisemitenbund“ die überall in Deutschösterreich von seiten der Juden dem Deutschen drohenden Gefahren abwehren.

Nur zum Teile treten uns die Juden als Volk entgegen; zum weitaus größeren Teile geben sie sich den Anschein Deutsche zu sein, drängen so leichter in unsere Reihen, gefährden und vergiften durch ihre dem deutschen Volke völlig fremde Moral unser Volkstum. Großer Schaden ist bereits angerichtet. Immer mehr maßt sich der Jude Herrenrechte über uns Deutsche an.

Der Krieg hat die wirtschaftliche Kraft des Judentums ins Ungemessene gesteigert. Darauf stützen sie sich jetzt und suchen uns völlig in ihre Gewalt zu bekommen. Der Haß, dem wir Deutsche überall begegnen, ist von Juden gesät, wird von Juden immer aufs neue aufgepeitscht. In den Regierungen der Staaten, die im Kriege gegen die Deutschen standen, haben sich die Juden großen Einfluß zu sichern gewußt und diesen gegen uns rücksichtslos ausgenützt. Lord Northcliffe, der die Aufgabe erhalten und durchgeführt hat, unsere innere Front zu zerstören, ist ein Jude; Clemenceau, der haßerfüllte französische Staatslenker, ist Judenstämmling, mit Juden verschwägert, und hat als seinen einflußreichsten Berater den Juden Mandel neben sich. Hinter den Kriegshebern in Nordamerika standen die jüdischen Geldmächte, an der Spitze der zum Kriege gegen uns treibenden Politiker in Italien waren Juden.

Bolschewismus und Kommunismus, die uns zur vollständigen Verelendung führen sollen, sind Werke der Juden. In Rußland, in Ungarn, im Deutschen Reich und bei uns stehen nur Juden an der Spitze der kommunistischen Bewegung.

Wenn wir uns so gegen die Juden stellen, erfüllen wir eine Pflicht der Selbsterhaltung, handeln wir im Stande der Notwehr! Zu dieser will der „Antisemitenbund“ alle Deutschen, ohne Rücksicht auf ihre sonstige Parteistellung, zu einer geschlossenen Schar zusammenfassen.

Was will der „Antisemitenbund“?

Er will das deutsche Volk über die große ihm von Seite der Juden drohende Gefahr aufklären. Das wird in Versammlungen geschehen, durch Flugchriften, durch eine zweckdienliche Bücherei sowie durch Zeitschriften, die das Treiben der Juden gegen uns erörtern. Das deutsche Volk soll planmäßig zur Bekämpfung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens angehalten werden. Aber auch im privaten Leben muß jeder Einzelne dazu beitragen, die Macht des Judentums zu brechen. Jüdische Zeitungen, die ihr Gift täglich in das deutsche Volk tragen, müssen vom deutschen Hause ferngehalten werden; das geradezu flutartige Zustromen jüdischer Jugend an deutsche Mittel- und Hochschulen und damit die jüdische Ueberflutung aller geistigen Berufe, müssen eingedämmt werden; deutsche christliche (arische) Geschäftsleute müssen unterstützt, jüdische Unternehmungen bekämpft werden; unser erspartes Geld darf nicht jüdischen Banken anvertraut werden, wir müssen es den nichtjüdischen Sparkassen und Banken zuführen und diese damit stärken, daß sie auch auf dem Gebiete des Geldwesens dem Judentume begegnen können. In der Gesetzgebung, in der Kunst, im Schrifttum, auf den Bühnen und in deren Leitungen dürfen nicht, wie es bis jetzt der Fall ist, Juden das ausschlaggebende, entscheidende Wort führen. Unsere deutschen Gemeinwesen dürfen nicht von Juden geleitet und dadurch von diesen für ihre Zwecke mißbraucht werden. — Eine unendliche Fülle von Arbeit harret unser, wenn wir zum Ziele gelangen wollen.

Was ist unser Ziel?

Unser Ziel ist die Befreiung unseres Volkstums von der jüdischen Herrschaft. Wären wir nicht schon vor dem Kriege von den Juden beherrscht worden, so wäre es im Kriege um uns besser gestanden. Dann hätte vielleicht der Krieg vermieden werden können, sicher aber hätte er nicht zu diesem entsetzlichen Ende geführt. Jetzt muß unsere Aufgabe der Wiederaufbau deutschen Volkstums, die Wiederherstellung christlich-arischer Moral sein. Die erste Tat auf dem Wege einer besseren Zukunft muß aber die Befreiung vom Judentume sein. Wenn

wir das Judentum bekämpfen, nützen wir uns und sichern wir unseren Nachkommen eine bessere Zukunft.

Wer kann Mitglied des „Antisemitenbundes“ werden?

Mitglied des „Antisemitenbundes“ kann jede deutsche Frau, jedes deutsche Mädchen, jeder deutsche Mann und deutscher Knabe werden. Alle sind sie willkommen, die die Gefahr erkannt haben und mitarbeiten wollen bei der Erreichung unserer Ziele.

Was muß ein Mitglied des „Antisemitenbundes“ tun?

Jedes Mitglied des „Antisemitenbundes“ übernimmt die Verpflichtung alles zu unterlassen, was irgendwie eine Stärkung des Judentums bedeuten würde; alles zu tun, das geeignet ist, die uns drohende beherrschende Macht des Judentums zu brechen.

Jedes Mitglied verpflichtet sich zur Zahlung des vorläufig mit 3 Kronen bestimmten Jahresbeitrages. Treten ganze Familien dem Bunde bei, so ist ein Jahresbeitrag von mindestens 6 Kronen zu entrichten. Bessergestellte Volksgenossen werden ersucht, Ueberzahlungen zu leisten. Jedes Mitglied verpflichtet sich, im Kreise seiner Bekannten auf den Bund aufmerksam zu machen und bestrebt zu sein, neue Mitglieder zu werben.

Wie gliedert sich der „Antisemitenbund“?

Die Mitglieder des „Antisemitenbundes“ werden in der Regel nach ihrem Wohnorte, sonst auch nach Alter und Geschlecht oder zur Beratung einzelner Fragen zu (Fach-) Gruppen oder Sektionen zusammengefaßt und wählen dort ihre Gruppenleitung. Alle Gruppen zusammen bestimmen die Hauptleitung, die ihren Sitz in Wien hat. Von der Hauptleitung gehen die allgemeinen Weisungen an die Gruppen aus und diese geben sie dann an die Mitglieder weiter. So soll ein möglichst inniges Zusammenarbeiten aller erzielt, ein zielbewußtes Streben gefördert werden. Parteipolitische Gegensätze sollen im Bunde nicht zur Sprache kommen. Uns darf nichts trennen; nur der Gedanke, daß es gilt den größten Feind des Deutschtums, das Judentum, zu bekämpfen, muß uns verbinden.

In diesem Sinne wollen wir arbeiten, wollen wir kämpfen und — siegen!

Die Leitung des „Antisemitenbundes“
Wien, XVII. Schindlergasse 20.

Vorwärts

15. VII. 1919

178

15

Die rückständigen Wiener.

Gar kein bißchen Pogromstimmung.

Was für rückständige Menschen die Wiener sind, erfahren wir aus der antisemitischen „Deutschen Zeitung“. Da haben zwei jüdisch-polnische Großhändler Millionen während des Krieges verdient, und sind dann plötzlich nach Polen übergesiedelt, um sich der Vermögensabgabe zu entziehen. Niemand wird es der „Deutschen Zeitung“ verübeln, wenn sie sich darüber entrüstet. Aber das laubere Blatt kommt auf ganz etwas anderes heraus, indem es schreibt:

Es ist charakteristisch für die Wiener Gemütsstimmung, daß man sich über die beiden Gattungen köstlich amüsiert, daß man in den Heurigenhäusern Wankellieder auf sie singt und ganz Wien veranlaßt den Kehrreim mitjodelt. In Paris würde man solche Volksverräter an die Laterne hängen, und drüben in Dollarika würde man sie teeren und federn. Im gemütlichen Wien aber ist man an derlei Gebräuerherge schon gewöhnt und begnügt sich damit, herzlich zu lachen, ja im stillen die Schlaueit dieser angenehmen Zeitgenossen noch zu bewundern. Die Gebräuer haben ihre Wiener gut gezogen. Wann wird der Stetter kommen diesem Lande?

Ja, wann wird den Wienern der wahre Pogrom heil entstehen mit teeren, federn, an die Laterne hängen und ähnlichen glorreichen Kulturthaten? Vielleicht läßt sich der famose „Auschuß für Volksaufklärung“, Röhener Str. 45, erweichen, in Wien eine Filiale zu errichten und auch dort die Bevölkerung mit seinen Flugblättern zu überschwemmen, in denen zu Mord und Totschlag aufgefordert wird. Aber vielleicht würde man in Wien etwas weniger duldsam gegen dies Gewächs sein, als man in Berlin ist.

Das Säuglingssterben im Sommer.

Von Dr. Leopold Rost, Direktor der Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Während die Sommerzeit im allgemeinen als die Zeit gilt, die den Menschen Erholung und Erfrischung bringt, ist sie für das Säuglingsalter und für die Kleinkinderjahre mit besonderen Gefahren verbunden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Sterblichkeit der Säuglinge in den heißen Sommermonaten einen ganz außergewöhnlich hohen Grad erreicht. Die Sterblichkeitskurve beginnt sich Ende Juli von ihrer für den betreffenden Ort charakteristischen Höhe zu erheben, erreicht gewöhnlich um die Monatswende August-September ihren Höhepunkt, der die normale Kurve um das Drei- bis Vierfache überragt, und sinkt gegen Ende September allmählich zur gewöhnlichen Höhe herab. Dies gilt vor allem für das erste Lebensjahr, aber auch die Sterblichkeitskurve der im zweiten Lebensjahr stehenden Kinder weist eine ähnliche, wenn auch bedeutend kleinere Erhebung auf. Wien weicht von der Regel ab. In einer mit Dozenten Dr. Mayerhofer gemeinsam durchgeführten Untersuchung konnten wir feststellen, daß sich die Sterblichkeitskurve schon im Mai erhebt und daß sie sich bis spät in den Herbst hinein auf dieser Höhe erhält, um dann allmählich zu sinken. Die Sterblichkeitskurve bildet eine Hochfläche. Dieses Bild ist nicht allein für Wien, sondern auch für Hauptstädte wie Berlin, Prag und andere typisch. Wir sprechen von einem Frühjahrs- und Herbstgipfel der Sterblichkeitskurve.

Worauf ist nun die Sterblichkeit der Säuglinge in der warmen Jahreszeit zurückzuführen. In erster Linie auf die verdorbene Milch, deren schlechte Beschaffenheit im Sommer durch die Bakterieneinwirkungen (Gärung, Fäulnis) hervorgerufen wird. Schon in Friedenszeiten, wo die Milcheinlieferung in genügender Menge und auf raschem Wege erfolgte, wo die Milch kühlgehalten und durch Zentrifugieren und Pasteurisieren gereinigt werden konnte, war die Sterblichkeit der Säuglinge im Sommer weit höher als in den anderen Jahreszeiten. Um wieviel mehr ist heute Grund zur Besorgnis vorhanden? In den Mutterberatungsstellen spielen sich herzerreißende Szenen ab, wenn die Mütter unter Tränen mitteilen, daß ihnen für die tägliche Ernährung ihres Kindes kaum ein halber Liter Milch, oft nur ein Viertelliter zur Verfügung gestellt wird. Viele Mütter berichten, daß sie diese ohnehin nicht zureichende Menge in saurem, geronnenem Zustand und überdies noch mit der Bestimmung erhalten, daß sie damit zwei Tage auskommen müssen. Verfolgt man das Schicksal solcher Milch weiter, die mangels an Kühleinrichtungen in den engen, heißen, überfüllten Wohnungen aufbewahrt und dort natürlich einer weiteren Verderbnis ausgesetzt ist, so kann man sich nicht wundern, wenn schwere Darmkatarre, Durchfälle und Vergiftungserscheinungen die zarten, widerstandslosen Kinder in Massen dahinführen. Ergibt sich da nicht von selbst die Forderung, daß mit größter Eile alle Vorkehrungen getroffen werden müssen, mit der geringen Menge Frischmilch, die heute noch angeliefert wird, zunächst die Säuglinge, die auf Milchgenuß angewiesen sind, zu versorgen. Erwachsenen darf Milch nur gegeben werden, wenn sie bestimmten Krankheiten verfallen sind. Alle angelieferte Milch muß streng erfaßt werden. Die ganze Milch müßte in einer einzigen Molkerei gesammelt und behandelt und von ihr aus unter strengster Ueberwachung an die Milchverteilungsstellen abgegeben werden. Diese wieder müssen mit genügenden Eis- und Kühleinrichtungen ausgestattet sein. Die Verarbeitung der Milch in einer Molkerei wäre auch wirtschaftlicher als eine in kleinen Mengen in den verschiedenen Molkereien, zumal da sie technisch auf die großen Milcheinlieferungen vor dem Kriege (900.000 Liter zu 40.000 Liter) eingerichtet sind. Die übrigen Molkereien und Milchhandlungen brauchten hierbei keine Einbuße zu erfahren. Vom ärztlichen Standpunkt kommt es darauf an, daß die Milch gesundheitlich einwandfrei behandelt wird, das heißt, daß sie einheitlich, gründlich gereinigt, pasteurisiert und zentrifugiert und dann der Tiefkühlung zugeführt wird, ehe sie unter bestmöglicher Ueberwachung rasch verteilt wird. Unter den geschilderten Umständen ist es von größter Wichtigkeit, daß die Mütter fleißig die Mutterberatungsstellen besuchen, um sich dort Rat über die Behandlung der Milch, über die Zubereitung der künstlichen Nahrung zu holen. Nur so kann dem Kinde rechtzeitig, das heißt beim Auftreten geringer Störungen, ärztliche Hilfe zuteil werden. Jede Frau muß wissen, daß schon bei geringen Störungen der Verdauungsorgane, bei Durchfall und anderen Erscheinungen dem Kinde nicht Milch verabreicht werden darf. Es muß reichlich Flüssigkeit in Form von Tee erhalten und sofort muß ein Arzt gefragt werden.

11. VIII.

1919.

Die Not der Säuglinge.

In der „Wiener Medizinischen Wochenschrift“ macht Dr. Sorcef einige beherzigenswerte Vorschläge zur Behebung oder Besserung der Säuglingsernährungsnot in Wien.

Die Ernährung der Kinder, insbesondere der Säuglinge, in Wien ist heute schon ein wahres Kunststück. Bei den Brustkindern geht die Ernährung, solange noch keine Zufütterung notwendig ist, normal vor sich. Wehe aber, wenn der arme Säugling nicht an der Brust sein kann! Im allgemeinen ist die Milch, die man in den Milchgeschäften erhält, für die Säuglinge so gut wie nicht verwendbar. Schon im Winter kam es öfter vor, daß die „frische“ Milch beim Kochen gerann. Immerhin schämen sich jene Mütter, die täglich für ihr Kind die Milch erhalten, allzuviel. Vielen Säuglingen wird ihre zugewiesene Milchmenge oft tagelang nicht ausgefolgt, für manche Säuglinge verabreicht die Milchfrau Rondenmilch, obwohl diese erst für die Kinder nach dem ersten Lebensjahr bestimmt ist. So sind wir in der Säuglingsmilchernährung bereits auf einem entsetzlichen Standpunkt angelangt. Da für den Säugling die Milch eine Existenzfrage ist, muß diese Milchnot in jeder Weise bekämpft werden. Sämtliche Milch in Wien, sei es, daß sie von draußen einlangt oder in Wien selbst produziert wird, muß sofort ersaft werden und in erster Linie für die Säuglinge und Kinder in entsprechenden Mengen verteilt werden, wie es zum Beispiel in Graz geschieht. Der Rest ist als Krankenmilch zu verwenden. Zweitens hat die Regierung die Milchproduktion energisch zu fördern durch Förderung der Milchviehzucht, Beschaffung des Futters für dieses Vieh usw. Drittens sollte möglichst viel altes Milchvieh von seiten der Stadt und des Staates in Wien selbst eingestellt werden. Die vielen Stallungen in den Kasernen böten Platz genug.

So schwer die Milchbeschaffung, ebenso schwer ist die Beschaffung von Kindernährmitteln. Benötigt eine Mutter für ihr Kind ein Nährmehl, so muß sie zuerst um ein Anweisungsfomular gehen, dann dieses Formular vom Arzte ausfüllen lassen und neuerdings mit dem Formular zur Verkaufsstelle wandern, wo sie dann für einen Monat höchstens drei Dosen zu je zirka 300 Gramm erhält. Doch kann es ihr dabei passieren, daß sie diesen Gang vergeblich macht, da manche Nährmehlstelle jeden Monat auf zwei Wochen den Verkauf einstellt. Eine Dezentralisation des Verkaufes von Nährmehlen wäre sehr notwendig. Die Einholung von ärztlichen Gutachten könnte aber vielleicht jetzt, wo wir eine allgemeine Erhöhung unserer Mehlration haben, wenn auch nur vorübergehend, abgesehen und die Nährmehle in Wien nur auf die Milchkarte

allein für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr ausgefolgt werden, da die Zahl dieser Kinder nicht zu groß sein dürfte. Die jetzigen Preise für die Kindermehle, die nichts anderes als dehydrisiertes Mehl mit etwas Salz und eventuell Zucker sind, sind für die meisten Mütter zu hoch, für kaum 300 Gramm fast 5 Kronen. Hier wäre es Pflicht des Staates, einzugreifen und Kinder in eigener Regie zu erzeugen oder sich an dieser Erzeugung in preisbeeinflussender Weise zu beteiligen. Vielleicht würde sich auch die Apothekerschaft Wiens selbst zu einer Aufstellung einer solchen Nährmehlfabrik in Wien entschließen, wobei auch unsere Valuta erwänne, da alle Nährmehlfabriken Kufefe, Theinhardt, Nestle — Ausland — liefern.

Zur Lehre von der Entvölkerung.

Vom Stadte. Dr. jur. Engel, Berlin-Schöneberg.

(Nachdruck verboten.)

Die Verhandlungen im Preussischen Abgeordnetenhaus vom 17. Februar d. J. über die Grundfragen unserer Bevölkerungspolitik haben bisher in der Öffentlichkeit leider nur geringen Nachhall gefunden; sie erfolgten ja im Hause selbst vor leeren Bänken und teilten so auch äußerlich das regelmäßige Schicksal sozialpolitischer Erörterungen. Trotzdem sind die Verhandlungen nicht lediglich „bewegte Luft“. Die beteiligten sozialpolitischen Kreise werden noch oft auf sie zurückgreifen, wenn auch bisweilen nur, um die Übereinstimmung der sozialpolitischen Taten der einzelnen Parteien mit den Reden ihrer Vertreter nachzuprüfen.

Die erschreckende Tatsache, daß von 1000 unehelichen Kindern nur 136 das 19. Lebensjahr erreichen, gegenüber 512 ehelichen Kindern, wird für die breite Öffentlichkeit eine Eröffnung bleiben, über die sie nicht mit einer leichten Handbewegung zur Tagesordnung übergehen kann. Die Sterbeziffer bedeutet eine schwere Anklage und sie wird sich mit der Gewalt, die in ihr liegt, in das Gedächtnis unseres Volkes hineinhämmern und immer von neuem um dringende Hilfe mahnen.

Die Vorkämpfer für eine Besserung der Lage der ledigen Mütter und der unehelichen Kinder brauchen in Zukunft ihre Forderungen nicht mehr besonders zu begründen; die Totenziffer der unehelichen Kinder ist die nachhaltigste und eindringlichste Begründung, die nicht nur unser Herz bewegt, sondern uns auch überzeugt. Die Vorkämpfer brauchen auch wohl nicht mehr den Vorwurf zu fürchten, als ob sie mit ihren Vorschlägen für Mutter und Kind Befürworter der Unsitlichkeit und der Lockerung der Familienbande wären. Wir sehen alle zu dem Worte Friedrichs des Großen, daß die Gesellschaft nicht ohne rechtmäßige Ehen bestehen kann, durch die sie sich fortpflanzt und verewigt, — aber auch heute mehr denn je zu seinem Bekenntnis: „Ich ärgere mich, wenn ich sehe, welche Mühe man sich in diesem rauhen Klima gibt, um Ananas, Bananen und andere exotische Pflanzen zum Gedeihen zu bringen, während man so wenig Sorgfalt auf das menschliche Geschlecht verwendet. Man mag sagen, was man will: der Mensch ist wertvoller als alle Ananas der Welt zusammen; er ist die Pflanze, die man züchten muß, die alle unsere Mühe und Fürsorge verdient; denn sie bildet die Pflanz und den Ruhm des Vaterlandes.“

Nach diesen Grundfragen kämpfe ich seit Monaten vom Felde her für die Schaffung eines einheitlichen Geburtscheines für alle Kinder, der die vorehelichen und unehelichen Kinder nicht mehr, wie bisher, von ihrem Eintritt in das Leben an bis zu ihrem Tode und noch darüber hinaus bloßstellt und kennzeichnet als Kinder einer ledigen Mutter. Indes mit dem weichen Quartblatt des farblosen Geburtscheines ist erst wenig getan. Wenn wir die grauerregende Sterblichkeit der unehelichen Kinder herabmindern wollen, dann müssen wir vor allem auch der ledigen Mutter den Kreuzweg erleichtern. Heute erblickt die ledige Mutter zumeist ihre vornehmliche Aufgabe darin, sich möglichst schnell und unauffällig von ihrem Kinde zu trennen, es auf Nimmerwiedersehen abzugeben und zu verschenken. Uneheliche Kinder sind eben ohne Ausnahme eine gesellschaftliche Last und eine dauernde unerträgliche Erinnerung für die ledige Mutter, so lange unsere heutigen Werturteile bestehen.

Stoßen wir die ledigen Mütter in ihrer Not nicht hartherzig von uns, geben wir ihnen vielmehr, nicht aus Gnade, sondern um der Gerechtigkeit willen die Gelegenheit und Möglichkeit, gutzumachen, wo sie gefehlt haben! Dazu ist nötig, daß wir die altbiblische Strafanandrohung abbauen und nicht mehr zulassen, daß die Schuld der Eltern sich an den Kindern bis in das dritte und vierte Glied rächt. Das Wort der Liebe muß siegen: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der hebe den ersten Stein auf!“

Für die ledige Mutter ist die Kriegszeit mit der schweren Lebensmittelbeschaffung auf Karten eine Folterstrafe. Jeder Weg nach einer Brot-, Zuder-, Milch-, Kartoffel- usw. Karte ist eine ernente Demütigung und Erniedrigung. Immer wieder muß sie bei der Kartenausgabestelle in die Zwangsbeichte und bekennen. Man folge dem Vorbild Badens und Sachsens, die für Kriegerbräute die Möglichkeit geschaffen haben, daß auch ledige Mütter sich „Frau“ nennen dürfen, erhebe aber den vorgeesehenen Ausnahmefall zur Regel und gebe allen ledigen Müttern allgemein und ausnahmslos ohne besonderen Antrag die Berechtigung zur Führung des Titels „Frau“. Damit wäre der ledigen Mutter gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen manches Hindernis und vor allem viele seelische Qual genommen. Zu bedenken bleibt jedoch, daß heute die Töchter vieler Berufsgruppen, die früher im Elternhause dauernd behütet wurden und unmittelbar aus seinem Schutz in die Ehe traten, außerhalb der Heimat, fern von den Eltern und Verwandten in der Großstadt ihr Brot verdienen müssen und dadurch naturgemäß schweren sittlichen Anfeindungen und Gefahren ausgesetzt sind. Die ledigen Mütter stammen seit langem nicht mehr lediglich aus dem

Arbeiterstande. Jede Berufs- und Gesellschaftsschicht stellt ihren größeren oder kleineren Anteil.

Die von mir erörterten Fragen zeigen schwere Schatten in den Formen des täglichen Lebens; sie sind von weittragender Bedeutung und nicht unwesentlich. Die bittere Not der Zeit zwingt heute auch die Widerstrebenden, Kleinliche, aus früheren Zeiten überkommene Vorurteile und Bedenken aufzugeben, aber die sie sonst wohl rechten liebe.

Mit meinem Vorschlag zur Schaffung einer neuen Geburtsurkunde bin ich auf dem richtigen Wege. Das beweist mir am besten die in gleicher Richtung wirkende Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (Tätigkeitsbericht 1915, Seite 28 ff.). Aber auch mein Vorschlag der Verleihung des Frauentitels an die ledige Mutter wird ein kleines, aber wirksames Mittel im Kampf gegen die Sterblichkeit der unehelichen Kinder sein. Beide Mittel — Geburtsurkunde und Frauentitel — sind keine Alibi-Mittel. Auf diesem schweren sozialen Arbeitsfeld gibt es leider keine großen, umwälzenden Heiluren.

Die deutschen Bundesstaaten sind in allen Kulturfragen selbständig. Vielleicht geht ein kleiner Bundesstaat in diesen Fragen voran und wird Wegweiser für die Überwindung von Vorurteilen gefährdender Art. Er könnte Menschenqual und Menschenleid lindern und dazu helfen, daß gesundes, zukunftsbegabtes Leben zur vollen Entfaltung und zur Entwicklung aller Kräfte gelangt.

14. IV. 1917

Ausstellung "Mutter und Säugling".

Hamburg, 14. April.

"Wird der Väter Kampf und Wunde in den Kindern sichtbar sein?" Diese Gewissensfrage übte an das deutsche Volk ist heute mehr denn je zur Lebensfrage des ganzen Vaterlandes geworden. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der das große Sterben die Sicherung des Nachwuchses zur brennendsten Frage der Erhaltung unseres Volkes gemacht hat, ist die Zukunft der Nation auf die Gesundheit der Mütter und Kinder begründet. In weiser Erkenntnis dieser Tatsache hat die "Vollsbörngesellschaft" Dresden "E. V.", die schon vor Beginn des Krieges auf die Erhaltung und Befundung der Volkskraft mit lobenswerthem Eifer ihr Bestreben richtete, im Einvernehmen mit der Landeszentrale Hamburg der Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz "E. V." in den am Pferdemarkt gelegenen Räumen des zum Kaufhaus Karstadt gehörenden Thalia-Hauses eine Ausstellung eingerichtet, deren Zweck es ist, in weitgehender Weise Aufklärung über die Pflege von Mutter und Kind in alle Schichten der Bevölkerung zu tragen. Die Ausstellung, in deren Rahmen auch vollständige Vorträge bekannter Wissenschaftler geführt werden, hat es sich zur Aufgabe gemacht, alles Lehrreiche und Wissenswerte über den Bau und das Leben des Menschen, über die Gesundheit und Gesundheitspflege, über Krank-

stellung mit echter kurzen Ansprache, in der er folgende Gedanken ausführte:
"Es ist wohl ein Wagnis, in dieser Zeit, in der wir alle mit verhaltenem Atem nach dem Waffenlärm der Entgeidungskämpfe horchen, die Gedanken an das friedliche, häusliche und zugleich göttliche Bild, das die Geschichte der Menschheit lehrt, auf die "Mutter mit dem Kinde" zu lenken. Und doch dürfen wir die Betrachtung dieses Bildes nicht auf spätere Zeiten verschieben, weil dieses gewaltige Ringen und sein Ergebnis ruhmlos sein würden, wenn nicht unser deutsches Volk sich immer mehr mit der Heiligkeit dieses Bildes erfüllt. Das Volk, das die Lehre des Sages, daß die Zukunft jeder Nation in einer an Zahl und Gesundheit starken, von starken Müttern geborenen Jugend begründet liegt, auch nur zeitweise vergißt, wird im Buche der Geschichte erbarmungslos gestrichen."

Wahner und Führer des deutschen Volkes, besonders aus den Kreisen der ärztlichen Wissenschaft, haben schon in den letzten Jahrzehnten laut ihre Stimme gegenüber der wachsenden Gleichgültigkeit der Bevölkerung erhoben. Ihre Fürsorgearbeit ist nicht vergeblich gewesen; denn die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich ist seit den achtziger Jahren bis zum Jahre 1914 von 22 auf 15 von Hundert lebendgeborenen Kindern gesunken. Ja, die Kriegsjahre haben, wohl dank der größeren sozialen Fürsorge durch die Reichsversicherungsordnung und die Reichswochenhilfe, einen weiteren Rückgang gebracht. Im Jahre 1915 starben nur 14 und im Jahre 1916 nur noch 13 von Hundert lebendgebore-

pende für Säuglingsschutz", die durch eine große Sammlungstätigkeit die Säuglingsfürsorge in allen Teilen des Deutschen Reiches heben und beleben will.
In Dresden, unserer Schwesterstadt an der Elbe, ist diese Ausstellung entstanden und zu uns nach der Unterteile gezogen, von wo Deutschland voll Sehnsucht auf das weite Meer schaut, für dessen Freiheit wir kämpfen. Möge hier immer ein starkes Geschlecht leben, das kraftvoll und waagemutig in die weite Welt drängt und doch in kindlicher Dankbarkeit immer wieder zurückschaut nach dem großen deutschen Vaterland."

Im Anschluß an diese Ausführungen gab Herr

Verlagsbuchhändler Müller

aus Dresden einen Rückblick auf die Tätigkeit der Vollsbörngesellschaft, die in ihren Bestrebungen von der Erkenntnis ausgeht, daß zur Befundung des Volkes weit mehr Kräfte und Mittel in den Dienst der Volkserhaltung gestellt werden müssen, als es bereits geschieht.

Die Vollsbörngesellschaft — so führte der Redner aus — will Hand in Hand mit den übrigen sozialen Körperschaften und Institutionen arbeiten, denen sie ihre Wanderausstellung und sonstigen Einrichtungen gewissermaßen als Waffe und Werkzeug für die Verstärkung und Vertiefung ihrer eigenen Arbeit zur Verfügung stellt, und hofft, dadurch zur Schaffung von ähnlichen Ausstellungen, Lichtbildervorträgen und anderen Aufklärungsarbeiten anzuregen. Zum Schluß sprach der Redner die Hoffnung aus, daß die Ausstellung der Einwohnerschaft Hamburgs und den benachbarten Gebieten zum Segen gereichen möge.

Schließlich beantwortete Herr

Physikus Dr. Sieveking

in einem kurzen Vortrag die Frage: "Was erhoffen wir von dieser Ausstellung?" Der Redner wies auf die erste Veranstaltung der Landeszentrale für Säuglingsschutz, auf den Kinderhilfestag des Jahres 1911 hin und sagte: Damals kam die Landeszentrale bitend und nehmend, jetzt steht sie gerade vor der hamburgischen Bevölkerung.

Zunächst steht die Fürsorge für die unehelichen Säuglinge im Vordergrund. In Hamburg ist diese Fürsorge von der Behörde für öffentliche Jugendfürsorge vorbildlich geregelt worden. Die "Mutter und Säugling" liche Säuglinge der bedürftigen Volkstreue... Jahr 1892 jurid. Der damals gegründeten Milchliche der St.-Gertrud-Gemeindepflege folgte nach wenigen Jahren die Eröffnung der Milchliche des Eisengeims, und im Jahre 1909 griff die Patriotische Gesellschaft im Anschluß an die bedeutsame Ausstellung für Hygienische Milchversorgung diesen Gedanken an und errichtete fast in allen Stadtteilen Milchausgabestellen. Schließlich wurden alle diese Beareidungen zusammengefasst, und die Ausgleichung der Klein-Kinderfürsorge steht bevor. Redner schloß damit, daß die Ausstellungsleitung hofft, für Hamburgs vermehres Verständnis für die Säuglingsfürsorge wecken und Kenntnisse über sie verbreiten zu können. So möchten sie mitarbeiten an der Lösung dieser, für unser blutig um sein Bestehen ringendes Volk wichtigen Lebensfrage. Es gilt Deutschlands Zukunft!

Eine Führung durch die Ausstellung, auf die noch zurückzukommen sein wird, beschloß die Eröffnungsfeier.

Während der kommenden Woche wird im Thalia-Haus (Karstadt) eine Reihe von Vorträgen (an den Wochentagen von 8 bis 9 Uhr nachmittags, Sonntag von 12 bis 1 Uhr nachmittags) gehalten werden. Herr Dr. med. Schulz (Altona) wird am Sonntag "Gemeinverständliches über Bau und Lebensfähigkeit der weiblichen Anzeileidorgane" mitteilen; Herr Dr. med. Rathke spricht am Montag über "Krankheit und Ehe" während für Dienstag ein Vortrag von Dr. med. Wichmann über "Krieg, Geschlechtskrankheiten und Mutterchaft" im Anschluß genommen ist. Das Thema des Vortrages am Mittwoch von Herrn Dr. med. Berg lautet: "Die normale Entwicklung des Kindes". Die Gesundheitslehre der Schwangerschaft und des Wochenbettes" wird Herr Dr. med. Calmann am Donnerstag besprechen; am Freitag spricht Frau Dr. med. Rosenbaum-Schill über "Säuglingspflege in der Arbeiterwohnung". Den letzten Vortrag der Woche, am Samstagabend, hält Herr Prof. Arning über "Die angeborenen Krankheiten der Säuglinge". In sämtlichen Vorträgen ist der Eintritt für solche Besucher, die keine Ausstellungstickets haben, ist ein Sondereingang vorgesehen. W. F.

*Das ganze Volk, unsere Volkshilfe
die Fürsorge in diesem Kriegsjahr
glaubhaft Zukunft zu sichern muß
auf in Hamburgs Zeitungen zu werden
Kriegsurlaub für den Rückblick.*

F. C. H. Heye

Hamburg, 14. April 1917

F. C. H. Heye, Vorsitzender der Handelskammer.

heiten, Krankheitsverhütung und Krankenpflege sowie über sonstige Fragen, die zur Volksgesundheit in Beziehung stehen, in weite Kreise des Volkes zu verbreiten. Der verdienstvollen Bemühung der hamburgischen Landeszentrale der Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz "E. V." ist es gelungen, die Wanderausstellung für Hamburg zu gewinnen und durch die Klarheit der Gruppierung der vielseitigen Ausstellungsgegenstände auf jeden Beschauer einen für das ganze fernere Leben wertvollen Eindruck zu machen. Die

Eröffnung der Ausstellung

vereinte heute vormittag um 10 Uhr im Thalia-Haus eine stattliche Reihe geladener Gäste zu einer feierlichen Feier, an der Bürgermeister Dr. von Welle, die Senatoren Dr. Mummssen und Lattmann, Generaloberst von Heeringen, der Stellvertretende Kommandierende General, General von Fall, der Stadtkommandant, Generalleutnant von Kries, der Kaiserliche Gesandte Graf von Quadt, Generalarzt von Mülle, Obermeister vom Mann aus Stade, Gesundheitsrat Hunnius aus Wandersbel, Obermedizinalrat Tjaden aus Bremen, der Kinderarzt Dr. Pauli aus Lübeck, die Gräfin Schimmelmann und zahlreiche Vertreter der Militär- und Zivilbehörden, der Bürgererschaft, der Ärzteschaft, der Kriegshilfe und des roten Kreuzes und verschiedener wissenschaftlicher Gesellschaften und Vereine teilnahmen. Nachdem Herr

Senator Dr. Mummssen

die Gäste begrüßt hatte, eröffnete er die Aus-

stellungen. Mit Freude erkennen wir hieraus, wie dankbar es ist, an dieser menschlich, sozial und national gleich wichtigen und beglückenden Aufgabe mitzuwirken. Dankbar auch deshalb, weil noch so ungeheuer viel zu tun übrigbleibt, weil der Geburtenrückgang noch immer anhält, weil die Verhältniszahl von dreizehn Toten auf hundert lebendgeborene Kinder noch zu groß ist, weil noch immer eine ungeheure Aufwendung von körperlicher Kraftentfaltung und Kraftabnutzung, von Liebe, Sorge und Geld unnötig veran wird und vermeidbares Elend in zahlreiche Häuser einzieht; stirbt doch die Hälfte dieser dreizehn von hundert Kindern im ersten Vierteljahr ihres Lebens. Dankbar und dringlich ist die Aufgabe endlich auch deshalb, weil Hunderttausende unserer jungen Mannschaften an den Schlachtfeldern geliebt sind und nun ihr tapferes Blut nicht mehr fruchtbar können, so daß das Volksganze diese große Lücke mit gewaltiger Anstrengung schließen muß.

Kraftvoll und gesund müssen die Neugeborenen sein. Das ist die höchste Forderung. Erzeugen und die Geborenen am Leben erhalten, genügt nicht. Der Aberglaube, daß durch das große Säuglingssterben eine natürliche Auslese stattfindet, ist längst widerlegt. Die Ernährungsstörungen sind die Ursachen der Säuglingssterblichkeit. Richtige Fürsorge bei Mutter und Kind läßt auch die Schwachen reifen und zu vollwertigen Menschen werden.

Ein Bedürfnis an die Mütter soll diese Ausstellung sein, ein Anlaß für die große nationale Veranstaltung "Deutschlands

Berlin, 30 April.

Das Wolffsche Bureau meldet:

„30. April, abends.“

Bei Arras Feuerkampf wechselnder Stärke ;
an der Aisne- und Champagnefront dauert die
Artillerieschlacht an.

Im Osten nichts Wesentliches.“

Verbrechen des Herodes.

Ein Nachwort von

Universitätsprofessor Dr. Heinrich Stoboda.

Welch ein gutes, in seinem Schrecken bezeichnendes Wort wurde vor kurzem im Wiener Gemeinderat gelegentlich der Debatte über Jugendfürsorge und Bevölkerungspolitik geprägt! Es wird so wie das Wort des Bischofs Faulhaber, daß wir bald mehr Särge als Wiegen haben, weiterleben. „Verbrechen des Herodes“! Also Mord und Abwendung von Christus, beides liegt mit Recht in dieser Bezeichnung der modernen Volkspest. Nur muß auch beides in der Durchführung der Abhilfe beachtet werden und darum möchten diese Zeilen anerkennen, uneingeschränkt dankbar anerkennen, was geleistet wurde, aber auch ergänzen, freimütig aussprechen, was zu tun noch übrig bleibt.

Es ist ein großer Erfolg der Majorität unserer Stadtväter, daß die Anträge einstimmig und mit einer gewissen Feierlichkeit durchdrangen. Sie waren auch vorzüglich vorbereitet und begründet worden, soweit es sich um das körperliche und allgemein kulturelle Gebiet handelt und einen Stein mußte es erweichen, wenn man das Schicksal der Großstadtkinder wirklich einmal realistisch geschildert hört. Der Krieg löst große Erkenntnisse leichter aus, darum hat diesmal der volle Erfolg nicht gefehlt. Bald sollen sich unsere Kleinen, das „werdende Wien“, mehr an Sonne, Luft und Wohlbefinden erfreuen als bisher. Es ergreift, wie Stadtrat Tomola die diademgeschmückte Dame Bindobona packend schildert, die ihre Kinder, denen sie das „Glacis“ genommen, zuerst in die Ziniengraben und dann auch von dort verweist. Welche Seligkeit war es, von unserer Mutter die Erlaubnis zu bekommen, auf den Wiesen und den mühen Mauern der alten Ziniengraben zu spielen! Das ist vorüber bis zu den neuen, salonsfähigeren Kinderspielflächen in unseren öffentlichen Anlagen, die wir, stolz über so viel „Natur“, besitzen. Gewiß hat auch bis heute schon die Wiener Gemeinde viel geleistet, wir sind es nur zu sehr gewohnt, wir finden es zu sehr selbstverständlich, auch was unser musterhaft verwaltetes Land geschaffen hat. Wir freuen uns aber, daß man noch mehr leisten kann, noch systematischer den Menschen „vom Tage seiner Geburt an erfassen“ kann, durch Berufsvormundschaft, Fürsorgestellen, Spielplätze für jeden neuen Volkskindergarten im Ausmaße von 800 Quadratmetern, durch alle Formen der Schulhilfe, durch Horterziehung, Schülerausflüge, Ferienerholung usw. Dazu wurden noch weitere Anträge gestellt auf Schaffung eines Beirates, von Beratungsstellen, Vorbeuge- und Rettungsämtern, Schulärzten, Berufsschulen und ähnlichen umfassenden Aktionen. Auch diese Anträge wurden einstimmig der Geschäftsbehandlung zugewiesen, also auch in dieser erweiternden Richtung volles Verständnis, Initiative und Tatkraft! Wirklich, ein „monumentaler Beschluß“, vielleicht dürfen wir auch eine psychologische Kriegswirkung erfreulichster Art darin erkennen und erwarten, daß aus dem großen Unglück vertiefte Konzentrierung der Menschen, die guten Willens sind, folgen werde.

Über das „Verbrechen des Herodes, das zu einem einträglichen Geschäftszweig geworden“? Wird das durch alle diese Vorkehrungen wirklich aufgehoben, verhütet, auch nur annähernd fühlbar gehindert werden? Zwei Stimmen haben im Gemeinderat diesen Punkt berührt, der die wichtigste der gestellten Fragen umschließt, wichtig auch in politischer und nationaler Beziehung. So weit der Zeitungsbericht erkennen läßt, hat ein Sozialistenredner verneinend geantwortet, deshalb, weil der Geburtenrückgang ein wirtschaftliches Problem sei. Dem gegenüber wurde von katholischer Seite „die Wiederanerkennung der sittlichen Wirkungen der Religion und des Glaubens an Gott und die göttliche Kraft“ betont.

Letzteres geschah gar sehr mit Recht, ersteres ist aber eine Teilwahrheit, die geradezu gefährlich ist, wenn sie widerspruchslos hingenommen wird.

Hier darf kein Parteistandpunkt störend ansetzen und es darf keine in der Fachliteratur und der Erfahrung längst klargestellte Einsicht übersehen werden. Gewiß wird die Bevölkerungspolitik mit den angenommenen Beschlüssen allein nicht auskommen, aber keineswegs bloß deshalb, weil der Gemeinderat die sozialen Verhältnisse nicht zu ändern vermag, sondern vielmehr aus einem tieferen, aber weit stärkeren Grunde. Und weil der Gemeinderat an der Behebung dieser Causa causarum mitarbeiten kann, darum dürften die vorliegenden Ausführungen nicht überflüssig sein.

Das „Verbrechen des Herodes“, des historischen Herodes lag nicht bloß in der Sucht, sein Lebensbehagen ungestört zu erhalten, sondern auch in der Ablehr von Christus. Und gerade weil er ihn fürchtete, anerkannte er ihn als Messias. Ähnlich ist das moderne Herodianertum untrennbar mit der Ablehr von Christus verbunden. Ja sogar, soweit die sozialen Mißstände zur Mitursache, nicht zur alleinigen Ursache der modernen Familienpest geworden sind, gehen sie selbst wieder auf die Ablehr von Christus, auf die Ablehr von seiner Gerechtigkeit und seiner Liebe zurück.

Eine Wahrheit muß man ganz erkennen, ganz aussprechen, insbesondere wenn man genügende Abhilfe schaffen will.

Ohne mit dem Referenten der letzten Volkswohlfahrtsberatung vom März 1916, Dr. Hainisch, in allen Punkten sich identifizieren zu wollen, wird man gerade ihm ein unvoreingenommenes Urteil zutrauen, wenn er zusammenfassend erklärte: „Im letzten Grund ist die Frage des Geburtenabfalles eine sittliche Frage. Es ist daher Aufgabe der sittlichen Mächte unserer Gesellschaft: der Kirche, der Schule, der Berufsorganisationen, der Bildungs- und Gewerksvereine, ihm entgegenzuwirken.“ Das sittliche Moment sah Dr. Hainisch darin, daß als letzter Grund dieses Volkslasters das Behagen am Leben erkannt wird. Das bestätigt die allgemeine geschichtliche Erfahrung, denn nicht zunächst die Not, sondern erwiesenermaßen der Luxus führten und führen zum „weißen Tod“. Das Streben, die Vermögen beisammen zu halten, verbindet sich mit dem Vergessen auf die Verantwortung vor Gott, genau so wie die Angst vor der Ernährer der Kinder sich dem Vergessen auf die Vorsehung zugesellt. Daher sind sicher auch, statistisch genau verfolgbar, soziale Bedrängnisse als Mitursachen anzuerkennen. Sie müssen energisch bekämpft werden, aber sie nicht allein,

8.7. 1917

Ein Reichsamt für Bevölkerungs-Politik.

Mit der Forderung eines besonderen Reichsamtes für Bevölkerungs-Politik, die nach unserer Meldung vom Sonnabend abend zurzeit in Reichstagskreisen erwogen wird, wird ein Gedanke aufgenommen, den das „Hamburger Fremdenblatt“ am 9. Juni des vorigen Jahres zur Erörterung gestellt hat. Damals wiesen wir darauf hin, daß die von der deutschen Bevölkerungsfrage gestellten Aufgaben für die ganze deutsche Zukunft so verantwortungsvoll, zugleich aber so umfangreich und weit ansholend seien, daß sie von dem so schon überlasteten Reichsamt des Innern nicht mehr übersehen werden könnten, daß zu ihrer Bewältigung vielmehr von diesem Amt eine besondere „Abteilung für Volkspflege“ abgezweigt werden müsse. Diese Ueberzeugung hat sich seitdem nur gefestigt. Weder die Erörterungen im Reichstag und im Preussischen Abgeordnetenhaus, noch auch die Verhandlungen in dem vom Reichstag eingesetzten besonderen Ausschuss konnten bisher zu der Höhe emporgehoben werden, die der fundamentalen Bedeutung dieses Problems entspricht. Man vermehrte die Erkenntnis, daß es zur Behauptung des deutschen Volkes nach außen, namentlich gegen das in ungeheurer Vermehrungsfähigkeit andringende Slaventum, und zur Gesundung seiner Verhältnisse im Innern ein unausweichliches Erfordernis ist, die Gesunderhaltung des Bevölkerungszuwachses wirklich durchgreifend in Angriff zu nehmen, daß die Bevölkerungs-Politik mit dem wirtschaftlichen Renaubau des Reiches und mit der Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens das Dreigestirn bildet, um das unsere gesamte politische Zukunft sich drehen muß, wenn anders das neue Deutschland auf sicherem Grunde stehen soll. Oder wenn diese Erkenntnis vorhanden war, so fehlte die Tatkraft, die der Größe der Aufgabe entsprechenden Mittel aufzuwenden. Man schwang sich nur zu Palliativmitteln auf, die statt das Uebel des erschreckenden Geburten-Absturzes bei der Wurzel zu fassen, sich mit der Behebung von Oberflächenschäden begnügten. Eine gewisse Jaghaftigkeit lag über den Beratungen, fast als hätte man kein gutes Gewissen zur eigenen Sache. Man faßte gewiß sehr anerkennenswerte Beschlüsse gegen Krankheiten und Geheimmittel. Man sprach berechtigt harte Worte über die Vergnügungssucht und Genußsucht der Leichtfertigen als Ursache der Kinderscheu, aber man betonte nicht scharf genug, daß über diese Oberflächenschäden hinaus der letzte tiefste Grund der brennend gewordenen Frage in einer organischen Erkrankung unseres ganzen Volkstörpers liegt. Die von unserem wirtschaftlichen Fortschritt gebrachte unerhörte Intensivierung unseres Erwerbslebens hat dessen Anhäufung an besonders günstig gelegenen, oder durch die Tradition gegebenen Industriezentren und damit die Großstadtbildung nach sich gezogen unter gleichzeitiger Entwässerung des breiten Landes gerade von den Schichten, für die das Kind werdendes Kapital, nicht bloß zehrende Last ist. Die Großstadt aber kann, der Struktur ihres Lebens nach, schon physisch nicht mehr Kinder lebenskräftig großziehen, als sie gegenwärtig liefert. Es ist durchaus verkehrt, die Ursache dieser neuen Not etwa in einer besonderen Verschuldung der Städte zu suchen. Nur das Landleben, das Ellenbogenfreiheit, Luft, Licht und Sonne bietet, ist dazu imstande. Nichts führt unsere verstädterten Lebens auf das Land durch Siedelungs-Politik ist deshalb die erste Fundamentalforderung, die das Streben nach einer größeren Volksdichte stellt. Sie erheben aber heißt, ein Empfinden für den Komplex der großen, tief in alle Gebiete der Volkswirtschaft und des Volkslebens eingreifenden Probleme bekommen, die in dem einen Problem der Bevölkerungs-Politik umfaßt sind. Es ist in der Tat einzusehen, daß das in seiner bisherigen Aufgabensfülle schon versinkende Reichsamt des Innern bisher nicht dazu kommen konnte, auf diesem neuen, erst in seinen Anfängen zu übersehenden Gebiet bahnbrechend vorzugehen.

Bevölkerungs-Politik durch Siedelungs-Politik. Es ist selbstverständlich, daß diese Aufgabe nicht auf dem von agrarischen Kreisen zur Herbeiführung einer Verbilligung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte gewünschten Wege einer besonderen Protektion des Landwirtschaft treibenden Landes und einer Verkümmern unserer Städte und ihrer wirtschaftlichen Sonderart erreicht werden darf. Das würde einen Vernichtungsschlag gegen unseren Volkswohlstand bedeuten. Bilden das Land und der Landbau die Grundlage des Volkslebens, so müssen doch Industrie, Handel und Gewerbe, also die Städte die Reichtümer ins Land bringen, die die Ernährung einer im Verhältnis zur Bodenfläche überstarken, doch im Interesse der Wehrkraft dringend notwendigen Volkszahl ermöglichen, die auch das Leben im Reich so abwechslungsreich und angenehm machen, daß die Bevölkerung darin eine Entschädigung für ihre in der Industrie überspannte Arbeits-

tätigkeit erhält, und es verschmäht, durch Auswanderung sich leichtere Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Nicht das Land gegen die Stadt auszuspielen, sondern Stadt und Land jedes in seiner Art bestehen zu lassen und doch organisch zu einer Basis für die Volkspflege zu verbinden, gilt es deshalb. Die Spermanern müssen niedergelegt werden, die unsere Städtebevölkerung in ihren Steinkästen zusammenballen. Bodenpolitik muß billiges Bauland schaffen, und städtische, wie staatliche Verkehrs-Politik den Zugang vom Wohnort draußen zur Erwerbsstätte drinnen eröffnen. Für beides aber ist das Hemmnis zu überwinden, das die Verwaltungstrennung der sich selbst verwaltenden Städte und der angrenzenden ländlichen Kreise bildet. Hamburgs Beispiel mit seiner Außenbesiedelung zeigt, wieviel an anderen Orten in diesem Punkte durch eine Annäherung der oberen Verwaltungen in Stadt und Land gewonnen werden kann. Die Bantätigkeit gilt es anzuspornen durch Erleichterung des Bauens, Wohnungsgesetze, die Bildung von Bau- und Siedelungs-Genossenschaften und die Erleichterung der Baudarlebensbeschaffung sollen dazu helfen. Die Abneigung des Landes gegen Neusiedlungen will überwunden werden durch Ordnung des Schulwesen, des Kirchen-, Armen- und Unterhaltungs-wesens. Die landwirtschaftliche Bevölkerung will vermehrt werden durch eine großzügige Siedelungs-Politik, und der landwirtschaftliche Beruf muß durch Bereitstellung von Pachtland, das einzige Mittel ländlichen Vorwärtstommens, anziehend gemacht werden. Die ganze ländliche Gesetzgebung bedarf einer Durcharbeitung unter den neuen Gesichtspunkten. Es muß eine Initiative vorhanden sein, die im Interesse der Bevölkerungs-Politik ein siedelungsfeindliches Gesetz, wie es der preussische Fideikommiss-Gesetzesentwurf schaffen wollte, von vornherein unmöglich macht. Schon aus dieser Hauptaufgabe der Siedelung und der Bewältigung ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Widerstände erwachsen Arbeiten so großen Umfangs, daß ein besonderes Reichsamt über Mangel daran wahrlich nicht zu klagen braucht.

Daneben erfordern die vom Reichstagsausschuss bereits in Angriff genommenen Aufgaben gleichfalls weitere lebhaftere Förderung. Zu ihnen ist hinzu zu nehmen eine Neuordnung der Beamtenbesoldung, die verhütet, daß das Kind eine Last wird gegenüber der Kinderlosigkeit. Auch die Wohlfahrts-Pflege, mag sie den Müttern, den Säuglingen, der heranwachsenden Jugend oder dem Familienleben überhaupt zugute kommen, hat hier ihren Platz. Aber die der einen Hauptaufgabe der Bevölkerungs-Politik sich anschließenden und sich immer neu ergänzenden Nebenaufgaben sind im einzelnen im Rahmen eines Aufsatzes gar nicht aufzuzählen. Sie werden wachsen, sobald nur einmal ein besonderes Reichsamt einheitlich organisierte sich ihnen gewidmet hat. Wieviel heute zersplitterte Anfänge werden sich dann unter einheitlicher Leitung zu starker Schlagkraft im Interesse unseres Vaterlandes vereinigen lassen. Es ist dringend not im vaterländischen Interesse, daß der Plan Wirklichkeit wird und bald ein Reichsbevölkerungsamt mit starker Hand alle Fäden zusammenzieht, und vorwärtstreibend, sich hinter die Aufgabe der Zukunft stellt.

itung

Oesterreich.

hr nachmittags.

Mittagsblatt 8 Kreuz.
Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 70 h.
 monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—.
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Lebab-Ortschaften und Versteckstellen:
 Monatlich K 3.—.
 Provinz und Ungarn:
 monatlich K 3.40, vierteljährlich K 10.20
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 14.40.
 Für alle anderen dem Weltpostverein
 angehörl. Länder: Vierteljährlich K 18.—.
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Rechte
 Wenzgasse 97, und in den Filialen:
 SchulstraÙe 18, Telefon 9191
 Basmaningasse 80, Tel. 40223
 X. Ebelandplatz 8, Telefon 68244
 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 23122
 XVI. Raugasse 94, Telefon 84146
 XVII. Badnergasse 22, Telefon 17176
 XXI. Angereerstraße 14.
 Für die an fremde Austräger oder
 Verschleiher bezahlten Beiträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind vortofrei

XXIX. Jahrgang.

das erstemal, daß sich das nationale Kräfteverhältnis, danach die Deutschen in Oesterreich nur eine Minderheit sind, im Parlament so scharf dargestellt hätte. Den Ausschlag haben natürlich die Polen gegeben, die der Frage, die die Tschechen immer heftig bewegt hat, bisher ganz teilnahmslos gegenübergestanden sind. Aber die Polen stehen nicht nur gegen die Regierung in ingrinniger Opposition, ihre heutige Abstimmung ist auch ein Beweis dafür, daß ihr ganzes Interesse an Oesterreich recht abgeschwächt ist und sie nirgends mehr danach fragen, was daraus werden wird.

Die Geschäftsordnungsreform ist bis auf diesen einen Streitpunkt in voller Eintracht beschlossen worden. Die allgemeine Entschlossenheit, die Reform, die die Obstruktion ausrottet und das Haus saniert, zum gedeihlichen Ende zu führen, ist sicherlich keine geringe Sache. Denn bisher hingen alle Parteien an der Obstruktion, keine war bereit, diese letzte Waffe aus der Hand zu geben. In zwanzig Jahre währen die Versuche, die alte Ordnung zu verbessern, und alle sind bisher gescheitert. Wenn das Haus nun, in einem Zuge, eine so gründliche Reform bewältigt, ist das wahrlich ein Erweis seines Lebenswillens und ist wohl geeignet, die Hoffnungen auf die Lebensfähigkeit des Parlaments zu stärken. Es ist darum zu erwarten, daß auch aus der arg verfahrenen Situation ein Ausweg gefunden und eine Lösung herbeigeführt wird, die keine Vergewaltigung enthält und keine Verstimmungen zurückläßt.

Vollsgesundheit und Volkswohlfaht.

Von Professor J. Tandler.

II.

Es kann an dieser Stelle unmöglich eine Analyse der bis nun bekannt gewordenen und auch der noch zu erwartenden quantitativen und qualitativen Kriegsschäden vorgenommen werden. Daß sie vorhanden sind, weiß jeder, daß sie nachwirken werden und daß die Gutmachung sehr schwierig sein wird, entzieht sich wohl kaum der Einsicht eines vernünftigen Mannes. Man kann über die Mittel, über die Wege dieser Gutmachung verschiedener Meinung sein, die prinzipiellen Angelegenheiten, sie bleiben dieselben. Die Fortschritte der Medizin haben uns schon vor dem Kriege zu der Annahme berechtigt, daß wir imstande sein werden, die das Heer in früheren Feldzügen dezimierenden eigentlichen Kriegsseuchen mit Erfolg zu bekämpfen und zu besiegen. Das hat sich als berechtigt erwiesen, dank den Fortschritten in der Erkenntnis und der Tatkraft und Aufopferungsfähigkeit unserer Aerzte. Vor diesen Kriegsschäden sind wir fast vollkommen bewahrt geblieben.

Die Probleme, die dieser Krieg bevölkerungspolitisch vor uns aufgerollt hat, sind vor allem das Problem der Reproduktion der durch den Tod Abgegangenen, das sich fassen läßt in die Worte: Geburten- und Aufzuchtzahl, die Versorgung jener Menschheit, deren Arbeits- oder Lebensfähigkeit durch den Krieg gelitten hat — Invalidenversorgung, die Bekämpfung der chronischen Volksseuchen — Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten — und schließlich der Kampf gegen den Hunger — das Ernährungsproblem. Ich bin der Meinung, daß diese Probleme groß und ernst genug sind, um von einem eigenen Verwaltungskörper erwogen und so weit als möglich gelöst zu werden. Glauben die Verantwortlichen wirklich, daß alle diese Probleme dem Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern und den verschiedenen Wohltätigkeitsvereinen überlassen sein sollen? Wenn trotzdem in dem zu errichtenden Ministerium für soziale Fürsorge die öffentliche Gesundheitspflege nach wie vor in einem Departement des Ministeriums des Innern untergebracht bleiben soll, so würde sich die durch die Neugründung dieses Ministeriums vermehrte Beamten-schar hauptsächlich damit zu beschäftigen haben, die gegenseitigen Kompetenzen abzuwägen und abzuschleifen. Zwischen den Mühlsteinen der Kompetenzen aber werden die großen Probleme der Bevölkerungspolitil zermahlen. Soziale Fürsorge, Volkswohlfaht, öffentliche Gesundheitspflege sind Teile eines Ganzen, sind Organe eines einzigen Organismus. Wäre die gesamte Sanitätsverwaltung Oesterreichs

den Aufgaben des neuen Ministeriums auch das Problem der Volksernährung gehören. Die ganze Schwierigkeit dieses Problems fühlen wir heute alle eigenen Körper, und es bedarf keiner besonderen Ansicht, um zu wissen, daß diese Schwierigkeit ist an dem Tage des Friedenschlusses vorbei wird.

Die hohen Ansprüche, die dieser Krieg körperlich unsere Truppen stellt, hat den leitenden Kreisen vorgemacht, daß körperliche Tüchtigkeit eines der vorragendsten Verteidigungsmittel des Staates ist. Ir werden ja hoffentlich die körperliche Ertüchtigung jeres Volkes in diesem Sinne so bald nicht wieder auchen, wir werden sie aber benötigen, im Interesse der Beanspruchung auf Arbeit, Friedensarbeit. Die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend gehört mit zu den Aufgaben der Volkswohlfaht und ist nicht den Schulbehörden zu überlassen, sie ist auch nicht zu jelsen durch Mittelschen wie militärische Übungen, Ländspielen und ähnliches. Das Uebel sitzt ganz wo anders. So förderlich der Jugendsport auch sein mag, rmllos ist er nicht. Ueber seine Ausübung zu entscheiden ist weder Sache eines Gymnasialdirektors noch eines Landeschulrates. Auch da wird man den Ernst der Dinge begreifen müssen.

Aus dem Ernst aber, der der ganzen großen cage der Volksgesundheit und Volkswohlfaht inneohnt, erklärt sich die Notwendigkeit einer schleunigen Hilfe, die wohl für jeden Menschen mit sozialem erbußtsein und Verantwortungsgesühl als eine selbstverständliche Forderung erscheint. Ueber den Titel des neuen Ministeriums mögen sich andere streiten, es ist nur unser gesamtes Sanitätswesen und sämtliche Wohlfahtseinrichtungen zusammenschließen. Es soll das Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern, die erschienenen Sanitätsabteilungen der einzelnen Ministerien in sich vereinigen. In dieses Ministerium gehört der ganze Komplex des Versicherungswesens, des Krankenkassenwesens, das Ernährungsamt, die Fürsorge für sämtliche Abschnitte des menschlichen Einzelens, ein einziges untrennbares Ganzes bildend. Den Rahmen der Wirksamkeit zu schaffen, die Grenzen der bei uns so beliebten Kompetenzen abzustecken soll Aufgabe berufenerer Männer sein. Ich kann nur hoffen und wünschen, daß die Regierung und die gesetzgebende Körperschaft in vollem und klarem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit daran geht, sich die furchtbaren Lehren dieses Krieges zu nutze zu machen und einzusehen, daß das organische Kapital des Staates, die drinwohnende Menschheit, das wertvollste Besitztum des Staates darstellt und dementsprechend gehegt und gepflegt und verwaltet werden muß. Und so wie es eine Wirtschaftspolitil und wirtschaftspolitische Aemter gibt, so gibt es auch eine Bevölkerungspolitil und soll es auch bevölkerungspolitische Aemter geben. Dort wo die Bevölkerungspolitil versagt hat, fehlt der Wirtschaftspolitil der Zweck. Das mögen sich jene sagen, die es angeht.

Die Bekämpfung der Geburtenrückgänge

Wesen des Beamtengehalts als einer Alimentationsrente. Der Staat bezahlt seine Beamten nicht nach den einzelnen Leistungen; er fordert unbeschränkte Treue und Hingebung und übernimmt dafür die Sorge für den standesgemäßen Unterhalt. Was liegt da näher, als den Gehalt nach dem durch Familienstand und Kinderzahl bedingten Bedürfnis zu bemessen? Was vom unmittelbaren Staatsdienst gesagt wurde, gilt auch vom mittelbaren: von den Beamten der Selbstverwaltungskörper und den Lehrern. Die angeregte Maßnahme würde sich daher von vornherein auf einen sehr weiten Personenkreis erstrecken. Die großen wirtschaftlichen Betriebe werden um so eher geneigt sein, dem Beispiel des Staates zu folgen, als manche von ihnen die anlässlich des Krieges gewährten Teuerungszulagen sehr geschickt, jedenfalls besser als der Staat, dem durch die Kinderzahl gegebenen Bedarf anzupassen verstanden haben. Wird die Sorge um den Unterhalt und die Erziehung der Kinder erleichtert, so wird nicht nur die Kinderzahl der Beamtenfamilien erhöht, sondern auch der Nachwuchs verbessert, die Heiratslust gehoben und das Heiratsalter herabgesetzt werden. Die Frauenfrage, soweit sie eine Heiratsfrage ist, muß von der Männerseite aus gelöst werden.

Die Gehaltspolitik verlagert den breiten Schichten der Arbeiterschaft gegenüber. Hier tritt an die Stelle der Gehaltspolitik eine Lohnpolitik, die dahinzielt, die Löhne zwischen den Ehelosen und den Verheirateten, den Kinderarmen und den Kinderreichen auszugleichen, nicht nur von Haushalt zu Haushalt, sondern auch innerhalb desselben Lebenslaufes. Das Mittel dazu ist die Elternschaftsversicherung. Viele Arbeiter erreichen in verhältnismäßig jungen Jahren auskömmliche Löhne; aber sie vermögen ihr Einkommen späterhin nicht in dem Maße zu erhöhen, wie die Belastung durch die Kindererziehung es erfordert. Um den Ausgleich zwischen den Jahren minderen und höheren Bedarfes herbeizuführen, ist von verschiedenen Seiten eine Art Zwangssparnis vorgeschlagen worden. Ein Teil des Lohnes soll einbehalten, zinsbringend angelegt und erst dann flüssig gemacht werden, wenn sich der Bedarf durch Eheschließung und Kinderlegen eingestellt hat. Eine halbe und, wenn lediglich auf das Verhältnis zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer gestellt, beiden Teilen unerträgliche Maßnahme. Anders, wenn sie in das System der Sozialversicherung eingegliedert wird, der sie ihrem Wesen, ihren Zielen und ihren Mitteln nach angeht.

Ihren Wesen nach, denn es handelt sich um die Aufteilung zukünftiger gesellschaftlicher Lasten auf die vorhergehende Zeit und auf einen weiteren und tragfähigeren Kreis. Ihren Zielen nach, denn es handelt sich darum, die Arbeiterklasse ebenso wie vor den wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität auch vor übermäßiger Belastung durch die Kindererziehung zu bewahren und so ihre Reproduktion sicherzustellen. Und das Mittel ist hier wie dort das gleiche: eine Zwangsversicherung, die schließlich den Lohn um den Betrag der Versicherungsprämie erhöht und wie ein Sparzwang mit gelegentlich gebundenem Sparzweck wirkt. Die Lohnerhöhung ermöglicht die Ersparung; sie fällt aber schließlich weder dem Arbeitgeber noch dem Arbeitnehmer zur Last, sondern wird auf die Gesellschaft überwältigt. Denn der Versicherungszwang macht die Prämie zu einem unvermeidlichen Bestandteil der Produktionskosten, der im Preise der Waren und Dienstleistungen von den Konsumenten zurückerstattet werden muß. Wie die Prämie zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer aufgeteilt wird, ist nur für die Zeit des Ueberganges von Belang, bis die Umwälzung gelungen ist. Auf die Dauer wird aber die Prämie zunächst im Lohne und weiterhin in den Preisen ersetzt; es verhält sich damit so wie mit der Biersteuer, die der Brauer nur vorschießt, um sie im Bierpreise von den Konsumenten hereinzubekommen. Die Gefahr oder Last, vor der die Sozialversicherung schützt, wird in der Form der Prämie gleichsam auf die Gesellschaft abgeschoben; in diesem Falle ist es die wirtschaftliche Last der Kindererziehung. Die eingezogenen Versicherungsprämien ergeben einen Fonds, woraus die Eltern Beiträge erhalten, um ihre Kinder zu ernähren und zu erziehen. Das wird manche davon abhalten, die Kinderzahl absichtlich einzuschränken.

Die hienit vorgeschlagene Elternschaftsversicherung ist die notwendige Ergänzung und Fortsetzung der Mutterschaftsversicherung; diese allein genügt nicht, weil sie nur für die Entbindung und das zarteste Alter vorsorgt, während die Kosten mit den Kindern wachsen. Das Endergebnis beider Maßnahmen ist die Sozialisierung der Kosten der Kindererziehung. Sozialisierung, aber kein Eingriff in das Familienleben! Denn die Kinder, die Verantwortung, die Freuden und Sorgen der Erziehung verbleiben den Eltern. Aber die gesellschaftlich notwendigen Kosten der Erziehung werden, soweit sie durch die Versicherung gedeckt sind, von der Gesellschaft getragen, die ohne einen kräftigen Nachwuchs ebensowenig wie der Staat bestehen und sich entwickeln könnte. Die Gesellschaft besteht hier zunächst aus dem Kreise der Versicherungspflichtigen, die durch die Versicherung zu einer Gefahrengemeinschaft vereinigt werden. Weiterhin gehören dazu alle, die die Prämien im Preise der Waren und Dienstleistungen erlegen. Geht man noch einen Schritt weiter und ergänzt man die laufenden Erziehungsbeiträge, ähnlich wie im Deutschen Reiche die Alters- und Invaliditätsrenten, durch einen Staatszuschuß, so ist die gesamte im Staate organisierte Volksgemeinschaft mit herangezogen zur Erhaltung, Aufzucht und Erziehung der Kinder, auf der ihre eigene Zukunft beruht.

Der Grundgedanke ist einfach und einleuchtend. Selbstverständlich muß vieles erwogen und berechnet werden, um ihn auszuführen. Der Kreis der Versicherten ist zunächst durch die Sozialversicherung gegeben; aber es muß entschieden werden, ob er nicht darüber hinaus erweitert werden soll, ob alle oder nur gewisse Versicherte auch an der Elternschaftsversicherung teilnehmen sollen, bis zu welchem Lebensalter die Beitragspflicht der Eltern gehen soll, bis zu welchem Alter der Kinder die Erziehungsbeiträge zu zahlen sind, ob Prämien und Versicherungsleistungen nach der Höhe des Lohnes abgestuft werden sollen, ob es eine Karenzzeit geben und wie lange sie dauern soll und was dergleichen Fragen mehr sind. Es wird die Stellung der unehelichen Kinder und der Staatsbeitrag zu erwägen sein. Die Statistik wird die versicherungs-

technischen Grundlagen herbeischaffen, die politische Urtheilskraft wird das Erfordernis und das Verhältnis zwischen Prämie und Versicherungsleistung berechnen müssen. Dazu kommen noch die Organisationsfragen, der Schutz vor Hinterziehung und Mißbrauch. Alles schwierig und höchst verantwortungsvoll, aber durchaus innerhalb des Bereiches der Möglichkeit.

Ich weiß, daß tausend Bedenken und Einwendungen kommen werden; noch sind ja in Oesterreich nicht einmal die Schwierigkeiten der Alters- und Invalidenversicherung überwunden. Mir ist bereits vorgehalten worden, daß Elternschaftsversicherung zu schematisch wirken und überdies eine so strenge Aufsicht über die Verwendung der Erziehungsbeiträge erfordern würde, daß sie in Wirklichkeit unendlich oder doch unerträglich wäre. Diese Einwendungen sind leicht zu widerlegen. Schematisch wirkt unvermeidlich jede auf die großen Massen berechnete Veranstaltung. Aber die Gleichmäßigkeit des Schemas ist kein Fehler, sondern eher ein Vorzug der Organisation, wenn nur dem gleichen Bedürfnis mit den gleichen Mitteln entsprochen werden kann. Schematisch ist übrigens nur das Verhältnis zwischen Prämie und Versicherungsleistung, in der Ausbringung der einen und in der Verwendung der anderen äußert sich sofort die bunte Mannigfaltigkeit des individuellen Lebens. Und eine besondere Kontrolle über die Verwendung des Erziehungsbeitrages ist entbehrlich, wenn er, was ich als selbstverständlich voraussetze, hinter dem tatsächlichen Mindestbedarf zurückbleibt. Denn dann ist nicht zu befürchten, daß er mißbräuchlich zu anderen Zwecken verwendet werde. Maßnahmen gegen den Mißbrauch der elterlichen Gewalt sind selbstverständlich nötig; sie sind es aber schon jetzt und werden es nicht erst durch die Elternschaftsversicherung.

Noch weniger stichhaltig ist die Einwendung, daß die Volkswirtschaft die Kosten der Elternschaftsversicherung nicht aufbringen könnte. Die Kosten der Kindererziehung wurden von je auch ohne Versicherung aufgebracht und werden es auch heute noch, sonst wäre die Welt längst ausgestorben. Nicht um eine neue Last handelt es sich, sondern um die richtigere Verteilung der Ältesten und selbstverständlichsten aller gesellschaftlichen Lasten. Auf sich selbst gestellt, können oder wollen viele Eltern diese Last nicht mehr auf sich nehmen, daher der Geburtenrückgang. Ihm können wir nur dadurch wehren, daß wir von dieser Last soviel auf die Gesellschaft übernehmen, daß der gefährliche Druck behoben wird, der den Lebenstrieb des Volkes hemmt. Dazu ist die Elternschaftsversicherung das richtige Mittel, nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom psychologischen Standpunkt aus. Denn niemand wird für andere einzahlen wollen. Kann man sich schon der Versicherung nicht entziehen, so will man doch Nutzen von ihr haben und das kann nur, wer Kinder in die Welt setzt. Selbst der Nächstenfeind wird durstig und will sich aus dem Schaden trinken, wenn ein Faß auf gemeinsame Rechnung angeschloßen wird. Aus dieser einfachen Ueberlegung ergeben sich wichtige Folgerungen für die Verteilung der Lasten zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer, zwischen dem Versicherten und dem Staate und weiterhin für das Verhältnis, in dem die Versicherungsleistungen zu den gesamten Erziehungskosten der Eltern stehen sollen. Der Versicherte muß einen erheblichen Teil der Prämie aus eigener Tasche zahlen, damit sein wirtschaftliches Interesse wach bleibe. Und die Versicherung darf nicht den ganzen Erziehungsaufwand decken, damit die heiligste Angelegenheit des Volkslebens nicht etwa zur Spekulation herabsinke. Den richtigen Mittelweg zu finden, gehört mit zu den feinsten psychologischen Aufgaben, die je einem Gesetzgeber gestellt worden sind.

Den Rahmen für die Einrichtung der Elternschaftsversicherung muß die allgemeine Sozialversicherung beistellen; diese hat die Prämien zu veranlagen und einzuziehen, die Kasse zu führen, die Gelder zu verwalten und die Durchführung zu überwachen. Zurzeit fehlt uns noch diese Grundlage; Oesterreich hat die einzelnen Zweige der Sozialversicherung noch nicht einheitlich zusammengefaßt, ihr Gebäude noch nicht getrübt durch die Alters- und Invalidenversicherung. Wir waren auf dem Wege dazu, aber die gesetzgeberischen Arbeiten sind durch den Krieg unterbrochen worden. Es wird eine der ersten Aufgaben des wiedergewonnenen Friedens sein, sie wieder aufzunehmen und zu Ende zu führen. Die Gründe hierfür sind durch den Krieg nur noch verstärkt worden. Denn er hat die Empfindung für den Wert des Menschen verfeinert und gezeitigt, was die Sozialversicherung für die Bewahrung der Arbeitskraft und der Volksgesundheit zu leisten vermag. Zu den alten sachlichen Gründen kommen noch neue Gründe politischer Art hinzu. Unsere Krieger werden aus dem Schützengraben mit dem Bewußtsein zurückkehren, den Dank des Vaterlandes verdient zu haben. Mit vollem Rechte werden sie im Frieden stärkere politische Geltung, sorgsamere staatliche Berücksichtigung fordern. Auf keine Weise könnte ihr Verlangen besser und rascher befriedigt werden als durch den Ausbau der Sozialversicherung. Kommt es dazu, so Sorge man nicht nur für das Alter, sondern auch für die Jugend. Dann braucht uns um unsere Zukunft wahrlich nicht bange zu sein.

18. Juli 1917

D Y D

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Györi & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezal, Rudolf Mosse, Jul. Tenzor, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: N. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzel: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller, Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Nr. 179

Eine Aufgabe der ungarischen Gesellschaft.

Von Dr. Josef Madzjar,

Direktor des Stefaniebundes.

Eine feststehende Zeit ist hereingebrochen. Die ungarische Gesellschaft, ihre amtlichen und nichtamtlichen Teile in gleicher Weise, haben eine Entdeckung gemacht. Sie haben die Mutter bemerkt. Deutschland hat bereits das vergangene Jahrhundert als das Jahrhundert des Kindes bezeichnet. Wir waren um einen Schritt zurückgeblieben. Bei uns mußten erst die aufzudeckenden Blitze des Kanonenfeuers auf das Problem der Mutterschaft hinarbeiten, damit wir es wahrnehmen, es mußte erst der Vater im Felde liegen, damit wir die Mutter sehen. Nun zeitigt jeder Tag Symptome dieses Erdemens. Heute verordnet der Oberstadthauptmann der Budapester Staatspolizei die Berücksichtigung der Frauen, die die Last zweier Menschen tragen, inmitten der Masse, die vor den Geschäftsläden steht, gestern hat der Minister des Innern erkannt, daß das Land an einer zwanzigprozentigen Säuglingssterblichkeit sicherer verblutet als inmitten des heftigsten Trommelfeuers, vorgestern hat die Gesellschaft sich daran erinnert, daß den Müttern geholfen werden mußte, und in wenigen Tagen streute sie fünf Millionen Kronen in die Urnen des zum Schutze der Mütter gegründeten Stefaniebundes. Überall rührt sich das Gewissen der Gesellschaft, überall ist sie nach Kräften bestrebt, die Schäden und Verluste des Krieges zu beheben.

Die Seele der Gesellschaft setzt sich aus den Eigenheiten der Individualitäten zusammen. Wenn da trauert, fühlt leichter mit dem, der auch trauert. Und weil wir viele sind, die wir jetzt Trauer im Herzen hegen, steht unsere gesellschaftliche Gemeinschaft auch mit anderen Augen auf den Trauerzug, der jährlich Hunderttausende von Säuglingsjungen zur Grube geleitet, auf jenen fürchterlichen Zug, neben dem unser Menschentum Jahr um Jahr gefühllos vorbeigegangen ist. Denn die Spitze der Gesellschaft steht viel mehr noch unter dem Einbrüche der Gefühlsmomente als das Individuum. Wenn es früher auch einzelne gegeben hat, die angesichts dieser großen Gefahr die Aufmerksamkeit der Gesellschaft wachrufen wollten, die zum Kampfe gegen die Vergeudung des menschlichen Lebens aufforderten, wenn es auch einzelne gab, die die Ueberzeugungskraft ihrer Rede aufboten, um den Staat und die Gesellschaft zu Schöpfungen des Kinderschutzes zu bewegen, so vermochten doch die schönste Logik und die unerbittliche wirtschaftliche Notwendigkeit nicht, die Gesellschaft zum Handeln zu bewegen. Vergebens verkündeten die Gelehrten, daß das Fundament der Kultur Menschenmaterial sei, durch das allein die Kultur erstet. Die Werte der Kultur werden aus dem Ueberflusse, aus den Ergebnissen der menschlichen Arbeit, die nach der Deckung des täglichen Bedarfes übrig bleibt. Doch vergebens polemisierten wir gegen Malthus, vergebens betonten wir, daß es vieler Menschen bedarf, damit aus diesen kleinen Ueberflüssen eine große Kultur erstehe. Es mußte der Krieg mit seinen erschütternden Erschei-

nungen und Wirkungen kommen, damit diese Ueberzeugung in das Bewußtsein der Allgemeinheit eindringe.

Wenn wir heute sagen, daß die Zahl der Geburten während der Dauer des Krieges auf weniger als die Hälfte der Friedenszahl zurückgegangen ist, wenn wir berechnen, daß im Jahre 1936 um 60.000 weniger Männer von über zwanzig Jahren im Lande sein werden, als sie im Falle der friedlichen Entwicklung gewesen wären, so werden diese Zahlen heute jedermann überzeugen. Nicht nur jene, die darüber besorgt sind, daß nach Verlauf von zwanzig Jahren die Ergebnisse der Rekrutierungen ein sehr ungünstiges Bild bieten werden, sondern auch die Volkswirtschaftler, die da wissen, was ein Ausfall von 60.000 kraftvollen, arbeitenden Individuen in einem einzigen Jahrgang eines Landes bedeutet, das nur zwanzig Millionen Einwohner hat und zwanzig Prozent seiner Säuglinge vor Ablauf des ersten Lebensjahres verliert, werden heute die Tragweite dieser Tatsachen gehörig einschätzen. Und doch wird dieser Prozentjah nach dem Kriege nicht leicht verbessert werden können. Die wesentlichste Ursache der schrecklichen Säuglingssterblichkeit ist in der Unwissenheit und in der Armut zu suchen, die die Mutter verhindert, ihr Kind selbst zu nähren. Der entscheidende Faktor im Leben des Säuglings ist die Muttermilch, die den Reichtum und die Pflege ersetzt, aber durch nichts ersetzt werden kann. Ist doch die Sterblichkeitsziffer der mit Muttermilch genährten Kinder der ärmsten Volksklasse günstiger als die der künstlich ernährten Kinder begüterter Eltern. Nach dem Kriege aber wird sich als traurigstes Ergebnis der Umstand geltend machen, daß die Versorgung der Kinder mit Muttermilch wesentlich erschwert sein wird. Wenn wir nämlich mit einer verminderten Bevölkerungszahl das Niveau unserer Kultur erhalten wollen, so muß jedermann mehr arbeiten, als er vor dem Kriege gearbeitet hat, und in erster Reihe gilt das für die Frauen. Die wirtschaftliche Notwendigkeit wird die Frau des Arbeiters zur Erwerbstätigkeit führen und als Folge davon wird sich ein Rückgang der Geburtenzahl ergeben, denn die Geburt des Kindes ist ein Hindernis der Arbeitsfähigkeit der Mutter, die Neugeborenen aber werden die mütterliche Pflege nicht genießen können, in der Natur versteht die Milch der Mutter und sie wird unfähig, ihren Säugling zu nähren. Und gegen diese Tatsache ist mit der Verkündung einer Religion der Mutterliebe nicht aufzukommen, denn stärker als das Wort wirkt der Druck des wirtschaftlichen Zwanges.

Diesem Zustand und dieser Gefahr kann nur eine großzügige sozialpolitische Initiative abhelfen. Denn wenn auf dem Altar dieses Krieges, auf dem so kostbare Opfer liegen, auch der alte Begriff der Familie geopfert werden muß, wenn die Mutter ebenso in den Wirtschaftspraktik einbezogen wird wie der Vater, so sollen wir doch aus den Stücken des alten Familienlebens dem Säugling das Kostbarste retten: die Muttermilch. In der Fabrik, wo Frauen arbeiten, soll ein Raum sein, in dem der Säugling Platz findet und die Mutter das Kind nähren kann, es soll eine

Säuglingsfürsorgerin das Kind hegen und pflegen und sachverständig betreuen. Ein ganz neues System des Kinderschutzes muß auch an den Arbeitsstellen einsetzen, und durch die Organisation, also mehr durch das System als durch Geldopfer muß es ermöglicht werden, daß das Arbeiterheim in Ordnung gehalten werde, daß das Haus, in das Vater und Mutter am Abend heimkehren, durch Reinlichkeit und Ordnung Anziehungskraft bewahre und den Kindern statt der Vernachlässigung und der traurigen Umgebung ein freundliches Heim bedeute. Gewiß, diese Frage wird dort, wo große Entfernungen zu bestiegen sind, auf Hindernisse stoßen, und vielleicht wird die Organisation unter anderen Voraussetzungen auch andere Formen fordern. Man muß damit rechnen, daß draußen auf dem freien Lande andere Verhältnisse herrschen als in der Hauptstadt und daß damit der Organisation andere Voraussetzungen gegeben sind. Überall aber, wo die selbsttätige Organisation durch besondere Schwierigkeiten unzureichend wird oder unmöglich gemacht ist, muß der Staat die Wacht beziehen. Überall, wo ein Kind geboren wird, ist es Amt des Staates, Wache zu halten an der Wiege, das Leben des Säuglings zu schützen, denn in der Wiege ruht ein größerer Schatz als der, der in sorgsam gehüteten stählernen Tresors ruht.

Wir sind heute so weit, daß tatsächlich bei der Geburt des Kindes der staatlich betraute Hüter der Mutter und des neugeborenen Kindes erscheinen muß: der Geburtshelfer. Wenn es gelingt, die weitgreifende Verordnung, die der Minister soeben erlassen hat, entsprechend ins Leben zu setzen, dann wird in absehbarer Zeit auch an der Wiege des Kindes die berufsmäßige Mutter- und Säuglingsfürsorgerin stehen, die der Staat entsprechend instruiert und die die Mutter mit Rat versieht, ihr die notwendige Hilfe zuteil werden läßt, sie über die Pflichten dem Staate und dem Kinde gegenüber und über die Rechte, die der Mutter zustehen, belehrt. Man darf hoffen, daß wenn auch die sanitären Verordnungen vielfach bisher toter Buchstabe geblieben sind, heute, da die Frau zur Frau, die Mutter zur Mutter sprechen soll, in die Institution des Mutter-schutzes neues Leben einziehen wird. Das ist ein Anfang, der weite Perspektiven eröffnet, Perspektiven, in denen aus neu geschaffenen Institutionen immer neue, sich immer weiter verzweigende entstehen, bis ein Netz geschaffen ist, das schützend über der Gesundheit unseres Volkes vom Säugling bis zum Alter liegt und damit die Arbeitskraft und so auch die Quelle aller Kultur unserer Nation bewahrt, kräftigt und nuzreich macht.

Allerdings, diese Perspektiven zeigen nicht nur Hoffnungen, nicht nur voraussetzliche nahe Ergebnisse. Sie zeigen auch die ganze Größe der Aufgabe, die unserer Gesellschaft harnt, sie zeigen alles das, was unumgänglich notwendig ist: Opfer an Arbeit, Opfer an Genuß, Opfer an Geld sind erforderlich, um zu erfüllen, was die Zeit und ihre gewaltigen Ereignisse von unserem Volke verlangen. Doch auch die Opferwilligkeit der Gesellschaft ist erwacht und es ist eine Zuversicht für die Zukunft, wenn

Staatlicher Mutter- und Säuglingschutz.

Von Dozent Dr. Adolf Temcsváry.
Budapest, 28. Juli.

Die Sonne des staatlichen Mutter- und Säuglings- schutzes ist in Ungarn im Aufgehen begriffen. Was wir so lange ersehnt und erhofft, wofür wir gestrebt und ge- arbeitet, scheint in Erfüllung gehen zu wollen. Nichts kann mehr die alle guten Herzen und edlen Geister be- schäftigende und begeisternde Idee des Schutzes der armen Mütter und der verlassenen Säuglinge in ihrem Siegeslauf hemmen. Selbst Minister- und Regierung- systemwechsel, die bei uns leider oft die schönsten Projekte im Sande verlaufen machen, können dieser Strömung nicht mehr Halt gebieten.

Vor einem Jahre schrieb mir der damalige Minister des Innern Johann v. Sándor unter anderem folgende

vielversprechende Zeilen: „Die Vorarbeiten für die staat- liche Organisation des Mutter- und Säuglings- schutzes haben begonnen; ein Teil des Programms ist schon im das Stadium der Verwirklichung getreten; für die Aus- führung eines anderen Teiles sind die entsprechenden Ver- fügungen ebenfalls in der Arbeit, so daß es möglich sein wird, nach der glücklichen Beendigung des Krieges an die Lösung der ganzen Frage mit voller Kraft schreiten zu können. Auch ich bin von der großen nationalen Wichtig- keit des Mutter- und Säuglings- schutzes durchdrungen und werde mit aller Kraft bestrebt sein, die Frage in der entsprechenden Weise zu lösen.“

Und nun können wir schon die erste Frucht dieser Bestrebungen pflücken. Der gegenwärtige Minister des Innern Gabriel v. Ugron scheint eben in der Liebe und Begeisterung für die edle Sache seinem Vorgänger in nichts nachzustehen und mit jugendlicher Kraft und Energie ebenfalls mit vollen Segeln dem schönen Ziel des staatlichen Mutter- und Säuglings- schutzes zuzu- streben. Freilich scheint auch die Luftströmung jetzt eine günstigere und die finanzielle Opferwilligkeit des Finanz- ministers eine größere zu sein; auch hat das Schiff des Mutter- schutzes, um bei dem Gleichnis zu bleiben, in dem Grafen Albert Apponyi einen Lenker gefunden, der es nicht zugeben wird, daß nicht mit „vollem Dampf“ gearbeitet werde. Hat er sich doch, wie er anlässlich seines siebzehnten Geburtstages selbst sagte, zu seinem ferneren Lebensziel die Lösung dieser Frage erkoren, und tatsäch- lich gelang es ihm auch, für diese seine edlen Bestrebu- gen sowohl das frühere als das gegenwärtige Minista- rium wie auch das ganze Abgeordnetenhaus ohne Unter- schied der Parteien zu gewinnen. So scheint eben ein glück- licher Stern über der Frage zu walten, deren Wichtigkeit gerade jetzt infolge des Krieges dermaßen in den Vorder- grund gedrängt ist, daß man sie ohne Uebertreibung als eine wahre Lebensfrage des ungarischen Staates bezeich- nen kann. Und es ist deshalb zu hoffen, daß nunmehr die Mutter- und Säuglings- schutzfrage der einzig rich- tigen Lösung, einer staatlichen Organisation, zugeführt werden wird. Der für ganz Europa vorbildlich zu nen- nende ungarische Kinder- schutz wird dann in einem in der ganzen zivilisierten Welt einzig dastehenden staatlichen Mutter- und Säuglings- schutz sein Korollar finden.

Hierzu ist nun der erste Schritt getan, und zwar durch die Ausbildung und nunmehrige, wenn auch vorerst unter gesellschaftlicher Beihilfe stattfindende Systemi- sierung der Mutter- und Säuglings- fürsorgerinnen für das ganze Land. Freilich ist dies nur der, wenn auch zweckentsprechende schöne Rahmen für ein Bild, das erst geschaffen, und zwar je früher geschaffen werden muß, soll der Rahmen selbst nicht ganz wertlos werden. *Filius ante patrem!*

Dem was nützen die geschultesten und gewissenhaf- testen Beraterinnen, was nützen ihre besten Ratsschläge den armen Müttern und den verlassenen Säuglingen, wenn ihnen nicht auch alle, oder wenigstens die meisten Mittel einer tatsächlichen Hilfe zur Verfügung gestellt werden können? Was nützt es, wenn den Arbeiter- frauen in den letzten Wochen ihrer Schwangerschaft die zu schwere Arbeit verboten wird, wenn man sie nicht zugleich für den Lohnentgang, der sie und ihre Kinder oft dem Hungertod preisgeben würde, entschädigen kann; was nützen den Ge- bärenden die besten hygienischen Ratsschläge, wenn vielen Hunderttausenden von Müttern die primitivste Hilfe, die Dienste einer geschulten Hebamme, wegen Mangels solcher, oder wenn ihnen keine reine Wäsche, keine entsprechenden hygienischen Pflegenestilien geboten werden können? Wenn es außerdem (bei unregelmäßigen Geburten) in vielen Gegenden oder Gemeinden noch an Ärzten, an Hebammenmangel mangelt? Wie können die Fürsorgerinnen die Wöchnerinnen vor dem zu frühen Aufstehen, zu früher in die Arbeit Gehen behüten, wenn wir für die Mütter nicht genug Mutterheime haben, ihnen nicht genügende materielle Wochenhilfe geben und sie nicht mit Hauspfle- gerinnen für die Besorgung der Wirtschaft und Beaufsichti- gung der größeren Kinder unterstützen können? Und nun erst das erste und wichtigste Gesetz eines wirksamen Säuglings- schutzes, das Stillen und Pflegen durch die eigene Mutter, wie ist dies zu propagieren ohne Sorge für entsprechende Mühle, ohne Stillprämien oder Still- gelder, ohne Stillstuben, Tagesheime usw.?

Gewiß sind für einige dieser Schutzmittel die Anläufe schon genommen, einige Musterinstitute sind schon geschaf- fen, doch können diese nur als Keime für eine wohl- und weitorganisierte allgemeine Tätigkeit angesehen werden. Mühle für Schwangere und Wöchnerinnen erhält der Lan- desverein für Mutter- und Säuglings- schutz seit fast zehn Jahren, auch hat dieser Verein die Institution der unent- geltlich verleihbaren, mit Wäsche und Pflegenestilien reich ausgestatteten Wanderkörbe geschaffen; Mühle für stillende Mütter schuf die Gräfin Alexander Telek (Szikra-otthon) aus dem Auguste- Fonds, jedoch geschah dies alles vorerst nur in der Hauptstadt und auch da war in ungenügender Menge.

Trotz dieser Mängel an Schutzmitteln bleibt jedoch noch ein dankbares Feld für die Tätigkeit der Für- sorgerinnen übrig. Diesen, nunmehr durch Vermittlung des Stefaniebundes staatlich organisierten, ausgebildeten, entsprechend zu honorierenden und aus der intelligenten Klasse, hoffentlich in erster Reihe aus dem Kriegswitwen- status zu wählenden Damen fällt nämlich auch die schöne Mission zu, aufklärend, belehrend und erziehend auf das Volk zu wirken. Und es wäre deshalb noch zu wünschen, und ich möchte diese Idee auch hier lancieren, daß der Wirkungskreis der Fürsorgerinnen mit der Zeit auch auf andere Gebiete des Menschenschutzes ausgedehnt werde; sie müßten namentlich auch in den Elementen der übri- gen Hygiene, wie der Wohnungs- und Nahrungshygiene und den Schutzmaßnahmen gegen die Ansteckungsgefahr bei Infektionskrankheiten, Tuberkulose, venerische Krank- heiten unterwiesen werden, um so zu wahren Aposteln im

Kampfe gegen diese verheerenden Volkskrankheiten, nebstbei auch gegen den Alkoholismus, zu werden. Von großer Wichtigkeit wäre namentlich ihre praktische Aus- bildung für den Kampf gegen Tuberkulose, wofür ihnen in dem vor einigen Tagen eröffneten hauptstädtischen musterhaften Dispensaire und dessen Dependancen Gele- genheit geboten werden könnte. Freilich müßte dann der Ausbildungs- kurs auf sechs Monate ausgedehnt werden.

Selbstverständlich müßte der Stefaniebund, dem bekanntlich die Organisation dieser Frage übertragen ist, bei der Besetzung der die Aufsicht übenden Inspektoren und Kommissäre, wozu in erster Linie die Direktoren der Hebammenlehranstalten geeignet wären, nur pflicht- bewusste und sachverständige Personen wählen und keine neuen Sinesuren oder bloße Titulaturen schaffen. Auch die Wahl einer entsprechenden Kraft für den verantwor- tungsvollen Posten des Ministerialkommissärs ist selbst- verständlich von eminenter Wichtigkeit.

Die Aufklärung des Volkes, der Kampf gegen Aber- glauben und Unwissenheit wird übrigens auch noch durch den voraussichtlich bald einzuführenden obligatorischen Unterricht in Hygiene und Kinderpflege in Lehrerinnen- präparanden, Mädchenschulen, Priesterseminaren (eine Lieblingsidee des Bischofs Prohászka) und bei den Kursen für Kommunalbeamte angestrebt werden. Hierfür wird schon Graf Albert Apponyi sorgen, der, wie er in der Generalversammlung des Stefaniebundes bemerkte, dem Unterrichtsminister so lange keine Ruhe gönnen wird, bis die Erweiterung der Lehrpläne in der erwähnten Weise durchgeführt sein wird.

Eine weitere Etappe auf dem Wege des staatlichen Mutter- und Säuglings- schutzes wäre dann der weitere Ausbau der Mutterschaftsversicherung im Rahmen der Krankenkassen durch Erhöhung der Wochenhilfe (möglichst auf 100 Prozent des Lohnerwerbes), Gewährung von Schwangerschaftshilfe (während vier Wochen vor der Ent- bindung) und von Stillprämien, sowie Ausdehnung der ganzen Kranken- und Mutterschaftsversicherung auch auf die arme landwirtschaftliche Bevölkerung, Dienstboten, Seimarbeiterinnen usw.

Von nicht minderer Wichtigkeit wäre aus dem schon erwähnten Grunde des Mangels an geschulten Hebammen die Verstaatlichung des gesamten Hebammenstandes, über deren Details wir uns selbstverständlich hier nicht auslassen können. Eine entsprechende Vermehrung der Hebammenlehranstalten ergäbe sich dann von selbst.

Die Errichtung von kommunalen Gebäranstalten und von durch Wohltätigkeitsvereine zu erhaltenden Mutter- und Säuglingsheimen müßte durch die von mir schon an- geregte entsprechende Ergänzung, beziehungsweise Inter- pretierung des Krankenpflegefonds- Gesetzes in der Weise erleichtert werden, daß dieser Fonds auch die Verpflegs- kosten der Schwangeren und Wöchnerinnen (also nicht nur der Gebärenden) bestreite, und daß die Begünstigung nicht nur auf öffentliche Spitäler beschränkt bleibe.

Die Erfüllung dieser Postulate würde dann einen wirklichen Ausbau des staatlichen Mutter- und Säug- lings- schutzes bedeuten, den die privaten Institutionen wirksam unterstützen und ergänzen könnten und müßten.

Zum Schluß möchte ich hier die hervorragende Wich- tigkeit des Standpunktes betonen und festnageln, den Minister Gabriel v. Ugron, ähnlich seinem Vorgänger einnimmt, daß nämlich der Mutter- und Säug- lings- schutz eine Staatspflicht sei. Dieses Einverständnis ist schon an und für sich ein nicht zu unter- schätzender, schöner Erfolg unserer Bestrebungen und wir begrüßen deshalb mit Freude und Stolz und voll von Hoffnungen den ersten Schritt auf dem Wege zum staat- lichen Mutter- und Säuglings- schutz.

29. I. 1917

Die Sterblichkeit der Hauptstadt 1908—1913.

Nach der neuesten Publikation des Budapester statistischen Amtes.

Das statistische Amt der Haupt- und Residenzstadt Budapest veröffentlicht soeben als Nr. 51 seiner Publikationen einen Bericht über die Sterblichkeit Budapests in den Jahren 1908 und 1909, doch behandelt der Band nicht nur diese zwei Jahre, sondern erstreckt sich bis inklusive 1913, und es wäre wohl richtiger gewesen, dies schon im Haupttitel zum Ausdruck zu bringen. Der Inhalt des Bandes, der im Ganzen die Gesundheitsverhältnisse Budapests als befriedigend, wenn auch der Verbesserung sehr bedürftig erscheinen läßt, ist überaus lehrreich, besonders von dem speziell betonten sozialpolitischen Gesichtspunkte, indem darauf hingewiesen und ziffermäßig dargelegt wird, daß die Sterblichkeit nicht allein von dem unerläßlichen Ausbau der sanitären Verfügungen abhängt, sondern zugleich auch der empfindlichste Maßstab des erreichten wirtschaftlichen Wohlbefindens und der allgemeinen Kultur ist. Hinsichtlich der unmittelbaren sanitären Maßnahmen stehen wir kaum hinter welchem großen westlichen Kulturzentrum immer, aber diese Institutionen erreichen bei einer gewissen Grenze die Schranken ihrer Wirkung und scheitern an der Armut und der mit dieser einhergehenden niedrigeren Bildung und Intelligenz. Unsere ferneren Aufgaben liegen daher hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese Ausführung wird in wirkungsvollster Weise illustriert durch den Ausweis der Sterblichkeit Budapests nach einzelnen Stadtteilen, wobei nicht die administrative Einteilung Budapests zur Grundlage genommen, sondern die Hauptstadt in kleinere statistische Bezirke zerlegt wird, wodurch die wohlhabendere und die ärmere Bevölkerung stärker von einander geschieden wird. Die Verschiedenheit der Wohnungsverhältnisse, der Wohnungspreise, die allgemeine Theuerung, die ungenügenden Arbeitslöhne, die Arbeitslosigkeit etc. bedingen ganz unabhängig von den allgemeinen sanitären Verhältnissen eine Steigerung der Mortalität im Allgemeinen, sowie die höhere Frequenz einzelner Todesursachen und Volkskrankheiten, wie namentlich der Tuberkulose.

Die Sterblichkeit hat in Budapest im Allgemeinen in den Berichtsjahren abgenommen; sie bewegte sich um 18‰ (das heißt von je 1000 Einwohnern starben jährlich 18). Im Jahre 1911 trat eine vorübergehende Verschlimmerung ein (19.5‰), in den Jahren 1910 und 1912 erreichte sie das bisher niedrigste Niveau 18.5‰. Zur Erhöhung des Sterblichkeitskoeffizienten Budapests trägt, wie bekannt, der große Zufluß von Kranken aus der Provinz bei. In welchem Maße die Sterblichkeit Budapests in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat, zeigt die Thatsache, daß sie seit 1874/75 von durchschnittlich 41.4‰ auf 18.9‰ gesunken ist, was eine Abnahme von circa 48 Prozent beträgt. Diese wesentliche Abnahme der Mortalität ist zum Theil der großartigen Entwicklung der sanitären Institutionen, andererseits aber der Steigerung der allgemeinen Kultur zuzuschreiben (so ist der Analphabetismus seit 1869 von 31.5 Prozent auf 7.5 Prozent im Jahre 1910 gesunken), zum Theil aber auch dem Umstande, daß wie in jeder wachsenden Großstadt die Alterszusammensetzung der Bevölkerung sich nach der Richtung hin geändert hat, daß in ihr das weniger labile, mittlere Lebensalter stärker, das labilere Kindesalter und das Greisenalter schwächer vertreten sind. Thatsächlich sind die 10—15jährigen und die mehr als 60jährigen in einem viel geringeren und die 15- bis 40jährigen in einem viel größeren Prozentsatz in der Hauptstadt vertreten als in den Provinzstädten oder in den Komitaten. Mit der Abnahme der Mortalität ist selbstverständlich auch das durchschnittliche Sterbealter gestiegen, und zwar bei der Gesamtheit von 21 Jahren 1 Monat und 15 Tagen auf 33 Jahre, 4 Monate und 4 Tage, also um 12 Jahre 2 Monate und 9 Tage.

Vergleichen wir die Mortalität der Hauptstadt mit derjenigen der Provinzstädte, so finden wir — was ganz natürlich ist —, daß die Hauptstadt in dieser Hinsicht viel günstiger gestellt ist als die Provinz. Während der Sterblichkeitskoeffizient Budapests im Jahre 1910 18.3 betrug (das heißt 18.3 Todesfälle auf je 1000 Einwohner), betrug er in Szeged 21.6, in Temesvár 23, in Arad 23.3, in Nagyvárad 27, in Szababla 30.8 usw. Weniger günstig gestaltet sich die Sache, wenn wir die Mor-

talität Budapests mit derjenigen der europäischen Großstädte vergleichen. Unter 50 Städten, über welche das Buch statistische Ausweise enthält, nimmt Budapest im Jahre 1910 die 34. Stelle ein; nach Budapest folgen Paris, Breslau, Warschau, Rom, Neapel usw., zum Theil italienische, spanische und russische Städte, also solche, in welchen das Massenelend und die Zahl der Analphabeten die größten sind. Besonders interessant ist der Vergleich der Sterblichkeit Budapests mit derjenigen von Wien und Berlin. In den Jahren 1894, 1897 und 1901 war die Sterblichkeit Budapests geringer als diejenige von Wien, in den Jahren 1883, 1900 und 1901 kam die Sterblichkeit Budapests derjenigen von Berlin nahe, im Jahre 1913 betrug der Sterblichkeitskoeffizient Budapests 122 Prozent des Wiener und 139 Prozent des Berliner Koeffizienten.

Gehen wir nun auf die Sterblichkeit der einzelnen Bezirke Budapests über. Ziehen wir bloß die administrative Einteilung in Betracht, so finden wir, daß der 4. Bezirk, die Innere Stadt, die geringste Mortalität aufweist. Bezeichnen wir diese mit 100, so ist die Sterblichkeits-Proporzionszahl der übrigen Bezirke die folgende (im Durchschnitt der Jahre 1910—1913): 7. Bezirk 125, 5. Bezirk 130, 2. Bezirk 140, 6. Bezirk 142, 8. Bezirk 150, 9. Bezirk 155, 10. Bezirk 179, 3. Bezirk 196. Diese Ziffern geben aber kein wirkliches Bild der Sterblichkeit in den einzelnen Bezirken, da ja mehrere Bezirke nicht nur sehr ausgedehnt sind, sondern auch in einen wohlhabenderen und einen ärmeren Theil zerfallen. Während im Lichte der administrativen Einteilung die geringste Sterblichkeit auf den 4. Bezirk, die größte (nahezu doppelt so große) auf den 3. Bezirk entfällt, finden wir bei Auftheilung der Bezirke nach ihrer verschiedenen Wohlhabenheit den geringsten Sterblichkeitskoeffizienten (9.7‰) im Intravillan der Leopoldstadt, den größten aber (28.8‰) in dem fast ausschließlich von Arbeitern bewohnten Extravillan des 3. Bezirks. Die Differenz ist so groß, daß die Sterblichkeit des Extravillans Altofens mehr als dreimal so groß ist als die des Leopoldstädter Intravillans. Im 8. Bezirk (Josefstadt), dessen Sterblichkeitskoeffizient im Ganzen genommen 16‰ beträgt, ist die Mortalität des Intravillans 10.5, die des Extravillans 17.3‰, so daß diejenige des Extravillans 1½ mal größer ist als jene des Intravillans. Weithin große Unterschiede zeigt das durchschnittliche Sterbealter. Es beträgt zum Beispiel im 4. Bezirk 41 Jahre 7 Monate 15 Tage, im Intravillan des 5. Bezirks 43 Jahre 5 Monate 27 Tage, dagegen im Extravillan des 5. Bezirks bloß 24 Jahre 4 Monate 16 Tage, im äußeren 3. Bezirk aber gar nur 21 Jahre 8 Monate 19 Tage.

Aus dem weiteren reichen Inhalt haben wir nur noch das Kapitel der Kindersterblichkeit heraus. Diese ist seit 1874 auf weniger als die Hälfte gesunken, ist aber noch immer groß genug, indem noch jetzt von je 1000 Neugeborenen 149 im ersten Lebensjahre sterben, also nahezu jedes 7. Kind. Unter 29 Großstädten Europas nimmt Budapest in dieser Hinsicht die 19. Stelle ein. Selbstverständlich zeigen sich die bei der Mortalität im Allgemeinen zutage tretenden Differenzen auch bei der Kindersterblichkeit; um nur ein Beispiel zu erwähnen, ist die Kindersterblichkeit der äußeren Theile der Leopoldstadt siebenmal so groß als diejenige des Intravillans desselben Bezirks; am größten ist sie im Extravillan des 3. Bezirks, wo noch je 100,000 Einwohnern 1138 Säuglinge jährlich sterben, mehr als zwölffach so viel als in den centralen, wohlhabenderen Stadttheilen.

Volkswirtschaft.

Die amerikanische Rückwanderung.

Von Hugo Kemény.

Budapest, 3. August.

Indem wir uns mit der Frage der amerikanischen Rückwanderung und den Verfügungen befassen wollen, bezüglich welcher es wünschenswert wäre, daß unsere Regierungsbehörden sie zum Gegenstande eingehender Erwägung machen, müssen wir darauf verweisen, daß die Rückwanderung aus Amerika nahezu eben so alt ist wie die Auswanderung nach diesem Weltteil. Kann man doch nur von einem kleinen Bruchteil der Auswanderer — und zwar von den nicht besonders wünschenswerten Elementen — sagen, daß sie mit dem Entschlusse ausgewandert sind, niemals wieder in die Heimat zurückzukehren. Es ist jattsam bekannt, daß bei der arbeitenden Klasse die besseren Erwerbsverhältnisse und bei den Kaufleuten und den der Intelligenz angehörenden übrigen Personen die ausgebehutere Erwerbsmöglichkeit, der leichtere Vermögenserwerb die Motive waren, die diese Auswanderer bei ihrem Entschlusse geleitet haben. Ueber die Rückwanderung stehen uns nur spärliche Daten zur Verfügung. Gustav Thirring hat schon in seinem im Jahre 1904 erschienenen Buche über die Auswanderung — in dem er ein kurzes Kapitel auch der Rückwanderungsfrage widmete — die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Frage hingelenkt und es schon damals für wünschenswert erklärt, daß die über die Rückwanderung gesammelten Daten entsprechend aufgearbeitet werden. Das ungarische statistische Jahrbuch vom Jahre 1905 brachte zum ersten Male die ziffermäßigen Daten in die Öffentlichkeit, aber leider erstreckten sich auch diese Daten nicht auf jene so sehr lehrreichen Details, als da wären: die materiellen Verhältnisse der Rückwanderer, die Frage, ob sie zu ständiger Ansiedlung heimgekehrt sind oder aus anderem Grunde, ihre Beschäftigung, die frühere sowohl als die jetzige, die Nationalität usw. Obgleich all diese Dinge mit ziemlicher Genauigkeit und nicht zu schwer gesammelt werden könnten, im Gegensatz zu den die Auswanderung betreffenden Daten, die auf absolute Genauigkeit kaum Anspruch machen können, sind sie, wie gesagt, nur spärlich vorzufinden.

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Daten über die Rückwanderung während der Jahre 1900—1914, denen wir die Auswanderungsdaten der entsprechenden Jahre gegenüberstellen:

| Jahr | Auswanderung | Rückwanderung |
|-------------------------|--------------|---------------|
| 1901—1905 Durchschnitt | 110.187 | 13.034 |
| 1906—1910 " | 137.188 | 31.942 |
| 1911 | 78.654 | 30.992 |
| 1912 | 120.516 | 22.263 |
| 1913 | 119.159 | 20.302 |
| 1914 bis Juli | 73.067 | 16.687 |

Diese Zahlen beweisen, daß die Rückwanderung kaum ein Fünftel der Auswanderung betragen hat, was tatsächlich nicht viel genannt werden kann. Selbstverständlich dürfen wir nicht glauben, daß die alljährlich heimkehrenden Auswanderer auch hier geblieben sind. Da wir keine Statistik darüber besitzen, wie viele der jährlich heimkehrenden Auswanderer hier geblieben sind und wie viele zum zweiten, dritten, ja sogar zum vierten Male wieder in den Strom der Auswanderer hineingerieten, sind wir lediglich auf Schätzungen angewiesen, und wir dürften der Wahrheit nahekommen, wenn wir annehmen, daß mehr als fünfzig Prozent unserer heimkehrenden Landsleute noch im selben Jahre wieder den Wanderstab in die Hand nehmen, um in ihr neues Vaterland zurückzukehren. Diese Annahme scheint auch der Umstand zu bestätigen, daß kompetente Leute die Zahl derjenigen Einwohner des Landes, die bereits in Amerika gewesen sind, auf 25.000 bis 30.000 schätzen. Von diesen haben 3000 bis 4000 das amerikanische Bürgerrecht erworben, die meisten aber haben infolge des längeren Aufenthaltes in Ungarn die ursprüngliche ungarische Staatsbürgerschaft wieder zurück-erlangt.

Die in den auf den Krieg folgenden Jahren zu erwartende Rückwanderung wird aller Voraussicht nach die Rückwanderung der Zeit vor dem Kriege ganz bedeutend übersteigen, erstens in den Dimensionen, und zweitens auch dadurch, daß die Rückwanderer nicht aus gesundheitlichen Ursachen — jeder dritte, vierte Mann ist ja krank — oder aus Gründen irgendwelcher Besitzregelung oder aus Familiengründen, sondern ausgesprochen mit dem Entschlusse der endgültigen Ansiedelung heimkehren. Immerhin aber dürfen wir uns hinsichtlich der Zahl der Rückwanderer nicht großen Illusionen hingeben. Es gibt nämlich Umstände, welche die Rückwanderung in Amerika nicht sehr fördern werden, und es verlohnt sich, diese Umstände des näheren zu betrachten. Vor allem ist zu erwarten, daß in Amerika die Nachfrage nach Arbeitern auch nach dem Kriege kaum abnehmen dürfte, obgleich gewisse Verschiebungen im industriellen Leben auch dort sich als unausweichlich erweisen werden. Hievon abgesehen aber, ist es wahrscheinlich, daß die Eisenindustrie, der Kohlenbergbau und ähnliche Industrien auch nach dem Kriege für lange Zeit hinaus mit Aufträgen versehen sein werden, was die Vereinigten Staaten dem großen Einfluß zu verdanken haben, den sie jetzt durch ihre finanzielle Suprematie und durch ihre imperialistische Politik in den Staaten der Entente, in Südamerika und auch in China sich erworben haben. Eine wirtschaftliche Depression wird also in Amerika kaum eintreten. Ganz im Gegenteil müssen wir darauf gefaßt sein, daß die Auswanderung, wenn auch in geringerem Maße, wieder in Fluß kommen wird. Als auf einen konkreten Umstand müssen wir darauf hinweisen, daß Frauen und Kinder einiger Tausende unserer in Amerika lebenden Landsleute hier im Lande verweilen, die während des Krieges wegen der bestehenden Pafschwierigkeiten nicht nach Amerika gehen konnten

Volksgesundheit und soziale Fürsorge.

Das neue Ministerium.

Von Hofrat Dr. Anton Reichsfelbaum.

Die durch das kaiserliche Handschreiben vom 1. Juni d. J. angeordnete Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge hat nicht nur in der ganzen Ärzteschaft, sondern bei allen einen freudigen Widerhall gefunden, die die hohe Bedeutung der Erhaltung und Festigung der Gesundheit aller Volksschichten für deren körperliche und geistige Leistungsfähigkeit zu würdigen wissen.

Um nun die Aufgaben, die uns die Zukunft in dieser Hinsicht stellt, erfüllen zu können, muß unseren Bemühungen die Einsicht vorangehen, daß unser öffentliches Sanitätswesen in nicht wenigen Punkten rückständig ist. Es beruhte bisher vornehmlich auf dem sogenannten Sanitätsgesetz vom 30. April 1870, das aber schon mit einer Anzahl von Gebrechen zur Welt kam. Eines von diesen besteht darin, daß sehr wichtige Angelegenheiten des öffentlichen Sanitätsdienstes, so insbesondere die Bau- und Wohnungshygiene, die Trink- und Nutzwasserversorgung, die Beseitigung der Abfallstoffe (Kanalisation) und die eine Verhütung von Infektionskrankheiten betreffenden Angelegenheiten, dem Wirkungskreis der Gemeinden überwiesen wurden, wobei leicht einzusehen ist, daß eine gleichmäßige, rationelle und vollständige Besorgung dieser Agenden bei so großen Verschiedenheiten unserer Gemeinden in kultureller und finanzieller Beziehung nicht zu erwarten war.

Ein weiterer Mangel des erwähnten Gesetzes besteht darin, daß den öffentlichen Sanitätsorganen eine viel zu geringe Selbständigkeit eingeräumt wurde. So bestimmt dieses Gesetz unter anderem, daß die Bezirksärzte bei der Ausübung des Sanitätsdienstes durch die Bezirkshauptmannschaften bloß „mitzuwirken“ und „Vorschläge zu erstatten“ und nur „bei Gefahr im Verzuge unter eigener Verantwortung einzuschreiten“ haben. Einen ähnlichen Mangel weisen die im Laufe der Zeit erlassenen Landes-sanitätsgesetze auf; die auf Grund dieser bestellten Sanitätsorgane der Gemeinden, nämlich die Gemeinde- und Distriktsärzte, sind bei der Durchführung von sanitären Maßnahmen nicht nur vom Gemeindevorsteher, sondern, da sie wegen ihrer ganz unzureichenden Entlohnung aus öffentlichen Mitteln Privatpraxis ausüben müssen, auch von den Gemeindevorständen mehr oder weniger abhängig.

Die so beklagenswerte Unselbständigkeit der Sanitätsorgane trat aber bei den politischen Landesbehörden und namentlich im Ministerium des Innern im Laufe der Zeit in einem noch viel höherem Maße in Erscheinung, als es selbst nach den Bestimmungen des früher erwähnten Sanitätsgesetzes vom Jahre 1870 gerechtfertigt werden könnte. Die juristischen Beamten bei diesen Stellen suchten einen immer größeren Einfluß auf die Sanitätsverwaltung zu erlangen und setzten es auch nach und nach durch, daß ihnen eine Reihe von recht wichtigen sanitären Angelegenheiten, die nach den Bestimmungen des Sanitätsgesetzes vom Jahre 1870 von ärztlichen Beamten zu erledigen wären, zur alleinigen Entscheidung überwiesen wurden. Hierzu gefellte sich noch ein weiterer folgenreicher Eingriff. Obwohl nach dem früher zitierten Gesetz „die oberste Leitung der Medizinalangelegenheiten“ ausschließlich dem Ministerium des Innern zusteht, rissen doch nach und nach andere Ministerien, besonders die im Laufe der Jahre neu errichteten (Ackerbau-, Eisenbahn- und Arbeitsministerium) eine Reihe von sanitären Agenden an sich, und so sehen wir, daß jetzt in verschiedenen Ministerien, ja, mitunter in mehreren zugleich, Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheitspflege zur Bearbeitung und Entscheidung gelangen.

Wenn man sich den bisher geschilderten Stand unseres Sanitätswesens einschließlich der sozialen Fürsorge vergegenwärtigt, so kommt man zu folgenden Forderungen, denen, soweit es nötig ist, auch im Gesetzeswege so bald als möglich zu entsprechen sein wird, obwohl nicht

übersehen werden soll, daß gegenwärtig und in der allernächsten Zeit die Sorge für eine ausreichende Ernährung des Volkes die wichtigste und dringendste Aufgabe bildet.

Was zunächst das neuerrichtete Ministerium für Volksgesundheit und soziale Fürsorge betrifft, so muß dieses alle Angelegenheiten umfassen, die die Volksgesundheit und soziale Fürsorge betreffen, weshalb die hierauf bezüglichen Agenden, die bisher teils im Ministerium des Innern, teils, wie wir früher anführten, in anderen Ministerien behandelt wurden, dem erstgenannten Ministerium zuzuweisen sind, während für jene sanitären und sozialfürsorglichen Angelegenheiten, die auch in den Interessenskreis anderer Ministerien tief eingreifen und von diesen nicht gut abgetrennt werden können, eine Behandlungsart festgesetzt werden muß, die eine rasche und zweckdienliche Erledigung (ohne sogenannten Absteneinsichtsverkehr) ermöglicht, etwa im Wege einer interministeriellen Kommission, die ihre Entscheidungen ex commissione trifft. Selbstverständlich haben die verschiedenen Ministerien auch weiterhin für den ärztlichen Dienst in den ihnen unterstehenden Betrieben und Anstalten selbständig zu sorgen.

In dem neuen Ministerium ist aber nicht nur das eigentliche Sanitätswesen, sondern auch das soziale Fürsorgewesen in seinen verschiedenen Zweigen in eingehendster und ausgedehntester Weise zu berücksichtigen. In dieser Beziehung kann auf die muster-gültigen Einrichtungen in Deutschland hingewiesen werden, wo die bereits in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eingeführte Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter allmählich auf immer weitere Kreise ausgedehnt wurde, so daß sie jetzt schon viele Millionen selbständiger Landbesitzer und gewerblicher Kleinunternehmer umfaßt, wobei aber das Hauptgewicht nicht so sehr auf die Ausgleichung als auf die Verhütung von Schäden gelegt wird; hierdurch ist es gelungen, die allgemeine Sterblichkeit von 30.6 (auf 1000 Einwohner) im Jahre 1872 auf 16.4 im Jahre 1912 und die Tuberkulosesterblichkeit von 25.9 (auf 10.000 Lebende) im Jahre 1892 auf 14.3 im Jahre 1913 herabzudrücken.

Für die Behandlung der verschiedenen Agenden in dem neuen Ministerium muß als unumstößlicher Grundsatz gelten, daß diese nur von Fachmännern zu bearbeiten und zu erledigen sind, also die sanitären Angelegenheiten von Ärzten (beziehungsweise Tierärzten), die technischen von Technikern, die administrativen von Juristen, während bei den Angelegenheiten gemischter Natur ein harmonisches Zusammenarbeiten der betreffenden Fachmänner erforderlich ist, die aber auch sonst, um einheitliche Entscheidungen der verschiedenen Abteilungen des Ministeriums zu ermöglichen, im stetigen dienstlichen Verkehr untereinander bleiben müssen.

Für die Ueberwachung der Gesundheitspflege und sozialen Fürsorge im ganzen Reiche sind vom neuen Ministerium Reichs-sanitätsinspektoren zu bestellen, die berechtigt sein müssen, an Ort und Stelle sofort unter persönlicher Verantwortung die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Ferner ist, abgesehen von den jetzt dem Ministerium des Innern unterstehenden und sanitären Zwecken dienenden Instituten, um für die Verwaltungsmassnahmen eine wissenschaftliche Grundlage zu gewinnen, eine eigene chemisch-hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt, etwa nach dem Muster des deutschen Gesundheitsamtes, dem neuen Ministerium anzugliedern, welches überdies noch für das Vorhandensein einer genügenden Zahl von bakteriologischen Untersuchungsanstalten an verschiedenen Orten des Reiches zu sorgen hat. Dem genannten Ministerium soll schließlich ein besonderer, aus Vertretern sämtlicher Zweige der Gesundheitspflege und sozialen Fürsorge bestehender Fachrat (Oberster Sanitätsrat) als beratendes Organ zur Seite stehen, der nicht nur bei allen die genannten Materien betreffenden Fragen zu vernehmen ist, sondern auch das Recht einer tunlichst zu berücksichtigenden Initiative haben muß.

Der Wunsch der Ärzteschaft, daß an der Spitze des neuen Ministeriums ein ärztlicher Fachmann stehen soll, muß als vollberechtigt erklärt werden, ebenso der Wunsch, daß dieses Ministerium nicht als ein Politikum behandelt werde; sind aber diese Wünsche nicht realisierbar, so muß vor allem an der Forderung festgehalten werden, daß die Leitung jener Abteilungen des Ministeriums, in denen ausschließlich oder vorwiegend sanitäre Angelegenheiten bearbeitet werden, nur ärztlichen Fachmännern anzuvertrauen ist. Für die Organisation des Sanitätsdienstes bei den politischen Landesbehörden haben ähnliche Gesichtspunkte zu gelten wie für das neue Ministerium; auch von diesen Behörden ist nicht nur dem eigentlichen Sanitätswesen, sondern auch der sozialen Fürsorge eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken; die hierauf bezüglichen Agenden sind, entgegen dem hier und da entstandenen Mißbrauch, sämtlich und ausschließlich in einem eigenen, von einem Arzt geleiteten Departement (Sanitätsdepartement) zu bearbeiten und zu er-

Zur Vorgeschichte der Auflösung des bosnischen Landtages.

Aus Sarajevo wird uns telegraphiert: Die Bosnische Post veröffentlicht interessante Erklärungen des ehemaligen Landtagsabgeordneten Kalizt Ladin, eines Kroaten, der seiner Partei angehört. Ladin erklärt, daß er nach dem Attentat von Sarajevo zu einer Konferenz des kroatischen und moslemischen Klubs eingeladen worden war. Namens der kroatischen Dissidenten war auch Abgeordneter Jelavic anwesend. Die beiden Klubs saßen trotz des Widerspruchs Ladins und Jelavics den Beschluß, dem gemeinsamen Finanzminister vorzuschlagen, den Landtag aufzulösen, da nach dem Attentat die Zusammenarbeit mit dem Serben unmöglich sei. Die Obmänner der Klubs hätten wahrscheinlich gleich nach der Konferenz dem Feldzeugmeister Potiorek, mit dem sie damals im ständigen Kontakt standen, diesen Beschluß mitgeteilt.

Landesversammlung für Volksgesundheitswesen.

Budapest, 25. Oktober.

Der Sitzungssaal des alten Abgeordnetenhauses in der Sándor-utca bot heute abend ein imposantes Bild. Die Bänke füllte etwa ein halbes Tausend Aerzte, auf den Ehrenplätzen in der Mitte des Saales saßen die Vertreter der Regierung, die Delegierten der Ministerien, der Hochschulen, die leitenden militärärztlichen Persönlichkeiten, die Vertreter der Hauptstadt und der Behörden, die sich versammelt haben, um die durch den Krieg brennend aktuell gewordenen Fragen der Volkshygiene zu beraten. Das Programm der auf vier Tage anberaumten Beratungen der Landesversammlung enthält sämtliche Fragen der Hygiene, die einer dringenden Regelung bedürfen, und die berufensten Sachautoritäten wurden herangezogen, um als Referenten die Probleme zu erörtern, die der Lösung harren. In der heute abend 6 Uhr abgehaltenen Eröffnungssitzung waren anwesend: Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi, Minister des Innern Gabriel Ugron, Minister für Volkswohlfahrt Graf Theodor Batthyány, die Staatssekretäre Julius Mikl, Dr. Karl Rémeihy und Moriz Palugyay, Generaloberstabsarzt Josef Szilágyi, die Generalstabsärzte Pauß, Dollinger, Dalnoki-Kovács und in Vertretung des Armeeeoberkommandos Stabsarzt Professor Dr. Dörr, die Magnatenhausmitglieder Baron Koloman Müller, Baron Alexander Korányi, Graf Josef Mailáth, die Ministerialräte Ludwig Lóth, Johann Kampis, Paul Ruffy, Edmund Frank, die Sektionsräte Béla Hajós, Dr. Desider Papp, Oberphysikus Dr. Alexander Szabó, die Abgeordneten Emerich Jakabffy, Josef Schuller, Geheimer Rat Georg Bukács, die Sanitätsoberinspektoren Dr. Madár Fay und Emerich Dóczy, die Universitätsprofessoren Hofräte Wilhelm Tauffer, Emil Grósz, Johann Bárfony, Ernst Jendrassik, Hugo Reiß, Baron Emanuel Perczel, Paul Ruzmit, Rezső Temesváry, Ernst Moravcsik, Leo Liebermann, Johann und Arpád Bóka, ferner die Professoren Adolf Dnodi, Desider Bálint, Ladislaus Kéthy, Béla Jenuyessy, in Vertretung des Polytechnikums Hofrat Professor Dr. Gustav Rados, Vizegespan Béla Pogány, Weisenstuhlpräsident Béla Mellny u. v. a.

Die Eröffnungsrede.

In seiner Eröffnungsansprache geht Professor Baron Müller von einem historischen Rückblick aus, den er auf die Entwicklung der staatlichen Einwirkung auf das Gesundheitswesen, mit besonderer Berücksichtigung der ungarischen Verhältnisse, wirft. Er stellt fest, daß die ungarische Gesetzgebung vor mehr als vier Jahrzehnten ein organisches Volksgesundheitsgesetz geschaffen hat, das bei allen theoretischen Vorzügen die Zusammenhänge mit der Verwaltung außer acht ließ und das überdies seither rückständig, lückenhaft und unbrauchbar geworden. Die ungarische Ärzteschaft hat nichts unversucht gelassen, um die Dringlichkeit einer neuen legislativen Regelung des Volksgesundheitswesens den zuständigen Faktoren nahezu legen, doch blieben alle diese Bemühungen erfolglos.

Nach dieser Feststellung führt Baron Müller aus:

Wir haben uns zu dem letzten Versuch entschlossen, von höherer Warte, offen, vor dem ganzen Lande und unter Zeugenschaft der großen Öffentlichkeit, ein klares Bild der Lage zu entwerfen und darzulegen, wessen dieses Land und sein Volk bedürfen.

Kennet der Verhältnisse sind im reinen darüber, daß unter den alten volksgesundheitlichen Verhältnissen kein neues Ungarn ausgestaltet werden kann.

Und dennoch geht es hierum. Denn wer heute, da noch das Dampfen vergossenen Blutes diese aus den Fugen gegangene europäische Welt erfüllt, mit unentwegtem Vertrauen in die Zukunft blickt, muß diese Zukunft schon heute vorbereiten. Er muß zunächst jenen ungeheuren Verlust in Betracht ziehen, den wir an Menschen erlitten haben und der uns von dem Ideal der dreißig Millionen Ungarn erheblich entfernt hat. Es bedarf hier also in erster Reihe einer Vermehrung der Bevölkerung. Nur will ich hier gleich einen großen Irrtum berichtigen. Eine Vermehrung der Bevölkerung darf nicht nur von den Geburten erwartet werden. Denn es kann nicht Aufgabe der ungarischen Mütter sein, den Ausfall, den die Kindersterblichkeit, die Tuberkulose und die Auswanderung verursacht haben, wettzumachen. Im Gegenteil, es ist Pflicht des Staates, alles aufzubieten, um diesen Uebelständen abzuwehren. Das neugeborene Kind am Leben zu erhalten und ein gesundes Geschlecht heranzuziehen: das liegt dem Staate ob, denn das Interesse des Staates an dem Anlebenbleiben jedes einzelnen Neugeborenen ist speziell jetzt um so größer, als nach dem Kriege jedes Menschenleben doppelt zählen wird. Demgegenüber hat also der neugeborene Staatsbürger dort in der Wiege das angeborene Recht, vollständigen Schutz für sein Heil, sein Wohl und seine Gesundheit von jenem Staate zu fordern, der einstens, eben gerade im Interesse dieses Staates, auch auf die Arbeit und Pflichterfüllung des annoch Neugeborenen rechnet. Und zurückblickend muß hier mit Bedauern festgestellt werden, daß wir das Leben des Kindes von diesem Standpunkte aus bisher arg unterschätzt haben. Kann es aber

Wir sind uns längst darüber klar, daß nicht einzelne diejenen Aktionen der Staaten machen, sondern die Verhältnisse und die Interessen und Impulse der großen Massen, ja auch das bloß eine natürliche Folge der Lehren des Kriege ist, daß man überall zum Bewußtsein der großen Bedeutung des öffentlichen Gesundheitswesens gekommen ist, daß erfährt hat, welche erstarriges Interesse des Staates sei, die Gesundheit und im Zusammenhange damit Arbeitsfähigkeit seiner Bürger zu erhalten und zu fördern; Verantwortungsgefühl des Staates ist lebendiger geworden und führt überall zu kräftiger Initiative. Wenn nun gleiche Arbeit auch dort in Angriff genommen wird, wo schon vor dem Kriege um so viel weiter hielt als bei uns, so wie viel mehr ist es da unsere Pflicht, die wir hierin so zurückgeblieben sind!

Wir sind Geschädigte und wollen für ein neues Jahrhundert den Grund zu einem neuen Ungarn legen; es ist also eine unvermeidliche Aufgabe, unser öffentliches Gesundheitswesen auf breiter und sicherer Grundlage völlig neu zu organisieren, indem wir seiner planmäßigen und zielbewußten Pflege bei entsprechender fachkundiger Leitung einen europäischen Gesichtskreis sichern, und indem wir besonders auf die Volksgesundheit Gewicht legen, denn wir wissen ja, daß der Gesundheitszustand der ganzen Bevölkerung eigentlich von den Gesundheitsverhältnissen der breiteren Volksschichten abhängt. Wir erwarten von der Weisheit der Regierung die richtige Organisation und die nötigen Kosten, wir sind überzeugt, wir in der patriotischen Presse einen begeisterten Bundesheer haben werden und rechnen auch darauf, daß die Bewegung heute, da die Fragen des Gedeihens, des Fortschritts der Kultur so sehr an Wichtigkeit und Interesse gewinnen zur Geltung kommen müssen, die Sache der Volksgesundheit einstimmig unterstützt wird; einstimmig, sage ich, denn es ist eine viel zu wichtige Sache der Zukunft des Landes, als daß es vom Parteistandpunkt aus gefördert oder verworfen werden könnte. Dies kann nicht den Gegenstand eines politischen Credos bilden, denn dies ist der Imperativ Daseinsbedingung des Staates, dem wir gehorchen müssen, wenn wir — um mit Széchenyi zu sprechen — es Volk für die Menschheit retten wollen.

Während der Rede des Präsidenten ereignete sich ein kleiner Zwischenfall. Die im Auditorium anwesende Frau Auguste Senberg wurde unwohl und fiel ohnmächtig zusammen. wurde rasch zum Bewußtsein gebracht und gelabt.

Die Rede des Präsidenten wurde besonders bei den Forderungen der Zuweisung der ärztlichen Fragen an einen Arzt als Sekretär, der dringend notwendigen Verstaatlichung des Dienstes und der Schaffung von hygienischen Instituten stürmischen Beifall und Applaus unterbrochen.

Der Präsident begrüßte sodann die anwesenden Minister, dankte ihnen für ihr Erscheinen, das als ein ermutigendes Zeichen dafür gelten kann, daß die Beratungen der Versammlung nicht erfolglos bleiben werden.

Begrüßungsrede des Grafen Apponyi.

Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi: Sehr geehrte Plenarversammlung! Im Namen des Herrn Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern, die zurzeit durch ihr Amt im Parlament festgehalten sind, sowie im Namen der ganzen Regierung begrüße ich aus der Tiefe meines Herzens diese Plenarversammlung.

Der sehr geehrte Herr Präsident war so liebenswürdig, seiner Anerkennung darüber Ausdruck zu geben, daß die Mitglieder der Regierung inmitten vielfacher Sorgen sich Zeit zu nehmen wußten, in dieser Plenarversammlung zu erscheinen. Ich würde nicht, daß wir deshalb eine besondere Anerkennung verdienen, können wir denn überhaupt wichtigere Sorgen haben, als die Sorge für den Menschen, und für dessen Erhaltung, für den wertvollsten Kapital der Nation. Mich persönlich knüpfen sich andere Bande an diese Plenarversammlung. Ich stehe an der Spitze eines Verbandes, der dem Kinde bei seiner Geburt und in den ersten Zeiten nach der Geburt seine Fürsorge anzuweisen läßt. Auch ist es die Pflicht meines Ressorts, den Menschen im Wachstum seiner Jugend zu beobachten, ihm hilfreich zur Seite zu stehen und für die hygienischen Einrichtungen in der Schule zu sorgen, sowie auch seine Erziehung in der Richtung zu lenken, daß jedermann der Pfleger seiner eigenen Gesundheit sein könne, Schädigungen vermeide und all das, durch er zu einem gesunden, kräftigen Staatsbürger werden kann, fördere und unterstütze. Mich also knüpfen ganz andere persönliche Bande an diese Plenarversammlung, an die Arbeit ich auch selbst eifrig mitwirken will. (Lebhafte Ovationen.) Die Regierung ist von dem Gedanken durchdrungen, daß keine edlere, keine tiefer in das Leben einschneidende Aufgabe sein kann, als das durch den Krieg so entsetzlich hart mitgenommene Menschenmaterial dieser Nation so sorgfältig als nur möglich zu pflegen. Wie es scheint, muß die Menschheit ebenso wie der einzelne schwere Prüfungen bestehen, um einfache Wahrheiten zu erkennen. Dieser Krieg ist eine schreckliche Prüfung der ganzen Menschheit. Gebe Gott, daß wir, wenn wir schon den Weg zu vermeiden nicht imstande waren, wenigstens es vermeiden, seine Lehren zum Wohle künftiger Generationen zu vererben. (Lebhafte Ovationen.) Der erste Schritt auf diesem Wege ist eben diese Plenarversammlung, von deren Beratungen wir erwarten und eine richtunggebende Weisung zur Durchführung dieser Arbeit erwarten, deren Vollendung die edle Ambition dieser Regierung ist. (Lebhafte Ovationen und Applaus.)

Auf Antrag des Präsidenten wurde sodann beschlossen, Seine Majestät den König, der die Aktion für die Volkshygiene initiiert hat, eine Guldigungsdepesche zu senden.

Der Präsident meldete, daß die Versammlung 336 Mitglieder zähle und in dieser 51 Behörden, 18 Körperschaften und 6 Institute vertreten seien.

Der Festvortrag.

Hierauf hielt Universitätsprofessor Dr. Leo Liebermann einen Festvortrag über die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Sanitätswesens. Der Vortragende übertrug in erster Reihe die Lage, die durch unser Sanitätsgesetz (N. XIV: 1876) geschaffen wurde und das unserem Denken in fünfzig Jahren entsprach, als die Aufgaben des Staates auf diesem Gebiete sich in der Krankenpflege, Seuchenbekämpfung, dem Fernhalten von schädigenden Einflüssen (Giften, bösen Nahrungsmitteln, ungesunden Wohnungen usw.) erschöpften. (Lebhafte Ovationen.) Seine Begriffe über die Bedingungen der Volksgesundheit haben sich seitdem wesentlich erweitert.

Das Sanitätswesen ist in erster Reihe eine Geldfrage, dann erst in zweiter Reihe eine Erziehungs- und nur in dritter Reihe eine Verwaltungs- und vom direkten fachärztlichen Eingreifen. Das Haus des gut verdienenden Arbeiters oder des wohlhabenden Besitzers bietet einen ganz anderen Anblick als das im Armee- und vergänglich schreibt das Gesetz Regeln für die öffentliche und private Reinlichkeit vor, wenn die Grundbedingung, die materielle Sicherung der Existenz, fehlt. Wir wissen, daß eine der wichtigsten Bedingungen der Volksgesundheit ist: die Volksernährung, bis zum Krieg überhaupt nicht

gung
digte,
Diese
Lier-
An-
des
ings-
der
not-

jend
rten
der
stern
und
hohe
eits-
aum
mut
dem
ung
für
als-
bett-
sich
lage
ten.
um-
ils-
vor-
ge-
ide-

urde

Albani
27/X. 1917

Landesversammlung für Volksgesundheitswesen.

Budapest, 26. Oktober.

Die meritorischen Beratungen der Landesversammlung für Volksgesundheitswesen wurden heute vormittag 9 Uhr von Baron Dr. Koloman Müller eröffnet, der in Vertretung des zum Vorsitzenden gewählten Ministerpräsidenten Dr. Alexander Bezerle die Leitung der Beratungen übernahm.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete das Thema: Bevölkerungspolitik vom wirtschaftlichen Standpunkt.

Der Referent Geheimer Rat Abgeordneter Josef Szterényi legte dar, daß alle kriegsführenden Staaten von schweren Gefahren wegen der Verminderung der Bevölkerungszahl bedroht seien. Auf diesem Gebiete treten erschreckende Erscheinungen auf. Diese fordern rasche und tiefgreifende Verfügungen. Selbst der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Krieg werde infolge der mangelnden Arbeitskräfte gehemmt sein. Mit diesen Fragen beschäftigten sich zuerst die Franzosen, die bis heute die schweren Verluste der Napoleonischen Kriege noch nicht überwunden haben. Im März 1915 kamen in Frankreich auf 100 Todesfälle 71 Geburten, im März 1917 nur mehr 36 Geburten! In Deutschland war der Geburtenüberschuß vor dem Krieg 15:1 pro Tausend, bei uns 1913: der Geburtenüberschuß 11:2 pro Tausend, 1914 gab es in Ungarn 640.000, 1915 nur 434.000, 1916: 292.000 Geburten. In den ersten zwei Kriegsjahren hat die zivile Bevölkerung Ungarns um eine halbe Million abgenommen, und wenn wir die wahrscheinliche Zahl der Kriegsverluste dazunehmen, finden wir eine Bevölkerungsabnahme von anderthalb Millionen Menschen in den ersten drei Kriegsjahren. Diese Gefahren werden 18—20 Jahre nach dem Krieg am größten sein, dann wird auch die Wehrkraft des Landes darunter leiden. Während des Krieges hat die Säuglingssterblichkeit stark zugenommen. 1916 war — ohne Berücksichtigung der Verluste im Felde — die Zahl der Todesfälle um 94.000 größer als die der Geburten. Im Jahre 1934 wird es 154.000 Männer im Alter von zwanzig Jahren, im Jahre 1936 nur mehr 67.000 solche Männer geben, diese Ziffer wird immer ungünstiger, je länger der Krieg dauert.

Zur Steigerung der Geburtenzahl stehen uns nur wenig Mittel zur Verfügung, deshalb muß die Verminderung der Sterbeziffer angestrebt werden. Die Besserung der sozialen Lage ist ein wirksames Mittel, wirkt aber langsam und ihre Durchführung erfordert lange Zeit. Was aber der Verlust an Menschenleben im Krieg bedeutet, das sehen wir, wenn wir die menschliche Arbeitskraft in den Kapitalwert umrechnen. Wir finden, daß die kriegsführenden Staaten 25 Milliarden derart verloren haben und bei uns bedeutet der Menschenverlust einen Ausfall von 400 Millionen an Produktion. Zur Besserung der Lage muß der Mutter- und Säuglingsschutz organisiert, der Kinderschutz gefördert, die Volksversicherung geschaffen und die soziale Versicherung entwickelt, die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und der Lungenschwindsucht gehemmt werden. (Lebhafte Beifall.)

In der sodann folgenden Debatte betonte Oskar Jákó, daß eine Steigerung der Geburtsziffern nur von einer sozialpolitischen Reform zu erwarten sei. Nach dem Krieg dürfe es kaum eine erhebliche Rückwanderung geben, im Gegenteil sei eine neuerliche Auswanderung zu erwarten, wenn das soziale Leben in Ungarn nicht gründlich reformiert werde.

Dr. Erwin Szabó meint, nach dem Kriege sei keine erhebliche Populationszunahme zu erwarten.

Dr. Nikolaus Berend verweist auf die Wichtigkeit des Säuglingsschutzes und fordert die Erstreckung des staatlichen Schutzes auf das Kindesalter.

27. X. 1918

Landesversammlung für Volksgesundheitswesen.

Budapest, 26. Oktober.

Die ungarische Ärzteschaft hat sich, dem Ruf seiner vornehmsten Körperschaft, der Budapester königlichen Ärztesgesellschaft folgend, in der ungarischen Metropole eingefunden, um über die Gefahren zu beraten, die der ungarischen Volkskraft infolge der Verluste und schweren Wunden drohen, die der nunmehr im vierten Jahr tobende Weltkrieg dem Volkskörper geschlagen hat. Der heutige erste Tag der meritorischen Beratungen der Landesversammlung beweist, daß die geradezu meisterhaft durchgeführte Organisation der Verhandlungen zur Folge hatte, daß wir zum angestrebten Ziel: Klärung der Lage und Feststellung der Wege zur Hebung der Volksgeundheit, schon heute um ein gutes Stück näher gekommen sind. Das ist dem Umstand zu verdanken, daß die einzelnen Themen durch die hervorragendsten Sachmänner dargelegt werden, während die darauffolgende Debatte die Anregungen der Referenten kritisiert oder neue Ideen zur Erzielung des Erfolges aufwirft.

Der erste Vortrag des Abgeordneten, Geheimen Rates Josef Szterényi war, dem wissenschaftlichen Brauch entsprechend, der Diagnose gewidmet, die festgestellt werden muß, bevor an die Behandlung des Uebels geschritten werden kann. Der Vortragende streifte schonungslos das Dunkel ab, das bisher die Schädigungen verdeckte, die der Körper der Nation durch den Krieg erlitten hat. Er stellte anderthalb Millionen Menschen und Milliarden an verlorenen Produktionswerten auf das Verlustkonto und zeichnete ein ziemlich düsteres Bild der geschädigten Volkskraft. Der zweite Referent, Dr. Madzsar, stellte die Fragen der Population und der Bekämpfung der üblen Folgen jener Selektion in den Vordergrund, die im Krieg die Besten der Nation hinwegrafft und die Minderwertigen daheim läßt.

Unterrichtsminister Graf Apponyi, der heute das Präsidium übernommen hat, zeigte Wege, die die Unterrichts-

verwaltung einzuschlagen gedenkt, um die Mütter als werdende Mütter schon im schulpflichtigen Alter in der Säuglingspflege zu unterrichten und die Beamten, Lehrer und Seelsorger als Führer des Volkes während ihrer Ausbildung im Sanitätswesen zu unterweisen. Die Fragen des Mutter-, Säuglings- und Kindereschutzes betreffen schon die künftige Generation, die gutmachen soll, was die Gegenwart gesündigt. Das Beratungsthema der Nachmittagsitzung bildete die Frage des Mutter- und Säuglingseschutzes. Als Präsident fungierte Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi, als Referent Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Lauffer.

Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi eröffnete die Beratungen mit einer Ansprache. Die Erfahrungen des Krieges — sagte der Minister — und der entsetzliche Blutverlust haben das Populationsproblem in den Vordergrund gestellt.

Der Schutz der keimenden und geborenen Menschenpflanzen bildet die Grundbedingung der Verlängerung der Lebensdauer und der Kräftigung der künftigen Generation. Die Erhaltung und Vermehrung des Menschenmaterials der Nation hängt von dem Schutz der Gebärenden ab. Leider sind wir nicht in der Lage, für die zu erwartenden Kinder so viel zu tun, wie für den Schutz der bereits zur Welt gebrachten Kinder. Es gibt aber auch noch andere Faktoren, die die Geburtenzahl herabdrücken. In einzelnen Gegenden Ungarns mit kernungarischer Bevölkerung vermindert das Einkindersystem die Fruchtbarkeit. Diesen Erscheinungen kann durch soziale und staatliche Verfügungen gesteuert werden. Der Staat kann mit Kindern reich-gelegenen Familien Steuerbegünstigungen gewähren und jene, die die Ehe meiden, mit Steuererhöhungen belasten. Der Gesellschaft fällt aber die Aufgabe zu, gesünderen moralischen Aufzuchtungen die Wege zu bahnen. Auch auf dem Gebiet der sanitären Bedingungen ist noch viel zu tun. Wir müssen den gebärenden Frauen Pflege und eine solche Lage verschaffen, daß ihre Gesundheit gesichert sei. Säuglings- und Muttereschutz stehen in engem Konnex. Die verschiedenen auf diesem Gebiet wirkenden Institutionen müssen vereinigt, systemisiert und in ein organisches Verhältnis zur staatlichen Macht gebracht werden, um einen möglichst großen Erfolg erzielen zu können. (Beifall.) Der Minister hat unter Mitwirkung von Sachmännern und von Frauen, die die Verhältnisse kennen, im Unterrichtsministerium Pläne ausarbeiten lassen, daß die Säuglingspflege in allen weiblichen Schulen unterrichtet werde (Stürmischer Beifall), das soll übrigens auch in allen Unterrichtsanstalten für die männliche Jugend geschehen. Die erforderlichen Änderungen werden vielleicht bereits im zweiten Semester des laufenden Schuljahres, unbedingt aber schon im nächsten Unterrichtsjahr durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Referent Hofrat Universitätsprofessor Wilhelm Lauffer hielt sodann seinen Vortrag über Mutter- und Säuglingseschutz. Die Wurzeln desselben finden sich bei den Völkern des Westens im Schoße der Wohltätigkeit, der Staat fördert diese Bestrebungen nur durch seine Unterstützung. In unserem Vaterland genießt der verlassene Säugling staatlichen Schutz. Der Minister des Innern Gabriel Ugron betraute mit einem Erlaß vom Juni d. J. den Stefaniebund im übertragenden Wirkungsbereich mit der Organisation des Mutter- und Säuglingseschutzes im ganzen Lande und stellte dem Bunde staatliche Mittel zur Verfügung, die im nächsten Budget mehrere Millionen betragen werden. Der Stefaniebund vereinigt die im Dienste dieses Zieles stehenden staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Mittel, wobei jeder Vereinigung die eigene Autonomie belassen wird. Graf Albert Apponyi und Josef Szterényi haben ihren ganzen moralischen Einfluß in den Dienst der Errichtung dieser zentralen Institution gestellt und das Ergebnis ist, daß in einem halben Jahr 5 1/4 Millionen für diesen Zweck gesammelt wurden. Eine mächtige Förderung ersufte die Aktion durch den Umstand, daß Ihre Majestät unsere Königin die Gnade hatte, das Protektorat zu übernehmen. Die Organisation nimmt geraume Zeit in Anspruch, der Stefaniebund hat aber seine Aktion in der Hauptstadt bereits organisiert, wo in 16 Monaten von den lebendgeborenen 17.000 Säuglingen 13.000 im Wege ihrer Protektoren von dem Bund in Obhut genommen wurden. Der Bund hat auch mit der Arbeiter-Bezirkskrankenkasse ein Abkommen zur Versorgung der Mütter und Säuglinge des Arbeiterstandes getroffen. Die ergänzenden Institutionen der Aktion sind die Kinder-Dispensaires — derzeit bestehen sieben solche Anstalten — und die innerhalb kurzer Zeit zur Eröffnung gelangende Zentral-Milchküche. Der Grundgedanke der Aktion des Bundes ist: die vor der Geburt stehenden Mütter und Wöchnerinnen durch ihre Protektoren auffuchen zu lassen. In der Hauptstadt hat sich in der jüngsten Zeit der Mutter- und Säuglingseschutz in den Fragen der materiellen Unterstützung der Sektoren für Muttereschutz der Volkswohlfahrtszentrale angeschlossen. Die Durchführung der Landesorganisation beginnt jetzt, nachdem der Minister des Innern die erforderlichen materiellen Mittel zugesichert hat. Das ganze Land wird in 6-8 Bezirken eingeteilt, an der Spitze eines jeden Bezirkes steht je ein Landeskommissär. Bei der Organisation bildet immer das Komitat die Einheit, wo im Zentrum ein Munizipalkommissär amtiert, dem eine oder mehrere Protektoren zugeteilt sind, die die Arbeit der Organisation, der Anleitung und der Kontrolle in den Gemeinden durchzuführen. Die Institution der Protektoren ist staatlich, deren Ausbildung und Erziehung erfolgt in staatlich damit betrauten Anstalten. Die Dauer des Schuljahres beträgt drei Monate, der Kurs für die leitenden Protektoren ein Jahr. Für die Gemeinden werden auch Protektoren mit Nebenbeschäftigung aus dem Kreis der Damen des intelligenten Mittelstandes ausgebildet. Außer den Protektoren von Beruf wirken unter dem Titel von Landes-Protektoren auch die Damen der vornehmen Kreise als unterstützende Mitglieder in dem Bunde. (Lebhafter Beifall.)

In der hierauf folgenden Debatte ergriff Universitätsprofessor Dionys Szabó (Koložvár) das Wort. Er ist der Ansicht, daß es in der Provinz nicht genügend viel intelligente Frauen gebe, denen der Mutter- und Säuglingseschutz anvertraut werden könnte. Zu diesem Zweck sollten auch die Hebammen, die das Vertrauen der Provinzbevölkerung genießen, herangezogen werden. Er stellt den Antrag, daß die Hebammen eine Prämie bekommen sollen, wenn sie den geborenen Säugling pflegen und im einjährigen Alter gesund vorstellen.

Dr. Alexander Doktor urgiert die Reform der Hebammenbildung.

Dr. Mikolauß Berend legt dar, daß die Tätigkeit des Stefaniebundes nur eine Vorbereitung der staatlichen Verfügungen sei. Er fordert, daß für die Kontrolle der Kinder von Ammen und der in Pflege gegebenen Säuglinge der Staat sorgen soll.

Frau Oskar Szirman erklärt, daß der Menscheneschutz nur dann erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn die Verfügungen des Arztes von Leuten mit hygienischem Wissen durchgeführt werden.

Hofrat Rudolf Temesváry betont die Notwendigkeit der Förderung des Arbeiterschutzes. Die Feldarbeiter, die häuslichen, die Heimarbeiter und Arbeiterinnen sollen, ebenfalls in

den Kreis der Kranken- und Muttereschutzversicherung einbezogen werden. Den Müttern soll nicht nur Wochenbettunterstützung, sondern auch Graviditätsunterstützung angewiesen werden.

Nach den Bemerkungen von Albert Fáy und Julius Filipp wurde die Debatte geschlossen.

Minister Graf Albert Apponyi erklärt in seinem Schlußwort, daß das eigentliche Organ des Mutter- und Säuglingseschutzes der Arzt ist, die Protektoren sind nur die Hilfsorgane des Arztes. Die Aktion des Stefaniebundes verfolgt eben das wichtigste Ziel, die Volksversicherung auf die weitesten Volkskreise zu erstrecken.

Nun folgte die Verhandlung des Themas: Kindereschutz. Den Vorsitz übernahm Abgeordneter Geheimrat Graf Johann Fich. Er legte in seiner Ansprache dar, daß der Krieg den Kindereschutz zum aktuellsten Tagesproblem gemacht hat. Jedes Kind repräsentiert einen hohen Wert für den Staat. Der Grabmesser der Kultur eines Staates ist der Kindereschutz. Er hofft, daß die Beratungen der Landesversammlung die Sache des Kindereschutzes fördern werden, denn von der kommenden Generation hängt die Zukunft Ungarns ab. (Lebhafter Beifall.)

Referent Dr. Alexander Szana, Direktor des staatlichen Kindereschutzes, hielt sodann seinen Vortrag über Kindereschutz. Ungarns Kindersterblichkeit zeigt wohl Tendenzen zur Besserung, die aber die Verluste nicht einbringen kann, die durch die Verminderung der Geburtenzahl entstehen. Jedem Kind müßte ein gewisses hygienisches und pädagogisches Minimum gesichert werden. Wo die Eltern dieses Minimum nicht bieten können, hat der Staat dieses Minimum dem in Entwicklung begriffenen Menschen zu sichern. Die Grundbedingung für die gesunde Entwicklung der Kinder ist die Besserung der Erwerbsverhältnisse der Eltern durch eine richtige Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sehr wichtig ist die Erziehung der Arbeiterversicherung auf die landwirtschaftliche Bevölkerung, die strenge Regelung des Wohnungswesens in den Städten, aber auch im Dorf. Das Recht des Kindes auf freie Luft und auf Bewegung, auf Spielplätze, Ferienheime, Schulausflüge vhm. muß verwirklicht werden. Die körperliche Erziehung soll unter Heranziehung der Jugendvereine durch staatliche Unterstützung gefördert werden. Die gegenwärtigen Zustände auf dem Gebiete der Kinderarbeit bilden einen Schandfleck unserer Industrie und unseres Sanitätswesens. Der Schutz der Kinder von Arbeiterinnen, von Familien mit vielen Kindern, der schulpflichtigen, kranken und schwachen Kinder muß organisiert und das Verkommen von Kindern verhütet werden. Für den Armenkindereschutz muß ebenso wie für den Schutz der verlassenen Kinder eine zentrale Organisation geschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

In der hierauf folgenden Debatte will Julius Filipp zur Einschränkung der Infektionskrankheiten die Errichtung von möglichst vielen Spitälern für akute Infektionskrankheiten.

Dr. Meinhard Edelmann urgiert die Ausdehnung des Säuglingseschutzes auf die schulpflichtigen Kinder. An die Schulen sollen Schulbäder und Ruhestätten angegliedert werden.

Dr. Ernst Deutsch hält die Schaffung von Familien-Heimstätten für wünschenswert und fordert die separierte Schulung der geistig minderbegabten Kinder.

Dr. Heinrich Halász wünscht die Schaffung von Freiluftschulen.

Dr. Paul Ruffh verweist auf die Notwendigkeit des staatlichen Kinderschutzes und der Vereinigung der verschiedenen bestehenden Kinderschutzeinrichtungen.

Dr. Julius Kenzler findet die Ursache der hohen Kindersterblichkeit in der Krankheit und Unwissenheit der Eltern, für deren Ausbildung und Unterweisung Sorge getragen werden muß.

Professor Dr. Adolf Zuba erklärt, daß die Jugend nur mit Hilfe der Schule gesund erzogen werden kann. Das ist daher Aufgabe des Unterrichtsministers.

Dr. Eduard Hebel fordert, daß die Ärzte von Verwaltungssachen befreit werden sollen. An der juristischen, wie auch an der theologischen Fakultät, die die Führer des Volkes erziehen, soll das Sanitätswesen obligatorischen Unterrichtsgegenstand bilden.

Hierauf wurde die Debatte geschlossen.

Referent Dr. Alexander Szana reasümierte die in der Debatte aufgeworfenen Ideen und Forderungen. Auch er ist der Ansicht, daß die Kinder bis zum Alter von 14 Jahren des staatlichen Schutzes teilhaftig werden sollen. Der Staat muß die Sanitätsverwaltung sozialisieren, denn mit Polizei läßt sich keine Kultur verbreiten. Der Staat müsse im Interesse der Volksgeundheit und des Kinderschutzes den unbemittelten Volksklassen unentgeltliche ärztliche Behandlung und Medikamente sichern.

Nach den Schlußworten des Präsidenten Grafen Johann Fich wurde die Debatte geschlossen.

Die Verhandlungen der Landesversammlung werden morgen fortgesetzt werden.

30./X. 1914

Landesversammlung für Volksgesundheitswesen.

Budapest, 29. Oktober.

Auf der Tagesordnung der Samstagvormittags-Sitzung stand die Frage der Volksversicherung...

Referent Ministerialrat Dr. Géza Papp hielt einen Vortrag über Volksgesundheitswesen und Volksversicherung...

Hierauf wurde die Debatte eröffnet. Dr. József Weil ist der Ansicht, daß wenn wir die Volksversicherung heute in der Provinz durchzuführen...

Dr. Desider Hahn: Der Nährboden der Krankheiten ist der Pauperismus. Wenn wir die Sozialversicherung auf die breitesten Volksschichten ausdehnen...

Dr. Joltán Rónay bemerkt auf das wichtige und auf den Schein arbeitende Versicherungssystem der Bergleute...

Stefan Bernáth ist Gegner der Volksversicherung, deren Bedingungen noch nicht gegeben sind...

Rach Samuel Kertész, Ignaz Székely, Emanuel Samogyi und August Schulz erklärte Sektionsrat Dr. Desider Papp, unser Sanitätswesen habe bisher vollkommen verlagert...

Nach dem Schlußwort des Referenten wurde die Debatte geschlossen.

Am folgte die Beratung der Frage des Spitalwesens. Staatssekretär Adolf Samassa übernahm den Vorsitz...

Universitätsprofessor Dr. Emil Gräß hielt seinen Vortrag über das Spitalwesen Ungarns. Er schilderte den Aufschwung des Spitalwesens durch den G. L. XXI: 1898...

Alexander Marberger wünscht, daß die Spitäler über die Krankheiten und über das Sanitätswesen systematische Vorträge veranstalten.

Ludwig Beck bringt die Frage der Spitalverwaltung zur Sprache.

Professor Josef Amre fordert dringend die Dezentralisation der Spitäler und die Errichtung von Dorfspitalern.

Wilhelm Manninger fordert die Qualifizierung der Pflegerinnen, die eine Prüfung abzulegen hätten.

Rach Madár Bogdán, Ernst Tomor und Karl Sermanan fordert Andreas Rakai besondere chirurgische Spitäler für Tuberkulotiker.

Nach den Ausführungen von Gabriel Tassy, Babitskay und Laub fordert Professor Johann Bölay die Errichtung von Kinderkliniken in der Provinz...

Der vierte und letzte Beratungstag der Landesversammlung, Sonntag, begegnete unbeschwerterem Interesse der Mitglieder.

Das erste Thema, das heute auf der Tagesordnung stand, war die Frage der Organisation der Volksernährung.

Baron Ludwig Kürthy: Die Frage der Volksernährung wurde hornheimlich durch den Krieg zur dringlichsten und brennendsten Tagesfrage...

Referent Staatssekretär Dr. Franz Ragh schilderte dann in einem fesselnden Vortrag und mit weitestgehender Beherrschung der Materie die Bedingungen einer richtigen Volksernährung...

Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist in Städten und Industriezentren Kinderheime zu schaffen, wo auch für billige, eventuell kostenfreie Ernährung der Kinder zu sorgen ist.

Eugen Varga: Ohne Besserung der materiellen Lage der Arbeiter kann eine Besserung der Volksernährung nicht erzielt werden.

Stefan Ascher fordert, daß das Volksernährungsamt eine besondere Sektion für die Lebensmittelversorgung der Spitäler errichte.

Armand Melha wünscht die Regelung der Frage der Kinderernährung.

Stabsarzt Dozent Dr. Babitskay Deire weist darauf hin, daß bei der heutigen Produktionsrichtung, hauptsächlich beim Mangel der Hülsenfrüchte...

Madár Fáy fordert die Vermehrung der Obst- und Gemüseproduktion. Nach Wilhelm Weiß und Géza Simon verweist Professor Kornel Körösi auf die Forderung der schmackhaften Zubereitung der Speisen...

Frau Eugenie Keller-Wiskolczay beantragt, daß die schulpflichtigen Kinder in Zentralküchen verköstigt werden.

Den Vorsitz übernahm Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy. Zur Verhandlung gelangt die Wohnungsfrage.

Referent Dr. Julius Billec schilderte die Wohnungsnot und die mit dieser parallel steigende Tuberkulosesterblichkeit und führt die betreffenden statistischen Ziffern an.

dürfen nicht nach ihrer Bemühung, nach ihrer Produktion, sondern müssen nach ihrem Marktwert besteuert werden.

Präsident Stefan Bárczy kann den Ansichten des Referenten nicht voll beipflichten. Die Wohnungsfrage bildet die Aufgabe der Behörden.

Dozent Dr. Emerich Ferenczi fordert die gesetzliche Regelung der Wohnungsaufsicht. Eine Befriedigung der Wohnungsnot ist nur zu erreichen...

Eugen Varga fordert den raschen Beginn der behördlichen Wohnungsbauten.

Ludwig Dienes betont die Nachteile der Hinstafelnen. Es sollen höchstens zweistöckige Gartenhäuser errichtet werden.

Jakob Heller schildert die Folgen des Bodenwuchers, der die Ursache unserer Wohnungsnot ist.

Nachdem der Referent auf die vorgebrachten Ideen reflektiert hatte, wurde die Debatte geschlossen...

In der Nachmittagssitzung gelangte die Tuberkulosefrage zur Beratung. Den Vorsitz übernahm Geheimer Rat Graf Ludwig Batthyány.

Die Bekämpfung der Tuberkulose ist folgendermaßen zu organisieren: Sämtliche Institutionen sollen im Rahmen einer einheitlichen Organisation geschaffen werden.

Die Bekämpfung der Tuberkulose ist folgendermaßen zu organisieren: Sämtliche Institutionen sollen im Rahmen einer einheitlichen Organisation geschaffen werden.

geschaffen werden. Während der Dauer ihres fruchtweisen Ausbaues müssen wir für Uebergangsinstitutionen sorgen...

Professur Julius Dollinger schilderte die Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung der chirurgischen Tuberkulose.

Paul v. Ruffy wünscht die Errichtung eines Kinder-tuberkulose-sanatoriums. Sigmund Kunzi beleuchtet die sozialen Beziehungen der Tuberkulose.

Hierauf übernahm Geheimer Rat Abgeordneter Georg Lukács den Vorsitz und betont in seiner Ansprache die Wichtigkeit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten...

Referent Professor Ludwig Klémán hielt hierauf einen Vortrag über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten...

Professor Dr. Ludwig Dienes erörtert die Methoden zur Bekämpfung des Alkoholismus. Es sprachen ferner Dr. Madár Ernő, Dr. Emil Weiß, Dr. Ludwig Földes...

Auf das Ausbaugelegramm, das der Landeskongress für Volkshygiene an den König gerichtet hat, ist folgende Antwort eingetroffen:

„Se. Kaiserlich und apostolisch Königlich Majestät hat die begehrte Ausbuidung und die Glückwünsche des Landeskongresses für Volkshygiene freudig entgegengenommen...

Auf allerhöchsten Befehl Baron Ragh.

Annütze Mutterangst.

Wie bringen wir unsere Kinder durch den
4. Kriegswinter?

Aus der überreichen Fülle seines Erfahrungsschatzes, den er während dreier Kriegsjahre als Direktor des Kaiserin-Augustavictoria-Hauses gesammelt hat, beantwortete gestern Univeritäts-Professor Dr. Langstein im Oberlichtsaal der Philharmonie all die angstvollen Fragen, die jetzt so manches Mutterherz in der Sorge um die Ernährung und Pflege ihrer Kinder bewegen. Dieser Vortrag — der achte, den die „Praktische Berlinerin“ bis jetzt veranstaltet hat — wirkte wie eine Goldgrube — er räumte auf mit falschen Anschauungen, machte zuverlässlich und hoffnungsfroh, denn jeder Anwesende gewann durch die, von der Autorität des klugen, erfahrenen Kinderarztes getragenen Ausführungen — der sich der guten Sache wegen zur Verfügung stellt — die Gewißheit, daß auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen des vierten Kriegswinters für das Gedeihen der Kinderwelt keine Beschränkungen zu hegen sind.

Im Gegenteil, nie ist es — so sonderbar es klingen mag — den Kindern so gut gegangen wie gerade jetzt und in den vergangenen drei Jahren. Beweis dafür ist der Stillgang der Sterblichkeitsziffer. Diese überraschende und erfreuliche Tatsache ist mit darauf zurückzuführen, daß jetzt die meisten Mütter ihren Säugling selbst stillen — wie nun wieder die Stillziffern beweisen. Und was Muttermilch — die ohne Bezugschein und Karte zu haben ist — für die Ernährung eines Kindes bedeuten, braucht ja wohl nicht erst noch begründet zu werden. Falls aber eine Mutter, aus irgend welchen Gründen, nicht selbst stillen kann, dann sind für ihre Kinder Nahrungsmengen ausgesetzt, die geradezu als überreichlich gelten können.

Vom zweiten Lebensjahre ab erhalten dann die Kinder dieselbe Nahrung wie der Erwachsene. Kann aber das in der Entwicklung begriffene Kind wirklich damit auskommen? Nein — wissenschaftlich ausgebrillt —, bei dieser in Wärme umgesetzten Nahrung ergeben sich nur 15 Einheiten, eine Menge, die für das Kind nicht ausreicht. So wurde von den Ärzten zur Ergänzung noch ein halber Liter Milch täglich für jedes Kind beantragt und — da sich dieser nicht beschaffen ließ — wenigstens ein viertel Liter durchgesetzt, ein Quantum, das schließlich auch ausreicht ist.

Wenn nicht alle Kinder bei der ihnen zugemessenen Nahrung aufwachsen und gedeihen, so liegt es daran, daß so manche Mütter durch ihren Beruf verhindert wird, die Nahrung den Kleinen in der Form vorzusetzen, wie sie am ausgiebigsten ist. Namentlich die Kartoffel, unser wertvollstes Nahrungsmittel, wird durch solche Substitution oft nicht ausgenutzt, ebensowenig das Gemüse — hier hätte so manche Mutter noch vieles in der Kochkunst nachzulernen. Aber noch andere Gesichtspunkte sind zu beachten: Um in heutiger Zeit gedeihen zu können, müssen die Kinder mehr schlafen, abends eine Stunde früher ins Bett gehen, morgens eine Stunde später aufstehen und nach dem Mittagessen wieder eine Stunde schlafen. Ohne uns zu genieren, könnten wir da von den Wurmestieren lernen, die sich, ohne Nahrung, während des Winters dick und rund schlafen. Alle Achtung vor den Bestrebungen, eine Erleichterung der Jugend durch körperliche Übungen zu erzielen — in heutiger Zeit jedoch könnte eine kleine Verminderung dieser Übungen für das Gedeihen der Kinder nur von Vorteil sein. Schließlich und endlich hätte jede Mutter das zu sorgen, daß ihr Kind nicht friert, — wenn sie nichts anderes hat, soll sie es — drastisch gesprochen — in Zeitungspapier einwickeln, ehe sie ihm Kleider und Stiefel anzieht. Wärme ist ebenso notwendig wie Nahrung und Schlaf.

Professor Langstein wandte sich dann der Besprechung der Kriegskinderkrankheiten und ihrer Verhütung zu und verneinte die Frage, daß wegen der schlechteren Ernährung der Mütter schwächlichere und kränklichere Kinder geboren worden seien. Das

| | |
|-------------------------|----------|
| monatlich | R. 3.— |
| vierteljährig | R. 8.80 |
| halbjährig | R. 17.60 |
| ganzzjährig | R. 35.20 |

| | |
|-------------------------|---------|
| vierteljährig | R. 15.— |
|-------------------------|---------|

| | |
|----------------------------------|----------------|
| „Illustrierten Sonntags-Beilage“ | |
| monatlich | 20 Heller mehr |

Westungarische

2. Veste.

liener ihrer eigenen
i Biabe.
verhaftet.

ausgeliefert. Und er hat auch keine Kohle und kein Licht, der Winter aber steht vor der Tür.

Das gilt von der Millionenstadt. Aber es ist auf dem Lande oder in kleineren Städten nicht anders, überall dort, wo man sich nicht durch Selbsterzeugung erhalten kann, grinst die Not einem entgegen. Deutschböhmen ist solch ein trages Beispiel. Es ist industrialisiert, erzeugt wenig Bodenfrüchte, ist aber durch die Heranziehung von Industriearbeitern reichlich überbevölkert. Und sein äußerster Rand, das Erzgebirge, ist ein altes Hungerland. Die Weber, die dort leben, sind ja berühmte Glendstinder. Diese Gebiete können nur von reichlicher Zufuhr leben und diese hat auch in friedlichen Zeiten nie versagt. Jetzt aber versagt sie schon lange, obwohl das tschechische Gebiet Böhmens, das mehr auf landwirtschaftlicher Organisation beruht, an Uebersproduktion leidet und auf Ausfuhr angewiesen ist. Der Ausgleich zwischen den beiden Gebieten war im Frieden ein selbstverständlicher, ein beiden Teilen willkommen. Er hat aber nahezu ganz aufgehört. Jedenfalls ist er empfindlich gestört, man sagt den Tschechen nach, daß sie nichts hergeben, daß alles mit Gewalt requiriert werden müßte und das gelänge nicht immer. Sie versagen nicht nur ihre Mitwirkung bei der Zeichnung der Kriegsanleihe, sie versagen auch in der Abgabe ihrer Bodenprodukte an die anderen Bewohner des Landes. Lassen wir die Gründe beiseite, die Tatsache steht fest. Und seit dem Februar d. J. schon werden Hungerzustände in mehreren deutschen Bezirken Nordböhmens festgestellt. Die sachwissenschaftlichen Kreise nennen die Krankheit, die dort auftritt, Hungerwödem und es ist in Oesterreich jetzt eine Kommission des Obersten Sanitätsrates am Werke, diese Erscheinung zu bekämpfen.

Auch ihr sachlicher Bericht verdient höchste Aufmerksamkeit. Die Fälle des Hungerwödems zählen nach vielen Tausenden, die Sterblichkeit steigt überall. In der berühmten Leinwandstadt Rumburg, wo die Sterblichkeit früher 35 Prozent betrug, ist sie um mehr als 50 Prozent gestiegen, heißt es in diesem Bericht. Wenn wir recht verstehen, so sterben jetzt also von 100 Personen mehr als 85! Das steht schwarz auf weiß da und fällt nur eine Peile, ohne daß auf ihren grauenhaften Inhalt besonders hingewiesen wäre.

Und die Kommission stellt auch fest, daß der Hungerwödem im Frühling sich vermindert, zur Erntzeit abzulauen begann und jetzt wieder steigt. Die Krankheit hängt also genau zusammen mit der natürlichen Ernährungsweise von Gemüse und Feldfrüchten und hält Schritt mit dem

Grünste Fragen.

Wir leiden in Ungarn unter der fabelhaftesten Teuerung wie nur irgend ein am Kriege beteiligter Staat, der Lebensmittelwucher der Kriegshänen hat hier ein ebenso fetten Boden als anderswo und die Verwaltung des Landes und der Städte ist um kein Haar besser als in den uns befreundeten Staaten. Es ist oben alles auf den Kopf gestellt, der normale Apparat funktioniert nicht, er ist den außerordentlichen Erfordernissen der Zeit nicht gewachsen.

Die Not aber steigt. Wir sehen es namentlich auswärts. Es ist kürzlich in Wien festgestellt worden, offiziell, in einem Bericht der Gemeinde, daß die Sterblichkeit unter den armen alten Leuten um 50 Prozent zugenommen habe, namentlich unter denen, die in die Versorgungshäuser der Bürgerschaft aufgenommen werden. Die in diesen Häusern seit Jahren Ekstasen, die von der Gemeinde während des ganzen Krieges ernährt wurden, halten noch durch, die aber, die neu hinzukommen, sterben alle dahin. Sie kommen so unterernährt, so verkrüppelt an, daß man in der Regel nur noch für ein Grab zu sorgen habe.

Damit ist eine statistische Feststellung gegeben über den Hungerzustand in den ärmeren Schichten der Wiener Bevölkerung. Und die Friedhofsverwaltungen bestätigen auch sonst eine allgemein erhöhte Sterblichkeitsziffer. Dieses Sterben aber hängt viel weniger zusammen mit dem Mangel an Lebensmitteln als dem wahnsinnigen Wucher, der mit allem Ekstasen getrieben wird. Für die, die genügend Geld haben, ist noch immer alles anzutreiben, der Arme aber ist dem Hunger

Die Säuglingspflegerin.

Ein Aumbgang von Max Winter.

Seit April dieses Jahres hat der Verband der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs auch eine besondere **Wöchnerinnenunterstützung** eingeführt. Die Mütter erhalten vom Tage der Entbindung an durch sechs Wochen das anderthalbfache und durch weitere sechs Wochen das halbe Krankengeld; dieses als **Stillprämie**. Es ist eine nützliche Erziehungs- und Erhaltungssache, die da geleistet wird. Diese Einführung machte aber auch die Schaffung einer anderen Einrichtung nötig: es mußten Pflegerinnen bestellt werden. Eine neue Einrichtung, die organisch wachsen muß. Zunächst hatten diese Frauen eigentlich nichts zu tun, als zu sehen, ob die Mütter wirklich säugen. Insbesondere während der zweiten sechs Wochen wird das halbe Krankengeld nur als Preis dafür gegeben, daß die Mütter den Kindern die natürliche Nahrung zuwenden und sie dadurch lebenskräftiger machen. Aber schon die ersten Besuche zeigten, daß man es damit nicht genug sein lassen kann. Als die Pflegerinnen am Samstag der ersten Woche mit dem Kontrollinspektor Rat pflogen — das wurde seither als ständige Einrichtung beibehalten — da zeigte es sich schon, daß mit der **Überwachung des Säugens** allein nur der Anfang gemacht ist, daß diese Frauen, die alle als Säuglingspflegerinnen ausgebildet sind, ihrem Beruf bei jedem einzelnen Besuch auch tatsächlich obliegen müssen, daß ihr Ziel nur dann erreicht wird, wenn sie als **Erzieherinnen der Mütter**, als tatvolle Kämpferinnen gegen Irr- und Aberglauben in der Säuglingspflege, wenn sie als Helferinnen und Beraterinnen auch in den anderen Nöten der Frauen, die sie besuchen, auftreten können. Und die Wohl des Verbandes war eine so glückliche, daß er mit den sieben Pflegerinnen, die er augenblicklich in den Dienst dieser Sache gestellt hat, ein prächtiges Stück sozialer Erziehungsarbeit leisten kann. Heute überwachen diese Pflegerinnen nicht nur das Stillen, sie werden zu gern gesehenen Augen Freundinnen der Wöchnerinnen, mit denen unter Dach so unendlich viel Elend und Schmutz, Unverstand und Stumpfheit wohnt, daß es schier zum Verzweifeln wäre, zeigte sich nicht da und dort der Erfolg des Eingreifens und gäbe es neben den vielen ganz verelendeten nicht doch auch prächtige Mütter, die dem Mutterinstinkt, der Mutterliebe auch den Willen beigegeben, alle die tausend Widrigkeiten zu bestreiten, die heute das Leben aller dieser unter dem Dual der Schöte gebornen Kinder bedroht. In solchen Lichtblicken findet die Säuglingspflegerin Lohn und für Augenblicke der Verzweiflung neue Stärkung.

Eine solche Pflegerin auf ihren Gängen zu begleiten, dazu bot sich dieser Tage Gelegenheit. Es waren Stunden reichster Einsicht in das, was ist, was der Krieg aus uns gemacht hat und was not tut.

Das ledige Kind mit gutem Vater. In der Mehrzahl sind es ledige Mütter, die diese und wohl auch die anderen Pflegerinnen zu beraten haben. Einer solchen gilt auch unser erster Besuch. Zinsburg, Zweiter Stod. In der Grenze Rudolfsheims und Siegingss, fernab von dem Gieking der Reichen, wo der Professor, der Haus-

arzt, die Hebamme und die Berufskrankenspflegerin neben der Mutter oder Schwester oder Tante zusammenwirken, soll ein neuer Sproßling der Familie geschenkt werden, wo alle Behelfe zur Hand sind, aller Rat und alle menschliche Hilfe, oder wo, was noch klüger ist, das Sanatorium die Wöchnerin aufnimmt. Der Gieherehilfsarbeiter, dessen „Wohnung“ wir betreten — eine einseitige Kammer —, mußte seine Lebensgefährtin, die in derselben Gieherei wie er arbeitete, was sehr **vernünftig** war, auf die Gebärtsklinik schicken. Dort kam sie nieder, wohl gepflegt, und nach acht Tagen mußte sie für sich und das Kind den Kampf ums Leben aufnehmen. Er ist kein leichter.

Wir treffen die junge Mutter schon auf der Stiege. Eben will sie forspringen, um aus der Kriegsküche die fünf Zupfeisen und vier Suppen zu holen, die ihrem Manne und ihr den Magen füllen, ihr die Mutterkraft, ihm die Gieherkraft geben sollen. Erst am Abend locht sie. Auf dem Fensterbrett liegen schon die „Suppenbaner“ und das Grünzeug für das Nachtmahl; dazu gibt es einige Kartoffeln und etwas Gemüse, wenn welches mittags übrig blieb.

Kaltig, bedrängt durch die Kürze der Zeit, gibt sie der Pflegerin rasch die Aufschlüsse. Das Kinderl hat einen Ausschlag. Aber nur im Gesicht. Sein Körper ist weiß — berichtet sie und sie verspricht, sofort zum Arzt zu gehen, wenn der Ausschlag weiter greifen sollte. Die Handlein hat sie dem vier Wochen alten Menschenlein eingebunden, auf daß es sich nicht das Gesicht auftragen könne. Die Nahrungsaufnahme ist regelmäßig, der Stuhl gut.

„Nicht grün?“ fragt die Pflegerin.

„Nein, ganz normal.“

„Nur achtgeben!“

Frau Martha war schon vier Wochen vor der Entbindung daheim.

„Wovon haben Sie denn da gelebt?“

„Was mein Verehrer verdient. 30, 40 Kronen gibt er mir jede Woche. Er verdient 46 etwa. Ein paar Kronen behält er sich. Er weiß es, wenn man heute in der Früh einen Fünser in die Hand nimmt, so bleibt einem nichts.“

„Halten Sie das Kind genug warm?“

„Ja, ich tue alles, was ich kann. Es ist so schrecklich schwer. Keine Kohlen krieg' ich. Zwanzig Kilo in der Woche. Was ist das? Jetzt soll ich Windeln waschen, kochen, lüften. Ich muß mit Holz heizen. Ein Kilo zwanzig Kreuzer. In der Nacht brauche ich es warm. Und nirgends krieg' ich was. Einen Liter Milch hab' ich im Tag, das ist noch das Beste. Aber auch der kostet achtzig Heller.“

Der Kleine wird unruhig und sie will ihm den Rutscher geben. Hautschulter f a g. Einen schmierigen Fegen will sie hineinklopfen.

„Er kriegt zu viel Luft durch den Rutscher, das muß ich verstopfen.“

„Aber doch nicht mit diesem Fegen?“

„Ich hab' nichts anderes.“

Dann nimmt sie doch eine reine Windel vom Stride, der über dem Ofen gespannt ist, und stopft diese in den Hohlraum des Rutschers.

„Kein Leinenzeug mehr hat man. Alles weg!“

„Ich weiß es, wie schlecht es geht.“ Hilft ihr die Pflegerin, die Windel ist ganz gut dazu, die ist rein.

Alle Frauen haben jetzt eine fürchterliche Plage. Wie ist es denn mit dem Anstellen? Werden Sie jetzt schon vorgelassen?

Manchmal. Aber erst gestern hat mir der Bachmann g'lagt: „Das is a Schmach. Das kann man glauben und auch nicht.“ wie ich ihm meine Zusagkarte zeig' hab'.“

Was bekommen Sie jetzt an Zubuße außer der Milch?

„Eigentlich nur Saffereis. Ein halbes Kilo in der Woche. Aber gestern hab' ich nur 20 Deka kriegt statt einem halben Kilo. Kohlen sollten wir bekommen. Um 1 Gulden 20 Kreuzer hab' ich gestern Holz gekauft. Und Petroleum, einen halben Liter in der Woche. Wenn ich in der Nacht auf muß, hab' ich dann kein Licht. Und keine Zündhölzer. Um alles muß man kämpfen.“

„Wieviel erhalten Sie von der Krankenkasse?“

„Das anderthalbfache Krankengeld, jetzt 25 Kronen 20 Heller.“

„Das läuft noch zwei Wochen.“ ergänzt die Pflegerin, dann sind es nur etwas über acht Kronen durch weitere sechs Wochen.“

„Werden Sie dann wieder in die Arbeit gehen?“

„Nur wenn es zum Äußersten kommt. Mein Verehrer will haben, ich soll so lang als möglich beim Kind bleiben. Daß nur dem nichts geschieht.“

Und voll Glück beugt sie sich über den Wurm mit den roten Flecken im Gesicht, der Herr ist in diesem kleinen Reich.

Eine Kriegswehe. Er war Bäcker und Zudekbäcker, sie Arbeiterin. Im Februar haben sie geheiratet. 1915 war er eingerückt. Neun Monate lang. Auch im Felde war er. Dann wurde der schwache Mensch superarbitriert. Er arbeitete und sparte. Da er 1600 Kronen beisammen hatte, heiratete er. Raum begann sie den Hausstand aufzurichten, als die neuerliche Musterung und Einrückung kam. Nun ist er im Militärverpflegungsmagazin und die Frau sitzt daheim in dem großen, kalten, leeren Zimmer das um so größer und kälter erscheint, je leerer es ist. Ein Wohnzimmer. Der grüne Brettelvorhang ist herabgelassen. Doppelt dicker erscheint der Raum, aber er ist hell genug, um das Elend zu zeigen. Der Raum ist ungeheizt. Der kleine eiserne Ofen ist kalt. Im Bett liegt der Säugling in seinem Bad. Das Bett ist ohne Wäsche. Kein Leintuch, keine Polster. Nur ein Keilpolster liegt am Kopfende. Es ist das Bett der Familie. Außer ihm und dem Ofen ist überhaupt nichts im Zimmer. Die steckengebliebene Einrichtung eines Proletarierhaushalts. „Ja, wenn er noch im Jürl wäre, dann wär uns nicht bang.“ Eben sagt es die Frau, da kommt der Kleine, anscheinend inbertulöse Soldat herein und gibt weitere Aufschlüsse. Er ist und schlägt zu Hause und bekommt infolge dessen alle zehn Tage 24 Kronen Menagegeld und Löhmung. Da die Wohnung an der Westgrenze der Stadt, das Verpflegungsmagazin aber im Nordviertel liegt, muß er viermal des Tages mit der Straßenbahn fahren. Unter **Einrechnung des billigen Fahrpreises** sind das täglich

82 Heller, und will er ein warmes Frühstück haben, muß er ins Kaffeehaus gehen, sind 30 Heller täglich, zusammen 112 Kronen, und 240 Kronen erhält er nur täglich. Mit dem Reste muß ihm die Frau alle Mahlzeiten bestreiten, mittags und abends um 128 Kronen. Sie erhält 120 Kronen Unterhaltsbeitrag, 12 Kronen von der Kriegsspatenschaft und augenblicklich noch durch fünf Wochen die Stillprämie der Krankenkasse, 13 Kronen für vierzehn Tage. Alles in allem etwa 160 Kronen monatlich, die bleiben ihr zum Leben. Miete und Zubuße des Mannes decken sich. Das sind fünf Kronen täglich. Es bleibt nur ein Weg, daß die Frau trachtet, so rasch als möglich Arbeit zu finden, damit sie auch noch Lohn heimbringt, sonst ist das Dasein aller drei in Frage.

Aber wohin mit dem Kinde? Es ist erst sieben Wochen alt. Erst mit drei Monaten nehmen sie das Kleine in der Kriegsküche Gieking, falls eines der neun Säuglingsbetischen, die nun in dem einstigen Selcherladen stehen, dann auch frei ist. Noch lange fünf Wochen stehen vor ihnen. Zum Versehen ist nichts mehr da. Was sie hatten, ist schon verfehlt. Die wenige Wäsche und der Schmutz, 160 Kronen.

Eine Hoffnung hat er. Nach den 1. Jänner soll es besser werden. Da soll er vom Militärverpflegungsmagazin, als wöchentliche Zubuße 200 Gramm Mehl, 366 Gramm Zucker und 16 Gramm Kaffee erhalten. Er glaubt es und hofft jetzt sind sie schon drei Wochen ohne Zucker. Die Saffereiszubuße beträgt nur ein halbes Kiloogramm, die Milch kostet 80 Heller. Von einem Selbeingang zum anderen müssen sie leben. Immer von der Hand in den Mund. Nicht der geringste Vorrat ist da. Keine Kohlen, kein Holz, kein Petroleum.

Sie denken hin und her, wie es ginge. Eine Kostfrau hätten sie, die verlangt aber 70 Kronen im Monat für das Kleine. Zehn Kronen müßten sie draufzahlen. Woher nehmen?

„Wenn nur der Krieg schon aus wäre, der versuchte Krieg, der uns so um alles bringt.“

Der Frau entringt sich dieser Stoßseufzer.

Die Pflegerin aber weist sie auf die Kriegsküche hin. Bitterkeit geht es doch, daß sie das Kleine dort früher unterbringen. Dort zahlen Sie täglich nur 50 Heller und Sie können mittags das Kind stillen kommen. Tagsüber können Sie es dort lassen.“

Wieder eine Hoffnung. Aber bis sie erfüllt werden kann, können Säugling und Mutter längst dem Hunger verfallen sein. Steht die Säuglingspflegerin vor solchen Bildern, dann weiß sie, wie schwer es zu raten und zu helfen ist. Das Zimmer ist dumpf und ungelüftet.

„Fenster auf!“ möchte man rufen. Luft und Licht herein! Aber zu nahe ist gegenüber die Mauer und in dieser Fenster, und hinter den Fenstern Augen, die bis ins Innerste dieses Jammers schauen könnten. Das Kriegsheerpaar schämt sich seiner Armut. Darum sind die Brettelvorhänge herunter und darum muß der Säugling des Lichts entbehren.

„Geben Sie nicht etwas Organtin oder Tüll oder sonst ein leichtes Gewebe als Fenstervorhang?“

„Nichts.“

Die Suche nach dem Vater. Die letzten beiden Mütter, die wir aufsuchen, sind sehr verschiedener Natur. Die 26jährige Tischlerin, die der Ruf, daß in Wien in Fabriken viel zu verdienen ist, aus dem ländlichen Dienste nach Wien gelockt hat, hat im Kino einen Tischler namens Josef Schmidt kennen gelernt. Daß er irgenbwo am Neubau wohnt oder arbeitet, hat sie auch gewußt und weiß sie noch heute, mehr aber nicht. Seit März hat sich Schmidt nicht mehr anschauen lassen. Sie hat seither weiter in der Fabrik gearbeitet, auf einer Küche gewohnt, dann entbunden und nun ist ihr Säugling einer Quartierfrau anvertraut, die ein sehr gut genährtes eigenes Kind hat, auch dieses säugend und verwahrt wie das ganze „Heim“ dieses Eingewanderten, der bei einer Arbeiterabteilung Dienst machen muß, die aber dem Balg der anderen, bei der künstlichen Ernährung, nicht helfen kann. Schwer, in kurzen Stößen atmend, liegt der Säugling mitten unter altem Gelump auf dem Divan. Seine Augen liegen tief. Ohne Wusch, ohne Laut. Der Bullerersack mit der großen Öffnung entloh das Kind des Muth, kräftig zu saugen. Die Milch rann ihm nur hinein. So wollte es bei der Brust nie recht anpacken und jetzt hat es das Saugen ganz verlernt. Abgestumpft hält es die Mutter im Arm. Die Stillprämie muß ihr nun eingestellt werden. Sie stillt das Kind nicht mehr. Auch das bringt sie nicht aus dem Gleichgewicht. So wenig wie die Fragen nach dem Vater.

Wir können Ihnen vielleicht helfen, den Vater zu finden, wenn Sie uns Angaben machen. War der Vater auch ein Tischler?

„Ja, auch böhmisch, aus Mähren.“

„Wo hat er gearbeitet?“

„Das hab' ich mir nicht gemerkt.“

„Wo hat er in Wien gewohnt?“

„Das weiß ich nicht.“

Die Quartierfrau erzählt, daß schon jemand von der Berufsvermittlungsdienst dagesessen sei und alles so gefragt habe, aber sie hat nicht mehr gewußt. Sie begreift nicht, worum es geht, und zahlt alles selbst: 240 Kronen wöchentlich für das Bett in der fensterlosen Küche, 6 Kronen wöchentlich für die Aufsicht und Pflege des Säuglings in der dumpfen, schrecklich angeräumten, stinkigen Kammer und die Milch muß sie auch herbeischaffen und zahlen und Kohlen ebenso und Petroleum.

Ganz anders die andere Mutter, die 42 Jahre alt ist. Ein alt gewordenes Dienstmädchen, das nach Freiheit lästern wurde und in die Fabrik ging. Wir treffen sie voll Aufregung. Eben hat eine Arbeitskollegin den reformmandierten Brief in ein Dorf geschrieben, wo er verheiratet sein soll. Ein Soldat, alter Landsturm, hatte sich an sie herangemacht. Ein Witwer, wie ihre freundliche Arbeitskollegin sagte, und hat der braven Frau vorgegaukelt, wie gut sie es an seiner Seite haben werde, und nach dreizehn Jahren Mannlosigkeit hatte sie wieder einmal einem geglaubt. Dann war er verschwunden. Nun sieht sie da. Aber heute ist sie in fiebernder Aufregung. Sie hat die erste Spur von ihm entdeckt. Er ist verheiratet und soll in Böhmen in einem kleinen Städtchen hausen. Hat sie seinen Aufenthalt, dann wird die städtische Berufsvermittlungsdienst das weitere besorgen. Ihr Kind hält sie sehr

gut und voll Liebe und voller Opferwilligkeit. Sie säugt es noch, Früh, mittags und abends. Die Zwischenmahlzeiten erhält das Kind künstlich von einer Nachbarin, der sie acht Kronen wöchentlich für die Betreuung zahlt. Diese auch eine geplagte Haut. Der Kampf um die Kohlen bringt sie ganz herunter. Zwei Kronen kosten zwanzig Kiloogramm Kohlen und sechs Stunden Anstellen und eine Krone Aufsichtsgeld für eine alte Frau, die bei den Kindern bleibt. Die Frau hat selber ihre drei und dazu den Säugling.

Eine Kerze, in ein „Andentenhäferl“ gesteckt, erweuchtet indirekt den Raum der Wöchnerin, eine Kammer mit indirektem Licht — Fenster auf den Gang —, sie weint und weint. Au tief sitzt in ihr die Kränkung über

Sie übertreffen selbst die höchsten Erwartungen des Rauchers.



Kinderhandel!

Sine, die Gutsbesitzerin werden will.

Unsere Aufklärungen über den schamlosen Handel, bei dem Leute gegen Empfang einer bestimmten Geldsumme Kinder suchen, haben begreifliches Aufsehen erregt. Es scheint aber, als wollten viele Leser die Geschichte von der Frau Strahulec als seltenen Ausnahmefall betrachten und sich gegen den Gedanken fröhnen, daß diese Scheußlichkeiten wirklich ein System darstellen. Diese unsere traurige Anklage zu stützen, bedarf es nur einer Kleinigkeit: den erstbesten und besten Fall heranzuziehen. Im Kleinen Anzeiger des „N. W. Tagbl.“ findet man rasch genug Seitenstücke zu der nach 6000 Kronen lusternen Schürstergattin. Indem man z. B. hinter die Kulissen folgender Anzeige leuchtet:

Kind diskreter Geburt
wird als eigen gegen 8000 bis 10.000 Kronen Abfertigung angenommen. M. Fischer, Wiedner Hauptstraße 40.

Für Frau Marie Fischer, Besitzerin einer kleinen Feinkosthandlung, hatte ihre an Kinderverkäufer ergangene freundliche Einladung fürs erste den erwünschten Erfolg, daß sich sehr viele Leute meldeten, weiters jedoch den unerwünschten, daß auch solche darunter waren, denen es nicht so sehr am Herzen lag, eine diskrete „Schande“ zuzubeden, als vielmehr die Schande solchen Menschentums aufzubeden; Menschenfreunde, die uns ihre bei Frau Fischer gewonnenen Eindrücke nun zur Verfügung stellen.

Zunächst einige Personenangaben über die kindersehnsüchtige Frau. Marie Fischer war früher in Graz wohnhaft und eröffnete vor vier Monaten in Wien, Wiedner Hauptstraße, eine neue, kleine Feinkosthandlung, die sie allein, ohne Hilfskräfte, führt. Die Frau ist verheiratet. Sie weiß sich auch bei unerwarteten Kreuz- und Querfragen — die bei Erkundigungen über ihre mütterlichen Absichten unvermeidlich sind — ihren kalten, schlauen Blick zu bewahren. Ihr Mann betätigt sich als Zuschneider bei einer Schneiderei in der Innern Stadt. Über die Ehe wollen wir nicht reden, obwohl in diesem Falle ein Einbild in diesen Teil des Privatlebens seine besondere ethische Berechtigung hätte; kommt es doch vor allem darauf an, in welches Erbreich ein solch armes Kind eingepflanzt werden soll. Genug, wir sprechen dem Ehepaar Fischer jede Eignung zur Kindererziehung ab. Aus erster Ehe des Mannes sind zwei erwachsene, derzeit eingerückte Söhne da; durch einen Überschuß an Liebe seitens der Mutter sind die jungen Leute nie verwöhnt worden. Das Feinkostgeschäft wirkt nur bescheidenen Ertrag ab; wie auch anders, da ein größerer Warenvorrat mangelt und die Hauptartikel, Salami, Butter und Käse, so schwer erhältlich sind. Bis jetzt mußte Frau Fischer ihren Bedarf in barem becken, und in kaufmännischen Kreisen wird ihr nicht einmal ein Kredit von 3000 Kronen zugebilligt. Sie lebt auch dementsprechend mehr als einfach; in einem gemieteten Zimmer, dessen Möbel nicht einmal ihr gehören, während ein Teil der Wohnung von einem anderen Untermieter besetzt ist. Natürlich ist sie, als Geschäftsfrau, fast nie zu Hause. Und das möchte ein kleines Kind als eigen annehmen!

Ein Menschenfreund antwortete auf die Anzeige und gab seine Anschrift bekannt. Daraufhin erschien Frau Fischer bei ihm und sagte, sie wolle das Kind ohneweiters annehmen, aber nur unter der Bedingung, daß ihr die 10.000 Kronen bar auf die Hand gegeben werden. Die Frau hat ihn während der langen Unterredung auch nicht ein einziges Mal gefragt, ob das Kind schön oder häßlich, reinlich oder schmutzig, gesund oder krank, aufgeweckt oder geistig zurückgeblieben ist, was eine Kofisrau immer fragt, wenn sie ein Kind in Pflege nimmt. Nur um eines drehte sich ihr Gespräch: um die 10.000 Kronen. Besonderen Verdacht erweckte es bereits diesem Herrn, daß Frau Fischer

Ankündigungen unter verschiedener Deckanschrift.

vornimmt, da z. B. eine ähnliche Ankündigung einer gewissen Wetti Koskops, wie sich später ergab, gleichfalls von Frau Fischer stammte. Entweder waren die Fischer und die Koskops ein und dieselbe Person oder sie spielten unter einer Decke. Das Rästel war bald gelöst, es bedurfte dazu nur des Besuches einer Dame, die „das Kind einer Schwester bei Frau Koskops versorgen“ wollte. Die Ankündigung, die dazu den Anstoß gab, stand — wo denn sonst? — im „Neuen Wiener Tagblatt“ und lautete:

Kind diskreter Geburt
wird als eigen gegen 10.000 Kronen Abfertigung angenommen. Das Geld ist von den Eltern des Kindes zu legen. Wrieße zu richten an Wetti Koskops, Wiedner Hauptstraße 37.

Die Koskops hatte also die Forderung bereits mit 10.000 Kronen „limitiert“. Die Koskops? Wie das? Die hatte doch die gleiche Anschrift wie Frau Fischer, die im Hause Nr. 37 wohnt. Gewiß, denn sie ist das einstmalige Dienstmädchen dieser Frau; wer sie also aufsucht, wird von der erstaunten Hausbesorgerin ins Geschäft der Fischer gewiesen. So war es auch der Dame ergangen, deren Eindruck das Bild der Fischer wirkungsvoll ergänzen. Die Besucherin hörte dort, das Kind sei eigentlich für die Fischer bestimmt; die Deckanschrift sei gewählt worden, weil so viele Leute mit Kindern gekommen seien und der Fischer schon wegen der Nachbarschaft das Aufsehen lästig geworden sei. Und nun lassen wir der Besucherin das Wort: „Meine Bemerkung, daß sich um das Kind niemand kümmern werde, machte die Fischer gesprächig. Sie erzählte mir, sie habe die Absicht, für eine Besichtigung zu kaufen (1), da sie aber über so viel Geld nicht verfüge, wolle sie die 10.000 Kronen, die das Kind als Abfertigung bekomme, mit verwenden. (1) Sie könne sich dafür auf eine ratenweise Zahlung absolut nicht einlassen. Der Anteil an dem Besitz würde auf den Namen des Kindes geschrieben, so daß das Kind mit 24 Jahren das Geld erhalten könne. Bei all diesen Angeboten und Reden wußte die Frau noch immer nicht, ob es sich um einen Knaben oder ein Mädchen handelte und war daher etwas verblüfft, als sie gefragt wurde, woher sie denn das Geld zur Kindererziehung nehmen wolle. Darum sei ihr ein Mädel auch lieber, meinte sie obenhin, das braucht nichts zu lernen (1), die wird auf's Land gebracht und dort „häuslich“ erzogen. Zu all dem stellte die Frau die förmliche Bedingung, daß niemand das Kind besuchen dürfe. — Armes, wehrloses Geschöpf! Selbst wenn sich sein Schicksal so gestalten würde, wie es die Fischer darstellt, und nicht noch viel trauriger — es wäre schlimm genug. Wird das Kind von dem Gelde je erfahren? Wie wird es mit der Rückgabe aussehen, da sich „niemand drum kümmern“ darf? Überlassen wir die Schlußfolgerungen dem Leser. Das Geld ist alles, das Kind weniger als Nebensache. Daß der schmähliche Handel nicht anders ausgeführt wird, als irgend ein anderes Warengeschäft, das beweist übrigens auch die unglaubliche Tatsache:

Die Helferin soll Provision erhalten.

Gewisse Erfahrungen machten, daß die Fischer inzwischen ihre Taktik geändert hat; sie schickt alle gerademwegs oder auf Umwegen zur Wetti Koskops. Die hat dann die Aufgabe, zu „lieben“, d. h. nur die ernstesten Fälle an Frau Fischer rückzuleiten. Es kamen nämlich — welch ein furchtbares Zeichen der Zeit! — scharnweisse Mütter mit Kindern zur Fischer, in der Meinung, sie würden von der Fischer 10.000 Kronen für ein Kind erhalten, und da wollten sie eben in diesen schweren Tagen die Kinder verkaufen! Die nahen Hungerleider waren natürlich rascher draußen, als sie hineingekommen waren, und nun sonderte die „Filiale Koskops“ die Spreu vom Weizen. Um es vorweg zu sagen: Wetti Koskops, die heute bei einer Hausbesorgerin in der Artekubergasse wohnt, scheint an der ganzen Sache unschuldig. Ein feilsches, ehrliches Ding mit einem offenen Gesicht, sagt sie nur Auskünfte herunter. Aus gutmütiger Gefälligkeit hat sie sich zu dieser Rolle hergegeben, bereut es heute schon und tut nur widerwillig mit, trotzdem ihr Frau Fischer für ein eingehandeltes Kind eine größere Provision versprochen hat! Sie möchte auf solche Provision verzichten, auf der kein Segen ruht; mehr als das, sie verdirbt sich selbst das Geschäft, indem sie, erst zögernd, dann ganz rückhaltlos die Absichten der Frau Fischer beim richtigen Namen nennt und vor Auslieferung eines Kindes geradewegs warnt. Und wie ist sie von der Fischer mißbraucht worden: als Auskunftsstelle, als Postlagerstelle, wie viele Briefwechsel mußte sie führen, wie oft den Namen wechseln, wie vielerlei Verufe fälschlich angeben! Nur damit dem Traum von der Villa Erfüllung werde. Denn eine Villa, ein Landhüs, das ist die feste Idee dieser kleinen, bescheidenen Feinkosthändlerin und diesem Traum zuliebe soll ein Kinderschicksal geopfert werden!

Dieser Fall ist abermals „einer von vielen“. Wir aber rufen unsere Leser zur Mitarbeit, zum Kampfe gegen den Kinderhandel auf. Wer eine solche Ankündigung liest, gebe der Sache nach, die selbstverständlich eigentlich Sache der behördlichen Überwachung sein müßte. Es ist beschämend, daß die Polizei solch freiwilliger Mitarbeit nicht entraten kann, aber was an uns liegt, soll geschehen. Vor allem durch Säuberung der Zeitungen von solchen Kuppelleien. Jedem der gewissenlosen Menschen, der fernhin noch eine solche Anzeige wagt, möge bei jedem Besuche, jeder Anfrage das Gefühl der Unsicherheit und Bangigkeit überkommen, ob nicht etwa ein Mitarbeiter des „Abend“ —

„Material“ sammle. So wollen wir diese Anzeigen zum Verschwinden bringen und damit dem Kinderhandel sein wichtiges Werkzeug zerbrechen und ihn um seine gewissenlosen Helfershelfer in der Presse zu bringen suchen. Gr.

Gesundheitsfürsorge für die gewerbliche Jugend Wiens.

Von Gemeinderat Karl Rummelhardt.

Ueber Anregung der Lehrlingsfürsorgekommission hat der Fortbildungsschulrat Wien eine durchgreifende Reform des schulärztlichen Dienstes an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen vorgenommen, die einen großen Fortschritt auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für die erwerbende Jugend bedeutet. Während bis jetzt nur etwa 30% der Schüler und Schülerinnen an gewerblichen Fortbildungsschulen einer Untersuchung durch die Schulärzte und Schulärztinnen unterzogen wurden, werden mit Beginn des Schuljahres 1917/18 alle Lehrlinge und Lehrlingmädchen in Wien, welche gewerbliche Fortbildungsschulen besuchen, ärztlich untersucht. Es findet im Laufe eines jeden Schuljahres, namentlich aber zu Beginn eines solchen, an sämtlichen öffentlichen allgemein gewerblichen und sachlichen Fortbildungsschulen eine Besichtigung der Schüler und Schülerinnen durch die Schulärzte, bezw. Schulärztinnen statt, welche die Feststellung der besonders Untersuchungsbedürftigen zum Zwecke hat. Die Besichtigungen werden in den Turnsälen oder in anderweitig geeigneten Räumen des Schulhauses in Gegenwart der Leiter, bezw. Leiterinnen vorgenommen. Sodann werden die besonders Untersuchungsbedürftigen im Hause des Fortbildungsschulrates VI, Mollardgasse 87, neu errichteten ärztlichen Zentraluntersuchungs- und Beratungsstellen für Lehrlinge und Lehrlingmädchen zugewiesen. Dort amtiert auch die ärztliche Zentraluntersuchungs- und Beratungsstelle für Lehrlingmädchen das ganze Jahr hindurch jeden Dienstag und Donnerstag von 5 bis 8 Uhr abends, die sämtlichen Lehrlingen und Lehrlingmädchen unentgeltlich zur Verfügung steht.

Bei diesen Untersuchungen wird seitens der Schulärzte und Schulärztinnen besonders auf die Symptome der Tuberkulose geachtet, und es werden nicht bloß jene Fälle von Tuberkulose verzeichnet, bei welchen es schon zu manifesten Veränderungen des Lungengewebes gekommen ist, sondern es wird zur Ermöglichung einer rechtzeitigen prophylaktischen Behandlung auch dem geringsten Krankheitsverdachte die nötige Aufmerksamkeit zugewendet und tuberkulose und tuberkuloseverdächtige Lehrlinge und Lehrlingmädchen werden behufs spezialärztlicher Untersuchung den Tuberkulosefürsorgestellen zugewiesen. Dies geschieht durch die „Bezirkszentrale für die Tuberkulosefürsorge im Wiener Rathaus“, der die durch die schulärztlichen Untersuchungen gemachten Feststellungen übermittelt werden. Leider muß jedoch bemerkt werden, daß es mit der Einrichtung der Tuberkulosefürsorgestellen nicht recht weiter geht; wohl bestehen einzelne bereits, allein die Anzahl entspricht keineswegs dem Bedarfe. Hoffentlich ergreift das neuerrichtete Ministerium für Volksgesundheit seine Aufgabe richtig und praktisch und trifft Vorsorge, daß den furchtbaren Volksfeinden in ihren verheerenden Wirkungen Einhalt getan wird. Das Land Niederösterreich und die Gemeinde Wien werden gewiß in dieser Beziehung ihre Pflicht erfüllen.

Die ärztlichen Zentraluntersuchungs- und Beratungsstellen des Fortbildungsschulrates werden ihre Hauptaufgabe darin sehen, bei der Feststellung der Tuberkulose, sei es im manifesten oder auch im latenten Stadium, mit der gebotenen Raschheit und mit aller Tatkraft auf eine entsprechende Behandlung zu dringen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die notwendige Anzahl von Tuberkulosefürsorgestellen vorhanden ist, da diesen außer der spezialärztlichen Untersuchung der Tuberkuloseverdächtigen, auch die Behandlung des latenten Prozesses und somit die Verhütung des Ausbruches der Krankheit, ferner die Behandlung der manifesten Tuberkulose zufällt.

Ferner sind die ärztlichen Untersuchungen an den Zentraluntersuchungs- und Beratungsstellen des Fortbildungsschulrates auch in den Dienst der Berufsbekanntmachung gestellt, nachdem alle Lehrlinge und Lehrlingmädchen, welche noch nicht aufgedungen, aber doch bereits zum Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet sind, ausnahmslos von den Schulärzten an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen auf ihre Tauglichkeit zu dem erwählten Gewerbe untersucht werden, so daß es möglich ist, bei Feststellung der physischen Nicht-eignung für ein Gewerbe dasselbe noch während der Probezeit, also vor der Aufdingung zu wechseln.

Außerdem können sich auch solche Jugendliche, welche erst in eine Lehre zu treten beabsichtigen, an die ärztlichen Zentraluntersuchungs- und Beratungsstellen des Fortbildungsschulrates wenden, um sich auf ihre Tauglichkeit zu einem bestimmten Gewerbe untersuchen zu lassen. Diese haben zu diesem Zwecke eine diesbezügliche Anweisung der Geschäftsstelle der Lehrlingsfürsorgekommission, Mollardgasse 87, oder einer der Berufs-

beratungsstellen und Lehrstellenvermittlungsstellen der Lehrlingsfürsorgekommission in den Ortsschulratskanzleien der einzelnen Wiener Gemeindebezirke vorzuweisen. Die Eltern, Lehrherren(frauen) und Vormünder (Vormünderinnen) der Lehrlinge (Lehrlingmädchen) sind berechtigt, der ärztlichen Untersuchung beizuwohnen. Medikamente werden bei diesen Beratungen weder vorgeschrieben noch verabreicht, ebenso werden keine operativen Eingriffe vorgenommen.

Um die Kenntnisse und Erfahrungen der Schulärzte an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen auf dem Gebiete der gewerblichen Berufsberatung zu vertiefen und zu erweitern, wurden vom Fortbildungsschulrate eigene Kurse für diese Schulärzte eingerichtet, die von dem Dozenten für soziale Medizin in Wien Herrn Dr. Ludwig Teleky abgehalten werden.

Im Rahmen des schulärztlichen Dienstes an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen wird auch ein ständiger ärztlicher Inspektionsdienst während der Unterrichtszeit für alle Lehrlinge und Lehrlingmädchen, welche die im Hause des Fortbildungsschulrates, Mollardgasse 87, untergebrachten gewerblichen Fortbildungsschulen besuchen, abgehalten.

Im Schuljahre 1917/18 wird auch der gewerbehygienische Unterricht wieder an 26 Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen, und zwar für Anstreicher, Bäcker, Bürstenbinder, Buchbinder, Chemischputzer, Drechsler, Elektrotechniker, Friseure, Installateure, Kleidermacher, Kunstblumenerzeuger, Kürschner, Maschinenschlosser, Mechaniker, Maschinenbauer, Metalldreher, Metallschleifer, Schlosser, Schuhmacher, Tapezierer, Tischler, Tischler, Bergolber, Wäschewarenhersteller, Zahntechniker und Zuckerbäcker nach einem ergänzten und erweiterten Lehrplane, den speziellen Bedürfnissen dieser Gewerbe entsprechend erteilt werden.

Außerdem wird der Fortbildungsschulrat die von ihm herausgegebenen „Tuberkulosenblätter“, „Alkoholmerckblätter“ und „Merckblätter für Zahnpflege“ an alle Wiener Lehrlinge und Lehrlingmädchen zur Verteilung bringen lassen. Die Tuberkulosenmerckblätter enthalten u. a. auch einen Hinweis auf die bestehenden Tuberkulosefürsorgestellen und die Art und Weise der Meldung bei denselben zum Zwecke einer spezialärztlichen Behandlung und weiteren Fürsorge.

Die bereits vom Fortbildungsschulrate im Vorjahre beschlossene Zahnklinik wird sogleich nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse eingerichtet werden.

Mit dieser Reform des schulärztlichen Dienstes und des gewerbehygienischen Unterrichtes an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen hofft der Fortbildungsschulrat, an dessen Spitze Bizebürgermeister Franz Hof steht, nicht nur die Gesundheit im allgemeinen, soweit dies durch die Schule möglich ist, zu schützen und zu erhalten; sondern auch die namentlich in der Jetztzeit so notwendige Bekämpfung der Tuberkulose wirkungsvoll zu unterstützen und die ärztliche Berufsberatung für Jugendliche, die in das Leben eintreten wollen, zu fördern. Daß dieser Zweck erreicht wird, dafür bürgt die ausgezeichnete Leitung des schulärztlichen Dienstes an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen durch k. k. Regierungsrat Dr. Mor Winter und städtischen Oberbezirksarzt Dr. Friedrich Wiesel.

(Bilder von der inneren Front.

Von Max Winter.

Ein Blick in die Sprechstunde der Arbeiter-Zeitung soll uns zeigen, wie notwendig wir den Frieden haben, wie gewissenlos das Geschwäg derer ist, die auch heute noch am liebsten vom Kriegsführen bis ans Ende sprechen. Die so reden, sie wissen nicht, wie nahe wir dem Ende sind — wenigstens an der inneren Front. Der Niederschlag einer einzigen Sprechstunde in der Arbeiter-Zeitung möge auch sie belehren.

Die Säuglingsfürsorgerin. Eine Säuglingsfürsorgerin des Verbandes der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs ist die erste, die sich mehrfachen Mal und wenn es möglich wäre, Einreisen erbittet: „Ginge es nicht, feuchte Wohnungen auszubезigen? Ich habe jetzt eine Wöchnerin, die schon vor Wochen eine Drüsenanschwellung zeigte. Die Wohnung ist feucht. Die Frau kann nicht ausziehen. Ich sagte es ihr gleich, daß ihr Zustand schlimmer werden muß, aber sie wehrte ab. Nun hat sie Gelenksrheumatismus. Vielleicht wäre es möglich, sie auf einige Tage zu Verwandten zu bringen und die Wohnung indes trocken zu heizen. Mit einem Kofsofen.“ Ein Einsatz, aus der Not geboren. Ob ein solches Ausheizen inmitten eines bewohnten Hauses möglich ist, ob es nützen könnte — darauf müßte der Techniker die Antwort geben. Die Pflegerin hat nur darin recht, daß man der Frau aus dieser Wohnung helfen muß, die ihr Leiden bis zur Un-erträglichkeit steigern kann. Sie kennt Wiens Not an Wohnungen, sie weiß, wie teuer eine Ausreise ist. Darum dieser Ausweg, der vielleicht die Hilfe für viele in ähnlicher Lage zeigt.

Der zweite Schützling der Pflegerin ist eine ledige Mutter. Lange wollte diese nicht mit der Wahrheit heraus, was es mit dem Vater sei. Sie hat keinen Unterhaltsbeitrag und wollte darum schon nach der dritten Woche nach der Entbindung wieder in die Arbeit gehen, obgleich sie damit das Säugen ihres Kindes hätte aufgeben oder so einschränken müssen, daß das Kleine in Gefahr gekommen wäre. Die Pflegerin riet ihr, sich einen Milchabgussapparat zu kaufen, um dem Kleinen neben der künstlichen Nahrung wenigstens einige Maßheiten Muttermilch durch das Fläschchen geben zu können. Da gestand die junge Mutter ihr Unvermögen und ihr Elend ein. Der Vater ist in Möllersdorf, ein jahnenflüchtiger Soldat. Er wollte in der Nähe der Wohnung sein, wenn die Mutter seines Kindes niedertam, er wollte ihr Geld schaffen für die Zeit, das war sein Verbrechen. Gewiß hat auch etwas Leichtsinns mitgespielt, aber nun doch Möllersdorf! Vor dem geistigen Auge wird die Mauer der Scheinstier lebendig, die ich vor einigen Monaten in Möllersdorf schauen konnte. Diese bis zum Skelett abgemagerten Sträflinge, die sich in der Julisonne in Kagen geküßt wärmten. Der Mutter ist aber mit düsteren Bildern nicht geholfen. Der Absaugeapparat könnte das Kind retten — der aber kostet Geld, und da Kinder jahnenflüchtiger Soldaten so wenig wie ihre Frauen einen Unterhaltsbeitrag erhalten, fehlt es an diesem Apparat und an so vielem anderen. Den sieben Pflegerinnen steht wohl seit dem Aufjag der Arbeiter-Zeitung über die Säuglingsfürsorge dank der Einsicht einer Frau ein monatlicher Hilfsfonds von 800 Kronen zur Verfügung; aber so viel auch damit geholfen werden kann, staatliche Unvernunft kann den Fonds nicht besiegen. Die staatliche Unvernunft aber strast die Kinder mit dem Verhungern, wenn der Vater gegen die Fahne gesündigt hat.

Und fast bei allen Wöchnerinnen ist immer wieder die Not an Wäsche, an Kleidung, an Wollfäden, an Schuhen eine so große, daß mit der Stillprämie allein alles Nötige nicht beschafft werden kann. Bei den Sammelstellen muß der, der sich Neues anschaffen will, das Alte abgeben. Was geschieht damit? Könnte man nicht diese Kleider und Schuhe ganz planmäßig mit Hilfe von kundigen Frauen ausbessern und so herichten, daß man sie dann wieder gegen billiges Geld an alle Bedürftigen abgeben könnte?

Und noch einen Fall habe ich, der mit diesem letzten Wunsch sehr zusammenhängt. Wir schauen in den Wohnungen auch natürlich nach allem anderen, nicht nur nach den Säuglingen. Da habe ich einen Mann beobachtet, der mir darum auffiel, weil er so genüßsam auf einem ganz schmalen Sofa schlief, das so kurz war, daß seine Beine fast vom Knie ab in der Luft baumelten. Das Bett ließ er der Frau und dem Säugling. Dieser Mann hatte im Herbst, da so viel nasses Wetter war, ganz zer-rissene Schuhe und er konnte sich keine ganzen schaffen. Jetzt hat er endlich Schuhe, aber auch einen Bronchial-latarrh und er muß auf diesem Sofa liegen. Wäre es nicht möglich, ihm ein Bett zu schaffen? Er ist krank, arbeitet und kann doch nie ausruhen.

Wir hungern. „Die Nächste!“ Zur Tür herein schiebt sich eine Frau, deren Alter zu bestimmen das

Elend nicht erlaubt. Diese Altersstürche hat der Krieg in ihr Antlitz gezeichnet. Nach dem Alter ihrer beiden Kinder, eines siebenjährigen Mädels und eines neunjährigen Bubens, muß sie noch nicht gar so alt sein. Die Sorge um diese treibt sie zu uns. Wir hungern. Ich bin nicht mehr imstande, das Nötigste nur für die Kinder herbeizuschaffen.

„Was ist es mit Ihrem Manne?“

Da legt sich schon ein leichter Flor über ihre Augen und mit tränenstimmendem Blick erzählt sie nun ihr ganzes Leid. Dort vor dem Ausbruch des Krieges mit Rumänien bekam sie die letzte Nachricht von ihm. Er war als Schlossergehilfe nach Bukarest gegangen, um dort mehr zu verdienen, und hat ihr regelmäßig Geld geschickt. Knapp vor Kriegsausbruch traf sie der letzte Brief aus der Strada Izvor 119 in Bukarest. Dann kamen die Nachrichten der Zeitungen über den ausgebrochenen Krieg und seither weiß die G-quälte nicht, ob er lebt, ob er irgendwo interniert oder irgend wohin verschleppt worden ist, alle Nachrichten sind abgeschnitten, seit Jahr und Tag erschollen. Zuständig ist die Frau nach Walachisch-Melentisch. Staatliche Hilfe hatte sie bis her keine. So sagt sie wenigstens. So ein Fall ist offenbar nicht vorgefallen!

Vermißt in Serbien. Ich bin die Frau des Stellners, der auch zu Ihnen immer heraufgekommen ist. Die Frau vom Smil.

„Was ist mit Ihrem Manne?“

„Mein Mann ist seit Kriegsbeginn eingezogen und seit dem Dezember 1914 in Serbien vermißt.“

„Und Sie haben gar keine Nachricht?“

„Keine. Und jetzt geht's nicht mehr weiter. Ich habe wohl sechs Kronen täglich Unterhaltsbeitrag für mich, für meine beiden, fünf und sieben Jahre alten Mädels, aber es ist unmöglich, damit zu leben. Es fehlt schon an allem, an Kleidern, an Schuhen und die Miete bringe ich nicht mehr auf. Hundert zehn Kronen im Viertel, ich weiß nicht, was aus uns werden soll.“

Die Kriegsverwilderung. Mich hat das Schrecklichste getroffen, was einen Vater treffen kann. Das treibt mich zu Ihnen. So fährt sich der Nächste, ein reisender Kau mann, ein. Ein alternder Mann. Mehr durch den Kummer als durch die Jahre scheint er gebeugt. Vier Söhne habe ich an der Front und der fünfte sitzt in Untersuchungs-haft. Er ist in schlechte Gesellschaft geraten. Ein sechzehn-jähriger Bub. Ich war auf der Reise, ich sah das Uebel nicht wachsen und dann hat er sich an fremdem Gut ver-griffen. Er hat einer Tante Sachen um 3000 Kronen gestohlen. Seit zwei Monaten beiläufig sitzt er in Haft und die Schwurgerichtsverhandlung gegen ihn kann erst Mitte Jänner stattfinden. Wie lange soll er noch in dieser „Hochschule“ bleiben? Glauben Sie, kann ich diese Ein-gabe an den Staatsanwalt machen? Damit legt der Vater einen engbeschriebenen Bogen Kanzleipapier auf den Tisch, der die demütige Bitte enthält, den Sohn wenigstens bis zur Verhandlung auf freien Fuß zu stellen, auf daß er nicht ganz verloren gehe. Ich weiß, Strafe muß sein, aber ich möchte mein Kind dann dem Leben zurückgewinnen.“ So heißt es in dem Briefe.

Die Frau ohne Geld. Eine Heimarbeiterin ist die nächste. Zigarettenhüllen macht sie. Für das Tausend erhält sie 120 Kronen und $4\frac{1}{2}$ Stunden arbeitet sie an dem Tausend. Zucker, Mehl, Glycerin als Klebstoffe und dazu Watta muß sie selber kaufen. $\frac{1}{4}$ Kilogramm Mehl, $\frac{1}{2}$ Kilogramm Zucker in der Woche muß sie ihrem Wagen wegnehmen, um 1960 Kronen in der Woche zu verdienen. 14 Kronen zahlt sie Miete für ein finferes Kabinett. An trüben Tagen muß sie den ganzen Tag Licht brennen. Sie hat zwei Kinder, die ihr der Magistrat in Pflege genommen hat. Sie ist außerstande, sie zu ernähren. Vor einem Vierteljahr wurde sie enthaust. Da-mals hat sie alles verkauft, zum Schluß die Verfaßgettel über ihre Wäsche. Sie hatte vorher Kopfschmerz, war un-fähig zu arbeiten, und so wurde der Niedergang unauf-haltbar. „Keine Nahrung, keine Wärme... nichts hat man.“ So klagt sie. „Kein Stüdel Wäsch“. Ehrlich gesagt, ich hab' nicht einmal ein Semd an. Früher einmal hat man doch von den Leuten Kleider und Schuhe bekommen. Heute nichts mehr.“

Das Kind ohne Kleider. Wäre nicht die Groß-mutter dabei, die für sie redet, man würde die nächste Ratuchende für achtzehn- bis zwanzigjährig halten. Ein aufgeschlossenes graues Mädel in perfektem Mantel mit den Glendstrumen im Antlitz. Zurückgeblieben. In der tschechischen Vorschule aufgewachsen, dann als Wiener Kind zurückgebracht, nicht mehr fähig nachzukommen, hat sie heuer im Juli als Bierzehnjährige die Volks-schule verlassen. Seither hilft sie ihrer Mutter Zeitungen anzutragen. 14 Kronen Wochenverdienst hat die geplagte Frau samt dem Kinde. „Sie hat als Kind nichts Gut's ge-habt und jetzt hat sie auch nichts Gut's, das Kind.“ So sagt die Großmutter alles zusammen. Die Bitte: „Einen Lehrplatz oder als Hilfsarbeiterin sie wo unterbringen — aber zuerst ein G'wand und Schuh“. Sie hat nichts, als was sie am Leib hat, und das sind Lumpen. So nimmt sie niemand. Wie ein altes Sadernweib kommt s' daher. Und Hunger hat s'... sie esset fünf Lab Brot allan alle Tag...“

Die Greisin ohne Unterbekleid. Die letzte. Ein Altwiener Urtypus. Ein Mauerweib, das 76 Jahre alt geworden ist. Dreizehn Jahre war sie alt, als sie nach Wien kam zum Graben und zum Bauen. Dann hat sie geheiratet und weiter gearbeitet. Dann ist ihr Mann ge-storben und sie hat weiter gearbeitet. „Heut steh' i ganz allan auf der Welt und gestern hab' i die Kündigung kriegt. Das-a-no!“ Dieses letzte Unglück treibt sie hinaus. Sie jammert und erzählt und erzählt und jammert — plötzlich ein Blick des Vertrauens: „Ihnen kann ich's ja sag'n, wie i dran bin! Da schaun S' her... net amal mehr a Hof'n hab' i am Leib!“ Damit schiebt die Greisin den dünnen Rock über die Knie, um die Wahrheit ihrer Aussage zu erweisen.

Der Geburtenrückgang.

Von Professor Dr. Heinrich Rauchberg.

Prag, im Januar.

Der Waffenstillstand mit Rußland bedeutet das Morgenrot des Friedens. Mit ihm kommt der Zeitpunkt, wo die Verlustlisten werden abgeschlossen werden und ein Ueberblick möglich sein wird über die Verluste an Menschenleben, an Volkskraft und Volksgesundheit, die dieser Krieg uns auferlegt hat. Nicht minder wichtig als diese blutigen und unblutigen Kriegsverluste sind die Rückwirkungen des Krieges auf die innere Entwicklung der Bevölkerung, über die wir sonst durch die Statistik der Bevölkerungsbewegung, der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle, unterrichtet werden. Leider hat diese Statistik seit Kriegsbeginn aufgehört; nur aus den städtischen Berichten sind Stichproben zu entnehmen, die auf einen raschen Rückgang der Geburten bei annäherndem Gleichbleiben der Sterblichkeit schließen lassen. Ueber die gesamte Bevölkerungsbewegung sind keine Ausweise veröffentlicht worden. Um diesem Mangel abzuhelfen, habe ich mir die vorläufigen Angaben für die vom

Der Geburtenrückgang in der österreichischen Monarchie im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Die Tabelle die folgende im Staat organisierte Volkszählung im Jahre 1917 und die Geburtenrückgang im Jahre 1917. (Zusammenfassung der Geburten und Sterbefälle im Jahre 1917.)

Vollsgesundheit, soziale Fürsorge und Ärzte.

Von Hofrat Prof. E. Finger,

Präsidenten der Wiener Ärztekammer und Geschäftsführer des Ausschusses österreichischer Ärztekammern.

Groß ist die Anerkennung, die sowohl von Allerhöchster Stelle als von allen kompetenten Faktoren dem Arztstande für die Leistungen während des Krieges zuteil wurde. Diese Anerkennung bezieht sich vor allem auf zwei Gebiete. Einmal auf das der Verwundetenpflege, die den günstigen Erfolg hatte, mindestens drei Viertel der Verwundeten wieder frontdiensttauglich zu machen, dann aber auf das Gebiet der Seuchenbekämpfung, wo es gelang, trotz der ungünstigen Verhältnisse die Flut der im Winter 1914/15 hereinbrechenden Seuchen aufzuhalten, den Ausbruch von Epidemien zu verhindern. Diese Erfolge sind auf zwei Umstände zurückzuführen. Einmal auf den hohen Stand der medizinischen Wissenschaft und die gute Ausbildung der Ärzte, die es ermöglichte, alle Regeln der Kunst zweckentsprechend zur Ausführung zu bringen, dann aber auf einen Umstand, der bisher

Die Ärzteschaft hat bei wiederholten Anlässen, in Verhandlungen und Eingaben der Kammertage sich für die Errichtung einer selbständigen Sanitätszentrale unter ärztlicher Leitung ausgesprochen. Sie begrüßt die gegenwärtige Form der Lösung dieser Frage durch Schaffung des Ministeriums für soziale Fürsorge, insbesondere aber des Ministeriums für Vollsgesundheit mit einem Arzt an der Spitze auf das wärmste. Sie betrachtet diese Lösung trotz der ihr anhaftenden Mängel doch als einen wesentlichen Fortschritt zur Anbahnung günstiger volksgesundheitlicher Verhältnisse, sie würde auf das nunmehr geschaffene Sanitätsministerium nie und nimmer verzichten, sie muß aber nachdrücklich ihre Stimme dahin erheben, daß das neue Ministerium seine großen Aufgaben nur dann erfüllen kann, wenn dessen Wirkungsbereich auf alle sanitären Agenden ausgedehnt und ihm und allen seinen Organen jene Machtbefugnis zugestanden wird, die zur Erfüllung seiner Aufgaben unerlässlich ist. Der selbstlosen, gesamtärztlichen Aktion sicher sein.

noch nicht die genügende Würdigung fand, darauf, daß während des Krieges, so paradox dies auch klingen mag, die Sanitätsverwaltungen, sowohl die militärische als auch die zivile, unter den für ihre Tätigkeit allergünstigsten Verhältnissen sich befinden, insofern, als ihnen die Mittel zu Gebote stehen, über die sie im Frieden nicht annähernd verfügen. Die außergewöhnlichen Verhältnisse gestatten eben auch außergewöhnliche Maßnahmen, maßgebend sind bloß Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit. Und so entstanden in oft fabelhaft kurzer Zeit bestingerichtete Anstalten, Epidemiespitäler, Laboratorien u. Schutzimpfungen wurden in ausgedehntester Weise zwangsweise durchgeführt, die notwendigen Heilbehelfe in reichem Maße hergestellt, der Anordnung folgte Schlag auf Schlag die sachgemäße Durchführung, es gibt keine Behinderung durch Rücksichtnahme auf veraltete gesetzliche Bestimmungen, keinen zeitraubenden Instanzenzug, keine Sorge wegen der Kreditbeschaffung u.

Wie wesentlich anders sind die Verhältnisse in Friedenszeiten. Der Hauptmangel der öffentlichen Sanitätspflege im Frieden ist, daß dem Arzt in allen sanitären Fragen, in denen er der einzig sachverständige ist, nur eine beratende Stimme zukommt, die Ausführung aber in nichtfachverständigen Händen liegt, die nicht das Verständnis, nicht das Interesse dafür haben und bei ihren Handlungen vielfach von politischen, Nützlichkeits- und andern Gründen beeinflusst werden. Der Arzt, in welcher verantwortlichen öffentlichen Stellung er sein mag, ist nie in der Lage, zu sagen: Dies ist im Interesse der öffentlichen Gesundheit nötig, dies muß sein; er muß sich stets beschneiden, zu sagen: So sollte es sein. Und gerade der Umstand, daß trotz der besten Absichten im allgemeinen Interesse vom Arzt geforderte Maßregeln trotz wiederholter Vertreibung nicht zur Durchführung kommen, ist es, der den im öffentlichen Interesse wirkenden Arzt mit der Zeit vielfach bedrossen und gegen sanitäre Mißstände gleichgültig macht.

Nach den bestehenden Gesetzen ist die Gemeinde der Träger der Exekutive in allen sanitären Angelegenheiten. Diese Lösung ist eine höchst unglückliche, denn außer andern Eigenschaften fehlt der Gemeinde zur Durchführung sanitärer Maßregeln meist das nötige Geld, und auch die vorgeesehenen Zuschüsse aus dem Landesfonds fließen meist recht knapp. Ganz unwürdig und dem Interesse der öffentlichen Gesundheit abträglich ist die Stellung des Gemeindefarztes. Er wird meist von der Gemeinde, also meist vom Gemeindevorsteher angestellt, ohne Vertrag oder Dienstespragmatik, kann jederzeit ohne Angabe von Gründen entlassen werden, ist also dem Gemeindevorsteher ganz ausgeliefert. Wohl sieht die Gesetzgebung regelmäßige kommissionelle sanitäre Maßnahmen in der Gemeinde vor, an denen der Gemeindefarzt teilnimmt, aber diese Sanitätskommissionen verlaufen oft in der Weise, daß der Gemeindefarzt wohl die gesundheitlichen Forderungen zu Protokoll gibt, dieses dann aber in dem Schreibstisch des Gemeindevorstehers verschwindet und alles wieder beim alten bleibt. Zwar hat der Gemeindefarzt in dringenden Fällen das Recht, „gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeindevorstehers“ selbstständig vorzugehen, aber wie kann der Gemeindefarzt wagen, eine verdorbene Brunne im Laden des Herrn Gemeindevorstehers zu beschlagnahmen, einen typhusverdächtigen Brunnen im Hof eines andern Gemeindegewaltigen zu sperren! Wehe aber dem Gemeindefarzt, wenn er wagt, über den Kopf der Gemeinde an eine höhere Instanz zu gehen! Dafür gibt es schon abschreckende Beispiele. In Niedrau in Oberösterreich, also einem auf relativ hoher Kulturstufe stehenden Lande, kam ein Typhusfall vor zurzeit, als sich die Gemeinde wegen militärischer Übungen, die in der Umgebung stattfinden sollten, eine gute Einnahme versprach. Als der Gemeindefarzt dem Gemeindevorsteher die vorschriftsmäßige Anzeige erstattete, warf sie dieser aus Furcht, die militärischen Übungen könnten sonst abgefragt werden, unter den Tisch, statt sie, wie seine Pflicht gewesen wäre, an die Bezirkshauptmannschaft zu leiten, und als der Arzt

nur aus eigenem die Anzeige an die Bezirkshauptmannschaft machte, setzte ihm die Gemeinde den Stuhl vor die Tür. Und ähnliche Vorgänge, daß die dringendsten ärztlichen Forderungen bei den Exekutiven betrauten Faktoren keine Beachtung finden, wiederholen sich in allen Instanzen. Der oberste Sanitätsrat hat zum Beispiel in wiederholten Gutachten und Beschlüssen die Forderung ausgesprochen, daß die Regierung die Erlassung des Impfzwanges verlangt, und doch haben wir sie nicht erhalten, obwohl Deutschland damit die besten Erfahrungen machte und obwohl der militärischerseits in Galizien eingeführte Impfzwang die Wirkung hatte, daß die Wochenausträge bezüglich der Blatterkrankungen für ganz Galizien niedriger sind als die in Wien.

Was aber oben von der Anstellung des Gemeindefarztes gesagt wurde, gilt auch bezüglich der Anstellung bei andern öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen, der Schule, der Bahn, der Krankenkasse, dem Straßhaus, der Tabakfabrik u. Ueberall werden die Ärzte von den Amtsleitern ohne Vertrag, ohne Dienstespragmatik angestellt, überall handelt es sich um eine Frage des persönlichen Vertrauens des Amtsleiters zu dem Arzte. Diese Form der Anstellung hat aber zwei Nachteile. Einmal den, daß die betreffende Stelle oft nicht dem geeignetsten Arzte zufällt, denn wenn dies beabsichtigt würde, dann dürfte die Stelle nur auf dem Wege einer öffentlichen Ausschreibung und einer Begutachtung der Bewerber durch einen objektiven Sachrat erfolgen. Dann aber bringt diese Art der Bestellung den Arzt sofort in eine abhängige Stellung zu dem ihm vorgesetzten Amtsleiter, eine Abhängigkeit, die der öffentlichen Gesundheitspflege sehr abträglich ist. Nur die Anstellung des Arztes durch eine höhere Instanz mit Dienstespragmatik, auf Grund öffentlicher Ausschreibung und sachrätlicher Begutachtung der Eignung der Bewerber könnte hier Wandel schaffen.

Die Not der Zeit, bevölkerungspolitische Motive haben zu der nachhaltigen Beschäftigung aller Kreise mit Vollsgesundheit und sozialer Fürsorge den Anstoß gegeben und waren Veranlassung zur Gründung der beiden Ministerien für soziale Fürsorge und Vollsgesundheit. Die Teilung der Materie in zwei Ministerien ist keine glückliche, denn es gibt keine soziale Fürsorge, die nicht auch mit der Vollsgesundheit zu tun hätte, wie es keine Sorge für die Vollsgesundheit gibt, die nicht auch soziale Fürsorge sein müßte. Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Jugendfürsorge, Wohnungsfürsorge u. sind Belange, in denen die Ärzte stets sachverständig mitarbeiten und ein ernstes Wort mitzureden haben. Um so mehr muß es befremden, daß in der Organisation des Ministeriums für soziale Fürsorge die Ärzte ganz übergangen wurden. Es läßt sich das nur so deuten, daß das Ministerium für soziale Fürsorge in inniger Fühlung mit dem Ministerium für Vollsgesundheit vorgehen will, was nur wärmstens zu begrüßen ist. Aber das Ministerium für Vollsgesundheit ist nach dem bekanntgegebenen Wirkungsbereich ein unipolares Ministerium, in dem wichtige Belange der Vollsgesundheit, wie soziale, Eisenbahn-, Schulhygiene, Veterinärwesen und vieles andre seinem unmittelbaren Wirkungsbereich entzogen sind. Wird die bisherige bürokratische Auffassung, die dem Arzt nur eine beratende Stimme zuerkennen will, die Entscheidung und Exekutive aber nichtärztlichen, also nichtfachverständigen Kreisen vorbehalten, sich auch auf das neue ärztliche Ministerium ausdehnen, dann werden soziale Fürsorge und Vollsgesundheit von den neuen Ministerien nicht die erhoffte Förderung erfahren. Dies kann nur dann geschehen, wenn den Ärzten, vom Ministerium für Vollsgesundheit an durch alle Instanzen herunter bis zum letzten beamteten Arzt, jener Superiorität zugestanden wird, der dem Sachverständigen selbstverständlich zukommt und zukommen soll.

im Schottenringkino, Schottenring Nr. 6, im Operationsraum der Film in Brand. Der Schieber vor der in den Zuschauerraum mündenden Öffnung wurde sogleich geschlossen. Das Personal forderte die Besucher auf, den Saal zu verlassen. Das Publikum entfernte sich ruhig und ohne jeden Zwischenfall. Der Operateur Johann Feldhaas erklärte, daß der Film während des Abrollens plötzlich gerissen sei und sich dabei selbst entzündet habe. Die Feuerwehr wurde telephonisch berufen und kam, fand aber keinen Anlaß einzugreifen, da der Brand vom Operateur und einem Soldaten gelöscht worden war. Die Feuerwehr rückte gleich wieder ein.

* **Rätselhafte Diebstähle aus Safes.** Es wurde berichtet, daß dem Kaufmann J. A. Person aus Odessa in der Zeit vom 27. Juni bis 4. d. aus einem Safe im Hotel Post auf dem Fleischmarkt ein Betrag von 30.000 Rubel in Noten zu 500 und 100 Rubel gestohlen worden ist. Auf gleich rätselhafte Weise ist dem Kaufmann Alexander Landemann aus Odessa aus einem Safe im gleichen Hotel ein Betrag von 6000 Rubel entwendet worden. Die beiden Safediebstähle sind um so unerklärlicher, als beide Safes nicht die geringste Spur einer Gewaltanwendung zeigen. Es ist demgemäß sehr wahrscheinlich, daß sie mit einem Nachschlüssel geöffnet worden sind.

* **Explosion eines Fesselballons.** Am Samstag mittag gingen auf dem Grundstück des Gärtners Leitner in Simmering zwischen dem Neurissenweg und der Wildbretstraße Stücke eines verbrannten Fesselballons nieder. Es wurde festgestellt, daß sich der Fesselballon, der im zehnten Bezirk auf freiem Felde angehängt und unbemannt war, losgerissen hatte und in den Lüften explodierte war. Ueber der Simmeringer Reibe war dann der Ballon zur Erde gekommen. Verletzt wurde niemand.

* **Kasseneinbruch.** In der Nacht zum 5. d. haben unbekannt Gänger das Geschäft des Hutfabrikanten Ignaz Hueberhach, Neubaugasse Nr. 28, erbrochen. Sie sprengten eine im Comptoir stehende eiserne Kasse auf und entnahmen ihr 3000 Kronen. Dann stahlen sie Güte und Samtbänder im Werte von 45.000 Kronen. Auf dem Tatort blieben ein Taschentuch mit der Marke M/B, ein Fläschchen mit Werkzeugfett und eine Batterie für eine Taschenlampe zurück.

Der Krieg und die Proletarierkinder.

Von Dr. Heinrich Keller.

Man könnte beinahe sagen, daß der Krieg die Proletarierkinder nicht unvorbereitet getroffen hat. Hätten sie doch schon seit jeher, auch im Frieden, schwere Kriegszeitern durchzumachen, unter der Unzulänglichkeit der Wohnung, Nahrung, Aufsicht und Erziehung zu leiden. Sie waren also, wie man zu sagen pflegt, an die Ungunst der Verhältnisse schon „gewöhnt“, allerdings bloß in der Weise, daß sie durch diese Gewöhnung für alle Kriegsschäden noch empfänglicher wurden. Denn während des Krieges haben sich, wie ja allgemein bekannt ist, alle diese für das Proletariat schon vorher genug ungünstigen Verhältnisse noch mehr verschlechtert. Die einzigen Kinder aber, die darunter, wenigstens bisher, nicht zu leiden hatten, sind die Säuglinge. Denn während im Jahre 1913 — also vor dem Kriege — in Wien 5833 oder von 1000 lebendgeborenen Kindern 156 im ersten Lebensjahr starben, sank diese Zahl 1914, das schon zur Hälfte Kriegsjahr war, auf 5074 oder 139, betrug sie im Jahre 1915 nur 4459 oder 152, im Jahre 1916 nur 3320 oder 141 und 1917 nur 3181 oder 154. Gerade in den Kriegsjahren hat also die Säuglingssterblichkeit nicht zugenommen, ja sogar ein wenig abgenommen. Diese verblüffende Tatsache läßt sich eben daraus erklären, daß man im Kriege der Säuglingsfürsorge viel größere Aufmerksamkeit zuzuwenden begann, zwar noch immer auf dem üblichen und unvermeidlichen Wege der privaten Wohltätigkeit mit all den bekannten, diesem Mittel der bürgerlichen Welt anhaftenden Uebeln und Gebrechen, aber immerhin auf breiterer Grundlage, als es bisher geschehen ist.

Trotzdem dürfen und können wir leider nicht hoffen, daß es auch weiter so bleiben wird. Die Mütter können wohl, wie man sieht, bei ständiger ärztlicher Aufsicht in den Beratungsstellen trotz ihrer Unterernährung — sofern diese nicht zunimmt! — ihre Kinder stillen und gedeihlich pflegen, aber während des Krieges hat die Verbreitung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und vielleicht auch des Alkoholismus erheblich zugenommen, und diese Krankheiten der Eltern belasten, wie bekannt, von vornherein in schwerstem Grade die Nachkommenschaft. Der vierte Teil der Kinder solcher Eltern ist von Natur aus minderwertig und kann daher in dem so empfindlichen ersten Lebensjahr der erstbesten Krankheit erliegen. Dazu kommt noch der Umstand, daß die meisten Proletariermütter jetzt überarbeitet und unterernährt sind und deshalb schon schwächere und weniger widerstandsfähige Kinder zur Welt bringen. Das alles spricht dafür, daß wir trotz aller Säuglingsschutzbestrebungen für die nächsten Jahre höchstwahrscheinlich auf eine Steigerung der Säuglingssterblichkeit gefaßt sein müssen. Vielleicht ist das Ansteigen der Todesfälle von 141 des Jahres 1916 auf 154 des Jahres 1917 schon in diesem Sinne zu deuten.

Viel ungünstiger liegen die Verhältnisse im vorschulpflichtigen Alter. Nur der Säugling findet ja jetzt seinen mehr oder weniger reichlich gedeckten Tisch. Gleich nach der Entwöhnung begegnet aber das Kind im Proletarierhaushalt, dem weder die erforderlichen „Beziehungen“ noch die nötigen Geldmittel zur Verfügung stehen, um sich mit Nahrungsmitteln ausreichend zu versorgen, den allergrößten Schwierigkeiten. Jeder in einer Mutterberatungsstelle tätige Arzt weiß es aus hundertfältiger Erfahrung, daß er der Mutter auf ihre Frage, was sie jetzt dem Kinde zu essen geben solle, wohl sehr gute Ratschläge geben kann, die Mutter aber außerstande ist, diese guten Ratschläge auch zu befolgen. Und jeder in einer solchen Beratungsstelle tätige Arzt weiß es auch, daß die Kinder sehr oft nach der Entwöhnung abnehmen oder mindestens im Gewicht stehen bleiben und daß bei solchen Kindern die geringfügigste Erkrankung schwere Folgen nach sich ziehen kann.

Das vorschulpflichtige Proletarierkind ist aber schon in normalen Zeiten für die Ansteckung mit Tuberkulose sehr empfänglich. Diese kleinen Kinder kranken ja sehr

machen, und so wird die leichtempfindliche Seele des vorschulpflichtigen Kindes jetzt im Kriege unheilbar verseucht und vergiftet.

Noch verhängnisvoller wirkt aber der Krieg auf die Seele des Schulkindes. Denn das Schulkind ist zwar, weil es schon Kritik üben kann, weniger empfänglich, aber wegen seines größeren Verständnisses wiederum einer größeren Zahl von Eindrücken ausgesetzt. Diese Kinder lesen jetzt Zeitungen — man kann sie ihnen gar nicht vorenthalten — und nehmen so tagtäglich dasurchtbare Gift dieser entarteten Presse und dieser „Wizblätter“ in sich auf, sie lernen alle die erschütternden Grauenhaftigkeiten dieses Krieges kennen, alle Unmoral und alle die Verwüstungen, die er im Gemüt der Erwachsenen anrichtet, sie hören diese albernen Ruhmgedigten der Eisenkrieger, diese frechen Pauschalbeschimpfungen ganzer Völker, diese Ausbrüche tollwütigen Blutrausches und besinnungslosen Hasses. In der Religionsstunde bekommen sie aber die schönen Worte zu hören: „Du sollst nicht töten! Du sollst nicht Gelüste ragen nach dem Gute deines Nächsten! Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Müßen die Kinder dann nicht auch und an dieser Welt irre werden, müssen sie dann nicht allzu frühzeitig erkennen, daß diese bürgerlich-kapitalistische Welt eine doppelte Moral hat, eine für die Kleinen und auch für die großen Kinder und eine für die anderen? Und dann wundert man sich über die „Verrohung“ der Jugend. Woher hat denn die Jugend diese „Verrohung“? Aus sich heraus keinesfalls; das immerwährende lebendige Vorbild der Erwachsenen, diese „große Zeit“ ist's, die auf die Jugend verrohend einwirkt!

Abendblatte ausgemessen k 178.004.44, Abende k 178.135.24.

Für Gratismilch erhielten wir:

von W. W. k 84.32.

Für die Landescorporation ungarischer Fabriksvertreter und

Warenagenten (Kriegswitwen und -waisen) erhielten wir:

als Kranzablösung für Moriz Braun: von Sadi-laus Randoz

k 50.

Für den Budapestter Orientkolonienverein erhielten wir:

als Kranzablösung für Emerich Breiner: von Hermann Racz,

Ingenieur k 50.

Für das Pensionsinstitut ungarländischer Journalisten er-

hielten wir:

von der Fauna- und Fischindustrie.

A. G. (als Stiftung) k 9000.

Für die israelitische Mensa academica erhielten wir:

„Für Erinnerung an den 14. Juli“: von Frau Witwe Dr.

Seretan Karmán k 300, von Adár Karmán k 100, zusam-

men k 300.

Demnach für die Familien der Hefewitwen und Hin-

terbliebenen unserer gefallenen Sol-

daten... k 382.909.20

„den Verein vom Roten Kreuz... k 820.092.48

„die stelltenlosen Privatbeamten und

Handlungsangestellten... k 689.202.12

„das Elisabethheim der Offizierwit-

wen und -waisen (Kerzschel-Orthon) k 178.738.44

„Diverse... k 5,105.888.54

Spendensammlung unserer

Unterstützungaktion:

Für die Kriegserblindeten... k 622.515.09

„den Baron-Megander-Gyurmay-

Fonds... k 123.807.40

„die Franz-Josef-I.-Stiftung... k 164.089.01

„Krühfisch für die armen Schulkinder k 94.852.03

„Diverse... k 1,638.174.59

Das bisshohe Gesamtresultat beträgt... k 10,889.764.80

zur Frage der staatlichen Einflußnahme auf die Eheschließung.

Von Professor Dr. Hugo Guttmann,

o. p. Professor der kön. rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät zu Gassa.

Ein Beschluß der rüstig vorwärtstrebenden Stadt Arad hat nun auch bei uns diese Frage zur Sprache gebracht. Die Eheschließung soll rechtlich an den Inhalt ärztlicher Zeugnisse gebunden werden. Es wird die Aufstellung von Eheschindernissen befürwortet, die aus Gründen der Volkshygiene erforderlich erscheinen. Auf diese Weise soll der Belastung der Gesamtheit durch ungesunde Nachkommen ungesunder Eltern vorgebeugt werden.

Unmittelbar wird das Problem von der staatsfinanziellen Seite erfaßt; eigentlich aber handelt es sich um einen Teil der großen Frage der Rassenhygiene.

Universitätsdozent Dr. Josef Madzjar hat die Frage in der Nummer vom 6. Juli des Pester Lloyd in sehr beachtenswerter Weise besprochen. An seine Ausführungen will ich anknüpfen.

Dr. Madzjar stellt fest, daß in bezug auf erbliche Uebel, namentlich was deren Einschränkung betrifft, dem Willen nur eine geringe Bedeutung zuerkannt werden kann. Das körperliche Wohlergehen des menschlichen Individuums, sagt Dr. Madzjar, wird in der Wiege determiniert; und die ungünstige Entscheidung, die sich dort vollzieht, tritt in letzter Linie als moralische Degeneration in Erscheinung.

Scheinbar stehen hier die Interessen des einzelnen und der Gesamtheit einander gegenüber; die gründliche Erfassung der Frage aber muß diesen Gegensatz befeitigen. Und das ist eine der Aufgaben der Bevölkerungspolitik.

Dr. Madzjar weist sehr richtig auf die Unzulänglichkeit hin, die der rechtlichen Beschränkung der Eheschließungen in bezug auf das zu erreichende Ziel anhaftet, indem er auf die außerrechtliche Nachkommenschaft hinweist; doch läßt er diesen Gedanken wieder fallen. Die Konklusion seiner Ausführungen gipfelt darin, sich vorerst, wie es in einem Teile der Vereinigten Staaten bereits eingeführt ist, damit zu begnügen, daß der Standesbeamte an die Brautleute die Frage richtet, ob sie wechselseitig in die amtsärztlichen Zeugnisse Einsicht genommen haben? Wenn einmal das Publikum durch dieses Verfahren sich gewöhnt haben wird, bei der Eheschließung den eigenen sowie den Gesundheitszustand des anderen Teiles in Betracht zu ziehen, dann möge man den weiteren Schritt tun und die vom Gesichtspunkte der Volksgesundheit notwendigen Eheschindernisse aufstellen...

Wird es aber dann, frage ich, keine außerrechtliche Nachkommenschaft mehr geben? Wird, eben infolge der Ausdehnung der Eheschindernisse, die außerrechtliche Nachkommenschaft nicht noch zahlreicher und mithin in ihr auch das ungesunde, untüchtige Element zahlreicher als bisher vertreten sein? Und ist endlich die Ehe nur zur Zeugung von Nachkommen geschaffen? Hat sie nicht auch ihre selbständige Bedeutung für die in der Ehe lebenden Individuen, wie dies auch von der Kirche anerkannt wird?

Dr. Madzjar übergeht einfach diese Fragen. Auch würdigt er meiner Ansicht nach nicht genügend das Sterilisieren solcher Personen, die zur Zeugung gesunder Nachkommen unfähig sind, wie dies in einigen nordamerikanischen Staaten bereits eingeführt ist. Daß das zwangsweise Sterilisieren bloß in beschränktem Maße Anwendung finden kann, spricht noch nicht gegen dasselbe. Auch erwähnt Dr. Madzjar nicht, daß sich in den betreffenden Staaten nicht selten degenerierte Personen freiwillig diesem Verfahren unterziehen. Jedenfalls hat das Sterilisieren den Vorteil, daß es auch die Zeugung unehelicher Nachkommen verhindert.

Meiner Meinung nach wäre das, was Dr. Madzjar als einleitenden Schritt empfiehlt, die Befragung der Brautleute, ob sie gegenseitig in die amtsärztlichen Zeugnisse Einsicht genommen haben, als endgültige Regelung zu betrachten, was selbstverständlich die obligatorische Beschaffung und Mitteilung dieser Zeugnisse voraussetzt.

Was freier gegen die polnische Legionäre.

Sanitätsführer Major Szyszewicz gibt an, er sei am Nachmittag des krieglichen Tages vom Oberleutnant Doktor Tatlowski verhaftet worden, daß abends der Altmarschall in einer dreitägigen Verhaftung habe er für eine unüberhörbare Prüfung gehalten. Der Angeklagte sei beim Irwin bis zum 1. Juli 1918 in der 2. Kavallerie-Regiment verhaftet worden.

Legionsführer Lujan Kordwin erzählt, am Nachmittag des krieglichen Tages habe er vom Oberleutnant Doktor Tatlowski den Befehl erhalten, das Ambulatorium einzuräumen und mit den wichtigsten Sachen für einige Tage in Warschau mitzunehmen. Der Angeklagte habe sich während des Wartens der Sanitätskolonne angegeschlossen und sei bis zum 1. Juli 1918 in der 2. Kavallerie-Regiment verhaftet worden.

Legionsführer Major Szyszewicz will vor dem Irwin am Nachmittag des krieglichen Tages vom Oberleutnant Doktor Tatlowski den Befehl erhalten, das Ambulatorium einzuräumen und mit den wichtigsten Sachen für einige Tage in Warschau mitzunehmen.

Der Leiter des Hilfskomitees beim polnischen Hilfskorps, Legionsführer Major Szyszewicz, sagt aus, daß die Legionäre vernünftig zu Warschau gehen werden. In Warschau habe er gewußt, daß zu Warschau marschieren werde, nur habe er geglaubt, daß dies mit Waffen der österreichischen Regierung geschehe.

Die Entente muß die Unverschränktheit des überseeischen Gebiets von Deutschland anerkennen und den Plan von Rohstoffkriegen aufgeben. Deutschland will ein enges Verhältnis mit Belgien auf wirtschaftlichem Gebiete, nicht etwa Zollgemeinschaft. Aus den Erklärungen des Reichshandelsrats ist jedoch zu entnehmen, daß er zu Belgien eine wirtschaftliche Beziehung wünscht, die sich von den Verträgen mit anderen Ländern unterscheidet. Durch dieses enge wirtschaftliche Verhältnis würde Deutschland darüber beruhigt sein, daß es nicht von Belgien der Rohstoffe aus dem Konge, der Belgien gehört, abgeschnitten werden könne. Belgien dürfte an der geplanten Aussperrung der Mittelmächte von den überseeischen Rohstoffen nicht teilnehmen. Die Wirkungen dieser Vorschläge auf die Zulimfreiheit haben sich in der Abstimmung über die Kriegsanleihe gezeigt. Der Eindruck, den sie auf die Entente machen werden, ist nicht in den Reden der jetzt führenden Staatsmänner zu erkennen. Die Schlachten sind in Vorbereitung und die Entente hat immer die Furcht, daß die Schimierung der Armeen verdrängt werde, wenn der Glaube verliere, daß Deutschland die Welt Herrschaft wolle. Aber der Samen, der in den Erklärungen des Grafen Hertling ausgestreut wurde, wird nicht verloren gehen und besonders hervorzuheben ist die in dieser Friedenspolitik wieder erkennbare Uebereinstimmung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie.

nicht so bald vorrücken wie nach früheren Kriegen. Dem der Altersaufbau der männlichen Bevölkerung ist durchsüchert; gerade die für die Fortpflanzung wertvollsten Jahrgänge sind am stärksten gelichtet und die körperlichen und geistigen Nachwirkungen des Krieges werden die Geburtenziffer noch weiter herabdrücken. Was können wir dagegen tun?

Wir wissen, daß der Geburtenrückgang nur zum geringeren Teile auf physischen, zum größeren Teile auf psychischen Ursachen beruht. Infolge der fortschreitenden Rationalisierung des Geschlechtslebens ist es aus mit der einzigen Selbstverständlichkeit des Fuderbringens: Gründe

würde aufhöre, zu bestehen und die leitenden Persönlichkeiten der Entente wären von der Unbequemlichkeit befreit, daß der Beschluß ausdrücklich jede gewaltsame Aneignung fremden Gebiets zurückweist und die Mächte von der Welt herrscht, nach der Deutschland strebe, schlagend widerlegt. Die Zulimfreiheit ist auch für Wilson eine Verlegenheit. Deutschland hat das allgemeine Stimmrecht für den Reichstag und nur die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten eigene Unwahrscheinlichkeit macht es erklärlich, daß er in der Zulimfreiheit nicht die Ueberzeugung eines großen Volkes, die sich in den Parteien des Parlaments ausdrückt, erkennen und achten will. Drei Kanzler haben sich auf den Boden des von der Zulimfreiheit gestifteten Reichstages gestellt. In der Note an den Papst wurde auf ihn hingewiesen. Die Zulimfreiheit, welche die Bürger und die Arbeiter in der Friedenspolitik und im Verteidigungskrieg vereinigt, ist durch die Erklärungen des Grafen Hertling über Belgien befestigt worden. Belgien ist nicht bloß nach außen, sondern auch nach innen der Kreuzungspunkt, wo die deutsche Politik sich für den Weg entschließen muß; dort ist die Linie, wo die Gegenseite zwischen den Parteien am stärksten sind. Graf Hertling und mit ihm die Oberste Heeresleitung haben sich für die Zulimfreiheit für den Beschluß und für eine Friedenspolitik ohne gewalttätigen Landesvertrieb durch Bedrückung fremder Völker ausgesprochen. Das ist nach innen wie nach außen ein wichtiges Ereignis.

Smilcton.

Die Bekämpfung des Geburtenrückganges.

Von Professor Dr. Heinrich Raabberg.

Schon vor dem Kriege hatte die rasch abfallende Kurve der Geburtenziffer die Bevölkerungspolitik mit Besorgnis erfüllt. Der Krieg aber hat die Bekämpfung des Geburtenrückganges zu einer Lebensfrage für uns gemacht. Die Lücken, die er in die Bevölkerung reißt, werden

Aufgebot und Eheschließung.

Ein Beitrag zur Bevölkerungspolitik.

Vom

Stadt Dr. Engel, Berlin-Schönebg., 3. Bt. i. Felde.

In der allgemeinen Begründung der gegenwärtig dem Reichstag zur Beschlussfassung vorliegenden bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfe heißt es: „Dem Uebel des Geburtenrückgangs liegt eine durch das ganze Volk gehende Bewegung zugrunde, die mit Absicht und mit voller Ueberlegung auf eine Beschränkung der Kinderzahl gerichtet ist. Diesem Mißstand läßt sich nicht allein durch gesetzliche Maßnahmen oder behördliche Anordnungen ein Ende machen; er wird vielmehr besonders auch durch eine Einwirkung auf die sittliche Auffassung über die Verpflichtung des einzelnen zur Erhaltung unseres Volksganzen zu bekämpfen sein.“

Die Reichsregierung und auch die preussische Regierung haben aus diesem Bekenntnis zu gesetzgeberischen Maßnahmen bereits in beschränktem Umfang die Folgerung für sich gezogen.

Die Aufmerksamkeit unserer verantwortlichen Stellen sei heute auf unser Aufgebotsverfahren gelenkt, das die Eheschließung unehelich Geborener außerordentlich erschwert. Auch das Aufgebot ist ein Zwangsakt für die Unehelichen, vor dem sie sich mit Recht scheuen. Unsere Gesetzgebung fordert, daß in der Regel der Eheschließung das Aufgebot vorangeht und daß es öffentlich bekanntgemacht wird. Diese Bekanntmachung erfolgt durch den sog. Ausschuss in den Wohnortsgemeinden der Verlobten und enthält nicht nur Vor- und Familiennamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Verlobten, sondern auch ihrer Eltern. Für Uneheliche bedeutet diese Bestimmung des Personenstandsgesetzes eine überflüssige Härte und schwere seelische Kränkung, oft geradezu ein trennendes „Ehehindernis“, insbesondere, wenn sie an kleinen Orten eine gesellschaftlich angesehene Stellung bekleiden oder durch Annahme an Kindes Statt in höhere gesellschaftliche Schichten eingedrückt sind. Durch die Offenlegung der unehelichen Geburt wirkt der Staat geradezu ehefeindlich; er bekämpft „die sittliche Auffassung und die Verpflichtung des einzelnen zur Erhaltung des Volksganzen“ und verleitet insbesondere die unehelich geborenen Männer zur freien, meist doch kinderlosen Liebesgemeinschaft.

Aus den vielen mir zugegangenen Zuschriften will ich nur zwei Beispiele anführen. Ein Diplomingenieur schreibt mir: „Ich war neun Jahre technischer Leiter eines großen Industrieunternehmens in einer kleinen Stadt. Meine Absicht, mich zu verheiraten, gab ich auf, weil in den beiden für das Aufgebot in Betracht kommenden kleinen Nachbarstädten meine ganzen Personalien öffentlich ausgehängt werden sollten. Das ließ sich mit meiner Stellung als Betriebsleiter nicht vereinbaren. Dazu hatte ich zuviel Leute unter mir. Andererseits scheute auch die betreffende Dame die Bloßstellung ihres künftigen Gatten in ihrer Vaterstadt.“ Ein anderer Herr, offenbar ein höherer Beamter, erklärt, für ihn sei wegen des Aufgebots unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Heirat ausgeschlossen, da er wegen seiner unehelichen Geburt bereits genügend Folterqualen ausgestanden habe — „und doch wie gern möchte ich mir ein eigenes Heim gründen. Aber bei uns geht es ja leider immer hübsch bürokratisch zu, wenn auch darüber Menschenglück zugrunde geht“.

Die Aufrechterhaltung des Aufgebots unterliegt nach den jetzt vierjährigen Kriegserfahrungen sehr erheblichem Bedenken; es könnte wohl ohne Nachteil fallen; denn staatlich abzustellende Mißstände haben die Kriegeseheschließungen ohne Aufgebot nicht gezeitigt. Eheschließungen, denen an sich Ehehindernisse entgegenstehen, werden wohl gleich selten mit und ohne Aufgebot vorkommen. Auf normwidrigen Fällen von solcher Seltenheit kann keine Allgemeinregelung sich gründen. Deshalb sollte das „Ehehindernis“, das in der Bekanntmachung des Aufgebots liegt, so schnell wie nur möglich, beseitigt werden. Auch hier ist die richtige Lösung, wie beim einheitlichen Geburtschein, das Ei des Kolumbus; sie lautet einfach: „Fort mit der Erwähnung der Eltern aus der öffentlichen Bekanntmachung des Aufgebots!“ Dafür fordere man von den Verlobten eine eidesstattliche Versicherung, die es nach § 45 Personenstandsgesetzes ja auch schon neben dem Aufgebot gibt, daß bestimmte Ehehindernisse in schematisch aufzuzählender Folge nicht bestehen.

Durch eine solche Maßnahme kann der Staat nur gewinnen; er schafft zufriedene Bürger und

Die Bewegung der Bevölkerung Oesterreichs.

Abnahme der Eheschließungen. — Tiefstand der Geburten. — Knabenüberschuß bei den Geburten. — Das Altersverhältnis der Eltern und das Geschlecht des Kindes. — Rückgang der Sterblichkeit. — Mehr als 80.000 Tuberkulose-Sterbefälle pro Jahr.)

Der Weltkrieg wird in der Bewegung Oesterreichs wohl auf lange hinaus seine Spuren hinterlassen. Um so wichtiger erschien es, genauen Einblick in die Verhältnisse der Bevölkerung Oesterreichs, wie sie vor dem Kriegsausbruche bestanden haben, zu geben, im letzten Friedensjahre, bevor der Krieg die Bewegung der Bevölkerung so jäh unterbrochen hatte. Die Statistische Zentralkommission hat diesem Bedürfnis nunmehr entsprochen, indem sie die endgiltigen Ergebnisse der Bewegung der Bevölkerung im Jahre 1913 einer ausführlichen Darstellung unterzogen hat.* Da über die Bevölkerungsbewegung während des Krieges erst in mehreren Jahren, und zwar auch nur eine mangelhafte Kenntnis zu erlangen sein wird, wird das vorliegende Werk wohl für längere Zeit als einzige Erkenntnisquelle der Bevölkerungsvorgänge dienen müssen. Aus dem einleitenden Abschnitt über die Bevölkerungsbewegung ist eine belehrende Gegenüberstellung der Stadt- und Landbezirke erwähnenswert. Dasselbe sind die Städte, denen gleichnamige Landbezirke entsprechen, mit den betreffenden Landbezirken verglichen. Trotz der allgemein fallenden Richtung weisen doch die Städte höhere Eheschließungs- und Sterblichkeitszahlen, dagegen die Landbezirke mehr Lebendgeburten, größeren Geburtenüberschuß und höhere Säuglingssterblichkeit auf.

Den einzelnen Ergebnissen für das Jahr 1913 sind vergleichsweise die Zahlen früherer Jahre beigegeben. Aus ihnen ist zu ersehen, daß die Eheschließungen in den Jahrzehntdurchschnitten von 1871 bis 1910 in ganz Oesterreich zwar an sich zugenommen haben, im Verhältnisse zur Bevölkerungszahl jedoch von 8,41 Eheschließungen auf je 1000 Einwohner im Jahresdurchschnitt 1871—1880 auf 7,77 im Durchschnitt 1901—1910 gesunken sind. In den dem Jahre 1910 folgenden Einzeljahren fielen die Zahlen weiter bis auf 6,73 (1913), seit 1911 nahmen auch bereits die Grundzahlen ab (217.373, 212.187, 195.846). Verbleiben wir bei den Vergleichen der letzten drei Jahre, so weist das Jahr 1912 für die Alpenländer und Karstländer eine Zunahme an Ehen aus, der 1913 ein Sturz folgt; in den Südburgenländern, noch mehr aber in den Karpathenländern werden jedoch seit 1911 alljährlich weniger Ehen geschlossen. Abgesehen von Wien mit seiner verhältnismäßig hohen Eheschließungszahl (8,41 auf je 1000 Einwohner) steht die Bukowina mit 7,45 Ehen auf je 1000 Einwohner obenan, an letzter Stelle Krain (5,38).

Von je 1000 eheschließenden Männern hatten 651 das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten, von je 1000 Frauen 802. Diesen Staatsdurchschnitt übertrafen einige Länder noch ganz bedeutend, wie bei den Männern Istrien (754) und bei den Frauen Dalmatien (900). Die Zahl der Bräute unter 19 Jahren ist namhaft, besonders groß in den Karpathen- und Karstländern. In einigen Ländern (Oberösterreich, Salzburg und Kärnten) ist mehr als die Hälfte der heiratenden Männer älter als 29 Jahre.

Wenn die Religionsbekenntnisse der Eheschließungen betrachtet werden, so zeigt sich, daß die Evangelischen die meiste (8,3 Eheschließungen auf je 1000), die Juden (5,9 Eheschließungen auf je 1000) die geringste Neigung zur Ehe haben. Sowohl bei den römischen als auch bei den griechischen Katholiken entfallen auf je 1000 Religionsangehörige 6,7 Eheschließungen.

Von 100 Bräutigamen gehörten 42, von 100 Bräuten rund 49 der Land- und Forstwirtschaft an. Den zweitgrößten Anteil hat bei den Bräutigamen die Berufsgruppe Industrie und Gewerbe (36 Prozent), bei den Bräuten die Gruppe der berufslosen Selbständigen (23 Prozent). Von je 100 heiratenden Männern waren 95, von je 100 Bräuten 55 erwerbstätig.

Was das gegenseitige Berufsverhältnis beider Ehegatten betrifft, so heirateten die in der Land- und Forstwirtschaft und in Industrie und Gewerbe beschäftigten Männer meist erwerbstätige Frauenspersonen (von je 1000 Männern 592 und 596), dagegen Bräutigame aus der Berufsgruppe des Handels und Verkehrs, des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe, endlich die Berufslosen überwiegend berufslose Bräute (von je 1000 Männern 551, 681 und 760).

Die Zahl 864.763 der Lebendgeborenen des Jahres 1913 ist so niedrig, wie seit 1885 nicht, das bedeutet aber im Verhältnis zur Bevölkerung einen Tiefstand wie nie zuvor: Der Durchschnitt Oesterreichs ist im Jahre 1913 bereits bei 29,72 auf 1000 Einwohner angelangt. Dabei geht Wien mit einer Geburtenziffer von 17,79 voran. Dalmatien hält sich mit 38,09 noch am höchsten.

Entsprechend dieser allgemeinen absteigenden Bewegung ist auch die Zahl der Totgeburten auf 1000 Einwohner nur noch 0,76. Sehr erfreulich ist dabei, daß das geburtenreichste Land Dalmatien die wenigsten Totgeburten auswies: 0,38 auf je 1000 Einwohner.

Die alte Erfahrungstatsache, daß Totgeburten unter den Knabengeburtten häufiger sind als unter den Mädchengeburtten, bei unehelichen häufiger als bei ehelichen, bestätigt sich auch im Jahre 1913.

Mit Rücksicht auf die großen Lücken, die der Krieg in die Reihen der Männer reißt, ist die Feststellung des so-

genannten Geschlechtsbruches wichtig, das ist das Verhältnis zwischen den Geschlechtern bei den Geburten. Auch das Jahr 1913 erbrachte einen Knabenüberschuß (64 auf je 1000 Mädchen), der jenen des Jahres 1912 (63) nur wenig überbot. Alle Länder hatten einen Knabenüberschuß, der sich zwischen 111 (Vorarlberg) und 31 (Istrien) auf 1000 Mädchen bewegte.

Die Zahl der unehelichen Kinder, im Gesamtdurchschnitt 3,7 auf je 1000 Einwohner, war besonders in den südburgenländischen Ländern gering. Kärnten zählte verhältnismäßig die meisten unehelichen Geburten, nämlich 11,5 auf je 1000 Einwohner.

Was die Verteilung der Geburten auf die Religionen betrifft, so schneiden die Israeliten am schlechtesten ab. Ihre Geburtenzahl betrug im Jahre 1913 auf je 1000 Einwohner 23,5, ist also gegen 1912 (25,9) neuerlich stark gesunken. Den Juden folgen die Evangelischen mit 27,0, die römischen Katholiken mit 29,2, einen mächtigen Vorsprung haben die Anhänger der griechisch-orientalischen Kirche (38,9) und die Griechisch-Katholischen (40,7).

Der Einfluß des Altersverhältnisses der Eltern auf das Geschlecht der Kinder wird in bemerkenswerter Weise beleuchtet. Bei einem Alter der Mutter bis 24 ist der Knabenüberschuß am größten, wenn der Vater das 50. Lebensjahr überschritten hat. Ist die Mutter älter, so ist bei einem mütterlichen Alter bis vierzig Jahren die Wahrscheinlichkeit einer Knabengeburt am größten, wenn der Vater zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr steht, die Eltern also in der Vollkraft sind. Ist ja doch überhaupt das Alter des Weibes vom 25. bis 30. Lebensjahr und das des Mannes vom 30. bis 40. Jahr das für die Fortpflanzung wichtigste. Nach den Ergebnissen des Jahres 1913 ließe sich auch die Regel aufstellen, daß bei sehr großen Altersunterschieden zwischen Ehegatten immer der ältere Teil das Geschlecht des Kindes bestimmt.

Von den 780.068 ehelichen Kindern des Jahres 1913 entstammen nicht ganz drei Fünftel der Land- und Forstwirtschaft (58 Prozent), von etwa mehr als einem Viertel (28 Prozent) der Kinder gehören die Väter der Industrie und dem Gewerbe an, der Rest verteilt sich auf die übrigen Berufsgruppen. Von den Bauernkindern entstammen drei Viertel selbständigen Landwirten, während in den anderen Berufsgruppen die Arbeiterkinder vorherrschen.

Von je 100 unehelichen Geburten entfallen nach dem Berufe der Mutter 39 (rund $\frac{1}{3}$) auf die Landwirtschaft, etwas mehr als $\frac{1}{4}$ (21 Prozent) auf Industrie und Gewerbe, der Anteil der übrigen Berufsgruppen ist gering, nur jener der berufslosen Selbständigen (18 Prozent) und Diensthöheren (17 Prozent) wäre erwähnenswert.

Die Sterblichkeit ist in ganz Oesterreich auch für das Jahr 1913 gegen 1912 neuerlich zurückgegangen. Dieses Ergebnis bleibt unverändert, wenn man die Zahlen getrennt für das männliche und weibliche Geschlecht berechnet. Beim männlichen Geschlecht entfiel auf die Altersstufe unter ein Jahr ein größerer Anteil (300 von 1000 Gestorbenen) als beim weiblichen Geschlecht (255 Prozent); in den folgenden Altersstufen bis zum 40. und sodann wieder vom 65. Lebensjahr angefangen ist dagegen die Zahl der weiblichen Gestorbenen verhältnismäßig größer. Besonders stark tritt dieser Gegensatz zwischen dem männlichen und weiblichen Geschlecht im Alter vom 50. bis 54. Lebensjahr zu Tage, und zwar gleichmäßig in allen Ländergruppen.

Die Säuglingssterblichkeit war in den Landbezirken größer als in den gleichnamigen Städten mit eigenem Statut. In ganz Oesterreich standen von je 1000 Gestorbenen rund 278 im ersten Lebensjahr, so daß also mehr als $\frac{1}{4}$ der Todesfälle Säuglinge betraf. Unterscheidet man zwischen ehelich und unehelich geborenen Säuglingen, so ergibt sich für die unehelichen Kinder eine größere Sterblichkeit, die größte für die unehelichen Knaben.

Die für Oesterreich gegebenen Zahlen bestätigen die bekannte Tatsache, daß die Sterbensgefahr der Verheirateten im allgemeinen geringer ist als die der Ledigen, wobei jedoch beachtet werden muß, daß bei diesen hauptsächlich die Säuglingssterblichkeit auf das Zahlenbild einwirkt. Die Sterblichkeit unter den Angehörigen der Religionsbekenntnisse mit hohen Geburtenzahlen ist auch infolge des hohen Anteils der Säuglinge größer als bei den minder geburtenreichen.

Unter den Todesursachen nimmt nach wie vor die Tuberkulose, die in ganz Oesterreich alljährlich über 80.000 Opfer fordert, die erste Stelle ein. Der geringen Abnahme im ganzen Staatsgebiete steht eine Zunahme in den Karpathenländern gegenüber, die durch den Rückgang in den anderen Ländergruppen wettgemacht wird. Am meisten gefährdet sind die Säuglinge und dann das Alter von 50 bis 70 vollendeten Jahren.

* 1. Heft des 14. Bandes Neue Folge der Oesterreichischen Statistik. Herausgegeben von der k. k. Statistischen Zentralkommission in Wien 1918. Verlag von Karl Gerolds Sohn in Wien, 276 und 84 Seiten mit 86 Tabellen nebst zahlreichen Uebersichten im Texte. Preis 11 Kronen.

verlaufen wird. Und diese Gedanken kommen am meisten denen, die Gelegenheit hatten, zu beobachten, wie wenig bisher zur Heranbildung der Frauen für ihren natürlichen Beruf geschehen ist. In keinem anderen Stande gilt wie hier noch das Wort: „Wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand dazu.“ Denn obwohl die Menschheit längst eingesehen hat, daß dieses kindliche Vertrauen in des lieben Gottes Gebefreudigkeit bei jedem bezahlten Amt nicht zureichend ist, ist's im großen und ganzen bei dem Beruf der Mutter noch immer beim alten geblieben. Unbelehrt über Haushalt, Kinderpflege und Kindererziehung, geht das junge Weib den Bund fürs Leben ein, setzt Kinder in die Welt, ohne sich der Verantwortlichkeit bewußt zu sein, die sie dem Kinde und der Welt gegenüber damit übernimmt. Wenn sie geordneten Familienverhältnissen entstammt, dann kann sie ja allenfalls, mit einigen noch nicht ganz veralteten Hauptgrundsätzen ausgerüstet, ihrem Beruf entgegengehen, aber zum mindesten reichen die Erfahrungen um ein Menschenalter weit zurück und verschließen sich längst notwendigen Neuerungen. Wenn aber gar ein „Kind der Liebe“ so recht unerwünscht das Licht der Welt erblickt, dann kennt die junge Mutter meist nur das Streben, ihr Kind und die Sorge um dasselbe an andere zu übertragen, statt sich in den Augen der Welt gerade durch ihr Wirken und ihre Arbeit zum Besten des Kindes wieder ihre Stellung zu beseitigen. Wenn wir daher von einem Mütterrat reden und ihm das Wort sprechen, so muß die Mütterunterweisung, die Mütterberatung, die Erziehung zur Mutter Hand in Hand gehen. Die geschulte Pflegerin sei die Lehrerin der Mutter; den vollen Ersatz für deren Verlust oder deren Ausschaltung vermag sie nicht zu geben, denn ihr fehlt die lebendige Fühlung mit dem Kreise, in dem das Kind geboren ist und dem es wiedergegeben wird, wenn es der Pflegerin entwohnen ist; dann soll es ebenso geboren sein wie vorher, verwachsen mit der Mutter, die es geboren und gesäugt hat und mit ihm wahrhaft eins ist, und der kein eigenes Opfer zu groß erscheint für ihr Kind; sie wird ihm am besten raten können.

Brauens durch ein Dankopfer zu begehren. Friedenschallen und Ruhmestempel sollten erbaut werden. Es ist aber jetzt nicht die Zeit, in totem Stein Denkmäler unserer Gesinnung zu errichten. Wir wollen ein lebendes Denkmal der Menschlichkeit erbauen, ein großes Friedenswerk der deutschösterreichischen Frauen, den Mütterbund. Jede Frau und jede Mutter wird gerne ihren Teil dazu beitragen, daß die finanzielle Grundlage des Bundes geschaffen wird. Sie soll dazu dienen, ein Haus der Mütter zu errichten, in dem die Säuglinge beraten wird, welches die Gebärende aufnimmt und so lange verpflegt, bis sie imstande ist, wieder an die Arbeit des Lebens zu gehen. Es soll Schutz, Hort und Ausflucht allen Frauen sein, in aller spezifischen Not ihres Geschlechtes. Hier soll sie Rat und tatkräftige Hilfe bekommen. Darüber hinaus soll jedes Mitglied des Bundes der Mütter, also jede Frau und Mutter, der Schwester die helfende Hand entgegenstrecken, wo immer und wie immer sie zur Hilfe aufgerufen werde. Alle bestehenden Institutionen sollen durch die Mütterräte nicht überflüssig, sondern zu intensiver Mitarbeit herangezogen werden. Alle Mütter eines Landes sind verantwortlich für alle Kinder dieses Landes. Was immer eine Frau von der anderen trennen mag, Weltanschauung und soziale Stellung, muß verschwinden; wie das körperliche Mutterwerden bei allen das gleiche ist, so muß das mütterliche Empfinden über alle trennenden Schranken der Nationalität und Konfession die Mütter vereinen in ihrem stärksten und heiligsten Urgefühl zu gemeinsamer Hilfe. Größer als alle Not muß immer die menschliche Hilfe sein.

Staatlicher Müttertschuh.

Von Helene Granitsch,

Vizepräsidentin des Kuratoriums der Kriegspatenschaft.

Es wird Sache der Frauen sein, bei ihrem Eintritt ins öffentliche Leben dafür ihren eigenen Einfluß einzusetzen, daß an die Stelle des menschenmordenden kriegerischen Imperialismus und des menschenvergehenden gewinnstüchtigen Kapitalismus die Kulturforderungen der Menschenökonomie, der Menschenwertung und der Menschenwürde richtunggebend werden. Deshalb müssen wir alle Bestrebungen für Mutter- und Säuglingsschutz wärmstens unterstützen. Das alte Oesterreich hatte nächst Rußland die größte Säuglingssterblichkeit, und es fehlten alle Gegenmaßnahmen des Staates. Der Säuglings- und Muttertschuh oblag ausschließlich der privaten Wohltätigkeit. Der erste Vorkämpfer im Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit in Oesterreich, Dr. Siegfried Weis, hatte die denkbar größten Hindernisse zu überwinden, um nur dem Gedanken der Säuglingsfürsorge Eingang in Oesterreich zu verschaffen. Vor sechs Jahren gründete ich im Verein mit dem berühmten Kinderarzt Prof. Eschrich den Verein „Säuglingsschuh“, der aus kleinen Anfängen sich bald zu einer ansehnlichen organisatorischen Tätigkeit entwickeln konnte. Als bei Kriegsbeginn die Not der werdenden und stillenden Mütter infolge der Einkürfungen und der drückenden Steuerung aufs höchste stieg, versuchte ich durch Zusammenziehung der gleichartigen Bestrebungen unter der neuen Flagge der Kriegspatenschaft, die die seelische Verbindung zwischen je einer begüterten Mutter und einem armgebornen Säugling herstellen sollte, der Werbekraft der Idee erhöhten Erfolg zu sichern. Der unermüdlischen Arbeit des verdienstvollen ärztlichen Organistors der Kriegspatenschaft, Primarius Dr. Moll, sowie der uneigennütigen ausgezeichneten Tätigkeit aller Kinderärzte, der Hilfschwestern, der ehrenamtlich im Bureau tätigen Funktionäre der Kriegspatenschaft, wie dem bewundernswerten Sammeleifer des Damenkomitees ist es heute zu danken, daß während des Krieges mehr als 29.000 Säuglinge, das ist mehr als jedes zweite in Wien geborne Kind, unter den ärztlichen und finanziellen Schutz der Kriegspatenschaft gestellt werden konnte, wodurch die Sterblichkeit und die Krankheitsziffer der Wiener Säuglinge eine sehr beträchtliche Herabminderung erfuhr.

Nunmehr soll nach dem Vorschlag Dr. Molls die Aktion ausgebaut werden durch die Einführung der Mütterräte, eine Einrichtung, die weit über den Rahmen der Kriegspatenschaft — als Friedenspatenschaft — hinaus in Zukunft den Müttern und Säuglingen als Selbsthilfeorganisation unter staatlicher Förderung Schutz bringen soll. Angesichts des Geburtenrückganges und der furchtbaren Auslese, die Krieg und wirtschaftliche Not in der deutschen Nation vollbracht haben, ist es eine Frage der Bevölkerungspolitik von eminentester Bedeutung, daß der kommenden Generation durch weitestgehenden Mutter- und Säuglingsschutz die Lebensmöglichkeit und Gesundheit gesichert werden. Deshalb begrüßen wir Frauen die Initiative und Arbeitsfreudigkeit, die nun entfaltet wird, auf das wärmste, und indem wir ihr unsere beste Kraft zur Verfügung stellen wollen, wünschen wir der Organisation der Mütterräte die beste Förderung durch unsere Regierung und gutwilliges Verständnis bei all denen, die es zunächst angeht, das sind die jungen Mütter des Volkes.

Mütterräte.

Zu den wichtigsten Aufgäben der nächsten Zeit gehört es, jene Wohlfahrtsinstitutionen, die im Kriege von Spenden erhalten wurden, und in diesen Tagen, da die freiwilligen Spenden weit weniger als reichlich fließen, vor der Gefahr der Auflösung stehen, auch für weiterhin zu erhalten. In erster Linie sind es die Wohlfahrtsinstitutionen für die armen Kinder und Mütter. Die Kriegspatenschaft, die zu diesen gefährdeten Einrichtungen gehört, soll nun in den von dem bekannnten Leiter der Reichsanstalt für Säuglingsfürsorge und Muttertschuh Dr. Leopold Moll angeregten „Mütterräten“, die wir kürzlich eingehend gewürdigt haben, ihre Fortsetzung finden. Kinder- und Muttertschuh ist in Zukunft von größter Wichtigkeit. Im nachstehenden veröffentlichen wir die von uns eingeholten Zusicherungen von einer Reihe von Frauen zur Anrohung der Mütterräte:

Die Erziehung zur Mutter.

Von Gemeinderat Marie Schwarz,

In unserer Zeit, da die Erkenntnis des Menschenwertes und der Verantwortlichkeit für das Gelingen des Menschenmaterials endlich aus dem Dämmerlicht der Studierstube einzelner hervorragender Geister ans helle Tageslicht der Allgemeinheit zu treten beginnt, soll das Kind mit seinen Lebensbedingungen endlich auch zu vollem Rechte kommen. Und da das arme Waisenkind seine Ansprüche in den überwiegenden Fällen nicht selbst klar und deutlich kundgeben kann, soll ihm nach dem Plan eines warmherzigen und erfahrenen Menschenfreundes sein natürlichster Anwalt — die Mutter — zur Seite gestellt sein. Dies ist wohl der Grundgedanke dessen, was der verdienstvolle Primarius Dr. Moll mit der Gründung seines Mütterrates beabsichtigt. Wir stehen gegenwärtig im Zeichen der „Räte“: Staatsrat, Soldatenrat, Schülerrat — warum soll es uns an einem Mütterrat fehlen, an einem Rat, der das Beste für das Liebste erfinden und verlangen, der es schützen soll vor Leid und Mangel, ihm Hilfe bringen soll, wenn der natürliche Beschützer fehlt oder versagt? Wahrlich, der Gedanke löst jedes warmfühlende Menschenherz höher schlagen! Nun kommen aber doch, ich will nicht sagen Bedenken, sondern Wünsche dazu, ob das schon geplante Werk nicht scheitern oder mindestens im Sande

Ein Wort an die Mütter.

Von Gemeinderat Anitta Müller.

Mütterlichkeit im tiefsten und wahren Sinne des Wortes bedeutet nicht nur Mutter seiner eigenen Kinder zu sein, sondern Dienst allem Lebenden gegenüber, das Hilfe braucht. Eine der führenden englischen Frauen hat als Motto der Frauenbewegung die Worte geprägt: „Frauenbewegung ist organisierte Mütterlichkeit“, und niemals wurde fremdes Leid so sehr als eigenes Leid empfunden als gerade während des Krieges. Wo es Not und Elend gibt, da stehen Kinder und Frauen in der vordersten Reihe. Ueber das Leid der Mütter im Kriege müßte man eigene Tragödien schreiben. Wir wissen, daß keine Worte stark und eindringlich genug sind, um das Herzleid der Mütter zu schildern, denen der blutige Krieg das Liebste geraubt hat, das sie im Leben hatten. Aber man hat über diesen Selbennütern die Geldennütern des Alltags vergessen, denen das Darben ihrer Kinder das gleiche Herzleid auferlegt hat.

Wollen wir den Müttern unserer Tage bei der schweren Arbeit ihres Lebens, dem Leben-geben und Lebenshalten ihrer Kinder, beistehen, so müssen wir eine Vereinigung der Mütter schaffen, in der zwei Organisationen vereinigt sind: die Organisation der helfenden Mütter, der die zusammengefaßte Hilfsbedürftigkeit gegenübersteht. Vor einigen Tagen ist Primarius Dozent Dr. Moll an alle Mütter mit dem Appell herangetreten, Mütterräte zu bilden, die in allen Frauen der Mutter- und Kindernot helfend einatzen und ein Bindeglied zwischen dem Heer der Mütter und den behördlichen Stellen bilden sollen. Auf allen Gebieten hat man bereits Organisationen geschaffen, auf dem politischen, wirtschaftlichen und nun endlich auf dem sozialen. Das Ziel der Politik ist heute nicht mehr auf die Macht des Staates, sondern auf die Wohlfahrt des Volkes gerichtet, aber der Staat kann immer nur allgemein helfen. Die Not des einzelnen zu erfassen und jedem einzelnen die besondere Hilfe zuteil werden zu lassen, wird immer Aufgabe der privaten Fürsorge-tätigkeit sein. Die Mütterräte, wie Dozent Dr. Moll sie sich denkt, könnten wohl das Exekutivorgan für eine große allgemeine Vereinigung der Mütter sein. Jeder einzelne Mensch, der unter dem furchtbaren Leid des Krieges erschauert ist, hat sich wohl vorgenommen, das endliche Aufhören all des

24. I. 1919

Die Ehereform.

Sitzung der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung hat also heute die genannte Ehereform in Beratung gezogen. Diese eine Reform, die nur das Schicksal der Geschiedenen leichtern will und an keine der großen Fragen, die allen zivilisierten Staaten schon längst erledigt sind, sich nur zu rühren wagt! Im Wesen ist es nur eine einzige Frage, die durch diese Reform entschieden werden soll, und die Christlichsozialen bemühen sich vergeblich, den Sachverhalt durch Hineinwerfen von Schlagworten, die damit gar nichts zu tun haben, zu verdunkeln, die Frage nämlich: Soll es den Geschiedenen, also jenen, deren Ehen schon auf Grund des geltenden, von den Christlichsozialen mit solcher Wut verteidigten Gesetzes geschieden wurden oder geschieden werden können, ermöglicht werden, dem traurigen Los, dem sie nun verfallen sind, zu entkommen, indem sie eine neue Ehe schließen können? Soll es vornehmlich den unglücklichen Frauen, die von ihren Männern mißhandelt und brutalisiert wurden und die durch das Gericht von der Fortsetzung des Ehelebens, das nur eine Ehehölle war, befreit wurden, die aber unter dem Mafel, der einer geschiedenen Frau heute noch anhaftet, schwer zu leiden haben, die in ihrem Fortkommen behindert sind, ermöglicht werden, eine neue Ehe zu schließen? Soll es jenen, die einen neuen Lebensgefährten gefunden haben, ermöglicht werden, mit ihm einen Ehebund zu schließen und ihren Kindern einen Vater zu geben? Sollen diese Jehntausende unehelichen Kinder zu ehelichen Kindern werden können? Sollen die Jehntausende Konkubinate in Ehen verwandelt werden können? Sollen aber auch die vielen geschiedenen Männer, die in der ersten Ehe nicht das erhoffte Glück gefunden haben, auch weiter verhindert werden, dieses Glück zu finden? Tausende Konkubinate sind die Folge des heutigen Gesetzes, das den katholisch Geschiedenen die Verehelichung verbietet, und man fragt sich vergeblich, ob denn das Konkubinat eine religiöse Einrihtung ist, da die Christlichsozialen mit solcher Leidenschaft dafür kämpfen, daß diese Konkubinate nicht in Ehen verwandelt werden können.

Wer die Reden der Christlichsozialen in der heutigen Debatte verfolgte, wird auf die Fragen, die wir hier gestellt haben und die alle die einzige Frage, ob geschiedenen Katholiken wie ihren andersgläubigen Lebensgenossen die Wiederverehelichung gestattet werden soll, in sich fassen, vergebens eine Antwort suchen. Auf alle diese Fragen wußten sie nur die eine Antwort, daß Juden und Sozialdemokraten in die katholische Ehe nicht hineinreden sollen. Aber Sever, der in seiner wirksamen Rede die Leiden der armen Geschiedenen schilderte und demgegenüber das Schicksal der Reichen stellte, die, ohne daß sich die Christlichsozialen je darüber aufgeregt hätten, auf einen Umweg doch eine neue Ehe schließen können, machte die Herren darauf aufmerksam, daß, wenn nach ihrer Ansicht nur diejenigen dreinreden sollen, die die Sache angeht, dann auch die Priester, die ja überhaupt keine Ehe schließen dürfen, nichts dreinreden sollen. Jenes Argument gebrauchte übrigens nicht nur der Wohlmeier, dessen Intellekt eben nicht weiter reicht, sondern auch der Dr. Schöpfer, der sich sonst gern auf einen Gelehrten hinauspielt. Daneben freilich bemüht er sich auch, aus den Argumenten der sogenannten theologischen Wissenschaft einige gegen die Ehereform vorzubringen. Sein Hauptschlagwort bestand darin, daß die Unlösbarkeit der Ehe von Christus stamme. Aber da die Lösbarkeit

liegt auf der Hand. Der zweite Umstand ist, daß Europa und die mit lebhaftester Aufmerksamkeit Europa und die Insofgeb... n, wen... itgehender... bestreun... sind her... der Ar... Sinne... gefast:

der nichtkatholischen Ehen von der Staatsgesetzgebung bereits anerkannt ist, kommt Herr Dr. Schöpfer mit diesem Argument um hundert Jahre zu spät. Und daß Christus nur die katholischen Ehen im Sinne hatte, dagegen spricht wieder der Umstand, daß die wesentlichsten Bestimmungen über die katholische Ehe erst auf dem Konzil von Trident festgesetzt wurden, wie zum Beispiel die kirchliche Eheschließung.

Wie es mit den Argumenten gegen die Ehereform aussieht, kann man aus dem von Dr. v. Fuchs Angeführten ersehen, daß wenn die Ehe durch Ehebruch zerrissen werden könnte, dieser für viele ein erwünschtes Mittel wäre, das Eheband dadurch zu zerreißen. Dieser „Christ“ hat also das Gesetz so wenig gelesen, daß er nicht einmal weiß, daß der schuldige Teil die Ehetrennung nicht verlangen kann! Im übrigen argumentierten diese beiden Christlichsozialen Redner damit, daß man der Kirche damit Gewalt antue, und Dr. Schöpfer verstieg sich sogar so weit, zu erklären, daß er für die Kirche nur die Freiheit wolle und es auch ablehne, den Staat als Bützel für irgend eine Konfession zu verwenden. Wenn das richtig wäre, würde man sich leicht treffen können und dann würden sie auch den Kampf gegen die Ehereform unterlassen. Denn die Freiheit der Kirche vom Staate, aber auch die des Staates von der Kirche wollen auch wir. Der Kirche geschieht aber durch die Ehereform kein Eintrag. Niemandem wird es einfallen, zu verlangen, daß die Geistlichen etwa die Lösbarkeit der Ehe anerkennen. Man verlangt ja nur, daß vom staatlichen Gesichtspunkt aus die Trennung der Ehe und die Schließung der neuen Ehe zugelassen werde. Wie sich die Kirche dazu stellt, ist ihre Sache; möge sie aber auch das Recht des Staates, auf seinem Gebiet die Ehe zu trennen, anerkennen. Die Kirche hat sich ja schon zu mancherlei Konzessionen gegenüber den ihr unbequemen weltlichen Anschauungen bequemt. So hat sogar das Zentrum dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuch zugestimmt, das die Zivilehe einführt, und hat damit der Kirche nicht geschadet.

Die Haltlosigkeit der Christlichsozialen Argumente war so offenkundig, daß die Redner damit trotz der Bemühungen ihrer Claque, sie durch Zwischenrufe aufzuputzen, ganz abfielen. Von den Rednern, die das Gesetz verteidigten, sind außer Sever, von dem wir schon gesprochen haben, noch Dr. Osner, der Deutschradikale Dr. v. Mühlwerth und der Staatssekretär Dr. Noller hervorzuheben, die in ruhigen, streng sachlichen Ausführungen die Notwendigkeit der Reform darlegten. Dr. Noller verwies dabei namentlich darauf, daß der heutige Zustand, der dem Reichen die Eingehung einer neuen Ehe ermöglicht, und dem demokratisch ist. Er streifte auch mit einigen Worten den Christlichsozialen Schwindel, daß nun die Ehegattin willkürlich verstoßen werden könne, und stellte kurz fest, daß diese Behauptung im Gesetz keine Stütze finde. Aber das wird die Christlichsozialen nicht hindern, die Lüge im Wahlkampf weiter zu verwenden.

Die Sitzung.

13. Sitzung. Der Präsident Seifert eröffnet die Sitzung um 1/12 Uhr. Er hält zuerst dem am Dienstag verstorbenen Abgeordneten von Troppau Professor Sommer einen sehr warmen Nachruf. (Sommer hat bekanntlich dem Abgeordnetenhause seit dem Jahre 1905 angehört und, obwohl er den Deutschradikalen angehörte, sich durch eine größere Bildung und urbane Sitten von seinen sonstigen Parteigenossen wohlweisend abgehoben. Er hat sich im Kriege ein Herzübel zugezogen, dem er nun im fünfzigsten Lebensjahre erlegen ist.)

In derselben Sitzung ein Auschu...

31. 11. 1919
31. März 1919

daß die Menschen dort Hungers starben; nur sagen sollte man es nicht. Das Ganze ist nur ein neuerlicher Beweis der Zügellosigkeit der Leute, die uns einstmals regierten, die nur das Verschweigen und Beglügen, nie das Bessern der Dinge Stimme hatten. Und solche Dummköpfe wollten den Weltkrieg führen!

Demokratie und Hygiene.

Von Dr. Gustav Stelow.

Eine dankenswerte Neuerung ist geschehen, wobei das Gefühl der Befriedigung nur durch die sich aufdrängende Frage beeinträchtigt wird: warum so spät? Eine Neuerung, die, offenbar im Staatsamt für Volksgesundheit beschlossen, unter dem wenigen dort in der viermonatigen Besuchszeit Geleisteten als eine wertvolle Tat anerkannt werden muß, so selbstverständlich sie auch ist, so sehr sie auch nur den allerersten Anfang befriedigter Notwendigkeiten darstellt: die allgem. zugängliche, unentgeltliche Behandlung Geschlechtskranker, getrennt für Frauen und Männer, wurde in Wien bezirksweise in Angriff genommen. Damit ist ein Anfang gemacht, den vorher privater Unternehmungsgest, zum Beispiel die akademische Sektion des Gelben Kreuzes, der österreichischen Gesellschaft zur Seuchenbekämpfung, zum Teil sogar gegen den passiven Widerstand der Behörden versucht hat. Ein Anfang! Wie etwa die ebenso dankenswerte Errichtung der Tuberkulosenfürsorge stellen — wieder nur durch privaten Opfergeist! — nur ein Beginn ist, an den sich, soll er ersprießlich wirken, erst die lange Reihe weiterer und tiefer wirkender Maßnahmen schließen müßte.

Aber im altüberlieferten Beamtentrott darf die Frage der Volkshygiene in der Republik Österreich nicht weitergeführt werden; denn was auch gegen unsere wirtschaftlichen, was auch gegen die kulturellen Güter der Nation, gegen ihre sittliche Gesundheit durch den zutiefst verbrecherischen Krieg gesündigt worden ist, die Volksgesundheit bleiben hinter jenen anderen um nichts zurück. Die kapitalistisch-militaristische Gesellschaft hat sich früher niemals um die Volksgesundheit mehr gekümmert, als es das Interesse der Selbstbewahrung der Besiegenden erheischte; daß die staatliche Gesellschaft eine Ehrenpflicht zu erfüllen habe, indem sie dem Proletariat ihre Mittel zur Verfügung stellt, daß er sich das einzige ihm eignende Produktionsmittel, seine körperliche Gesundheit, bewahre, das blieb der Kapitalistenklasse, seit sie bestand, eine wesensfremde Erwägung. Heute aber sind Lues und die chronischen Gonorrhöeformen, heute ist die Tuberkulose Gemeinfrankheit geworden, die alle Schichten, vom Lumpenproletariat bis zum Bankdirektor, erfaßt hat. Die gerühmte demokratische Schützengrabengemeinschaft, die Enge der wochenlangen Transporte hat eine Vermischung von Gesunden und Kranken hergestellt, der sich als wirksame Ergänzung die durch Strapazen aller Art hervorgerufene Unnahmsbereitschaft für die Krankheitskeime gesellte; die Verwerfung der Kadets und Vermengung der Regimenter endlich hat die Männer gesunder Landstriche mit denen schon durch Jahrzehnte mit Lues und Tuberkulose verseuchter durch-einandergebracht, so daß heute kein noch so verkehrsfremdes, naturfrisches Wald- oder Alpendorf von den Seuchen frei ist. Da wurde es dann freilich zur gebieterischen Erkenntnis der Gesellschaft, daß mit dem Wiederaufbau ihrer Wirtschaft Hand in Hand gehen müsse der der Volksgesundheit; daß die künftigen Geschlechter geschützt werden müßten vor der bösen Erbschaft des heutigen und seines vergifteten Blutes.

Und doch gewahrt man so wenig wirkliche Taten, daß die eingangs erwähnte Selbstverständlichkeit schon als dankenswerte Ausnahme frohes Staunen weckt. Woher dieses Versagen einer doch sonst so verordnungs-treudigen Zeit?

Zwei Ursachen sind — wenn von dem Mangel an Geldmitteln für die Seuchenbekämpfung abgesehen wird — zwei sind dafür verantwortlich zu machen: die Bevölkerung selbst und ihre Indolenz, ihre Scheu vor hygienischen Maßregeln, ihre Gleichgültigkeit, die sie fast fatalistisch den Gefahren der Geschlechtskrankheiten und auch der Tuberkulose gegenübertraten läßt, ihr geringer Eifer, die gebotene Hilfe anzunehmen, das alles bildet den einen Grund; der andere aber steckt in der Bürokratie, die durchaus ungeeignet ist, mit ihren in die neue Zeit mit herübergenommenen alten Mitteln des Zwanges, der Verordnungen und der Verantwortungs-scheu des einzelnen den verderblichen Massenerscheinungen zu begegnen. Hierzu tritt noch die Tatsache, daß die ohnedies mit recht zweifelhaftem hygienischen Gewissen ausgestattete Bevölkerung allem, was vom grünen Tische höheren Beamtentums stammt, ein durch Erfahrung keineswegs unberechtigtes Mißtrauen entgegenbringt.

Aber die beiden — das Gesundheitsamt und das von ihm gesund zu erhaltende Volk — müssen nun irgendwie doch zusammengebracht werden. Da die Methoden der selbstfischeren Bürokratie hierzu aber untauglich sind, müßten andere angewendet werden. Unserem Zeitgeist entsprechend müßten sie die Bevölkerung und die Kranken zur Mitarbeit in Mithilfe und Mitarbeit erziehen und ihnen auf diese Weise erhöhtes Vertrauen zu den notwendigen, durch die Wissenschaft geleiteten Maßnahmen beibringen; eine Ansicht freilich, die jedem Bürokraten oder ärztlichen Administrationsbeamten die Haare zu Berge starren läßt. Da andererseits auch unsere Schulordnung fortgesetzt und bewußt den Fehler begeht, alles, was der eingeleierten Prädikatur der Gesellschaft widerspricht, indem es Kunde vom Aufbau und Innenleben des menschlichen Körpers bringt, vom Volksschulunterricht auszuschließen, so müßten diese neuen Methoden das Versäumte nachtragen und durch sie ausgiebige Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Deshalb nun müßte zwischen die Bürokratie und die Bevölkerung ein von jener unabhängiges, nur dem Volke und dem vom Volke beauftragten Leiter des Staatsamtes verantwortliches Bindeglied, ein Volkskommissariat eingeschaltet werden. Wenn es richtig geführt und aufgestellt, das Vertrauen der gesunden und kranken Bevölkerung zu gewinnen vermöchte, dann würde es sich zur Ausnahme stelle aller Beschwerden, Wünsche und Anregungen aus der Masse ent-

wollen, im Wege des niederösterreichischen Landesrates (Schulreferent) um ihre Aufnahme an der landwirtschaftlichen Mittelschule in Mödling bewerben.

Kriegsgefangenenfürsorge. Der Zentralverband deutschösterreichischer Militärgastisten hat gemeinsam mit dem Verbands der Berufsunteroffiziere einen Ausschuss zur Behandlung aller die Kriegsgefangenenfürsorge betreffenden Fragen eingesetzt. Anfragen und Gesuche sind an den „Arbeiterausschuss der Militärverbände für Kriegsgefangenenfürsorge“, Wien, 1. Bezirk, Schwarzenbergplatz 1, zu richten.

Die Auswanderung nach Südamerika. Eine Unterredung mit dem Präsidenten des Kolonisationsvereines.

Es mögen sich wohl harle Seelenkämpfe abgespielt haben, bis bei vielen Offizieren der Entschluß reifte, Oesterreich zu verlassen und sich in einem fernem Weltteil neue Existenzbedingungen zu schaffen. „Wir kehren unserem Vaterlande Deutschösterreich nicht den Rücken“, sagte der Rittmeister Gamillscheg, der Vertreter des Auswanderungsplanes und nunmehrige Präsident des Kolonisationsvereines zur Gründung neuer Existenzen. „Wir haben einsehen gelernt, daß unser Klein und arm gewordenes Oesterreich die enorme Zahl der durch den Krieg stellenlos gewordenen Intellektuellen aller Berufe nicht unterzubringen vermag. Wir wollen die Zahl der Unzufriedenen nicht vermehren. Wir wollen keine Drohnen sein, wir wollen arbeiten. Auch „drüben“ werden wir brauchbare deutschösterreichische Bürger und gute Deutsche bleiben. Dazu mußte aber die Auswanderung organisiert werden, denn der Einzelauswanderer geht leicht zugrunde oder er wird von fremden Völkern assimiliert. In einigen Jahren wird hoffentlich ein Großteil von uns wieder in die Heimat zurückkehren. Der Zweck des Kolonisationsvereines (Wien, I. Schwarzenbergplatz 1) ist, die später doch erzwungene Auswanderung in geregelte Bahnen zu lenken und vor allem der Ausbeutung durch gewissenlose Auswanderungsagenten ein Ende zu bereiten. Auch Leute, welche dem Vereine nicht angehören, werden in Auswanderungsangelegenheiten beraten und solche, die nicht unbedingt auswandern müssen, vor dem Unternehmen gewarnt. Eine Studienkommission, der auch ein Nationalökonom als Regierungsvertreter angehört, wird, unter Führung Rittmeister Gamillschegs, schon in den nächsten Tagen nach Südamerika abreisen. Dort wird getrachtet werden, von den Regierungen günstige Bedingungen zu erlangen, namentlich billigen Kredit und Ländereien mit gutem Boden in gesunder Lage. Die Studien werden beschleunigt werden, weil die Mehrzahl der bereits fast 1000 angemeldeten Auswanderer in der Zwangslage ist, sich rasch eine neue Existenz schaffen zu müssen. Für die Kolonis kommen vornehmlich Brasilien, wo bereits mehrere Tausend Deutsche in geschlossenen Siedlungen leben, dann Argentinien (das Rio-Negro-Gebiet, Cordoba, Tucuman, Misiones) oder Paraguay in Betracht.

Das Interesse für das Projekt ist ein sehr lebhaftes. Bei Rittmeister Gamillscheg laufen unausgesetzt Anfragen ein, selbst aus Jugoslawien, Bosnien und aus den Kriegsgefangenenlagern in Italien. „Mit Dank hat der Verein erkannt — sagt Gamillscheg — daß auch die Regierung, soweit unser armes Vaterland es kann, uns reichlich und warmherzig den schweren Schritt erleichtern will. Auch die freie Sammlung, welche der Verein vom „Silbernen Kreuz“ (Wien, I. Bäckerstraße 8) für unseren Unterstützungsfonds einleitete hat bereits in wenigen Tagen mehrere Tausend Kronen eingebracht. Der Abt von Sella, der sich derzeit auf der Ueberfahrt nach Brasilien befindet, hat versprochen, die Auswanderer tatkräftig zu unterstützen und einen Teil der Kolonisten in den Klöstern der Abtei Sao Paolo provisorisch unterzubringen.“

Die Ausbringung eines Investitionskapitals von drei Millionen Kronen erscheint, dank dem Entgegenkommen von Wiener Banken und der Regierung, gesichert. In dem vorsichtig aufgestellten Finanzkalkül wurde nicht in Rechnung gestellt, daß die brasilianische Regierung vor dem Kriege jedem Einwanderer freie Ueberfahrt und Lebensmittel für drei Monate gewährte. Es ist beabsichtigt je zehn Kolonisten eine Grundfläche von 200 ha zur gemeinsamen Bewirtschaftung zuzuteilen. Jeder Genossenschaftler hat 5000 Kronen einzulegen. Für mitzunehmende Familienmitglieder und Arbeiter sind weitere 2000 Kronen für die Person zu erlegen. Das soll er-möglichen, auch mittellose Arbeiterfamilien mitzunehmen, denen man nach 5 bis 6 Jahren $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{2}$ des genossenschaftlichen Grundbesitzes samt Fundus instruktus in das freie Eigentum überläßt oder aber einen Prozentsatz der Ernte abtritt.

Die Studienkommission hofft, Ende Mai die Ergebnisse der Besichtigungen und Verhandlungen kablern zu können. Hierauf werden vom Vereine alle Vorbereitungen für die Expedition derart getroffen, daß nur mehr die Rückkehr eines der Kommissionsmitglieder abgewartet wird, um etwa Ende Juli die Ausreise antreten zu können. Inzwischen werden die Teilnehmer der Auswanderung in Kursen und Schulen für den zukünftigen Beruf praktisch vorgebildet.

Der Klagebrief eines Gendarmen. Wir erhalten von einem gebürtigen Wiener, der dem seinerzeitigen Aufrufe zum Eintritt in die Gendarmerie gefolgt und heute am Lande stationiert ist, folgende Zeilen: Sehr geehrter Herr Redakteur! Warum ich mich an Sie wende? Weil sich Ihr Blatt getraut, auch jetzt noch frank und frei zu sprechen, wo es, wie ich weih, schwer ist — auch für den Mutigen. Also zur Sache! Die Gendarmerie ist verpfuscht worden. Aus einer stramm organisierten, angesehenen Gruppe der bewaffneten Macht ist sie ein entmilitarisiertes, schlappes Kanakistenkorps geworden. Nicht alle! Gott bewahre! Viele Gendarmen sind immer noch stramme

4. IV. 1919

Unsere Kinder.

Von Universitätsprofessor Dr. J. Zappert.

Als bald nach Beginn des Krieges schwere Seuchen, Cholera, Blattern, Fleckfieber, Typhus, Ruhr, unsere Kämpfer heim-suchten, bestand eine große Gefahr, daß auch die Bevölkerung des Hinterlandes von diesen bössartigen Infektionskrankheiten er-griffen werden könnte. Dank der eifrigen und zielbewußten Tätigkeit der Ärzteschaft wurde diese Gefahr beseitigt und man durfte sich der Erwartung hingeben, daß wenigstens Frauen und Kinder von Kriegskrankheiten verschont bleiben würden. Diese Hoffnung erwies sich leider als trügerisch. Gegen Bazillen und andere Krankheitskeime konnten sanitäre Vorkehrungen erfolg-reich ankämpfen — gegen Hunger und Entkräftung waren sie machtlos. Und so sehen wir jetzt zu all den bitteren Sorgen, die uns der Krieg gebracht hat und noch täglich in neuer Form bringt, eine neue hinzutreten, vielleicht die schwerste von allen, die Sorge um die Gesundheit und die Erhaltung des Nachwuchses.

Das Amt für Volksgesundheit bringt in einer eben er-schienenen Denkschrift: „Ueber die Notwendigkeit von Erholungsaktionen für die unterernährte Jugend Deutschösterreichs im Frühjahr und Sommer 1919“, erschütternde Mitteilungen über den Ge-sundheitszustand unserer Kinder. Schon im Vorjahre hatte sich bei der Untersuchung vieler Tausender Schulkinder zum Zwecke der Ferienunterbringung gezeigt, daß die Kinder durchschnittlich 4 bis 10 Kilogramm hinter dem Normalgewicht zurückgeblieben waren, und im laufenden Jahre sind zweifellos noch viel ein-schneidendere Gewichtsrückgänge zu erwarten. Eigene Unter-suchungen haben den Schreiber dieses gelehrt, daß bereits im Säuglingsalter diese Verminderung des Durchschnittsgewichtes zu verzeichnen ist, indem viermonatige Kinder von 1915 bis 1918 um zirka 300 Gramm, zehnmonatige um zirka 600 Gramm ab-genommen haben. Daß die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommende Unterernährung der Kinder tatsächlich deren Wider-stand gegen Krankheit und Tod auf das schwerste herabsetzt, zeigen ergreifende Statistiken der letzten Jahre. Die Zahl der Todesfälle bei Kindern im Alter von 5 bis 15 Jahren ist in Deutschösterreich von rund 4600 im Jahre 1913/14 auf rund 6960 im Jahre 1916/17 angestiegen; in Wien ist die prozentuelle Steigerung der Todesfälle noch größer. Die Tuberkulosesterblich-keit hat sich in Wien von 1913/14 bis 1916/17 bei Kindern von 6 bis 10 Jahren um 55 Prozent, bei solchen von 11 bis 15 Jahren um 95 Prozent, bei Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren um 160 Prozent und bei solchen von 21 bis 25 Jahren um 120 Prozent vermehrt. Wie sich die Verhältnisse im Jahre 1918 entwickelt haben, ist zahlenmäßig noch nicht festgestellt, aber daß sie noch eine wesentliche Verschlechterung erfahren haben, ist leider für jeden, der viele Kinder zu sehen Gelegenheit hat, außer allem Zweifel.

Dabei hat nicht nur die Stärke, sondern auch die Ausbreitung dieser Unterernährung in gewaltigem Maße zugenommen, da derzeit auch weite Kreise des Mittelstandes davon betroffen sind.

Für die Gegenwart und die Zukunft, ja für Jahrzehnte hinaus bildet diese Verelendung unserer Jugend eine überaus ernste Gefahr. Alle Mittel müssen versucht werden, um einem Weiterschreiten dieser Entkräftung entgegenzutreten.

Bereits in den Jahren 1916 und 1917, namentlich aber im Jahre 1918 waren großzügige Ausspeise- und Ferien-aktionen bestrebt, einen beträchtlichen Teil der bedürftigen Kinder wenigstens vorübergehend unter günstige Ernährungsbedingungen zu bringen. Die immer noch sich verschlechternden Ernährungsverhältnisse sowie die staatlichen Umwälzungen haben die Hoffnungen, auch im Jahre 1919 den herabgekommenen Großstadtkindern eine ausgiebige Erholung zu verschaffen, be-deutend herabgesetzt, und in dieser schweren Not wendet sich das Amt für Volksgesundheit an die breite Öffentlichkeit um Mit-wirkung.

In manchen Punkten haben das Staatsamt sowie der Wiener Stadtrat sich selbst bemüht, Hilfe zu bringen. So wurden bis-her 180.000 Büchsen Nährmehl an Säuglinge, 800.000 Kilo-gramm Schweizer Liebesgaben, namentlich Reis und Schokolade, an Kinder von drei bis vierzehn Jahren zur Verteilung gebracht, so wurden die bisherigen Ausspeisestellen für Kinder vermehrt, so wurde die Schrebergärtenaktion unterstützt, so daß im Vorjahre aus 15.000 derartigen Familiengärten 12.000 Waggon Gemüse und Erdäpfel im Werte von 10 Millionen Kronen ge-erntet werden konnten. Durch den katholischen Volksverein in der Ostschweiz wurde wieder die Möglichkeit der Unterbringung Wiener Kinder in der Schweiz geboten und auch durch andere Organisationen wurde ein Aufenthalt in der Schweiz für mehrere hundert Kinder ermöglicht. Was bedeuten aber alle diese kleinen Maßregeln gegenüber der Notwendigkeit, viele Zehntausende von Schulkindern und Lehrlingen in den Sommer-monaten durch Sandluft, genügende Ernährung, reichliche Be-wegung im Freien, gesundheitlich wenigstens soweit zu stärken, daß die unmittelbaren Gefahren des Hungerns und der Ent-kräftung vermieden werden könnten. Im Vorjahre war es durch das Kaiser Karl-Wohlfahrts-Werk möglich gewesen, über 65.000 Schulkinder Deutschösterreichs auf dem Lande unterzubringen. Ist für 1919 ein ähnlicher Erfolg zu erwarten? Leider haben sich die Verhältnisse so ungünstig gewendet, daß man nur mit banger Erwartungen an eine große Ferienaktion gehen kann.

Der größte Teil Ungarns — etwa außer einem kleinen Gebiete Westungarns — ist verschlossen, Böhmen und Mähren sind unzugänglich, so ist zum Beispiel das schöne Ferienheim Tschonowitz bei Brünn von den Czechen völlig ausgeraubt worden, unsere deutschösterreichischen Provinzen fürchten selbst eine Hungersnot und schließen sich gegen Einwanderungen energisch ab. Auch die Kostenfrage für eine ausgedehnte Ferien-aktion fällt schwer ins Gewicht. Trotzdem will das Amt für Volksgesundheit die Hoffnung nicht aufgeben, auch im kommen-

den Sommer und vielleicht schon im Frühjahr den so bedürftigen Kindern einen Sommeraufenthalt zu ermöglichen und bringt in der Denkschrift diesbezügliche Vorschläge.

Vor allem wendet sich die Schrift an die ländliche Be-völkerung unserer deutschösterreichischen Provinzen, namentlich Oberösterreichs und Niederösterreichs, ferner Steiermarks, Kärntens und Salzburgs und Westungarns. Wenn auf dem flachen Lande oder in kleineren Orten Gruppen von Kindern untergebracht würden, so dürfte deren Verpflegung ihre Wirte kaum stark belasten und es könnte doch viel Segen gestiftet werden. Es handelt sich vor allem darum, die Landesbehörden für diese Aktion zu gewinnen, denen die Auswahl von Orten und Persönlichkeiten zur Uebernahme der Kinder nicht allzu schwer fallen dürfte. Vielleicht wäre der Versuch zu machen, ältere Knaben in geschlossenen Kolonien auf gut bewirtschaftete Landgüter unterzubringen, wo sie unter verständnisvoller Leitung sich an den Feldarbeiten beteiligen könnten. Das wäre, wenn Ueberanstrengung vermieden würde, für die Jungen von großem Vorteil und für den Gutsbesitzer von Nutzen. Dies-bezügliche Erfahrungen, die im Vorjahre eine etwa 25 Knaben starke Pfadfinderabteilung auf einem deutschungarischen Gute hatte sammeln können, waren recht ermutigend.

Noch wichtiger als die verstreute Unterbringung von Kindern auf dem Lande wäre die Fürsorge in eigenen Heimen, namentlich für kränkliche oder Tuberkuloseverdächtige kämen wohl nur solche Heimstätten in Betracht. Für diese Ferienkolonien können nicht nur bestehende Einrichtungen, die voll ausgenützt werden müßten, herangezogen werden, sondern man muß auch nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung solcher Kinder Umschau halten. Dies versucht die hier besprochene Denkschrift in sehr dankenswerter Weise. Eine ganze Reihe von Flüchtlings- und anderen Barackenlagern hätten Platz für die Aufnahme von Schulkindern und Jugendlichen, ja es könnten in einzelnen dieser Lager Abteilungen für besonders fürsorge-bedürftige, so namentlich für Tuberkuloseverdächtige, geschaffen werden. Für zweifellos tuberkulose Jugendliche und Kinder könnten Abteilungen in bereits bestehenden Anstalten ausgebaut werden. Sehr beherzigenswert ist die Anregung, diese jederzeit zur Verfügung stehenden Stationen bereits im Frühling, ferner im Spätherbst, ja vielleicht in beschränktem Maße auch im Winter für besonders erholungsbedürftige Kinder und Jugendliche offen zu halten.

Es sind, wie man sieht, keineswegs unerfüllbare Wünsche, die hier ausgesprochen werden. An dem Entgegenkommen der ent-sprechenden Behörden ist kaum zu zweifeln. Aber — diese Unternehmungen kosten Geld, viel Geld, um so mehr als die Verpflegung der Ferienkolonien ja mit dem jetzigen Mangel an Nahrungsmitteln und den dementsprechend hohen Preisen zu rechnen hat. Die „Denkschrift“ geht auch dieser schwierigen Frage nicht aus dem Wege.

Die Schweizer Kolonien werden freilich durch die Opfer-willigkeit der dortigen Bevölkerung zum größten Teile erhalten werden. Aber für andere am Lande untergebrachte Kinder muß man mit einer Kosten-summe von 1 bis 1 1/2 Millionen Kronen für 10.000 Kinder rechnen. Wie soll diese Summe auf-gebracht werden? Bei Heimspfleglingen könnten nach einer ge-machten Anregung die Gemeinde-Wien, Land und Staat sowie die Krankenkassen einen Beitrag leisten, der die in Aussicht ge-nommenen Tagesauslagen von 5 K. per Tag zum größten Teile decken würde. Für die sonstigen Kosten könnten die Eltern und Angehörigen der versorgten Kinder herangezogen werden. Es wird berechnet, daß bei Einhebung eines Betrages von 50 K. per Kind eine Summe von einer halben bis einer Million herein-gebracht werden könnte. Selbstverständlich ist diese Beitragsleistung keine obligatorische und müßte bei besonders bedürftigen Fällen entfallen. Dagegen erscheint es durchaus wahr-scheinlich, daß eine große Anzahl von Eltern auch gerne einen höheren Betrag freiwillig entrichten werden, da ja derzeit die mehrwöchentliche Verpflegung eines Kindes im Hause ohne die Vorteile des Landaufenthaltes ein Vielfaches der genannten Summe beträgt. Liegen doch die Verhältnisse im Mittelstande derzeit so, daß eine andere Art der Sommererholung für die herabgekommenen Kinder meist vollkommen ausgeschlossen er-scheint. Freilich darf die ganze Angelegenheit nicht zu einer Mittelstandsbildung herabsinken und es muß nur die bei ärztlicher Untersuchung festgestellte gesundheitliche Bedürftigkeit und nicht etwa die Höhe der Beitragsleistung für die Entsendung eines Kindes maßgebend sein.

Ein Rest von einigen hunderttausend Kronen bleibt allera-dings unbedeckt und zur Tilgung dieses voraussichtlichen Schul-dbetrages wendet sich die Denkschrift des Volksgesundheitsamtes an die öffentliche Wohltätigkeit. Sicherlich ist jetzt der Zeitpunkt, von Banken, Sparkassen, Aktiengesellschaften und einzelnen Wohltätigern größere Spenden zu verlangen, ein höchst ungeeig-ener. Aber unsere Notwendigkeit kann nicht warten, bis wieder bessere Verhältnisse eingetreten sind. Ein paar Wochen Sommers-erholung sind ja nicht alles, aber das Fehlen einer solchen und das Ueberfommern der armen Kinder in der heißen, staubigen Großstadt mit ihrer ungenügenden Ernährung und ihren auch für größere Kinder bereits merkbaren seelischen Erschütterungen könnte schwerste, unheilbare Folgen mit sich bringen. Man kann wohl sagen, daß jetzt der Gesundheitszustand eines großen Teiles unserer Jugend auf der Schneide steht, ein Plus an Hunger und Entkräftung könnte die Widerstandskräfte gegen Krank-heiten und insbesondere gegen die „Wiener Krankheit“, die Tuberkulose, so rapid herabsetzen, daß ein sturartiges Ansteigen von Erkrankungen und Todesfällen zu befürchten wäre. Alle Kreise, die für die an all dem Elend unschuldigen Kinder ein-ertz haben und die eine glücklichere Zukunft unseres armen deutschösterreichischen Staates herbeiführen, müssen dazu bei-tragen, um eines der wenigen Güter, die wir jetzt noch besitzen, unseren Nachwuchs, zu retten und zu erhalten. Die Abteilung für Erholungs-fürsorge des Amtes für Volksgesundheit, 1. Be-zirk, Naglergasse 1, ist arbeitsbereit und arbeitsfreudig. Möge sich für sie bald reichliche Arbeit ergeben.

zufrieden und zu sterben. Alle unsere bevölkerungspolitischen Arbeiten, und mögen sie noch so kostspielig sein, sind Stümpereien und wissenschaftlich sich gebende Dilettantismus, wenn es uns nicht gelingt, den je 33 1/3 Prozent aller Menschen, die unter dem gesetzlichen Existenzminimum leben, zum gesetzlich ausreichenden Existenzminimum zu verhelfen, wenn es uns also nicht gelingt, der gräßlichen Warenarmut unter den Kulturvölkern abzuwehren. Denn schon in Friedenszeiten hätten die Kulturvölker sieben- bis achtmal mehr Waren (Waren im Sinne aller zu einem menschenwürdigen Leben notwendigen und nützlichen Dinge) erzeugen müssen, um allen Menschen nur die zu ihrem Leben notwendigen ausreichenden Dinge zu verschaffen. Diese Warenarmut kommt daher, weil ungefähr die Hälfte aller Arbeitskräfte der Welt und mehr als die Hälfte des Kapitals an der Herstellung sozial schädlicher und nicht notwendiger Waren arbeitet, vielfach an der Herstellung jener Waren, welche direkt die Säuglingssterblichkeit, bzw. die Verelendung der Masse verschulden. Ich nenne die Alkoholerzeugung, die Tabakkultur, die unsoziale Luxusindustrie und Modewarenproduktion, die Arbeit, welche geleistet wird, um die Unsitlichkeit in allen Formen zu ermöglichen, angefangen von der reglementierten und nicht reglementierten Prostitution bis zur Herstellung der Schundliteratur und der pornographischen Kunst und bis zum gemeinen Theaterstück und Ehebruchsfilm u. dgl. Ich hebe die ungemein betrübende Tatsache unserer Regierung hervor, welche von den unmoralischen Bier-, Schnaps- und Schaumweinsteuern und Vordellsteuern und Luxussteuern und vom Tabakbau lebt, also die Feinde der Bevölkerungspolitik legitimiert und fördert. Und das heißt man Kultur!

Das alte Oesterreich hat jährlich gegen zwei Milliarden Kronen betrunken, eine halbe Milliarde verbraucht, 1 1/2 Milliarden für die Ueberwachung der durch die Doppelmoral der Männerwelt geforderten Prostitution und für die Heilung der dadurch verursachten Schäden der Prostitution ausgegeben. Was der unsinnige Luxus und die Mode an Volksvermögen verschlingt, geht in viele Milliarden der jährlichen Volkseinkommen. Die Stadt Wien vertrinkt täglich 412.000 Kronen. Während die Stadt Graz jährlich 18 Millionen Kronen für Alkohol ausgibt, hat dieselbe Stadt für die großen Bedürfnisse der Schule nur 1 1/2 Millionen Kronen übrig. Ganz Steiermark vertrinkt jährlich über 16 Millionen Kronen, legt aber für die Erhaltung der Schulen und für die Bezahlung seiner Lehrpersonen nur 8 Millionen Kronen aus. Die ganze Welt wirft für die Nikotinmafke gering gerechnet jährlich 8 Milliarden Mark hinaus. Im Jahre 1912 zählte Oesterreich 37.879 Schnapsbrennereien, gegen 114.000 Privatknapstesseln, 148.552 Branntweinverschleißstellen und 84.058 Wirte. Man rechne sich einmal ganz ruhig aus, wie viel hundert Hände sich regen müssen, bis z. B. die Flasche Bier auf dem Tische des höchsten Lauristenhohls steht. Die Wiener Männerwelt wirft — um nach einige Daten der entsetzlichen Menschenkraftverschwendung und Volksvermögensvergeudung zu erwähnen — jährlich an 255 Millionen Kronen in die Kloake der Prostitution. Das Land Steiermark ist für die Heilung der Schäden, die ihm aus der reglementierten und nicht reglementierten Unsitlichkeit erwachsen, jährlich mit der Riesensumme von 75 Millionen Kronen belastet. 54 Millionen Kronen jährlich geben die Völker Oesterreich-Ungarns aus für konzeptionsverhindernde Mittel. Würde z. B. Deutschland seine Alkoholverbrennung und die Tabakkultur abschaffen und die Luxusproduktion und den Fleischverbrauch auf die Hälfte einschränken, so würden mit einem Schlage 15 Millionen Menschen und 28 Milliarden Mark frei für die Herstellung der fehlenden notwendigen Dinge. Wer sich für weitere Einzelheiten des warentkonomischen Problems interessiert, den verweise ich auf meine Broschüre (Ude) „Die Sanierung unseres Volkshaushaltes“ (Graz, Richard-Wagner-Gasse 36. Preis 40 Heller).

Aus diesen wenigen Andeutungen wird es uns ohne weiters klar, wenn z. B. in Graz rund 7000 Menschen in rund 2400 elenden feuchten Kellerkloaken verkommen. Wir begreifen, daß so viele Menschen zu wenig zu essen haben, daß die Tuberkulose am Lebensmark unseres Volkes kräftigt. Wir werden uns nicht wundern, daß die Geschlechtskrankheiten in so ausgedehnter Weise Latenzgräberdienste an unserer Klasse besorgen und daß die freiwillig gewollte Geburtenverhinderung in so bedrückender Weise wächst. Denken wir nur an die 800.000 geschlechtskranken Soldaten, die heimgekehrt sind, an die 40.000 Prostituierten der Stadt Wien usw. und wir begreifen im Zusammenhang aller der angeführten Tatsachen auch ohne weiters die große Säuglingssterblichkeit infolge der Schädigung des Genotypus durch Unterernährung usw.

Kurz und gut: Wir alle sind schuld. Unser falsch gerichtetes Genußleben und die dadurch bedingte falsche Warenproduktion ist der Ur- und Erzfeind des Genotypus und des Phänotypus. Wollen wir also volle und ganze Arbeit und nicht bloß hoffnungslose Flickarbeit in bevölkerungspolitischer Hinsicht leisten und die Säuglingssterblichkeit ausfallsreich bekämpfen, so müssen wir unser gesamtes völkisches Genußleben von Grund auf reformieren. Jeder einzelne, besonders die berufenen Führer des Volkes — und dazu gehören wohl in erster Linie die Ärzte, Lehrer, Geistlichen, Volksvertreter, Regierungsbeamte usw. — muß die schädlichen, unsozialen Genüsse aufgeben. Nur so werden die Arbeitskräfte und Kapitalien frei zur Herstellung aller jener Dinge, ohne die eine wirksame Bevölkerungspolitik

Gäuglingssterblichkeit und Bevölkerungspolitik.

Von Universitätsprofessor Dr. Johann Ude, Graz.

Auf der deutschösterreichischen Tagung über die „Fragen der Kindererziehung“ in Wien am 7. April 1919 als Bericht erstattet.

Die Bevölkerungspolitik befaßt sich mit allen jenen öffentlichen Maßnahmen, welche das Bevölkerungsproblem lösen helfen sollen, sowohl in Hinsicht auf die Quantität wie auch in Hinsicht auf die Qualität des Nachwuchses. Diese Maßnahmen teilen sich ganz natürlicherweise in Maßnahmen der Nachsorge für die bereits Geschädigten und in Maßnahmen der Vorsorge, um den Schädigungen des Kindernachwuchses wirksam vorzubeugen. Es handelt sich darum, den Genotypus und den Phänotypus zu schützen, d. h. die Keimzelle und die Keimanlage sowie der Embryo und das geborene Kind müssen unbedingt der Gegenstand einer weit aussehenden, planmäßig und großzügig arbeitenden Bevölkerungspolitik sein. Eine solche Bevölkerungspolitik muß sich auf die aussichtsreichsten Maßnahmen besinnen, d. i. auf jene, die auf den ganzen vielgestaltigen Komplex der Fragen des Bevölkerungsproblems treibend und befruchtend und nachhaltig einwirken. Eine rein symptomatische Behandlung muß von einem einsichtigen Bevölkerungspolitiker von vornherein verpönt werden. Eine Bevölkerungspolitik, die nur nach der Menge des verbrauchten Salvarsan, oder nach der Anzahl der Trinkerfeststätten oder der Menge der Säuglingsfürsorgerinnen usw. gemessen werden möchte, verurteilt sich selbst. Bevölkerungspolitik ist in erster Linie Vorsorge. Wir können und dürfen deshalb auch die Tatsache der Säuglingssterblichkeit, sowie alle anderen Teilprobleme der Bevölkerungspolitik nicht jedes Problem für sich, einseitig nur vom medizinischen oder von sonst einem einseitigen Standpunkt aus betrachten, sondern müssen soviel als möglich nach dem Grundsatz, daß alles Sein und Geschehen um uns kausal verknüpft ist, dieser Kausalverflechtung auch bei der Betrachtung jedes Einzelproblems der Bevölkerungspolitik Rechnung tragen.

Ich stelle nun folgende These auf: Die Säuglingssterblichkeit ist zum großen, wenn nicht zum größten Teile eine Folge unserer verkehrten Warenökonomie. Wollen wir also der Säuglingssterblichkeit im ausgedehntesten Maße und so radikal als möglich begegnen, so müssen alle Bevölkerungspolitiker, also auch die Mediziner, ihr Hauptaugenmerk auf die Lösung des warentkonomischen Problems richten. Denn was anders ist letzten Endes die gesamte Bevölkerungspolitik, also auch die Bekämpfung der so ungemein traurigen Säuglingssterblichkeit, als ein energischer Kampf gegen die Feinde des Genotypus und Phänotypus? Was anders ist Bevölkerungspolitik ersten und letzten Endes als Kampf gegen den Alkoholismus, gegen die Geschlechtskrankheiten, gegen die Tuberkulose, gegen das Wohnungsleiden, gegen die falsche Ernährung, gegen die Unterernährung, gegen die Arbeitslaverei, welche das Mädchen und die Mutter in die Fabrik verweist? Es muß das unentwegte Bestreben aller echten Bevölkerungspolitiker sein, alle jene Maßnahmen zu verwirklichen, durch welche allen Menschen gegenüber dem mamonistischen Kapitalismus einerseits und dem riesigen Kapitalismus andererseits ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht werden. Es soll jedem Menschen, jeder Familie wenigstens das gesetzliche Existenzminimum gesichert sein. Es soll den jungen Leuten ermöglicht werden, in jungen Jahren eine Familie zu gründen und auch eine größere Kinderzahl menschenwürdig aufzuziehen. Wenn wir das erreichen, so wird der befürworterregenden Geburtennot abgeholfen werden und es wird eine gesunde und kräftige Nachkommenschaft heranwachsen, Kinder, die nicht schon von vornherein dazu verurteilt sind, in den ersten Lebensstagen dahin-

18.7.1919

nach vorzunehmen. Die Erholungsstätte in der Freudenau wird heute nachmittag feierlich eröffnet und wird in der Zukunft den Namen unseres geliebten Führers tragen.

Getreu dem Ausspruch Viktor Adlers: „Ich bin den Kinderfreunden für jedes in eine Erholungsstätte gebrachte Kind nicht nur in meinem, sondern auch im Namen des gesamten Proletariats dankbar.“ soll nun diese Erholungsstätte den Namen „Viktor Adler-Erholungsstätte“ tragen.

Die Eröffnung der anderen Erholungsstätten erfolgt bis 1. Juni. Außerdem hat der Verein einen Teil des Grundbesitzes für den Aufenthalt von 1000 Kindern mit Hilfe des Amtes für Volksgesundheit eingerichtet. Die Ferienkolonien in Rohrbach, Innermanzing, Hintersdorf und Baden werden ebenfalls so rasch als möglich in den Dienst der sommerlichen Erholung der Proletarierkinder gestellt werden.

Verständnisvolles Entgegenkommen für diese Arbeit hat so wie alljährlich die Allgemeine Arbeiterkrankenunterstützungs-Lasse sowie der Verband der Krankenkassen gezeigt. Die Allgemeine Arbeiterkrankenunterstützungs-Lasse hat bereits den Beschluß gefaßt, den Arbeiterverein Kinderfreunde im heurigen Jahre eine Subvention von 25.000 Kronen als Zuschuß zur Betriebsführung der Ferienkolonien und Tageserholungsstätten zu geben. In ebenso reichlichem Maße werden auch der Verband der Krankenkassen sowie die dem Verband angeschlossenen Krankenkassen ihr Scherlein zur Aufrichtung der Kindergesundheitsbeiträge. Lebensmittel sind durch die großzügige Aktion der Amerikaner gesichert und es fehlt jetzt nur mehr eines, das ist die so notwendige Einsicht der Proletariereltern, daß Kindergesundheitsbeiträge nicht im Wege der privaten Wohltätigkeit, sondern nur aus der Kraft der gesammelten Proletariereltern gegeben werden kann. So wie die Krankenkassen von der Notwendigkeit der Vorbeugungsarbeit überzeugt sind, so müssen sich auch alle Proletariereltern in den Dienst des Wiederaufbaues des zukünftigen Proletariats stellen.

E. St.

Die Kinder der Stadt Wien.

Daß der Krieg einen gewaltigen Zustrom von Pflanzlingen gebracht hat, ist nur zu verständlich. Mit dem Eintritt der unerträglichen Teuerung hat das private Pflanzkinderwesen in Wien eine so wesentliche Einschränkung erfahren, daß es, wie Fachleute sagen, eigentlich so gut wie aufgehört hat. Wer imstande ist, für sein Kind die Summen zu bestreiten, die jetzt gefordert werden müssen, ist in der Regel auch in der Lage, eine Anstalts- oder Pensionaterziehung zu bezahlen. Die Hausgehilfin und der verwitwete Arbeiter können es natürlich nicht. Aber die Gemeinde Wien erstreckt ja ihre Fürsorge nicht nur auf Waisen und Halbweisen, sondern auch auf verlassene Kinder und jene kleinen Zukunftsbürger, deren Eltern nicht für sie sorgen können, weil sie krank oder arbeitslos sind, also auf alle die, die der Volksmund so ausdrucksvoll „arme Wasern“ nennt. Natürlich gibt es gegenwärtig davon mehr denn je. So viel als irgend möglich ist, werden die Kinder aufs Land gebracht, wo man für die kleine Welt die besten Erziehungs- und Lebensbedingungen zu finden glaubt und wo die Liebe zur Scholle, die Freude an der freien Natur zur Körperlichen und sittlichen Gesundung manches „Sorgenkinds“ führt. In Deutschböhmen sind Kinderkolonien eingerichtet, außerdem stehen dem Fürsorgeamt noch eine Reihe von Anstalten in Niederösterreich zur Verfügung und jetzt sollen die Baracken in Grinzing und Baumgarten ganze „Wuberkolonien“ werden. Denn wenn die Nachfrage nach Kostkindern jetzt durchwegs verschwindend klein ist, die Wuben sind überhaupt nicht „anzubringen“. Sogar die Drohung, für Mädchen nur 44, für Knaben aber 60 Kronen Kostgeld im Monat zu zahlen, verschlug nichts. Die Pflegeparteien beharrten bei der Anschauung, daß „alle Wuben jetzt Falloten“ sind, und immer wieder kam eine kinderlose Frau und flüsterte: „Wenn ich um ein Mädel bitten dürft.“

Das ist für die Knaben sehr zu bedauern. Denn die Familienpflege bewährt sich, trotz aller grüßlichen Schilderungen vom Pflanzkinderelend, mit welchem empfindsamen bürgerliche Journalisten beiderlei Geschlechts die Gemüter ihrer Leser erschüttern oder doch wenigstens in angenehmer-weinerliche Bewegung versetzen, gut und es geht den Kostkindern, die Proletarier ins Haus nehmen, immer noch am besten. Sie haben nicht nur die natürlichen Entwicklungsbedingungen, die einzig das Familienleben bieten kann, sie finden in neun Fällen von zehn auch das, was für das Gedeihen eines Kindes unerlässlich ist: Mutterliebe und Mütterlichkeit. Wenn man Geschichten vom goldenen Wiener Herzen erzählt, dann dürfte man es nie unterlassen, von jenen Wundern zu sprechen, die Frauengüte und Mutterzärtlichkeit der Proletarierfrauen von Ottakring und Margareten an den Waisenkindern wirkt. Nicht die Stadt, nicht das Land und nicht das ganze Reich könnte leisten, was jene armen Weiber leisten mit der stillen Schlichtheit der Selbstverständlichkeit.

In der Erkenntnis dieser Tatsachen bemüht sich die Gemeinde Wien, von ihren etwa dreitausend „Kindern“ möglichst viele in Privatpflege zu bringen. Es ist jetzt, wie gesagt, schwer, geeignete Pflegeparteien zu finden, umso mehr, als die „Uebernahmestelle“ dauernd überfüllt und die Sache daher meist sehr dringend ist. Schließlich besteht aber die Tatsache, daß mit den 40 bis 60 Kronen Kostgeld der „Bins gedeckt ist“, doch immer wieder die eine oder andere Arbeiterfamilie. Allzu wählerisch darf der Magistrat freilich nicht sein und die in etwas unverständlichen Deutsch abgefaßten Bestimmungen des „Kostpflegebuches“ (ein durchaus neuartiges Wort) dürfen nicht zu genau genommen werden. Man drückt die Augen zu, wenn auch kleinere Kinder zu zweit in einem Bette schlafen und die Kleidung nicht immer „rein und ausgeglückt“ ist. Aber da Arzt, Polizei und Waisenträte die Bewerber besuchen und die Wohnung inspizieren, ist wohl den ärgsten Mißgriffen vorgebeugt. In einem Punkte jedoch versteht der Magistrat keinen Spaß: Die Stadt Wien gibt ihre Kinder nur zu Deutschen, jede andere Nationalität ist von vornherein ausgeschlossen. Bei diesen Pflegeeltern bleiben die Kinder bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr. Dann kommen die Knaben zumeist in eine Lehre, die Mädchen gehen „in Dienst“. Nur in ganz besonderen

Die Ueberieger.

Außer den Vertretern der Westmächte und ihrer Verbündeten tagt seit März in Paris noch eine andere Konferenz, von der zwar weniger die Rede ist, als von der „Friedenskonferenz der Alliierten und Assoziierten“, die aber gleichwohl auf die künftige Ordnung der Welt einen mächtigen Einfluß ausübte, vielleicht einen ausschlaggebenderen als selbst der von französischem Nebanachgeißt und britischem Weltgeschäftsgeist beherrschte Kongreß derer, die sich für die Gewinner des Weltkrieges halten. Der Kongreß Nr. 2 verdiente daher viel größere Beachtung, als er in der Öffentlichkeit findet. Ist er doch, nach der Ueberzeugung vieler Menschen, die tiefer zu blicken pflegen, und nach zahlreichen Anzeichen zu schließen, die Versammlung der wirklichen Sieger im großen Völkerringen. Einst hieß es, „wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte“. Im vierjährigen Krieg mußte der Dritte tüchtig mitstreiten und er wird, wenn er an seinen Aufwand an Gut und Blut denkt, seines Sieges nicht recht froh. Nicht der Dritte war diesmal der gewisse Dritte, der sich freuen durfte, dieser Dritte, während die ganze christliche Welt in zwei einander gegenüberliegende Heerlager getrennt war, waren diesmal andere. Sie sind die Sieger auf der ganzen Linie. Nicht nur, weil sie sich nach zweitausendjährigem Abassterleben am Ziele ihrer palästinaischen Wünsche sehen,

nährend dem deutlichen Worte ein wirtschaftliches Wohlstand
leben aufgereicht werden soll, sondern noch mehr deshalb,
weil sie leben Tag des Krieges ununterbrochen gesteht
haben. Man hört, die größte Judenstadt der Welt, der
Zukunft allein einen Zuwachs von 17.000 Millionen
durch den Krieg! Wie sie es in Mittelamerika in den
Kriegsjahren haben können, ist in aller Bedachts und
werden noch mehrere rassistischen Entel in den Stunden
spann.

In Paris tagt also gleichzeitig mit der Konferenz der
Sieger der Kongreß der Ueberieger, der der
Fortschritt des Weltkriege, das Epitaphium des
Zukunftigen. Der Abgang des Kämpfers läßt den
Rationalen, Dr. Michael Stengel, listet in einem
Beitrag (Nr. 119 der „Der Morgen“,) ganz richtig den
Charakter der gewisse politische Zusammenhänge der
prekären Welt vorliegt. Er erzählt:

Der das amerikanische Substantiv aus der Wortfügung
kann, kann nicht genug warnen über das n. g. e. h. e. n.
St. n. a. n. e. s.
Geben ... Sie werden angeführt von „Gunge W. a. a.“, er
ist einer der wichtigsten der Deutschen Reichshofes der
vermeintlichen Staaten, die über den Fortschritt des Wohlstandes vom
Sinn ernannt werden. Ein tüchtiger Jurist nimmt in
Merkel eine hohe gesellschaftliche Stellung
ein. Er ist auch der Präsident der stonischen Substantiv
in Amerika, die jetzt an der europäischen m. d. s. t. i. g.
und einflussreich ist. Hier in Paris wurde er ein-
mal zum Vorherrscher ernannt. „Gunge des Delegations“
schloß.

Welters der auch ansehnlich gewaltiges bekannte Louis
St. n. a. n. e. s.
St. n. a. n. e. s.
in dieser energischen, harten Entscheidung. Zusammen
dem amnestischen Gunge St. n. a. n. e. s. n. a. n. e. s. n. a. n. e. s.
Konjunkt „Distriktskommission“, das während des
Krieges die das Bestimmungsgesetz annehmen der vom St. n. a. n. e. s.
Kongreß Nr. 2 in Europa wurde in Paris in St. n. a. n. e. s. n. a. n. e. s.